

Johannes
Kleinmann



GESCHLECHT UND ARBEIT IN POLEN



Eine andere Geschichte
der Transformation,
1980–2004



[transcript] Historische Geschlechterforschung

Johannes Kleinmann
Geschlecht und Arbeit in Polen

Editorial

Die historische Geschlechterforschung begann mit dem Bestreben, die meist vernachlässigten Beiträge von Frauen* zur Geschichte zu erforschen und ihre Stimmen hörbar zu machen. Heute ist die historische Geschlechterforschung ein weites Forschungsfeld, das Themen wie die Geschichte der Geschlechterverhältnisse, die Geschichte der Frauenbewegungen, Männlichkeitsdiskurse und die Geschichte der Lebenswirklichkeit, Verfolgung und Entrechtung sowie der Kämpfe von LGBTQI*-Personen beleuchtet. Die Reihe **Historische Geschlechterforschung** bietet einen Identifikations- und Diskussionsort, um diese Themen in der interdisziplinären Forschungslandschaft zu verankern und ihnen zu größerer Sichtbarkeit zu verhelfen.

Johannes Kleinmann (Dr. phil.), geb. 1991, ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) tätig. Der Historiker promovierte im Rahmen einer Cotutelle de thèse an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) sowie der Universität Wien.

Johannes Kleinmann

Geschlecht und Arbeit in Polen

Eine andere Geschichte der Transformation, 1980-2004

[transcript]

Die vorliegende Arbeit wurde an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) sowie im Rahmen einer Cotutelle de thèse an der Universität Wien als Dissertation angenommen, von Prof. Dr. Dagmara Jajeśniak-Quast und Prof. Dr. Philipp Ther betreut sowie von Prof. Dr. Dagmara Jajeśniak-Quast und Prof. Dr. Magdalena Saryusz-Wolska begutachtet und am 5. Dezember 2024 an der Universität Wien verteidigt.

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Publikationsfonds für Open-Access-Monografien des Landes Brandenburg sowie des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam gefördert.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dn.b.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY-NC 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2026 © Johannes Kleinmann

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlaggestaltung: Maria Arndt

Umschlagabbildung: mit freundlicher Genehmigung von © Rafał Milach

Lektorat: Anna Labentz

Druck: Elanders Waiblingen GmbH, Waiblingen

<https://doi.org/10.14361/9783839452158>

Print-ISBN: 978-3-8376-8009-6 | PDF-ISBN: 978-3-8394-5215-8

Buchreihen-ISSN: 2627-1907 | Buchreihen-eISSN: 2703-0512

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	7
Wstęp	9
1. Einleitung	13
1.1 Erkenntnisinteresse und Untersuchungszeitraum	14
1.2 Begriffe	17
1.3 Forschungskontext	20
1.4 Theoretische und methodische Grundlagen	26
1.5 Quellenkorpus und inhaltliche Struktur	29
2. (Erwerbs)Arbeit von polnischen Frauen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts	37
2.1 Die Arbeit von Frauen in den polnischen Teilungsgebieten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts	38
2.2 Frauenarbeit in der Zweiten Polnischen Republik	47
2.3 Frauenarbeit während des Zweiten Weltkriegs	50
2.4 Staatssozialistische Emanzipation? Geschlecht und Arbeit zwischen 1945 und 1980	52
3. »Natürliche« Geschlechterrollen als Minimalkonsens in der Krise von 1980/81	65
3.1 Die »natürliche« Rolle der Frau soll gestärkt werden – Geschlechternarrative und Debatten in der PZPR 1980/81	70
3.2 »Frauen, stört uns nicht, wir kämpfen um Polen« – Geschlechternarrative in Solidarność und katholischer Kirche	84
3.3 Sozialpolitik als Geschlechterpolitik	99
3.4 Der Einfluss der Krise von 1980/81 auf die Vergeschlechtlichung von Arbeit	103
3.5 Der »Frühling der Opposition« als Beginn eines geschlechterspezifischen Transformationsprozesses. 1980/81 im Vergleich zu den Umbrüchen von 1956, 1970 und 1976 ..	113
Exkurs: Emanzipierte der Sozialismus Frauen in Polen und Ost(mittel)europa?	115

4. Als der Kapitalismus an die Weichsel kam – Geschlecht als (non)existente Kategorie im Systemwechsel (1988–91)	123
4.1 Geschlechternarrative und Debatten im Kontraktsejm zwischen 1989 und 1991	128
4.2 Zwischen Austeritätsprogrammen und der Rückkehr des Einverdienerhaushalts – geschlechterpolitische Auswirkungen der Politik des Kontraktsejm	159
4.3 Geschlecht als sozioökonomischer Platzanweiser im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft	165
Exkurs: Geschlechterblindheit im Neoliberalismus?	175
5. Neues System, neue Geschlechterordnung? Paradoxien der Emanzipation im Neoliberalismus (1991–2004)	177
5.1 Zwischen Retraditionalisierung und Gleichberechtigung – Geschlechterdebatten im Sejm bis zum Beitritt Polens zur Europäischen Union	180
5.2 Geschlechterpolitik zwischen <i>Acquis communautaire</i> , konservativer Wende und Austeritätspolitik	228
5.3 Frauen als Verliererinnen des Transformationsprozesses? Geschlecht als sozioökonomischer Platzanweiser im ›Postsozialismus‹	237
6. Fazit	259
Quellen- und Literaturverzeichnis	269
Quellen	269
Literatur	286
Abbildungsverzeichnis	301
Tabellenverzeichnis	303
Anhang	305

Abkürzungsverzeichnis

AAN	Archiwum Akt Nowych (Archiv Neuer Akten)
CBOS	Centrum Badania Opinii Społecznej (Institut zur Erforschung der gesellschaftlichen Meinung)
GUS	Główny Urząd Statystyczny (Statistisches Hauptamt)
ILO	International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation)
IMF/IWF	International Monetary Fund (Internationaler Währungsfonds)
INSTRAW	International Research and Training Institute for the Advancement of Women
IPN	Instytut Pamięci Narodowej (Institut für Nationales Gedenken)
KC/ZK	Komitet Centralny (Zentralkomitee)
KOR	Komitet Obrony Robotników (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter)
KPC	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LK/LKP	Liga Kobiet/Liga Kobiet Polskich (Frauenliga/Liga der Polnischen Frauen)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OPZZ	Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband)
PAN	Polska Akademia Nauk (Polnische Akademie der Wissenschaften)
PHARE	Poland and Hungary Action for Restructuring of the Economy
PRL	Polska Rzeczpospolita Ludowa (Volksrepublik Polen)
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)
RP	Rzeczpospolita Polska (Republik Polen)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SGH	Szkoła Główna Handlowa (Wirtschaftshochschule Warschau)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
WDI	World Development Indicators
WRON	Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego (Militärrat zur Nationalen Rettung)
zł	Złoty

Wstęp

Warschau, September 2014

Der erste Blick auf Warschau. Aus dem Fenster des Nachtzugs sehe ich in der Ferne die Wolkenkratzer der polnischen Hauptstadt. Am *Dworzec Centralny* steige ich aus, völlig orientierungslos im endlosen Strom der Menschen, die durch den unterirdischen Hauptbahnhof eilen. Mein erster Eindruck der Stadt ist von ihrer Architektur geprägt – hypermoderne Hochhäuser, dazwischen der Kulturpalast und sozialistische Wohnblöcke.

Es wird viel Zeit und weiterer Besuche in Warschau bedürfen, bis mein ›deutscher Blick‹ auf die Stadt etwas schwächer wird. Erst der engere Kontakt zu Menschen verändert meine Wahrnehmung, lässt mich das Warschau des 21. Jahrhunderts sehen. Umso tiefer tauche ich in die heutige Stadt, ihr pulsierendes Nachtleben und ihre Konflikte ein. Die Lebendigkeit, der fühlbare Aufbruch faszinieren mich schnell, während zugleich die Probleme der Menschen zu Tage treten; seien es die Sorgen meiner polnischen Mitbewohner:innen, eine bezahlbare Wohnung zu finden, oder die vielfach sichtbaren sozialen Probleme des Landes. Im Ansatz erfahre ich sie am eigenen Leib, als ich versuche, mich in einem staatlichen Krankenhaus behandeln zu lassen.

Ich beginne, mich mit dem Umbruch des Landes zu beschäftigen – mit dem, was der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft an Gutem brachte, aber auch mit dem hohen Preis dieses radikalen Wandels. Der sogenannte Transformationsprozess ist auch an meiner Gasthochschule, der Warsaw School of Economics (Szkoła Główna Handlowa w Warszawie, SGH) Thema. Die SGH ist gewissermaßen das inoffizielle Hauptquartier der neoliberalen Reformer:innen; hier lehrte der Vater der sogenannten Schocktherapie, Leszek Balcerowicz, und nicht weniger als acht polnische Finanzminister nach 1989 studierten dort. Ich lerne viel über die – durchaus beachtlichen – Erfolge des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft. Zugleich stört mich die technokratische Betrachtungsweise von sozialen und politischen Problemen im Transformationsprozess, die wahlweise als ›notwendige Härte‹, ›vorübergehendes Problem‹ oder ›selbst verschuldet‹ bezeichnet werden. Zudem stolpere ich immer wieder über die Tatsache, dass der Systemwechsel eine enorme Geschlechterdimension hatte, waren doch Frauen oft die ersten Betrof-

fenen von Sparmaßnahmen, während viele männerdominierte Branchen staatliche Unterstützung erhielten.

Mit dem Wahlsieg der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) sowie den ab 2016 einsetzenden Protesten (*Czarny Protest*) gegen die Verschärfung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch und der Entstehung des Landesweiten Frauenstreiks (*Ogólnopolski Strajk Kobiet*) rückten Geschlechterfragen plötzlich ins Zentrum des medialen Interesses in und außerhalb Polens. Wie sehr dieser Kampf von historischen Narrativen und Argumenten geprägt war und ist, zeigt sich beispielsweise daran, dass die Forderungen der Protestierenden nicht selten als »kommunistisch« bezeichnet werden und Feminismus generell in Verbindung mit der Volksrepublik Polen gebracht wurde. All das weckte mein Interesse, mich systemübergreifend mit der Rolle von Geschlecht in der polnischen Geschichte zu beschäftigen. Ich beschloss, mich dem Thema im Rahmen einer Dissertation zu widmen, und fand am Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien (mittlerweile das Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies, VCPU) an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) ideale Voraussetzungen, mein Vorhaben in die Tat umzusetzen. Hinzu kam bald noch ein zweites Standbein am RECET (Research Center for the History of Transformations) an der Universität Wien im Rahmen einer *Cotutelle de thèse*. Die ersten beiden Jahre waren von der COVID-19-Pandemie geprägt, was einerseits den Austausch mit anderen Wissenschaftler:innen stark einschränkte und andererseits lange Zeit keine oder nur sehr begrenzte Archivarbeit ermöglichte. Hinzu kam ab Februar 2022 die vollumfängliche Invasion Russlands in die Ukraine, die viele Freund:innen und Kolleg:innen ganz unmittelbar betraf. Die Ausweitung dieses Krieges löste gerade innerhalb der Osteuropäischen Geschichte dringend notwendige Debatten über die russlandzentrische Brille vieler deutscher Wissenschaftler:innen aus. Insofern soll meine Forschung auch einen Beitrag dazu leisten, den Wissenslücken in Deutschland bezüglich der Geschichte »Ostmitteleuropas« entgegenzuwirken.

Für mich stellte sich schließlich die Frage, was es bedeutet, als deutscher Mann aus dem tiefsten Südwestdeutschland über Geschlechternarrative und -politiken in Polen im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft zu schreiben. Es bedeutet zunächst eine eigene Perspektive, die trotz langer Beschäftigung und vielfachen Austauschs mit Pol:innen nie ganz verschwinden wird. Es bedeutet eine Verantwortung zur ständigen Selbstreflexion und zurückhaltenden Bewertung von Erfahrungen, die weit von meiner Lebensrealität entfernt sind. Was dies im Hinblick auf Methode und Theorie bedeutet, diskutiere ich in der Einleitung. Was es für mich persönlich bedeutet: ein Gefühl von tiefer Verbundenheit und Nähe zu Polen, seinen Menschen und insbesondere Warschau, das mir ein zweites Zuhause geworden ist. Auch wenn es banal und pathetisch klingen mag, empfinde ich es weder als Selbstverständlichkeit, dort als Deutscher leben zu dürfen, noch ohne Pass nach Warschau zu reisen (was freilich ein großes und gerade im Verschwinden begriffenes Privileg ist).

Vor allem aber bedeutete das Schreiben dieser Arbeit neben den gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnissen die Entfaltung tiefer Freund:innenschaften und die Gewissheit, immer die Unterstützung meiner gewählten und meiner Ursprungsfamilie zu haben. Dafür empfinde ich tiefste Dankbarkeit.

Beginnen möchte ich mit einem großen Dank an meine ›Doktoreltern‹. An Dagmara Jajeńskiak-Quast für ihre immer offene und jederzeit unterstützende Art in allen Phasen meiner Dissertation. An Philipp Ther für die herzliche Aufnahme in Wien und die kritische, aber stets konstruktive Begleitung meiner Arbeit. Des Weiteren danke ich allen Kolleg:innen am VCPU und am RECET – Euer Feedback und Eure Erfahrung waren von unschätzbarem Wert für mich. Gleiches gilt für Claudia Kraft, die mir wertvolle Kritik – insbesondere zu meinem methodischen Ansatz – mit auf den Weg gab.

Neben Frankfurt (Oder) und Wien war vor allem das Deutsche Historische Institut in Warschau ein wichtiger Anlaufpunkt für mich. Besonders möchte ich Ruth Leiserowitz für die freundliche Aufnahme und Michael Zok für seine Unterstützung bei meinen Recherchen, seinen Ratschlag und wichtiges Feedback danken. Magdalena Saryusz-Wolska schulde ich tiefen Dank für die Hinweise auf mögliche Interviewpartnerinnen sowie das inhaltliche Feedback und die Unterstützung in der Endphase meiner Dissertation. Dem gesamten Team des DHI danke ich für seine herzliche Art und der Max-Weber-Stiftung für die Gewährung eines dreimonatigen Stipendiums vor Ort.

Zudem danke ich der Vernetzungs- und Kompetenzstelle Open Access Brandenburg für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses aus dem Publikationsfonds Open-Access-Monografien des Landes Brandenburg, sowie dem Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, das die vorliegende Publikation ebenfalls großzügig finanziell unterstützt hat.

Auch außerhalb der Universitäten habe ich große Unterstützung erhalten, vor allem vonseiten der Jungen DGO und der DGO (Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde). An dieser Stelle möchte ich insbesondere Gabriele Freitag danken, die mir mit unschätzbarem Rat zur Seite stand und viel Vertrauen entgegenbrachte. In diesem Zusammenhang möchte ich auch Martin Aust danken, den ich zu Beginn meiner Dissertation im Rahmen des Mentoring-Programms der Jungen DGO als Mentor kennenlernen durfte. Letztlich danke ich allen, die mich in der Jungen DGO begleitet und unterstützt haben und nicht selten zu Freund:innen geworden sind, ganz besonders Mareike zum Felde und Saskia Geisler, die mir mit ihrer Expertise ungemein geholfen haben.

Viel zu vielen Menschen habe ich privat zu danken, weil sie mich bei meiner Promotion unterstützt haben. Ich danke Simone sowie allen Freund:innen aus Rottweil, Freiburg und Mainz, die wissen, was sie mir bedeuten, und auf die ich mich immer verlassen konnte und kann. Ich danke den neu gewonnenen Freund:innen in Berlin, die der Grund sind, warum ich mich hier heute zu Hause fühle.

Ganz besonders danke ich Nadja für ihre kritischen Einwürfe, Luisa für den Austausch zu Feminismen in Polen und Ola für die offene Aufnahme in Frankfurt (Oder). Ronja für die Unterstützung in der ersten Phase meiner Promotion und Noah für viel neues Wissen und das endlose Zuhören. Rebekka danke ich dafür, dass sie mich letztlich zur Promotion gebracht hat. Meiner ehemaligen WG, die mich fast die gesamte Zeit meiner Promotion ertragen hat, danke ich für die technische Unterstützung (vor allem Enno) und dafür, dass Ihr keine Historiker seid.

Schließlich möchte ich meiner Schwester Anne und meinen Eltern danken. Für so vieles, aber hier vor allem dafür, dass Ihr mich immer bedingungslos in meinen Entscheidungen unterstützt habt. Das ist mehr, als ich mir wünschen könnte, und macht mich zutiefst dankbar. Stefan danke ich für seine tiefe Freundschaft und endlose Diskussio-

nen zu und in Polen. Michalina für den inhaltlichen Austausch, Freund:innenschaft und dafür, dass Du immer für mich da warst und bist. Schließlich Ania für die tiefgehende und exzellente Redaktion meiner Arbeit, die von unschätzbarem Wert für mich war, aber vor allem danke ich Dir für Deine bedingungslose Unterstützung.

Berlin, Juli 2024

1. Einleitung

Nachdem die ersten Auswertungen der Parlamentswahl 2023 in Polen vorlagen, wurde deutlich, dass vor allem unter (jungen) Frauen die Wahlbeteiligung massiv gestiegen war. Diese hatten vorwiegend für die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska, KO), Die Linke (Lewica) und den Dritten Weg (Trzecia Droga, TD) gestimmt, sodass es unter anderem Polinnen waren, die den Regierungswechsel ermöglicht hatten. Mobilisiert hatte diese Gruppe im Vorfeld nicht zuletzt die Ablehnung des faktischen Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen.

Themen wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch oder Diskussionen um die kulturell-moralische Bedeutung von Mutterschaft und Geschlechterrollen haben seit dem Ende der Volksrepublik einen festen Platz im politischen Diskurs Polens, sichtbar auch in den Sitzungen des Sejm. Doch gerade dort entwickelten sich die diesbezüglichen Debatten nur wenig weiter – die vorgetragenen Argumente wirk(t)en nicht selten wie der ewig gleiche Ton einer gesprungenen Schallplatte. Zugleich spielte Geschlecht in vielen anderen Diskussionen, etwa hinsichtlich der soziökonomischen Auswirkungen des sogenannten Transformationsprozesses, keine Rolle. Dabei waren gerade diese gewaltig, hatten doch zwischen 1980 und 2004 große Verschiebungen im Verhältnis von Geschlecht und Arbeit stattgefunden. Bereits 1993 kam die Soziologin und Germanistin Barbara Einhorn¹ zu dem Schluss:

»Since 1989, the demands of economic transformation in East Central Europe are serving to retrench women, displacing them from participation in the labour force and planting them squarely back in the family, their ›primary sphere of responsibility‹.«²

1 Einhorn forschte bereits in den 1970er und 1980er Jahren zu Frauen im Sozialismus. Neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit beriet sie auch die International Labour Organization (ILO) und die UN in ›Frauenfragen‹. Bekannt wurde sie nicht zuletzt vor dem Hintergrund ihrer Verhaftung durch die Stasi 1983, nachdem sie sich mit einigen Gründerinnen von ›Frauen für den Frieden‹ getroffen hatte.

2 Einhorn, Barbara: *Cinderella Goes to Market: Citizenship, Gender and Women's Movements in East Central Europe*. London/New York 1993, S. 5.

Die Frage, inwieweit Geschlecht zum ›Platzanweiser‹ in der im Entstehen begriffenen Marktgesellschaft wurde, stand allerdings zu keinem Zeitpunkt auf der Agenda des Sejm – und das obwohl im polnischen Parlament kontinuierlich Geschlechterrollen verhandelt, konstruiert und reproduziert wurden; oft anhand von Themen wie Kinderbetreuung, Familie oder den bereits erwähnten Schwangerschaftsabbrüchen. Die Jahre 1989/90 stellten zudem keinen radikalen Bruch dar, zumal im Hinblick auf das Geschlecht viele Themen, Motive oder Regelungen in ihren Grundzügen bereits in den 1980er Jahren (oder noch früher) angelegt waren. Vielmehr verweisen die geschlechterspezifischen Entwicklungen nach 1989/90 auf sozioökonomische und normative Realitäten, die lange vor dem Ende des Staatssozialismus begonnen hatten und nun im Systemwechsel kumulierten. Diese Ambivalenz aus Kontinuitäten, Unterschieden und Paradoxien wird in der Debatte um die Auswirkungen des sogenannten Transformationsprozesses oft in Schwarz-Weiß-Schemata gepresst, die dem Thema nicht gerecht werden. An diesem Punkt setze ich mit meiner Forschung an, indem ich aus einer historischen Perspektive die Rolle von Geschlecht in Polen zwischen 1980 und 2004 untersuche.

1.1 Erkenntnisinteresse und Untersuchungszeitraum

In Anlehnung an ein Forschungsprojekt des Zentrums fürs Zeithistorische Forschung in Potsdam (ZZF) nutze ich das Konzept einer langen Zeit der Transformation.³ Zwar ist der Beginn des Transformationsprozesses im engeren Sinne nicht bereits 1980 anzusetzen, doch wurden ökonomische und politische Ideen, die Ende der 1980er Jahre zum Durchbruch kamen – wie beispielweise eine Schocktherapie nach neoliberalen Vorbild – bereits zu Beginn des letzten Jahrzehnts der Volksrepublik zunehmend wirkmächtig.⁴ Ferner setzt mit den 1980er Jahren auch der Anfang vom Ende der klassisch schwerindustriell geprägten Moderne in Polen ein. Sinnbildlich dafür steht das Erreichen des Höhepunkts der polnischen Kohleförderung 1979 und dem damit einhergehenden – und bis heute andauernden – Bedeutungsverlust der Schwerindustrie.⁵ Gleichzeitig kann die

3 Vgl. dazu das Forschungsprojekt *Die lange Geschichte der ›Wende‹. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989*, URL: <https://zzf-potsdam.de/de/forschung/linien/die-lange-geschichte-der-wende-lebenswelt-systemwechsel-ostdeutschland-vor-waehrend> [Abgerufen: 13.03.2023]. Abseits der Geschichtswissenschaften wurde dieses Konzept auch von Soziolog:innen und Politikwissenschaftler:innen debattiert. Vgl. für den polnischen Fall beispielsweise: Ciza-Poleszczuk, Anna/Marody, Mirosława/Rychard, Andrzej: *Strategie i system. Polacy w obliczu zmiany społecznej*. Warszawa 2000. Im Jahr 2024 erschien zudem ein populärwissenschaftliches Buch von Michał Przeperski, das ebenfalls eine lange Zeit der Transformation bespricht. Vgl. dazu: Kleinmann, Johannes: Rezension zu: Przeperski, Michał: *Dziki Wschód. Transformacja po polsku 1986–1993*. Kraków 2024, in: H-Soz-Kult vom 19.08.2025, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-152382>. (Abgerufen: 02.09.2025).

4 Porter-Szűcs, Brian: *Beyond Martyrdom: Poland in the Modern World*. Chichester 2014, S. 330f. Vgl. dazu auch: Peters, Florian: *Von Solidarność zur Schocktherapie. Wie der Kapitalismus nach Polen kam*. Berlin 2023.

5 Vgl. Peters, Florian: Polens spät- und postsozialistische Transformation als Abschied von der industriellen Moderne, in: Paulina Gulińska-Jurgiel/Piotr Filipkowski/Igor Kąkolewski (Hg.): *Historisierung der Transformation*. Berlin 2021, S. 43–72.

Gründung der *Solidarność* 1980 – und damit die bis dato einzigartige Entstehung einer unabhängigen Massenbewegung in einem sozialistischen Staat des sogenannten Warschauer Paktes – als Beginn einer neuen Periode gelten; zumal die Überzeugungen dieser Gewerkschaft den Gipfel sozialistischer Modernitäts- und Ordnungsvorstellungen markierten und zugleich deren Niedergang einläuteten.⁶ Die Hälfte der Mitglieder dieser Gewerkschaft waren Frauen, die die Opposition gegen die Herrschaft der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*, PZPR) damit stark prägten. Zugleich verzichteten selbige überwiegend auf Forderungen nach einer Gleichberechtigung der Geschlechter. Derartige Ideen scheiterten auch am fast ausschließlich männlichen Führungszirkel der *Solidarność*, der sich in seinem Festhalten an »traditionellen« Rollenvorstellungen weitgehend einig zeigte.⁷ Hinzu kam – trotz aller sonstiger Differenzen – eine große Übereinstimmung von Regierung und Opposition in Fragen der Geschlechterordnung. Schließlich wuchs mit dem Aufkommen und Erstarken der *Solidarność* der politische Einfluss der katholischen Kirche im öffentlichen Raum. Diese vertrat ein essentialistisches Geschlechterbild, das Frauen primär als Mütter betrachtete und ihre Erwerbsarbeit auf weiblich konnotierte Berufe beschränken wollte. Da Akteure aus beiden Lagern – sprich: PZPR auf der einen und die Kirche bzw. die *Solidarność* auf der anderen Seite – auch nach dem Ende der Volksrepublik politisch einflussreich blieben, kann mit dem Beginn des letzten Jahrzehnts der Volksrepublik auch vom Auftakt einer geschlechterspezifischen Transformation gesprochen werden.

Für einen Abschluss der vorliegenden Untersuchung im Jahr des EU-Beitritts Polens sprechen die radikalen strukturellen Veränderungen, die selbiger für die grundlegende Organisation von Gesellschaft, Ökonomie und Staat mit sich brachte. Die Regeln des europäischen Binnenmarkts beendeten die letzten Ausläufer der schwerindustriellen Moderne in Polen und läuteten damit das Ende der postsozialistischen Phase und des Transformationsprozesses in der polnischen Wirtschaft ein.⁸ Ebenso fand auf der geschlechterpolitischen Ebene der Anpassungsprozess an europäische Regeln insofern ein Ende, als bei diesem Thema fortan die Vorgaben der EU den entscheidenden Bezugs- und Reibungspunkt darstellten. Punktuell geht diese Arbeit dennoch über das Jahr 2004 hinaus – sei es, da für dieses Jahr selbst keine Daten vorliegen, oder vor 2004 begonnene Entwicklungen so besser verdeutlicht werden können.

Im Hinblick auf Geschlechterrollen versprachen beide System aus ihrem jeweiligen Selbstverständnis heraus eine Chancengleichheit für Frauen und Männer bzw. die »Emanzipation der Frau«. Der Staatssozialismus versprach, mit der »Klassenfrage« werde die »Frauenfrage« gelöst, da die patriarchale an eine kapitalistische Ordnung gebunden sei. Der Neoliberalismus nach 1989/90 negierte hingegen strukturelle Aspekte von Ungleichheit und verschob die Geschlechterfrage in die alleinige Verantwortung der Individuen. Damit ging zudem die Behauptung einer weitgehenden Liberalisierung und Demokratisierung aller gesellschaftlicher Bereiche einher.

6 Peters: Schocktherapie, S. 20.

7 Vgl. dazu: Penn, Shana: *Solidarity's Secret. The Women Who Defeated Communism in Poland*. Ann Arbor 2008.

8 Diese Einteilung ist angelehnt an Brunnbauer, Ulf et al.: *In den Stürmen der Transformation. Zwei Werften zwischen Sozialismus und EU*. Berlin 2022.

In dieser Arbeit werde ich beide Systeme an ihrem jeweiligen Postulat einer Gleichberechtigung der Geschlechter im Bereich der (Erwerbs)Arbeit messen. Meine Kernthese lautet dabei, dass die Vergeschlechtlichung von Arbeit in der langen Zeit der Transformation zwischen 1980 und 2004 von großen Kontinuitäten geprägt war – Kontinuitäten, die über den Systemwechsel als solchen hinausreichten. So diente Geschlecht in beiden polnischen Staaten als ›Platzanweiser‹, d. h. Menschen wurde anhand des ihnen jeweils zugeschriebenen Geschlechts eine bestimmte Position, eine soziale Rolle zugewiesen. Damit widerspreche ich sowohl der staatssozialistischen als auch der liberalen Behauptung einer Gleichberechtigung der Geschlechter. Indem ich an Małgorzata Fidelis anknüpfe, die in ihrer Geschlechtergeschichte der frühen Volksrepublik betont, dass »gender politics could serve as a bridge between traditional segments of society and the new state seeking legitimacy in a hostile environment«,⁹ werde ich zeigen, dass ihre These auch für den hier gewählten Untersuchungszeitraum gilt. Die Geschlechterpolitik in der langen Zeit der Transformation war also von Kontinuitäten im Sinne einer *longue durée* geprägt und stellte damit zugleich ein potenziell vereinendes Element zwischen verschiedenen politischen Lagern dar.

Schließlich teile ich Padraic Kenneys Auffassung, dass »the study of gender, and of its representation both in community dynamics and in the language of politics, thus yields fundamentally new understandings of the success, and the ultimate failure, of communism in Poland.«¹⁰ Ähnliches gilt für die sogenannte Dritte Polnische Republik. Eine geschlechterhistorische Untersuchung liefert somit keineswegs »nur« Erkenntnisse über Geschlechterhierarchien, vielmehr trägt sie zu einem tieferen Verständnis dieser Periode, ihrer Besonderheiten, Strukturmerkmale und Diskurse, ja zu einem insgesamt besseren Verständnis der jeweiligen Staaten bei.¹¹ Anhand dieser Perspektive wird auch deutlich, dass der Systemwechsel in Polen keinesfalls einer Art ›Stunde Null‹ gleichkommt, die alle Bereiche der Gesellschaft radikal veränderte.

In der vorliegenden Studie beschränke ich mich grundsätzlich auf Debatten der wichtigsten politischen Akteure; seien es die PZPR, Politiker:innen, die katholische Kirche oder die Solidarność. Es geht somit weniger um die persönlichen Erfahrungen, Wahrnehmungen und Erinnerungen der betroffenen Pol:innen oder eine Analyse des gesamtgesellschaftlichen Geschlechterdiskurses, vielmehr interessiert mich die Frage, welche Geschlechternarrative die Vertreter:innen der einflussreichsten Institutionen vertraten und wie sie die Aufteilung von Care- und Erwerbsarbeit anhand vermeintlicher Geschlechtergrenzen begründeten. Ferner nehme ich sowohl legislative Entscheidungen (wie etwa Arbeitsgesetze) als auch die sozioökonomische Situation (z. B. Arbeitslosigkeit) von Frauen und Männern in der langen Zeit der Transformation in den Blick. Alle drei Aspekte der Vergeschlechtlichung von Arbeit stehen dabei in einem interdependenten Verhältnis zueinander. Erst das Zusammendenken dieser Ebenen ermöglicht es, zu klären, welche Funktion die Vergeschlechtlichung von Arbeit für

9 Fidelis, Małgorzata: Women, Communism, and Industrialization in Postwar Poland. Cambridge 2010, S. 34.

10 Kenney, Padraic: The Gender of Resistance in Communist Poland, in: *American Historical Review* Vol. 104 (2/1999), S. 399–425, hier: S. 425.

11 Scott, Joan Wallach: Gender and the Politics of History. New York 1988, S. 9f.

die verschiedenen Akteure erfüllte. Damit kann gezeigt werden, wie Geschlecht in der langen Zeit der Transformation als Herrschafts- oder Legitimationsinstrument seitens politischer Akteure eingesetzt wurde.

Dass andere gesellschaftliche Untersuchungsebenen ausgelassen werden, liegt zudem auch daran, dass es bereits exzellente Studien zu medialen Geschlechterdiskursen, feministischen Akteuren sowie zu erfahrungsgeschichtlichen Zugängen zum Themenkomplex Geschlecht in Polen vor und nach dem Ende des Staatssozialismus gibt. Diese Forschung, die vielfach auch diese Arbeit inspiriert hat, werde ich noch ausführlich diskutieren.

1.2 Begriffe

Um den hier behandelten Themenkomplex zu fassen, ist es zunächst notwendig, einige Begriffe kritisch zu diskutieren. Für die Analyse einer langen Zeit der Transformation bedarf es neben der Eingrenzung des zu untersuchenden Zeitraums einer Auseinandersetzung mit dem Konzept ›Transformation‹. Dieser politökonomische Begriff folgt häufig einem teleologischen Geschichtsverständnis; so definieren Wolfgang Merkel und Hans-Jörg Puhle Transformation als »Systemwechsel von autokratischer zu demokratischer Herrschaft« sowie als »Etablierung und Konsolidierung einer effizienten, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung«.¹² Ziel und Ergebnis dieses Prozesses ist eine liberale und demokratische Marktwirtschaft, ohne dass dabei die Spezifika der jeweiligen Gesellschaften und Staaten eine besondere Rolle gespielt hätten.¹³ Diesem Ziel liegt der Glaube an den endgültigen Sieg des ›westlichen Liberalismus‹ zugrunde. Innerhalb der als ›westlich‹ verstandenen Länder wurde diese Überzeugung mit dem 11. September 2001 und dem anschließenden Versuch eines erzwungenen ›Demokratieexports‹ nach Afghanistan bzw. in den Irak aufgegeben; fragwürdig waren sie indes schon immer. Vorläufiger Endpunkt dieser Entwicklung war die Wahl Donald Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten und die damit einhergehende Regression demokratischer Überzeugungen beim ›Sieger‹ des Kalten Krieges. Auch in Ost- und Ostmitteleuropa wenden sich einige Länder zunehmend vom liberalen Modell ab bzw. wandelten sich nach dem Systemwechsel nie in eine liberal-demokratische Marktwirtschaft im Sinne Merkels und Puhles. In Ungarn regiert Viktor Orbán seit 2010 eine von ihm selbst proklamierte »illiberale Demokratie«, während sich Russland nach dem Ende der Sowjetunion in eine »gelenkte Demokratie«¹⁴ verwandelte, in der spätestens seit der erneuten Übernahme des Präsidentenamtes durch Wladimir Putin 2012 die demokratische Fassade zunehmend abblättert und mittlerweile faschistoide Züge offenbart. Auch in Polen scheint die Zukunft einer pluralen Demokratie keineswegs gesichert zu sein, obwohl das Land im Gegensatz zu Ungarn über eine in der Gesellschaft stark verankerte Opposition

12 Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jörg: Von der Diktatur zur Demokratie: Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Opladen/Wiesbaden 1999, S. 13.

13 Vgl. Peters: Schocktherapie, S. 24.

14 Sokolov, Maksim/Weichsel, Volker: Die allzu gelenkte Demokratie, in: *Osteuropa* Vol. 54 (1/2004), S. 5–7.

verfügt und etwa im Oktober 2023 die zunehmend autoritär agierende PiS wieder abgewählt wurde.

Aus heutiger Perspektive zeichneten sich bereits 1989 zwei andere Entwicklungswege ab, die dieses Konzept vom »Ende der Geschichte« konterkarierten. Während am 4. Juni 1989 in Polen die ersten halbfreien Wahlen seit dem Abgleiten der Zweiten Polnischen Republik in die Diktatur stattfanden, machte die Kommunistische Partei Chinas mit brutaler Gewalt klar, dass sie ihre Macht nicht teilen würde. Während in Polen gewählt wurde, fand in China die demokratische und durchaus sozialistische Studierendenbewegung mit dem Tian'anmen-Massaker ihr blutiges Ende. Damit verdeutlichte das global aufstrebende China, dass es auch möglich war, ein kapitalistisches System mit einer autoritären Einparteienherrschaft (mit kommunistischem Antlitz) zu verbinden. Zugleich scheiterten auf diese Weise zwei Versuche – in der Volksrepublik vonseiten der Solidarność und in China vonseiten der parteiinternen Opposition –, das sozialistische System aus sich selbst heraus zu erneuern und zu reformieren.¹⁵

Angesichts der Tatsache, dass sich die ostmitteleuropäischen Länder keineswegs zielstrebig oder unwiderruflich zu einer liberalen Demokratie entwickelten, ist es sinnvoll, den Transformationsbegriff anders zu definieren. In dieser Arbeit wird der Begriff nach Hans-Jürgen Wager als historisches Phänomen verstanden.¹⁶ Transformation bezeichnet diesem Verständnis nach einen Zeitraum, in dem ein grundlegender Systemwechsel in Politik, Gesellschaft und Kultur stattfindet, und ist von Reformen, Evolutionen wie Revolutionen zu unterscheiden.¹⁷ Diese Definition hebt sich also einerseits vom Verständnis jener Ökonom:innen ab, die Transformation als Wechsel des ökonomischen Systems hin zu einer Marktwirtschaft begreifen, andererseits auch von politikwissenschaftlichen Definitionen, die den Begriff im Sinne einer Demokratisierung verwenden.¹⁸ In diesem Sinne ist auch der Übergang zum sozialistischen Modell in der Volksrepublik Polen als Transformation zu bezeichnen.¹⁹ Diese Definition ermöglicht eine Analyse des erneuten Systemwechsels in Polen – frei von Prämissen und Zielvorstellungen –, d. h. eine Freilegung der Erfahrungen und Entscheidungsmöglichkeiten der damaligen Akteure. Auf diese Weise können die geschlechterspezifischen Entwicklungen in Polen als solche untersucht werden, ohne sich gleichzeitig am »westlichen Maßstab« messen zu müssen. Beide Formen der Transformation – von der Marktzur Planwirtschaft und umgekehrt – waren ursprünglich für Länder mit gänzlich anderen institutionellen und ökonomischen Gegebenheiten konzipiert worden. Joseph Stiglitz kritisiert dies mit folgenden Worten:

»The irony of it all is that the modern critique of utopian social engineering was based particularly on the Bolshevik approach to the transition from capitalism to commu-

15 Dies trug umgekehrt seinen Teil dazu bei, dass sich viele sozialdemokratische Parteien stärker an neoliberalen Ideen orientierten.

16 Wager, Hans-Jürgen: Transformation als historisches Phänomen, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte* Vol. 38 (2/1997), S. 179–191.

17 Vgl. Szczepański, Jan: *Reformy, Rewolucje, Transformacje*. Warszawa 1999.

18 Vgl. Merkel/Puhle: *Demokratie*.

19 Vgl. Jajeńskiak-Quast, Dagmara: *Stahlgiganten in der sozialistischen Transformation: Nowa Huta in Krakau, EKO in Eisenhüttenstadt und Kunčice in Ostrava*. Wiesbaden 2010.

nism, and the shock therapy approach tried to use many of the same principles for the reverse transition.«²⁰

Ein weiterer für diese Arbeit zentraler Begriff ist ›Geschlechterungleichheit‹. Diese liegt überall dort vor, wo strukturelle und institutionelle Ungleichbehandlungen im Zugang zu Positionen, Ressourcen und dadurch Lebenschancen auf der Grundlage des Geschlechts vorliegen.²¹ Anders gesprochen:

»Nicht weil Frauen und Männer verschieden sind, sind sie in ungleicher Form in Gesellschaft, Politik und Ökonomie eingebunden, sondern weil sie in gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Institutionen und Strukturen als vergeschlechtlichte und ungleiche Subjekte hervorgebracht werden, können sich Ungleichheitsverhältnisse herstellen und fortschreiben.«²²

Mit diesem Zitat wird deutlich, dass ›Geschlecht‹ in dieser Arbeit als sozial konstruierte Kategorie im Sinne von *Gender* verstanden wird, wobei ich beide Begriffe synonym verstehe und im Folgenden die deutsche Variante verwende. Dieser Definition folgend analysiere ich geschlechterspezifische Zuschreibungen sowie Machtmechanismen, die das (für Frauen oder Männer) Erlaubte vom Unerlaubten, das real Mögliche vom Unmöglichen trennten und in der Konsequenz Ungleichbehandlungen zur Folge hatten. Dabei liegt der Fokus auf vergeschlechtlichten Zuschreibungen und geschlechterspezifischen Rollenverteilungen im Bereich bezahlter wie unbezahlter Arbeit und deren sozioökonomischen Auswirkungen.²³

Hier klingt der letzte zu definierende Begriff an, nämlich ›Arbeit‹. Diesen verwende ich für alle geleistete Arbeit, d. h. für bezahlte Erwerbsarbeit wie auch für (vor allem) unbezahlte Care-Arbeit. Die Verteilung beider Formen von Arbeit hat dabei immer eine Geschlechter- und meist auch eine ökonomische oder ›ethnische‹ Dimension,²⁴ d. h. dass in der Regel Frauen für unbezahlte Arbeit verantwortlich gemacht werden und (schlecht bezahlte) Care-Arbeiter:innen oft aus ökonomisch benachteiligten Gruppen kommen bzw. diese meist von prekär beschäftigten Migrant:innen verrichtet wird.²⁵ Wie hingegen die verschiedenen Akteure selbst ›Arbeit‹ definierten und verhandelten, werde ich in die folgenden Kapitel diskutieren.

-
- 20 Stiglitz, Joseph: Wither Reform? Ten Years of Transition, Keynote at the Annual Bank Conference on Development Economies 1999. Washington 2000, S. 22f.
 - 21 Villa, Paula-Irene: Körper, Geschlecht und Sexualität, in: Jörn Lamla et al. (Hg.): Handbuch der Soziologie. Konstanz/München 2014, S. 283–315, hier: S. 289f.
 - 22 Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit: Gouvernamentalität und Geschlecht: Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault – eine Einleitung, in: Brigitte Bargetz/Gundula Ludwig/Birgit Sauer (Hg.): Gouvernamentalität und Geschlecht: Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault. Frankfurt a. M. 2015, S. 7–30, hier: S. 17f.
 - 23 Yıldız, Safiye: Interkulturelle Erziehung und Pädagogik. Subjektivierung und Macht in den Ordnungen des nationalen Diskurses. Wiesbaden 2009, S. 198.
 - 24 Vgl. dazu: Addati, Laura et al.: Care work and care jobs. For the future of decent work, hg. vom International Labour Office. Geneva 2018.
 - 25 Vgl. auch: Fraser, Nancy: Contradictions of capital and care, in: *New Left Review* Vol. 100 (7/2016), S. 99–117.

1.3 Forschungskontext

Lange Zeit beschäftigten sich polnische Historiker:innen kaum mit der Rolle von Geschlecht in der Volksrepublik Polen. Zudem schien die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Geschlecht und (Care-)Arbeit fast anrühlich, würde dies doch geradezu zwangsläufig zu einer Infragestellung hegemonialer Geschichtsnarrative in Polen führen. So waren es in der Regel vor allem Soziolog:innen, die sich bereits seit den 1960er Jahren mit diesem Themenfeld auseinandersetzten;²⁶ gleiches ist in der Tendenz auch für den Zeitraum nach 1989 zu beobachten. Bis heute findet ein bedeutender Teil der explizit historischen Geschlechterforschung – ganz im Gegensatz zur soziologischen – in der Diaspora statt.²⁷

Auch in deutsch- und englischsprachigen Überblickswerken zur polnischen Geschichte zeigt sich, wie wenig die Kategorien Geschlecht oder Frauen bisher ›mitgedacht‹ wurden. Bei Włodzimierz Borodziej²⁸ finden sich einige wenige Hinweise auf die Situation von Polinnen vor bzw. nach 1989/90. In der lesenswerten Analyse von Ivan T. Berend mit dem Titel *From the Soviet bloc to the European Union: The economic and social transformation of Central and Eastern Europe since 1973* finden sich ebenso nur sehr sporadisch Anmerkungen bezüglich der Situation von Frauen.²⁹ Ein eindrückliches Beispiel für die fehlende Beschäftigung mit Frauen in der historischen Polenforschung ist der Klassiker von Norman Davies: *Im Herzen Europas. Geschichte Polens*.³⁰ In diesem exzellent recherchierten und geschriebenen Buch findet sich auf 30 Registerseiten kein Eintrag unter dem Begriff ›Frauen‹. Unter ›Emanzipation der Frauen‹ finden sich zumindest zwei Einträge, von denen der eine auf die Relevanz dieses Themas für einen männlichen Schriftsteller verweist und der andere auf den Kampf der Frauenbewegung für die nationalpolnische Sache im Zarenreich. Das Fehlen einer ›Frauengeschichte‹ zeigt sich auch daran, dass keines der zahlreich vorhandenen Bilder und Porträts auch nur eine Frau abbildet.³¹ Davies steht mit dieser ›Nicht-Beschäftigung‹ mit Geschlecht keineswegs allein da, und doch versinnbildlicht dieses populäre Buch ein ganzes Genre an historischen Überblickswerken zu Polen. Einzige Ausnahme stellt diesbezüglich Brian Porter-Szűcs dar, der zumindest teilweise auf frauenspezifische Aspekte der polnischen Nachkriegsgeschichte eingeht.³²

Große Verdienste um die Frauengeschichte erwarben sich hingegen Anna Żarnowska und Andrzej Szwarc, die (zusammen mit anderen Forscher:innen) bereits 1989 die Sozialwissenschaftliche Forschungsgruppe zur Geschichte der Frauen in Polen (Zespół Badań

26 Kowalski, Katharina Kinga: Feminismus als Denkstil. Zur Frauen- und Geschlechterforschung im Polen der Transformationszeit. Wiesbaden 2024, S. 119f.

27 Meines Erachtens liegt dies auch daran, dass sich Teile der (nicht nur) polnischen Geschichtswissenschaften oft noch einer eher ›glatten‹ historischen Narration verpflichtet fühlen, d.h. eine teleologische Nationalgeschichte erzählen.

28 Borodziej, Włodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert. Warschau 2016.

29 Berend, Ivan Tibor: *From the Soviet Bloc to the European Union: the Economic and Social Transformation of Central and Eastern Europe Since 1973*. Cambridge 2011.

30 Davies, Norman: *Im Herzen Europas: Geschichte Polens*. München⁵ 2020.

31 Zumindest lese ich keine der dargestellten Personen als Frau.

32 Vgl. Porter-Szűcs: Poland.

Spółecznych Dziejów Kobiet w Polsce) gründeten. Im Rahmen dieser Forschungsgruppe veröffentlichten sie eine mehrbändige Reihe zur polnischen Frauengeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, die als Einstieg einen guten Überblick bietet, für den hier behandelten Untersuchungszeitraum allerdings nur am Rande relevant ist.³³ Auch Sławomira Walczewska beginnt ihre Dissertation *Damen, Ritter und Feministinnen. Zum Frauenrechtsdiskurs in Polen* mit der Situation polnischer Frauen zum Anfang des 19. Jahrhunderts.³⁴ Die Forscherin untersucht darin den Frauenrechtsdiskurs und die Frauenbewegung von ihrer Entstehung bis in die Transformationszeit. Dabei werden die Entwicklung und Interdependenz von nationalen, religiösen und geschlechterspezifischen Diskursen über einen Zeitraum von fast 200 Jahren sichtbar. Auf diese Weise gelingt Walczewska ein exzellenter Überblick über die Konstruktionsprozesse und Persistenz geschlechterspezifischer Narrative in Polen in der *longue durée*. Ihre Arbeit stellt zusammen mit der Forschung von Szwarc und Żarnowska eine Grundlage zum Verständnis der historischen Verfasstheit der Geschlechterfrage in Polen dar.

Explizit geschlechtergeschichtliche Forschung, die sich systemübergreifend mit dem Transformationsprozess in Polen beschäftigt, existiert bisher nur vereinzelt. Für die Volksrepublik Polen liegen indes bereits einige Werke zur Geschlechtergeschichte bzw. primär zur Frauengeschichte vor, die eine wichtige Grundlage meiner Arbeit bilden. Hier ist Małgorzata Fidelis zu nennen, deren Buch *Women, Communism, and Industrialization in Postwar Poland* für die Beschäftigung mit den ersten Jahrzehnten der Volksrepublik maßgeblich ist. Die Historikerin untersucht darin die Umstrukturierung der Geschlechterordnung im Zuge des Aufbaus der Volksrepublik.³⁵ Dafür analysiert sie die Arbeitserfahrungen von Arbeiterinnen und die Funktion der Kategorie *Gender* in der staatlichen Politik der frühen Volksrepublik. Mithilfe eines mikrohistorischen Ansatzes, der vor allem die Stimmen historischer Akteure aus den Städten Żydarów, Zambrow und Katowice – nach dem Zweiten Weltkrieg große Industriezentren – zu Wort kommen lässt, versucht sie zu verstehen, »what the relationship between gender, work and politics meant for individuals at the time.«³⁶ Fidelis ist zudem eine der Herausgeber:innen eines 2020 erschienenen Sammelbands zur Geschichte der polnischen Frauen zwischen 1945 und 1989.³⁷ Den beteiligten Forscher:innen gelingt es darin einerseits, die Erfahrungen und Selbstwahrnehmung von Polinnen in der Volksrepublik zu untersuchen, andererseits machen sie Perspektiven auf Frauen und daraus resultierende Ansprüche seitens des Staates und der Gesellschaft deutlich. Dabei kontrastieren sie das Versprechen des Regimes – Emanzipation durch Arbeit – mit den diskriminierenden Erfahrungen im Arbeitsalltag von Polinnen. Schließlich verweist Fidelis in ihrem Schlusswort zurecht auf über das Jahr 1989 hinausreichende Kontinuitäten. Für meine Untersuchung ist vor allem relevant, dass die Historikerin die Funktion von *Gender* beim

33 Vgl. z. B. Anna Żarnowska/Andrzej Szwarc (Hg.): *Kobieta i praca. Wiek XIX i XX*, Bd. 6. Warszawa 2000.

34 Walczewska, Sławomira: *Damen, Ritter und Feministinnen. Zum Frauenrechtsdiskurs in Polen*. Wiesbaden 2015.

35 Vgl. Fidelis: *Women*.

36 Ebd., S. 12.

37 Fidelis, Małgorzata et al. (Hg): *Kobiety w Polsce, 1945–1989: Nowoczesność – równouprawnienie – komunizm*. Kraków 2020.

Aufbau des polnischen Sozialismus analysiert und zudem das Verhältnis von Arbeit und Geschlecht in der Volksrepublik in den Blick nimmt. An die so gewonnen Erkenntnisse knüpft meine Arbeit an. Gleiches gilt für die Forschung der Historikerin Natalia Jarska, die sich ebenfalls explizit mit der Erwerbsarbeit von Polinnen in der Volksrepublik beschäftigt. Ihr Fokus liegt dabei auf der PZPR, weshalb sie anhand von Parteiakten untersucht, wie die Partei intern über Frauen sprach. Ihre Erkenntnisse setzt Jarska mit der sozioökonomischen Situation von Frauen in der Volksrepublik in Beziehung.³⁸ Das Zusammendenken dieser beiden Aspekte ist auch Ziel dieses Buches.

Bei den genannten Studien handelt es sich mehr um eine »klassische« Frauen- denn eine Geschlechtergeschichte. Claudia Kraft verwendet Geschlecht hingegen als interdependente historische Analysekategorie und versucht dabei zugleich, selbige im polnischen Kontext zu entwickeln. Von ihr existieren zahlreiche Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex. So vereint der von ihr herausgegebene Sammelband *Geschlechterverhältnisse in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg: Soziale Praxis und Konstruktion von Geschlechterbildern*³⁹ Beiträge, die aus verschiedenen Perspektiven tatsächliche und vermeintliche Errungenschaften sozialistischer Staaten bezüglich der Emanzipation von Frauen analysieren. Dabei werden sowohl die (zunächst) besseren Partizipationschancen im Bereich von Bildung und Arbeit in den »Ostblockstaaten« als auch die daraus folgende Doppelbelastung diskutiert. Hinzu kommen die Aufsätze Krafts, in denen sie sich mit Interdependenzen von Geschlecht und anderen Aspekten in Ostmitteleuropa beschäftigt.⁴⁰ Methodisch sind sie zusammen mit den Ansätzen von Fidelis und Jarska für meine Forschung leitend.

Neben diesen grundlegenden geschichtswissenschaftlichen Forschungsarbeiten gibt es einige weitere Veröffentlichungen, die Geschlechterthemen im Kontext der Volksrepublik diskutieren. An erster Stelle ist Michael Zok zu nennen. Der Historiker setzt sich vor allem mit Diskursen zum Thema Schwangerschaftsabbrüche auseinander. Für meine Forschung ist von großem Belang, dass er die Rolle des nationalkatholischen Diskurses in geschlechterpolitischen Fragen untersucht und dabei die Verknüpfung von Nation und Geschlecht herausstellt. Ebenso wichtig ist die Monografie von Shanna Penn, die in *Solidarity's Secret. The women who defeated communism in Poland*⁴¹ einen Fokus auf die Rolle und Bedeutung von Polinnen in der polnischen Opposition legt sowie Ausschlussmechanismen und Hindernisse untersucht, denen sich polnische

38 Vgl. Jarska, Natalia: *Kobiety z marmuru. Robotnice w Polsce w latach 1945–1960*. Warszawa 2015; Dies.: *Krótki kurs historii »kobiet«*. *Kobiety w języku partii komunistycznej w Polsce 1945–1989*, in: *Polska 1944/45–1989: Studia i materiały* Vol. 15 (2017), S. 241–259; Dies.: *Female Breadwinners in State Socialism: The Value of Women's Work for Wages in Post-Stalinist Poland*, in: *Contemporary European History* Vol. 28 (4/2019), S. 469–483.

39 Claudia Kraft (Hg.): *Geschlechterbeziehungen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg: Soziale Praxis und Konstruktionen von Geschlechterbildern*. München 2008.

40 Vgl. dazu: Kraft, Claudia: *Paradoxien der Emanzipation. Regime, Opposition und Geschlechterordnungen im Staatssozialismus seit den späten 1960er-Jahren*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* Vol. 3 (3/2006), S. 381–400; Dies.: *Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Die Rolle der Kategorie Geschlecht in den Demokratisierungsprozessen in Ost- und Westeuropa seit 1968*, in: *L'homme* Vol. 20 (2/2009), S. 13–30.

41 Penn: *Solidarity's Secret*.

Frauen dort gegenübersehen. Diese Geschichte der *Solidarność* aus der Perspektive der Frauen innerhalb der Gewerkschaft bietet aufschlussreiche Einblicke in Selbst- und Fremdwahrnehmungen politisch aktiver Frauen in den 1980er und in Teilen auch 1990er Jahren. Schließlich zeigt Florian Peters in seinem Buch: *Von der Solidarność zur Schocktherapie. Wie der Kapitalismus nach Polen kam*⁴² anhand zahlreicher Beispiele, wie sich bereits in den 1980er Jahren ein Einstellungswandel innerhalb oppositioneller Kreise (weg von sozialistischen, hin zu neoliberalen Ideen) vollzog. Der Historiker legt dar, wie viele marktwirtschaftliche Reformen bereits vor dem Ende der Volksrepublik durchgeführt worden waren, und trägt damit dazu bei, das Jahr 1989 nicht als vermeintliche ›Stunde Null‹ zu interpretieren.

Die bisher diskutierte Forschung fokussiert sich primär auf die Volksrepublik Polen, zumal die Zeit nach dem Beginn des sogenannten Transformationsprozesses gerade erst in den Fokus der Geschichtswissenschaft rückt. Umso wichtiger ist die Monografie *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa* von Philipp Ther⁴³ für die Herangehensweise meiner Arbeit, da es sich dabei um eine erste (kritische) zeithistorische Betrachtung des Transformationsprozesses in Ostmitteleuropa handelt. Insbesondere Thers Distanzierung von vereinfachenden Schwarz-Weiß-Darstellungen des Transformationsprozesses überzeugt dabei. Zwar kommen geschlechter-spezifische Betrachtungen in dieser Monografie ebenfalls nur sporadisch vor, doch zeigt dieses Buch deutlich die anti- oder apolitischen Diskurse im Zuge der Transformationen in Ostmitteleuropa auf, die gerade auch im geschlechterpolitischen Bereich wirkungsmächtig wurden; zumal auch und gerade Geschlechterpolitik unter dem Label ›alternativ‹ betrieben wurde.

Allerdings stützt sich diese Arbeit keineswegs nur auf historische Forschung. So existiert eine Vielzahl an sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschungsarbeiten, die sich mit Polen vor und nach 1989/90 bzw. auch mit systemübergreifenden Fragen beschäftigen. Für dieses Buch sind vor allem solche Studien von Interesse, die Arbeit als ›vergeschlechtlicht‹ interpretieren und analysieren. Dieser Ansatz ist keineswegs neu. Vielmehr beschäftigten sich einige Wissenschaftlerinnen – als wichtigste sind hier die Soziologinnen Magdalena Sokołowska⁴⁴ und Renata Siemieńska⁴⁵ sowie die Juristin Eleonora Zielińska⁴⁶ zu nennen – bereits in der Volksrepublik, teilweise seit den 1960er Jahren mit Geschlechterfragen. Ein Großteil dieser Forschung ist mittlerweile selbst zur Quelle geworden. Seit den 1990er Jahren waren es gerade Soziolog:innen, die sich mit der Bedeutung der Kategorie Geschlecht im Transformationsprozess beschäftigten. Die diesbezügliche Forschung ist umfangreich. So beschäftigen sich etwa Izabela

42 Peters: *Schocktherapie*.

43 Ther, Philipp: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent: Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Berlin³ 2015.

44 Vgl.: Sokołowska, Magdalena: *Kobieta współczesna: Z badań socjologów, lekarzy, ekonomistów, pedagogów i psychologów (materiały z seminarium pracy kobiet IFiS PAN)*, Warszawa 1966.

45 Vgl. Siemieńska, Renata: *Płeć, zawód, polityka. Udział kobiet w życiu publicznym w Polsce*, Warszawa 1990.

46 Vgl.: Zielińska, Eleonora: *Oceny prawnokarne przerywania ciąży. Studium prawnoporównawcze*, Warszawa 1986.

Desperak,⁴⁷ Kinga Dunin⁴⁸ und Agnieszka Graff⁴⁹ ebenso mit dem Geschlechterdiskurs der Transformationszeit wie auch Magdalena Saryusz-Wolska.⁵⁰ Diese Forscherinnen kommen häufig zu ähnlichen Ergebnissen wie die vorliegende Studie.⁵¹ Dies gilt analog für Forscher:innen, die sich explizit mit der Debatte um das Thema Schwangerschaftsabbruch beschäftigen. So analysiert Ewelina Wejbert-Wąsiewicz in ihrer 2011 veröffentlichten Dissertation die soziale Wahrnehmung von Schwangerschaftsabbrüchen. Ihre Arbeit zeigt, wie sehr der polnische Diskurs von national-katholischen Mythen geprägt ist, die Schwangerschaftsabbrüche als etwas moralisch Verwerfliches betrachten. Zugleich kommt sie zu dem Schluss, dass in der Gesellschaft eine Haltung vorherrsche, die Abbrüche dennoch als »das kleinere Übel« akzeptiere. Im politischen Diskurs existiere allerdings keine moderate »Mittelposition«, was die Forscherin ausdrücklich bedauert, da dies Kompromisse verhindere.⁵²

Schließlich sind noch einige Veröffentlichungen zu nennen, die vor allem für Einzelaspekte dieses Buches von Relevanz sind. Zunächst der Sammelband von Shana Penn und Jill Massino, der sich mit der Situation arbeitender Frauen in den sozialistischen Staaten Ost- und Ostmitteleuropas beschäftigt.⁵³ Er basiert auf zahlreichen Interviews mit Frauen und versucht sich an einem nuancierten Blick auf die *double burden* aus bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Care-Arbeit. Damit liefert das Buch einen seltenen Einblick in die gesamten Arbeitsrealitäten von Frauen im Staatssozialismus. Die arbeitsmarktspezifischen Entwicklungen nach dem Ende des Staatssozialismus betrachtet der 2001 erschienene Sammelband von Mike und Hilary Ingham sowie Henryk Domański, der eine ökonomische Perspektive auf das Thema »Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt nach 1990« einnimmt und dabei die Persistenz geschlechterspezifischer Ungleichheiten auf osteuropäischen Arbeitsmärkten nach 1989 und insbesondere in Polen aufzeigt.⁵⁴ Für meine Forschung ist insbesondere die Analyse der Rolle von Geschlecht im Sinne einer Vergeschlechtlichung von Arbeit in unterschiedlichen Branchen und Sektoren von Belang, die ich aus einer historischen Perspektive aufgreife. Eine dementsprechende Perspektive auf die DDR bzw. Ostdeutschland, auf Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei nimmt Barbara Einhorn in ihrem Buch *Cinde-*

47 Desperak, Izabela: *Płeć zmiany: Zjawisko transformacji w Polsce z perspektywy gender*, Łódź 2018.

48 Czyżewski, Marek/Dunin, Kinga/Piotrowski, Andrzej: *Cudze problemy. O ważności tego, co nieważne. Analiza dyskursu publicznego w Polsce*, Warszawa 1991.

49 Graff, Agnieszka: *Świat bez kobiet: Płeć w polskim życiu publicznym*. Warszawa 2001.

50 Saryusz-Wolska, Magdalena: *Jak politycy mówią o równouprawnieniu płci? Debaty nad projektem ustawy o równym statusie kobiet i mężczyzn*, in: *Kultura i Społeczeństwo* Vol. 52 (2008/3), S. 35–52.

51 Die Frage, weshalb historische Forschung zu diesem Themenkomplex trotzdem äußerst wichtig ist, und was sie von der sozialwissenschaftlichen unterscheidet, wird im folgenden Abschnitt zu Theorie und Methode diskutiert.

52 Wejbert-Wąsiewicz, Ewelina: *Aborcja między ideologią a doświadczeniem indywidualnym*. Łódź 2011.

53 Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009.

54 Ingham, Mike/Ingham, Hilary/Domański, Henryk: *Women on the Polish Labor Market*. New York 2001.

rella Goes to Market. Citizenship, Gender and Women's Movements in East Central Europe ein.⁵⁵ Aus soziologischer und geschlechterspezifischer Perspektive analysiert sie die Situation von Frauen in Ostmitteleuropa vor und nach dem Beginn des sogenannten Transformationsprozesses, wobei sie spezifisch polnische Aspekte zugunsten eines übergreifenden Blicks auf Ostmitteleuropa vernachlässigt (bzw. vernachlässigen muss).

Die Dissertation von Katharina Kinga Kowalski beschäftigt sich mit der Entstehung der Frauen- und Geschlechterforschung in der Transformationszeit nach 1989 in Polen, bezieht dabei aber auch immer wieder die Vorgeschichte in der Volksrepublik mit ein. Sie führt aus, wie frühe Feminist:innen auf ›westliche‹ Theorien zurückgriffen und sich dabei oft explizit vom staatssozialistischen Erbe abwandten.⁵⁶ Ebenfalls aus einer explizit feministischen Perspektive betrachtet die Slawistin und Kulturwissenschaftlerin Nina Seiler die Entwicklung der Geschlechterordnung in Polen nach 1989. Anhand von fünf Klassikern der feministischen Polonistik der 1990er Jahre analysiert sie die postsozialistische Identitätssuche im polnischen feministischen Diskurs. Interessant ist dabei vor allem ihre Auseinandersetzung mit der Frage von Rezeption und Adaption ›westlicher‹ Geschlechtertheorien im polnischen Kontext, womit sie innerpolnische Diskurse über die (Be)Deutung von Geschlecht in den 1990er Jahren ausleuchtet. In ihrer Schlussfolgerung verweist Seiler auf die Paradoxien innerhalb der polnischen feministischen Kritik der 1990er Jahre. Diese sei von einer Ambivalenz zwischen der Politisierung von Geschlecht und einer Absage an politische Feminismen, von geschlechtlicher Essentialisierung und zeitgleicher Dekonstruktion von Geschlechterbildern geprägt gewesen.⁵⁷ Seilers Studie gewährt vor allem einen tiefen Einblick in die Ausprägungen polnischer Feminismen der 1990er Jahre. Beide Bücher helfen vor allem dabei, die Zurückweisung bestimmter – als kommunistisch wahrgenommener – Aspekte des Feminismus nachzuvollziehen.

Aus einer ethnologischen Perspektive diskutiert Anika Keinz die Vorstellungen von Geschlechterrollen und Sexualität bei der Konstituierung des postsozialistischen polnischen Staates.⁵⁸ Überzeugend legt sie dar, welche Verbindungen Geschlecht und Nation eingingen und welche herausragende Bedeutung der diesbezügliche Diskurs für die polnische Transformationsgesellschaft hatte. In diesem Punkt nimmt ihr Buch einige Erkenntnisse meiner Forschung vorweg. Da Keinz den Diskurs nicht auf der Ebene des Sejm untersucht, sondern mit Mitarbeiterinnen von NGOs und der Gleichstellungsbehörde sowie mit Mitgliedern informeller Frauennetzwerke sprach, ergänzt sich unsere jeweilige Forschung.

Schließlich sind mit der Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Bożena Choluż und der Soziologin Małgorzata Fuszara noch zwei polnische Forscherinnen zu nennen, die die heutige Situation von Frauen in Polen aus einer geschlechterspezifischen Perspektive untersuchen. Beide Wissenschaftlerinnen gehören zur ersten Generation polnischer

55 Einhorn: *Cinderella*.

56 Kowalski: *Feminismus*.

57 Seiler, Nina: *Privatisierte Weiblichkeit: Genealogien und Einbettungsstrategien feministischer Kritik im postsozialistischen Polen*. Bielefeld 2018.

58 Keinz, Anika: *Polens Andere. Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in Polen nach 1989*. Bielefeld 2015.

»neofeministischer Forscherinnen«,⁵⁹ deren Studien mir unter anderem einen Einblick in die Ziele und Konzepte feministischer NGOs gewährten. Ferner ist ihre Forschung bereits selbst als Quelle zu lesen, die den polnischen Feminismus der 1990er Jahre beleuchtet.

Bezüglich der frauenpolitischen Orientierung der katholischen Kirche und der Position von Frauen innerhalb kirchlicher Strukturen liegt eine sehr lesenswerte Monografie von Joanna Staśkiewicz vor.⁶⁰ Sie liefert einen differenzierten Blick auf die Handlungsmöglichkeiten und -strategien von Frauen innerhalb der katholischen Kirche. Die Forscherin kommt zu dem Schluss, dass sich Feminismus und die dogmatische Ausrichtung des polnischen Episkopats gegenseitig ausschließen. Staśkiewiczs Buch ist für diese Untersuchung insofern wichtig, als es auch einen Einblick in die spezifisch polnischen Aspekte des Katholizismus gibt.

Es bleibt festzuhalten, dass kaum Forschungsarbeiten vorliegen, die sich aus einer geschlechtergeschichtlichen Perspektive mit dem Übergang Polens zur Marktwirtschaft beschäftigen. Für die Zeit nach dem Ende der Volksrepublik sind bisher vor allem sozialwissenschaftliche Arbeiten erschienen, die zwar Geschlecht als Analysekategorie verwenden, aber nicht historisieren. Hinzu kommt Forschung, die sich abseits von expliziten Geschlechterfragen mit dem Transformationsprozess beschäftigt. Dieser Themenkomplex ist keinesfalls »überforscht«, was nicht zuletzt der Tatsache geschuldet ist, dass wirklich sozialwissenschaftliche Studien zu Polen noch immer ein Nischenprodukt darstelle – zumindest im deutsch- und englischsprachigen Raum.⁶¹

Im Bereich der Geschlechtergeschichte generell und mit Blick auf Polen im Speziellen existieren noch große Forschungslücken. Eine davon möchte diese Dissertation schließen, indem sie die lange Zeit der Transformation in Polen aus einer wirtschafts- und sozialgeschichtlichen sowie geschlechterhistorischen Perspektive in den Blick nimmt. Dies ermöglicht es, ein tieferes Verständnis der Zusammenhänge von Arbeit und Geschlecht zu gewinnen und damit zugleich eine etwas andere Geschichte des polnischen Transformationsprozesses zu erzählen.

1.4 Theoretische und methodische Grundlagen

Zu Beginn dieser Untersuchung stellt sich die Frage nach den theoretischen Grundlagen sowie der sozialen Funktion dieser Arbeit. Mit anderen Worten: »It is time historians took responsibility for explaining what we do, how we do it, and why it is worth doing.«⁶² Historische Forschung wird in dieser Arbeit als kritische Wissenschaft verstanden, die die herrschenden historischen Mythen und Narrative hinterfragt. Ziel ist es, ein

59 Kowalski: *Feminismus*, S. 197.

60 Staśkiewicz, Joanna: *Katholische Frauenbewegung in Polen? Zum Wandel der Geschlechterverhältnisse in der katholischen Kirche in Polen nach 1989*. Bielefeld 2018.

61 Vgl. Libman, Alexander: *Krise oder Blüte? Sozialwissenschaftliche Osteuropaforschung* Vol. 70 (1 u. 2/2020), S. 179–191.

62 Appleby, Joyce Oldham/Hunt, Lynn/Jacob, Margarete C.: *Telling the Truth about History*. New York/London 1994, S. 9.

›Möglichkeitsbewusstsein‹ zu schaffen, Alternativen aufzuzeigen und damit vermeintlichen historischen Zwangsläufigkeiten zu widersprechen, indem Vergangenes aus der Perspektive der jeweiligen Zeit und nicht mit dem Blick des Nachgeborenen betrachtet wird. Des Weiteren beruht diese Arbeit auf der Annahme der Relativität aller historischen Forschung.⁶³ In der Konsequenz bedeutet dies, dass Historiker:innen die Vergangenheit nicht lediglich entdecken, sondern durch ihre Arbeit erst konstruieren – oder, um mit Hayden White zu sprechen, »the historian must accept responsibility for the construction of what previously s/he had pretended only to discover«. ⁶⁴ Daraus ist allerdings kein relativistischer Subjektivismus als Grundlage historischer Forschung zu schlussfolgern. Das Ideal früherer Historiker:innengenerationen, mit Hilfe von Quellen ein objektives Bild der Vergangenheit zu zeichnen, ist zwar überholt, doch ist auch die konträre Position, es gebe keine Geschichte außerhalb des sie schreibenden Subjekts, problematisch. Im Gegenteil ist es erforderlich, das Spannungsfeld zwischen beiden Ansichten auszuhalten und produktiv zu machen, wie etwa Dominick LaCapra pointiert beschreibt: »Extreme documentary objectivism and relativistic subjectivism do not constitute genuine alternatives. They are mutually supportive parts of the same larger complex.«⁶⁵

Methodisch ist diese Arbeit in einer Geschlechtergeschichte nach Joan Scott zu verorten, indem Geschlecht nicht als deskriptive Kategorie verstanden, sondern als interdependente Analysekategorie angewandt wird.⁶⁶ Daraus folgt eine Untersuchung anhand der Fragen, wann und für welche Akteure Geschlecht als Zuschreibung relevant wird. Im Kontext dieser Arbeit ist dabei zunächst zu konstatieren, dass die PZPR Frauen als eigene Gruppe mit gemeinsamer, homogener Identität konstruierte, indem sie ihnen bestimmte Rollen und Eigenschaften zuschrieb bzw. ein kulturelles Konstrukt, Normen und Grenzen schuf. Daraus folgt nicht automatisch, Geschlecht als Kategorie zu setzen, die die Produktion von Herrschaft vollumfänglich erklären würde, insbesondere nicht für die historischen Akteure selbst. Vielmehr war beispielsweise die Kategorie ›Klasse‹ für viele sozialistische Aktivist:innen wichtiger als die Kategorie ›Geschlecht‹. Soziale Unterdrückung wurde oft stärker gewichtet als geschlechterspezifische, weshalb etwa ›westlich‹ geprägte Emanzipationskonzepte, wie sie beispielsweise viele liberale Feminist:innen vertreten, nicht eins zu eins auf Ostmitteleuropa zu übertragen sind.⁶⁷

Zugleich untersuche ich nicht nur, wie die verschiedenen Akteure – etwa die PZPR oder die katholische Kirche – das Verhältnis von (Care-)Arbeit und Geschlecht definieren. Vielmehr interessieren mich die Zusammenhänge zwischen der narrativen, politischen und sozioökonomischen Konstruktion von Geschlechterrollen in der langen Zeit der Transformation. Dies bedeutet, Geschlecht zwar als Analysewerkzeug zu verwenden, diese Kategorie aber als ›Erkenntnisgegenstand‹ nicht immer völlig aufzugeben.

63 Kocka, Jürgen: Geschichte wozu?, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.): Über das Studium der Geschichte. München 1990, S. 427–443.

64 White, Hayden: Postmodernism and Textual Anxieties, in: Bo Stråth (Hg.): The postmodern challenge: Perspectives East and West. Amsterdam 1999, S. 27–46, hier: S. 23.

65 LaCapra, Dominick: History and Criticism. Ithaca 1985, S. 137.

66 Scott: Gender.

67 Voigtländer, Henrike: Sexismus im Betrieb. Geschlecht und Herrschaft in der DDR-Industrie. Berlin 2023, S. 13f.

Vielmehr wird Geschlechterpolitik in der langen Zeit der Transformation in ihren Zuschreibungen, ihrer funktionalen Bedeutung und ihren sozioökonomischen Folgen zu untersuchen sein. Diese Perspektive ermöglicht es, scheinbar geschlechtsneutrale politische Maßnahmen – wofür der Balcerowicz-Plan⁶⁸ ein eindrückliches Beispiel ist –, neu zu bewerten. Dies ist insofern wichtig, als hier eine bislang große Forschungslücke festzustellen ist; so gibt es kaum neuere historische Geschlechterforschung, die sozioökonomische Daten in die Analyse miteinbezieht. Umgekehrt neigen Wirtschaftswissenschaftler:innen und die wenigen noch verbliebenen Wirtschaftshistoriker:innen dazu, Erkenntnisse der Geschlechtergeschichte nicht zu berücksichtigen.

An diesem Punkt möchte ich noch einmal darauf eingehen, was die vorliegende Arbeit von der bereits existierenden soziologischen, politikwissenschaftlichen, aber auch ökonomischen Forschung unterscheidet. Zunächst ist dies aus meiner Sicht die Perspektive; so ist es Aufgabe von Historiker:innen, zeitgenössische Forschung zu historisieren und zu kontextualisieren. Dies macht es möglich, »lange Linien« zu ziehen und damit Kontinuitäten und Brüche sichtbar zu machen. Zudem gibt es forschungstheoretische Unterschiede. Ziel dieser Arbeit ist es, auf Grundlage theoretischer Ansätze – hier die Geschlechtergeschichte nach Scott – die empirische Basis zu strukturieren, um sie anschließend hermeneutisch zu analysieren bzw. zu interpretieren. Dies erfordert – und hier liegt ein weiterer Unterschied zu vielen sozialwissenschaftlichen Arbeiten – ein ständiges Abwägen zwischen der Bedeutung struktureller Aspekte der Vergeschlechtlichung von Arbeit und der Beachtung individueller Akteure oder Ereignisse.

Ergänzend zum existierenden Quellenkorpus und der Literatur habe ich für diese Arbeit acht Interviews mit Expertinnen und Zeitzeuginnen geführt, die diesen Zeitraum erlebt und gestaltet oder untersucht haben. Bereits die Zahl der Interviewten lässt erahnen, dass die entstandenen Transkripte nicht die empirische Basis dieser Arbeit darstellen (können). Stattdessen hatten diese Gespräche zwei Funktionen: Zum einen geben die Zeitzeuginneninterviews die subjektive Eigenperspektive von (betroffenen) Frauen auf die lange Zeit der Transformation wieder, d. h. sie bringen bewusst subjektive Erinnerungen und Wahrnehmungen ein. Zum anderen fungieren die Interviews in meiner Forschung als Korrektiv, indem sie es mir ermöglichen, eigene Interpretationen und Perspektiven kritisch zu überprüfen und mögliche Leerstellen aufzudecken. Die Interviews wurden auf Polnisch, Deutsch und Englisch geführt. Ziel war es, die Befragten in der jeweiligen Mutter- bzw. Umgangssprache sprechen zu lassen, um möglichst *ihre* persönlichen Wahrheiten zu erhalten und ihnen nicht die Sprache des Forschenden aufzuzwingen. Schließlich habe ich aus zwei Gründen nur mit Frauen gesprochen: Zum einen sind die allermeisten Expert:innen in diesem Themenbereich Frauen; zum anderen sprechen in den übrigen Quellen mehrheitlich Männer, sodass die Interviews ein gewisses Gegengewicht dazu liefern.

Prinzipiell bin ich in der gesamten Arbeit darauf bedacht, möglichst viele Protagonist:innen aus Polen zu Wort kommen zu lassen. Damit versuche ich, eigene kulturelle Prädispositionen, Vorstellungen und Bilder zu reflektieren, die unweigerlich den Blick jeder:jedes Forschenden mitprägen.

68 Plan zur Umgestaltung Polens von einem planwirtschaftlichen zu einem marktwirtschaftlichen System, benannt nach seinem Autor, Finanzminister Leszek Balcerowicz.

In diesem Kontext sind auch Begriffe wie ›Osteuropa‹, ›Ostmitteleuropa‹ oder ›Mitteleuropa‹ zu problematisieren. Wie Larry Wolff überzeugend zeigt, bezeichnen sie weniger geografisch definierte Räume, als dass sie politisch und ideologisch gefärbte *mental maps* konstruieren. Sie sind Kinder aufklärerischer Versuche, ein ›Anderes‹ zu konstruieren, um das eigene, ›aufgeklärte‹ westliche Europa als überlegen hervorzuheben.⁶⁹ Diese Tatsache muss immer mitgedacht werden, um einem erneuten *othering* im Zuge meiner Forschung zuvorzukommen.

Schließlich ist es angebracht, einige Anmerkungen zur verwendeten Sprache zu machen. Diese soll einerseits geschlechtersensibel verwendet werden, indem sie historische Akteure berücksichtigt, die sich nicht in die binären Kategorien von Frau und Mann einordnen wollen und können. Diesem Umstand – ebenso wie der generellen Konstruiertheit von Geschlecht – soll in dieser Arbeit durch Formulierungen wie ›Arbeiter:innen‹ Rechnung getragen werden. Andererseits verwende ich in dieser Studie auch vergeschlechtlichte Formen wie ›Aktivistin‹ oder ›Abgeordneter‹, wenn das Geschlecht der Akteure bekannt bzw. als Zuschreibung für die gesellschaftliche Konstruktion von Geschlechterrollen relevant ist. Darüber hinaus ist die polnische Sprache – und damit meine Quellsprache – noch deutlich stärker vergeschlechtlicht als das Deutsche, worauf ich, wo es relevant ist, immer wieder aufmerksam mache.

1.5 Quellenkorpus und inhaltliche Struktur

Die Vergeschlechtlichung von Arbeit in der langen Zeit der Transformation ist nur in ihrer historischen Bedingtheit zu verstehen. Sie wurde nicht durch einen politischen Akt geschaffen, sondern war und ist das Produkt ökonomischer, sozialer und kultureller Prozesse. In ihrer noch immer hegemonialen Ausprägung in einer privaten und vermeintlich weiblichen Sphäre auf der einen und einem männlich und öffentlich konnotierten Raum auf der anderen Seite ist sie ein Resultat der bürgerlichen Moderne und einer damit einhergehenden kapitalistischen Arbeitsteilung.⁷⁰ Inwiefern diese Diagnose auch für staatssozialistische Staaten zutrifft, ist Teil der Diskussion.

Beginnen werde ich meine Untersuchung mit einem Überblick zur historischen Kontinuität von Frauen(erwerbs)arbeit in Polen seit dem späten 19. Jahrhundert. Dabei diskutiere ich Geschlechternarrative, -politiken und deren Auswirkungen auf die Arbeit von Frauen. Es handelt sich also nicht um eine Geschlechtergeschichte, die ›Geschlecht‹ per se und ausschließlich als analytische Kategorie anwendet, sondern ich verfolge mit diesem Überblick vielmehr das Ziel, der in der Historiografie verbreiteten Marginalisierung arbeitender Frauen zumindest etwas entgegenzuwirken – zu zeigen, dass ›Frauenarbeit‹ (in Polen) historische Realität war. Dieser historische Hintergrund ist zudem unerlässlich, um die Entwicklungen nach 1980 in ihrer Gänze zu verstehen. Vor allem die Nichtexistenz eines souveränen Staates während des gesamten ›langen‹ 19. Jahrhunderts macht die polnische Situation dabei speziell.

69 Wolff, Larry: *Inventing Eastern Europe: The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford 2010.

70 Villa: *Geschlecht*, S. 287.

Aus diesem Grund beginne ich mit einer Darstellung der Arbeitssituation von Pol:innen in der Teilungszeit, da die ökonomischen, kulturellen und sozialen Eigenheiten der jeweiligen Teilungsgebiete auch im weiteren Verlauf der polnischen Geschichte einen bedeutenden Einfluss auf die Vergeschlechtlichung von Arbeit ausübten. Daran schließt eine ausführliche Zusammenfassung der Situation in der sogenannten Zweiten Polnischen Republik ab November 1918 an. Viele der bis heute wirkungsmächtigen Vorstellungen, Argumentationen und Denkweisen haben ihre Ursprünge in dieser Periode. Darauf folgt ein Überblick über das Verhältnis von Geschlecht und Arbeit während der Terrorherrschaft NS-Deutschlands, insbesondere mit Blick auf die allgegenwärtige Zwangsarbeit. Schließlich diskutiere ich die Vergeschlechtlichung von Arbeit in der Volksrepublik Polen bis zum Ende der 1970er Jahre. Diese direkte Vorgeschichte zu erörtern, ist einerseits unerlässlich, um die Situation in der langen Zeit der Transformation zu verstehen; andererseits geschieht dies ebenfalls nur überblicksartig, zumal etwa mit dem Buch von Małgorzata Fidelis bereits eine überzeugende Untersuchung dieses Themenfeldes vorliegt.

Im Anschluss an dieses historische Überblickskapitel analysiere ich die Situation in der Endphase der Volksrepublik. Insbesondere in den Jahren 1980/81 und 1989–91 prägten Debatten um die Gestaltung des Staates die politische Diskussion. Deshalb werden diese Zeitabschnitte im Zuge dieser Arbeit herausgegriffen. In einem Dreischritt analysiere ich zunächst die geschlechterspezifischen Rollenvorstellungen innerhalb der PZPR, Solidarność und Kirche und untersuche anschließend, inwiefern sich diese in der Geschlechterpolitik der Volksrepublik niederschlugen und welche sozioökonomischen Folgen dies für die jeweiligen Geschlechter hatte.

Als Quellenkorpus dienen für das Regierungslager Dokumente der PZPR bzw. des Zentralkomitees der Partei (Komitet Centralny Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej, KC). Diese Akten lassen Schlüsse auf Geschlechternarrative sowie auf Ziele und Folgen der staatssozialistischen Geschlechterpolitik zu. Hinzu kommen öffentliche Statements hochrangiger Parteivertreter:innen – etwa während des Internationalen Frauentags oder als Grußwort bei Veranstaltungen der Liga der Polnischen Frauen (Liga Kobiet Polskich, LKP),⁷¹ die ebenfalls einen Hinweis darauf geben, in welche Geschlechternarrative sich die Partei einschreibt und welche Geschlechterrollen sie propagieren wollte. Auf diese Weise wird die öffentliche Positionierung der Partei in Geschlechterfragen deutlich. Hinzu kommen Ministeriumsakten, die vor allem Schlüsse auf geschlechterpolitische Maßnahmen sowie deren erwartete und tatsächliche Folgen zulassen. Letztere offenbaren zudem, mit welchen sozioökonomischen Folgen die verschiedenen Fachabteilungen aufgrund geschlechterpolitischer Maßnahmen (z. B. Mutterschutz) rechneten und wie sie diese bewerteten. Zugleich liefern sie weitgehend verlässliche Zahlen zur tatsächlichen sozialen Situation von Frauen.

Nur selten lassen sich die drei Untersuchungskategorien – Geschlechternarrative, -politiken und deren sozioökonomische Folgen – klar voneinander trennen, zumal vielfach alles gleichzeitig verhandelt wird. Jede Besprechung von Daten zur Situation von Frauen und deren Bewertung ist unweigerlich bereits eine Zuschreibung und ein inhärenter gesellschaftlicher Platzanweiser. Dadurch gestaltet sich die Interpretation der

71 Bis 1983 lediglich *Liga Kobiet*.

Quellen als komplex, sodass nicht selten eine vorsichtige Auslegung angezeigt ist. Dies schmälert allerdings nicht den Wert dieses Bestandes, da derart die Position des sozialistischen Staates in Geschlechterfragen und deren Folgen analysiert werden können. Zudem ist es nötig, alle drei Ebenen zusammenzudenken, um zu klären, welche Funktion die Vergeschlechtlichung von Arbeit für die verschiedenen Akteure erfüllte; d. h. die Machtfrage zu stellen.

Sehr aufschlussreich ist vor diesem Hintergrund auch die Frage der Aufbewahrung von Archivalien; so finden sich etwa im Archiv Neuer Akten (Archiwum Akt Nowych, AAN) Aktenbestände unter dem Schlagwort *kobieta* (Frau), was einerseits darauf zurückzuführen ist, dass *kobieta* im Gegensatz zu *mężczyzna* (Mann) als eigene Kategorie in den Dokumenten der Volksrepublik existierte. Andererseits sind in diesen Aktenbeständen alle möglichen Dokumente zusammengefasst, die inhaltlich wenig mehr verbindet, als dass dort von Frauen die Rede ist. Es bleibt unklar, welche Dokumente es als der Überlieferung wert in den Korpus geschafft haben und welche als kassabel betrachtet wurden. An diesem Beispiel wird besonders deutlich, wie die beteiligten Archivar:innen durch die Ordnung der Akten – sowie ihre Entscheidung, was sie unter das Stichwort ›Frau‹ einsortierten – selbst zu einem ganz aktiven Teil des Geschlechterdiskurses wurden.

In einem zweiten Schritt werden die Frauenbilder und Geschlechternarrative der Opposition – *Solidarność* und katholische Kirche – analysiert. Beide Institutionen übten einen enormen Einfluss auf die Konstruktion von Geschlechterrollen aus und gestalteten damit – so meine These – die Geschlechterpolitik der Regierung maßgeblich mit. Als Quellen dienen hier Forderungen der *Solidarność* etwa im Augustabkommen sowie bereits existierende Sekundärliteratur und veröffentlichte Interviews mit Protagonistinnen der Gewerkschaft, anhand derer die geschlechterpolitischen Positionen von Frauen in der *Solidarność* untersucht werden. Außerdem geben sie einen Einblick in oppositionelle Frauenbilder und zeigen, wie die staatliche Geschlechterpolitik in den dem Regime kritisch gegenüberstehenden Gesellschaftsteilen rezipiert wurde. Hierfür nutze ich vor allem Interviews von Ewa Kondratowicz und Anna Bikont. Hinzu kommen Interviews von Shana Penn mit Protagonist:innen der *Solidarność*⁷² und schließlich als Ergänzung die von mir geführten Interviews. Dieses Vorgehen ermöglicht einen vielstimmigen Einblick in die heterogenen Vorstellungen der Opposition zu ›Frauenthemen‹. Außerdem kommen so die betroffenen Frauen selbst zu Wort. Für die katholische Kirche greife ich wiederum vor allem auf Sekundärliteratur sowie auf eine landesweit verbreitete Predigt des polnischen Primas und Kardinals Stefan Wyszyński zurück.⁷³ Hinzu kommt die Enzyklika *Laborem Exercens* von Papst Johannes Paul II. von 1981,⁷⁴ in der die Positionen des polnischen Papstes im Hinblick auf das Verhältnis von Arbeit und Geschlecht deutlich werden. Die Positionierung der katholischen Kirche zu verstehen, ist angesichts ihres

72 Penn: *Solidarity's Secret*.

73 Wyszyński, Kardinal Stefan: Predigt von Kardinal Stefan Wyszyński im Kloster Jasna Góra, 26.8.1980, in: Hermann Volle/Wolfgang Wagner (Hg.): *Krise in Polen. Vom Sommer 80 zum Winter 81*. Bonn 1982, S. 131–134.

74 Johannes Paul II., Papst: *Laborem Exercens*. An die verehrten Mitbrüder im Bischofsamt, die Priester und Ordensleute, die Söhne und Töchter der Kirche und an alle Menschen guten Willens über die menschliche Arbeit zum neunzigsten Jahrestag der Enzyklika »*Rerum Novarum*«, hg. v. Libreria Editrice Vaticana, Vatikan 1981.

Einflusses unerlässlich, um die Rolle von Geschlecht in der späten Volksrepublik zu analysieren.

Im Fokus des darauffolgenden vierten Kapitels steht die Legislaturperiode des Kontraktsejm, d. h. die Phase zwischen dem 4. Juni 1989 und den Wahlen vom 27. Oktober 1991. Diese ist insofern von besonderem Interesse, als sie ein Amalgam aus Staatssozialismus und der sogenannten Dritten Polnischen Republik darstellt, im Zuge derer grundlegende politische Entscheidungen getroffen wurden, die aus der Volksrepublik Polen ein marktwirtschaftliches System formten. Im fünften Kapitel untersuche ich schließlich alle Legislaturperioden im Zeitraum zwischen 1991 und 2004. Als Quellenbasis dienen hierfür die Reden und Wortmeldungen von Politiker:innen im Sejm. Beginnend mit den ersten halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989 in Polen stellen sie für den restlichen Untersuchungszeitraum bis 2004 die primäre empirische Basis dar. Damit ersetzen sie einerseits die bisher genutzten Parteiakten der PZPR bzw. des Zentralkomitees. Zugleich ermöglichen sie aber auch eine Analyse der Positionen parlamentarischer Vertreter:innen der Solidarność und der katholischen Kirche; beide Akteure werden dadurch in den Sejmdenbatten sichtbar.

Der zu untersuchende Quellenkorpus besteht für die Jahre 1989–1991 aus rund 42.000 Redebeiträgen. Diese wurden nach den folgenden zehn Begriffen (in allen grammatikalischen Formen) durchsucht: *Rodzina* (Familie) kam in 838 Beiträgen vor und war damit der (in den ausgewählten Reden) am häufigsten verwendete Begriff, wobei eine Rede selbstredend mehrere der für diese Untersuchung relevanten Begriffe beinhalten kann. Danach folgen *opieka* (Betreuung) mit 674 Resultaten, *dziecko* (Kind) mit 391, *kobieta* (Frau) mit 226 und *mężczyzna* (Mann) mit 148 Treffern, *ojciec* (Vater) mit 139 und *matka* (Mutter) mit 137 Ergebnissen. Schließlich *macierzyństwo* (Mutterschaft) mit 32 bzw. *macierzyński* (mütterlich bzw. Mutter(schafts)-) mit 19 und *wychowawczy* (Erziehungs-) mit neun Treffern. Einige Begriffe wurden dabei thematisch sehr einseitig verwendet; so taucht *ojciec* fast ausschließlich als Bezeichnung für den polnischen Papst Johannes Paul II. und nur äußerst selten im Sinne von ›Kindsvater‹ auf. *Rodzina* hingegen kommt im Großteil der untersuchten Reden vor. Was dies jeweils bedeutete, wird im jeweiligen Kapitel zu diskutieren sein.

Die Auswahl dieser Begriffe verlangt nach einer Reflexion, soll sie doch nicht bereits vorhandene Klischees und Narrative reproduzieren. Sie sind zudem nicht willkürlich gewählt. Vielmehr waren zwei Kriterien bei der Auswahl ausschlaggebend: Zum einen wurden Begriffe verwendet, die sich induktiv aus der Analyse der Geschlechternarrative innerhalb der PZPR, Solidarność und der katholischen Kirche im vorherigen Kapitel ergaben. Dies sind vor allem *matka*, *kobieta*, *rodzina*, *wychowawczy* und *dziecko*. Anhand dieser Begriffe konnten die relevanten Geschlechterdebatten im Kontraktsejm identifiziert und argumentative Kontinuitäten untersucht werden. Dies ermöglichte es beispielsweise, zu analysieren, ob im Kontext von Kinderbetreuung weiterhin fast ausschließlich über Frauen diskutiert wurde. Hinzu kamen *ojciec* und *mężczyzna*, um Kontinuitäten und Unterschiede in Bezug auf Männer bzw. Männlichkeitskonzepte zu untersuchen. Die Begriffe *macierzyństwo*, *macierzyński* sowie *opieka* sind hingegen eine Ergänzung des Begriffsfeldes, die sich als wenig relevant erwiesen hat; gleiches gilt für *tata* (Papa), zumal dieser Begriff nur einige wenige Male auftaucht und sich nicht zu einer Analyse darüber eignet, in welchem Kontext über *tatowie* (Papas) gesprochen wurde.

Vielmehr erweist sich, dass – wie auch bei *ojciec* – ›Kindsväter‹ nicht thematisiert wurden. Die Tatsache, dass beide Begriffe nicht im Hinblick auf Kinderbetreuung diskutiert wurden, verdeutlicht bereits, dass ein Vaterschaftsdiskurs im Sejm – und damit dem Ort der legislativen Gestaltung des ›neuen‹ Staates – nicht existierte. Schließlich habe ich Begriffe wie *praca*, *Polska*, *naród* oder *ojczyzna*, die sich ebenfalls aus dem vorangegangenen Kapitel ergaben, nicht ausgewählt, da sie einerseits in einem (zu) großen Teil der Reden vorkommen und keine wirkliche Reduzierung des Korpus ermöglichen; andererseits werden sie – wenn sie im Sejm im Kontext von Geschlecht verwendet werden – über die anderen Begriffe fast vollständig abgedeckt.

Auf die gleiche Weise bin ich in Kapitel 5 vorgegangen. Aus ca. 500.000 hinsichtlich der oben genannten Begriffe durchsuchten Wortmeldungen im Sejm entstand so ein Korpus von rund 10.000 Reden und Wortbeiträgen, die von mir analysiert wurden. Ich möchte hier nicht im Detail auflisten, wie sich die Nennung der jeweiligen Begriffe entwickelt hat. Lediglich einige grundlegende Tendenzen sollen erläutert werden. *Ojciec*, *opieka*, *macierzyństwo*, *macierzyński*, *wychowawczy* und *dziecko* schwanken in ihrem Vorkommen zwar, es ergibt sich aber kein grundlegender Trend. *Matka*, *kobieta* und *mężczyzna* kommen etwas häufiger und *rodzina* kommt sehr viel häufiger vor, je näher des Jahr 2004 rückt, obwohl letzterer Begriff bereits 1989 bis 1991 in einer Vielzahl von Reden auftauchte. Wie die quantitative Zunahme von *rodzina* zu interpretieren ist, werde ich noch diskutieren. Ansonsten lässt sich aus der Verteilung zunächst nur schließen, dass weiterhin selten über (Kinds)Väter gesprochen wurde, Frauen in ihrer Rolle als Mütter hingegen oft Thema waren. Allerdings zeigt das häufigere Vorkommen von *mężczyzna* tatsächlich eine leichte Zunahme eines ›Männerdiskurses‹ an, wie ebenfalls noch zu sehen sein wird.

Die gewonnen Korpora wurden auf zwei verschiedene Arten geordnet und analysiert. Zum einen anhand verschiedener Themenkomplexe, wie etwa des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch oder Kinderbetreuung. Dies ermöglichte es, sitzungsübergreifend zu untersuchen, wie sich die verschiedenen Akteure zu diesem Thema positionierten. Zudem zeigen sich so Kontinuitäten und Verschiebungen über den Untersuchungszeitraum hinweg. Zum anderen habe ich einzelne Sitzungen, die für das Verhältnis von Geschlecht und Arbeit besonders wichtig erscheinen, herausgegriffen und untersucht, so etwa die Debatte zum Antidiskriminierungsgesetz.

Auf Grundlage dieser Quellenbasis können erneut die Akteure in den Blick genommen werden, die bereits ab 1980 den größten Einfluss auf Geschlechternarrative und -politiken hatten. Hier stellt sich allerdings die Frage, inwieweit beide Quellengattungen (Parteiakten und Parlamentsreden) vergleichbar sind bzw. welche Erkenntnisse sich generell aus ihnen ziehen lassen. Klar ist, dass öffentliche Reden im Sejm zunächst widerspiegeln, wie sich die sprechende Person (oder auch Partei) zu einem Thema positioniert, was nicht zwangsläufig ihrer tatsächlichen Überzeugung entspricht. Insofern ist diese Gattung den öffentlichen Äußerungen von Parteivertreter:innen der PZPR nicht unähnlich, zumal es vor allem um die Außenwirkung ihrer Aussagen geht bzw. ging. Wie die jeweiligen Bestände aus quellenkritischer Perspektive letztlich zu bewerten sind, werde ich anhand konkreter Beispiele in den folgenden Kapiteln diskutieren.

Meinen Fokus lege ich dabei auf Verlautbarungen der beiden großen politischen Lager – dem Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD), der aus der PZPR hervorgegangen war, und auf die verschiedenen Parteien, die aus der Soli-

darność-Gewerkschaft entstanden waren. Beide Lager regierten Polen in unterschiedlichen Konstellationen durchgängig bis 2004. Hinzu kommt als dritte Fraktion das liberale Lager, das nach 1991 als eigener Akteur auftritt, nachdem es vorher Teil der Opposition gewesen war. Ihre Positionierungen lassen Rückschlüsse auf Geschlechternarrative, -politiken sowie deren antizipierte sozioökonomische Folgen zu. Auf diese Weise wird Geschlecht erneut als inhärenter ›Platzanweiser‹ in der Transformationsgesellschaft sichtbar.

An dieser Stelle sei auf einige bemerkenswerte personelle Kontinuitäten im polnischen Parlament hingewiesen. Seit 1991 sitzt Donald Tusk im Sejm, seit 1989 war bzw. ist Jarosław Kaczyński erst Mitglied des Senats (vorher bereits Teilnehmer am Runden Tisch) und dann des Sejm. Beiden ist gemein, dass sie in der Opposition der 1980er Jahre sozialisiert wurden, dort ihre politischen Karrieren begannen und sie bis heute die polnische Politik prägen. In gleichem Maße trifft dies auch auf Aleksander Kwaśniewski sowie mit Abstufungen auf Leszek Miller und Janusz Korwin-Mikke zu. Eine (äußerst kritische) Geschlechtergeschichte der langen Zeit der Transformation ließe sich insofern auch anhand dieser fünf Männer erzählen.

Schließlich ist für die Analyse der sozioökonomischen Situation von Frauen und Männern nach dem Systemwechsel die Auswahl der Daten entscheidend. Als Untersuchungsfelder dienen dabei vor allem fünf Faktoren, anhand derer die Folgen der Geschlechterdebatten und -politiken diskutiert werden. So analysiere ich zunächst die Erwerbsbeteiligung in Polen anhand der Kategorien Geschlecht, Bildung und (wo möglich) Klasse. Für diese Arbeit ist dabei die Frage relevant, wer in welcher Form erwerbstätig war. Eine solche Untersuchung führe ich anschließend auch für das Thema Arbeitslosigkeit durch. Zudem sind die Sektoren und Positionen, in denen Frauen und Männer arbeiteten, der sogenannte Gender Pay Gap und generell die Einkommensverteilung anhand von Geschlecht von Interesse. Soweit vorhanden, werden Daten zu unbezahlter Arbeit diskutiert. Leitend ist dabei immer die Frage nach der Interdependenz von Geschlechternarrativen und geschlechterspezifischen sozioökonomischen Entwicklungen.

Während ich bezüglich der Daten für die Volksrepublik auf Archivmaterial zurückgreife, bieten sich für den zweiten Zeitabschnitt Zahlen des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny, GUS), von Eurostat, der OECD und vor allem der Weltbank an. Wo ein Vergleich mit anderen Staaten zur Einordnung des polnischen Falls sinnvoll erscheint, werden nur Daten verwendet, die auf gleiche Art erhoben wurden.⁷⁵ Gerade beim Vergleich der Zahlen zum Gender Pay Gap oder der Erwerbsquote von Frauen unterscheiden sich Datensätze, die in Theorie und Methode keinerlei Unterschiede aufweisen. Dieses Problem erfordert eine genaue Überprüfung der Plausibilität der Zahlen und lässt im Ergebnis häufig nur eine vorsichtige Interpretation der Zahlen zu. Auch sind die erhobenen Daten kritisch zu diskutieren – zum einen, da sie durchaus ›westliche‹ Überlegenheitsnarrative widerspiegeln; etwa, wenn Daten zu geschlechterspezifischer Gewalt oder sexueller Selbstbestimmung von Frauen für die Staaten (West)Europas vielfach schlichtweg nicht erhoben werden. Solche Probleme scheinen in der ›zivilisierten‹

75 Kaelble, Hartmut: Historischer Vergleich, in: Docupedia-Zeitgeschichte vom 22.04.2024. DOI: <https://dx.doi.org/10.14765/zfz.dok-2760>.

Welt nicht zu existieren, sondern nur in vermeintlichen ›Entwicklungsländern‹. Zum anderen fällt auf, dass ›Frauen‹ auch hier als eigene Gruppe konstruiert werden – und zwar als die ›zu entwickelnde‹, die meist an einer männlichen Norm gemessen wird.⁷⁶

Diese Analyse von Geschlechternarrativen, -politiken und deren sozioökonomischer Folgen anhand des hier dargestellten Quellenkorpus ermöglicht es, ein Bild der Vergeschlechtlichung von Arbeit in der langen Zeit der Transformation zwischen 1980 und 2004 zu zeichnen. Damit kann geklärt werden, ob dieser Zeitraum der Kernthese entsprechend von starken Kontinuitäten in der Geschlechterpolitik geprägt war und ob bzw. wie Geschlecht in beiden Systemen als ›Platzanweiser‹ fungierte. Nicht zuletzt geht es mir aber auch darum, blinde Flecken der Historiografie aufzudecken und eine etwas andere Geschichte der langen Zeit der Transformation zu erzählen.

76 Anstatt stets nur den Anteil von Frauen in ›Männerberufen‹ zu messen, könnte umgekehrt auch der Anteil von Männern in ›weiblich‹ konnotierten Branchen wie dem Erziehungswesen oder der Pflege vergleichend untersucht werden. Weitere Problematiken bezüglich der Frage, was Gleichstellung bedeutet, diskutiere ich noch im Zuge der Datenanalyse.

2. (Erwerbs)Arbeit von polnischen Frauen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die Arbeit von Frauen war für weite Teile der Gesellschaft bis zum Ende des 19. Jahrhunderts unabdingbar. Ein Überleben ohne die Einbeziehung der Arbeitskraft aller arbeitsfähigen Menschen war außerhalb des gehobenen Adels und kleiner bürgerlicher Kreise schlicht nicht möglich. Indes bedeutete dies keineswegs, dass Frauen als Arbeitskräfte Männern gleichgestellt waren. Polinnen waren in ihrer Arbeit weitestgehend auf die private Sphäre und auf die Mitarbeit im Beruf ihres Ehemanns oder Vaters beschränkt, vor allem in der Landwirtschaft.¹

Mit der endgültigen Aufteilung der polnisch-litauischen Adelsrepublik (Rzeczpospolita Korony Polskiej i Wielkiego Księstwa Litewskiego) 1795 durch Preußen, die Habsburger Monarchie und das Russländische Zarenreich fanden sich alle Pol:innen unter der Herrschaft dreier verschiedener Staaten wieder. Seitdem waren die Lebensrealitäten von Polinnen sowie der Diskurs über ihre Erwerbstätigkeit nicht von der Frage der Unabhängigkeit Polens als Staat zu trennen. Die Einbeziehung und Sichtbarkeit von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft war in jedem der Gebiete untrennbar mit der Frage der nationalen Unabhängigkeit Polens verbunden.² Frauen wurden in Zeiten der Nichtexistenz des polnischen Staates zu Trägerinnen des Polentums stilisiert, unterrichteten sie doch ihre Kinder in der Sprache, Geschichte und Literatur des Landes.³ Aus diesem Diskurs entstand der Mythos der *Matka Polka* (Mutter Polin). Er macht Polinnen

»für die patriotische Erziehung des Nachwuchses und den Erhalt des Polentums (polskość), der polnischen Kulturtradition und katholischer Werte [verantwortlich]. Das Bild der Matka Polka verband sich zunehmend mit demjenigen der Mutter Gottes und verkörperte Aufopferung, Hingabe und stilles Leid.«⁴

-
- 1 Bogucka, Maria: Women in Early Modern Polish Society against the European Background. Aldershot 2004, S. 31f.
 - 2 Blobaum, Robert E.: The »Woman Question« in Russian Poland, 1900–1914, in: *Journal of Social History* Vol. 35 (4/2002), S. 799–824, hier: S. 799.
 - 3 Reading, Anna: Polish Women, Solidarity and Feminism. Houndmills/London 1992, S. 19.
 - 4 Seiler: Weiblichkeit, S. 44.

Dieses Idealbild der Polin verknüpfte nationalpatriotische mit katholischen und geschlechterspezifischen Motiven. Ein neues, stark mariologisch begründetes Frauenbild entstand, dass Frauen zu gleichberechtigten Mitgliedern der nationalen Gemeinschaft und in diesem Sinne zu Bürgerinnen machte. Zugleich resultierte daraus keine Teilhabe an politischen Rechten, zumal diese – angesichts der Nichtexistenz eines polnischen Staates – nur von den Teilungsmächten hätten gewährt werden können. Dies wäre in der damaligen Lesart einem Ausscheren aus der nationalen Gemeinschaft zugunsten von Partikularinteressen gleichgekommen.⁵ Bezüglich des Charakters der *Matka Polka* betonten Magdalena Saryusz-Wolska und Joanna Jabłkowska:

»Die Mutter Polin verkörpert eine patriarchalische Weltanschauung. Diese Figur impliziert keineswegs familiäre Werte [...]; ihre romantisch-nationalen Wurzeln sowie die Sorge um die Söhne alleine deuten auf eine enge Beziehung zur Vorstellung von männlicher Bruderschaft hin, bei der die Frauen in eine ausschließlich reproduktive Rolle gedrängt werden.«⁶

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm also eine starke Verbindung von nationalpatriotischem und Geschlechterdiskurs ihren Lauf, die sich wie ein roter Faden durch die polnische Geschichte zieht und in dieser Arbeit immer wieder zu diskutieren sein wird.

2.1 Die Arbeit von Frauen in den polnischen Teilungsgebieten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die Forschungsliteratur zur Situation von Polinnen in der Teilungszeit beschäftigt sich vor allem mit den Ursprüngen der polnischen Frauenbewegung oder mit der Rolle von Frauen in den aufkommenden Nationalitätenkonflikten.⁷ Die Arbeitssituation polnischer Frauen ist hingegen bisher nur wenig erforscht.⁸ Ihre Betrachtung erfordert eine

5 Walczewska: Frauenrechtsdiskurs, S. 53.

6 Jabłkowska, Joanna/Saryusz-Wolska, Magdalena: KKK (Kinder, Küche, Kirche) und Mutter Polin. An- und abwesend. Weiblichkeitsmodelle in der deutschen und polnischen Kultur, in: Hans Henning Hahn/Robert Traba (Hg.): Deutsch-Polnische Erinnerungsorte: Bd. 3 Parallelen. Paderborn u. a. 2012, S. 337–359, hier: S. 352f.

7 Bianka Pietrow-Ennker/Rudolf Jaworski (Hg.): Women in Polish Society. New York 1992.

8 Mit dem Leben und der Arbeit polnischer Frauen auf dem Land in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich Joanna Kuciel-Frydryszak in ihrem 2023 erschienenen Buch *Chłopki. Opowieść o naszych babkach* auseinandergesetzt. Auf der Grundlage zahlreicher Briefe, Gedichte, Fotografien, Zeitungsausschnitte usw. erzählt die Autorin die Geschichte von Frauen anhand von Themen wie Familienbeziehungen, Bildung sowie Religion und Arbeit. Ein positiver Effekt ihres Buches ist sicherlich, dass diese historischen Realitäten einem breiten Publikum zugänglich gemacht und dabei auch Aspekte wie häusliche Gewalt oder die problematische Rolle der katholischen Kirche verhandelt werden. Zugleich handelt es sich bei dem mittlerweile zum Bestseller avancierten Buch nicht um ein wissenschaftliches Werk, zumal etwa eine kritische Quelldiskussion weitgehend fehlt. Dies ist durchaus legitim. Problematischer ist hingegen, dass Kuciel-Frydryszak's Erkenntnis, etwa die Tatsache des weitverbreiteten Analphabetismus, keinesfalls wie behauptet neu sind. Ferner wird die Situation auf dem Land sehr einseitig als nicht enden wollendes Martyrium darge-

Diskussion der gesellschaftlichen Akzeptanz von Frauenarbeit und des Zugangs von Mädchen und Frauen zu Bildung. Darauf aufbauend kann die Integration von Frauen nach Berufszweigen und Positionen untersucht werden – soweit dazu Daten vorliegen. Dabei ist eine einzelne Betrachtung der jeweiligen polnischen Teilungsgebiete unerlässlich, waren diese doch von eigenen rechtlichen und sozioökonomischen Gegebenheiten geprägt. Allen Gebieten ist indes gemein, dass für die polnische Landbevölkerung die Erwerbstätigkeit von Frauen weiterhin eine Selbstverständlichkeit war, sowohl für Bauern wie auch für den Kleinadel.⁹ Gleiches galt für Frauen aus den städtischen Unterschichten.¹⁰

Kongresspolen

Die Situation arbeitender Frauen in der zweiten Hälfte des langen 19. Jahrhunderts ist am umfangreichsten für Kongresspolen erforscht. Eine große Rolle für die weitere Entwicklung dieses Gebiets spielte der Januaraufstand¹¹ von 1863/64, der neben seinen politischen Folgen auch eine »sozialgeschichtliche Zäsur«¹² bedeutete. Als Strafe für die Beteiligung der *szlachta* (d. h. des polnischen Adels) an der Erhebung führte die russische Verwaltung eine weitgehende »Bauernbefreiung« im polnischen Teilungsgebiet durch¹³ – ein Prozess, der den Beginn des modernen Kapitalismus in Polen markiert. Diese (je nach Betrachtungsweise) Strafe oder Reform beschleunigte die industrielle Revolution ab den 1860er Jahren beträchtlich.

Infolge der sozioökonomischen Umwälzungen veränderte sich die Stellung von Frauen in der Gesellschaft und gerade auf dem (entstehenden) Arbeitsmarkt grundlegend. Frauen begannen in den neu errichteten Fabriken, vor allem in der Textilindustrie, zu arbeiten, wo der Frauenanteil unter den Beschäftigten zwischen 70 % und 90 % lag. Dabei zeigt sich eine starke Korrelation zwischen niedrig vergüteten Sektoren und Frauenanteil. In besser entlohnerten Berufsfeldern wie etwa dem Bergbau war ihr Anteil hingegen nur marginal.¹⁴ Mit 24 % stellten Arbeiterinnen einen bedeutenden Anteil der Industriebeschäftigten. Dies lag nicht zuletzt am »Frauenüberschuss« – insbesondere in

stellt, obgleich sich die Lebensumstände der Frauen (bei allen Gemeinsamkeiten) nicht verallgemeinern lassen. Persönlich finde ich zudem fragwürdig, dass die Autorin diese Frauen als »Heldinnen« bezeichnet, denen sie ihre »Würde« zurückgeben möchte (ein m. E. vermessener Anspruch). Hier klingt die Vorstellung der *Matka Polka* an, die sich auch unter den schwierigsten Umständen durch ihre Leidensfähigkeit auszeichnet.

- 9 Zur Situation von Bäuerinnen in Polen vgl. Wilczyńska, Elwira: Rolniczki w XIX i na początku XX wieku, in: Przemysław Wielgosz (Hg.): Ludowa Historia Kobiet. Warszawa 2023, S. 31–47.
- 10 Nietyksza, Maria: Ramy prawne zarobkowania kobiet w Królestwie Polskim w XIX i na początku XX w. na tle porównawczym, in: Anna Żarnowska/Andrzej Szwarc (Hg.): Kobieta i praca. Wiek XIX i XX, Bd. 6. Warszawa 2000, S. 15–28, hier: S. 15.
- 11 Ein gegen die russländische Teilungsmacht gerichteter Aufstand in Kongresspolen, der stark vom Adel unterstützt wurde.
- 12 Stegmann, Natali: Die Töchter der geschlagenen Helden: »Frauenfrage«, Feminismus und Frauenbewegung in Polen 1863–1919. Tübingen 1999, S. 27.
- 13 Blobaum: »Woman Question«, S. 801.
- 14 Borodziej: Geschichte Polens, S. 17f.

Kongresspolen –, der infolge der Niederschlagung des Aufstandes von 1863¹⁵ entstanden war, zumal viele der Männer, die in den neu erbauten Fabriken hätten arbeiten können, tot oder in Verbannung waren.¹⁶ In der Industrie waren die Geschlechterunterschiede bezüglich Gehalt, Position und Hierarchie zwar groß, allerdings geringer als in anderen Sektoren. Dies erlaubte es Frauen, zumindest in Maßen sozial aufzusteigen.¹⁷ Nichtsdestoweniger wurden Arbeiterinnen in der Hierarchie niedriger angesiedelt als Männer; so stellte *kobieta* (Frau) in den staatlichen Statistiken (neben anderen wie etwa Hilfsarbeiter)¹⁸ eine eigene und zugleich die am niedrigste bezahlte Berufskategorie dar. Aus den Statistiken geht außerdem hervor, dass vor allem unverheiratete Frauen und Mädchen unter 18 Jahren in der Industrie erwerbstätig waren. Für verheiratete Polinnen galt diese Arbeit als unangemessen.¹⁹ Alles in allem stellten Industriearbeiterinnen in geschlechterpolitischer Hinsicht eine Avantgarde dar, da damit Polinnen erstmalig in größerem Ausmaß außerhalb der privaten Sphäre des Haushalts arbeiteten.

Auch im Arbeitsrecht wurden Frauen und Männer unterschiedlich behandelt. Für Polinnen wurde die tägliche (Erwerbs)Arbeitszeit 1891 auf 11 und 1908 auf 10 Stunden begrenzt; außerdem gab es ab 1891 ein Nachtarbeitsverbot für Frauen.²⁰ Hinzu kamen vier Wochen Mutterschutz in der Industrie und sechs Wochen im Bergbau,²¹ was wiederum zeigt, dass diese – an sich positiven – Maßnahmen einem paternalistisch verstandenen Geschlechterverhältnis entsprangen. Es sah Frauen als besonders schutzbedürftig an, ansonsten wären die Gesetze zur Einschränkung der Arbeitszeit für alle Geschlechter verabschiedet worden.

Die gesellschaftliche Akzeptanz der Arbeit von Frauen außerhalb des eigenen Haushalts blieb bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts gering. Sie wurde ausschließlich als notwendiges Übel gesehen und sollte, wenn dies etwa nach einer Heirat möglich war, wieder aufgegeben werden. Insbesondere in der Arbeiter:innenschicht waren patriarchale Normen verbreitet, die eine ständige Kontrolle des Mannes über die ›Moral der Frau‹ vorsahen, was außerhalb des Haushaltes nicht gewährleistet werden konnte.²² Dies änderte sich erst nach der Revolution von 1905 marginal, vor allem da Frauenarbeit zum Massenphänomen wurde und in der Folge stärkere Akzeptanz fand.²³ Die Mehrheit der Frauen arbeitete indes als ›Hausmädchen‹, d. h. sie verließ den eigenen Haushalt lediglich, um in einem fremden zu arbeiten. 1897 stellten Frauen 79 % der Hausangestellten in Kongresspolen.²⁴ Ihre niedrigen Löhne reichten häufig nicht für den Lebensunterhalt aus,

15 Davies: Geschichte Polens.

16 Borodziej: Geschichte Polens, S. 76f.

17 Żarnowska, Anna: *Workers, Women, and Social Change in Poland, 1870–1939*. Aldershot/ Burlington 2004, S. 139f.

18 Dies.: *Praca zarobkowa kobiet i ich aspiracje zawodowe w środowisku robotniczym i inteligenckim na przełomie XIX i XX wieku*, in: Anna Żarnowska/Andrzej Szwarc (Hg.): *Kobieta i praca. Wiek XIX i XX*, Bd. 6. Warszawa 2000, S. 29–52, hier: S. 33.

19 Stegmann: Töchter, S. 49.

20 Nietyksza: *Zarobkowania kobiet*, S. 24.

21 Ebd., S. 27.

22 Żarnowska: *Praca zarobkowa*, S. 44f.

23 Ebd., S. 42f.

24 Żarnowska, Anna/Kaczyńska, Elżbieta: *Market Related Work and Household Work. Proletarian Women in Poland in the 19th Century*, in: Erik Aerts/Paul Klep (Hg.): *Women in the Labour Force*.

weshalb viele Polinnen zusätzlich als Landarbeiterinnen nach Preußen gingen oder sich als Sexarbeiterinnen verdingten.²⁵

Bei der Betrachtung der Rolle von Frauen im polnischen Industrialisierungsprozess sind zwei Spezifika hervorzuheben, die für den Diskurs über ihre Arbeit relevant sind. Zum einen waren die Fabriken fast ausschließlich in deutschem, russischem oder jüdischem Besitz; es entwickelte sich keine polnische Bourgeoise. Dies ist ein wichtiger Grund für die enge Verknüpfung der Frauenfrage mit sozialen und nationalen Diskursen, die für den gesamten Untersuchungszeitraum dieser Arbeit zu beobachten ist. Zum anderen fand die industrielle Entwicklung fast gänzlich im russländischen Teilungsgebiet – und dort fast ausschließlich in Warschau und Łódź – statt.²⁶ Die Arbeitsmarktsituation von Frauen unterschied sich deshalb je nach Region, sodass sich für viele (vor allem auf dem Land) lange nichts änderte.

Neu war Ende des 19. Jahrhunderts die zunehmende Einbeziehung von Polinnen aus dem Mittelstand und dem Adel in den Arbeitsmarkt. Die Folgen des Aufstands von 1863 führten insbesondere für adlige Frauen zu großen Umwälzungen, zumal neben den bereits erwähnten Bestrafungen auch große Teile des Vermögens der *szlachta* eingezogen wurden.²⁷ Frauen aus der Adelsschicht konnten nicht mehr auf das Familienvermögen zurückgreifen und rebellierten deshalb (zwangsläufig) gegen tradierte Normen, die ihnen Erwerbsarbeit verboten, indem sie vor allem als Lehrerinnen, Journalistinnen oder Medizinerinnen arbeiteten.²⁸

Von Frauen aus Kreisen der *szlachta* wurde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auch erstmals die ›Frauenfrage‹ aufgeworfen, sprich: eine Diskussion um die Stellung von Polinnen in der Gesellschaft eröffnet. Eine wirkungsmächtige Frauenbewegung etablierte sich indes erst nach der russischen Revolution von 1905. Feministische Autorinnen wie Paulina Kuczalska-Reinschmit oder Izabella Moszczeńska begannen nun mit einer umfassenden publizistischen Tätigkeit,²⁹ wobei das Thema Frauenarbeit durchaus kontrovers diskutiert wurde. Beispielsweise vertrat die polnische Politikerin, Journalistin und feministische Aktivistin Felicja Nossig ein essentialistisches und biologistisches Frauenbild; sie kritisierte die harte physische, aber auch geistige Arbeit von Frauen als ihnen unangemessen. Ihr zufolge liege die weibliche Stärke in den sozialen, nicht aber den intellektuellen Fähigkeiten. Andere Autorinnen widersprechen Nossigs Frauenbild explizit und bezeichnen Berufsverbote zum Schutz von Frauen als Beschneidung ihrer

Comparative Studies on Labour Market and Organisation of Work since the 18th Century. Leuven 1990, S. 80–89, hier: S. 82f. Zu einer Geschichte der ›Dienstmädchen‹ vgl. auch: Urbanik-Kopeć, Alicja: »Wzięta w kilku słówkach rzecz o pokojówkach«. Służące domowe na ziemiach polskich w drugiej połowie XIX wieku, in: Przemysław Wielgosz (Hg.): Ludowa Historia Kobiet. Warszawa 2023, S. 48–58.

25 Blobaum: »Woman Question«, S. 804. Zu Sexarbeit vgl. Dobrowolska, Anna/Urbanik-Kopeć, Alicja: Awanturniczki. Ludowa historia pracy seksualnej w XIX i XX wieku, in: Przemysław Wielgosz (Hg.): Ludowa Historia Kobiet. Warszawa 2023, S. 79–98.

26 Stegmann: Töchter, S. 28f.

27 Borodziej: Geschichte Polens, S. 76f.

28 Stegmann: Töchter, S. 47.

29 Blobaum: »Woman Question«, S. 800f.

Entscheidungsfreiheit.³⁰ Hier scheint bereits eine Debatte durch, die bis heute Teil des feministischen Diskurses in Polen ist, in der – sehr verallgemeinernd gesprochen – differenzfeministische Vorstellungen auf gleichheitsfeministische Ansätze treffen.³¹

Genauere Zahlen bezüglich der Erwerbsituation von Frauen vor dem Ersten Weltkrieg sind nur sehr spärlich oder gar nicht vorhanden, weshalb etwa keine genauen Informationen über die Anzahl arbeitender Frauen aus dem Adel vorliegen.³² Dieser Umstand geht auf fehlende statistische Erhebungen, aber auch auf die fast völlige Zerstörung vieler Archive durch das nationalsozialistische Deutschland zurück, der ein Großteil der Quellen zum Opfer fiel.³³ Umfangreicher erforscht ist die Bildungssituation von Polinnen in der zweiten Hälfte des ›langen‹ 19. Jahrhunderts, auch wenn es hier ebenfalls an Zahlen mangelt. Im russländischen Teilungsgebiet blieben die fehlenden Bildungschancen von Frauen ein großer Hinderungsgrund für ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt; so konnten sie nur schwer eine Berufsausbildung abschließen, da ihnen der Zugang zu den für diese Ausbildung verantwortlichen Gilden verwehrt war.³⁴ Generell wurden Frauen bei der Bildung massiv benachteiligt. In Arbeiter:innenfamilien erhielten Ende des 19. Jahrhunderts die Söhne meist eine Elementarbildung, Töchter oft gar keine. Im Bereich der höheren Bildung gab es ebenfalls große Geschlechterunterschiede, die in der Tendenz weiter anstiegen.³⁵ Bis zur Revolution von 1905 existierten in Kongresspolen lediglich zwölf staatliche Gymnasien, die für Frauen zugelassen waren. Zwar konnten Polinnen private Pensionate besuchen, durften dort allerdings keinen Abschluss erlangen, der sie zum Unterrichten an Schulen oder zum Besuch einer Universität berechtigt hätte. ›Lösen‹ ließ sich dieses Dilemma durch das Ablegen einer Prüfung an einem »Knabengymnasium«, was allerdings mit erheblichem Mehraufwand verbunden war,³⁶ zumal selbst mit einem Abschluss ein Hochschulstudium keineswegs gesichert war. Erst nach langem Kampf erstritten sich einige Polinnen das Recht auf universitäre Bildung. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts konnten sie zunächst im Ausland³⁷ studieren oder zwischen 1885 und 1905 an einer sogenannten fliegenden Universität (Uniwersytet Lata-

30 Walczewska: Frauenrechtsdiskurs, S. 81.

31 Differenzfeminist:innen möchten die Geschlechterhierarchien aufheben, gehen dabei aber von der Annahme einer grundsätzlichen Verschiedenheit der Geschlechter aus. Gleichheitsfeminist:innen betonen hingegen die Gleichheit aller Geschlechter; Differenzen werden lediglich als Folge unterschiedlicher Sozialisation gesehen. Davon ausgehend analysieren sie die soziale Realität der Geschlechter und untersuchen die gesellschaftlichen Konstruktionsweisen von Gleichheit und Ungleichheit.

32 Stegmann: Töchter, S. 46f.

33 Dadej, Iwona: Beruf und Berufung transnational. Deutsche und polnische Akademikerinnen in der Zwischenkriegszeit. Osnabrück 2019, S. 27.

34 Żarnowska: Women 1870–1939, S. 146f.

35 Ebd., S. 141f.

36 Stegmann: Töchter, S. 51f.

37 Universitäten wurden in Frankreich ab 1861, in der Schweiz ab 1865 und in England ab 1869 zunehmend für Frauen geöffnet. Im Deutschen Reich geschah dies erst ab 1900 (als Erstes in Baden). Vgl. dazu: Costas, Ilse: Die Öffnung der Universitäten für Frauen – ein internationaler Vergleich für die Zeit vor 1914, in: *Leviathan* Vol. 23 (4/1995), S. 496–516.

jący)³⁸ Vorlesungen besuchen.³⁹ Diesen Weg ging auch die bekannteste Vertreterin dieser Generation von Wissenschaftlerinnen, Marie Skłodowska-Curie, die sich ihr Wissen zunächst an einer ›fliegenden Universität‹ angeeignet hatte und dann zum Studium an die Sorbonne nach Paris gegangen war.⁴⁰ Frauen spielten für diese ›fliegenden Universitäten‹ eine herausragende Rolle, sei es bei deren Gründung oder in der Lehre. Besonders hervorzuheben ist die Arbeit von Jadwiga Szczawińska, die bei der Institutionalisierung dieser Bildungseinrichtung eine entscheidende Rolle spielte und darüber hinaus eine herausragende Stellung als Frauenrechtsaktivistin und Autorin erlangte.⁴¹

Trotz all dieser Beispiele kann von einer Angleichung des Bildungsniveaus zwischen Männern und Frauen keine Rede sein; auch blieb das allgemeine Bildungsniveau in Kongresspolen niedrig. 1897 waren der Historikerin Kamilla Mrozowska zufolge 75 % der ländlichen und 50 % der städtischen Bevölkerung Analphabet:innen.⁴² Diese offiziellen Zahlen lassen allerdings die Tatsache außer Acht, dass viele Menschen in Kongresspolen nicht in staatlichen Schulen, sondern in geheimen Bildungseinrichtungen unterrichtet wurden, um der Russifizierungspolitik (zumindest in Teilen) zu entgehen. Mag die Breitenwirkung dieser ›geheimen‹ Schulen nur schwer zu messen zu sein, so konnten sie das Bildungsniveau der Bevölkerung doch signifikant verbessern.⁴³

Zusammenfassend ist das Bildungssystem in Kongresspolen im Vergleich mit anderen (west)europäischen Staaten oder dem preußischen Teilungsgebiet als schlecht zu bezeichnen. Es benachteiligte Frauen massiv. Im Hinblick auf die (Erwerbs)Arbeit von Frauen in Kongresspolen ist hingegen ein ambivalentes Fazit zu ziehen. Ihre Situation war von niedrigen Löhnen und mangelnder sozialer Akzeptanz geprägt, zumal die primäre und weitgehend unhinterfragte Identität einer Polin die der aufopferungsvollen Mutter und Verwalterin des Haushalts blieb. Indes verweisen die im Entstehen begriffene Frauenbewegung sowie die zunehmende Erwerbsarbeit von Frauen auf grundlegende

38 Es handelte sich dabei um Untergrunduniversitäten in Kongresspolen, die Bildung abseits von Beschränkungen der russländischen Behörden anbieten konnten und den Versuchen der Russifizierung (später auch der Germanisierung) ein polnisches Curriculum entgegenzusetzen sollten. Viele der bedeutendsten polnischen Wissenschaftler:innen lehrten Ende des 19. Jahrhunderts an »fliegenden Universitäten«. Nach der Besetzung Polens durch das nationalsozialistische Deutschland entstanden sie erneut und wurden auch in der Volksrepublik aufrecht erhalten.

39 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 17.

40 Vgl. Stegmann, Natali: Marie Curie: Eine Naturwissenschaftlerin im Dickicht historischer Möglichkeiten, in: Bea Lundt/Bärbel Völkel (Hg.): *Outfit und Coming-out. Geschlechterwelten zwischen Mode, Labor und Strich*. Berlin/Hamburg/Münster 2007, S. 37–74. Ein weiteres Beispiel ist Józefa Joteyko, deren wissenschaftliche Karriere ebenfalls im Ausland begann (Skłodowska-Curie und Joteyko waren Teil desselben Netzwerks), die aber nach 1918 nach Polen zurückkehrte. Eine Professur wurde ihr dort aufgrund ihres Geschlechts allerdings verwehrt. Schwarzmaier, Sophie: *Transnationale Expertenkulturen und Geschlechterordnungen. Józefa Joteyko zwischen Belgien und Polen 1908–1928*. Göttingen 2025.

41 Vgl. Muszczyńska, Agnieszka: Nieodkryte karty z życia Jadwigi Szczawińskiej, in: *Biografistyka Pedagogiczna* Vol. 2 (1/2017), S. 83–97.

42 Die Daten basieren auf der russländischen Volkszählung von 1897.

43 Stegmann: *Töchter*, S. 50f.

Veränderungen im Geschlechterverhältnis, auch wenn sich die gesellschaftlichen Rollenbilder zunächst als weitgehend statisch erwiesen.⁴⁴

Galizien

Im habsburgischen Teilungsgebiet war das Leben von noch größerer Armut geprägt. Die fehlende industrielle Entwicklung führte in Kombination mit einem hohen Bevölkerungswachstum zur Pauperisierung weiter Teile des Landes.⁴⁵ Galizien war nicht nur ärmer als andere Teile Österreich-Ungarns, sondern fiel ab 1870 noch weiter zurück. Im Vergleich zum preußischen Teilungsgebiet lag das Pro-Kopf-Einkommen bei ungefähr einem Drittel, gegenüber Kongresspolen wurden 50–60 % des dortigen Niveaus erreicht.⁴⁶ Frauen durften nicht wie im russländischen Gebiet in der Industrie arbeiten, sondern mussten sich weitestgehend auf die Landwirtschaft beschränken.⁴⁷ Über 90 % aller Frauen arbeiteten im primären Sektor, die anderen 10 % verteilten sich zu drei Vierteln auf den tertiären Sektor und lediglich zu ungefähr 2 bis 3 % auf die Industrie.⁴⁸ Auch wenn diese Daten des habsburgischen Zensus von 1900 nicht als völlig valide gelten können, so ist deren Grundaussage richtig: Die Ökonomen Piotr Korys und Maciej Tymiąński haben die Daten auf etwaige Fehler untersucht und sind zu lediglich marginal anderen Ergebnissen gekommen. Der Anteil von in der Industrie arbeitenden Frauen änderte sich dabei nicht signifikant.⁴⁹

Vor dem Hintergrund der bereits geringen Entlohnung für die Arbeit von Männern lagen die Löhne für Frauen in Galizien noch niedriger. Konnten erstere zumindest in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg von der gebesserten Konjunkturlage profitieren, so übertrug sich dies nicht auf eine analoge Bezahlung von Frauen – im Gegenteil, der Gender Pay Gap stieg vielmehr weiter an.⁵⁰

Auch im Bildungsbereich war die Situation für Polinnen schwierig; so galt ab 1869 zwar eine generelle, aber nicht konsequent umgesetzte Schulpflicht, die große Teile der Bevölkerung nicht erfasste. Insbesondere für Frauen fehlte es an Einrichtungen zur Erlangung höherer Bildungsabschlüsse.⁵¹ Kurz vor der Jahrhundertwende öffneten sich schließlich die galizischen Universitäten (jeweils mit sehr knappen Mehrheiten für eine Zulassung) auch zunehmend für Frauen, sodass sie 1905 bereits 11 % der Studierenden an der Jagiellonen-Universität in Krakau stellten. Fast zeitgleich öffnete 1896 in Krakau das erste Mädchengymnasium im habsburgischen Teilungsgebiet.⁵² Insgesamt ließ die

44 Żarnowska: *Praca zarobkowa*, S. 52.

45 Stegmann: *Töchter*, S. 55f.

46 Kaps, Klemens: *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa: Galizien zwischen überregionaler Verflechtung und imperialer Politik (1772–1914)*. Wien 2015, S. 64f.

47 Ebd., S. 83.

48 Koryś, Piotr/Tymiąński, Maciej: Occupational structure in the Polish territories at the turn of the 20th (1895–1900) century, in: *Working Papers: Faculty of Economic Sciences, University of Warsaw* Vol. 157 (9/2015), S. 1–40, hier: S. 11.

49 Ebd., S. 25.

50 Kaps: *Galizien*, S. 83.

51 Stegmann: *Töchter*, S. 55f.

52 Ebd., S. 84.

Bildungssituation im galizischen Polen aber viel zu wünschen übrig (ähnlich wie in Kongresspolen), und noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Analphabetismus eher die Regel als die Ausnahme.⁵³

Die politische Situation in Galizien war indes vergleichsweise liberal; so war die polnische Bevölkerung deutlich stärker in der Staatsverwaltung vertreten als in Kongresspolen. Polen saßen im Wiener Parlament und stellten dort zahlreiche Minister. Ferner genoss Galizien ab 1873 weitgehende Autonomie unter polnischer Führung – bei gleichzeitigem Ausschluss der ukrainischen Bevölkerung –, woraus allerdings nicht zu schlussfolgern ist, dass auch Polinnen automatisch größere Freiheiten genossen.⁵⁴ Vielmehr galt in Galizien ein Vereinsrecht, das für Frauen besonders strikte Regelungen vorsah, was Zusammenschlüsse in feministische Zirkel oder Gesellschaften fast vollständig verhinderte, sodass es in Galizien lange keine Frauenbewegung gab.⁵⁵ Ein politisch liberalerer Staatsaufbau, der noch dazu weitgehend polnisch kontrolliert war, musste (und muss) folglich nicht zwangsläufig mehr Freiheiten für polnische Frauen bedeuten; Galizien ist ein eindeutiges Beispiel für das Gegenteil.

Provinz Posen

Im preußischen Teilungsgebiet gab es bis kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs kaum eine polnische Frauenbewegung, was erneut auf das restriktive Vereinsrecht (insbesondere für Frauen) zurückzuführen ist.⁵⁶ Zugleich verlangte der nationalpolnische Diskurs Frauen ihren vollen Einsatz für die nationale Sache ab, nicht aber für vermeintlich untergeordnete Ziele wie die Gleichberechtigung.⁵⁷ Dieser Diskurs resultierte nicht zuletzt direkt aus der massiven Germanisierungspolitik Preußens bzw. des Deutschen Reiches; zumal Bismarcks Kulturkampf gegen die katholische Kirche von einem starken antipolnischen Impetus geleitet war. Hinzu kam ein umfassendes Verbot der polnischen Sprache, insbesondere an den Schulen.⁵⁸ Infolgedessen wurde das Wirkungsfeld von Frauen primär in der Familie gesehen, wo »polnische Werte« bewahrt und weitergegeben werden sollten. Entgegen der Intention der preußischen Teilungsmacht förderte die Dichotomie von »protestantisch/deutsch« und »katholisch/polnisch« die Dominanz der katholischen Kirche, deren gesellschaftliche Relevanz stark dazu beitrug, Frauen auf die familiäre und häusliche Sphäre zu beschränken.⁵⁹ Hinzu kam, dass sich im preußischen Teilungsgebiet die Agrargesellschaft nur sehr langsam auflöste, was sich ebenfalls konservierend auf die Erwerbssituation von Frauen auswirkte.⁶⁰ Laut dem Zensus von 1895 arbeiteten

53 Ebd., S. 55.

54 Hut, Bohdan: Das ukrainisch-polnische Verhältnis, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* Vol. 8 (9/2007), S. 31–38, hier: S. 34f.

55 Stegmann: Töchter, S. 60.

56 Blobaum: »Woman Question«, S. 802.

57 Vgl. dazu: Stegmann, Natali: »Je mehr Bildung, desto polnischer«. Die Nationalisierung polnischer Frauen in der Provinz Posen, in: Ute Grau (Hg.): *Frauen und Nation*. Tübingen 1996, S. 165–177.

58 Reading: *Polish Women*, S. 159f.

59 Stegmann: Töchter, S. 58f.

60 Blobaum: »Woman Question«, S. 802.

zwischen 17 und 27 % der Menschen in den preußischen Provinzen im sekundären Sektor. Die Erwerbstätigkeit von Frauen lag dabei meist im oberen einstelligen Bereich; mit Danzig als einziger Ausnahme, wo mehr als 15 % in der Industrie arbeiteten.⁶¹

Zugleich war die Landwirtschaft im preußischen Teilungsgebiet deutlich produktiver als in den anderen beiden Teilungsgebieten, sodass die Löhne trotz der nur schleppend voranschreitenden Industrialisierung insgesamt höher lagen.⁶² In Anbetracht dieser Tatsache kamen vor allem im Frühjahr und Herbst viele Saisonarbeiter:innen aus Kongresspolen und Galizien in die preußischen Provinzen.⁶³ Zugleich bot sich Pol:innen aus dem preußischen Teilungsgebiet die Möglichkeit, in die industriellen Zentren des Deutschen Reichs wie das Ruhrgebiet zu ziehen.⁶⁴ Die sozialen Schranken verliefen dabei entlang ethnisch konstruierter Grenzen; so gab es zwar auch reiche Pol:innen und ein großes ›deutsches‹ Proletariat, doch war die polnische Bevölkerung zu einem bedeutenden Großteil in den sozial benachteiligten Schichten zu finden, während die deutsche Bevölkerung in Leitungspositionen stark überrepräsentiert war.⁶⁵

Nichtsdestoweniger profitierten auch die Pol:innen vom ökonomischen Aufschwung der letzten drei Jahrzehnte vor Beginn des Ersten Weltkriegs. Zwischen 1882 und 1907 stieg ihr Anteil an allen Erwerbstätigen um 110 % in der Landwirtschaft, um 130 % im Gewerbe und um 340 % im Handel.⁶⁶ Rein sozioökonomisch betrachtet war im preußischen Teil die Situation für Frauen günstiger als in den anderen Teilungsgebieten, während gleichzeitig frauenrechtliche Themen dort am stärksten marginalisiert wurden. Eine weitere Ambivalenz zeigt sich an zwei 1908 in Preußen verabschiedeten Gesetzen. Eines davon erlaubte es Frauen in Großpolen, sich an Universitäten einzuschreiben und sich politischen Parteien anzuschließen. Das zweite Gesetz verschärfte die antipolnischen Regelungen, indem es Deutsch für alle öffentlichen Veranstaltungen obligatorisch machte.⁶⁷ Polinnen erlangten als Frauen somit einerseits mehr Rechte und erfuhren andererseits als Pol:innen weitere Einschränkungen. Diese Ambivalenz, an der erneut die Verquickung nationaler und geschlechterspezifischer Diskurse deutlich wird, sollte sich im stalinistischen Polen wiederholen.

61 Koryś/Tymiński: Occupational structure, S. 11f.

62 Morawska, Ewa: Labor Migrations of Poles in the Atlantic World Economy, 1880–1914, in: *Comparative Studies in Society and History* Vol. 31 (2/1989), S. 237–272, hier: S. 246.

63 Balzer, Brigitte: Die preußische Polenpolitik 1894–1908 und die Haltung der deutschen konservativen Parteien (unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Posen). Frankfurt a. M. u. a. 1990, S. 53.

64 Vgl. dazu: Dittmar Dahlmann/Albert S. Kotowski/Zbigniew Karpus (Hg.): Schimanski, Kuzorra und andere: Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen der Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg. Essen 2005.

65 Balzer: Polenpolitik, S. 55.

66 Jaworski, Rudolf: »Kilka refleksji nad dziejami Wielkopolanek w XIX i na początku XX wieku«, in: Anna Żarnowska/Andrzej Szwarz (Hg.): Kobieta i społeczeństwo na ziemiach polskich w XIX wieku: Zbiór studiów. Warszawa 1995, S. 21–28, hier: S. 26.

67 Szudarek, Agnieszka: Kwestia narodowa i kwestia kobieca: Zadania Wielkopolanek w obliczu zaostrenia polityki germanizacyjnej w 1908 r. w opinii warszawskich czasopism dla kobiet, in: Małgorzata Dajnowicz/Adam Miodowski (Hg.): Polityka i politycy w prasie XX i XXI wieku. Polityka w prasie kobiecej. Białystok 2019, S. 15–32, hier: S. 16.

Allgemein gesprochen war die Schulpolitik Preußens von zunehmenden Germanisierungsbemühungen gegenüber seinen polnischen Bürger:innen geprägt.⁶⁸ Mit einem Gesetz des preußischen Kultusministers Adalbert Falk vom 11. März 1872⁶⁹ wurden alle Schulen unter staatliche Aufsicht gestellt. Ziel der Maßnahme war es, die katholische Kirche als solche, insbesondere aber den polnischen Klerus im Bildungssystem auszuschalten. Noch im selben Jahr wurde die polnische Sprache in der Volksschule – mit Ausnahme des Religionsunterrichts – verboten,⁷⁰ was für die polnische Bevölkerung einen der einschneidendsten Eingriffe der preußischen Germanisierungspolitik darstellte. 1887 wurde Deutsch schließlich an allen Schulen zur Pflichtsprache, das Unterrichten des Polnischen bzw. auf Polnisch wurde verboten und auch der Religionsunterricht sollte mit wenigen Ausnahmen auf Deutsch gehalten werden.⁷¹ Insgesamt zeichnete sich das preußische Bildungssystem durch seine Qualität bei gleichzeitiger Unterdrückung der polnischen Kultur und Sprache aus. Fast alle Frauen erhielten zumindest eine Elementarbildung, auch wenn von Geschlechtergerechtigkeit im Bildungssystem keine Rede sein konnte.

2.2 Frauenarbeit in der Zweiten Polnischen Republik

123 Jahre nach dem Ende einer eigenständigen Staatlichkeit konnte infolge der Niederlage seiner Teilungsmächte im Ersten Weltkrieg wieder ein polnischer Staat entstehen. Mit der Machtübernahme Józef Piłsudskis am 11. November 1918 wurde die sogenannte Zweite Polnische Republik gegründet, die zum einen stark von Kontinuitäten aus der Teilungszeit geprägt war, zum anderen aber große Veränderungen für Frauen mit sich brachte. Mit der Verabschiedung des Wahlgesetzes wurde allen Polinnen über dem Alter von 21 Jahren erstmals das Wahlrecht zugesprochen.⁷² Zudem ging mit der Konstituierung des polnischen Staates ein genereller Demokratisierungsprozess einher, von dem auch Frauen profitierten – nur wiederum ohne eine zwangsläufige Verbesserung ihrer Stellung in allen Bereichen.⁷³ Beispielsweise gelang dem polnischen Staat keine völlige Vereinheitlichung der rechtlichen Stellung von Frauen für das gesamte Staatsgebiet. In der Folge blieben Regelungen aus der Teilungszeit abhängig vom Wohnort weiter in Kraft. Dies lässt sich insbesondere am Eherecht nachvollziehen, das im preußischen Gebiet laizistisch, im russländischen rein kirchlich und im habsburgischen gemischt⁷⁴ war.

68 Die preußische Politik war dabei zunächst deutlich antipolnischer ausgerichtet als die des Deutschen Reiches.

69 Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten.

70 Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen: Bd. 15. Berlin 1873, S. 723.

71 Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen: Bd. 29 (9/10). Berlin 1887, S. 664. und Dass. Bd. 29 (11/12). Berlin 1887, S. 783.

72 Dz.U. 1918 nr 18 poz. 46: Ustawa z dnia 6 grudnia 1918 o ordynacji wyborczej do Sejmu Ustawodawczego.

73 Stegmann: Töchter, S. 4.

74 Katholik:innen waren zu einer kirchlichen Ehe verpflichtet.

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs blieb dieser Zustand unverändert.⁷⁵ Am Ehe-recht zeigt sich, dass Frauen mit der Verfassung von 1921 zwar bürgerliche Freiheits-rechte zugesprochen worden waren, weiterhin aber primär als Teil einer verbindlichen katholischen Ehe und nicht als autonome Bürgerinnen betrachtet wurden.⁷⁶ Die rechtliche Gleichstellung von Frauen wurde als Bedrohung des Polentums verstanden, da sie die biologische Reproduktion des Volkes gefährde. Die polnische Frau galt im essentialistischen Sinne als kulturelle und biologische Garantin der polnischen Nation, die nur als Teil einer katholischen Familie zum vollwertigen Mitglied der Gesellschaft werden konnte. Diese Überzeugungen speisten sich aus den Erfahrungen der Teilungszeit; Themen wie Scheidung, überkonfessionelle Ehen oder auch die Geburtenregulierung wurden in diesem Diskurs zu einer Gefahr für die Existenz des Polentums an sich stilisiert.⁷⁷ Diese starke Verknüpfung von nationalem und Frauenrechtsdiskurs, der auf die Teilungszeit zurückging, setzte sich im Polen der Zwischenkriegszeit fort. Das daraus resultierende Frauenbild verhinderte die Akzeptanz von Polinnen als gleichberechtigte Erwerbstätige, was sich auch auf das geltende Recht auswirkte. Bereits 1924 wurden erste Errungenschaften in Richtung einer stärkeren Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt wieder eingeschränkt. So ermöglichte ein Gesetz nun die Entlassung von verheirateten weiblichen Angestellten, wozu etwa auch Lehrerinnen zählten. Insbesondere in der Wirtschaftskrise ab Ende der 1920er Jahre nahm der Druck auf Schulen zu, verheiratete Frauen zu entlassen, was letztlich jedoch nur selten geschah.⁷⁸ Jene ab 1924 erlassenen Gesetze wurden dabei mit dem Schutz von Schwangeren und Müttern begründet⁷⁹ und beinhalteten ein Arbeitsverbot für 20 Berufe, die als für Frauen besonders ungeeignet angesehen wurden; 1935 waren es bereits 81.⁸⁰ Betroffen waren körperlich belastende Berufe, aber auch solche, die – so die Begründung – die Reproduktionsfähigkeit von Frauen gefährden würden, wie etwa in der chemischen Industrie. Es ist überdies hervorzuheben, dass nicht nur im katholischen Lager traditionelle Geschlechterrollen propagiert wurden. Erste Initiativen zum Schutz der Bedürfnisse von Müttern kamen von weiblichen Parlamentsabgeordneten, vor allem aus sozialistischen Parteien.⁸¹ Sie sprachen sich zwar für gleiche politische Rechte aus, sahen die primäre Identität von Frauen aber in ihrer Rolle als Mutter. Ihrer Argumentation zufolge zwingt erst der Kapitalismus Polinnen dazu, gegen ihren Willen zu arbeiten, obwohl Frauen physiologisch

75 Kraft, Claudia: Das Ehe-recht in der Zweiten Polnischen Republik (1918–1939) und das gescheiterte Ideal gleichberechtigter Staatsbürgerschaft, in: Johanna Gehmacher/Elizabeth Harvey/Sophia Kemlein (Hg.): Zwischen Kriegen: Nationen, Nationalismen und Geschlechterverhältnisse in Mittel- und Osteuropa 1918–1939. Osnabrück 2004, S. 63–82, hier: S. 65.

76 Ebd., S. 68.

77 Ebd., S. 77f.

78 Piotrowska-Marchewa, Monika: Nauczycielki ludowe. Uwarunkowania pracy kobiet w publicznej oświacie powszechnej Polski międzywojennej, in: *Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych* (RDSG) Vol. 81 (2020), S. 343–359, hier: S. 350f.

79 Dz.U. 1924 nr 65 poz. 636: Ustawa z dnia 2 lipca 1924 r. w przedmiocie pracy młodocianych i kobiet.

80 Dz.U. 1935 nr 78 poz. 484: Rozporządzenie Ministra Opieki Społecznej z dnia 3 października 1935 r. w porozumieniu z Ministrami: Przemysłu i Handlu, Spraw Wewnętrznych, Spraw Wojskowych, Skarbu, Rolnictwa i Reform Rolnych, Komunikacji oraz Poczty i Telegrafów o robotach wzbронionych młodocianym i kobietom.

81 Fidelis: Women, S. 28f.

nicht für körperliche Arbeit geeignet seien. Dies bedeute allerdings keineswegs eine Zurücksetzung von Frauen. Vielmehr würden diese das moralisch überlegene Geschlecht darstellen, dessen Aufgabe im Sozialismus es sei, Männern die eigenen ethischen Werte zu vermitteln.⁸² Vorstellungen von einer völligen Vergemeinschaftung von Care-Arbeit oder der Aufhebung gesellschaftlicher Institutionen wie Ehe und Familie finden sich im Polen der Zwischenkriegszeit – im Gegensatz zur frühen Sowjetunion – nicht; so gab es dort keine Feministinnen wie die Bolschewikin Aleksandra Kollontaj, die mithilfe des Sozialismus auch Geschlechterunterschiede im privaten Bereich zu beseitigen beabsichtigten.⁸³ Insofern ist die Position der polnischen Sozialistinnen als bewusster Gegenentwurf zu den avantgardistischen Ideen von Teilen der Bolschewiki zu verstehen; insbesondere, da die Argumentation von der moralischen Überlegenheit der Frau zumindest implizit mariologische Vorstellungen aufzugreifen scheint. Dies bedeutet nichts anderes als eine erneute Berufung auf den Mythos der *Matka Polka* – ergänzt um einen moralischen Führungsanspruch, der sich neben der Familie auch auf die Politik erstreckt.

Dieser Persistenz konservativer Geschlechterrollen ist der enorme soziale Wandel der Zwischenkriegszeit gegenüberzustellen, der es Frauen zunehmend ermöglichte, Bildungsabschlüsse zu erlangen und am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Hierbei spielte auch eine entscheidende Rolle, dass 1919 eine allgemeine Schulpflicht für alle Geschlechter bis zum 14. Lebensjahr eingeführt worden war.⁸⁴ Auf diese Weise konnte der weitverbreitete Analphabetismus zügig eingedämmt werden, auch wenn weiterhin ein beträchtliches Ost-West-Gefälle bestand: 1921 waren im Westen Polens 96 % der Bevölkerung des Lesens und Schreibens mächtig, im östlichen (d. h. ehemals russländischen) Landesteil traf dies lediglich auf ein Drittel der Bevölkerung zu.⁸⁵ Hinzu kam ein stark wachsender Anteil von Studentinnen, der teilweise über 40 % erreichte.⁸⁶

Im Polen der Zwischenkriegszeit setzten sich die angestoßenen Entwicklungen in den Berufen und Sektoren, in denen Frauen arbeiteten, fort. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs waren Arbeiterinnen vorwiegend in der Textilindustrie beschäftigt; 1912 arbeiteten dort laut statistischem Jahrbuch des Königreichs Polen 74 % der Frauen.⁸⁷ Zwar liegen für die anderen Teilungsgebiete keine Daten vor, doch ist zu betonen, dass ein Großteil der Industrie in diesem Gebiet lag und somit auch die große Mehrheit der Industriearbeiterinnen erfasst wurde. In der Zwischenkriegszeit arbeiteten Frauen ebenfalls hauptsächlich in der Industrie, doch sank ihr Anteil an allen Arbeiter:innen nach dem Ersten Weltkrieg von 43,5 % im Jahr 1921⁸⁸ auf 31,1 % zu Beginn der 1930er Jahre.

82 Ebd., S. 343.

83 Vgl. dazu: Clements, Barbara Evans: *Bolshevik Feminist: The Life of Aleksandra Kollontai*. Bloomington 1979.

84 Piotrowska-Marchewa, Monika: *Nauczycielki ludowe. Uwarunkowania pracy kobiet w publicznej oświacie powszechnej Polski międzywojennej*, in: *Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych* (RDSG) Vol. 81 (2020), S. 343–359, hier: S. 343.

85 Alexander, Manfred: *Eine kleine Geschichte Polens*. Leipzig 2003, S. 300f.

86 Kowalski: *Feminismus*, S. 41.

87 Grabski, Władysław: *Rocznik Statystyczny Królestwa Polskiego* R. 2, 1914. Warschau 1915, S. 129f.

88 Bis Mitte 1921 befand sich der neue polnische Staat im Krieg mit verschiedenen Nachbarstaaten bzw. in einer Art Bürgerkrieg mit Bewohner:innen nun polnisch gewordener Gebiete.

Dies lag vor allem daran, dass in Friedenszeiten wieder mehr Männer zur Verfügung standen.⁸⁹

Höher qualifizierten Polinnen stand vor allem der Berufsweg als Lehrerin offen, der ihnen eine vergleichsweise sichere und gut bezahlte Arbeit bot. Mitte der 1930er Jahre waren 39.979 Lehrerinnen in der Republik angestellt, womit sie etwas mehr als die Hälfte aller Lehrkräfte stellten (allerdings vorwiegend in den Volksschulen). Der Beruf war gerade für Frauen aus dem Kleinbürger:innentum attraktiv, zumal er als prestigeträchtiger als beispielsweise Krankenschwester oder Sekretärin galt. Lehrerinnen aus der Arbeiter:innen- und Bäuer:innenschicht fanden sich hingegen seltener – im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen, die häufig aus diesen Schichten stammten.⁹⁰ Für Frauen war es deutlich schwieriger, einen akademischen Beruf zu ergreifen, wenn sie nicht selbst einen bürgerlichen Hintergrund hatten, d. h. sie waren von intersektionalen Benachteiligungen betroffen.

In der Zwischenkriegszeit wurde die Gleichheit der Geschlechter weiterhin von verschiedenster Seite abgelehnt, was sich auf essentialistische Geschlechterkategorien zurückführen lässt. Die Bewertung von Frauenarbeit changierte zwischen ihrer Bezeichnung als ›notwendiges Übel‹, ›kapitalistischer Ausbeutung‹, völliger Ablehnung aus religiösen Gründen sowie der Befürwortung einer Gleichstellung der Geschlechter, wobei letztere Haltung die dezidierte Minderheit darstellte. Hinzu kam eine staatliche Politik, die während der Weltwirtschaftskrise versuchte, Arbeitsplätze von Männern auf Kosten von Frauen zu sichern. Nichtsdestoweniger gingen 1931 rund 31 % aller Polinnen entlohnter Arbeit nach, was immer noch mehr als etwa in England war.⁹¹

Die Situation von Frauen in der sogenannten Zweiten Polnischen Republik war geprägt von steigender Bildungs- und Arbeitsmarktpartizipation. Das Frauenbild weiter Teile der Gesellschaft blieb indes in traditionellen Vorstellungen verhaftet; eine völlige Gleichstellung der Geschlechter wurde weitgehend abgelehnt. Hinzu kam eine durchweg fragile Staatlichkeit im Polen der Zwischenkriegszeit, die Reformen (etwa im Ehe-recht) zusätzlich erschwerte.

2.3 Frauenarbeit während des Zweiten Weltkriegs

Mit dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 und dem Einmarsch der Sowjetunion am 17. September wurden Frauen zwangsweise Teil einer sozialen, ökonomischen und kulturellen Revolution. Dies bedeutete die Einbeziehung in bisher Männern vorbehaltenen Berufe – da bei der Ausbeutung der Arbeit von Pol:innen keine Rücksicht auf das Geschlecht genommen wurde. Ihnen blieb keine andere Wahl als für ihr

89 Żarnowska: *Women 1870–1939*, S. 123.

90 Piotrowska-Marchewa, Monika: *Nauczycielki ludowe. Uwarunkowania pracy kobiet w publicznej oświacie powszechnej Polski międzywojennej*, in: *Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych (RDSC)* Vol. 81 (2020), S. 343–359, hier: S. 346f. Vgl. auch: Dies.: *Nauczycielki ludowe (1850–1939)*, in: Przemysław Wielgosz (Hg.): *Ludowa Historia Kobiet*. Warszawa 2023, S. 97–110.

91 Fidelis: *Women*, S. 27.

eigenes Überleben und das ihrer Familie zu sorgen, beispielsweise als eine von schätzungsweise 600.000 Polinnen, die auf dem Schwarzmarkt aktiv waren. Zudem gab es in Polen keinen Unterschied zwischen der Front und der sogenannten Heimatfront, die in anderen Kriegsstaaten häufig weiblich konnotiert war. Die Front bzw. besetztes Gebiet war überall, und so wurden Frauen zu Hauptverdienerinnen, Opfern des Krieges oder Soldatinnen. Viele Frauen wurden auf diese Weise erstmals Teil des ›Arbeitsmarkts‹; im Vergleich zur Zwischenkriegszeit stieg der Anteil von Frauen in der Industrie um 48 %. Generell wuchs – trotz vieler Toter – die Zahl der Beschäftigten in der Industrie während der Besatzung um 600.000 Personen an.⁹²

Ferner stellten Polinnen 25 % aller Zwangsarbeiter:innen und 10–15 % aller Häftlinge in den Konzentrationslagern im Deutschen Reich, wo aufgrund der allumfassenden Rüstungsproduktion und des Einzugs vieler Männer in die Wehrmacht ein Arbeitskräftemangel herrschte. Folglich sollten auf Anweisung Hermann Görings vom 16. November 1939 in großem Umfang polnische, vor allem weibliche, Arbeitskräfte ›gewonnen‹ werden; eine Verfügung vom Januar 1940 forderte die (Zwangs)Beschäftigung von mindestens 50 % Frauen.⁹³ Dies war darin begründet, dass sie als weniger politisch und damit ungefährlicher galten als Männer. Die Zwangsarbeiter:innen sollten für die Wirtschaftsbetriebe zudem möglichst billig, flexibel einsetzbar und von der deutschen Zivilbevölkerung getrennt sein. Pol:innen wurden gezwungen, in Lagern zu leben, ein deutlich sichtbares ›P‹ an ihrer Kleidung zu tragen, und aufgrund der ihnen zugeschriebenen ›rassischen Unterlegenheit‹ menschenunwürdig behandelt.⁹⁴ Diese menschenverachtenden Regelungen wurden mit dem weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs zuungunsten polnischer Zwangsarbeiter:innen verschärft.⁹⁵ Der Höhepunkt polnischer Zwangsarbeit wurde im August 1944 mit rund 1,7 Millionen gleichzeitig arbeitenden Pol:innen erreicht.⁹⁶ Frauen stellten über den Gesamtzeitraum ca. 1.925.000, sprich: ein Drittel der sogenannten ausländischen Zivilarbeiter:innen, während insgesamt rund 87 % der Frauen aus ›dem Osten‹ kamen, d. h. aus den eroberten und besetzten Gebieten östlich der Grenzen des Deutschen Reiches vor 1938. Je niedriger Menschen in der ethnischen Hierarchie der Nationalsozialisten eingeordnet waren, desto höher war der Anteil von Zwangsarbeiter:innen aus dieser Gruppe.⁹⁷

Unter den polnischen Opfern der sowjetischen Deportationen nach Sibirien und Zentralasien stellten Frauen mit 52 % sogar die Mehrheit. Dort mussten sie harte körperliche Arbeit leisten, was stark zur Ablehnung des ›unnatürlichen‹ Sowjetsystems beitrug. Dass die vermeintlich natürlichen Geschlechterunterschiede bei der Arbeit in der Sowjetunion nicht beachtet wurden, schockierte viele Pol:innen.⁹⁸

Während des Zweiten Weltkriegs wurden polnische Frauen nicht nur in bisher ungekanntem Maße in die Erwerbsarbeit einbezogen, sondern bildeten auch das Rückgrat

92 Ebd., S. 35f.

93 Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. Bonn 2003, S. 131f.

94 Ebd., S. 132f.

95 Ebd., S. 135.

96 Ebd., S. 148f.

97 Ebd., S. 147.

98 Fidelis: Women, S. 36f.

des Widerstandes gegen das NS-Regime – sei es als Soldatinnen oder bei Sabotageaktionen – und waren gerade beim Warschauer Aufstand stark vertreten.⁹⁹ Insgesamt dienten rund 14.000 Polinnen als Soldatinnen, vor allem in der Polnischen Volksarmee (Ludowe Wojsko Polskie), die 1944 aus einem Zusammenschluss der polnischen Streitkräfte und der kommunistischen Untergrundorganisation Volksarmee (Armia Ludowa) gebildet worden war.¹⁰⁰ Jedoch gab es kaum Polinnen, die als kämpfende Frontsoldatinnen eingesetzt wurden – im Gegensatz zur Sowjetunion, wo viele Frauen auch kombattante Funktionen übernahmen.¹⁰¹ In das Schicksal der insgesamt rund eine Million Frauen, die in der Roten Armee kämpften, gibt Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch einen beredten Einblick.¹⁰²

Diese neuen Rollen Frauenrollen resultierten zwar in einer vorübergehenden Auflösung bestehender Geschlechterkategorien und -hierarchien, wirkten sich Małgorzata Fidelis zufolge aber ambivalent auf die Stellung von Frauen in der polnischen Gesellschaft aus. Insofern seien Frauen durch ihren Dienst in der Armee, beim Staat oder in der Fabrik einerseits emanzipiert worden, andererseits habe der enorme Bevölkerungsverlust die Betonung ihrer Identität als Mutter für die nationale Gemeinschaft mittelfristig befördert.¹⁰³ Schließlich kann die zwangsweise Einbeziehung von Polinnen in die Kriegswirtschaft des NS-Staates und die Verschleppung hunderttausender Frauen nach Sibirien wohl kaum als emanzipatives Ereignis verstanden werden.

2.4 Staatssozialistische Emanzipation? Geschlecht und Arbeit zwischen 1945 und 1980

Mit der Zurückdrängung der deutschen Wehrmacht übernahmen die polnischen Kommunist:innen dank der massiven Unterstützung durch die Sowjetunion schließlich die Macht in Polen. Das neue Regime propagierte ein Frauenbild, das auf den ersten Blick revolutionär erschien. Basierend auf den Theorien von Friedrich Engels¹⁰⁴ und August Bebel¹⁰⁵ versprach der Kommunismus die Emanzipation der Frau durch Arbeit; patriarchale Strukturen würden mit der vollständigen Einbeziehung von Frauen in den Ar-

99 Vgl. Bukowska, Ewa: *Łączność, sabotaż, dywersja: kobiety w Armii Krajowej*. London 1985.

100 Fidelis: *Women*, S. 38.

101 Vgl. dazu: Fieseler, Beate: Rotarmistinnen im Zweiten Weltkrieg. Motivationen, Einsatzbereich und Erfahrungen von Frauen an der Front, in: Klaus Latzel/Franka Maubach/Silke Satjukow (Hg.): *Soldatinnen. Gewalt und Geschlecht im Krieg vom Mittelalter bis heute*. Paderborn 2011, S. 301–329.

102 Alexijewitsch, Swetlana: *Der Krieg hat kein weibliches Gesicht*. München³ 2015.

103 Fidelis: *Women*, S. 40.

104 Vgl. Engels, Friedrich: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*. Im Anschluss an Lewis H. Morgans Forschungen. Hottingen-Zürich 1884.

105 Vgl. Bebel, August: *Die Frau und der Sozialismus*. Zürich-Hottingen 1879.

beitsmarkt von selbst verschwinden.¹⁰⁶ Abseits der emanzipatorischen Rhetorik werden allerdings Realitäten sichtbar, die eine Kontinuität patriarchaler Normen belegen.¹⁰⁷

In der jungen Volksrepublik Polen (Polska Rzeczpospolita Ludowa, PRL) etablierte sich ein neues Geschlechterregime, das einem steten Wandel unterlag. Jeder politische Umschwung zog eine Diskussion über Geschlechterrollen nach sich, ohne Segregationen nach dieser Kategorie je grundlegend zu hinterfragen. Vielmehr stellte die Bedeutung der Kategorie Geschlecht für die Ordnung der Gesellschaft im realsozialistischen Polen eine Konstante dar.¹⁰⁸ Ausgehend von der Idee einer Emanzipation durch Arbeit fokussierte sich die Volksrepublik im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen zunächst auf unterschiedliche Maßnahmen zur Förderung (oder Unterbindung) ihrer Erwerbstätigkeit. Dies konnte direkt über Arbeitsverbote bzw. -gebote geschehen, oder aber ebenso wirksam über die Familien- und Sozialpolitik. Im Grundsatz garantierte die polnische Verfassung vom 22. Juli 1952 in Artikel 14, Absatz 1 allen Bürger:innen der Volksrepublik das Recht auf Arbeit bei gleichzeitiger Pflicht zur Arbeit. So heißt es wörtlich: »Arbeit ist das Recht, die Pflicht und die Ehrensache eines jeden Bürgers.«¹⁰⁹ Frauen waren dabei explizit eingeschlossen, wie in Artikel 66, Absatz 1 und Absatz 2(1) zu lesen ist:

1. Der Frau stehen in der Volksrepublik Polen auf allen Gebieten des staatlichen, politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens die gleichen Rechte zu wie dem Mann.
2. Die Gleichberechtigung der Frau wird gewährleistet: 1) durch das gleiche Recht auf Arbeit und Lohn nach dem Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«.¹¹⁰

Diese in der Verfassung verankerte Garantie¹¹¹ gleicher Rechte für Frauen und Männer resultierte in der realsozialistischen Arbeitswelt weder in gleichen beruflichen Möglichkeiten für Frauen noch in ihrer Gleichbehandlung. Die Gründe dafür sind in geschlechterspezifischen Narrativen und Frauenbildern zu suchen, die in der Vereinigten Polni-

106 Penn, Shana/Massino, Jill: Introduction, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 1–10, hier: S. 1f.

107 Stegmann, Natali: Die Aufwertung der Familie in der Volksrepublik Polen der siebziger Jahre, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* Vol. 53 (4/2005), S. 526–544.

108 Fidelis: Women, S. 2f.

109 Dz.U. 1924 nr 33 poz. 232: Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uchwalona przez Sejm Ustawodawczy w dniu 22 lipca 1952 r. »Praca jest prawem, obowiązkiem i sprawą honoru każdego obywatela«.

110 Verfassung Polens 1952, in: Herder-Institut (Hg.): *Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Sowjetische Hegemonie in Ostmitteleuropa (1922–1991)«* bearb. von Guido Hausmann, Dimitri Tolkatsch, Jos Stübner. o.O. o.J. URL: <https://www.herder-institut.de//digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1378/details.html>. [Abgerufen: 07.04.2020]. »1. Kobieta w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej ma równe z mężczyzną prawa we wszystkich dziedzinach życia państwowego, politycznego, gospodarczego, społecznego i kulturalnego. 2. Gwarancję równouprawnienia kobiety stanowią: 1) równe z mężczyzną prawo do pracy i wynagrodzenia według zasady »równa płaca za równą pracę.«

111 Nach der Verfassungsänderung vom Februar 1976 war das Recht auf Arbeit in Artikel 19 (vorher 14) geregelt. Dz.U. 1976 nr 7 poz. 36: Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uchwalona przez Sejm Ustawodawczy w dniu 10 lutego 1976 r.

schen Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR) wie auch in weiten Teilen der polnischen Gesellschaft virulent waren. Dabei durchliefen die Haltungen von Staat und Gesellschaft zur (Erwerbs)Arbeit von Frauen in den mehr als vier Jahrzehnten Staatssozialismus in Polen immer wieder einen merklichen Wandel; so hob sich diesbezüglich insbesondere der polnische Stalinismus von späteren Phasen ab.

Die Auswirkungen des polnischen Stalinismus auf die Erwerbstätigkeit von Frauen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellten Frauen 54 % der polnischen Bevölkerung, 30 % der Erwerbstätigen insgesamt und 35 % der Industriearbeiter:innen. Mit dem ersten Fünfjahresplan wurde versucht, sie in alle Wirtschaftsbereiche zu integrieren, wobei insbesondere die Industriearbeit von Frauen als essenziell für die Durchsetzung der neuen egalitären Ordnung galt. Nichtsdestoweniger blieben Geschlechterunterschiede ein entscheidendes Kriterium, um Hierarchien zu erklären,¹¹² indem sie nicht negiert, sondern vielmehr neu interpretiert wurden.¹¹³ Vorurteile über spezifische weibliche (Un)Fähigkeiten (wie Emotionalität), mit denen Frauen in bestimmte Berufe gedrängt wurden, die als typisch weiblich galten, existierten weiter.¹¹⁴ Der Staat betrachtete sie nach wie vor als eigene und in sich homogene Gruppe.¹¹⁵ Und obwohl Frauen nun zwar rechtlich und politisch gleichgestellt waren, wurde die grundsätzliche Geschlechterhierarchie, die im Zweiten Weltkrieg teilweise erodiert war, wiederhergestellt. Dass Polinnen stärker in vermeintliche Männerberufe (wie etwa die Minenarbeit) einbezogen und Berufsverbote gegen sie aufgehoben wurden, geschah nicht primär aus emanzipatorischen Überlegungen, sondern vielmehr aus praktischen Erwägungen aufgrund des Arbeitskräftemangels nach dem Zweiten Weltkrieg.¹¹⁶ 1951 wurden fast alle Restriktionen hinsichtlich der Nachtarbeit und der Arbeit unter Tage aufgehoben.¹¹⁷ Diese Maßnahmen riefen großen Widerstand in weiten Teilen der Gesellschaft hervor, stellten sie doch die Geschlechterordnung grundlegend infrage.¹¹⁸

Polinnen in ›Männerberufen‹ blieben aber eher die Ausnahme als die Regel. Der Großteil der Frauen arbeitete weiterhin in feminisierten und meist auch schlechter bezahlten Branchen.¹¹⁹ Hinzu kam das Misstrauen der PZPR bezüglich der politischen Loyalität von Frauen. Die Partei war der Ansicht, dass Polinnen politisch erst erzogen werden müssten, da die traditionellen Geschlechterrollen, die der Kapitalismus implementiert habe, Frauen zu einer politisch rückständigen Gruppe habe werden lassen. Anders gesagt: Ihre Diskriminierung durch den Kapitalismus habe sie ideologisch

112 Fidelis: Women, S. 34.

113 Ebd., S. 24.

114 Jarska, Natalia: Gender and Labour in Post-War Communist Poland: Female Unemployment 1945–1970, in: *Acta Poloniae Historica* Vol. 110 (2014), S. 49–85, hier: S. 62.

115 Ebd., S. 49f.

116 Perkowski, Piotr: Wedded to Welfare? Working Mothers and the Welfare State in Communist Poland, in: *Slavic Review* Vol. 76 (2/2017), S. 455–480, hier: S. 465.

117 Dz.U. 1951 nr 12 poz. 96: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 28 lutego 1951 r. o pracach wzbrownionych kobietom.

118 Fidelis: Women, S. 110.

119 Ebd., S. 77f.

unzuverlässig gemacht, was nur durch eine entsprechende politische Anleitung durch männliche Genossen geändert werden könne.¹²⁰ Diese Haltung exemplifiziert, dass Gleichberechtigung zwar gefördert wurde, aber zumindest vorläufig unter der Kontrolle von Männern stattfinden sollte. Trotz der weiterhin vorhandenen Hindernisse bot sich jungen Frauen in bisher unbekanntem Maße die Chance auf Aufstieg und Unabhängigkeit.¹²¹ Der Preis dafür war hoch: Denn obwohl der Stalinismus¹²² mehr Geschlechtergerechtigkeit ermöglichte, brachte er auch Gewalt, Überwachung und die völlige Zerstörung vieler sozialer Gefüge. Hinzu kam, dass Frauen nun zwar massenhaft in die Fabriken strömten, ihnen dort aber katastrophale Arbeitsbedingungen und die Erwartung eines Arbeitseinsatzes bis zur völligen Verausgabung begegneten. Dies galt insbesondere für Sektoren, die unter den konzentrierten Investitionen in die Schwerindustrie litten und in denen – wie beispielsweise der Textilindustrie – Frauen stark überrepräsentiert waren.¹²³

Insgesamt ist die verstärkte Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt nicht von der Hand zu weisen. Im ersten Sechsjahresplan von 1950–55 war die Mobilisierung von 1.230.000 Polinnen für den Arbeitsmarkt vorgesehen. In der Folge eröffneten sich Frauen neue Identitäten; sie konnten ›Heldinnen der Arbeit‹¹²⁴ oder politische Aktivistinnen werden, was wiederum ihre Position stärkte und Aufstiegschancen bot.¹²⁵ Auch wenn die genauen Zahlen variieren, stellten Frauen 1955 rund ein Drittel aller Erwerbstätigen, während die Arbeit im Haushalt und die Kindererziehung nach wie vor als ›weibliche Sphäre‹ verstanden wurden.¹²⁶ Zwar setzten sich viele sozialistische Aktivistinnen für die Rationalisierung von Hausarbeit ein, doch wollten sie die ›private Sphäre‹ weiterhin als Einflussbereich von Frauen erhalten.¹²⁷ Die primäre und unhinterfragte Identität der Polin blieb die der Mutter.¹²⁸ Die ideale Sozialistin war also produktiv und reproduktiv tätig; sie war Arbeiterin, Aktivistin, vor allem aber war sie Mutter.¹²⁹ Dieses Frauenbild zeigt sich auch in der ständigen Sorge der PZPR um die Sexualität der Arbeiterinnen.

120 Ebd., S. 52.

121 Dies galt grundsätzlich auch für den Bereich der Bildung. In einer eindrücklichen Studie am Beispiel der Universität Łódź hat Agata Zysiak indes gezeigt, wo die Grenzen staatssozialistischer Hochschulpolitik lagen. So konnte auch die Förderung von Arbeiter:innen und Landwirt:innen an der Universität nicht verhindern, dass sich die *inteligencja* dort oft reproduzierte. Zysiak, Agata: Limiting Privilege: Upward Mobility Within Higher Education in Socialist Poland, West Lafayette 2023.

122 Auf eine Diskussion der Verbrechen des Stalinismus, bzw. dessen Auswirkungen auf Polen muss hier verzichtet werden. Vgl. Zum Stalinismus: Baberowski, Jörg: Der rote Terror: Die Geschichte des Stalinismus. München 2003. Vgl. Zum polnischen Stalinismus: Kemp-Welch, Anthony: Poland Under Communism: A Cold War History. Cambridge/New York 2016.

123 Perkowski: Welfare, S. 465f.

124 Im polnischen heißt der Titel: »Przodownik pracy«, was wörtlich so viel bedeutet, wie »Leiter der Arbeit«. Umgangssprachlich wurde nach dem sowjetischen Vorbild oft der Ausdruck »Stachanowiec« verwendet. Ich verwende hier den im Deutschen gebräuchliche Titel »Held der Arbeit«.

125 Fidelis: Women, S. 62.

126 Jarska: Breadwinners, S. 473.

127 Fidelis: Women, S. 55.

128 Ebd., S. 97.

129 Ebd., S. 106.

Sexuelle Unabhängigkeit von Frauen – nicht allerdings von Männern – wurde als Bedrohung für die ›natürlichen‹ häuslichen und mütterlichen Neigungen von Frauen gesehen.¹³⁰ Umgekehrt blieb das sozialistische Ideal im Arbeitsbereich männlich konnotiert: »the worker hero, the hero of socialist labor, was male.«¹³¹

Ein weiterer Aspekt der Ungleichbehandlung zeigt sich am Beispiel der Arbeitslosigkeit. Diese war unter Frauen (mit Ausnahme der Jahre 1952/53) ein dauerhaftes Problem; am ausgeprägtesten war es in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Mit dem Sechsjahresplan von 1950 änderte sich dies kurzzeitig, aber bereits 1954 trafen 150 Bewerberinnen auf 100 Stellen, wohingegen auf 50 arbeitssuchende Männer 100 freie Stellen kamen. Die Nachfrage nach Männern war also deutlich höher als die nach Frauen.¹³² Die Partei machte dafür vor allem die Frauen selbst und ihre fehlende Qualifikation verantwortlich; ferner galten Männer als produktiver und wurden auch deshalb bevorzugt angestellt.¹³³ Letztlich sah der Staat in Frauen ein Arbeitskräftepotenzial, das je nach ökonomischer Lage aktiviert werden konnte. Daran zeigt sich deutlich, dass die offiziell propagierte Geschlechtergleichheit – obwohl viele Aktivist:innen die Slogans ernst nahmen – selbst im Stalinismus nicht umgesetzt wurde.¹³⁴ Vielmehr wurden Männer weiterhin von vielen als Haupternährer der gesamten Familie gesehen; Frauenarbeit hingegen oft nur als Ergänzung.

Bei der Betrachtung der Situation von Frauen im polnischen Stalinismus ergibt sich ein ambivalentes Bild. Generell forderte die Propaganda, alle Frauen als den Männern gleichberechtigt zu behandeln, verschaffte ihnen mehr politische Möglichkeiten (im Verhältnis zu Männern) und bot Frauen bisher unbekannte berufliche Chancen.¹³⁵ In fast alle Bereiche der Arbeitswelt wurden Polinnen verstärkt einbezogen, sie konnten in ›Männerberufen‹ arbeiten und waren ihren Genossen rechtlich weitestgehend gleichgestellt. Überdies boten sich ihnen neue Identitäten innerhalb des sozialistischen Staates – sei es als Aktivistin oder Arbeiterin. Das Ausmaß der Veränderungen in den Geschlechterrollen war enorm. Insbesondere auf dem Land, wo traditionelle Geschlechterrollen weitverbreitet waren, kamen sie einer kulturellen Revolution gleich. Małgorzata Fidelis betont:

»for rural householders gender reconfiguration under socialism was a threat equal or greater than policies that directly affected peasants' material survival, from requisitions to collectivization.«¹³⁶

Der Anspruch des sozialistischen Regimes, mit der ›Klassenfrage‹ auch die ›Geschlechterfrage‹ gelöst zu haben, wurde hingegen nicht erfüllt. Polinnen blieben politisch marginalisiert, arbeiteten meist in niedriger entlohnnten ›Frauenberufen‹ und waren häufi-

130 Ebd., S. 125f.

131 Hallama, Peter: Introduction. Men and Masculinities under Socialism. Toward a Social and Cultural History, in: *Aspasia* Vol. 15 (1/2021), S. 1–20, hier: S. 4.

132 Jarska: Gender and Labour, S. 51.

133 Ebd., S. 58.

134 Dies.: Gender and Labour in Post-War Communist Poland: Female Unemployment 1945–1970, in: *Acta Poloniae Historica* Vol. 110 (2014), S. 49–85, hier: S. 50.

135 Fidelis: Women, S. 97.

136 Ebd., S. 109f.

ger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Zudem stand ihre Identität als Mütter und Verwalterinnen des Haushalts nicht zur Debatte. Während in der stalinistischen Phase die relative Position von Frauen gegenüber Männern aufgewertet wurde, wurden Menschen egal welchen Geschlechts gleichzeitig zur reinen Verfügungsmasse des Staates. Zwar war Polen von ›Säuberungen‹ wie im sogenannten Großen Terror 1936–38 in der Sowjetunion verschont geblieben, doch zählten einzelne Menschenleben auch im polnischen Stalinismus nur wenig.

Die Verschiebung des Frauenbildes in der Ära Gomułka

Auch wenn Stalin bereits 1953 verstorben war, endete der polnische Stalinismus erst 1956 mit der Entlassung Władysław Gomułkas aus dem Gefängnis und seiner Wahl zum neuen Parteichef. Diese ›Taufwetterperiode‹ bedeutete für die meisten Menschen ein Ende der härtesten Repressionen. Zugleich wurden im Zuge der politischen Lockerungen viele Errungenschaften im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit zurückgenommen. Frauen war es beispielweise wieder verboten, unter Tage zu arbeiten.¹³⁷ Das Recht auf Arbeit wurde zugunsten der Pflicht zur Kindererziehung und Hausarbeit zurückgestellt, was sich sehr deutlich an der veränderten Ausrichtung der *Liga Kobiet* (Frauenliga) nach dem Ende des Stalinismus zeigt. Kernaufgabe dieser Gruppe, die im Auftrag des Staates zur zentralen Massenorganisation für Frauen ausgebaut worden war, war die politische und ideologische Bildung von Frauen sowie ihre generelle Einbeziehung in den sozialistischen Staat.¹³⁸ Beginnend mit einem Kongress im Jahr 1957 wandte sich die Liga auch ideologisch von Forderungen zur Befreiung der Frau von den Lasten des Haushalts und der Kinderbetreuung ab und propagierte im Folgenden stärker ›traditionelle‹ Identitäten für Frauen.¹³⁹ Diese Verschiebung der Geschlechterbilder ist auch an Frauenmagazinen nachzuvollziehen, die anstelle von Aktivistinnen nunmehr ›weibliche‹ und modebewusste Frauen zeigten,¹⁴⁰ wobei stets die Rolle von Frauen als Mütter und Ehefrauen betont wurde.¹⁴¹

Auch auf der juristischen Ebene wurde die gleichberechtigte Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt in Frage gestellt. 1957 hieß es in einer Resolution des Ministerrats: »Bei gleicher beruflicher Qualifikation soll der Familienstand, das Alter des Arbeitnehmers und die Anzahl der in der Familie arbeitenden Personen vor den Entlassungen berücksichtigt werden.«¹⁴² Natalia Jarska weist darauf hin, dass dies faktisch die Entlas-

137 Jarska, Natalia: Female Breadwinners in State Socialism: The Value of Women's Work for Wages in Post-Stalinist Poland, in: *Contemporary European History* Vol. 28 (4/2019), S. 469–483, hier: S. 469.

138 Nowak, Basia A.: Where Do You Think I Learned How to Style My Own Hair? Gender and Everyday Lives of Women Activists in Poland's League of Women, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 45–58, hier: S. 46f.

139 Ebd., S. 49f.

140 Fidelis, Małgorzata: Are You a Modern Girl? Consumer Culture and Young Women in 1960s Poland, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 171–184, hier: S. 172.

141 Ebd., S. 176.

142 Uchwała nr 25 Rady Ministrów z dnia 18 stycznia 1957 r. w sprawie zasad zwalniania, przeszkalania i zatrudniania pracowników w związku z reorganizacją administracji. *Monitor Polski* 1957/6 poz. 37.

sung von Frauen legitimierte, deren Männer genug verdienten, was ab 1957/58 in zahlreichen Fabriken auch geschah.¹⁴³ In der Reduzierung der Erwerbstätigkeit von Frauen sahen sowohl die PZPR als auch die *Liga Kobiet*, die im Auftrag des Staates die Interessen von Frauen vertreten sollte, die Lösung des Arbeitsplatzproblems.¹⁴⁴

Die Gründe für diese faktische – keinesfalls propagandistische – Abkehr vom sozialistischen Emanzipationsversprechen waren vielschichtig. Ein wesentlicher Aspekt war die Hoffnung, mit dem Zurückdrängen ›unnatürlicher‹ Geschlechterrollen die Akzeptanz des Regimes zu stärken. Laut Małgorzata Fidelis war selbiges von der erfolgreichen Implementierung neuer Geschlechtergrenzen im ökonomischen, sozialen und politischen Leben abhängig.¹⁴⁵ Die Kategorie Geschlecht diente als Marker für den Stand der ›Liberalisierung‹ im Poststalinismus und war damit Teil des Diskurses, der politische Legitimität verhandelte.¹⁴⁶

Diese Entwicklung verstärkte sich in den 1960er Jahren, indem das Frauenbild zunehmend auf die Rolle innerhalb der Familie reduziert wurde.¹⁴⁷ Damit ging eine politische Annäherung von katholischer Kirche und sozialistischem Regime einher, die wiederum auf einem patriotisch-konservativen Verständnis des polnischen Staates beruhte.¹⁴⁸ Ziel war es, dem Sozialismus, der dem Land von der Sowjetunion aufgezwungen worden sei, ein polnisches Antlitz zu geben, was durch eine stärkere Einbeziehung nationaler Besonderheiten und katholischer Traditionen gelingen sollte.¹⁴⁹ Anders gesprochen: »gender politics could serve as a bridge between traditional segments of society and the new state seeking legitimacy in a hostile environment.«¹⁵⁰ Ende der 1950er Jahre war die Ablehnung von Frauenarbeit weit verbreitet. Sie wurde häufig nicht als Emanzipation, sondern als Resultat von Zwang verstanden. Bedeutende Teile der Gesellschaft sahen sie als unnatürlich und ursächlich für soziale Verwerfungen an;¹⁵¹ vor allem die katholische Kirche sträubte sich gegen gleichberechtigte Arbeit von Frauen. Stefan Wyszyński, seit 1948 Primas von Polen, Vorsitzender der Bischofskonferenz und ab 1953 auch Kardinal, formulierte die Position der katholischen Kirche folgendermaßen:

»Mines, heavy industry and those so popular tractor drivers – these are not suitable for women's psyche and their psychological construction, because sometimes they simply make impossible the fulfilment of women's most important task – transferring life.«¹⁵²

»Przy równych kwalifikacjach zawodowych należy przy zwalnianiu pracowników brać pod uwagę stan rodzinny, wiek pracownika, ilość osób pracujących w rodzinie.«

143 Jarska: Gender and Labour, S. 63f.

144 Fidelis, Małgorzata: Equality through Protection: The Politics of Women's Employment in Postwar Poland, 1945–1956, in: *Slavic Review* Vol. 63 (2/2004), S. 301–324, hier: S. 320f.

145 Fidelis: Women, S. 3f.

146 Kraft: Geschlecht, S. 18f.

147 Stegmann: Aufwertung, S. 534f.

148 Ebd., S. 527.

149 Fidelis: Women, S. 9.

150 Ebd., S. 34.

151 Jarska: Gender and Labour, S. 67f.

152 Dies.: Breadwinners, S. 480.

Es zeigt sich, dass gleichberechtigte Arbeit von Frauen vor allem vor dem Hintergrund ihrer vermeintlichen Hauptaufgabe als ›Lebensspenderinnen‹ abgelehnt wurde. Polinnen, die weiterhin in vermeintlichen Männerberufen arbeiten wollten, reagierten auf diese Diskursverschiebung Ende der 1950er Jahre, indem sie sich die neue Sprache des Staates zu eigen machten. Beispielsweise forderten schlesische Minenarbeiterinnen ihre Weiterbeschäftigung mit folgenden Argumenten:

»In the name of Silesian women miners, we ask Gomułka on what grounds we are going to be dismissed from underground work. There are many women among us who have worked seven or eight years underground. We also need to support our families. Among us there are many widows, divorced, who have children to support. We also want to feed and dress our children, just like miner fathers do. We didn't start underground work for pleasure and luxuries, but for our lives and those of our children.«¹⁵³

Die Minenarbeiterinnen führten zwei entscheidende Punkte an: Erstens ihre Erfahrung, die beweisen sollte, dass sie diesen Beruf – auch als Frauen – ausüben konnten. Zweitens die Notwendigkeit ihrer Arbeit für die Familienversorgung, d. h. ihre Rolle als Hauptverdienerinnen, wobei sie betonten, dass sie selbst kein Interesse an Luxus, sondern nur am Wohlergehen ihrer Kinder hätten. Es war also notwendig, die Arbeit von Frauen neu zu legitimieren, und scheinbar am effektivsten, diese mit ihrer Unabdingbarkeit für die Familie zu begründen – kurz gesagt, die eigene Arbeit in direkten Zusammenhang mit der Ausübung der Mutterrolle zu setzen. Für eine solche Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik konnte die PZPR auf Unterstützung der Bevölkerung hoffen. Umfragen Ende der 1950er Jahre zeigen, dass die Mehrheit der Menschen in Polen die Entlassung derjenigen Frauen befürwortete, deren Männer ausreichend verdienten. Polinnen, die ohne unbedingte ökonomische Notwendigkeit arbeiteten, wurden der Verschwendung verdächtigt.¹⁵⁴

Trotz der skizzierten Interventionen vonseiten der Arbeiterinnen wurde ab 1956 der Arbeitsschutz für Frauen mit dem Ziel ausgebaut, die Erwerbsquote von Frauen, insbesondere von Müttern, zu senken.¹⁵⁵ Dies gelang jedoch nicht, vielmehr stieg die Zahl der arbeitenden Mütter bis Ende der 1960er Jahre auf 55 % an.¹⁵⁶ Vor allem besser qualifizierte Frauen arbeiteten auch nach der Geburt ihrer Kinder weiter, selbst wenn der Bedarf an Betreuungsplätzen nur zur Hälfte gedeckt war. Rund ein Viertel dieser Frauen waren die Hauptverdienerinnen ihres Haushalts.¹⁵⁷ Zwar wurden Frauen in feminisierte Berufe verdrängt, doch stieg gleichzeitig ihr Anteil an allen Erwerbsbeteiligten bis 1970 auf 39,4 % an (1950 lag er bei 30,6 %). Im Durchschnitt verdienten sie allerdings 30 % weniger als ihre ›Genossen‹.¹⁵⁸ Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Vollzeitarbeit, was die Zahlen im Vergleich zu westeuropäischen Ländern sehr beeindruckend erscheinen

153 Ebd., S. 469.

154 Ebd., S. 476.

155 Ebd., S. 474.

156 Jarska: *Kobiety z marmuru*, S. 209.

157 Dies.: *Breadwinners*, S. 474.

158 Jarska: *Kobiety z marmuru*, S. 244.

lässt. Einen gewissen Emanzipationsanspruch hatte der sozialistische Staat nicht aufgegeben, auch wenn die Arbeit im Haushalt sowie die Kindererziehung nach wie vor vor allem die Aufgabe von Frauen blieb. Dadurch entstand eine Doppelbelastung, die von Polinnen die Erfüllung ihrer Rollen als Hausfrau sowie als Arbeiterin verlangte; wobei insbesondere Fabrikarbeiterinnen von niedrigen Löhnen und nicht vorhandener Freizeit betroffen waren, was zu großem Unmut führte.¹⁵⁹

Insgesamt nahm die gesellschaftliche Stellung von arbeitenden Frauen in der Ära Gomułka eine ambivalente Entwicklung. Die forcierte Rückkehr zu traditionellen Geschlechteridentitäten schritt zunehmend voran, wodurch Frauen wieder primär auf ihre Rolle als Mütter reduziert wurden und in ›ihrer Natur gemäßen‹ Berufen arbeiten sollten. Gleichzeitig vollzog sich bis 1970 ein enormer sozioökonomischer Wandel, im Zuge dessen Frauenarbeit von der Ausnahme zur Regel wurde, während sich die Frauenbilder des Staates und weiter Teile der Gesellschaft nur sehr bedingt änderten. Diese grundlegenden Entwicklungslinien setzten sich nach der Absetzung Gomułkas und der Machtübernahme durch Edward Gierek zunehmend fort.

Konservative Familienpolitik und beginnende Dauerkrise in den 1970er Jahren in Polen

Die 1970er Jahre brachten einen erneuten Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen. Zwischen 1970 und 1980 stieg ihr Anteil an allen Beschäftigten von 39 % auf 44 %.¹⁶⁰ Mitte des Jahrzehnts waren drei von vier verheirateten Frauen erwerbstätig.¹⁶¹ Parallel dazu ging die seit 1954/55 konstant bestehende Arbeitslosigkeit unter Frauen stark zurück, wobei die genaue Zahl arbeitsloser Polinnen nicht zu bestimmen ist, da sie offiziell nicht existierte.¹⁶²

Insbesondere die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen stand im Widerspruch zur Politik der Volksrepublik, die zunehmend ein Familienbild auf der Grundlage geschlechterspezifischer Rollenverteilungen und damit eine Zurückdrängung von Frauen aus dem Erwerbsmarkt forcierte. Ziel war die verstärkte Betreuung von Kindern durch ihre Mütter, was kostengünstiger schien als ein umfassender Ausbau von Betreuungsplätzen.¹⁶³ Die staatliche Kinderbetreuung wurde in der Volksrepublik deutlich weniger gefördert als in anderen sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas. Im Hinblick auf die Betreuungsquote bildete Polen sogar das Schlusslicht; denn während selbige 1973 in der in diesem Bereich führenden DDR bei rund 60 % und in der UdSSR bei ca. 32 % lag, wurden in Polen nur 23 % aller Kinder in staatlichen Einrichtungen betreut.¹⁶⁴ Ein weiterer Grund, die Mutterrolle für polnische Frauen stärker in den Vordergrund zu rücken, war

159 Perkowski: Welfare, S. 468.

160 Kurzynowski, Adam: Przemiany wzorów karier zawodowych kobiet w latach 1950–1989, in: Anna Żarnowska/Andrzej Szwarc (Hg.): *Kobieta i praca. Wiek XIX i XX*, Bd. 6. Warszawa 2000, S. 189–216, hier: S. 193.

161 Perkowski: Welfare, S. 468.

162 Jarska: Gender and Labour, S. 51.

163 Stegmann: Aufwertung, S. 534f.

164 Perkowski: Welfare, S. 472f.

der mit Sorge betrachtete Rückgang der Geburtenrate, der in einer zunehmend pronatalistischen Politik des Staates resultierte.¹⁶⁵ Diesbezüglich befand sich Polen in den 1970er Jahren allerdings in Gesellschaft vieler anderer europäischer Länder, die ebenfalls versuchten, ihre Geburtenrate zu steigern.

In der Praxis versuchte die Volksrepublik die genannten ›Probleme‹ vor allem mit dem Ausbau von Mutterschutzregelungen zu lösen.¹⁶⁶ Der Mutterschutz wurde 1972 von 12 auf 16 bezahlte Monate verlängert; hinzu kam eine Rentenerhöhung, bezahlter Erziehungsurlaub und ab 1976 ein sogenanntes Entbindungsgeld für Mütter. 1978 wurde schließlich noch eine Entbindungsbeihilfe eingeführt.¹⁶⁷ In der Folge befanden sich in den 1970er Jahren jährlich mehr als 100.000 Frauen im Mutterschutz, was den Erwerbsmarkt erheblich ›entlastete‹.¹⁶⁸ Diese Maßnahmen resultierten in einer zunehmenden Fokussierung der Sozialpolitik auf Mütter bei gleichzeitigem Rückzug des Staates aus der Kindererziehung.¹⁶⁹ Die Bedürfnisse von Frauen wurden weitgehend mit denen von Familien gleichgesetzt.¹⁷⁰

Ergänzt wurden die sozioökonomischen und bevölkerungspolitischen Maßnahmen des Staates zuungunsten der Erwerbsbeteiligung von Frauen um einen zunehmend moralisierenden Geschlechterdiskurs, der die Emanzipation von Polinnen für den vermeintlichen Werteverfall und die Erosion von Familienstrukturen verantwortlich machte.¹⁷¹ Die Gründe für die moralisierende Abwertung weiblicher Erwerbstätigkeit sind allerdings nicht bei den arbeitenden Polinnen selbst zu suchen; vielmehr lag diesem Narrativ die Angst vieler Polen vor einem Verlust ihrer gesellschaftlichen Dominanz zugrunde – sei es durch die zunehmende Bedeutung des Erwerbseinkommens von Frauen für die Familie oder durch die Arbeitsplatzkonkurrenz.¹⁷² Die wahrgenommene wie die tatsächliche Emanzipation der Polinnen stellte auch die Staatsmacht vor neue Herausforderungen; so zeigte sich etwa im Februar 1971 beim Streik der Arbeiterinnen in Łódź ein neues Selbstbewusstsein von Frauen, die sich ihrer Bedeutung als Mütter und vielfach als Hauptverdienerinnen vollends bewusst waren. Zugleich verhinderten die geschlechterspezifischen Vorstellungen von der ›Heiligkeit‹ und dem Schutzbedürfnis von Frauen ein gewaltsames Einschreiten vonseiten des Staates, was die streikenden Arbeiterinnen zu ihrem Vorteil zu nutzen wussten.¹⁷³ Unfähig, auf diese neue Lage zu reagieren, gab das Regime den Forderungen der Frauen schließlich nach.¹⁷⁴ In der Folge verstärkte der Staat auch aufgrund der Erfahrungen aus diesem Streik den Druck auf Frauen, in ihre ›traditionellen‹ Rollen zurückzukehren.¹⁷⁵ An diesem Beispiel zeigen

165 Fidelis: Women, S. 243.

166 Brzozowska, Zuzanna: Female Education and Fertility Under State Socialism in Central and Eastern Europe, in: *Population* Vol. 70 (4/2015), S. 689–726, hier: S. 693.

167 Stegmann: Aufwertung, S. 536f.

168 Jarska: Gender and Labour, S. 51f.

169 Ebd., S. 538.

170 Jarska: Kobiety w języku partii, S. 252.

171 Stegmann: Aufwertung, S. 540f.

172 Perkowski: Welfare, S. 470.

173 Kenney: Resistance, S. 414.

174 Ebd., S. 417.

175 Perkowski: Welfare, S. 470.

sich in geradezu grotesker Weise die Absurditäten des Versprechens von (Geschlechter)Gleichheit in der Volksrepublik. So stellten streikende Arbeiterinnen in doppelter Hinsicht einen Angriff auf die propagierten Narrative der Volksrepublik dar, zumal sie paradigmatisch die Einlösung ihrer ›Emanzipation durch Arbeit‹ sowie akzeptable Lebensbedingungen für Arbeiter:innen einforderten. Beides waren grundlegende Versprechen des sozialistischen Staates, deren Erfüllung nicht hinterfragt werden durfte. Dass die Staatsmacht aufgrund zutiefst essentialistisch-konservativer Frauenbilder nicht gegen die streikenden Arbeiterinnen vorzugehen wagte, entlarvt die Fragwürdigkeit der Behauptung von der ›Emanzipation der Frau‹ wie kaum ein zweites Ereignis.

Neben den staatlichen Akteuren forderte vor allem die katholische Kirche immer offensiver die Abkehr vom ›Irrweg der Frauenemanzipation‹, da sie die heilige Rolle der Frau als Mutter infrage stelle. Konsequenterweise ging mit der Ablehnung von Frauenarbeit eine strikte Ablehnung von Empfängnisverhütung und dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch einher.¹⁷⁶ Diesem katholischen Narrativ näherte sich der sozialistische Staat zunehmend an, wie Natali Stegmann betont:

»Trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen gab es einen gemeinsamen Diskurs, der vielfach aus dem gleichen kulturellen Fundus schöpfte und in dem bipolare Denkfiguren eine exponierte Stellung einnahmen. Im Ergebnis konnten staatliche und kirchliche Politik durchaus zu einer familienpolitischen Einigung führen. [...] Dieser Diskurs propagierte ein dicht gewebtes Muster aus spätsozialistischen und patriotisch-katholischen Sinnzusammenhängen, die einer differenzierten Wahrnehmung der sozialen Interessen von Frauen und Kindern entgegenstanden.«¹⁷⁷

Neben der Aufwertung häuslicher Identitäten verstärkte dieses Narrativ vor allem eine erneute Einbettung der Figur der polnischen Frau in den Kontext nationaler Mythen.¹⁷⁸ Das weibliche Opfer für die Gesellschaft wurde in der Tradition der *Matka Polka* als patriotische Pflicht in den Fokus gerückt,¹⁷⁹ wie beispielsweise aus Natalia Jarskas Analyse von Parteidokumenten hervorgeht. Die Historikerin kommt zu dem Schluss, dass die Fähigkeit, »Opfer zu bringen«, das vonseiten der PZPR am häufigsten mit Frauen assoziierte Merkmal gewesen sei. Ferner habe die Partei ab den 1970er Jahren immer häufiger von der *Matka Polka* gesprochen.¹⁸⁰ Staat wie Kirche definierten Weiblichkeit vor allem als Ausdruck mütterlicher Werte und Eigenschaften, sodass Frauen – aus ihrer Sicht – nur als Mütter wirklichen Sinn und Erfüllung erlangen konnten.¹⁸¹

Die Auswirkungen dieses Diskurses auf die Anzahl arbeitender Frauen blieben allerdings überschaubar, was nicht zuletzt an der schieren Notwendigkeit zweier Erwerbs-

176 Stegmann: Aufwertung, S. 540f.

177 Ebd., S. 543f.

178 Vgl. zur generellen Bedeutung nationaler Diskurse für die Herrschaftslegitimation der PZPR in der Volksrepublik: Zaremba, Marcin: Im nationalen Gewand. Strategien kommunistischer Herrschaftslegitimation in Polen 1944 – 1980. Osnabrück 2011.

179 Stegmann: Aufwertung, S. 542f.

180 Jarska: *Kobiety w języku partii*, S. 250f.

181 Stegmann: Aufwertung, S. 542f.

einkommen für viele Familien lag.¹⁸² Vor allem Frauen aus armen Familien oder solche mit einer guten Ausbildung kehrten nach dem Mutterschutz in ihre Erwerbstätigkeit zurück.¹⁸³ Nichtsdestoweniger gelang es dem Staat, sich in seiner Fürsorge um die Wohlfahrt von Frauen und speziell von Müttern zu profilieren, womit sich Forderungen wie die der Streikenden in Łódź teilweise neutralisieren bzw. diskreditieren ließen.¹⁸⁴ Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre stieg überdies die Geburtenrate deutlich an – auch wenn schwer nachzuweisen ist, ob dies tatsächlich an der Politik der Volksrepublik lag.¹⁸⁵ Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Situation arbeitender Frauen in den 1970er Jahren von einem Staat geprägt war, der seine Sozialpolitik an ›traditionellen‹ Geschlechterrollen ausrichtete und ›Gleichberechtigung‹ zunehmend nur noch rhetorisch vertrat.¹⁸⁶

182 Perkowski: Welfare, S. 475f.

183 Stegmann: Aufwertung, S. 537.

184 Perkowski: Welfare, S. 475.

185 Ebd., S. 477.

186 Ebd., S. 480.

3. ›Natürliche‹ Geschlechterrollen als Minimalkonsens in der Krise von 1980/81

Die 1970er Jahre stellten in Polen – wie in den meisten sozialistischen und marktwirtschaftlichen Ländern Europas – eine Phase des Wandels dar. Mit der Schlussakte von Helsinki, die am 1. August 1975 verabschiedet wurde, erkannten die Staaten des Warschauer Pakts, alle Mitglieder der NATO sowie einige ›neutrale Staaten‹ den politischen und territorialen Status Quo in Europa an.¹ Auf außenpolitischer Ebene gelang der Volksrepublik ein Ausgleich mit ›dem Westen‹, insbesondere mit der Bundesrepublik. Konkret bedeutete dies, dass die Bundesrepublik die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogenen Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten und dem polnischen Staat erstmals offiziell anerkannte. Darüber hinaus erhielt die Volksrepublik so die Möglichkeit zum direkten Import von Investitionsgütern und Krediten aus ›dem Westen‹.²

Auch im ökonomischen Bereich gelten die 1970er Jahre als Beginn des Übergangs von der klassischen und industriell geprägten Moderne in die Dienstleistungsgesellschaft; sowohl in den marktwirtschaftlichen als auch in den sozialistischen Staaten. Dies bedeutete zugleich eine Schwerpunktverlagerung von einer quantitativen zu einer qualitativen (und kapitalintensiveren) Ausweitung der Produktion. Dieser Prozess verstärkte sich ab Oktober 1973 wiederum durch die erste Ölpreiskrise, da die marktwirtschaftlich orientierten Staaten zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg mit einem Konjunkturrückgang derartigen Ausmaßes konfrontiert waren.³

Generell waren die 1970er Jahre in der Volksrepublik vom Ziel einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern geprägt. Diese Politik führte allerdings zu einer zunehmenden Verschuldung des Staates, die ab Mitte des Jahrzehnts zum Problem für den Staatshaushalt wurde. 1976 reagierte die Regierung mit einer Erhöhung der stark

1 OSZE: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Schlussakte. Helsinki 1975. URL: <https://www.osce.org/de/mc/39503> (Abgerufen: 07.03.2023).

2 Zu den Hintergründen sowie aus einer ostmitteleuropäischen Perspektive auf die neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland vgl. Ruchniewicz, Krzysztof: Die Neue Ostpolitik. Die Bonner Republik und der Ostblock 1949–1990. Stuttgart 2012.

3 Vgl. dazu: Painter, David S.: Oil and Geopolitics: The Oil Crises of the 1970s and the Cold War, in: *Historical Social Research* Vol. 39 (4/2014), S. 186–208.

subventionierten Preise für viele Grundnahrungsmittel, was landesweite Streiks zur Folge hatte, die blutig niedergeschlagen wurden. Von da an gelang es der Regierung nur noch mit Gewalt, die politische Deutungshoheit wiederzuerlangen. In der Folge war das Land seit Ende der 1970er Jahre vom Kampf um die politische Macht zwischen der PZPR und der Opposition im Umfeld der im Entstehen begriffenen, unabhängigen Gewerkschaftsbewegung geprägt. Insbesondere die Wahl des Krakauer Kardinals Karol Wojtyła zum Papst am 16. Oktober 1978 verlieh der Opposition in dem tief katholischen Land enormen Auftrieb.⁴ Hinzu kam das endgültige Scheitern der Wirtschaftspolitik Giereks, was Ende der 1970er Jahre zu einem starken Rückgang der Wirtschaftsleistung führte. Dies äußerte sich nicht zuletzt in zunehmenden Schwierigkeiten bei der Bedienung von Auslandskrediten, worauf die Regierung im August 1980 unter anderem mit dem erneuten Versuch reagierte, die enormen Ausgaben für Lebensmittelsubventionen durch Preiserhöhungen zu senken – eine Maßnahme, welche die Gläubiger für die Gewährung neuer Kredite explizit gefordert hatten.⁵ Diese Preiserhöhungen sowie – als akuter Anlass – die Entlassung von Anna Walentynowicz, einer Arbeiterin der Lenin-Werft in Gdańsk, am 7. August führten ab dem 14. August zu landesweiten Streiks.⁶

Walentynowicz, die zu der Repräsentantin der *Solidarność* wurde (noch bevor Lech Wałęsa nach den Streiks begann, alle anderen zu überstrahlen), repräsentiert dabei symptomatisch eine Generation von Frauen, die in der stalinistischen Periode als Arbeiterinnen sozialisiert worden waren. Sie stammte aus einer armen Bauernfamilie, wurde vielfach für ihre Arbeitsmoral (es gelang ihr zweimal die Arbeitsnorm zu 270 % zu erfüllen) ausgezeichnet und war in der *Liga Kobiet* aktiv.⁷ Zugleich war sie alleinerziehende Mutter, war also produktive und reproduktive Arbeiterin. In ihrem Betrieb kritisierte sie wiederholt die weitverbreitete Korruption des Parteiapparats und beschwerte sich über die ungleiche Bezahlung von Frauen in den Fabriken, was bereits 1953 ein erstes Verhör nach sich zog.⁸ Schließlich wurde sie am 7. August 1980 entlassen, weil sie Kerzen zum Gedenken an die Opfer des Gdańsker Aufstands vom Dezember 1970 hatte aufstellen wollen. Ihr Leben steht damit sinnbildlich für die Möglichkeiten, die Frauen in der Volksrepublik offen standen, und zugleich für einen Staat, der seinen Bürger:innen grundlegende Freiheiten verwehrte. Zehn Tage nach ihrer Entlassung bildeten die streikenden Arbeiter:innen das Betriebsübergreifende Streikkomitee (*Międzyzakładowy Komitet Strajkowy*, MKS), das die berühmt gewordenen 21 Forderungen von Gdańsk aufstellte, unter denen sich neben dem Postulat nach Lohnerhöhungen auch weitreichende politische Ziele wie die Zulassung der *Solidarność* und die Gewährung von Presse-, Meinungs- und Redefreiheit fanden.

Zunächst zeigte sich die PZPR kompromissbereit und ging mit der Unterzeichnung verschiedener Abmachungen, den sogenannten Augustabkommen (*Porozumienia*

4 Borodziej: Geschichte Polens, S. 356f.

5 Peters: Schocktherapie, S. 56.

6 Kaliński, Janusz: Historia gospodarcza XIX i XX w. Warszawa 2008, S. 334f.

7 Łątkowska, Mirosława/Borowski, Adam: Biogramy: Anna Walentynowicz. URL: <https://encyol.pl/es/encyklopedia/biogramy/19299,Walentynowicz-Anna.html?search=81053> [Abgerufen: 16.06.024].

8 Fidelis: Women, S. 247f.

sierpniowe), auf die Forderungen der Streikenden ein. Entscheidend war dabei die Zulassung der *Solidarność* und damit der ersten regierungsunabhängigen Massenbewegung in einem Staat des Warschauer Pakts seit dem Zweiten Weltkrieg. Dieser selbstverwalteten Gewerkschaft traten bereits in den ersten Monaten Millionen von Menschen bei, wobei der Höhepunkt Mitte 1981 mit ca. 9,5 Millionen Mitgliedern erreicht war. Dabei war die *Solidarność* keineswegs homogen. Teile sahen sich in der Tradition antikomunistischer Arbeiter:innenproteste wie im Dezember 1970 in Gdańsk und waren stark von nationalen und christlichen Überzeugungen geprägt. Zugleich – und keineswegs im radikalen Widerspruch dazu – existierte auch ein großer reformkommunistischer Flügel, der den Sozialismus an sich nicht grundsätzlich infrage stellte.⁹ Wichtig ist zu betonen, dass es sich bei der *Solidarność* anfangs vor allem um eine klassische Gewerkschaft handelte, deren oberstes Ziel die Verteidigung der materiellen Interessen ihrer Mitglieder war.¹⁰ Eine ganz eigene Perspektive bezüglich der Natur der Gewerkschaft nimmt der dialektisch-materialistisch argumentierende Sozialtheoretiker Jan Sowa ein, wenn er betont, die *Solidarność* sei alles andere als anti-kommunistisch gewesen. So lautet seine These: »Die ›Solidarność‹ war der größte Erfolg der Volksrepublik Polen und der PZPR, die sie ins Leben rief.«¹¹ Seine Perspektive ist höchst spannend, zumal er argumentiert, die *Solidarność* sei eine von Arbeiter:innen selbstorganisierte und im Einklang mit kommunistischen Ideen stehende Gewerkschaft gewesen, die sich in ihrem ganzen Duktus gegen »Ausbeutung« und »Entfremdung« gewandt habe und damit ein Produkt des Systems schlechthin gewesen sei.¹² Aus meiner Perspektive geht diese Interpretation zu weit, blendet sie doch die dezidiert anti-kommunistischen Aspekte der Gewerkschaft aus, etwa die tiefe Religiosität eines großen Teils ihrer Mitglieder. Zudem folgte der sprachliche Duktus der *Solidarność* vielfach lediglich eingeübten Mustern und war Teil einer pragmatischen Strategie, sich in den Diskurs der Volksrepublik einzuschreiben. Gleichwohl erlaubt Sows Argumentation einen Perspektivwechsel und verdeutlicht, dass es sich bei der Gewerkschaft keineswegs um eine rein anti-kommunistische Massenbewegung handelte, die lediglich von ›katholisch-nationalen Zielen‹ oder dem ›Wunsch nach Marktwirtschaft und Demokratie‹ getrieben war.¹³ Vielmehr

9 Modzelewski, Karol: Gesellschaftspsychologie einer Revolution. Die *Solidarność* als Massenbewegung, ihre Niederlage während des Kriegsrechts, und wie ihr Mythos als Deckmantel für die Transformationsprozesse in Polen genutzt wurde. Wien/Köln/Weimar, S. 20f.

10 Porter-Szűcs: Poland, S. 299.

11 Sowa, Jan: *Inna Rzeczpospolita jest możliwa! Widma przeszłości, wizje przyszłości*. Warszawa 2015, S. 177. »Solidarność: była największym sukcesem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej i kurującej ją Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej.«

12 Ebd.

13 Die historische Darstellung der *Solidarność* ist bis zum heutigen Tag Gegenstand großer geschichtspolitischer Auseinandersetzungen in Polen. Dabei wird die Gewerkschaft von liberaler Seite gern zum Vorläufer des demokratischen und marktwirtschaftlichen Polens (v)erklärt, während von national-katholischer Seite vor allem »der Kampf um Unabhängigkeit« betont wird. Auch aus der bereits diskutierten linken Perspektive bieten sich Anknüpfungspunkte für Überlegungen zu einem »Sozialismus von unten«. Vgl. dazu: Peters, Florian: Streitgeschichte, die nicht vergeht. 40 Jahre *Solidarność*, in: Zeitgeschichte-online. URL: <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/streitgeschichte-die-nicht-vergeht> [Abgerufen: 28.09.2023].

teilten die meisten Mitglieder die Hoffnung auf eine Reform des Staates, der dabei weiterhin auf einer ›Vorherrschaft der Arbeiterklasse‹ beruhen würde.¹⁴

Im Laufe des Jahres 1981 diskutierte die Gewerkschaft zunehmend weiterreichende politische Forderungen. Reagierte die Führung der PZPR darauf zunächst zurückhaltend, so änderte sich dies in der zweiten Jahreshälfte, als die Partei eine zunehmend härtere Linie vertrat.¹⁵ Den vorläufigen Endpunkt dieser Entwicklung stellte die Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1981 dar. General Wojciech Jaruzelski, der im Oktober 1981 Parteichef geworden war, übernahm mit Unterstützung des Militärs und der Sicherheitsorgane die Macht in Polen und verhängte das Kriegsrecht. Die Betriebe wurden unter die Leitung von Offizieren als Vertreter des neu gebildeten Militärrats der Nationalen Rettung (Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego, WRON) gestellt, die Solidarność verboten und zahlreiche ihrer Anführer:innen interniert.¹⁶

Die Hintergründe dieses gewaltsamen Vorgehens sind bis heute sowohl in der polnischen Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft umstritten.¹⁷ Einige Wissenschaftler:innen betonen, dass andere Staaten des Warschauer Pakts – vor allem die DDR – bereits seit Längerem auf eine Intervention des Militärbündnisses in Polen gedrängt hatten.¹⁸ Der Historiker Włodzimierz Borodziej argumentiert zudem, dass bereits Ende 1980 alles für eine Intervention des Warschauer Pakts in Polen vorbereitet gewesen sei und Moskau sich erst in letzter Minute von derartigen Plänen verabschiedet habe. Nichtsdestoweniger habe sich im Laufe des Jahres 1981 der Druck seitens der Sowjetunion, entschieden gegen die Opposition vorzugehen, weiter verschärft.¹⁹ Jaruzelski selbst verteidigte bis zu seinem Tod 2014 die Verhängung des Kriegsrechts mit der Begründung, er habe damit lediglich einer Intervention des Warschauer Pakts zuvorkommen wollen.²⁰

Inwiefern tatsächlich eine Intervention drohte bzw. die Frage, »what Jaruzelski *believed* the Soviets would do«, wird niemals endgültig zu klären sein.²¹ Einerseits sind auch 40 Jahre später in den (verfügbaren) Quellen keine Belege für Interventionspläne der Sowjetunion zu finden.²² Hinzu kommt, dass die Rote Armee vorrangig mit dem Krieg in Afghanistan beschäftigt war. Andererseits zeigen die Quellen, dass auch die USA eine In-

14 Peters: Schocktherapie, S. 19.

15 Porter-Szűcs: Poland, S. 300f.

16 Eisler, Jerzy: »The Polish Months«. Communist-ruled Poland in Crisis. Warszawa 2019, S. 179.

17 2014 bewerteten 46 % der befragten Pol:innen die Einführung des Kriegsrechts als »richtig« oder »eher richtig« im Gegensatz zu den 32 % mit ablehnender Meinung (Rest: »schwer zu sagen«). Centrum Badania Opinii Społecznej: Polacy o Wojciechu Jaruzelskim Warszawa, NR 92/2014, S. 5.

18 Oldenburg, Fred: Die DDR und die polnische Krise, in: *Osteuropa* Vol. 32 (12/1982), S. 1004–1011, hier: S. 1007.

19 Borodziej: Geschichte Polens, S. 364f.

20 Kogelfranz, Siegfried/Lorenz-Meyer, Lorenz/Rybak, Andrzej: Interview mit Wojciech Jaruzelski vom 11.05.1992, in: *Der Spiegel* Vol. 46 (20/1992).

21 Porter-Szűcs: Poland, S. 305.

22 Vgl. Hey, Patrizia: Die sowjetische Polenpolitik Anfang der 1980er Jahre und die Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen: Tatsächliche sowjetische Bedrohung oder erfolgreicher Bluff? Berlin 2010.

tervention zumindest für möglich hielt.²³ In amerikanischen Geheimdienstberichten ist ferner zu lesen, dass die Sowjetunion im Laufe des Jahres 1981 immer stärker auf ein rigideres Vorgehen der polnischen Kommunist:innen drängte.²⁴ Letztlich spricht aus meiner Sicht vieles dafür, dass Jaruzelski zum einen tatsächlich unter erheblichem Druck vonseiten der Sowjetunion stand und möglicherweise auch eine Intervention fürchtete, zum anderen lag ihm viel daran, die eigene Macht bzw. die der PZPR zu sichern und auszubauen, indem er die *Solidarność* verbot. Beides steht in keinerlei Widerspruch, wie Jerzy Eisler konstatiert:

»Yet regardless of whether in December 1981 Gen. Jaruzelski knew Soviet plans for Poland or not, the fact remains that the chief beneficiaries of martial law were the Kremlin men [in Poland].«²⁵

Unumstritten sind die direkten Folgen des Kriegsrechts: Ungefähr 10.000 Menschen wurden ohne faire Gerichtsverfahren interniert (oder seltener inhaftiert), die *Solidarność* wurde verboten und viele ihrer Mitglieder verloren ihren Arbeitsplatz.²⁶ Insgesamt fielen dem zweijährigen Kriegsrecht 56 Menschenleben zum Opfer; weitere Personen aus dem Umfeld der Opposition kamen unter ungeklärten Umständen ums Leben. Zugleich lief die Niederschlagung im Vergleich mit anderen Militärputschen o. Ä. ohne »allzu großes« Blutvergießen ab; im Übrigen auch im Gegensatz zur Machtübernahme Piłsudskis 1926 mit 594 Toten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die *Solidarność* in Zurückhaltung übte, die Kirche zur Ruhe aufrief, aber auch Jaruzelski vor einem »Übermaß an Gewalt« zurückschreckte.²⁷

Die ökonomischen Probleme vermochte das Regime indes nicht zu lösen. Weder vorsichtige Privatisierungen kleiner Industriebetriebe noch ein Subventionsabbau für Lebensmittel verbesserten die Situation nachhaltig.²⁸ Erschwerend kam hinzu, dass die USA und Großbritannien (aufgrund der Verhängung des Kriegsrechts) wirtschaftliche Sanktionen gegen Polen verfügt hatten.²⁹ Im Ergebnis ging das Nationaleinkommen zwischen 1980 und 1982 um rund 20 % zurück, nachdem es bereits ab 1978 im Fall begriffen war.³⁰ Die Folge waren hohe Defizite im Staatshaushalt, eine hohe Inflation und ab 1981 eine Rationierung von Lebensmitteln.³¹ Zwar gab es offiziell keine Arbeitslosigkeit, doch kommen Schätzungen für die Jahre 1981/82 auf rund 29 % verdeckte

23 Document No. 40: CIA Alert Memorandum, »Poland«, 3. April 1981, in: Andrzej Paczkowski/Malcolm Byrne (Hg.): *From Solidarity to Martial Law. The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History*. Budapest/New York 2007, S. 245.

24 Dylan, Huw/Gioe, David V./Goodman, Michael: *The CIA and the Pursuit of Security. History, Documents and Contexts*. Edinburgh 2020, S. 228.

25 Eisler: *Months*, S. 214.

26 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 368f.

27 Porter-Szűcs: *Poland*, S. 303.

28 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 368f.

29 Reagan, Ronald: *Address to the Nation About Christmas and the Situation in Poland*. Washington, D.C. 1981. Die Bundesrepublik verzichtete hingegen auf Sanktionen.

30 Główny Urząd Statystyczny: *Mały Rocznik Statystyczny 1990*. Warszawa 1990, S. 318f.

31 Kaliński, Janusz: *Kryzys gospodarczy w latach 1979–1982 zwiastunem upadku PRL*, in: *Optimum: Studia ekonomiczne* Vol. 101 (1/2021), S. 3–23, hier: S. 13f.

Arbeitslosigkeit, d. h. ein großer Teil der Arbeitskraft wäre für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsleistung »nicht nötig« gewesen.³²

Diese als politische und ökonomische Krise³³ wahrgenommene Zeit zeichnete sich durch einige Spezifika aus. Seit den Anfängen der Volksrepublik trat die kommunistische Führung erstmals umfangreich mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren in Dialog. Vor allem die Solidarność und die katholische Kirche gewannen in der Folge an Einfluss. Beide Gruppen waren keinesfalls homogen, sondern teilten sich in verschiedene Flügel auf. Dies galt auch für den sozialistischen Staatsapparat, was sich nicht zuletzt in der Tatsache widerspiegelt, dass – Schätzungen von Włodzimierz Borodziej zufolge – ca. eine Million Menschen sowohl Mitglied in der PZPR als auch in der Solidarność waren und selbst 20 % der Mitglieder des ZKs der PZPR zugleich der Gewerkschaft angehörten.³⁴ In einem Gespräch Erich Honeckers mit Leonid Il'ič Brežnev spricht ersterer sogar davon, dass 40 % aller Mitglieder und Kandidat:innen für das ZK in der Solidarność seien.³⁵ Auch wenn Honecker tendenziell übertrieb, da er Brežnev zu resoluterem Vorgehen drängen wollte, zeigt sich doch, dass die dichotome Vorstellung von einem Regime auf der einen und »der Gesellschaft« – repräsentiert von der Solidarność – auf der anderen Seite entschieden zu einfach ist. Beide Seiten überlappten sich in Teilen, waren keineswegs einheitlich, und schließlich gab es noch einen bedeutenden Teil der Bevölkerung, der sich weder dem einen noch dem anderen Lager zuordnen ließ.³⁶

Im Rahmen dieser Arbeit ist daher von Interesse, welche Auswirkungen diese Machtkonstellation auf die Vergeschlechtlichung von Arbeit hatte. Im Folgenden argumentiere ich, dass alle der genannten Akteure eine traditionalistische Vorstellung von Geschlechterrollen hatten, die sich insbesondere in der Krise ab 1979/80 in einer zunehmend konservativen Geschlechterpolitik niederschlug, die sich wiederum negativ auf die Stellung von Frauen im Bereich der Erwerbsarbeit auswirkte.

3.1 Die »natürliche« Rolle der Frau soll gestärkt werden – Geschlechternarrative und Debatten in der PZPR 1980/81

Im Folgenden untersuche ich Veröffentlichungen und Statements verschiedener Parteigliederungen und Ministerien ab Ende der 1970er Jahre daraufhin, welche Geschlechter-

32 Terteka, Tomasz: Propozycje pomocy socjalnej dla bezrobotnych w programach opozycji demokratycznej w latach 1979 – 1989 roku, in: *Białostockie Teki Historyczne* Vol. 6 (2008), S. 217–227, hier: S. 218.

33 »Krise« wird hier als Quellenbegriff verwendet. Wichtig ist dabei zu betonen, dass eine Krise zunächst immer etwas von Menschen konstruiertes ist; sei es von Zeitgenoss:innen oder Historiker:innen. Es bedarf also Akteuren, die von einer Krise sprechen und den Begriff einbringen, sowie anderen Akteuren, die ihn aufnehmen und verwenden. Meist ist mit seiner Verwendung eine politische Intention verbunden, die bestimmte Handlungen als Krisenlösungen anbietet.

34 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 364.

35 Andrzej Paczkowski/Malcolm Byrne (Hg.): *From Solidarity to Martial Law: The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History*. Budapest/New York 2007, S. 332.

36 Porter-Szűcs: *Poland*, S. 286.

rollen – insbesondere in Bezug auf Arbeit – vonseiten der PZPR bzw. vor allem seitens des Zentralkomitees der Partei propagiert wurden und welche Funktion diese erfüllten.

Der Quellenkorpus ist dabei recht heterogen und reicht von Protokollen zu Konferenzen, die auf Einladung der polnischen Staatsführung zu Themen wie Familie usw. stattfanden, über Debatten innerhalb der *Liga Kobiet*, bis hin zu Grußworten von Vertretern³⁷ des ZKs der PZPR. Dabei ist jeweils die Relevanz des entsprechenden Dokuments zu diskutieren. Ein öffentliches Statement von Jaruzelski zu geschlechterpolitischen Fragen lässt mehr Schlüsse über den von der Staatsführung vertretenen Kurs zu als etwa eine interne Äußerung einer unbekannten Person aus dem Arbeitsministerium zum Thema Kinderbetreuung. Zugleich sind solche Äußerungen nicht weniger aufschlussreich, zeigen sie doch abseits offizieller Propaganda, in welchen Kontexten wie über Geschlecht gesprochen wurde, d. h. wie beispielsweise bestimmte Geschlechternarrative in Bezug auf Kinderbetreuung konstruiert wurden.³⁸ Der Gesamtkorpus zeigt schließlich, was auf der politischen Entscheidungsebene – repräsentiert durch die PZPR – als Geschlechternormen konstruiert wurde und wie sich diese auf die Verteilung von Arbeit auswirkten.³⁹ Auf dieser Analyse aufbauend werde ich untersuchen, wie und ob sich diese Normen in der Geschlechterpolitik der Volksrepublik und schließlich auch sozial reproduzierten.⁴⁰

Zunächst ist festzuhalten, dass die geschlechterpolitischen Vorstellungen der polnischen Kommunist:innen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre von einer großen Ambivalenz geprägt waren. Dabei gilt, was Małgorzata Fidelis bereits für die ersten beiden Jahrzehnte der Volksrepublik herausgearbeitet hat. Die polnischen Kommunist:innen vertraten offiziell das Ideal der Emanzipation der Frau im Zuge des sozialistischen Modernisierungsprojekts. Die Antwort auf die Frage, was Emanzipation bedeute, unterlag allerdings einem Wandel hin zu ›traditionalistischeren‹ Vorstellungen. Einig waren sich die Funktionär:innen über den gesamten Zeitraum nur in ihrer bewussten Zurückweisung eines sowjetischen Geschlechtermodells, wie es z. B. in den 1920er Jahren von Aleksandra Kollontaj vertreten worden war.⁴¹ Deren Überlegungen zur Auflösung der Kleinfamilie als ›bürgerlichem Relikt‹ oder einer völligen Vergemeinschaftung von Care-Arbeit waren in der Volksrepublik im wörtlichen Sinne undenkbar. Vielmehr definierten die polnischen Kommunist:innen Geschlechtergerechtigkeit primär als gleichen Zugang zu bezahlter Arbeit für Frauen und Männer. Geschlechtergleichheit im Sinne einer völligen Gleichbehandlung der Geschlechter war – wie ich im Folgenden zeigen werde – nie das Ziel volksrepublikanischer Politik, auch wenn die Verfassung der Volksrepublik genau das seit 1952 postulierte.⁴² Hinzu kam, dass die daraus entspringenden politischen

37 1981 wurde erstmals eine Frau in das ZK der PZPR aufgenommen.

38 Vgl. dazu Jarska: *Kobiety w języku partii*.

39 Vgl. dazu Lorey, Isabell: »Das Gefüge der Macht«, in: Brigitte Bargetz/Gundula Ludwig/Birgit Sauer (Hg.): *Gouvernementalität und Geschlecht: Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault*. Frankfurt a. M. 2015, S. 31–61, hier: S. 34f.

40 Jarska: *Kobiety w języku partii*, S. 242.

41 Fidelis: *Women*, S. 55; vgl. Kollontaj, Aleksandra: *Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung*. 14 Vorlesungen. Frankfurt a. M. 1977.

42 Dz.U. 1924 nr 33 poz. 232: *Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej*. – Dz.U. 1924 nr 65 poz. 636: *Ustawa z dnia 2 lipca 1924 r. w przedmiocie pracy młodocianych i kobiet*.

Maßnahmen zur ›Emanzipation der Frau‹ nicht konsequent umgesetzt wurden, sondern vielmehr als *trial-and-error*-Ansatz bezeichnet werden können.⁴³

Eine Konferenz zu den Themen Familie und Sozialpolitik in der Volksrepublik, die Mitte Mai 1981 abgehalten wurde, ermöglicht eine erste Annäherung an die Bandbreite der gängigen Geschlechternarrative innerhalb der politischen Führung in den 1980er Jahren.⁴⁴ Diese Konferenz war vom Zentralkomitee einberufen worden und versammelte 135 führende Expert:innen zu den Themen Familie, Bevölkerungs- und Sozialpolitik. Ihre Aufgabe war es, im Auftrag des Staates politische Maßnahmen für diese Bereiche zu entwickeln. Diese sollten anschließend im Verlauf der 1980er Jahre implementiert werden. In der Eröffnungsrede sprach Jerzy Ozdowski als Vizepremier des Ministerrates in Vertretung des Vorsitzenden General Jaruzelski. Seine Ausführungen sind als offizielle Position der obersten Staatsführung zu lesen und geben zugleich den Rahmen der Debatte vor.

Zu Beginn spricht Ozdowski über die Grundlagen des sozialistischen Staates, an denen sich die Sozialpolitik ausrichten müsse: »Dieses Fundament ist das Familienleben, das Leben einer polnischen Familie, einer gesunden, moralischen, patriotisch gesinnten Familie.«⁴⁵ Mit diesem Statement schreibt sich Ozdowski und damit die PZPR in einen nationalpatriotischen Diskurs ein und suggeriert zugleich, dass die PZPR Garantin der polnischen Nation – verkörpert durch die Familie – sei. Damit wird bereits deutlich, was ich im Folgenden anhand verschiedener Beispiele und Argumente zeigen werde: Geschlechterrollen wurden von der PZPR in den 1980er Jahren immer in Relation zur polnischen Nation gesetzt bzw. im Rahmen nationaler Imaginationen konstruiert.

Vor allem mit der ›Familiarisierung‹ im Dienste der Nation ging eine Essentialisierung von Frauen und ihrer Rolle in der Gesellschaft einher. Frauen wurden weitgehend mit Müttern synonym gesetzt, ihre Identität als Mutter und Care-Arbeiterin innerhalb der Familie wurde zur Norm. Dementsprechend war der Maßstab, an dem sich die Politik auszurichten hatte, diese vermeintlich natürliche Rolle der Frau. Dies spiegelt sich auch in folgendem Zitat aus dem Grußwort des ZKs anlässlich des 7. Nationalen Kongresses der *Liga Kobiet* – deren Rolle ich noch gesondert diskutieren werde – im Jahr 1979 wider:

»Unser Ziel ist es, die manchmal natürlichen Widersprüche zwischen den Funktionen der Frau als Arbeitnehmerin und der Frau als Ehefrau und Mutter, als Schöpferin des Heims, diesem traditionell großen Wert unserer Gesellschaft, zu mildern und nach Möglichkeit zu beseitigen; ein Wert, dessen Bedeutung wir stärken und entwickeln wollen.«⁴⁶

43 Fidelis: Women, S. 55.

44 Rada do spraw Rodziny przy Radzie Ministrów: Konferencja Naukowa »Rodzina i polityka społeczna na rzecz rodziny w PRL« – informacje. 1981, AAN: Sig. 2/1938/0/1/1/82.

45 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, hier: S. 6 »Fundamentem tym jest życie rodzinne, życie polskiej rodziny, zdrowej, moralnej, patriotycznie myślącej.«

46 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki: VII Krajowy Zjazd LK. Informacje, notatki, tekst wystąpień 1979, 1981, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL45, S. 6. »Naszym celem jest łagodzenie, a tam, gdzie to możliwe – likwidacja naturalnych niekiedy sprzeczności między funkcjami kobiety-pracownicy, a kobiety-żony

Hier zeigt sich, dass Frauen aus Sicht der politischen Führung zwar weiterhin verschiedene (Arbeits)Rollen einnehmen konnten, aber nur, solange sie dabei auch die mütterliche innehatten. Reproduktive Care-Arbeit stand nicht zur Disposition. Aufschlussreich ist zudem, dass explizit von den »Funktionen der Frauen« (*funkcje kobiet*) die Rede ist und nicht etwa von den Wünschen, Zielen usw. »der Frauen«, die hier als monolithische Gruppe mit homogenen Interessen konstruiert und in den Dienst der Nation gestellt werden. Ein wenig subtiles Beispiel für diese Praxis ist auch der außerordentliche Kongress der *Liga Kobiet* vom 28. und 29. November 1981. Dort wurde zum einen die Umbenennung in *Liga Kobiet Polskich* beschlossen, um sich ein stärker patriotisches Image zu geben; zum anderen wurde ein direkter Appell an die polnischen Frauen verabschiedet, Streiks und Proteste zu beenden, um für Ruhe, Ordnung und Disziplin zu sorgen. Begründet wird dies damit, dass die Proteste im Alltag eine Qual darstellten und vor allem Kinder vor Unordnung und Unsicherheit bewahrt werden müssten.⁴⁷ Weiter heißt es: »Deshalb bitten wir Sie, in Ihren Familien die edelsten Traditionen unserer Nation zu pflegen, die Liebe zum Vaterland, das Gefühl für die Würde und Ehre eines Polen.«⁴⁸

Frauen werden hier als *Matka Polka* angesprochen, d. h. in ihrer Rolle als Mutter und in ihrer moralischen Verantwortung für die polnische Nation. Erneut zeigen sich die Bemühungen der PZPR, sich explizit in den nationalkatholischen Diskurs einzuschreiben und ihn zugleich als Herrschaftsinstrument in als Krisen wahrgenommenen Zeiten zu nutzen. Es ist zudem zu vermuten, dass hier bereits ein Argumentationsstrang für die Verhängung des Kriegsrechts zwei Wochen später vorbereitet wurde. Im Gegensatz dazu wurden Männer vonseiten der PZPR nicht explizit in ihrer Verantwortung für die polnische Nation angesprochen.

Es finden sich viele Äußerungen aus verschiedenen Partei- und Ministeriumsabteilungen, die eine Identität von Frauen außerhalb der Mutterrolle gänzlich ablehnen. Dies wird mit unterschiedlichen Argumenten begründet, wobei auffällt, dass in fast allen Reden und Statements die Bedeutung der *Matka Polka* für die kulturelle Existenz der polnischen Nation hervorgehoben wird. Ein weiteres Beispiel findet sich im offiziellen Statement der PZPR zur Rolle der Frau, das im Vorfeld eines Treffens von Parteivertreter:innen mit der *Liga Kobiet* im Sommer 1981 verfasst wurde. Dieses schließt mit dem Hinweis, dass es eine lange Tradition in der Gesellschaft gebe, der Familie und der Frau mit Respekt und sogar Ehrfurcht zu begegnen. Als Grund wird die Kindserziehung – selbstverständlich durch Frauen – genannt, welche die wichtigste Aufgabe der Nation darstelle. Hier zeigt sich noch einmal deutlich, dass Aspekte wie der Beitrag von Frauen zum Gelingen des Sozialismus in politischer oder ökonomischer Hinsicht – oder gar ihre eigenen Wünsche – in den Hintergrund rücken bzw. gar nicht erst angesprochen wer-

i matki, twórczyni domowego ogniska, tej tradycyjnie wielkiej wartości naszego społeczeństwa; wartości, której znaczenie chcemy umacniać i rozwijać.«

47 VIII Nadzwyczajny Zjazd Krajowy LK, ZGKL/70/81, in: Polska Zjednoczona Partia Robotnicza: Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Społeczno-Zawodowy. LKP 1982, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XLI199.

48 Ebd. »Dlatego też zwracamy się do Was, abyście prosimy pielegnowały w Waszych rodzinach najszlachetniejsze tradycje naszego narodu, miłość do Ojczyzny, poczucie godności i honoru Polaka [...]«

den.⁴⁹ Diese Aufwertung häuslicher Identitäten von Frauen, d. h. vor allem ihrer Rolle als Care-Arbeiterinnen im Kontext ihrer erneuten Einbettung in nationale Phantasmen hatte noch eine weitere Komponente: die Betonung der Opferbereitschaft von Frauen, ebenfalls in der Tradition des *Matka Polka*-Mythos.⁵⁰ Natalia Jarskas Analyse von Parteidokumenten zeigt, dass die Fähigkeit, »Opfer zu bringen«, die vonseiten der PZPR am häufigsten mit Frauen assoziierte Eigenschaft gewesen sei. Zudem habe die Partei bereits seit den 1970er Jahren immer häufiger von der *Matka Polka* gesprochen. Wurde dieses Symbol also auch zuvor von der PZPR bemüht, so potenzierte sich seine Anwendung in den 1980er Jahren.⁵¹ In semantischer Hinsicht zeigt sich hier, wie sich die politischen Schlagworte in der Volksrepublik ab Mitte der 1970er Jahre insgesamt veränderten. Statt von der »Diktatur des Proletariats«, »Klasse« und »Sozialismus« war nun die Rede vom »Vaterland«, der »Nation« und der »Gesellschaft«.⁵² Sinnbildlich dafür steht auch ein Treffen führender Parteimitglieder mit Müttern vom 26. Mai 1980. Allein die Tatsache, dass ein solches Treffen stattfand, lässt tief blicken. Die von den eingeladenen Müttern vorgeschlagenen (aber nicht zufällig ausgewählten) Themen enthielten neben der Betonung der mütterlichen (Selbst)Aufgabe in der Erziehung u. a. auch: »Die Rolle der Mütter bei der patriotischen Erziehung ihrer Kinder, die Haltung der Mütter im Kampf um die Aufrechterhaltung des Polentums in den Gebieten, die Teil des Dritten Reichs waren.«⁵³

Nach der Verhängung des Kriegsrechts verstärkte die PZPR ihre Versuche, sich in den nationalpatriotischen Diskurs einzuschreiben. Dies zeigt sich nicht nur in den Äußerungen der Partei, sondern auch eindrücklich an der Gründung des Zentrums für die Gesundheit der *Matka Polka* (Centrum Zdrowia Matki Polki) in Łódź. Padraic Kenney betont:

»The very name of the hospital was an example of the regime's attempt to ally itself with the nation – and its perception that women carried national identity – in ways before which the communists were especially vulnerable. A statue erected in front of the hospital, for example, shows a mother caressing and kissing an infant, in a pose strongly reminiscent of images of the Madonna common in Polish culture.«⁵⁴

Er sieht den Bau dieses Krankenhauses zudem als direkte Reaktion auf die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen Miliz und Opposition am 8. März 1982.⁵⁵

49 KC PZPR: VII Krawojoy Zjazd LK. AAN: 2/1354/O/2.4.1/XL45, hier: S. 6f.

50 Stegmann: Aufwertung, S. 542f.

51 Jarska: Kobiety w języku partii, S. 250f.

52 Zaremba: Herrschaftslegitimation, S. 384.

53 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet centralny w Warszawie. Wydział organizacji społecznych: Obchody Dnia Matki. Spotkanie matek z kierownictwem Partii. Program, wykazy, notatki. 1980, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.1/XL82, hier: »Rola matek w patriotycznym wychowaniu dzieci, postawy matek w walce o utrzymanie polskości na ziemiach będących w granicach III Rzeszy.«

54 Kenney, Padraic: The Gender of Resistance in Communist Poland, in: *American Historical Review* Vol. 104 (2/1999), S. 399–425, hier: S. 423.

55 Ebd., S. 422.

»The hospital and Polish motherhood were symbols both of life and of its sacrifice in the national struggle. That national struggle, in turn, was one for the communist state, concluded the proclamation: »People's Poland is the mother of the whole nation.«⁵⁶

Die PZPR (bzw. der WRON) versuchte hier also das Kriegerrecht und die Zerschlagung der *Solidarność* in den Kontext national-matryologischer Erzählungen zu stellen. Sie selbst sollte in dieser Erzählung die Rolle der Bewahrerin Polens spielen, indem sie deren Repräsentantin, die *Matka Polka* schützte. Dies scheint teilweise funktioniert zu haben. Meine Interviewpartnerin Karolina Przybylska⁵⁷ hob im Kontext eines Gesprächs über die Rolle von Frauen in der Volksrepublik Polen hervor: »Es gibt ein gynäkologisches Krankenhaus in Łódź und ich glaube, das Kinderkrankenhaus heißt... *Matka Polka*, richtig. Sozusagen für die historischen Verdienste der Frauen in Polen.«⁵⁸

Mit dem nationalpatriotischen Diskurs eng verbunden sind demografische Überlegungen. Damit ist vor allem die Sorge der PZPR gemeint, dass die sinkende Geburtenrate in der Volksrepublik zu einer Gefahr für den polnischen Staat werden könne. Dies zeigt sich etwa in dem Bestreben, »dieser Gefahr« ebenfalls mit einer veränderten Frauen- und Familienpolitik zu begegnen. Aufschlussreich ist diesbezüglich die bereits erwähnte Konferenz zu den Themen Familie und Sozialpolitik in der Volksrepublik von 1981. Das dort formulierte demografische Ziel lautete: »Die Aufrechterhaltung einer Geburtenrate, die zumindest einen einfachen Generationenwechsel gewährleistet, zu den Kategorien der wichtigen strategischen Ziele für die Entwicklung des Landes zu zählen.«⁵⁹ Damit dies gelinge, wurde gefordert: »Die demografischen strategischen Ziele bei der Ausarbeitung der nächsten sozioökonomischen Entwicklungspläne als Priorität in die sozioökonomische Politik des Landes aufzunehmen.«⁶⁰ Zu diesem Zweck wurde vonseiten der Konferenzteilnehmer:innen wiederum ein verstärkter Gesundheitsschutz für Frauen gefordert. Als konkrete Maßnahmen werden hier eine engmaschigere Betreuung und Überwachung von Schwangeren sowie geschützte Frauenarbeitsplätze vorgeschlagen,⁶¹ zudem das Ende der Nacharbeit von Frauen.⁶² Auffällig ist hier erneut, dass es nicht nur um den Schutz schwangerer Personen geht, sondern generell von Frauen. Selbst das gesetzlich verankerte Recht auf Schwangerschaftsabbruch wird im Zuge dieser Konferenz in Frage gestellt, da ein solcher Eingriff die Fruchtbarkeit schädigen, d. h. die Zahl der potenziell zu erwartenden Kinder senken könne. Zwar bestand hier keine Einigkeit, doch

56 Ebd., S. 424.

57 Pseudonym.

58 Interview mit Karolina Przybylska. Frankfurt (Oder) (20.6.2023), S. 11. »W Łodzi jest szpital ginekologiczny i chyba pediatryczny, nazywa się... Matka Polka, prawda. To, to tak właśnie jakby za zasługi dziejowe dla kobiet w Polsce.«

59 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 79. »Zaliczyć utrzymanie dzieciności gwarantującej co najmniej prostą zastępowalność pokoleń do kategorii ważnych celów strategicznych rozwoju kraju.«

60 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 79. »Uwzględnić jako priorytetowe w polityce społeczno-ekonomicznej kraju demograficzne cele strategiczne przy formułowaniu kolejnych planów rozwoju społeczno-gospodarczego.«

61 Ebd., S. 80.

62 Ebd., S. 83.

einigte sich die Konferenz darauf, dass das geltende Recht auf Schwangerschaftsabbruch »etwas zu liberal« sei.⁶³ Bereits 1978 hatte die PZPR gefordert, die bisherigen Regeln zum Schwangerschaftsabbruch strenger anzuwenden. Konkret bedeutete das, privaten Praxen Schwangerschaftsabbrüche zu verbieten. Begründet wurde die Forderung mit dem Rückgang der Geburtenziffer.⁶⁴ Es kommt hier zu einer zunächst diskursiven Ausweitung der Kontrolle des Staates über den weiblichen Körper: Frauen sollten zur »demographischen und ökonomischen Stärkung« der Nation mehr Kinder bekommen.⁶⁵ Diesbezüglich wäre auch eine Untersuchung der Frage lohnend, ob sich dieser Diskurs bereits auf die Bereitschaft und Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch in der Volksrepublik auswirkte. Es gibt dazu allerdings bisher keine mir bekannte Forschung. Festzuhalten bleibt, dass die Volksrepublik die niedrigste Rate an Schwangerschaftsabbrüchen in allen Staaten des sogenannten Warschauer Pakts vorwies; so lag sie bei ca. einem Fünftel der Quote in den baltischen Staaten und der Sowjetunion.⁶⁶

Es wird deutlich, dass die Expert:innen Frauen auch hier primär als Mütter konstruierten, deren reproduktive Rolle hervorgehoben und unterstützt werden sollte. Dafür werden Einschränkungen beim Recht auf Schwangerschaftsabbruch sowie der freien Arbeitsplatzwahl in Kauf genommen bzw. begrüßt – wie etwa die Tatsache, dass das o. g. Nachtarbeitsverbot bis zu 200.000 Frauen arbeitslos machen würde.⁶⁷ Es zeigt sich erneut, dass Care-Arbeit gegenüber der Erwerbsarbeit von Frauen für die Partei Priorität hatte.

Schließlich möchte ich noch eine weitere, sehr ähnliche Argumentationslinie diskutieren, die von der Abteilung zum Schutz des Familienrechts und der Beziehung zwischen Staat und Familie (Ochrona Prawa Rodziny i Relacji Rodzina-Państwo) des ZKS der PZPR angeführt wurde. Dort wird zunächst ebenfalls die reproduktive Funktion der Familie hervorgehoben und für schützenswert erklärt; »natürliche Prozesse« wie Ehe und Geburt sollten gefördert werden.⁶⁸ Hintergrund ist hier die Sorge vor einer steigenden Scheidungsrate und der diesbezüglichen Auswirkungen auf die Erziehung und generell die Geburtenrate.⁶⁹ Es verwundert (leider) nicht, dass vor diesem Hintergrund auch häusliche Gewalt gegen Partner:innen bagatellisiert wird. Diese sei »weniger schwerwiegend« (und damit staatlicherseits weniger sanktionsbedürftig) als Gewalt gegen Kinder oder die eigenen Eltern, da diese Art der Gewalt weniger »die Funktion der Familie«, d. h.

63 Ebd., S. 86.

64 Zok, Michael: Wider die »angeborene und nationale Mission der Frau«? Gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Abtreibungen in Polen seit der Entstalinisierung, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* (ZFO) Vol. 68 (2/2019), S. 249–278, hier: S. 266.

65 Lorey: Macht, S. 59.

66 Lišková, Kateřina/Holubec, Stanislav: Women between the public and private spheres, in: Włodzimierz Borodziej/Stanišlav Holubec/Joachim von Puttkamer (Hg.): *The Routledge History Handbook of Central and Eastern Europe in the Twentieth Century*. London 2020, S. 183–234, hier: S. 219.

67 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 69.

68 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie: *Działalność Rady ds. Rodziny. Informacje i opracowania* Min. Pracy, Płac i Spraw Socjalnych nadesłane do Wydziału. 1980/81, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPISS: Ochrona Prawa Rodziny i Relacji Rodzina – Państwo, S. 1.

69 Ebd., S. 15.

die biologische Reproduktion, gefährde als andere Formen. In diesem Kontext geht es explizit um die staatsstabilisierende Nutzbarmachung der Familie und nicht um die Frage, was den jeweiligen Individuen/Ehepartner:innen von Vorteil wäre.⁷⁰ Was hier auffällt, ist, wie gesellschafts- und zugleich geschlechterpolitische Themen wie »Scheidung« nur noch unter vermeintlich höhere Ziele wie die Geburtenrate untergeordnet werden. Zudem ist erstaunlich, wie in der vermeintlich sozialistischen Volksrepublik Debatten aufkommen, die ganz ähnlich bereits in der Zwischenkriegszeit (gerade bezüglich der Frage von Scheidungen) geführt wurden.

Die Forderung, die Politik am Maßstab der Demografie auszurichten, ging demgegenüber noch weiter. So sollte die Politik auch sicherstellen, dass Frauen wie Männern das Recht auf Heirat und Kinder gewährt würde und damit zumindest die Reproduktion der Bevölkerung auf dem Niveau des einfachen Generationenwechsels gewährleistet sei.⁷¹ Sogar Bildungseinrichtungen sollten dem demografischen Ziel dienen und Kinder in der Schule auf ihre elterliche Rolle vorbereiten. Ihnen sollte dort, so wörtlich, der »biologische Rhythmus der Fruchtbarkeit erklärt« werden.⁷² Aufschlussreich ist zudem, dass hier – im Kontext dieser pronatalistischen Bevölkerungspolitik – bereits gefordert wird, »das Kind ab der Empfängnis« zu schützen.⁷³ Diese Forderung nach einem Verbot bzw. einer Einschränkung des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen, die bereits seit Jahrzehnten vonseiten der katholischen Kirche vorgebracht wurde, fand zunehmend auch in Kreisen der PZPR Anklang.⁷⁴ Hier gewinnt eine Argumentationslinie deutlich an Einfluss, die das gesamte politische Spektrum bis zum heutigen Tag beschäftigten sollte und Schwangerschaftsabbruch zu *dem* geschlechterpolitischen Thema überhaupt macht.

Wurde von der genannten Abteilung zunächst geschlechterneutral vom »Recht auf Ehe« und der Bedeutung elterlicher Erziehung gesprochen, so wird die geschlechterpolitische Dimension bei den daraus abgeleiteten Forderungen schnell deutlich. Neben der »Bildungsarbeit« wurden als weitere Maßnahmen erneut die schrittweise Abschaffung der Nacharbeit von Frauen sowie die Einführung eines Rentenanspruchs für Mütter gefordert.⁷⁵ Es geht vor allem darum, Frauen auf ihre staatlicherseits geforderte Mutterrolle vorzubereiten. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass »Mutterschaft« immer ein abstraktes, idealisiertes Konzept bleibt, ähnlich der Ehe oder Familie. Mit ihr eng zusammenhängende und naheliegende Themen wie Sexualität oder die Geburt werden nicht verhandelt bzw. bleiben ein Tabu. Dies ist ebenfalls Teil des nationalkatholischen bzw. romantischen »Mutterschaftskonzepts«, in dem die PZPR verhaftet bleibt. Wesentliche Teile der Lebensrealitäten von Müttern werden ausgeblendet. Zusammenfassend zeigt sich, dass die Partei die sinkende Geburtenrate in Polen als Problem wahrnahm, auf das durch eine Stärkung der Mutterrolle reagiert werden sollte.⁷⁶ Dabei versuchte

70 Ebd., 5.

71 Ebd., hier: Ministerstwo PPiSS: Polityka Ludnościowa, S. 5.

72 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPiSS: Wnioski i postulaty szczegółowe dotyczące polityki ludnościowej, S. 3.

73 Ebd., hier: Ministerstwo PPiSS: Polityka Ludnościowa, S. 5.

74 Vgl. dazu: Zok: Abtreibung.

75 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPiSS: Wnioski i postulaty szczegółowe dotyczące polityki ludnościowej, S. 2.

76 Kraft: Paradoxien der Emanzipation, S. 390.

die Staatsführung, sich mit Lösungsvorschlägen zu profilieren.⁷⁷ So betonte die PZPR beispielsweise, dass das Verbot von Berufen, die für die weibliche Gesundheit und die gesellschaftlich-biologischen ›Pflichten‹ von Frauen eine Gefahr darstellten, eine der größten Leistungen des Sozialismus sei. Diese müssten ausgebaut werden, um den Gefahren für die weibliche Physis und Psyche zu begegnen, die deren Fruchtbarkeit gefährdeten.⁷⁸ Zwar hoffte die PZPR wohl tatsächlich, mit ihren Maßnahmen die Geburtenrate zu erhöhen, zugleich war diese Begründung vielfach vorgeschoben. So gilt weiterhin, was Małgorzata Fidelis bereits für die Entlassung von Frauen im Bergbau nach 1956 zeigen konnte. Einige (für Frauen) verbotene Berufe wie die Arbeit unter Tage waren deutlich stärker mechanisiert und ›leichter‹ als in anderen Bereichen der Schwer- oder Textilindustrie. Zudem erfolgte das Verbot gegen den Willen der Betroffenen.⁷⁹ Es diene also neben der Dienstbarmachung von Frauen für Care-Arbeit auch generell dazu, »to remove women from the workplace, and especially from jobs that challenged traditional gender hierarchies.«⁸⁰

Neu war im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik, dass ausschließlich die Mutterrolle – auch zu Lasten der Erwerbstätigkeit von Frauen – betont wurde. Statt auf Fortschritte der Volksrepublik bei der Einbeziehung von Frauen in den Erwerbsmarkt zu verweisen, rühmte sich der Staat nun mit der Bewahrung einer geschlechterspezifischen Arbeitsmarktsegregation. Die PZPR näherte sich damit stark den Vorstellungen der katholischen Kirche an.⁸¹

Schließlich zeigen die Quellen, dass die Argumentation für eine Rückkehr zu patriarchal geprägten Frauenbildern (die unterschwellig immer existierten) nicht allein dem Versuch geschuldet war, diese macht- oder bevölkerungspolitisch zu nutzen. Vielmehr waren Teile der sozialistischen Nomenklatur tatsächlich davon überzeugt, dass die bisherige Geschlechterpolitik für die Krise Anfang der 1980er Jahre verantwortlich sei.⁸² Dazu passt auch, dass Frauen innerhalb der PZPR zunehmend zur Fassade des emanzipatorischen Anspruchs des Staatssozialismus wurden, aber faktisch dezidiert weniger Einfluss als in den ersten Jahrzehnten der Volksrepublik hatten.⁸³ Besonders zeigte sich dies an der Argumentation des Rats für Familienangelegenheiten (Rada do Spraw Rodziny) innerhalb des Arbeitsministeriums. Dort heißt es, dass die politische und ökonomische Krise vor allem in Angriffen auf die Autonomie der Familie begründet sei, weshalb das bisherige Verhältnis von Staat und Familie in der Volksrepublik grundlegend und strukturell umgestaltet werden müsse. Die Familie solle den primären Fokus der Sozial-

77 Perkowski: Welfare, S. 476.

78 Dz.U. 1979 nr 4 poz. 18: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 19 stycznia 1979 r. w sprawie wykazu prac wzbronionych kobietom.

79 Fidelis: Women, S. 219f.

80 Ebd.

81 Zok, Michael: »To Maintain the Biological Substance of the Polish Nation«: Reproductive Rights as an Area of Conflict in Poland, in: *Hungarian Historical Review* Vol. 10 (2/2021), S. 357–381, hier: S. 367.

82 Tatsächlich zeigt sich hier eine starke Parallele zur politischen Rechten nach 1989/90.

83 Vgl. dazu: Jarska, Natalia/Perkowski, Piotr: Droga do władzy? Kobiety w PZPR 1948–1989, in: *Pamięć i Sprawiedliwość* Vol. 27 (1/2016), S. 231–246.

politik darstellen.⁸⁴ Auch in diesem Fall ist mit einer Stärkung der Familie vor allem die Stärkung der Mutterrolle gemeint. Mehr noch als die Argumente dieses Beratungsgremiums zeigt seine bloße Existenz eine deutliche Diskursverschiebung an. So war es erst kurz zuvor (gegen Ende der 1970er Jahre) gegründet worden, um auf die »demografische Krise« zu reagieren und die Regierung in Fragen der Demografie und Familienpolitik zu beraten. Seine Gründung war eine Reaktion darauf, dass die PZPR zunehmend davon überzeugt war, dass die Emanzipation der Frau eine Ursache der Krise ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sei.⁸⁵

Diese Forderungen nach einer stärkeren Aufteilung von Arbeit anhand von Geschlechtergrenzen auf politischer Ebene sollten keineswegs dort verbleiben. Vielmehr waren die staatlichen Medien dazu aufgerufen, sich an der Neujustierung der Geschlechterrollen zu beteiligen. So berichtet der Vorsitzende des Rundfunkausschusses Władysław Loranc an Henryk Białczyński, Unterstaatssekretär im Ministerium für Arbeit, Löhne und Soziales, darüber, was von Radio und Fernsehen im nächsten Jahr bezüglich der Aufgabe und Funktion von Frauen besprochen würde. Als erster Punkt sei das Thema »Kobieta w domu« mit folgenden Inhalten zu behandeln:

- »Vertiefung der Familienthematik unter Betonung der besonderen Rolle der Frau als Organisatorin des Familienlebens und Erzieherin.
- Kinderbetreuung, in diesem Zusammenhang Abwägung der Auswirkungen der jüngsten Entscheidungen zu Elternurlaub und Elterngeld.
- Diskussionen über die Änderung des Arbeitsgesetzes, die eine schrittweise Ausweitung des Mutterschaftsurlaubs vorsieht.«⁸⁶

Darauf folgt das Thema »Frauen bei der Arbeit« (Kobieta w pracy), wobei es ebenfalls mehr um die Belastungen durch die häuslichen Pflichten, den Zugang zum Mutterschaftsurlaub sowie um die Frage ging: »Inwieweit sollte eine Frau mit der Arbeit und inwieweit mit Haus und Familie beschäftigt sein.«⁸⁷ Zuletzt sei als dritter Punkt das Thema »Frau und Freizeit« (Kobieta a czas wolny) zu besprechen, was (auf entlarvende Weise) auf einer sehr allgemeinen Ebene geschieht. Als Ziel wird genannt, »Diskussionen und die Suche nach Lösungen [zu präsentieren], die es Frauen ermöglichen, je nach

84 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPiSS: Ochrona Prawa Rodziny i Relacji Rodzina – Państwo, S. 5f.

85 Zok, Michael: Gendered social policies in (post-)communist countries: The case of Poland, in: *Macedonian Journal of Social Policy* Vol. 15 (18/2022), S. 37–54, hier: S. 44.

86 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPiSS: [Bericht an] Wiceminister Pracy, Płac i Spraw Socjalnych Towarzysz Henryk Białczyński. »Rozwinięcie problematyki rodzinnej z ukazaniem szczególnej roli kobiety-organizatora życia rodzinnego i wychowawcy. / Opieka nad dzieckiem, w związku z tym rozważenie skutków ostatnich decyzji o urlopach i zasiłkach wychowawczych. / Dyskusje o nowelizacji Kodeksu Pracy, w którym przewiduje się stopniowe wydłużanie urlopów macierzyńskich.«

87 Ebd., hier: Ministerstwo PPiSS: [Bericht an] Wiceminister Pracy, Płac i Spraw Socjalnych Towarzysz Henryk Białczyński. »Na ile kobieta winna zajmować się pracą zawodową a na ile domem i rodziną.«

Art ihrer Arbeit, ihrer Wohnungssituation und ihrer Familie Zeit zur Entspannung zu finden.«⁸⁸

Auch an diesen medial zu behandelnden Themen wird deutlich, dass Frauen – und zwar nur Frauen – als Verfügungsmasse staatlicher Politik wahrgenommen und primär als Mütter und Care-Arbeiterinnen und nicht als gleichberechtigte und selbstbestimmte Subjekte konstruiert wurden. Ihnen war eine klar definierte Aufgabe zugeordnet, und zwar nichts Geringeres als die Erhaltung der polnischen Nation. Umgekehrt wurde kaum über die Rolle von Männern diskutiert. Von ihnen wurde erwartet, sich auf ihre »natürliche« Rolle als Hauptverdiener zu konzentrieren und – wenn überhaupt – nur ergänzend Care-Arbeit zu übernehmen, d. h. gelegentlich räumlich und zeitlich eingegrenzte Aufgaben von Frauen delegiert zu bekommen. Auffällig ist, dass, wenn männliches Verhalten thematisiert, dieses meist infantilisiert wurde – beispielsweise bei der Verharmlosung sexueller Übergriffe oder häuslicher Gewalt. Männer wurden hier vielfach zu »Opfern ihrer Natur« o. Ä. stilisiert.⁸⁹ Dies war allerdings keineswegs eine sozialistische Besonderheit, wie beispielsweise die Bundestagsdebatte über die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe 1997 zeigt.⁹⁰ Auch Frauenmagazine wie *Przyjaciółka* (Freundin) oder *Kobieta i życie* (Frau und Leben), die in der Volksrepublik (und teilweise darüber hinaus) erschienen, infantilisierten Männer und Männlichkeit. So warben sie beispielsweise dafür, dass die »rationale Ehefrau« sich um »das Kind« Ehemann kümmern müsse, das ohne sie nicht zurechtkomme. Zugleich wird das Funktionieren der Ehe als alleinige Aufgabe der Frau dargestellt, während Männer passiv bleiben. Aspekte wie häusliche Gewalt werden folgerichtig verschwiegen.⁹¹ Sie galt in der Volksrepublik (wie auch beispielsweise in Ungarn oder Rumänien) grundsätzlich als nicht existent und wurde ignoriert, oder, wo dies nicht möglich war, gerechtfertigt.⁹²

Dies widerspricht nicht der Tatsache, dass aus propagandistischen Gründen immer wieder auch das Idealbild des engagierten Familienvaters betont wurde.⁹³ Zudem gab es in den 1960er und 1970er Jahren einen Männlichkeitsdiskurs, der sich grundsätzlich in einer größeren Offenheit für unterschiedliche Vaterrollen und der Aufteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern niederschlug.⁹⁴ Umso stärker fällt auf, wie oft in den untersuchten Akten von der Familie und ihrer Bedeutung gesprochen wird, diese aber

88 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPiSS: [Bericht an] Wice-minister Pracy, Płac i Spraw Socjalnych Towarzysz Henryk Białczyński. »Dyskusje i poszukiwanie rozwiązań zmierzających dla umożliwienia kobietom znalezienia chwili czasu na relaks – w zależności od charakteru pracy, środowiska zamieszkania i rodziny.«

89 Hallama: Masculinities, S. 7f.

90 Gerste, Margrit: Endlich: Vergewaltigung in der Ehe gilt künftig als Verbrechen, in: *Die Zeit* vom 16. Mai (21/1997).

91 Marody, Mira/Giza-Poleszcuk, Anna: Changing Images of Identity in Poland. From the Self-Sacrificing to the Self-Investing Woman?, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): *Reproducing gender: Politics, publics, and everyday life after socialism*. Princeton, N.J. 2000, S. 151–175, hier: S. 157f.

92 Marcus, Isabel: Wife Beating: Ideology and Practice Under State Socialism in Hungary, Poland, and Romania, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 115–132, hier: S. 115f.

93 Hallama: Masculinities, S. 6.

94 Jarska, Natalia: Men as Husbands and Fathers in Postwar Poland (1956–1975): Towards New Masculine Identities?, in: *Men and Masculinities* Vol. 24 (4/2021), S. 630–651, hier: S. 646f.

nur aus Kindern und Müttern zu bestehen scheint. Die Aufgabe und Verantwortung von Vätern, ihre Rolle innerhalb der Familie werden in keiner Weise thematisiert. So heißt es zu den erwarteten Folgen der Einführung eines Erziehungsgeldes:

»Die Einführung eines Erziehungsgeldes würde beispielsweise eine weitere Deaktivierung von – verschiedenen Schätzungen zufolge – etwa 300.000 bis 500.000 Frauen bedeuten. Insgesamt würden in der ersten Periode etwa 1 Million Frauen nicht arbeiten, zumal heute knapp 450.000 Frauen diesen unbezahlten Urlaub bereits in Anspruch nehmen.«⁹⁵

Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass diese Leistung ausschließlich für Frauen gedacht war. Zugleich zeigt eine weitere Stellungnahme des Rats für Familienangelegenheiten zu den Auswirkungen der Geldleistung, dass mit selbiger auch arbeitsmarktpolitische Überlegungen einhergingen. So heißt es in der Stellungnahme wörtlich:

»Die Einführung eines Erziehungsgeldes wird das Tempo der beruflichen Aktivierung von Frauen verlangsamen, was zu einer gewissen Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes führen dürfte, da in diesem und den kommenden Jahren mit einem Rückgang der Beschäftigung aufgrund von Rohstoff- und Energieknappheit vor allem in der Produktion zu rechnen ist.«⁹⁶

Es wird deutlich, dass neben machtpolitischen Erwägungen sowie dem Ziel einer Erhöhung der Natalität auch sozioökonomische Faktoren hinsichtlich der Zurücksetzung von Frauen im Arbeitsmarkt von Bedeutung waren. Dass diese Überlegungen nicht aus der Luft gegriffen sind, bestätigt dieselbe Abteilung mit dem Verweis darauf, dass bereits der bisherige unbezahlte Erziehungsurlaub die Beschäftigung von Müttern um mehrere hunderttausend Personen gesenkt habe.⁹⁷ Die Unzufriedenheit über die ökonomische Krise, die mit einer (inoffiziell) steigenden Arbeitslosigkeit einherging, versuchte die PZPR zu lösen, indem sie auf eine Senkung der Erwerbsquote von Frauen zugunsten von Männern hinarbeite. Daran offenbart sich erneut, dass diese in der Volksrepublik als ›Haupternährer‹ galten, wohingegen die Arbeit von Polinnen nur eine Ergänzung war. Am deutlichsten wird dies allerdings nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981. Noch am selben Tag, in der 1. Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees

95 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 68. »Wprowadzenie np. zasiłków wychowawczych oznacza dalszą dezaktywizację według różnych szacunków na około 300 do 500 tys. kobiet; w sumie w pierwszym okresie nie pracowałoby około 1 mil kobiet dlatego, gdyż dzisiaj blisko 450 tys. kobiet korzysta z tego urlopu bezpłatnego.«

96 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Kobiety na urlopach bezpłatnych na wychowanie małych dzieci, S. 15. »Wprowadzenie zasiłków wychowawczych wpłynie na osłabienie tempa aktywizacji zawodowej kobiet, co powinno spowodować pewną ulgę na krajowym rynku pracy zważywszy, że w bieżącym roku i latach najbliższych ma nastąpić obniżenie się poziomu zatrudnienia głównie w działach sfery produkcyjnej w związku z brakami surowcowo-energetycznymi.«

97 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Kobiety na urlopach bezpłatnych na wychowanie małych dzieci, S. 4.

der PZPR, schlug Tadeusz Czechowicz vor, dass Frauen bei Arbeitsmangel nach Hause zu schicken seien, woraufhin der Beschluss gefasst wurde, Mütter in einen bezahlten »Urlaub« zu entlassen, wenn es in einer Fabrik nicht genügend Arbeit gäbe.⁹⁸ Aufschlussreich ist diesbezüglich auch die Forderung des Rats für Familienangelegenheiten, mögliche Lücken, die durch die zu erwartende Reduzierung der Arbeitskraft von Frauen entstehen könnten, mittels einer wirtschaftlichen Aktivierung der nicht erwerbstätigen Männer im erwerbsfähigen Alter zu begegnen.⁹⁹ Dass die Rolle von Männern am Arbeitsplatz ein Fakt war, der als wenig diskussionswürdig erschien, ist evident.¹⁰⁰

Schließlich möchte ich noch einen Blick auf die *Liga Kobiet*¹⁰¹ werfen. Diese wurde bereits 1945 gegründet und zu einer staatlichen Massenorganisation ausgebaut, deren Ziel es war, die »Interessen der Frauen« innerhalb der Volksrepublik zu repräsentieren und zugleich staatliche Vorgaben zu implementieren.¹⁰² Die Liga diente damit zunächst der Konstruktion und Einhegung von Frauen als einheitlicher Gruppe mit vermeintlich spezifischen Interessen. Inwiefern diese Organisation dabei staatliche Ziele lediglich übernahm oder ob die Aktivistinnen dort eine eigene Handlungsfähigkeit besaßen, ist Gegenstand einer Debatte, die ich in einem Exkurs am Ende dieses Kapitels aufgreifen werde. Für die Jahre 1980/81 zeigen die Quellen, dass es darauf keine eindeutige Antwort gibt. Interne Debatten über die inhaltlichen Ziele der Liga, die diese im Vorlauf ihres 8. Landesweiten Kongresses am 28. und 29. November 1981 führte, zeigen einerseits, dass die Liga Care-Arbeit ebenfalls als Aufgabe von Frauen sieht, die Wichtigkeit der patriotischen Erziehung von Kindern betont und die Stärkung der Familie postuliert. Sie ist in diesem Bereich ganz auf einer Linie mit der Partei und dem patriotisch aufgeladenen Geschlechterdiskurs. Zugleich kritisierte die Liga Berufsverbote und Beschränkungen für Frauen, forderte gleiche Löhne und generell die Einhaltung der von der Verfassung garantierten Gleichheit der Geschlechter, die auch den Zugang zu Kinderbetreuung – wo nötig – beinhaltet.¹⁰³ Gerade in den sogenannten Krisenjahren 1980/81 gab es die Möglichkeit zur Kritik – und die Liga nutzte diese. Sie war also keineswegs nur eine Marionette der PZPR. Daran zeigt sich, dass die Partei den Geschlechterdiskurs zwar als Herrschaftsinstrument verstand und zum Teil auch entsprechend nutzte, die propa-

98 Paczkowski/Byrne: 1980–1981, S. 467.

99 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/O/2.4.1/XL121, hier: Ministerstwo PPISS: Polityka Ludnościowa, S. 6.

100 Fidelis: Women, S. 244.

101 Ende 1982 wurde aus der »Liga Kobiet«, die »Liga Kobiet Polskich«, was als Ausdruck des zunehmend nationalistischen Diskurses in der späten Volksrepublik gedeutet werden kann. Dz.U. 1982 nr 38 poz. 254: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 2 grudnia 1982 r. w sprawie zmiany nazwy stowarzyszenia wyższej użyteczności »Liga Kobiet« na »Liga Kobiet Polskich« oraz nadania statutu temu stowarzyszeniu.

102 Die ursprüngliche Liga wurde bereits 1913 gegründet; ab 1945 wurde sie als staatliche Organisation unter gleichem Namen weitergeführt.

103 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki: Działalność Zarządu Głównego LK. Przygotowania do VIII Zjazdu, posiedzenia plenarne, współpraca międzynarodowa. Materiały na posiedzenia. Uchwały, sprawozdania, notatki, statut, informacje, propozycje, korespondencja. 1979–1981, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.3/XL119 hier: Uchwała Programowa.

gierten Normen aber (auch im eigenen Lager) nicht immer widerstandslos übernommen wurden.

In den Debatten innerhalb der *Liga Kobiet* wurde außerdem deutlich, dass viele Aktivistinnen zum einen das staatliche Versprechen der Gleichheit der Geschlechter durchaus ernst nahmen und auch einforderten. Zum anderen bedeutete dies – ganz wie offiziell von der PZPR versprochen – dass Emanzipation ausschließlich durch (Erwerbs)Arbeit möglich war. Gleichheit im Sinne einer paritätischen Aufteilung aller Lebensbereiche oder einer Aufhebung der vermeintlich natürlichen Geschlechterordnung war keineswegs Ziel der Liga, ebenso wenig wie sie infrage stellte, dass Frauen eine einheitliche Gruppe mit spezifischen Interessen seien.

Anhand der verschiedenen Quellen wird deutlich, dass sich die PZPR zunehmend durch die Forderung nach einer Organisation des Staates entlang ›natürlicher‹ Geschlechtergrenzen (*sex*) auszeichnete bzw. diese erstellte. Dies bedeutet, dass Frauen für Care- und Männer für Erwerbsarbeit verantwortlich gemacht wurden. Die dafür von Vertreter:innen der PZPR und von Ministerien angeführten Argumente waren verschieden; sei es, dass nur Frauen ihre Kinder im patriotischen Geist erziehen könnten, dass dies aus demografischen Überlegungen notwendig sei, oder weil nur das traditionelle Rollenmodell den vermeintlichen Werteverfall in der polnischen Gesellschaft aufhalten könne. Ferner ist das ökonomische Argument beachtenswert, dass als praktisches Nebenprodukt einer Senkung der Erwerbstätigkeit von Frauen der Arbeitsmarkt entlastet werde. Schließlich ist wichtig zu konstatieren, dass vor allem die Rolle und Identität von Frauen explizit diskutiert wurden; diese als eigene Kategorie in den Statistiken auftauchten. Männer galten hingegen als Norm, die weder diskutiert noch beschrieben werden musste. Sie waren Arbeiter, Intellektuelle, Stadtbewohner etc. und wurden als Mitglieder dieser Gruppen wahrgenommen, nicht aber als Männer an sich. Frauen wurden wiederum als eigene Gruppe mit spezifischen Aufgaben und Interessen konstruiert.¹⁰⁴ Auch wenn dies ursprünglich dem Ziel der Einbeziehung von Frauen in Erwerbsmärkte geschuldet war, führte diese eigene Kategorie zu einer (Neu)Konstruktion von Geschlechterdifferenzen. Diese Entwicklung zeigte sich auch in der DDR, wo als Maßstab – insbesondere im Arbeitsmarkt – »der Mann und männliche Stereotype«¹⁰⁵ dienten. Zugleich gibt es nur wenig Forschung zur Konstruktion von Männlichkeiten im Staatssozialismus.

Für die PZPR hatte diese Rückkehr zu ›traditionellen‹ Geschlechterrollen vor allem zwei Vorteile. Die Partei konnte sich als Bewahrerin ›polnischer Werte‹ darstellen und zugleich die Wirtschaftsmisere durch eine Reduzierung der Arbeitskräfte entspannen.¹⁰⁶ Geschlecht erwies sich somit als »funktionale historische Konstruktion«, die

104 Fodor, Éva: Smiling Women and Fighting Men: The Gender of the Communist Subject in State Socialist Hungary, in: *Gender and Society* Vol. 16 (2/2002), S. 240–263, hier: S. 243.

105 Nagelschmidt, Ilse: Realitäten vor und nach 1989. Hoffnungen, Depressionen, Visionen und die ›Mühen der Ebenen‹, in: Anna Artwińska/Janine Schulze-Fellmann (Hg.): *Gender Studies im Dialog. Transnationale und transdisziplinäre Perspektiven*. Bielefeld 2022, S. 31–46, hier: S. 31.

106 Damit wurden Geschlechternarrative und -stereotype von der PZPR ebenso als Aspekt nationalisierender Herrschaftslegitimation nutzbar gemacht wie antisemitische oder xenophobe Stereotype. Vgl. dazu: Zaremba: *Herrschaftslegitimation*, S. 406f.

als Herrschaftsinstrument diente und auch genutzt wurde.¹⁰⁷ Allerdings bedurfte es noch zweier weiterer Akteure, damit sich diese konservative Wende auch in der Breite der Gesellschaft niederschlug bzw. hegemonial wurde: die katholische Kirche und die Solidarność, die das letzte Jahrzehnt der Volksrepublik maßgeblich mitgestalteten.

3.2 »Frauen, stört uns nicht, wir kämpfen um Polen« – Geschlechternarrative in Solidarność und katholischer Kirche

Solidarność

Der im Titel dieses Unterkapitels zitierte Spruch zierte ein Transparent an der Werft in Gdańsk und wirkt in seinem männlichen Pathos geradezu pubertär,¹⁰⁸ entspricht aber dem Selbstbild eines Teils der (männlichen) Mitglieder der Solidarność, die zu Beginn der 1980er Jahre zu einem machtvollen Akteur in der Volksrepublik wurde. Dieses proletarische und sozialistische Männlichkeitsbild verkörperte nahezu ikonografisch Lech Wałęsa.¹⁰⁹ Im Verbund mit der katholischen Kirche stellte die Gewerkschaft zu Beginn des Jahrzehnts den alleinigen Machtanspruch der PZPR infrage. Zwischen den drei Akteuren – PZPR, Solidarność und katholische Kirche –, die sich keineswegs ausschließlich feindlich gegenüberstanden, ergaben sich politische Wechselwirkungen; so zeigen sich anhand von Geschlechterfragen auch Gemeinsamkeiten, die im Folgenden untersucht werden. Dies ist nicht zuletzt deshalb ergiebig, da fast alle Pol:innen in irgendeiner Weise mit einer der drei Institutionen verbunden waren.¹¹⁰

Entgegen dem Transparent, das suggerierte, »der Kampf um Polen« sei eine »Männeraufgabe«, spielten Frauen in der Oppositionsbewegung ab 1976 eine wichtige Rolle. Auch im August 1980 war dies insbesondere in Gdańsk der Fall. Einige Forscher:innen betonen, dass es drei von ihnen – Anna Walentynowicz, Alina Pienkowska und Ewa Ossowska – waren, die die Arbeiter:innen am 16. August daran hinderten, die Werft zu verlassen und damit den Solidaritätsstreik zu beenden. Łukasz Kamiński argumentiert zudem, dass es nicht zuletzt Frauen gewesen seien, die Lech Wałęsa von einer Fortführung des Streiks überzeugten.¹¹¹ Diese Position ist allerdings auch vor dem Hintergrund der Bemühungen des Instituts für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej, IPN)

107 Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen. Frankfurt a. M. 1987, S. 138.

108 Walczewska: Frauenrechtsdiskurs, S. 95. »Kobiety, nie przeskadzajcie nam, my walczymy o Polskę.«

109 Hüchter, Dietlind: Traktoristinnen, Rockstars und der polnische James Dean. Die Performativität popkultureller Geschlechterbilder in der Volksrepublik Polen, in: *L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft* Vol. 29 (1/2018), S. 87–106, hier: S. 101f.

110 Eisler: Months, S. 107.

111 Kamiński, Łukasz: Kobiety w Solidarności Walczącej na tle struktury płci ruchu »Solidarność«, in: Natalia Jarska/Jan Olaszek (Hg.): *Płeć Buntu*. Warszawa 2014, S. 309–319, hier: S. 309f.

und vor allem rechtskonservativer Politiker:innen zu betrachten, Wałęsa zu diskreditieren und Walentynowicz als »wahre Heldin« zu stilisieren.¹¹²

Diese Tatsache ändert allerdings nicht daran, dass die Bedeutung von Frauen in dieser Streikphase kaum zu überschätzen ist, vor allem auch hinsichtlich anderer Städte als Gdańsk. Padraic Kenney etwa betont die Bedeutung des Streiks der Textilarbeiterinnen in Łódź und in anderen polnischen Städten, die aus seiner Sicht mindestens so wichtig gewesen seien wie die Streiks der Werftarbeiter:innen in Gdańsk und die PZPR geradezu in Panik versetzt hätten.¹¹³ Weiter betont er bezüglich deren Wirkung:

»The moral outrage of Poland's women workers, on the other hand, was based on demands and values that were much more threatening to the regime, and indeed helped to destroy it. Motherhood in particular possessed this power.«¹¹⁴

Zugleich taten sich auch viele Vertreter:innen der Opposition mit den streikenden Frauen schwer. So beklagte sich Jacek Kuroń,¹¹⁵ dass diese irrational handelten und die Ziele der Solidarność gefährdeten.¹¹⁶ Dennoch gelang es den von der Mangellage 1980/81 besonders betroffenen Textilarbeiterinnen in Łódź, die Gewerkschaft so unter Druck zu setzen, dass diese sich – entgegen ihrer Überzeugung – dazu bereitfand, die Fleischversorgung in der Stadt in Eigenregie zu verbessern.¹¹⁷

Insgesamt bestand fast die Hälfte der sich ab Ende August 1980 konstituierenden Gewerkschaft aus Frauen, denen eine entscheidende Funktion in der Organisation und Aufrechterhaltung der Oppositionsarbeit zukam.¹¹⁸ Trotzdem spielt ihr Wirken – so wie generell die Erinnerung von und an Frauen – im kollektiven Gedächtnis eine lediglich untergeordnete Rolle. Dies liegt unter anderem daran, dass sie im Fortgang der Entwicklungen (wie dies auch in der Geschichtsschreibung an sich der Fall ist) zunehmend marginalisiert wurden; so wurden bereits bei der Gründung der Solidarność im Herbst 1980 fast ausschließlich Männer in Führungspositionen gewählt.¹¹⁹

Diese Unterrepräsentation von Frauen lässt sich mithilfe einiger Zahlen veranschaulichen. Bei den Wahlen zu den Regionalvertretungen der Gewerkschaft 1981 stellten sie 10,94 % der Gewählten; zudem wurde keine der Regionalgruppen von einer Frau geführt.

112 Zur politischen Dimension der Lustration in Polen und insbesondere der Debatte um Wałęsa vgl. Szczepiński, Aleks: *Politicising the Communist Past. The Politics of Truth Revelation in Post-Communist Poland*. London 2018.

113 Kenney, *Resistance*, S. 419f.

114 Ebd., S. 425.

115 Jacek Kuroń war einer der führenden Köpfe der Opposition in der Volksrepublik Polen. Er saß deshalb mehrfach im Gefängnis, erstmals 1965, nachdem er zusammen mit Karol Modzelewski eine marxistische Kritik am kommunistischen System verfasst hatte. In den 1970er Jahren war er Mitbegründer des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników) und später der Solidarność. Zudem nahm Kuroń für die Opposition an den Gesprächen des Runden Tisches teil und war von 1989–1990 und von 1992–1993 Sozial- und Arbeitsminister; er starb 2004.

116 Kenney: *Resistance*, S. 420.

117 Peters: *Schocktherapie*, S. 78f.

118 Penn: *Solidarity's Secret*, S. 66.

119 Siemińska, Renata: *Women's Political Participation and the 1980 Crisis in Poland*, in: *International Political Science Review* Vol. 6 (3/1985), S. 332–346, hier: S. 344.

Gleiches lässt sich bei den Delegierten zum ersten landesweiten Kongress der Gewerkschaft Mitte 1981 beobachten; hier lag der Anteil von Frauen bei 7,2 %. Schließlich ist noch die erste Landeskommission der NSZZ »Solidarność« (I Komisja Krajowa NSZZ »Solidarność«) zu nennen, in der neben 105 Männern lediglich zwei Frauen – Alicja Matuszewska und Grażyna Przybylska-Wendt – saßen.¹²⁰ Verglichen mit dem Frauenanteil in der Gewerkschaft sind diese Quoten äußerst niedrig und ähneln vielmehr denjenigen in den Führungsgremien der PZPR, wo Frauen in den obersten Positionen mit 8 % ebenfalls nur spärlich vertreten waren.¹²¹ Die anderen (offiziellen) Gewerkschaften wiesen in den 1970er und 1980er Jahren hingegen einen höheren Frauenanteil in Führungsgremien auf, hatten aber kaum politischen Entscheidungsspielraum.¹²² Hier zeigt sich das typische Phänomen, dass Frauenanteil und Einfluss negativ korrelierten.

Die Gründe für diese im Vergleich zur Mitgliederzahl geringe Repräsentation von Frauen sind in den innerhalb der Gewerkschaft weitverbreiteten »traditionellen« Geschlechternarrativen zu suchen – unter Männern, aber auch unter Frauen. Die Frauen der Solidarność identifizierten sich selbst nur selten über die Kategorie »Geschlecht«; spezifisch frauenpolitische Forderungen fanden sich kaum. Den beteiligten Aktivistinnen schienen der gemeinsame Kampf gegen das Regime und die Unterordnung unter die »nationale Sache« wichtiger als geschlechterspezifische Anliegen.¹²³ Zudem war die »Frauenfrage« aufgrund der vermeintlichen Emanzipation und Bevorzugung von Frauen durch das Regime in den Augen großer Teile der Opposition diskreditiert, da Polinnen aufgrund der vielen familienpolitischen Leistungen als Nutznießerinnen und damit als Verbündete des sozialistischen Staates galten.¹²⁴

Zugleich waren sich führende Oppositionsmitglieder mit der Regierung einig in ihrer weitgehenden Identifizierung von Frauen als Mütter,¹²⁵ was sich beispielsweise an den sogenannten Hungermärschen vom Sommer 1981 nachvollziehen lässt. An diesen Demonstrationen nahmen vor allem Frauen teil – vielfach in Begleitung ihrer Kinder – und forderten eine bessere Lebensmittelversorgung für ihre Familien. Diese Proteste waren indes primär von der männerdominierten Führung der Solidarność geplant worden; auf weitergehende politische Forderungen sollte dabei verzichtet werden, sodass Małgorzata Fidelis zu der pointierten Schlussfolgerung kommt: »Like the communist leaders before them, they learned to manipulate gender roles for political gains.«¹²⁶ Die Führungsriege der Gewerkschaft wusste, dass es das Regime nicht wagen würde, gewaltsam gegen Frauen vorzugehen.¹²⁷ Frauen wurden auf diese Weise entpolitisiert, indem

120 Kamiński: Solidarność, S. 311.

121 Jarska/Perkowski: *Kobiety*, S. 237; Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Społeczno-Zawodowy: *Dekada ONZ (UN). 1975–1985*, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.3/XLI139, hier: United Nations, S. 17.

122 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 336f.

123 Kraft: Paradoxien der Emanzipation, S. 399.

124 Ebd., S. 391.

125 Seiler: Weiblichkeit, S. 59.

126 Fidelis: *Women*, S. 248.

127 Hier zeigt sich eine Parallele zu den 2020 initiierten Protesten in Belarus, wo Frauen vonseiten des Sicherheitsapparats zunächst ebenfalls weniger gewaltsam angegriffen wurde. Dies änderte sich

sie einerseits explizit für die Versorgung der Familie demonstrieren sollten, d. h. für ihren »natürlichen« Zuständigkeitsbereich, und andererseits weil der Machtapparat nicht wusste, wie er mit demonstrierenden Frauen umzugehen hatte. Dass die Opposition damit äußerst erfolgreich war, zeigt sich in einem Gespräch zwischen Leonid Il'ič Brežnev und Erich Honecker vom 3. August 1981, in dem ersterer die Hungermärsche der Frauen mit Kindern als Beispiel für die angespannte politische Lage in der Volksrepublik hervorhob und deshalb ein sehr ernstes Gespräch mit Kania und Jaruzelski zu führen beabsichtigte. Auch Honecker betonte die Gefahr dieser Bilder, die sich »unsere Bürger« im Westfernsehen anschauen könnten.¹²⁸ Seine Befürchtung war wohl, dass die Streiks und Demonstrationen in die DDR überschwapen könnten.

Dass auch die PZPR bzw. WRON oppositionelle Frauen nur bedingt politisch ernst nahmen, zeigte sich auch nach der Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981. Während nach Zahlen von Kozłowski und Olaszek 9.736 Männer interniert wurden, seien es »nur« 1.008 Frauen gewesen, was 11,55 % entsprach.¹²⁹ Die beiden Autoren berufen sich hier auf Notizen des schlesischen Büros des Innenministeriums. Zu etwas anderen Ergebnissen kommt Andrew Świdlicki, der sich auf Daten des *Tygodnik Mazowsze* aus dem Jahr 1982 stützt und von 7.000 Personen spricht, die eine Gefängnisstrafe zu erwarten hätten. Darunter seien 400 Frauen gewesen, was einem Anteil von rund 5,7 % entspreche (Stand: Oktober 1982).¹³⁰ Generell sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen, doch zeigen sie ganz deutlich, dass Frauen unter den von staatlicher Seite Verhafteten bzw. Internierten unterrepräsentiert waren. Ferner wurden gegen Frauen geringere Strafen verhängt und sie wurden oft frühzeitig entlassen.¹³¹ Auch daran zeigt sich, dass sie als politische Akteure nicht völlig ernst genommen wurden – und sei es, wie in diesem Fall, zu ihrem Vorteil.

Betrachtet man die Führungsebene der Gewerkschaft im Untergrund nach dem Dezember 1981, so wird deutlich, dass sich an der Nicht- bzw. Unterrepräsentation von Frauen auch nach der Ausrufung des Kriegsrechts nichts geändert hatte.¹³² Dies ist insofern bemerkenswert, als die Bedeutung von Frauen bei der Aufrechterhaltung der Oppositionsarbeit im Untergrund noch wuchs.¹³³ Anna Reading analysiert in ihrer Monografie das von April bis Dezember 1981 aktive Presseorgan der Gewerkschaft *Tygodnik Solidarność*. Sie kommt zu dem Schluss, dass Frauen dort ausschließlich in ihrer Rolle als Mutter vorgekommen seien und die Zeitschrift vor sexistischen Witzen nur so gestrotzt habe. Zudem wurden hier Bilder von »unweiblichen« und als hässlich dargestellten Arbeiter:innen präsentiert, d. h. es wurde suggeriert, der Kommunismus habe die Frau kor-

allerdings, je länger die Proteste andauerten. Vgl. dazu: Bota, Alice: Die Frauen von Belarus. Von Revolution, Mut und dem Drang nach Freiheit. Berlin 2021.

128 Paczkowski/Byrne: 1980–1981, S. 331f.

129 Kozłowski, Tomasz/Olaszek, Jan: Internowani w stanie wojennym: Dane statystyczne, in: *Pamięć i Sprawiedliwość* Vol. 16 (2/2010), S. 507–510, hier: S. 509.

130 Świdlicki, Andrew: Mechanisms of repression in Poland during martial law, in: *The Polish Review* Vol. 29 (1,2/1984), S. 97–126, hier: S. 99.

131 Kamiński: *Solidarność*, S. 311f.

132 Ebd.

133 Vgl. Penn: *Solidarity's Secret*.

rumpiert und entstellt.¹³⁴ Generell waren es oft »verdorbene Frauen«, die in diesen Veröffentlichungen das Negativbild des Kommunismus verkörperten.¹³⁵ Der generelle Sexismus in der Zeitung war allerdings keine Besonderheit der Gewerkschaft, vielmehr ähnelt er dem der PZPR.¹³⁶ Gleiches gilt für die symbolische Abkehr von der sozialistischen Arbeiterin. Der Unterschied liegt lediglich in der antikommunistischen Stoßrichtung der Zeitung. An dem Beispiel zeigt sich deutlich, warum es für die PZPR machtpolitisch von Vorteil war, sich selbst ebenfalls vom sozialistischen Emanzipationsversprechen zu verabschieden, schienen sie doch in weiten Kreisen der Opposition völlig diskreditiert zu sein.

Parallelen zwischen Regierung und Opposition zeigen sich auch bei der Frage der Entlohnung von Arbeit. So wie der Staat männlich konnotierte Arbeit (etwa in der Schwerindustrie) besser bezahlte, war auch die Opposition eher bereit, körperlich arbeitende männliche Untergrunddrucker für ihre Tätigkeit zu entlohnen, nicht jedoch ebenso hart (aber i. d. R. eben nicht körperlich) arbeitende Frauen.¹³⁷

Noch deutlicher lassen sich die Geschlechternarrative innerhalb der *Solidarność* anhand von Interviews mit Aktivistinnen rekonstruieren. So hat Ewa Malinowska 20 qualitative Interviews mit führenden Protagonistinnen der Gewerkschaft geführt und diese zu den Machtverhältnissen in der Gewerkschaft und zu Diskriminierungen von Frauen befragt. Diese Quellen geben den subjektiven Eindruck der befragten Frauen wieder, was keinesfalls gegen die Aussagekraft dieser Interviews spricht, zumal gerade die persönliche Wahrnehmung dieser Aktivistinnen viel über die Machtverteilung in der Gewerkschaft verrät und zugleich erkennen lässt, wie ähnlich viele der Befragten die Situation wahrnahmen.

Die Interviews machen zunächst deutlich, dass der Großteil der Befragten die patriarchale Machtverteilung innerhalb der *Solidarność* sah und oftmals verteidigte. Eines der Argumente – insbesondere von der katholischen Kirche nahestehenden Aktivistinnen – lautete, dass das patriarchale Modell gut für die Gesellschaft sei und zudem die breiteste Unterstützung genieße. In der Folge spiegle die Machtverteilung innerhalb der Gewerkschaft lediglich die gesellschaftliche Realität.¹³⁸ Ein Großteil der Aktivistinnen akzeptierte ihren Männern untergeordnete Stellung, sei es, weil sie diese positiv bewerteten oder nicht als Störenfriede wahrgenommen werden wollten. Schließlich wurde die operative Rolle im Hintergrund von vielen als befriedigend und zufriedenstellend beschrieben.¹³⁹ Beachtenswert ist hierbei, dass Aktivistinnen, wenn sie sich gegen diese Rolle wehrten, nicht selten auf harten Widerstand von Männern stießen. Dies beschreibt beispielsweise Barbara Labuda, die nach 1989 in den Sejm einzog und unter Kwaśniewski als Ministerin und später Botschafterin diente. Sie berichtet, dass sie aufgrund ihrer

134 Reading: Polish Women, S. 67f.

135 Ebd., S. 58f.

136 Dies soll den Sexismus nicht kleinreden, sondern vielmehr verdeutlichen, dass dies ein verbreitetes Phänomen in vielen politischen Bewegungen und Parlamenten war (und ist).

137 Peters: Schocktherapie, S. 193.

138 Malinowska, Ewa: Świadomość feministyczna kobiecej awangardy ruchu społecznego »Solidarność« – początek drogi do I Kongresu Kobiet w Polsce, in: *Przegląd Socjologiczny* Vol. 59 (3/2010), S. 9–32, hier: S. 13.

139 Ebd., S. 15f.

exponierten Stellung und ihres Einsatzes als machthungrig beschrieben wurde. Ferner kritisiert sie grundsätzlich, dass ein Großteil der Arbeit von Frauen getragen worden sei, diese aber in höheren Positionen kaum vertreten waren.¹⁴⁰

Auch wenn die Aktivistinnen die Situation von Frauen in der Gewerkschaft generell sowie ihre eigene im Speziellen unterschiedlich bewerten, so wird doch deutlich, dass sich nur wenige von ihnen mit ›Frauenfragen‹ oder Geschlechtergleichheit beschäftigten; häufig mit der Begründung, der Kampf um Freiheit hänge nicht mit dem Geschlecht zusammen. Dies wird symptomatisch an einem Interview deutlich, dass Krzysztof Wyszowski,¹⁴¹ seinerzeit Redakteur beim *Tygodnik Solidarność*, mit Elżbieta Potrykus führte. Sie war die einzige Frau in der Landesverständigungskommission (Krajowa Komisja Porozumiewawcza, KKP) und damit in exponierter Stellung.¹⁴² Potrykus betont, dass sie als Frau nicht anders behandelt werden sollte als Männer und dass es Frauen am meisten helfen würde, wenn die Versorgungsprobleme und das damit verbundene ›Schlangestehen‹ ein Ende fänden. Zudem könne die *Solidarność* nicht viel an den Problemen ›der Frauen‹ ändern, da diese in deren Natur und der Kultur begründet seien. Lediglich für eine bessere Gesundheitsversorgung und eine qualitativ hochwertigere, öffentliche Kinderbetreuung könne sich die Gewerkschaft einsetzen. Als Wyszowski Potrykus schließlich fragt, ob es denn nicht sinnvoll sei, eine »Frauenabteilung« innerhalb der *Solidarność* zu gründen, wehrt sie dies mit der Begründung ab, Frauen könnten sich jederzeit beteiligen, sie wollten nur nicht. Sowohl Wyszowski als auch Potrykus machen sehr deutlich, dass Haushalt und Kindererziehung die Aufgabe von Frauen seien.¹⁴³ Beide sehen diese Rollenverteilung als völlig ›natürlich‹ an, was wiederum das Fazit von Malinowska bestätigt, die auf Grundlage ihrer Interviews zu dem Schluss kommt, dass die Frauen der *Solidarność* die Diskriminierung von Frauen innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaft kaum wahrgenommen hätten. Der Grund dafür, warum sich die Gewerkschaft nicht für Frauenrechte eingesetzt habe, liege darin, dass viele das »Problem der Gleichstellung« für überschätzt hielten und der konservative Teil, zu dem auch die Führung der *Solidarność* gehörte, davon nichts wissen wollte.¹⁴⁴

Dies bestätigt sich auch anhand meines Interviews mit Hanka Grupińska. Die *Solidarność*-Aktivistin und Mitbegründerin der oppositionellen (und illegalen) Zeitschrift *Czas Kultury* betonte mir gegenüber, dass in der Gewerkschaft die Männer die Entscheidungen getroffen hätten. Zudem habe es eine Rollenaufteilung gegeben, aber diese sei freiwillig gewesen. Zugleich hebt sie hervor, wie befremdet sie gewesen sei, als sie 1989 begann, für Shana Penn¹⁴⁵ als Dolmetscherin bzw. Übersetzerin zu arbeiten. Deren Ansatz, die oppositionellen Aktivist:innen in Frauen und Männer zu trennen, sei für sie

140 Ebd., S. 18.

141 Wyszowski erlangte nicht zuletzt deshalb Bekanntheit, da er zwischen 2005 und 2021 einen Rechtsstreit mit Wałęsa um die Frage geführt hatte, ob dieser mit dem SB kollaboriert habe.

142 Diese ging ab Oktober 1981 in der bereits genannten »Landeskommission« (Komisja Krajowa, KK) auf, in der zwei Frauen vertreten waren.

143 Wyszowski, Krzysztof: Spruć i przerobić. Interview mit Elżbieta Potrykus, in: *Tygodnik Solidarność* Nr. 9 vom 29.5.1981, S. 15.

144 Ebd., S. 15f.

145 Penn ist Autorin des bereits erwähnten Buches zur Rolle von Frauen in der *Solidarność*. Vgl. Penn: *Solidarity's Secret*.

»schockierend« gewesen, da es aus ihrer Sicht keine Geschlechtertrennung gegeben habe.¹⁴⁶

Diese Aussagen decken sich mit den Erkenntnissen der Soziologin Renata Siemieńska. Ihr zufolge scheiterten Versuche zur Gründung einer feministischen Organisation zu Beginn der 1980er Jahre am mangelnden Interesse der Frauen selbst.¹⁴⁷ Viele der Frauen seien sich ihres beschränkten Zugangs zu Führungspositionen zwar bewusst gewesen, doch habe dies nicht dazu geführt, dass sich die Frauen diskriminiert gefühlt hätten. Die Soziologin verweist ferner auf eine Umfrage vom März 1980, in der über 70 % der Befragten (weitgehend unabhängig vom Geschlecht) angaben, dass sich die Regierung zufriedenstellend um die Gleichstellung der Geschlechter kümmere – bei keinem anderen der abgefragten Themengebiete war die Zustimmung derart hoch.¹⁴⁸ Diese Zufriedenheit zeigt, dass die PZPR mit ihrer konservativen Wende in der Geschlechterpolitik durchaus auf Akzeptanz stieß und damit ihr Ziel, sie zur Herrschaftslegitimation zu nutzen, erreichen konnte. Siemieńska betont weiter, dass selbst die Ereignisse ab 1980 keine stärkere politische Partizipation von Frauen nach sich gezogen hätten. Dies läge allerdings nicht ausschließlich an deren mangelndem Interesse, sondern auch an einer fehlenden Lobby für Frauen.¹⁴⁹

Decken sich die Erkenntnisse Siemieńskas in vielerlei Hinsicht mit den Interviews Malinowskas, so wird dennoch deutlich, dass sie in Teilen das patriarchale Frauenbild reproduziert. So beschreibt sie oft die Situation von Polinnen zu Beginn der 1980er Jahre, ohne nach den strukturellen Ursachen zu fragen. Dies zeigt sich beispielsweise, wenn sie davon spricht, dass Frauen eher nicht bereit seien, Verantwortung bei schwierigen Themen zu übernehmen.¹⁵⁰ Es fehlt an einer Analyse der Ursachen, wie etwa die mangelnde Zeit von Frauen angesichts stundenlangen Schlangestehens mit Essensmarken. Sie waren diejenigen, die zahlreiche Geschäfte aufsuchten, um die Familie zu versorgen. Begründet wurde diese Verantwortlichkeit damit, dass Frauen die Zeit für »so etwas« hätten und über die »richtige Intuition«¹⁵¹ verfügen würden.¹⁵² Diese weitere Aufgabe machte es den Polinnen in Kombination mit der zunehmenden Essentialisierung und Entpolitisierung durch Kirche, Solidarność und Partei doppelt schwer, sich im engeren Sinne politisch zu engagieren. Zudem widersprechen die vielfachen politischen Tätigkeiten von Frauen in der Solidarność der Schlussfolgerung Siemieńskas, die Frauen politische Passivität attestiert. Vielmehr (re)konstruiert die Soziologin hier ein Geschlechterbild, dass vor allem Geschlechterdifferenzen hervorhebt sowie Männern eine politische (öffentliche) und Frauen eine unpolitische (private) häusliche Identität zuspricht.¹⁵³

146 Interview mit Hanka Grupińska. Digital (23.2.2024), S. 2f.

147 Siemieńska: Political Participation, S. 337.

148 Ebd. S. 343.

149 Ebd., S. 344f.

150 Ebd., S. 340.

151 Es ist nicht völlig abwegig, anzunehmen, dass die meisten Männer diesem *mental load*, d. h. der ständigen Bewerksstellung von Ehe, Familie, Arbeit und Haushalt sowie der damit einhergehenden mentalen (Über)Belastung gerne ausgewichen sind und deshalb von einer »fehlenden eigenen Intuition« sprachen.

152 Kenney: Resistance, S. 413.

153 Dies bedeutete keineswegs, dass sie ein solches Narrativ selbst auch verfiicht.

Wie wichtig und politisch die Rolle von Frauen in der Opposition tatsächlich war, belegen insbesondere einige der Interviews, die Shana Penn mit Protagonistinnen der Gewerkschaft geführt hat, z. B. die mit Helena Łuczywo und Ewa Kulik, welche im Untergrund die Zeitung *Tygodnik Mazowsze* – bis 1989 das wichtigste Medium der *Solidarność* – publiziert hatten.

Insgesamt zeigt sich, dass ›traditionelle‹ Geschlechternarrative in der *Solidarność* weitverbreitet waren. Frauen sollten im (privaten) Hintergrund agieren, Männer hingegen an ›vorderster Front‹. Dies war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass gerade der private Raum, d. h. Familienbeziehungen und Rollenverteilungen, explizit vor dem Zugriff der Politik geschützt werden sollten. Forderungen, wie sie in der zweiten Welle der Frauenbewegung ›im Westen‹ aufkamen (wie »Das Private ist politisch«), empfanden weite Teile der Opposition – auch der Frauen – als bedrohliches Szenario und keineswegs als erstrebenswertes Ziel.¹⁵⁴ Vielmehr wurde die Aufrechterhaltung traditioneller Rollen in der Familie gerade von Systemgegner:innen als Freiheit empfunden.¹⁵⁵ Zugleich war damit ›das Private‹ immer inhärent politisch; ein Umstand, der erneut auf das normative Fortwirken des *Matka Polka*-Narrativs in der Opposition verweist.

Hinzu kam, dass Frauen innerhalb der Opposition keine vermeintliche Sonderbehandlung anstrebten, sondern sich den vordringlicheren Zielen der Bewegung unterordneten. Gerade weil sie vonseiten des Regimes immer als eigenständige Gruppe konstruiert worden waren, die der Staat von oben herab definierte und ›bevorzugte‹, lehnten sie es ab, sich über ihr Geschlecht zu identifizieren. Faktisch führte dies dazu, dass Geschlechterfragen für sekundär oder gänzlich unwichtig befunden wurden.¹⁵⁶ Zugleich existierte ein dominierendes Geschlechternarrativ, das eine klare Trennung der Rollen von Frauen und Männern innerhalb der Gesellschaft auf Grundlage einer vermeintlich ›natürlichen‹ Ordnung vorsah, was sich auch in den geschlechterpolitischen Forderungen der *Solidarność* niederschlug.

Ein Beispiel dafür lässt sich in den Verhandlungen der Gewerkschaft mit dem Regime finden, aus denen das »Danziger Abkommen« (*Porozumienie Gdańskie*) hervorging. Punkt 14 beinhaltet die Forderung nach einer Absenkung des Rentenalters auf 55 Jahre (mind. 35 Jahre Arbeitsdauer) für Männer und auf 50 Jahre (mind. 30 Jahre Arbeitsdauer) für Frauen.¹⁵⁷ Diese Forderung stellt offensichtlich eine Ungleichbehandlung dar und erscheint angesichts der deutlich höheren Lebenserwartung von Frauen in der Volksrepublik unlogisch, welche 1980 für Polinnen bei 74,2 Jahren, bei Männern hingegen bei 65,8 Jahren lag.¹⁵⁸ Dies würde eine Rentenzeit von 24,2 Jahren für Frauen und

154 Kraft, Claudia: Paradoxien der Emanzipation, S. 392.

155 Ebd., S. 397.

156 Seiler: Weiblichkeit, S. 256f.

157 Protokół porozumienia zawartego przez Komisję Rządową i Międzyzakładowy Komitet Strajkowy w Gdańsku, in: Herder-Institut (Hg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Sowjetische Hegemonie in Ostmitteleuropa (1922–1991)« bearb. von Guido Hausmann, Dimitri Tolkatsch, Jos Stübner. URL: <https://www.herder-institut.de/digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1474/details/2220.html>. [Abgerufen: 07.04.2020].

158 World Bank: Life expectancy at birth, female (years) and Life expectancy at birth, male (years). URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.FE.IN?end=2021&locations=PL&start=1>

10,8 Jahren für Männer bedeuten. Für viele der damaligen Akteure war diese ›Vorzugsbehandlung‹ hingegen nur folgerichtig, da sie die Mehrbelastung durch Arbeit und Kinder widerspiegelte und zudem ›Großmutteraufgaben‹ erst ermöglichte. Polen stand damit auch keineswegs allein da. Vielmehr gab es in der DDR (und den meisten staatssozialistischen Staaten) unterschiedliche Renteneintrittsalter von 60 bzw. 65 Jahren und auch in der Bundesrepublik konnten Frauen bis 1999 (unter bestimmten Umständen) früher in Rente gehen. Letztlich führte dieses vermeintliche Privileg allerdings zu einer erneuten Marginalisierung und Zurücksetzung von Frauen im Bereich der Erwerbsarbeit, denn einerseits befanden sich insbesondere Personen aus dieser Altersgruppe kurz vor dem Renteneintritt in Führungspositionen, andererseits wurden Frauen damit erneut als (von der Norm abweichende) Gruppe konstruiert, deren primäre Aufgabe nicht im Arbeitsmarkt lag. Dies wird vor allem daran deutlich, dass für Polinnen im Ruhestand durchaus eine Aufgabe vorgesehen war: Sie sollten einen entscheidenden Beitrag zur Kinderbetreuung und -erziehung leisten. Diese Betreuung durch ›die Großmutter‹ wurde auch von meinen Interviewpartnerinnen wiederholt hervorgehoben und war oft unverzichtbar, zumal keine andere Kinderbetreuung vorhanden war.¹⁵⁹ Sie war auch nach dem Ende der Volksrepublik die Norm und wird noch Thema sein. Diesem Modell spricht erneut ein Geschlechterbild, das Männer primär mit entlohnter Erwerbsarbeit und Frauen mit unbezahlter Care-Arbeit assoziiert.

Ein weiterer diskussionswürdiger Punkt des »Danziger Abkommens« ist die Forderung nach Einführung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs (*urlop macierzyński*) von drei Jahren zwecks Kindererziehung. Diese Forderung, der die Regierung zustimmte und die ab 1981 eingeführt wurde, wird in ihren sozioökonomischen Folgen noch zu diskutieren sein. Festzuhalten bleibt zunächst, dass die Gewerkschaft diese berufliche Auszeit ausschließlich für Mütter forderte. Es finden sich keine Überlegungen, eine irgendwie geartete Kinderbetreuungszeit für Väter zu ermöglichen.¹⁶⁰ Seitens der Regierung gab es ebenfalls keine anderslautenden Überlegungen. Damit zeigt sich sehr deutlich, dass ausschließlich Frauen für die Care-Arbeit und folglich den privaten Raum vorgesehen waren. Die *Solidarność* setzte sich – ganz wie die Regierung – für eine Segregation der Gesellschaft anhand von Geschlechtergrenzen ein. Hierbei ist zu betonen, dass sich die Volksrepublik Polen mit diesem Gesellschaftsmodell keineswegs abgrenzte, vielmehr gab es in den 1980er Jahren weder in den staatssozialistischen noch in den marktwirtschaftlichen Ländern eine bezahlte Elternzeit für Väter – mit der Ausnahme von Schweden, wo bereits seit 1974 eine Elternzeit unabhängig vom Geschlecht existiert. Was in der Volksrepublik allerdings bemerkenswert war, ist die Forderung nach drei Jahren bezahlter Elternzeit und deren Umsetzung. Eine derartige finanzielle Förderung (zwischen 50 und 100 % des vorherigen Gehalts in Abhängigkeit vom Gesamteinkommen der Familie) ab dem ersten Kind ist einmalig.¹⁶¹ Dies hatte eine strukturelle Ungleichbehandlung

960&view=chart(female) und [https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.MA.IN?end=2021&locations=PL&start=1960&view=chart\(male\)](https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.MA.IN?end=2021&locations=PL&start=1960&view=chart(male)) [Abgerufen: 03.11.2023].

159 Vgl. Interview mit Zuzanna Kamińska (Pseudonym). Berlin (6.1.2023), S. 4.

160 Protokół porozumienia w Gdańsku.

161 Interessant sind in diesem Zusammenhang die Parallelen zwischen der deutschen Debatte in den 1980er und 1990er Jahren – insbesondere innerhalb der Christdemokratischen Partei – und der Debatte in Polen. Auch andere staatssozialistische Länder führten in den 1970er und 1980er Jahren

im Bereich der Arbeit zur Folge, die in Erwerbsmärkten zur Benachteiligung von Frauen führen musste (und sollte). Allerdings soll nicht verschwiegen werden, dass die Gewerkschaft auch die Forderung nach »ausreichenden Krippen- und Kindergartenplätzen« für berufstätige Mütter aufstellte; staatliche Kinderbetreuung wurde also als notwendig erachtet. Wenig überraschend ist wiederum, dass es sich scheinbar lediglich um die Kinder von Müttern handelte, da Väter nicht erwähnt wurden.¹⁶² Entlarvend für die Geschlechterpolitik der PZPR war wiederum, dass diese (im Gegensatz zum bereits diskutierten Ausbau der Elternzeit) auf diese Forderung der *Solidarność* nicht einging.¹⁶³ Letztlich lässt sich festhalten, dass die *Solidarność* (insgesamt) ebenfalls Care-Arbeit als primäre Aufgabe von Frauen sah und Erwerbsarbeit nur Ergänzung und in ›Frauenberufen‹ stattfinden sollte.

Katholische Kirche

Ein weiterer machtvoller Akteur war die katholische Kirche. So war die PZPR seit der Wahl von Karol Wojtyła im Oktober 1978 zum Papst verstärkt gezwungen, mit der Kirche zu kooperieren. Dies zeigt sich nicht zuletzt am Treffen Edward Giereks mit Kardinal Wyszyński im Januar 1979, um den Besuch des neuen Papstes im Juni 1979 in Polen zu planen.¹⁶⁴ Ein Treffen des ersten Sekretärs einer kommunistischen Partei mit einem Kardinal wäre in anderen sozialistischen Staaten undenkbar gewesen und unterstreicht die Machtstellung der katholischen Kirche in Polen zu dieser Zeit. In Bezug auf die Streikwelle 1980 war die Politik des polnischen Episkopats durchaus ambivalent. Einerseits unterstützte die Kirche die Protestierenden und die im Entstehen begriffene *Solidarność*, andererseits war insbesondere Wyszyński besorgt, dass die Proteste eskalieren und die Sowjetunion in der Folge militärisch eingreifen könnte. Nach einem Gespräch mit Gierek am 26. August 1980 forderte der Kardinal die Protestierenden zu Geduld und Zurückhaltung auf, was unter selbigen teilweise Unmut hervorrief.¹⁶⁵

Ihrer öffentlichen Unterstützung der Opposition zum Trotz nahm die Kirche eine gemäßigte Rolle ein. Auch nach dem Tod Wyszyńskis versuchte sein Nachfolger Józef Glemp weiterhin zu vermitteln. Selbst nachdem Jaruzelski am 17. Oktober 1981 die Macht in der PZPR übernommen hatte, trafen sich Glemp, Jaruzelski und Wałęsa zu Gesprächen. Nach der Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 stellte sich die Kirche zwar demonstrativ auf die Seite der Opposition, blieb aber in einer vermittelnden Position und war die einzige unabhängige Institution, die nicht direkt vom Staat ange-

ein Erziehungsgeld ein, so etwa die Tschechoslowakei im Zuge der sogenannten Normalisierung (*Normalizace*/sk. *Normalizácia*) nach der Niederschlagung des Prager Frühlings. Allerdings wurde dies i. d. R. erst ab dem zweiten Kind bezahlt und lag niedriger. Vgl. dazu: Kondrat, Władysław: *Sytuacja demograficzna w europejskich krajach socjalistycznych*. Warszawa 1989, S. 39.

162 Trembicka, Krystyna/Bachrynowski, Szymon: Dokumenty i źródła. 21 postulatów Międzyzakładowego Komitetu Strajkowego w Gdańsku, in: *Myśl Polityczna/Political Thought* Vol. 3 (4/2020), S. 115–134, hier: S. 132.

163 Perkowski: *Welfare*, S. 476.

164 Eisler: *Months*, S. 163.

165 Ebd., S. 166.

griffen wurde.¹⁶⁶ Dies führte dazu, dass sie eine Machtfülle erreichte wie nie zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die katholische Kirche genoss die Unterstützung eines Großteils der Bevölkerung – selbst unter bisher kirchenfernen Menschen –, während sie zugleich einen großen Einfluss auf die staatlichen Autoritäten ausübte.¹⁶⁷ Wichtig ist dabei zu betonen, dass es für viele Pol:innen keinerlei Widerspruch zwischen dem sozialistischen und dem katholischen Wertekanon gab, vor allem nicht in ökonomischen Fragen.¹⁶⁸

Umso bedeutender ist es also, sich mit den Geschlechternarrativen der katholischen Kirche in Polen zu beschäftigen. Von besonderem Interesse sind dabei geschlechterspezifische Forderungen, die im Zuge des politischen und ökonomischen Krisendiskurses zu Beginn der 1980er Jahre erhoben und zu ihm in Bezug gesetzt wurden. Grundsätzlich forderte die Kirche immer offensiver die Abkehr vom »Irrweg« der Frauenemanzipation, da diese die heilige Rolle der Frau als Mutter infrage stelle. Konsequenterweise ging mit der dogmatisch begründeten Ablehnung von Frauenarbeit auch eine strikte Ablehnung der Empfängnisverhütung und des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch einher.¹⁶⁹ Dies wurde nicht zuletzt mit der sogenannten demografischen Krise begründet, in der sich Polen seit den 1970er Jahren befanden und die zu einem Verschwinden der polnischen Nation führen könne.¹⁷⁰ Auch in diesem Punkt herrschte große Einigkeit mit der PZPR.

In der bereits erwähnten Rede des Primas der polnischen Bischöfe, Kardinal Wyszyński, vom 26. August 1980 – also im Zuge der Streiks in Gdańsk – spricht dieser neben der Aufforderung an die Protestierenden, sich in Zurückhaltung zu üben, viel über die »natürliche« Geschlechterordnung. Zunächst betont er das Primat der Familie, auf die sich der gesamte Staat mit aller Kraft auszurichten habe. Daraus folge auch die Förderung und Garantie »des Lebens« oder – anders gesprochen – eine Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen. Beide Punkte sind für ihn eng mit der Bewahrung der polnischen Nation verbunden, womit er ganz auf einer Linie mit der vonseiten der PZPR kolportierten Argumentation ist. Die Familie müsse zudem vor »Experimenten« bewahrt werden, um – gerade in Krisenzeiten – den »Frieden am häuslichen Herd« zu schützen. Schließlich geht Wyszyński explizit auf die Rolle von Frauen und Männern in der Arbeitswelt ein. Er betont, dass es Aufgaben in der Familie gebe, die nur die Mutter und nicht der Vater erfüllen könne, wohingegen es Aufgaben des Vaters (außerhalb der Familie) gebe, die wiederum nicht von der Mutter erfüllt werden könnten.¹⁷¹ Diese Position hatte der 1948 zum Primas von Polen und 1953 zum Kardinal ernannte Wyszyński bereits in den 1950er Jahren vertreten, als er sich im Zuge der stalinistischen Arbeitsmarktpolitik entschieden gegen gleiche Arbeitsplätze für Männer und Frauen

166 Ebd., S. 168.

167 Ebd., S. 170.

168 Peters: Schocktherapie, S. 65f.

169 Stegmann, Natali: Die Aufwertung der Familie in der Volksrepublik Polen der siebziger Jahre, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* Vol. 53 (4/2005), S. 526–544, hier: S. 540f.

170 Zok: Poland, S. 43.

171 Wyszyński, Kardinal Stefan: Predigt von Kardinal Stefan Wyszyński im Kloster Jasna Góra, 26.8.1980, in: Hermann Volle/Wolfgang Wagner (Hg.): *Krise in Polen. Vom Sommer 80 zum Winter 81*. Bonn 1982, S. 131–134, hier: S. 132f.

eingesetzt hatte.¹⁷² Diese naturalistischen Geschlechternarrative des Kardinals wirken auf den ersten Blick nicht überraschend, entsprechen sie doch in weiten Teilen der gängigen Lehre der katholischen Kirche.¹⁷³ Interessant ist vielmehr, welchen Stellenwert er ihnen in der Krise ab 1980 zuspricht. Wyszyński nennt drei grundsätzliche Aspekte in Hinblick auf Staat und Gesellschaft, die in dieser Situation für alle Christ:innen eine Pflicht seien. So sei es die Aufgabe aller – auch explizit staatlicher Stellen –, die Aufrechterhaltung der »religiös-moralischen Ordnung im Leben der Nation« zu gewährleisten. Unter dieser Pflicht versteht Wyszyński die Wahrung der Unabhängigkeit der polnischen Nation, wobei er betont, dass in Polen vor allem Ordnung herrschen müsse und nicht alle (politischen) Bedürfnisse sofort befriedigt werden könnten.¹⁷⁴ In diesem Sinne warnt er die Oppositionsbewegung vor allzu radikalen Forderungen um den Preis einer möglichen sowjetischen Invasion und bewegt sich damit erstaunlich nahe an der nachträglichen Rechtfertigung des Kriegsrechts durch Jaruzelski.¹⁷⁵ Als weitere Aspekte und Pflichten nennt er die bereits erwähnten Bereiche der Familie und des beruflich-gesellschaftlichen Raums, die sich ebenfalls an die »natürliche Ordnung« zu halten hätten, um den Staat nicht zu gefährden. Alle drei Aspekte bildeten aus seiner Sicht Grundpfeiler der (katholischen) polnischen Nation, d. h. wer an der Geschlechterordnung rüttelte, rüttelte an Polen. Auf diese Weise erklärt er eine Geschlechterpolitik, die auf eine Gleichbehandlung im Erwerbsmarkt oder im Care-Bereich abzielt, faktisch für unvereinbar mit der katholischen Lehre. Nicht zuletzt wird deutlich, dass der Kardinal bereit ist, den Status quo in der Volksrepublik im Grundsatz zu akzeptieren, solange die PZPR keine Politik gegen die katholische Lehre betreibt.

Diese Punkte sind wesentlich, um zu verstehen, warum die stark vom Katholizismus geprägte Opposition von Forderungen nach einer Gleichstellung der Geschlechter Abstand nahm. Es wird deutlich, warum es vor allem katholische Aktivistinnen schwer hatten, wenn sie entgegen den herrschenden Geschlechternarrativen agierten, die auf der einen Seite einen öffentlich-politischen Raum für Männer und auf der anderen Seite einen privaten, allerdings nicht unbedingt dezidiert unpolitischen Raum für Frauen vorsahen.

Zeigen sich in dieser Rede Wyszyńskis sehr deutlich die von der Kirche konstruierten Geschlechterrollen, so möchte ich im Folgenden die Position selbiger zur geschlechterspezifischen Aufteilung von Arbeit noch detaillierter analysieren. Hierbei ist die Enzyklika *Laborem exercens*¹⁷⁶ von Papst Johannes Paul II. von zentraler Bedeutung. Diese am 14. September 1981 publizierte Sozialenzyklika verfasste der Papst nicht zuletzt zur Unterstützung der *Solidarność*. Zugleich finden sich hier einige eindeutige Erläuterungen bezüglich der Rolle von Frauen und Männern in der Gesellschaft – insbesondere im Bereich der Arbeit. So betont der polnische Papst die »drückende Last«, die Frauen mit Haushalt und Kindererziehung trügen. Gleichzeitig seien diese Lasten auch Ausdruck

172 Stegmann: Aufwertung, S. 526.

173 Vgl. Jagielska, Anna: Weiblichkeitsdiskurs in Vatikanischen Verlautbarungen (1880–2015). Hamburg 2019.

174 Vgl. Wyszyński: Predigt.

175 Eisler: Months, S. 166f.

176 Johannes Paul II.: *Laborem Exercens*.

menschlicher und in diesem Fall weiblicher Würde.¹⁷⁷ Schöpften Frauen ihre Würde somit primär aus ihrer Rolle als Mutter, würde umgekehrt ein Ende dieser »Bürde« der Care-Arbeit ihnen auch ihre Würde nehmen. Die Sozialcharta Johannes Pauls II. steht ganz in der Tradition einer Zweiteilung in einen privaten (weiblichen) und einen öffentlichen (männlichen) Raum. Dies schlug sich in konkreten geschlechterpolitischen Forderungen nieder, wie etwa der, dass der männliche Familienvorstand genug verdienen müsse, damit die Gattin nicht gezwungen sei, außer Haus zu arbeiten. Sollte dies nicht möglich sein, müsse es Sozialleistungen für die betreuende Mutter geben. Dies wird folgendermaßen begründet:

»Der notgedrungene Verzicht auf die Erfüllung dieser Aufgaben um eines außerhäuslichen Verdienstes willen ist im Hinblick auf das Wohl der Gesellschaft und der Familie unrecht, wenn er jenen vorrangigen Zielen der Mutterschaft widerspricht oder sie erschwert.«¹⁷⁸

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Frauen in fast allen Ländern der Welt erwerbstätig sind, legt die Enzyklika großen Wert darauf, dass dies zumindest »ihrem eigenen Wesen gemäß« geschehe, sie nicht zum »Aufgeben ihrer Eigenheit« zwingen oder »zum Schaden der Familie« erfolge.¹⁷⁹

Betrachtet man umgekehrt, welche Rolle Männern und insbesondere Vätern zugeschrieben wird, so findet sich nur wenig Explizites. Es ist lediglich der bereits erwähnte Hinweis auf dessen »natürliche« Aufgabe zu finden, einer Arbeit außerhalb des Haushaltes nachzugehen, was nicht verwunderlich ist, gilt doch der arbeitende Mann in der katholischen Soziallehre als Norm. Seine Rolle muss nicht erst definiert oder begründet werden. Aufschlussreich ist ferner, dass von Vätern und ihrer möglichen Rolle in der Familie nicht ein einziges Mal die Rede ist. Der Begriff »Vater« kommt in der Enzyklika nur als Synonym für Gott vor.

Zu diesen für alle Katholik:innen gültigen Geschlechternormen kommt ein Gesichtspunkt hinzu, der für den polnischen Kontext spezifisch ist, nämlich die besondere Ausprägung des Marienkultes, des *Matka Polka*-Mythos, der die »natürliche« Ordnung der Geschlechter mit der nationalen Frage verknüpft. In diesem Zusammenhang ist das Buch von Joanna Staśkiewicz interessant, in dem sie untersucht, warum es in Polen nach 1989 keine katholische Frauenbewegung gab bzw. bis heute nicht gibt. Sie kommt zu dem Schluss, dass sich katholische Frauenorganisationen in Polen sehr nahe an der Position der Amtskirche bewegten, letztere in Geschlechterfragen aber noch deutlich konservativer als der Vatikan (gewesen) sei.¹⁸⁰ Generell versteht die Autorin die Marginalisierung liberaler oder gar feministischer Strömungen in der theologischen Debatte in Polen als Problem sowie als ursächlich für deren konservative Ausrichtung in Geschlechterfra-

177 Ebd., S. 14f.

178 Ebd., S. 32.

179 Ebd.

180 Vgl. dazu: Staśkiewicz: Katholische Frauenbewegung.

gen.¹⁸¹ Vor allem aber verhindere der polnische Marienkult eine wirkliche Gleichberechtigung von Frauen, da er einerseits ein unerreichbares Ideal darstelle und andererseits die Illusion einer herausragenden Frauenrolle schaffe. Zudem betont sie bezüglich der Rolle von Frauen in der katholischen Kirche:

»Die Verknüpfung des rituellen (Volks-)Katholizismus mit der katholisch-nationalen Frauenrolle, die Ablehnung des liberalen Feminismus in katholischen Kreisen sowie das Fehlen einer kritischen Theologie scheinen eine Blockade zu bilden, welche die Entstehung einer katholisch-emanzipatorischen Bewegung bis heute erschwert.«¹⁸²

Staśkiewicz untersucht zwar den Zeitraum nach 1989, doch gilt ihr Fazit, dass es in Polen schwer war, gleichzeitig katholisch zu sein und sich für eine völlige Gleichberechtigung der Geschlechter einzusetzen, da dies der national-katholischen Frauenrolle widersprochen hätte, auch für 1980/81. Dass dies prinzipiell möglich ist, zeigen beispielweise feministische Katholik:innen in Spanien, die regelmäßig für eine stärkere Gleichberechtigung von Frauen in der katholischen Kirche demonstrieren, oder die feste Verankerung feministischer Bibelwissenschaften an vielen theologischen Fakultäten im deutschsprachigen Raum.¹⁸³

Staśkiewicz betont zudem zurecht, dass die polnische Ausprägung des Marienkultes eine enorme Aufwertung von »klassischen Frauenrollen« beinhaltet, weshalb seine (mögliche) Ablehnung umso schwerer erscheint. Die *Matka Polka* lebt in der Nachfolge Marias und ist bereit, sich zum Wohle von Kindern und der Nation gänzlich zu opfern, um die christliche Moral und ihre Werte zu verteidigen.¹⁸⁴ Das Sinnbild schlechthin ist die *Matka Boża Jasnogórska* (Schwarze Madonna von Tschenstochau), die in Polen als heiligste Reliquie verehrt und jährlich von hunderten Pilger:innen besucht wird. Diese Konstruktion weiblicher Identität impliziert einen hohen Stellenwert von Frauen innerhalb der polnischen Gesellschaft.¹⁸⁵ Im Kontext der Volksrepublik Polen und insbesondere im Zuge der Krise von 1980/81 bedeutete der *Matka Polka*-Mythos zunächst, sich weiter um die Erziehung der Kinder nach der »polnisch-katholischen« Moral zu kümmern. Zugleich folgt daraus der Einsatz für die nationale Sache, was in diesem Fall durchaus auch das Engagement in der Opposition bedeuten konnte.

Was dieses Phantasma des Ideals einer polnischen Frau aber nicht beinhaltete, war das Engagement für geschlechterspezifische Belange, die ein Verwischen klarer Geschlechterrollen zur Folge haben könnten – zumal es Aufgabe der *Matka Polka* war, sich und ihre Belange für die Nation zu opfern sowie eigene Bedürfnisse zurückzu-

181 Vgl. auch: Adamiak, Elżbieta: Feministische Theologie in Polen? Ein beinahe unmögliches Thema, in: Angela Berlis et al. (Hg.): Frauenkirchen: Vernetzung und Reflexion im europäischen Kontext. Mainz 1995, S. 106–112.

182 Staśkiewicz, Joanna: Katholische Frauenbewegung in Polen – eine (Un-)Möglichkeit?, in: *Gender – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* Vol. 4 (3/2012), S. 41–57, hier: S. 54.

183 Vgl. dazu: Wacker, Marie-Theres: Zum Stand der christlich-feministischen Exegese. Frauen ins Zentrum stellen, in: *Herder Korrespondenz* Vol. 70 (1/2016), S. 22–25.

184 Walczewska: Frauenrechtsdiskurs, S. 53.

185 Staśkiewicz: Katholische Frauenbewegung, S. 235f.

stellen.¹⁸⁶ Diesbezüglich ist ein weiteres polnisches Spezifikum zu betonen: die starke Vergeschlechtlichung religiöser Vorstellungen. So wird Maria einerseits ganz explizit als Frau gesehen, die andere Frauen besser verstehen könne als (der vermeintlich männliche) Gott.¹⁸⁷ Zugleich wird sie damit im Volksglauben teilweise zur ›Göttin‹ für Frauen verklärt und doch als nahe ›Partnerin‹ jeder Frau wahrgenommen.¹⁸⁸ Dieser binäre Ansatz ist ein völlig anderer als einer, der betont, dass Gott übergeschlechtlich (man könnte sagen, in Bezug auf Geschlecht ›transzendent‹) ist, oder zumindest weder weiblich noch männlich.¹⁸⁹ Meines Erachtens lässt sich diese Betonung ›weiblicher Rollen‹ im essentialistischen Sinne mit dieser starken religiösen Aufwertung im Zuge des Marienkultes verstehen. Dies ist zugleich ein Erklärungsansatz für die Verweigerung geschlechterpolitischer, auf Gleichheit zielender Forderungen vonseiten oppositioneller Frauen.¹⁹⁰

Grundsätzlich wurde in diesem Kapitel deutlich, dass mit der *Solidarność* und der katholischen Kirche beide oppositionellen Akteure, die mit Beginn der sogenannten Krise von 1980/81 an Einfluss gewannen, überwiegend ›traditionelle‹ Geschlechterrollen vertraten, sprich: die Imagination einer vermeintlich natürlichen Aufteilung von Arbeit in einen privaten Care-Bereich für Frauen und einen öffentlichen Erwerbsbereich für Männer. Auch viele Frauen innerhalb dieser Institutionen unterstützten oder rechtfertigten diese Geschlechternarrative, obwohl sie selbige – beispielweise durch ihre Rolle in der Opposition der 1980er Jahre – gleichzeitig dekonstruierten. Dennoch soll nicht unter den Tisch fallen, dass insbesondere innerhalb der *Solidarność* Frauen aktiv waren, die sich für eine Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzten, selbst wenn sie überwiegend marginalisiert wurden. Umgekehrt habe ich keine Hinweise auf Forderungen seitens männlicher Mitglieder gefunden, die Interesse zeigten, die vorherrschende Geschlechterordnung zu ändern.

Der sozialistische Staat näherte sich diesem konservativen Familienbild der Opposition und insbesondere der Kirche zunehmend an, wodurch Frauen vor allem ein Platz in der Familie zugeteilt war, was wiederum ihre Rolle im Erwerbsleben ›automatisch‹ einschränkte.¹⁹¹ Natali Stegmann betont:

»Trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen gab es einen gemeinsamen Diskurs, der vielfach aus dem gleichen kulturellen Fundus schöpfte [...] Im Ergebnis konnten staatliche und kirchliche Politik durchaus zu einer familienpolitischen Einigung führen. [...] Dieser Diskurs propagierte ein dicht gewebtes Muster aus spätsozialisti-

186 Jabłkowska/Saryusz-Wolska: Mutter Polin, S. 354.

187 Es war nicht zufällig Papst Johannes Paul II., der als großer ›Marienverehrer‹ dieser wieder eine stärkere Rolle in der katholischen Kirche zuge dachte.

188 Staśkiewicz: Katholische Frauenbewegung.

189 Theologisch gesehen ist weitgehend Konsens, dass ›Gott‹ kein (männliches) Geschlecht hat. Um dies zu verdeutlichen, fordert beispielsweise die Katholische Jugend in Deutschland »Gott*« zu schreiben, d. h. zu gendern.

190 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 337.

191 Stegmann: Aufwertung, S. 531.

schen und patriotisch-katholischen Sinnzusammenhängen, die einer differenzierten Wahrnehmung der sozialen Interessen von Frauen und Kindern entgegenstanden.«¹⁹²

Dieser Grundkonsens bezüglich der Geschlechternarrative, dem weite Teile von Regierung und Opposition anhängen, blieb nicht ohne Folge für die Geschlechterpolitik der Volksrepublik Polen, im Zuge derer sich insbesondere die Gleichsetzung von Frauen mit Müttern und damit Care-Arbeit manifestierte.

3.3 Sozialpolitik als Geschlechterpolitik

Konkret konzentrierte sich die polnische Geschlechterpolitik ab den 1970er Jahren auf vermeintliche Mutterschutzmaßnahmen sowie auf die Ermöglichung privater, sprich: nicht-staatlicher Kinderbetreuung. So wurde etwa der Ausbau von Teilzeitstellen für Frauen – und zwar ausschließlich für Frauen – forciert, mit dem Ziel, diesen mehr Zeit für die Kinderbetreuung freizuräumen.¹⁹³ Diese geschlechterpolitischen Maßnahmen, die wahlweise mit dem Schutz von Müttern und/oder Kindern begründet wurden und – so die Logik – auf diese Weise der Nation dienen sollten, sind Ausdruck der diskutierten Geschlechterrollen; gleiches gilt für den Erziehungsurlaub. Bereits 1968 war ein einjähriger unbezahlter Erziehungsurlaub für Mütter von Kindern unter vier Jahren eingeführt worden.¹⁹⁴ Dieser wurde 1975 auf drei Jahre (unbezahlt) ausgedehnt.¹⁹⁵ Hinzu kam ab 1972 eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs auf vier Monate, in denen die Mutter weiterhin 100 % ihres vorherigen Gehalts erhielt. Im Juli 1981 wurde schließlich ein Erziehungsurlaub und damit einhergehend ein Elterngeld von 50–100 % für bis zu drei Jahre eingeführt, was einen enormen quantitativen Unterschied zur vorherigen Regelung bedeutete. 100 % ihres eigenen vorherigen Gehalts stand denjenigen Frauen zu, deren Familieneinkommen zusammen genommen 2400 zł nicht überstieg. Zwischen 2400 und 3000 zł erhielt die Arbeitnehmerin 75 % und bei einem noch höheren Einkommen 50 % ihres Verdienstes.¹⁹⁶ Das Erziehungsgeld wurde an Mütter ausgezahlt, deren Kinder keine Betreuungseinrichtung besuchten und war an eine vorherige Erwerbstätigkeit geknüpft (außer bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit während der Schwangerschaft). Theoretisch konnte das Geld auch an den Vater ausgezahlt werden, wenn die Mutter zu seinen Gunsten darauf verzichtete,¹⁹⁷ oder verstorben war.¹⁹⁸ Faktisch geschah dies fast

192 Ebd., S. 543.

193 M.P. 1971 nr 23 poz. 151: Uchwała nr 68 Rady Ministrów z dnia 2 kwietnia 1971 r. w sprawie zwiększenia zatrudnienia kobiet w niepełnym wymiarze czasu pracy.

194 Fidelis: Women, S. 245.

195 Dz.U. 1975 nr 43 poz. 219: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 29 listopada 1975 r. w sprawie bezpłatnych urlopów dla matek pracujących, opiekujących się małymi dziećmi.

196 Dz.U. 1981 nr. 19 poz. 96. Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 11 lipca 1981 r. zmieniające rozporządzenie w sprawie zasad obliczania zasiłków z ubezpieczenia społecznego oraz pokrywania wydatków na te zasiłki.

197 Sie musste dafür einen Antrag stellen, in dem sie ihren Verzicht erklärten und begründeten.

198 Dz.U. 1981 nr 19 poz. 97: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 17 lipca 1981 r. w sprawie urlopów wychowawczych.

ausschließlich in letzterem Fall,¹⁹⁹ was wiederum offenbart, dass Erziehungsurlaub für Väter als absolute Ausnahme galt. Die Frau hatte sowohl das Vorrecht als auch die Pflicht zur Kindererziehung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis von Małgorzata Fidelis, dass sich die polnische Geschlechterpolitik mit diesen Maßnahmen an westeuropäischen, vor allem (west)deutschen Vorbildern orientierte, wo diese Maßnahmen mit der gleichen Absicht eingeführt worden waren, nämlich Frauen »zurück an den Herd« zu bringen.²⁰⁰ Tatsächlich drängt sich bei der Analyse der geschlechterpolitischen Maßnahmen der Volksrepublik der Eindruck auf, dass sich polnische Kommunist:innen und deutsche Christdemokrat:innen in diesem Punkt sehr nahestanden.

Zwar unterscheiden sich die Zahlen zu Teilzeitbeschäftigung und Erziehungsurlaub innerhalb der jeweiligen Akten marginal, doch verdeutlicht der sich abzeichnende Trend die Auswirkungen der im vorherigen Abschnitt diskutierten Geschlechternarrative auf die Vergeschlechtlichung von Arbeit. Frauen wurden nicht nur sprachlich, sondern auch durch geschlechterpolitische Maßnahmen zur Annahme der staatlicherseits vorgesehenen Identität als Mutter gedrängt. Dies führte wiederum zu ihrer strukturellen Benachteiligung auf dem ›Arbeitsmarkt‹,²⁰¹ da die diskutierten Sozialleistungen spezifisch auf Frauen gemünzt waren, während Männer faktisch auf ihre vermeintlich natürliche Rolle als ›Ernährer‹ beschränkt wurden. Damit wurde die propagierte Trennung zwischen Care-Arbeit und Erwerbsarbeit auch zur sozialen Realität.²⁰²

Der Ausbau von Unterstützungsleistungen für Mütter, die ihre Kinder selbst betreuten, ging auf Kosten der staatlichen Kinderbetreuung.²⁰³ Eine Übersicht der *Liga Kobiet* von Anfang 1982 zeigt, dass von 100 Kleinkindern unter drei Jahren nur 16,3 % zumindest zeitweise eine Kindertagesstätte besuchten.²⁰⁴ In der Folge waren 1983 durchschnittlich lediglich 4,5 von 100 Kindern unter drei Jahren in einer Kita.²⁰⁵ Diese Betreuungsquote ist im Vergleich zu anderen sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas niedrig. In der in diesem Bereich führenden DDR lag sie für alle Kinder unter drei Jahren bei 61 %, zudem gab es dort 1980 für 92 % aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Betreuungsplatz.²⁰⁶ Auch Ungarn, die Tschechoslowakei oder die UdSSR hatten deutlich höhere Quoten als Polen vorzuweisen.²⁰⁷ Verglichen mit vielen Staaten Westeuropas, etwa der

199 Rada do spraw Rodziny przy Radzie Ministrów: Stała Komisja do spraw Polityki Społecznej na Rzecz Rodzin – notatki z materiałami z posiedzeń 1985, AAN: Sig. 2/1938/0/1/1/45, S. 12f.

200 Fidelis: Women, S. 244f.

201 Ich verwende den Begriff ›Arbeitsmarkt‹ auch für die Volksrepublik, zumal er von der PZPR selbst (rynku pracy) verwendet wurde. Gleichwohl handelt es sich hier nicht um einen ›Markt‹ im marktwirtschaftlichen Sinne.

202 Kraft: Paradoxien der Emanzipation, S. 389.

203 Stegmann: Aufwertung, S. 536.

204 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza: Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Społeczno-Prawny. Sekretariat. 1982, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4/LII53, S. 3.

205 Rada do Spraw Rodziny: Stała Komisja ds. Polityki Społecznej na rzecz rodzin. AAN: 2/1938/0/1/1/45, hier: Rodzina w programie polityki społecznej i świadczeń socjalnych z uwzględnieniem aktywizacji zawodowej kobiet, S. 14.

206 Neumaier, Christopher: Hausfrau, Berufstätige, Mutter? Frauen im geteilten Deutschland. Berlin 2022, S. 145.

207 Perkowski: Welfare, S. 473.

Bundesrepublik mit 1,5 %, waren die Zahlen in der Volksrepublik wiederum sehr hoch.²⁰⁸ Daten des polnischen Arbeits- und Sozialministeriums aus dem Jahr 1979 zeigen zudem, dass die Betreuungseinrichtungen im Schnitt zu 30 % überbelegt waren.²⁰⁹ Dies lag unter anderem daran, dass zwischen 1976 und 1980 lediglich ein Fünftel der ursprünglich geplanten Kinderbetreuungseinrichtungen eröffnet wurden, da die Politik letztlich andere Prioritäten gesetzt hatte.²¹⁰ Auch hier zeigen sich die geschlechterpolitischen Implikationen der konservativen Wende der PZPR.

Die Betreuung von Kindern, die nicht in staatlichen Einrichtungen untergekommen waren, übernahmen fast ausschließlich Frauen. Dies konnten Großmütter sein, die dafür früher in den Vorruhestand gingen (9,6 %),²¹¹ oder Frauen, die von zu Hause aus arbeiten konnten (20,1 %); hierzu zählten auch die genannten Frauen in Teilzeitarbeit (34,3 %). Für die Kinderbetreuung erhielten zudem 75,3 % aller Mütter Mutterschaftsurlaub; 56,5 % der Familien bekamen eine Familienzulage.²¹² Ferner war das niedrigere Renteneintrittsalter für Frauen eine weitere geschlechterpolitische Maßnahme der Regierung, deren Zweck nicht zuletzt darin lag, Lücken im Bereich der Care-Arbeit zu schließen.

Die betroffenen Frauen selbst nahmen die Unterstützungsleistungen des Staates für ihre Kinderbetreuung ambivalent auf. Zwar gaben mehr als drei Viertel der befragten Frauen an, dass die staatlichen Unterstützungsleistungen die Kinderbetreuung zu Hause erleichtern würden, doch glaubte weniger als die Hälfte von ihnen (47 %), dass diese Sozialleistungen eine größere Wahlfreiheit in der Betreuung ermöglichten.²¹³ Auch zeigt sich an der Überbelegung der Einrichtungen, dass durchaus mehr Bedarf an staatlicher Kinderbetreuung bestanden hätte.

Wiederum verdeutlicht die massive finanzielle Förderung der privaten Kinderbetreuung seitens des polnischen Staates dessen Priorisierung einer Kindererziehung durch ihre Mütter. Entsprechend verbarg sich hinter dem Ausbau von Teilzeitarbeit die Überzeugung der PZPR, dass diese die Verknüpfung von ›Haushaltspflichten‹ und Kindererziehung mit Erwerbsarbeit ermögliche, weshalb sich die Teilzeitarbeit vor allem für Frauen mit kleinen Kindern und verheiratete Frauen eigne.²¹⁴ Hinzu kam, dass staatliche Sozialleistungen für Frauen immer noch mit geringeren Kosten für

208 Konsortium Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland: Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006, S. 34.

209 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki: Posiedzenia Rady ds. Rodziny, Materiały na obrady. Protokoły, informacje, wnioski, postulaty, propozycje, koncepcja, opracowania, korespondencja. 1979/80, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL97, hier: Propozycje w sprawie zasiłku wychowawczego dla matek przerywających pracę dla wychowania dzieci, S. 1.

210 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 38.

211 Es geht hier ausschließlich um Großmütter im Vorruhestand, nicht um Großväter und auch nicht um Großmütter im regulären Ruhestand. Ansonsten wäre die Zahl deutlich höher.

212 KC PZPR: Wydział społeczno-prawny. AAN: 2/1354/0/2.4/LII53, S. 3.

213 Ebd.

214 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/0/2.4.1/XL121, hier: Zatrudnienie kobiet w niepełnym wymiarze czasu pracy, S. 17.

den Staat verbunden waren als ein umfassender Ausbau der Kinderbetreuung. Ferner wurde die materielle Unterstützung von Frauen durch die bereits diskutierte diskursive Aufwertung häuslicher und reproduktiver Arbeit begleitet.²¹⁵ Für die PZPR hatten diese Maßnahmen außerdem den Vorteil, dass sie es der Partei erlaubten, sich als frauen- und familienfreundlich darzustellen.²¹⁶

Diese finanzielle Schwerpunktsetzung des polnischen Staates auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Belange von Müttern zementierte auch im Bereich der Care- und Hausarbeit die bestehenden Normen, zumal sich die Politik gegenüber Vätern nur auf gelegentliche Aufrufe zur Mitarbeit beschränkte. Insofern konnte im Bereich unbezahlter Haus- und Care-Arbeit nach wie vor keine Rede von Gleichberechtigung sein. Für das Jahr 1976²¹⁷ existieren umfangreiche Zahlen, die zeigen, dass Männer im Schnitt 75 Minuten täglich für Haushaltstätigkeiten aufwendeten, Frauen hingegen rund 313 Minuten, d. h. mehr als das Vierfache der investierten Zeit. Betrachtet man nur die verheirateten Frauen, so fallen die Zahlen noch höher aus,²¹⁸ wohingegen für verheiratete Männer gar keine Zahlen aufgeführt wurden – was wiederum symptomatisch für die geschlechterpolitischen Ziele der PZPR ist.²¹⁹ Diese (Nicht)Verteilung von Care-Arbeit ist zwar kein spezifisch polnisches Phänomen, zeigt aber durchaus, dass die Geschlechternarrative der polnischen Kommunist:innen auch der gelebten Realität entsprachen. Zudem wird deutlich, dass die Wahlfreiheit von Frauen in Bezug auf ihre gesellschaftliche Rolle eingeschränkt blieb, denn sobald sie Mutter wurden, blieb ihnen die ›Wahl‹ zwischen einer Doppelbelastung aus Care- und Erwerbsarbeit oder nur Care-Arbeit. Eine institutionelle Unterstützung in der Kindererziehung oder -betreuung existierte zwar, war aber vor allem für kleine Kinder nicht ausreichend, zumal dies vonseiten des polnischen Staates – wie auch seitens der Kirche und der *Solidarność* – nicht gewollt war. Vielen Frauen schien daher eine Beschränkung auf die private Sphäre immer noch die bessere Variante. Auch in der DDR lag die Hausarbeit fast ausschließlich in der Verantwortung von Frauen, doch machte das umfangreiche staatliche Betreuungsangebot für Kinder dort den entscheidenden Unterschied.²²⁰

Faktisch negierte diese Politik der Volksrepublik das Versprechen einer Gleichberechtigung der Geschlechter auf allen Gebieten. Selbst wann man sich auf die sozialistische Argumentationslinie einer Emanzipation durch Arbeit einlässt, widersprechen die geschlechterpolitischen Weichenstellungen seit Mitte der 1970er Jahre und insbesondere

215 Kraft: Paradoxien der Emanzipation, S. 390.

216 Perkowski: Welfare, S. 475.

217 Bis einschließlich 1982 wurden keine neuen Zahlen veröffentlicht.

218 KC PZPR: Rady ds. Rodziny. AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.1/XL97, hier: *Możliwości ułatwienia pracy w gospodarstwie Domowym*, S. 29.

219 Zum Vergleich: In der Bundesrepublik wandten Frauen 2019 rund 4,15 Stunden für Care-Arbeit auf, Männer hingegen nur 2,45 Stunden. Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Unbezahlte Sorgearbeit. Gender Care Gap – ein Indikator für die Gleichstellung. URL: <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294> [Abgerufen: 14.03.2023].

220 Maier, Friederike: The labour market for women and employment perspectives in the aftermath of German unification, in: *Cambridge Journal of Economics* Vol. 17 (3/1993), S. 267–280, hier: S. 272.

seit Beginn der Krise 1980 dieser Behauptung. Die volksrepublikanische Geschlechterpolitik bot Frauen nicht die gleichen Möglichkeiten zur Partizipation am Arbeitsmarkt wie Männern, da die strukturellen Voraussetzungen nicht die gleichen waren. Vielmehr gilt die Feststellung Robert Moellers zur Situation in der Bundesrepublik in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auch für die Volksrepublik, nämlich dass diese Art der Geschlechterpolitik »uncritically accepted women's socially constructed responsibilities to children, husbands and other relatives dependent on unpaid domestic labour.«²²¹

In beiden Ländern war eine als Rückkehr zur ›Normalität‹ präsentierte, an patriarchalen Gesellschaftsbildern orientierte Politik mehrheitsfähig.²²² Geschlechterpolitik wurde zum nützlichen Machtinstrument, indem Begriffe wie ›natürlich‹ und ›Stabilität‹ semantisch mit politischen Maßnahmen verbunden wurden, die demografische und ökonomische Ziele verfolgten und im biopolitischen Sinne dem Machterhalt dienen sollten.²²³ Hinzu kam, wie Piotr Perkowski betont, dass die Überbleibsel der ›Emanzipationsrhetorik‹ lediglich »die fehlenden realen Gleichstellungserfolge und -rückschritte in diesem Bereich« verdeckten.²²⁴ Gleichwohl blieben grundlegende Errungenschaften auch in den 1980er Jahren erhalten – sei es im Bereich der Erwerbsarbeit, teilweise der Kinderbetreuung und nicht zuletzt der öffentlichen Kantinen, die ebenfalls einen Teil der Care-Arbeit ›entprivatisierten‹.²²⁵

3.4 Der Einfluss der Krise von 1980/81 auf die Vergeschlechtlichung von Arbeit

Die zunehmend konservative Geschlechterpolitik der Volksrepublik änderte zunächst nichts an der kontinuierlich steigenden Erwerbstätigkeit polnischer Frauen, auch wenn sich der Zuwachs verringerte. Dies bedeutete in der Konsequenz, dass zwischen 1950 und 1980 die Zahl erwerbstätiger Frauen um das 3,7-fache anstieg; bei Männern lediglich um den Faktor 2,5.²²⁶ Dies kann durchaus als Erfolg der sozialistischen Arbeitsmarktpolitik und ihres Ziels einer stärkeren Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt gewertet werden. Erst im Zuge der politisch-ökonomischen Krise zwischen 1980 und 1982 kam es zu einem größeren Rückgang der Erwerbstätigkeit von Frauen. Es zeigt sich, dass die Zahl der Frauen, die Lohnarbeit nachgingen, in diesem Zeitraum um 161.000 Personen sank, während sie bei Männern um 31.000 anstieg (siehe Tab. 1). Mag es sich nur um eine geringfügige Veränderung handeln, so kehrte sich damit doch erstmals die Entwicklung um, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen schneller stieg als die von Männern.

221 Moeller, Robert: *Protecting Motherhood: Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany*. Berkeley 1993, S. 154.

222 Für ähnliche Forderungen nach einer Rückkehr zur ›Normalität‹ im Zuge der Losung einer »geistig-moralischen Wende« durch die CDU unter Helmut Kohl ab 1980 in der Bundesrepublik, vgl. Union in Deutschland: *Familie – Freiheit – Zukunft* standen im Mittelpunkt (30/1981), S. 11.

223 Lorey: *Macht*, S. 59.

224 Fidelis et al.: *Kobiety*, S. 101.

225 Vgl. Interview mit Zdzisława Janowska. Łódź (5.11.2022), S. 8.

226 Für die Zahlen zum Anstieg seit 1950: KC PZPR: *Dekada ONZ*. AAN: 2/1354/0/2.4.3/XLI139, hier: *Współpraca międzynarodowa i umocnienie pokoju międzynarodowego*, S. 18.

Tabelle 1: Zahl der erwerbstätigen Frauen und Männer zwischen 1980 und 1982 (absolut) sowie Partizipationsrate.

Jahr	Männer			Frauen		
	Gesamt in Mio.	Erwerbstätige in Mio.	Partizipationsrate	Gesamt in Mio.	Erwerbstätige in Mio.	Partizipationsrate
1980	17,411	9,546	54,80 %	18,324	8,222	44,90 %
1981	17,572	9,549	54,30 %	18,490	8,105	43,80 %
1982	17,741	9,567	53,90 %	18,658	8,061	43,20 %

Quelle: International Labour Organisation (ILO)/United Nations Research and Training Institute for the Advancement of Women: *Women in Economic Activity: A global statistical survey (1950–2000)*. Santo Domingo 1985, S. 136.

Dies bedeutet angesichts der steigenden Gesamtbevölkerung der Volksrepublik zwar auch bei Männern einen Rückgang der Partizipationsrate um 0,9 %, doch lag dieser bei Frauen mit 1,7 % fast doppelt so hoch. Hier zeigt sich, was sich zunächst anhand der veränderten Rollenbilder andeutete und schließlich vonseiten der PZPR auch geschlechterpolitisch forciert wurde, nämlich dass Frauen in Zeiten der Krise – und dies bestätigt sich auch im Zuge der sogenannten Transformationskrise – verstärkt entlassen wurden, früher in Rente gingen oder sich gar nicht erst darum bemühten, eine Stelle zu finden. Scheinen die Verschiebungen auch gering, so sind sie für einen Zeitraum von drei Jahren doch deutlich. In einer größeren zeitlichen Perspektive zeichnet sich ab, dass der Anteil erwerbstätiger Frauen in der Volksrepublik ab Mitte der 1970er Jahre nicht mehr stieg.²²⁷ Ein Vergleich mit der DDR zeigt, dass sich dort die Zahl erwerbstätiger Frauen auch zu Beginn der 1980er Jahre erhöhte und ihre Partizipationsrate zwischen 1980 und 1982 von 48,6 auf 49,1 % wuchs.²²⁸ Dies lag nicht zuletzt am permanenten Arbeitskräftemangel, der durch eine stabilere Wirtschaftslage und die enorme ›Westflucht‹ – vor allem bis 1961 – verursacht war.²²⁹ Mögen die Veränderungen in der Partizipationsrate in Polen wie auch in der DDR marginal bzw. demografischen Gründen geschuldet sein, so sind sie in längerer Perspektive doch signifikant, zumal sich auch in Ungarn²³⁰ und der Tschechoslowakei²³¹ eine weiter steigende Erwerbstätigkeit von Frauen beob-

227 KC PZPR: Dekada ONZ. AAN: 2/1354/0/2.4.3/XLI139, hier: Współpraca międzynarodowa i umocnienie pokoju międzynarodowego, S. 18f.

228 ILO: *Women*, S. 134.

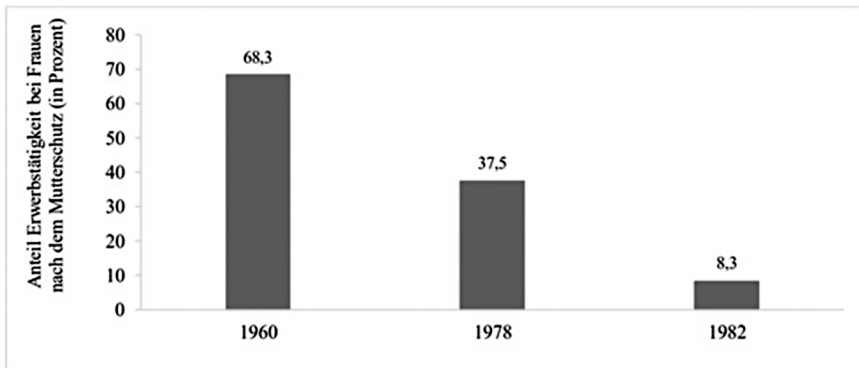
229 Jajeśniak-Quast, Dagmara: »Proletarische Internationalität« ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben, in: Christian Müller/Patrice Poutrus (Hg.): *Ankunft – Alltag – Ausreise Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*. Köln 2005, S. 267–294, hier: S. 287.

230 Szalai, Julia: Some Aspects of the Changing Situation of Women in Hungary, in: *Signs* Vol. 17 (1/1991), S. 152–170, hier: S. 158.

231 Křížková, Alena/Vohlídalová, Martha: The Labour Market and Work-Life Balance in the Czech Republic in Historical Perspective, in: Hana Hašková/Zuzana Uhde (Hg.): *Women and Social Citizenship in Czech Society: Continuity and Change*. Praha 2009, S. 35–72, hier: S. 47.

achten lässt. Bei dem in Polen zu verzeichnenden Rückgang handelte es sich somit um ein länderspezifisches Phänomen, das einerseits auf die prekäre ökonomische Situation des Landes zurückzuführen ist, andererseits verweist die Tatsache, dass die Rate unter Männern nicht sank, auf die Übereinstimmungen zwischen Regierung und Opposition in Geschlechterfragen. Deren Rollenbild, das Frauen nur als Ergänzung von Männern auf dem Erwerbsmarkt sah, führte dazu, dass diese als eine Art »Konjunkturpuffer« dienten. Polinnen wurden in Zeiten des Arbeitskräftemangels eingestellt und in Krisenzeiten wieder entlassen. Ihre Arbeit komplementierte lediglich die männlich konnotierte »Ernährerrolle«, ohne aber die gesellschaftlich erwartete Norm zu sein. Dies zeigt sich noch an zwei weiteren Aspekten: Zum einen dem Anteil teilzeitbeschäftigter Polinnen, der bis zum Ende der 1970er Jahre auf 5,5 % anstieg,²³² zum anderen und am deutlichsten an der rezidierenden Erwerbstätigkeit von Müttern. Der Anteil von Frauen, die nach dem Ende des Mutterschutzes weiterarbeiteten, schwand seit den 1960er Jahren massiv (siehe Abb. 1).

Abbildung 1: Anteil der Frauen, die direkt nach dem Ende des Mutterschutzes wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen.



Quelle: Adam Kurzynowski: *Kariery kobiet*, S. 196.

Waren die Zahlen bis 1978 bereits stark abgesunken, nachdem ein unbezahlter »Erziehungsurlaub« eingeführt worden war, so sanken sie bis 1982 nach der Einführung eines Erziehungsgeldes für drei Jahre auf 8,3 % ab. Nur wenige Frauen, die einen Anspruch auf bezahlten »Erziehungsurlaub« gehabt hätten, entschieden sich stattdessen für die Weiterführung ihrer Erwerbsarbeit. An den enormen Unterschieden in den Zahlen zwischen 1960 und 1982 lässt sich die Auswirkung der veränderten Geschlechterpolitik auf die Erwerbstätigkeit von Frauen ablesen. In absoluten Zahlen bedeutete dies, dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen im Erziehungsurlaub bereits bis 1978 um ca. 400.000 Personen angestiegen war, was in Relation zur Anzahl der arbeitenden Frauen insgesamt – laut dem Hauptstatistikamt (Główny Urząd Statystyczny, GUS) waren dies 1978

232 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/O/2.4.1/XL121, hier: *Zatrudnienie Kobiet w niepełnym wymiarze czasu pracy*, S. 12.

knapp 8,2 Millionen – einen Anstieg um über 700 % bedeutete.²³³ An anderer Stelle nennt das Arbeits- und Sozialministerium ebenfalls unter Berufung auf das GUS für das Jahr 1980 rund 5,296 Millionen in der staatlichen Wirtschaft beschäftigte Frauen, von denen im selben Jahr 9,2 % unbezahlten Erziehungsurlaub genutzt hätten.²³⁴ Unabhängig davon, wie hoch die Zahlen genau waren, wird ein massiver Anstieg des Anteils von Frauen im Erziehungsurlaub bis 1980 und dann verstärkt bis 1982 sichtbar. Diese Frauen im Erziehungsurlaub galten weiterhin als erwerbstätig, standen dem Arbeitsmarkt allerdings nicht mehr zur Verfügung. Hier schlug sich die Gleichsetzung von Frau und Care-Arbeiterin nieder.

Interessant ist darüber hinaus die sektorale Verteilung von Frauen, die Erziehungsurlaub in Anspruch nahmen; so war insbesondere in der Industrie mit 11,8 %²³⁵ und im Handel mit 11,6 % der Anteil von Frauen im Erziehungsurlaub hoch. Hierbei fällt auf, dass eine negative Korrelation zwischen dem Anteil von Frauen im Erziehungsurlaub und ihrem Beschäftigungsanteil in einem Sektor bestand. Im Bereich Bildung und Erziehung lag ihr Anteil bei lediglich 3,7 %, im Gesundheitssektor bei 6,6 % – zwei Sektoren, die von Frauen dominiert waren.²³⁶ Ferner betont das Sozial- und Arbeitsministerium, dass vor allem Ärztinnen und Lehrerinnen den Erziehungsurlaub am seltensten in Anspruch nahmen; Facharbeiterinnen, Frauen im Handel, der Gastronomie sowie generell in ungelernten Berufen hingegen am meisten. Es rechnete damit, dass sich dieser Trend mit der Einführung eines bezahlten Erziehungsurlaubs fortsetzen würde.²³⁷ Dies erlaubt zunächst die Mutmaßung, dass gut ausgebildete Frauen ihren Beruf für sich persönlich als sinnstiftender wahrnahmen als andere. Zu vermuten wäre auch – ohne dies anhand von Quellen belegen zu können –, dass es der Staatsführung nicht ungelegen kam, dass die so dringend benötigten Ärztinnen und Lehrerinnen weiterarbeiteten, Frauen in anderen Berufen hingegen eher den Erziehungsurlaub in Anspruch nahmen. Schließlich bleibt anzumerken, dass diese pauschalen Zahlen große Unterschiede innerhalb der Gruppe von Müttern verdecken. So zeigt eine Betrachtung der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter 24. Jahren, dass diese vor allem stark vom Bildungsgrad der jeweiligen Frauen abhängig war. (Abb. 2) Die starke Korrelation von Bildungsgrad und Erwerbsquote von Frauen mit Kind(ern) unter 24 Jahren (Ende der Unterhaltspflicht für in Aus-

233 Główny Urząd Statystyczny: Polska 1918–2018. Historia Polski w liczbach. Warszawa 2018, S. 109; KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/O/2.4.1/XL121, hier: Kobiety na urlopach bezpłatnych na wychowanie małych dzieci, S. 11.

234 Ebd.

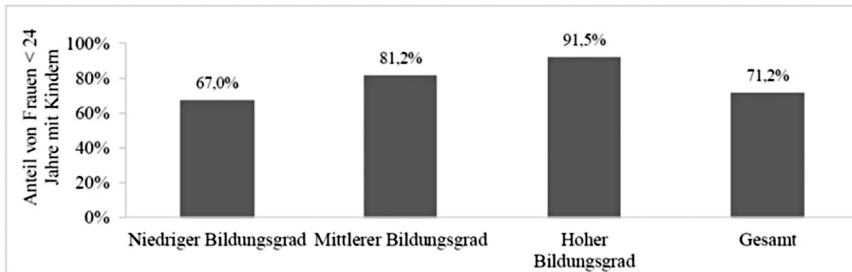
235 Diese Zahlen erscheinen auf den ersten Blick sehr hoch, sind aber realistisch, wie eine kleine Beispielrechnung zeigt: Gehen wir davon aus, dass eine Frau in Polen im Durchschnitt zwei Kinder hatte (1980 waren es faktisch 2,24). Um in Rente zu gehen, musste sie 30 Jahre arbeiten. Die Elternzeit betrug drei Jahre pro Kind. Würde eine Frau also durchschnittliche zwei Kinder bekommen, fünf von sechs möglichen Jahren Elternzeit nehmen und nach 30 Jahren Arbeit in Rente gehen, dann befänden sich im Durchschnitt ein Sechstel oder rund 16,6 % aller Frauen gleichzeitig im Erziehungsurlaub [100/(30 Jahre Arbeitszeit/5 Jahre Erziehungsurlaub)]. 11,8 % erscheinen demnach plausibel.

236 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki.: Min. Pracy, Płaci i Spraw socjalnych. Departament Zatrudnienia Kobiet na urlopach bezpłatnych na wychowanie małych dzieci 1980/81, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.1/XL121, S. 10.

237 KC PZPR: Departament Zatrudnienia Kobiet. Sig. 2/1354/O/2.4.1/XL121, S. 14.

bildung befindliche Kinder) für das Jahr 1978 spiegelt sich bei insgesamt niedrigerer Erwerbsquote auch bei Frauen mit Kleinkindern unter zwei Jahren wider.

Abbildung 2: Erwerbsquote von Frauen mit Kind(ern) unter dem 24. Lebensjahr nach Bildungsgrad im Jahr 1978.

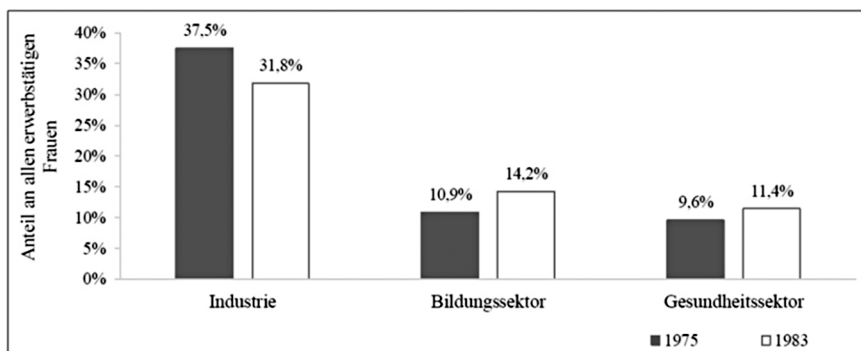


Quelle: KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/O/2.4.1/XL121, hier: Kobiety na urlopach bezpłatnych na wychowanie małych dzieci, S. 6.

Dies steht erneut in Kontrast zur Lage in der DDR, wo die Erwerbsquote von Frauen über alle Altersgruppen hinweg – auch bei Müttern kleiner Kinder – sehr hoch war. Es gab keinen signifikanten Unterschied zwischen der Erwerbsquote von Frauen mit Kindern und ohne Kinder oder von verheirateten und unverheirateten Frauen. Insgesamt lag der Anteil erwerbstätiger Frauen in der DDR im Alter zwischen 15 und 65 Jahren bei 85 % bzw. 91 %, wenn Studentinnen einbezogen werden. Zugleich muss betont werden, dass in der DDR ein enormer Druck im Hinblick auf Vollerwerbstätigkeit und Mutterschaft herrschte. Beides wurde staatlicherseits als obligatorisch propagiert und war keinesfalls das Ergebnis rein emanzipatorischer Überlegungen der SED. Vielmehr galt die Arbeitskraft von Frauen wie auch eine hohe Geburtenrate als unabdingbar für die ökonomische Entwicklung der DDR.²³⁸ Während hier die Kombination aus reproduktiver und Erwerbsarbeit als Norm galt, war es in der Volksrepublik die Fokussierung auf Care-Arbeit, zumindest solange Kleinkinder im Haushalt lebten. Im Zeitraum zwischen dem Aufstieg der *Solidarność* ab Mitte 1980 und ihrem Verbot mit der Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 beschleunigten sich zudem Entwicklungen in der Erwerbsarbeit von Polinnen, die bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre begonnen hatten. Der Anteil körperlich arbeitender Polinnen sank in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts von 56 auf 51 %, womit eine große sektorale Verschiebung einherging, die in einer zunehmenden geschlechterspezifischen Segregation des polnischen Arbeitsmarktes mündete (Abb. 3).

238 Maier, Friederike: The labour market for women and employment perspectives in the aftermath of German unification, in: *Cambridge Journal of Economics* Vol. 17 (3/1993), S. 267–280, hier: S. 268.

Abbildung 3: Anteil erwerbstätiger Frauen nach Sektoren.



Quelle: KC PZPR: Dekada ONZ. AAN: 2/1354/O/2.4.3/XLI139, hier: Współpraca międzynarodowa i umocnienie pokoju międzynarodowego, S. 19f.

1980 stellten Frauen 80,6 % aller Beschäftigten im Bereich Gesundheit und Soziales, 74,7 % im Bereich Bildung und Erziehung sowie 71,5 % im Handel. Demgegenüber steht ihre geringere Partizipation in der Industrie (mit Ausnahme der Leichtindustrie).²³⁹ Auch im Vergleich mit anderen Staaten des Warschauer Pakts zeigt sich, dass Frauen in der Volksrepublik deutlich seltener in der gut bezahlten Industrie arbeiteten. 1983 lag ihr Anteil dort bei 36,5 %, wohingegen in der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei zwischen 41 und 45 % aller Industriearbeiter:innen Frauen waren.²⁴⁰ Eine fortschreitende ›Feminisierung‹ von Berufsgruppen, die als ›typisch weiblich‹ galten – vor allem der Gesundheits- und Bildungssektor – ist wiederum auch in anderen sozialistischen Staaten zu beobachten. Die deutlichere Ausprägung in der Volksrepublik verweist auf die besonders starke soziale Wirksamkeit geschlechterspezifischer Normen in Polen, die auch im Staatssozialismus konstitutiv bleiben.²⁴¹

Hingegen ist den staatssozialistischen (sowie allen anderen) Staaten eine schlechtere Bezahlung von Frauen gemein. In der Volksrepublik erreichten Frauen 68 % des Einkommens ihrer vermeintlich gleichgestellten Genossen, in Ungarn 73 %, alle anderen ostmitteleuropäischen Staaten sowie die Sowjetunion lagen dazwischen. Dies zeigt sich auch anhand der massiven Ungleichverteilung von Frauen und Männern über die Einkommensgruppen (Tab. 2).

239 KC PZPR: Rady Rodziny. AAN: 2/1354/O/2.4.1/XL121, hier: Tabela nr 1.

240 ILO: Women, S. 140.

241 Ebd., S. 142.

Tabelle 2: Verteilung von erwerbstätigen Frauen und Männern nach Einkommensgruppen.

	Frauen	Männer
Bis 10.000 Złoty	17,2 %	4 %
10.001 – 18.000 Złoty	66,6 %	42,9 %
Über 18.000 Złoty	16,2 %	53,1 %

Quelle: Rada do Spraw Rodziny: Stała Komisja ds. Polityki Społecznej na rzecz rodzin. AAN: 2/1938/O/1/1/45, hier: Rodzina w programie polityki społecznej i świadczeń socjalnych z uwzględnieniem aktywizacji zawodowej kobiet, S. 11.

Es wird sehr deutlich, dass Frauen in der niedrigsten Gehaltsgruppe massiv über- und in der höchsten stark unterrepräsentiert waren, was direkt mit der Abwertung ›weiblicher Erwerbsarbeit‹ sowie den damit einhergehenden geschlechterpolitischen Maßnahmen zusammenhing.

Im Vergleich mit anderen Staaten Ostmitteleuropas sowie der UdSSR war der Gehaltsunterschied zwischen den Geschlechtern in der Volksrepublik am größten; wenn auch die Unterschiede zwischen den Ländern des Warschauer Pakts marginal waren und durchaus statistischen Gründen geschuldet sein können, sodass sich für alle der genannten sozialistischen Staaten ein ähnliches Bild ergibt. Vergleicht man diese Werte mit den kapitalistischen Staaten Westeuropas und den USA, so zeigt sich dort eine deutlich größere Heterogenität. Der Gender Pay Gap reicht hier von 15 % in Schweden bis zu fast 50 % in Luxemburg. Im Durchschnitt sind die Unterschiede aber ähnlich wie in den staatssozialistischen Staaten,²⁴² was vermuten lässt, dass die Differenz nicht allein mit dem politisch-ökonomischen System korreliert, sondern auf geschlechterspezifische Diskriminierungen zurückzuführen ist.

Die Soziologin Renata Siemieńska kritisiert diese arbeitsmarktspezifische Geschlechtersegregation in der Volksrepublik und weist bereits 1985 auf die Überrepräsentation von Frauen in Berufen mit geringfügiger Bezahlung und niedrigem Prestige hin. Als ursächlich sieht sie einerseits Berufsverbote für Frauen in vermeintlich gesundheitsgefährdenden Tätigkeitsbereichen; andererseits verweist sie auf Geschlechterquoten in bestimmten Studienfächern, die sich ebenfalls zuungunsten von Frauen auswirken können. Als Hauptgrund für die geschlechterspezifische Segregation in den verschiedenen Wirtschaftssektoren führt sie wiederum tief in der Gesellschaft verankerte, traditionelle Geschlechterrollen an.²⁴³ Ihre Beobachtung einer Benachteiligung von Frauen bestätigt sich beispielsweise an den Universitäten. So blieb der Anteil von Professorinnen mit 11 % im Jahr 1980 angesichts des Gleichberechtigungsversprechen der PZPR gering.²⁴⁴

242 Brainerd, Elizabeth: Women in transition: Changes in gender wage differentials in Eastern Europe and the former Soviet Union, in: *Industrial & Labor Relations Review* Vol. 54 (1/2000), S. 138–162, hier: S. 141.

243 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 335.

244 Kowalski: Feminismus, S. 53f.

Zugleich ist zu betonen, dass er im internationalen Vergleich (BRD: ca. 5 %; UK: 2,6 %²⁴⁵ sehr hoch war; auch verglichen mit der DDR.²⁴⁶ Vergleichend betrachtet handelt es sich hierbei also eher um einen Modernisierungserfolg der Volksrepublik.

Schließlich muss ein weiterer Faktor berücksichtigt werden, nämlich die Tatsache, dass es in Zeiten einer miserablen Versorgungslage in der Volksrepublik vor allem Frauen waren, die sich stundenlang in Warteschlangen vor Geschäfte stellten, um dringend benötigte Lebensmittel zu erstehen. Der Aspekt ist keineswegs zu vernachlässigen, da diese Arbeit mit einem enormen Zeitaufwand verbunden war. Auch hier wird das Geschlecht zum Platzanweiser in der Krisengesellschaft – wird doch von Frauen selbstverständlich erwartet, die Folgen der sozioökonomischen Situation für die gesamte Familie aufzufangen.²⁴⁷ Dieser Aspekt ist oft noch wichtiger als die Einkommensunterschiede, war der Faktor Zeit in der Krise von 1980/81, in der es mit Geld nur wenig zu kaufen gab, doch ein entscheidender. Piotr Perkowski vergleicht die Situation in den 1980er Jahren mit der in der Nachkriegszeit, wo Frauen ebenfalls die Bürde der ökonomischen Lage des Staates übertragen worden sei. Er betont zudem den Zusammenhang zwischen Krise und Geschlechterpolitik. So hätten einige Frauen Anfang der 1980er Jahre auch deshalb Mutterschutz genommen, um Zeit für die Besorgung von raren Produkten zu haben; gerade angesichts dessen, dass Betreuungseinrichtungen ein rares Gut waren.²⁴⁸

Ein weiterer Bereich, der einen aufschlussreichen Untersuchungsgegenstand im Hinblick auf seine Geschlechterdimension darstellt, ist der Agrarsektor, der im Rahmen dieser Arbeit allerdings nur am Rande berücksichtigt werden kann. Im polnischen Agrarsektor waren im Jahr 1983 rund 25,6 % aller Polinnen und somit offiziell weniger als in den meisten anderen sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas erwerbstätig; mit zwischen 1960 und 1983 leicht steigender Tendenz (im Gegensatz zu allen anderen Staaten außer Rumänien).²⁴⁹ Diese Zahlen sind allerdings nur bedingt aussagekräftig, verdecken sie doch unbezahlt mitarbeitende Familienmitglieder – nämlich vielfach Frauen, deren Situation bis heute nur unzureichend erforscht ist. Darüber hinaus berücksichtigen die Zahlen der ILO (International Labour Organization) die unterschiedlichen Kollektivierungssysteme bzw. – wie im Falle Polens – die ›Nicht-Kollektivierung‹ nicht. Fest steht allerdings, dass Polinnen auf dem Land den überwiegenden Teil der unbezahlten Arbeitskräfte auf privaten Bauernhöfen stellten. Ihre Situation war oft von harter Arbeit und Armut geprägt.²⁵⁰ Dies spiegelt den patriarchalen Charakter dieser Arbeitsorganisation wider, zumal die Frau damit finanziell vollkommen von ihrem Ehemann abhängig und ihre Arbeit Verfügungsmasse des ›Familienvorstands‹ war. Schließlich ist neben dem Agrarbereich auch der sogenannte Schwarzmarkt ein Feld,

245 UK: Sutherland, Margaret: ›Donna Britannica‹ – University Women Teachers in Great Britain, in: *The Journal of Educational Thought (JET)* Vol. 17 (2/1983), S. 133–144, hier: S. 133. BRD: Statistisches Bundesamt: Statistischer Bericht – Statistik des Hochschulpersonals. URL: <https://www.gesis.org/cews/daten-und-informationen/statistiken/thematische-suche/detailanzeige/article/frauenanteile-an-habilitationen-berufungen-professuren-und-c4-w3-professuren> [Abgerufen: 21.05.2024].

246 Nagelschmidt: Realitäten, S. 36f.

247 Kenney: Resistance, S. 413.

248 Perkowski: Welfare, S. 478.

249 ILO: Women, S. 141.

250 Reading: Polish Women, S. 47.

das noch einmal einen anderen Blick auf die Volksrepublik ermöglicht und durchaus eine Geschlechterdimension aufweist, hier jedoch nicht weiter thematisiert werden kann.²⁵¹

Zu dieser horizontalen Segregation in der Volksrepublik Polen kam hinzu, dass es auch innerhalb ›feminisierter‹ Branchen eine vertikale Geschlechtersegregation hinsichtlich der Bezahlung von Frauen und Männern sowie ihrer Repräsentation in Führungspositionen gab.²⁵² Auch dass Frauen in den 1970er Jahren bei den Bildungsabschlüssen aufschließen konnten, wirkte sich nicht zu ihren Gunsten aus. In denjenigen Industriezweigen, in denen Frauen (je nach Fabrik) mit einem Anteil von 51 bis 68 % der Gesamtbelegschaft stark vertreten waren, wie etwa in der Baumwollindustrie, lag ihr Anteil an Führungspositionen nur bei 9 bis ca. 21 %; die Regel waren 10 bis 15 %. Lediglich in der von Frauen dominierten Strickwarenindustrie bekleideten diese mit 35 % mehr als ein Drittel der Führungspositionen, und dennoch waren auch dort die höchsten Ränge von Männern besetzt: So gab es in ganz Polen 21 Direktoren, aber keine einzige Direktorin in diesem Industriezweig, und bei den Vizedirektor:innen lag das Verhältnis bei 89 zu fünf.²⁵³ Diese Benachteiligung kritisierte Siemieńska bereits 1985 in einer Studie. Sie konstatiert für die gesamte Führungsriege innerhalb des industriellen Sektors einen Frauenanteil von 4–10 %.²⁵⁴ Entgegen den Versprechungen der volksrepublikanischen Verfassung existierte eine ›gläserne Decke‹ für Frauen – oder, um es (frei) mit George Orwell zu sagen: »Alle [...] sind gleich, aber manche sind gleicher.« Meine Interviewpartnerin Karolina Przybylska, die Anfang der 1980er Jahre ihr juristisches Studium beendet und im Bereich Arbeits- und Sozialrecht zu arbeiten begonnen hatte, äußerte mir gegenüber ähnliche Beobachtungen: »Der Mann war der Chef, der stellvertretende Chef. [...] Das heißt, auf der Ebene des Direktors gibt es eine Frau, aber sie ist die Sekretärin des Herrn Direktors.«²⁵⁵ Gleiches betonte mir gegenüber auch Zdzisława Janowska bezüglich der Leichtindustrie in Łódź, wo es kaum Direktorinnen gegeben habe.²⁵⁶

Theoretisch konnten Frauen in den meisten Sektoren arbeiten, taten dies aber faktisch und ab den 1970er Jahren zunehmend in ›klassischen Frauenberufen‹. Diese waren schlechter bezahlt, was in Kombination mit der oftmals auch innerhalb der gleichen Berufe gegebenen Lohndiskriminierung zu einem durchschnittlichen Verdienstunter-

251 Vgl. Kochanowski, Jerzy: Jenseits der Planwirtschaft. Der Schwarzmarkt in Polen 1944–1989. Göttingen 2013.

252 Kraft, Claudia: Paradoxien der Emanzipation, S. 389.

253 Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie. Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki: Działalność wojewódzkich Rad Kobiet dotycząca aktywności zawodowej i społeczno-politycznej kobiet. Uchwała, referat, apel, notaki, oceny, zalecenia, informacje, wnioski, wycinki prasowe 1977–1978, 1980, AAN: Sig. 2/1354/0/2.4.1/XL43, hier: Ocena Realizacji postanowień egzekutywy KC PZPR, Tabela nr 4.

254 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 335.

255 Przybylska: Transkript, S. 9. »Mężczyzna był szefem, wiceszefem. [...] Że jak, jak już jest poziom dyrekcji, to kobieta jest, ale jest sekretarką pana dyrektora.«

256 Janowska: Transkript, S. 7. Janowska war zu diesem Zeitpunkt an der Universität Łódź angestellt, wo sie 1972 in Wirtschaftswissenschaften promovierte und 1986 habilitiert wurde.

schied von 30 % führte.²⁵⁷ Diese Tatsache war allerdings ein politisches Tabu und spiegelt sich deshalb kaum in den Akten wider. Einzige Ausnahme war Kritik vonseiten der *Liga Kobiet*, wie sie beispielsweise Ende 1981 im Zuge der Krise möglich war.²⁵⁸

Ein letzter Punkt, der ebenfalls eine Geschlechterdimension sowie Auswirkungen auf den polnischen Arbeitsmarkt hatte, ist die Emigration aus der Volksrepublik. Fast 1,25 Millionen Menschen emigrierten zwischen 1980 und 1989 aus der Volksrepublik in den Westen, vor allem in die Bundesrepublik;²⁵⁹ diese Personen waren überdurchschnittlich gebildet und meist im erwerbsfähigen Alter.²⁶⁰ Zahlen des GUS, die sich ausschließlich auf die formale²⁶¹ Migration beziehen, zeigen, dass in der gesamten staatssozialistischen Periode mehr Frauen als Männer emigrierten.²⁶² In den 1980er Jahren war das Verhältnis insgesamt ausgeglichen; Frauen stellten den deutlich größeren Teil der legalen Migration, die vor allem über Heirat erfolgte, während Männer mehrheitlich »illegal« migrierten und oft »Vorreiter« waren, die später ihre Ehefrauen und Familien nachholten.²⁶³ Ab 1987 entwickelte sich darüber hinaus eine »Heiratsmigration« (primär in die Bundesrepublik) unter durchaus fragwürdigen Umständen, zumal die emigrierenden Frauen in den ersten vier Ehejahren im Falle einer Scheidung abgeschoben worden wären, was nicht selten massive Abhängigkeiten nach sich zog.²⁶⁴ Die Migration konnte aber auch eine Flucht aus Ehe oder Familie sein. So floh meine Interviewpartnerin Paulina Kowalczyk²⁶⁵ in den 1980er Jahren (»illegal«) aus Polen in die Bundesrepublik (nach Westberlin). Sie betont, aus Gdańsk weggegangen zu sei, da damals in Polen ein respektloser Umgang mit Frauen und Kindern geherrscht habe, der sich beispielsweise in körperlicher und psychischer Gewalt in ihrer Ursprungsfamilie niedergeschlagen habe. Sie habe erstmals in (West)Berlin verstanden, dass sie als Frau auch Rechte habe, als eine Mitarbeiterin vom Sozialamt ihr blaues Auge (aufgrund physischer Gewalt durch ihren mit ihr migrierten Exmann) bemerkt und ihr gesagt habe, sie bräuchte ein eigenes Konto.²⁶⁶ Aus ihrer Sicht habe damals einer der Unter-

257 Reading: Polish Women, S. 40f.

258 KC: Liga Kobiet 1981, hier: Uchwała Programowa.

259 Stola, Dariusz: Das kommunistische Polen als Auswanderungsland, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* Vol. 2 (3/2005), S. 345–365, hier: S. 364.

260 Ebd., S. 360.

261 Genehmigte Ausreise; »nicht formal« bedeutet hingegen, dass die Personen nicht zurückgekommen sind.

262 Główny Urząd Statystyczny: Mały Rocznik Statystyczny 1992. Warszawa 1992, S. 52.

263 Stola: Polen als Auswanderungsland, S. 356.

264 Miera, Frauke: Migration aus Polen. Zwischen nationaler Migrationspolitik und transnationalen sozialen Lebensräumen, in: Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald (Hg.): *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Wiesbaden 1997, S. 232–254, hier: S. 238f.

265 Pseudonym.

266 Interview mit Paulina Kowalczyk. Frankfurt (Oder) (7.12.2023), S. 2f.

schiede zwischen Polen und Deutschland bzw. (West)Berlin²⁶⁷ darin bestanden, dass in Ersterem von ihr erwartet worden war, dass sie einen »Versorger« habe.²⁶⁸

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Beschäftigung von Pol:innen in der DDR. So erreichte die Zahl der Pendler:innen aus der Volksrepublik in die DDR in den 1980er Jahren einen Höchststand. In den westlichen Wojewodschaften Polens waren insbesondere Frauen von Arbeitslosigkeit betroffen, weshalb viele von ihnen zu täglichen Grenzgängerinnen wurden.²⁶⁹ Darüber hinaus bot die Erwerbstätigkeit in der DDR vielen die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg, Anerkennung sowie im Zuge der Wirtschaftsprobleme der 1980er Jahre in der Volksrepublik zu erweiterten Konsummöglichkeiten.²⁷⁰

Diese Migrations- und Pendelbewegungen zeigen zunächst, dass in der Volksrepublik häufig ein Arbeitskräfteüberschuss bestand, in der DDR hingegen ein Mangel an selbiger. Eine Geschlechterdimension ist vor allem bei den Pendler:innen in den Grenzregionen zu verzeichnen, die überwiegend (junge) Frauen waren und in der Volksrepublik keine Arbeit fanden. Nicht zuletzt daran wird deutlich, dass sich die Konstruktion der Frau als zweitrangiger Arbeiterin auch sozial niederschlug.

Die PZPR hatte sich ab Mitte der 1970er Jahre zunehmend patriarchaler Geschlechternarrative bedient, die eine Segregation anhand »natürlicher« Geschlechterrollen verlangten. Im Arbeitsbereich führte dies zu einer verstärkten Essentialisierung bestimmter Berufsgruppen und einem generellen Rückgang der Erwerbstätigkeit von Frauen zugunsten einer Fokussierung auf Care-Arbeit. Zwar war Geschlecht bereits vor den 1980er Jahren einer der »Platzanweiser« in der volksrepublikanischen Gesellschaft gewesen, doch verstärkte sich dies nun zuungunsten der Wahlfreiheit von Polinnen in Bezug auf die von ihnen einzunehmende(n) gesellschaftliche(n) Rolle(n).

3.5 Der »Frühling der Opposition« als Beginn eines geschlechterspezifischen Transformationsprozesses. 1980/81 im Vergleich zu den Umbrüchen von 1956, 1970 und 1976

Die »Polnischen Monate« (*Polskie Miesiące*)²⁷¹ waren nicht nur Wendepunkte der polnischen Nachkriegsgeschichte an sich, sondern vor allem auch aus einer geschlechtergeschichtlichen Perspektive. In ihrem Zuge veränderte sich der Status sowie die staatlicherseits propagierte Rolle von Frauen und damit umgekehrt auch die von Männern. Dies schlug sich wiederum in der Geschlechterpolitik der Volksrepublik nieder.²⁷²

267 Meines Erachtens ist die Betonung von (West)Berlin in diesem Kontext wichtig, zumal die Situation in ländlichen Teilen (man denke beispielsweise an Oberbayern) sicherlich völlig anders aussah. Was »die Züchtigung« von Kindern angeht, ist diese heute in Polen und Deutschland verboten, in anderen europäischen Staaten wie Frankreich oder Tschechien allerdings weiterhin erlaubt.

268 Kowalczyk: Transkript, S. 5.

269 Jajeński-Quast: Großbetriebe, S. 271f.

270 Ebd., S. 289f.

271 Mit den *Polskie Miesiące* sind die politischen und sozioökonomischen Krisen in der Geschichte der Volksrepublik im Juni und Oktober 1956, im März und August 1968, im Dezember 1970, im Juni 1976, im August 1980 sowie im Dezember 1981 gemeint.

272 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 334.

Mit den 1980er Jahren beginnt ein geschlechterspezifischer Transformationsprozess. Die staatssozialistische Geschlechterpolitik, die im Vergleich mit den Staaten des sogenannten Westens deutlich progressiver war und Frauen eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie ermöglichte, wurde nun zunehmend zur Modernisierungsblockade. Entwickelten sich die sogenannten westlichen Staaten – wobei insbesondere die skandinavischen hervorzuheben sind – im Bereich der Arbeit allmählich in Richtung einer stärkeren Gleichberechtigung der Geschlechter, so vollzog sich in der Volksrepublik das Gegenteil. Zwar blieb das Land im Hinblick auf die Erwerbsquote von Frauen sowie die staatliche Kinderbetreuung bis 1989/90 im Vergleich mit ›dem Westen‹ führend, doch war der Trend eindeutig, sodass sich fast von einer geschlechterspezifischen ›Verbürgerlichung‹ der Volksrepublik sprechen lässt.

Der Unterschied zwischen der politisch-ökonomischen Krise zu Beginn der 1980er Jahre und allen vorangegangenen Krisen lag in der Kumulation und Zuspitzung verschiedener Entwicklungen und deren geschlechterpolitischen Dimension. So war seit der Krise Mitte der 1970er Jahre die Familie als primäre Erfüllung der Frau propagiert worden, worauf bereits Renata Siemieńska in ihren Untersuchungen zu Beginn der 1980er Jahre hinwies.²⁷³ Aber erst der sich Ende der 1970er Jahre zuspitzende Krisendiskurs erzeugte ein Momentum zuungunsten erwerbstätiger Frauen.²⁷⁴

Die katholische Kirche erreichte eine bis dahin in sozialistischen Staaten unbekannte Machtfülle und unterstützte in Zusammenarbeit mit weiten Teilen der *Solidarność* eine Abkehr von ›unnatürlichen‹ Frauenrollen. Diese Forderungen trafen auf ein Regime, das patriarchale Geschlechterrollen zutiefst verinnerlicht hatte und zugleich versuchte, mithilfe einer essentialistisch begründeten und konservativen Geschlechterpolitik sein Ansehen zu erhöhen und im selben Atemzug seine ökonomischen Probleme zu lösen. Dies war nicht zuletzt nötig geworden, da der ungeschriebene soziale Kontrakt der Volksrepublik, der seinen Bürger:innen dauerhafte materielle Verbesserungen als Gegenleistung für politische Akzeptanz der Herrschaft der PZPR versprochen hatte, in der Krise brüchig geworden war.²⁷⁵ Die Vorstellung von einer Aufteilung von Arbeit in einen privaten Bereich für Frauen (Care-Arbeit) und einen öffentlichen für Männer (Erwerbsarbeit) stellte den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den drei politischen Akteuren dar. Insgesamt ließ sich das Regime unter Jaruzelski zunehmend auf den kulturellen Deutungsrahmen der Opposition ein, wodurch sozialistische Überzeugungen wie die von der ›Emanzipation der Frau‹ (durch Partizipation an Erwerbsarbeit) auf der Strecke blieben bzw. umgedeutet wurden.²⁷⁶ Das Resultat war eine Fokussierung von Sozialleistungen auf Mütter, die Forcierung einer strikten Rollenverteilung innerhalb der Gesellschaft und eine zunehmende Segregation des Arbeitsmarktes anhand von Geschlechtergrenzen durch den polnischen Staat mit dem Ziel, die Herrschaft der PZPR zu sichern.²⁷⁷ Diese Situation wirkte sich insbesondere im Zuge der Krise von 1980/81 entschieden zuungunsten einer gleichberechtigten Erwerbsbeteiligung von Frauen aus.

273 Ebd.

274 Stegmann: Aufwertung, S. 536.

275 Zok: Gendered social policies, S. 45.

276 Kenney: Resistance, S. 408.

277 Perkowski: Welfare, S. 480.

In der Folge wurde das Versprechen gleicher Rechte für Frauen und Männer im Bereich der Erwerbsarbeit nicht mehr als wesentlich wahrgenommen, was dazu führte, dass der Frauenanteil in Führungspositionen von Politik und Wirtschaft in der Volksrepublik erstmals sank.²⁷⁸ So hatte beispielsweise der Frauenanteil im Sejm 1978 mit 23 % einen vorläufigen Höhepunkt erreicht und war ab 1980/81 wieder im Sinken begriffen.²⁷⁹ Diese Politik konnte durchgesetzt werden, da sich Partei und Opposition in ihren Rollenbildern weitgehend einig waren.²⁸⁰ Entschieden gegen diese neue Ausrichtung der Politik wandte sich die »Frauenkommission« der PZPR, die Diskriminierungen von Frauen anprangerte und das Zentralkomitee immer wieder daran erinnerte, dass die Emanzipation der Frau Teil der sozialistischen Idee sei. Allerdings gerieten diese Frauen – wie Michael Zok betont – mit ihren Forderungen zunehmend unter Druck des konservativen Geschlechterdiskurses.²⁸¹ Viele der Frauen hatten zu den treuesten Unterstützerinnen der Volksrepublik gezählt und nicht wenige wandten sich nun enttäuscht ab. Nichtsdestoweniger trugen sie ihren Teil dazu bei, dass die Volksrepublik weiterhin zumindest nach außen am Ideal der Gleichberechtigung der Geschlechter festhielt. Praktisch bedeutete dies, dass staatliche Kinderbetreuung nach wie vor angeboten wurde, wenn auch in geringerem Ausmaß. Nicht zuletzt deshalb blieben grundlegende Errungenschaften bezüglich der Gleichberechtigung von Frauen erhalten. Sie waren oft bestens ausgebildet und konnten an weiten Teilen des Arbeitsmarktes partizipieren. Diese Leistungen und die zumindest postulierte Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verhinderten bis 1989 große Rückschritte im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit von Frauen. Den in der volksrepublikanischen Verfassung festgehaltenen Anspruch einer Gleichberechtigung der Geschlechter auf allen Gebieten des staatlichen, politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens sowie von gleichen Löhnen für gleiche Arbeit konnte und wollte der realsozialistische Staat hingegen nie einlösen.²⁸² Im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik gab er allerdings auch den Anspruch auf, es zumindest zu versuchen. Mit der sich zuspitzenden Krise zu Beginn der 1980er Jahre setzte in der Volksrepublik ein geschlechterspezifischer Transformationsprozess ein, der sie von einer Vorreiterin bei der Einbeziehung von Frauen in Erwerbsmärkte ganz allmählich zur Nachzüglerin werden ließ.

Exkurs: Emanzipierte der Sozialismus Frauen in Polen und Ost(mittel)europa?

»Analysis of data on women's participation in economic activity in the USSR and the socialist countries of Europe shows that men and women in these countries enjoy equal rights in all areas of economic, political and social life. The exercise of these rights is

278 Siemieńska: 1980 Crisis, S. 345.

279 Ebd., S. 335. Erst 2011 wurde dieser Frauenanteil mit 23,9 % wieder erreicht.

280 Stegmann: Aufwertung, S. 544.

281 Zok: Gendered social policies, S. 46.

282 Dz.U. 1976 nr 7 poz. 36: Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uchwalona przez Sejm Ustawodawczy w dniu 10 lutego 1976 r.

guaranteed by granting women equal opportunities with men in access to education and vocational training and in work.«²⁸³

Zu diesem Fazit kommen die ILO und das INSTRAW (International Research and Training Institute for the Advancement of Women)²⁸⁵ nach einer vergleichenden Analyse globaler Statistiken zur Erwerbsbeteiligung von Frauen. Dass diese Schlussfolgerungen ein sehr euphemistisches Bild der Situation von Frauen im Staatssozialismus zeichnen, wurde im vorherigen Kapitel ausführlich erörtert. Insbesondere die Behauptung gleicher Chancen im Bereich der Arbeit ist so nicht haltbar und entspricht mehr der Außendarstellung der betreffenden Staaten als der Realität. Indes verweist der Bericht durchaus zu Recht auf die enormen Leistungen staatssozialistischer Staaten wie der DDR oder der Volksrepublik bei der Einbeziehung von Frauen in Erwerbsmärkte – gerade auch im Vergleich mit den Ländern der sogenannten Ersten Welt.

Insofern lohnt ein erneuter kritischer Blick auf die Frage, inwiefern der Staatssozialismus in den Ländern des Warschauer Pakts dazu beitrug, Frauen zu emanzipieren, gerade in Anbetracht der Tatsache, dass sie in den vergangenen Jahren verstärkt in der Forschung diskutiert wurde. Insbesondere bei der geschlechtergeschichtlichen Aufarbeitung der DDR fand eine ausgewogene und kritische Auseinandersetzung mit den Vorzügen des staatssozialistischen Systems bezüglich der Stellung von Frauen statt.²⁸⁴ Diese Debatte ging nach 2017 in eine neue Runde, als Kristen Ghodsee erst in der *New York Times* einen Artikel mit dem Titel »Why Women Had Better Sex Under Socialism«²⁸⁵ veröffentlichte, bevor sie anschließend ein Buch mit demselben Titel verfasste, in welchem es zu Beginn der Einleitung heißt:

»Unregulierter Kapitalismus ist schlecht für Frauen, und wenn wir einige sozialistische Ideen aufgreifen, haben Frauen ein besseres Leben. Richtig umgesetzt führt Sozialismus zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit, besseren Arbeitsbedingungen, einer ausgewogenen Balance zwischen Arbeit und Familie und, genau, sogar zu besserem Sex.«²⁸⁶

Hierbei ist wichtig zu betonen, dass Ghodsee aus einer US-amerikanischen Perspektive schreibt und mit ihrem Werben für einen demokratischen Sozialismus eher den skandinavischen Sozialstaat vor Augen hat als den real existierenden Sozialismus des Warschauer Pakts. In ihrer wissenschaftlichen Arbeit (beispielsweise in ihrer Dissertation)²⁸⁷ nimmt sie allerdings vor allem letztere Staaten in den Blick. In einem 2012 erschienenen Aufsatz diskutiert sie die Errungenschaften der sozialistischen Staaten bei der Emanzipation von Frauen, wobei sie die Handlungsfähigkeit staatssozialistischer Frauenorganisationen hervorhebt: »[They] may have truly attempted to create a better

283 ILO: Women, S. 147.

284 Vgl. dazu: Neumaier: Frauen. Sehr lesenswert ist dazu auch die mikrohistorisch angelegte Studie zu Sexismus in DDR-Betrieben von Henrike Voigtländer: Sexismus.

285 Ghodsee, Kristen: Warum Frauen im Sozialismus besseren Sex haben. Und andere Argumente für ökonomische Unabhängigkeit von Frauen. Berlin³ 2021, S. 31.

286 Ebd.

287 Dies.: *The Red Riviera Gender. Tourism, and Postsocialism on the Black Sea*. Durham 2005.

world for women«. ²⁸⁸ Bei aller gebührender Anerkennung für Ghodsees Verdienst, die Erfolge des Staatssozialismus im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben, beinhaltet gerade ihr wohl bekanntestes Buch einige problematische Vereinfachungen und reproduziert einen neokolonialen Blick. So konstruiert sie einerseits die sozialistischen Staaten als einen übergreifenden Raum ›Osteuropa‹, ohne im Detail auf die jeweils enormen Unterschiede einzugehen, und betreibt ein *Othering* mittelosteuropäischer Staaten. Andererseits spricht sie den von ihr befragten Frauen z. T. deren eigene Erfahrung ab; so kritisierte eine schweizerisch-slowakische Frau in einem Brief an Ghodsee ihren Artikel in der *New York Times* auf der Grundlage ihrer persönlichen Erfahrungen im Staatssozialismus. Die Forscherin reagierte darauf mit den Worten:

»aber ich glaube, dass dieser Frau [...] nicht bewusst war, wie privilegiert sie in der staatssozialistischen Tschechoslowakei im Vergleich zu berufstätigen Müttern heute war. [...] ich vermute, sie weiß nicht, wie sehr sich dieser Tagesablauf für Frauen (selbst für Europäerinnen), die heutzutage Arbeit und Familie unter einen Hut zu kriegen versuchen, nach reinstem Luxus anhört.« ²⁸⁹

Einen Kontext zur politischen und sozialen Situation dieser Frau oder in der Tschechoslowakei generell bleibt Ghodsee ihren Leser:innen allerdings schuldig. Ich diskutiere dieses Buch so ausführlich, weil es sich dabei um die reichweitenstärkste Darstellung der Situation von Frauen im Staatssozialismus der vergangenen Jahre handelt – zumindest in der westeuropäischen Öffentlichkeit. Zugleich stellt es ein Manifest für eine (sicherlich notwendige) Veränderung der gesellschaftlich-politischen Situation in den USA dar – was in diesem Fall leider zur Folge hatte, dass die Forschung teilweise dieser Agenda untergeordnet wurde.

Auch Agnieszka Mrozik diskutiert aus einer linken und feministischen Perspektive die Erfolge und insbesondere die Rolle sozialistischer Frauenorganisationen. Für deren Analyse ist der Literaturwissenschaftlerin zufolge zunächst eine undogmatische Beschäftigung mit dem Staatssozialismus an sich und insbesondere der Volksrepublik Polen nötig. Heutzutage würden allerdings der allgegenwärtige Antikommunismus sowie die Identifikation mit dem Transformationsprojekt in Polen eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit sozialistischen Frauenorganisationen wie der *Liga Kobiet* (*Polskich*) verhindern, die aus Mroziks Sicht durchaus als feministische Bewegungen betrachtet werden können. ²⁹⁰ Zudem kritisiert die Forscherin »der liberale feministische Diskurs funktioniert [...] als hegemonialer Diskurs, der für sich beansprucht, die Interessen der Polinnen zu repräsentieren.« ²⁹¹ Dieser Interpretation kann ich mich

288 Dies.: Rethinking State Socialist Mass Women's Organizations: The Committee of the Bulgarian Women's Movement and the United Nations Decade for Women, 1975–1985, in: *Journal of Women's History* Vol. 24 (4/2012), S. 49–73, hier: S. 68.

289 Ghodsee: *Frauen im Sozialismus*, S. 109f.

290 Vgl. Mrozik, Agnieszka: Gender Studies in Polen. Ein unvollendetes Projekt, in: Anna Artwińska/Janine Schulze-Fellmann (Hg.): *Gender Studies im Dialog. Transnationale und transdisziplinäre Perspektiven*. Bielefeld 2022, S. 83–99.

291 Dies.: *Akuszarki transformacji. Kobiety, literatura i władza w Polsce 1989 roku*. Łódź 2012, S. 393.

nach Abschluss der vorliegenden Arbeit durchaus anschließen. In eine sehr ähnliche Richtung geht auch Magdalena Grabowska, die Forscher:innen kritisiert, die Frauen im Staatssozialismus jegliche individuelle und/oder kollektive Handlungsfähigkeit absprechen.²⁹²

Diese Forschungsrichtung leistet einen wertvollen Beitrag zur Dekonstruktion des lange dominanten Narrativs, das sozialistischen Aktivist:innen jedwede *Agency* aberkannte und sozialistische Frauenpolitik generell als illegitim darstellte. Zu Recht verweisen die genannten Forscher:innen auf die Errungenschaften der staatssozialistischen Länder sowie auf die Tatsache, dass auch Sozialistinnen, die sich für Frauen einsetzten, nicht alle nur staatlichen Vorgaben ›hörig‹ waren, sondern eigenen Gestaltungsspielraum besaßen. So versuchten einige von ihnen – teilweise auch erfolgreich, – eine Gleichberechtigung der Geschlechter nach sozialistischem Vorbild zu verwirklichen. Bei ihrer ›Aufwertung‹ staatssozialistischer Aktivist:innen scheint es einigen Forscher:innen (vor allem Ghodsee) indes mehr um eine (durchaus legitime) Kritik am aus ihrer Sicht (importierten) neoliberalen Feminismus der 1990er Jahre zu gehen als um eine genuine, unvoreingenommene Auseinandersetzung mit der Periode vor 1989. Gerade in Bezug auf die Volksrepublik Polen wird deutlich, dass die konservative Wende, die ich als geschlechterspezifischen Transformationsprozess verstehe, ihre Wurzeln bereits in den 1970er und vor allem 1980er Jahren hatte und nicht etwa aus dem Systemwechsel resultierte. Was für die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Staaten östlich der Bundesrepublik generell und für deren staatssozialistische Phase im Besonderen gilt, trifft nicht weniger auf eine geschlechtergeschichtliche Betrachtungsweise dieser Staaten zu. Weder existiert ›Osteuropa‹ als einheitlicher Raum noch findet sich ein überzeugendes Narrativ, dass alle Nuancen sozialistischer Geschlechterdiskurse und Politiken fassen könnte.

Eine andere Forschungsrichtung vertritt Éva Fodor, die in ihrer Analyse der Situation im staatssozialistischen Ungarn betont, dass Frauen im Kommunismus weiterhin als Bürgerinnen zweiter Klasse galten. Das ideale kommunistische Subjekt sei mit männlichen Attributen und als allzeit bereit, sich vollends der kommunistischen Sache hinzugeben, beschrieben worden. Frauen hätten diese Rolle nie ganz erfüllen können, da ihre reproduktive Funktion – so die Argumentation – eine völlige Hingabe an das System verhindere; zudem wurden sie als politisch naiv und rückständig sowie offen für Religion beschrieben. Fodor zufolge würden Frauen als eigene Gruppe konstruiert, die zum Ziel positiver Diskriminierung werden sollte, indem sie als Gesellschaftsteil mit spezifischen und homogenen Interessen betrachtet wurden und nur als Teil dessen – nicht aber als Individuen – am Arbeitsmarkt und der Gesellschaft partizipierten. Die Forscherin kommt deshalb zu dem Schluss, dass der Kommunismus ebenso patriarchal geprägt gewesen sei wie kapitalistische Gesellschaften.²⁹³ Diese Position teilt in ähnlicher Weise auch Isabel

292 Grabowska, Magdalena: Bringing the Second World In: Conservative Revolution(s), Socialist Legacies, and Transnational Silences in the Trajectories of Polish Feminism, in: *Signs: Journal of Women in Culture & Society* Vol. 37 (2/2012), S. 385–411.

293 Fodor, Éva: Smiling Women and Fighting Men: The Gender of the Communist Subject in State Socialist Hungary, in: *Gender and Society* Vol. 16 (2/2002), S. 240–263.

Marcus.²⁹⁴ Noch etwas weiter geht Mihaela Miroiu, die kommunistischen Feminismus als Widerspruch in sich sieht. Ihr zufolge hätten staatssozialistische Regime ein Staatspatriarchat geschaffen, und der Kommunismus habe lediglich neue Geschlechterhierarchien bzw. -privilegien mit sich gebracht.²⁹⁵ Nanette Funk wiederum betont, dass der Staatssozialismus vor der zweiten Welle des Feminismus ›im Westen‹ für Frauen in mancher Hinsicht besser gewesen sei – allerdings nur für Frauen ohne abweichende Meinung und um den Preis beruflicher Zwänge und in Teilen Zwangsarbeit. Ferner argumentiert sie, dass Gleichheit nur solange gefördert wurde, wie sie dem Staat diene.²⁹⁶ Aus ihrer Sicht ist der Staatssozialismus geradezu exemplarisch für ›Biopolitik‹ im Foucaultschen Sinne.²⁹⁷ Diesen Ansätzen ist die Auffassung gemein, dass Frauen im Staatssozialismus wenn überhaupt, dann nur über eine sehr eingeschränkte *Agency* verfügten.²⁹⁸ Teilweise werden hier die 1990er Jahre als »Wiedergeburt des ›Feminismus‹ in Polen« betrachtet.²⁹⁹ Zudem beklagten (liberale) polnische Feministinnen in den 1990er Jahren das mangelnde feministische Bewusstsein polnischer Frauen und machten dafür vor allem den Staatssozialismus verantwortlich. Einige gehen sogar so weit, dass sie Polinnen für rückständig erklären und ihre schwierige Situation für selbstverschuldet halten.³⁰⁰ Interessanterweise ist diese Argumentation derjenigen von der »politischen Rückständigkeit von Frauen« vonseiten der PZPR zu Beginn der Volksrepublik nicht unähnlich.

Auch diese Forschungsrichtung hat gute Argumente, verweist sie doch zu Recht auf die patriarchalen und autoritären Aspekte des Sozialismus in den Staaten Ostmitteleuropas. Jedoch vernachlässigt sie dabei oft die realen, auch von Sozialistinnen errungenen Erfolge hinsichtlich der Gleichberechtigung von Frauen. Zudem besaßen Individuen – zumindest nach dem Ende der stalinistischen Periode – durchaus ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit; so war selbst unter Berücksichtigung aller staatlichen Gewaltmaßnahmen beispielsweise die Volksrepublik spätestens ab 1956 kein totalitärer Staat mehr. Vielmehr scheint bei einigen dieser Forscher:innen eine dezidiert antikommunistische Haltung und Abgrenzung von jeglichen sozialistischen Überbleibseln durch, die eine nuancierte Betrachtung verhindern. Gerade die Kritik vieler dieser Forscher:innen an einer ›Emanzipation von oben‹ im Staatssozialismus scheint etwas wohlfeil: Einerseits, da viele Aktivist:innen dies ganz anders wahrnahmen, und andererseits, da auch im sogenannten Westen vielen emanzipatorischen Maßnahmen erst ›von oben‹ zum Durchbruch verholfen wurde, etwa aus arbeitsmarktpolitischen Gründen. Hinzu kommt, dass mit diesen Überzeugungen oft eine ›Depolitisierung‹ einherging – d. h. Feminismus als

294 Marcus: *Wife Beating*.

295 Miroiu, Mihaela: *Communism was a State Patriarchy, not State Feminism*, in: *Aspasia* Vol. 1 (2007), S. 197–201.

296 Funk, Nanette: *A very tangled knot: Official state socialist women's organisations, women's agency and feminism in Eastern Europe state socialism*, in: *European Journal of Women's Studies* Vol. 21 (4/2014), S. 344–360.

297 Ebd., S. 356.

298 Vgl. dazu auch: Watson, Peggy: *Eastern Europe's Silent Revolution: Gender*, in: *Sociology* Vol. 27 (3/1993), S. 471–487, sowie Susan Gal/Gail Kligman (Ed.): *Reproducing Gender: Politics, Publics, and Everyday Life After Socialism*. Princeton 2000.

299 Seiler: *Weiblichkeit*, S. 67.

300 Kowalski: *Feminismus*, S. 325f.

dezidiert unpolitisch verstanden wurde –, die Nina Seiler als »eigentliches Problem des polnischen Feminismus« bezeichnet.³⁰¹ Daraus folgte, dass diese Forschungsrichtung etwa soziale Faktoren vernachlässigte bzw. den »liberalen Feminismus« der 1990er Jahre als einzig legitimen ansahen und dessen Probleme oft aussparte.

Am überzeugendsten sind meines Erachtens Ansätze, wie sie beispielsweise von Claudia Kraft³⁰² oder Małgorzata Fidelis vertreten werden, die die Rolle von Geschlecht in beiden Systemen recht nüchtern betrachten (und kritisieren), ohne dabei in Simplifizierungen zu verfallen. Vor allem Małgorzata Fidelis³⁰³ gelingt es, die staatssozialistische Geschlechterpolitik kritisch zu analysieren und zugleich die Macht von Frauen als Individuen – in der *Liga Kobiet* oder als organisierte Arbeiterinnen – zu betonen. Überdies zeigt sie die Ambivalenzen dieser Geschlechterpolitik sowie der Positionierungen innerhalb des Machtapparates der PZPR auf und verweist auf die immer wiederkehrende Neuaushandlung dessen, was »Geschlecht« bedeutet.

Bezüglich der Lebensrealität von Frauen ist aus meiner Sicht letztlich Jill Massino und Shana Penn zuzustimmen, wenn sie zu dem Schluss kommen:

»We believe there is no simple, coherent narrative of gender and women's lives under socialism, but rather multiple, competing, and often contradictory ones, none of which should be privileged.«³⁰⁴

Die staatssozialistische Geschlechterpolitik ist ebenso ambivalent zu bewerten. Insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren waren die sozialistischen Staaten Vorreiter bei der Einbeziehung von Frauen in Erwerbsmärkte, im Eherecht und (tendenziell) beim Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper.³⁰⁵ Hier spielten ökonomische Überlegungen ebenso eine Rolle wie der Versuch, Frauen zu instrumentalisieren. An dieser Geschlechterpolitik waren aber auch zahlreiche Personen – nicht zuletzt viele Sozialistinnen – beteiligt, die an die Befreiung der Frau durch den Sozialismus glaubten. Im Fokus stand dabei stets die Vorstellung einer Emanzipation durch Erwerbsarbeit. Umgekehrt wurde beispielsweise von Männern nie ein Umdenken im Hinblick auf ihre Rolle in der Gesellschaft oder gar auf Männlichkeitskonzepte verlangt. Die Persistenz von Geschlechterklischees zeigt sich beispielsweise auch daran, dass in der DDR das Aussehen von Arbeiterinnen und diesbezügliche »Ratschläge« ständig präsenten Thema vonseiten des Staates wie auch ihrer Kollegen war (umgekehrt selbstverständlich nicht).³⁰⁶

Letztlich dürfen die sozialistischen Staaten diesbezüglich nicht generalisiert werden, gab es doch große Unterschiede zwischen der im Bereich der Kinderbetreuung oder des körperlichen Selbstbestimmungsrechts von Frauen vergleichsweise progressiven DDR und etwa Rumänien, wo 1966 unter Nicolae Ceaușescu mithilfe des Dekrets 770 Schwangerschaftsabbrüche und Verhütung weitgehend verbannt sowie Menschen

301 Seiler: Weiblichkeit, S. 269.

302 Vgl. beispielsweise: Kraft: Geschlecht.

303 Vgl. Fidelis: Women.

304 Penn/Massino: Gender politics, S. 6.

305 Mrozik: Gender Studies, S. 86.

306 Voigtländer: Sexismus, S. 85f.

im ›gebärfähigen Alter‹ auf Schärfste überwacht wurden.³⁰⁷ Anders gesprochen – so wie Osteuropa ein Konstrukt ist, ist es auch der sozialistische Ostblock.

Gemein ist allerdings allen Staaten, dass die Geschlechterpolitik der jeweiligen Regierungen nicht primär von emanzipatorischen Überlegungen im Sinne einer völligen Gleichberechtigung der Geschlechter getrieben war. Nichtsdestoweniger erzielten diese Länder im betreffenden Bereich auch viele Erfolge – nicht zuletzt im Arbeitsmarkt –, die gerade im Vergleich mit ›westlichen‹ Staaten wie der Bundesrepublik deutlich werden, wo erst 1977 im Zuge der Reform des Ehe- und Familienrechts der Passus abgeschafft wurde, demzufolge Frauen die Lohnarbeit nur gestattet war, wenn diese ihren Pflichten in Ehe und Familie nicht im Wege stehe. Auch waren Frauen in der Bundesrepublik bis zu diesem Zeitpunkt per Gesetz für alle Belange des Haushalts verantwortlich.³⁰⁸

Aufschlussreich an diesen Debatten über die Frage, ob der Sozialismus Frauen emanzipiert habe, ist, dass eine kritischere Haltung zum ›liberalen Feminismus‹ der Transformationszeit häufig mit einer mildereren Bewertung des Staatssozialismus einhergeht und umgekehrt. Was also immer mitverhandelt wird, ist die Deutung des geschlechterspezifischen Transformationsprozesses und seiner Protagonist:innen nach 1989/90. Im Folgenden werde ich genau diesen Transformationsprozess im Hinblick auf seine Geschlechterdimension analysieren. Zu diesem Zweck werden zunächst die politischen Entscheidungen der Jahre 1989–91 zu untersuchen sein, die im Systemwechsel von der Volksrepublik Polen hin zu einem demokratischen und marktwirtschaftlichen Staat mündeten.

307 Rumänien unter Ceaușescu gilt als eines der repressivsten Regime in Bezug auf den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Schätzungen zufolge kamen mehr als 10.000 Frauen bei illegalen Schwangerschaftsabbrüchen ums Leben. Hinzu kam eine eugenische Politik gegenüber Rom:nia und behinderten Kindern. Vgl. dazu: Gal/Kligman: *Reproducing Gender*.

308 Allmendinger, Jutta/Leuze, Kathrin/Blanck, Jonna M.: 50 Jahre Geschlechtergerechtigkeit und Arbeitsmarkt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* Vol. 58 (24,25/2008), S. 18–25, hier: S. 19.

4. Als der Kapitalismus an die Weichsel kam – Geschlecht als (non)existente Kategorie im Systemwechsel (1988–91)

Die 1980er Jahre waren auch nach der Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 von einem politischen Vakuum und einer ökonomischen Dauerkrise geprägt. So blieb die *Solidarność* weiterhin im Untergrund aktiv und propagierte den passiven Widerstand gegen den Staat – etwa durch Wahlboykotte –, ohne aber dass es der Gewerkschaft gelang, die Machtverhältnisse zu ändern.¹ Vielmehr rutschte sie ab Mitte der 1980er Jahre selbst in eine tiefe Krise, da ihr große Teile der Bevölkerung mit Desinteresse begegneten.² Zugleich gelang es der Regierung ebenso wenig, die ökonomische Lage zu stabilisieren und die politische Deutungshoheit zurückzugewinnen. Dies ist einerseits auf den Unwillen eines Teils der PZPR im Hinblick auf einschneidende Reformen zurückzuführen;³ andererseits fehlte der Regierung auch das Vertrauen der Bevölkerung, das für die Umsetzung struktureller Veränderungen nötig gewesen wäre.⁴ Am 22. Juli 1983 wurde das Kriegsrecht beendet, ohne dass darauf größere Liberalisierungen im politischen Bereich gefolgt wären.⁵ So bedurfte es eines Anstoßes von außen – konkret der Ernennung Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU am 11. März 1985 –, um den gemäßigten Kräften (auch in der PZPR) Auftrieb zu verleihen.⁶ In der Folge konnte sich der reformbereite Flügel innerhalb der PZPR langsam durchsetzen. Ab Mitte 1986 setzte die Regierung erste vorsichtige innenpolitische Liberalisierungen um und verfügte ei-

1 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 370f.

2 Przeperski, Michał: Eine apolitische Gemeinschaft? Polen vor dem Juni 1989, in: Piotr Filipkowski/Paulina Gulińska-Jurgiel (Hg.): *Historisierung der Transformation*. Leverkusen 2021, S. 19–42, hier: S. 25f.

3 Friszke, Andrzej: Das Zeitalter der *Solidarność* 1980–1989, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): *Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*. Bonn 2009, S. 107–119, hier: S. 116.

4 Porter-Szűcs: *Poland*, S. 312f.

5 Friszke: *Solidarność*, S. 114.

6 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 374f.

ne Amnestie für die meisten politischen Gefangenen.⁷ Hinzu kam 1987 eine erneute Polenreise von Papst Johannes Paul II., im Zuge derer er seine andauernde Unterstützung für die Oppositionsbewegung betonte. Die Massenversammlungen anlässlich seines Besuchs waren eine Machtdemonstration der katholischen Kirche und verdeutlichten der Regierung wiederum, dass sie nicht gegen letztere agieren konnte.⁸ An der politischen Pattsituation änderte sich dadurch zunächst nur wenig, und die wirtschaftliche Lage Polens verschlechterte sich weiter.⁹ Die Industrieproduktion blieb bis Ende der 1980er Jahre unter ihrem Höchststand von 1979, während die Preise zwischen 1980 und 1989 nach den Zahlen des Hauptstatistikamtes insgesamt um rund 3000 % anstiegen.¹⁰ Hinzu kamen die enormen Auslandsschulden der Volksrepublik, die von 25 Mrd. Dollar zu Beginn der 1980er Jahre auf 43 Mrd. Dollar im Jahr 1989 wuchsen.¹¹ All das führte dazu, dass große Teile der Bevölkerung unter die Armutsgrenze fielen, die 40 % des Durchschnittslohns betrug. Die Ursache lag vor allem in den sinkenden Reallöhnen, die vom Ende der 1970er bis zum Ende der 1980er Jahre um fast 30 % zurückgingen.¹² Bereits in dieser Lage richteten sich viele Wirtschaftsexperten (und nur wenige -expertinnen) – unabhängig davon, ob sie der Opposition oder der Regierung nahestanden – zunehmend an der Idee einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik aus.¹³ Vor allem Zbigniew Messner, der zwischen 1985 und 1988 Premierminister war, setzte auf Reformen, die wohl kaum als klassisch sozialistisch bezeichnet werden können: Er wollte Unternehmen auf Profit trimmen, Marktmechanismen für Preise ermöglichen und privaten Firmen größere Autonomie lassen.¹⁴ Jedoch fehlte ihm dafür die politische Durchsetzungskraft, fürchtete die PZPR doch erneute Streiks infolge von Preiserhöhungen oder Lohnsenkungen.¹⁵ Sein Nachfolger Mieczysław Rakowski sah sich mit derselben Situation konfrontiert.¹⁶

7 Ebd., S. 376f.

8 Vgl. Hartmann, Karl: Die dritte Papst-Reise nach Polen. Einleitung, in: *Osteuropa* Vol. 37 (12/1987), S. 661–663.

9 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 376f.

10 GUS: *Rocznik Statystyczny* 1990, S. 163.

11 Quaisser, Wolfgang: Zahlungsbilanzprobleme und Verschuldung Polens (Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Nr. 170). München 1994, S. 3.

12 Branko Milanovic kommt auf Grundlage von Daten des GUS (basierend auf jährlichen Umfragen) für Ende 1987 in Polen auf einen Anteil von 22,7 % der Bevölkerung, der in Armut lebte. Ein Jahrzehnt zuvor waren es lediglich 9,2 % gewesen. Der Vergleich mit Ungarn und Jugoslawien zeigt, dass der Anstieg in der Volksrepublik außergewöhnlich war und am stärksten Arbeiter:innen betraf. Milanovic, Branko: Poverty in Eastern Europe in the Years of Crisis, 1978 to 1987: Poland, Hungary, and Yugoslavia, in: *The World Bank Economic Review* Vol. 5 (2/1991), S. 187–205, hier: S. 195f.

13 Vgl. dazu: Peters: *Schocktherapie*.

14 Porter-Szücs: *Poland*, S. 310f.

15 Ebd., S. 313.

16 Ebd., S. 316. Ein eindrückliches Beispiel dafür ist auch das gescheiterte Referendum zur sogenannten zweiten Phase marktwirtschaftlicher Reformen vom 29. November 1987 mit welchem die PZPR versucht hatte, eine Mehrheit für ebendiese zu gewinnen. Szczepański, Jan: Po referendum (Rzeczpospolita vom 3.12.1987), in: Herder-Institut (Hg.): *Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Volksrepublik Polen«*, bearb. von Ingo Eser. o.O. o.J. URL: <https://www.herder-institut.de/digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/454/details/894.html>. [Abgerufen: 16.10.2023].

Ab April 1988 formierte sich erneut eine Streikwelle, die das ganze Land erfasste, auch wenn die Proteste nicht das Ausmaß vom Anfang der 1980er Jahre erreichten.¹⁷ In der Führungsriege der polnischen Kommunist:innen (wobei es wiederum primär Kommunisten waren) begann die Einsicht zu reifen, dass ohne direkte politische Partizipation der Opposition ein Ausweg aus der Dauerkrise und den damit verbundenen unpopulären ökonomischen Reformen nicht möglich war.¹⁸ Die Idee des sogenannten Runden Tisches wurde geboren und damit der bis dahin einzigartige Versuch eines evolutionären Systemwechsels vom real existierenden Sozialismus zu einer Marktwirtschaft mit demokratischen Wahlen. Dieser Runde Tisch tagte vom 6. Februar bis zum 5. April 1989;¹⁹ es nahmen Vertreter:innen der Regierung, christlicher Gruppierungen und gemäßigte Repräsentant:innen²⁰ der *Solidarność* teil. Insgesamt waren 56 Männer und zwei Frauen beteiligt, woran sich zeigt, dass weder dem Regierungslager noch den oppositionellen Kräften besonders an einer Einbeziehung der Perspektive von Frauen gelegen war. Inhaltlich einigte man sich auf die mittelfristige Einführung eines demokratischen Wahlrechts sowie auf baldige halbfreie Wahlen.²¹ Zudem wurden die Ausarbeitung einer neuen Verfassung sowie ökonomische Reformen vereinbart. Mit der berühmt gewordenen Formel Adam Michniks, des Oppositionellen und Chefredakteurs der unabhängigen Zeitung *Gazeta Wyborcza*: »Wasz prezydent, nasz premier«²² wurde die Exekutivmacht zwischen beiden Lagern aufgeteilt. Was die ökonomischen Reformen betraf, scheinen viele der führenden Aktivist:innen der Opposition nur bedingt an selbigen interessiert gewesen zu sein. Brian Porter-Szűcs kommt zu dem Schluss, dass

»Solidarity had affiliated itself with a process of economic transformation that virtually none of the movement's leadership considered particularly important. Little did they know how momentous that decision would turn out to be.«²³

17 Borodziej: Geschichte Polens, S. 376f.

18 Peters: Schocktherapie, S. 21.

19 Vgl. Jasiński, Łukasz: Die Wege zum Runden Tisch in Polen und der DDR 1989, in: Piotr Filipkowski/ Paulina Gulińska-Jurgiel (Hg.): Historisierung der Transformation: Multiple Zugänge. Berlin 2021, S. 101–132.

20 »Gemäßigt« meint in diesem Kontext, dass sie zu Gesprächen und Kompromissen mit der PZPR bereit waren.

21 Ein Drittel der Sitze sollten frei gewählt, der Rest vom Regierungslager besetzt werden. Ustawa z dnia 7 kwietnia 1989 o zmianie Konstytucji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, in: Herder-Institut (Hg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Umbruch in Polen 1988–1989«, bearb. von Michael Zok. o.O. o.J. URL: <https://www.herder-institut.de/digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/2974/details/4273.html>. [Abgerufen: 16.10.2023].

22 »Euer Präsident, unser Premier.« Michnik, Adam: Wasz prezydent, nasz premier (*Gazeta Wyborcza* vom 3. Juli 1989), in: Herder-Institut (Hg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Umbruch in Polen 1988–1989«, S. 1. bearb. von Michael Zok, URL: <https://www.herder-institut.de/digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/3000/details.html>. [Abgerufen: 16.10.2023].

23 Porter-Szűcs: Poland, S. 318.

Im Anschluss an den ›Runden Tisch‹ gewann die Opposition bei den Wahlen vom 4./16. Juni 1989 alle der frei zu wählenden Sitze im Sejm, sowie 99 von 100 Sitzen im neu geschaffenen Senat. Die Wahlbeteiligung lag bei 62 %, was zwar einerseits bis 2023 den höchsten Wert im postkommunistischen Polen darstellte, andererseits jedoch zeigt, dass keineswegs alle Pol:innen politisiert waren oder sich von diesen Wahlen eine Veränderung erhofften.²⁴ Frauen stellten 13 % aller Sejm-Abgeordneten, bei der Wahl 1991 sank ihr Anteil auf 9 %. Ähnlich war die Situation im neu gegründeten Senat, in dem der Frauenanteil 1989 bei 6 % lag.²⁵ Wieder zeigt sich eine massive politische Unterrepräsentation von Polinnen in einer Phase, in der entscheidende Weichenstellungen für die zukünftige Verfasstheit des polnischen Staates gelegt wurden. Im internationalen Vergleich lag Polen damit sehr nahe an den Quoten in Tschechien und Ungarn²⁶ sowie an Frankreich²⁷ mit knapp unter 6 %. Deutschland wies eine höhere Quote von 20,5 % auf (eine positive Entwicklung hinsichtlich der politischen Beteiligung von Frauen war dort seit 1980 zu verzeichnen), während in Schweden etwas mehr als ein Drittel aller Abgeordneten Frauen waren.²⁸ Insofern handelte es sich nicht um ein spezifisch polnisches Problem.

Kurz nach der Wahl vom Juni 1989 wechselten zwei der ehemaligen Blockparteien im Sejm – die Vereinigte Volkspartei (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe, ZSL) sowie die Demokratische Partei (Stronnictwo Demokratyczne, SD) – auf die Seite der Opposition, die somit eine Mehrheit der Parlamentssitze hatte.²⁹ Ursächlich war wohl die Sorge dieser beiden bis zu diesem Zeitpunkt stets loyalen Parteien, gemeinsam mit der PZPR unterzugehen.³⁰ In dieser Situation beauftragte General Jaruzelski den katholischen Intellektuellen und Solidarność-Berater Tadeusz Mazowiecki mit der Regierungsbildung. Am 24. August 1989 wurde er vom Sejm zum ersten nicht-kommunistischen Regierungschef Polens seit dem Zweiten Weltkrieg gewählt.³¹ Damit gelang in Polen eine friedliche Machtteilung.³²

24 Ebd., S. 321.

25 Barburska, Olga: Participation of Women in Holding Political Power in Poland Considering Experience of the EU Member States, in: *Yearbook of Polish European Studies* Vol. 7 (1/2003), S. 101–113, hier: S. 105.

26 Fuchs, Gesine/Hoecker, Beate: Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten vor den Europawahlen. Bonn 2004, S. 6.

27 L'Observatoire des inégalités: La parité ne progresse plus au Sénat et à l'Assemblée nationale. URL: <https://inegalites.fr/paritefemmeshommespolitique> [Abgerufen: 22.04.2024].

28 Vgl. Drude Dahlerup/Monique Leyenaar (Hg.): *Breaking Male Dominance in Old Democracies*. Oxford 2013.

29 Eine Übersicht aller Parteien bzw. Fraktionen, die dem polnischen Sejm zwischen 1989 und 2005 angehörten, findet sich im Anhang.

30 Porter-Szücs: *Poland*, S. 320.

31 Borodziej: *Geschichte Polens*, S. 381f.

32 Dass dies keinesfalls eine Selbstverständlichkeit war, zeigt ein Blick nach China. Während am 4. Juni 1989 in Polen die ersten halbfreien Wahlen seit dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf Polen stattfanden (wobei es in Polen seit dem Mai-Putsch bereits keine völlig freien Wahlen mehr gegeben hatte), machte die Kommunistische Partei Chinas (Zhōngguó Gòngchǎndǎng) klar, dass sie ihre Macht nicht aus der Hand geben würde. Den Hardlinern in der KPC dienten die Entwicklungen in Polen geradezu als Negativbeispiel. Im Gegensatz zur Volksrepublik Polen konnten sich hier die Reformgegner:innen innerhalb der Partei durchsetzen und sie von ›Ab-

Die neue (halb)demokratisch gewählte Regierung begann sofort mit der Ausarbeitung von Plänen für »die Rettung der polnischen Wirtschaft«. Nicht zuletzt machte die Hyperinflation ein entschiedenes und schnelles Handeln nötig. Mit der Umsetzung entsprechender Reformen wurde der Ökonom und neue Finanzminister, Leszek Balcerowicz, beauftragt.³³ Er orientierte sich dabei an Überzeugungen, denen auch Messner und Rakowski in ihren Grundzügen gefolgt waren, allerdings agierte er auf viel radikalere Weise. Möglich wurde dies dadurch, dass Balcerowicz im Gegensatz zu den Vertreter:innen der PZPR von der Solidarność unterstützt wurde – selbst von Personen, die sich als Sozialist:innen verstanden.³⁴ Zugleich drückte der Ökonom sein Gesetzespaket ganz bewusst in aller Eile zwischen Weihnachten und Neujahr 1989 im Sejm durch, um parlamentarischen und gesellschaftlichen Widerstand möglichst zu verhindern.³⁵ Reformziel war eine Marktwirtschaft nach den Idealen des sogenannten *Washington Consensus*.³⁶ Faktisch bedeutete dies eine massive Kürzung der Staatsausgaben, Deregulierung von Märkten und Preisen, Liberalisierung der Handelspolitik und Privatisierung öffentlicher Unternehmen sowie ein Subventionsabbau. Hierbei muss betont werden, dass etwa die Möglichkeit zur freien wirtschaftlichen Betätigung für alle Pol:innen bereits zu Beginn des Jahres 1989 vonseiten des PZPR-Ministers Wilczek eingeführt worden war.³⁷ Der Übergang Polens zur Marktwirtschaft hatte also bereits vor dem Ende der Volksrepublik seinen Anfang genommen.³⁸

Im Folgenden werde ich zunächst die politischen und ökonomischen Reformen zwischen 1989 und 1991 im Hinblick auf ihre geschlechterpolitischen Implikationen analysieren. Wie im vorherigen Kapitel geschieht dies in einem Dreischritt: So werde ich mit einer Analyse von Geschlechternarrativen und deren politischen Folgen beginnen. Anschließend lege ich einen besonderen Fokus auf die Analyse der sozioökonomischen Situation vor sowie insbesondere nach der Implementierung des Reformpakets.³⁹ Konkret bedeutet dies, die Debatten im sogenannten Kontraktsejm (Sejm kontraktowy) zu untersuchen, der aus den Wahlen vom 4. und 16. Juni hervorging und vom 5. Juli 1989 bis zum 27. Oktober 1991 tagte. Dafür habe ich sämtliche Sejm-Reden und Wortmeldungen

weichlern säubern«. Während in Polen gewählt wurde, fand die demokratische (und sozialistische) Studierenden- und Arbeiter:innenbewegung in China mit dem Tian'anmen-Massaker ihr blutiges Ende. Vgl. dazu: Schier, Peter/Cremerius, Ruth/Fischer, Doris: Studentenprotest und Repression in China, April-Juni 1989: Chronologie, Dokumente, Analyse. Hamburg 1993.

33 Pysz, Piotr: Ordnungspolitische Umwandlungen in der Wirtschaft Polens 1990–2007, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Bonn 2009, S. 237–257, hier: S. 241.

34 Porter-Szücs: Poland, S. 331.

35 Peters: Schocktherapie, S. 399.

36 Ther: Neue Ordnung, S. 51f.

37 Peters: Schocktherapie, S. 14.

38 Die mittel- und langfristigen Folgen dieser Wirtschaftspolitik, insbesondere deren geschlechterspezifische Auswirkungen, werde ich im letzten Kapitel dieser Arbeit für den gesamten Zeitraum bis 2004 analysieren.

39 Zu den Überzeugungen, die der »Schocktherapie« zugrunde lagen vgl. Ther: Neue Ordnung, S. 22f. und aus einer dezidiert kritischen Perspektive: Klein, Naomi: The Shock Doctrine. The Rise of Disaster Capitalism. New York 2007. Als Beispiel für einen anderen Reformpfad vgl. Weber, Isabella: How China escaped shock therapy the market reform debate. Abingdon Oxon 2021.

im Sejm aus dieser Legislaturperiode nach den in der Einleitung diskutierten Begriffen durchsucht und die entsprechenden Texte analysiert. Auf der Grundlage des derart generierten Korpus lässt sich untersuchen, welche Geschlechterbilder und -narrative – sei es in Bezug auf Arbeit, Politik oder Familie – im Parlament vorherrschten. Anhand dieser Quellen werden auch die bereits 1980/81 relevanten Akteure *Solidarność* und katholische Kirche indirekt sichtbar gemacht, die jeweils ihren ›politischen Arm‹ im Parlament hatten. Ferner stütze ich mich auf Forschung zur Rolle von katholischer Kirche und *Solidarność* im Systemwechsel. In einem zweiten Schritt widme ich mich in diesem Kapitel der Geschlechterpolitik des Kontraktsejm, indem ich diskutiere, wie die in Kapitel 3 analysierten Geschlechterpolitiken aus den 1980er Jahren fortgesetzt oder verändert wurden. Dies beinhaltet auch das Thema (Care-)Arbeit, wobei diesbezüglich vor allem Veränderungen in der privaten bzw. öffentlichen Kinderbetreuung beleuchtet werden. Schließlich betrachte ich im dritten Abschnitt dieses Kapitels die sozioökonomischen Folgen des Systemwechsels für die Pol:innen.

In den im Folgenden untersuchten Zeitabschnitt fielen die meisten ökonomischen und politischen Grundsatzentscheidungen bezüglich der sogenannten Dritten Polnischen Republik. Diese Periode stellt ein Potpourri aus zwei Systemen dar, die in verschiedenen Bereichen parallel existierten. Anhand des dargestellten Dreischritts werde ich meine These von den systemübergreifenden Kontinuitäten im Verhältnis von Geschlecht und Arbeit untersuchen. Ferner ist zu klären, welche Funktion die Kategorie ›Geschlecht‹ im Systemwechsel erfüllte.

4.1 Geschlechternarrative und Debatten im Kontraktsejm zwischen 1989 und 1991

In der zehnten Legislaturperiode des Sejms wurden die grundlegenden Weichen für den Übergang der Volksrepublik zu einem marktwirtschaftlich organisierten Staat gestellt. Dabei fanden zahlreiche Debatten statt, die einen Einblick in die Geschlechternarrative der beteiligten Abgeordneten⁴⁰ und Gruppen erlauben. Um sie zu analysieren, gehe ich auf zwei unterschiedliche Arten vor. Zum einen untersuche ich einzelne Themenkomplexe, die in einer oder mehreren speziell dafür einberufenen Parlamentssitzungen diskutiert wurden. Ein Beispiel ist die Diskussion um das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen oder die Einrichtung eines Frauen- und Familienausschusses. Zum anderen betrachte ich bestimmte Themen – etwa die Rollenverteilungen innerhalb der Familie – auch unabhängig von einzelnen Debatten für die gesamte Legislaturperiode, da sie wiederholt, *en passant* und kontextunabhängig diskutiert wurden.

40 Bei der Nennung von Abgeordneten gebe ich jeweils an, welcher parlamentarischen Fraktion sie ab 1989 angehörten. Zwar wechselten viele Politiker:innen im Laufe der Legislaturperiode in neue Parteien, neue parlamentarische Gruppen, oder diese benannten sich um, doch war die Situation so volatil, dass es nur Verwirrung stiften würde, jede einzelne Station der Abgeordneten anzugeben, zumal nicht immer klar ist, wann sie konkret wo Mitglied waren. Meines Erachtens sind diese Wechsel i. d. R. auch nicht relevant für ihre grundsätzliche politische Einordnung. In den Fällen, wo Politiker:innen tatsächlich das politische Lager wechselten oder ihr Wechsel in Bezug auf ihre Haltung relevant scheint, wird dies auch thematisiert.

Auf politischer Ebene gab es einige institutionelle Kontinuitäten – einerseits in Gestalt der katholischen Kirche, die weiterhin großen politischen Einfluss in Polen genoss und der immer noch Johannes Paul II. vorstand; andererseits mit der *Solidarność*, die sich im Sejm überwiegend in der Fraktion des *Obywatelski Klub Parlamentarny* (OKP, Parlamentarischer Bürgerklub) wiederfand. Dabei sei bereits an dieser Stelle vorweggenommen, dass diese Gruppe von wenig mehr als ihrer Opposition gegen die PZPR zusammengehalten wurde.⁴¹ Schließlich bestanden auch auf Seiten der PZPR Kontinuitäten. Einige ihrer wichtigsten Akteure blieben über den Systemwechsel hinaus von Bedeutung, nun als Abgeordnete im Sejm. Dieser Quellenwechsel scheint aus zwei Gründen sinnvoll: Erstens traten nun die Sejm-Abgeordneten als staatliche Repräsentant:innen auf und diskutierten und schufen die rechtlichen Grundlagen des neuen Staates. Zweitens werden in den parlamentarischen Debatten die politischen Wechselwirkungen zwischen den jeweiligen politischen Lagern deutlich, sodass sie anhand bestimmter Themen direkt verglichen werden können.

Die Sejmdebatte um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch

Bereits in der Volksrepublik war Schwangerschaftsabbruch als Thema in oppositionellen und insbesondere kirchlichen Kreisen ständig präsent gewesen. Die ab 1993 eingeführte massive Verschärfung des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen hatte einen langen diskursiven Vorlauf und kam aus historischer Perspektive weniger unerwartet als es für viele Zeitgenoss:innen der Fall gewesen zu sein scheint.⁴² So war die im vorherigen Kapitel diskutierte Konferenz zu Familienfragen bereits 1981 zu dem Schluss gekommen, dass das Recht auf Schwangerschaftsabbruch etwas zu liberal gehandhabt werde.⁴³ Trotzdem stand ein Verbot bis zum Ende der Volksrepublik nicht auf der politischen Agenda. Dies änderte sich im Kontraktsejm ab 1989, in dem hitzig über das Thema gestritten wurde. Im Hinblick auf die verhandelten Geschlechternarrative sind diese Debatten von großer Relevanz, da sie einerseits ganz grundsätzlich aufzeigen, was aus Sicht der Abgeordneten die Rolle von Frauen im neu zu gestaltenden Staat sein sollte oder auch nicht, sowie welche Bedeutung ›Mutterschaft‹ und ›Kindern‹ in Bezug auf den polnischen Staat bzw. die polnische Nation zugesprochen wurde. Andererseits verraten sie indirekt viel über ›Männer‹ und ›Väterrollen‹ und geben somit einen tiefen Einblick in den Geschlechterdiskurs am Übergang von der Volksrepublik zur ›Dritten Polnischen Republik‹.

Grundsätzlich zeigt sich, dass unabhängig von der politischen Orientierung in (fast) allen Reden von den »ungeborenen Kindern« (*nienarodzone dzieci*) oder vom »empfangenen Kind« (*poczęte dziecko*) die Rede war. Begriffe wie Embryo oder Fötus kamen in der Debatte nur in wenigen Fällen vor. Diese semantische Diskursverschiebung hatte bereits Mitte der 1970er Jahre begonnen und war weitgehend abgeschlossen, sodass sie die Debatte im Hinblick auf ihre moralische Dimension vorstrukturierte.⁴⁴ Die dezidierte

41 Porter-Szücs: Poland, S. 319.

42 Die Rolle, die das Konkordat von 1993 (erst nach dem Regierungswechsel 1997 verabschiedet) zwischen dem polnischen Staat und dem Vatikan dabei spielte, wird im fünften Kapitel diskutiert.

43 Rada do spraw Rodziny: Konferencja. AAN: 2/1938/0/1/1/82, S. 86.

44 Zok: Abtreibung, S. 249.

Mehrheit der Redner:innen betont zudem ihre grundsätzliche Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen, da eine Befürwortung selbiger bereits als moralisch verwerflich galt.⁴⁵

Die Argumentationslinien lassen sich simplifiziert in drei grundlegende Richtungen einteilen. Ein Teil der Abgeordneten lehnt unabhängig vom Grund⁴⁶ jede Form des Schwangerschaftsabbruchs ab. Ein weiterer lehnt ihn ab, insistiert aber, die Schwierigkeit dieses »moralischen Problems« rechtlich und strafbewehrt zu lösen, und ein dritter Teil betont, dass ein Verbot faktisch nur mehr illegale Abbrüche und verschärfte soziale Not von Frauen und Kindern nach sich zöge, weshalb er eine liberalere Regelung fordert. Diese drei Positionen werde ich im Folgenden hinsichtlich der ihnen zugrundeliegenden Geschlechternarrative und -rollen untersuchen. Aufschlussreich ist dafür vor allem die Sejmdebatte vom 16. und 17. Mai 1991, die sich einerseits mit der Frage beschäftigte, ob es ein Referendum zu diesem Thema geben solle, und andererseits mögliche gesetzliche Regelungen diskutierte. Bereits am 11./12./13. Oktober 1990 hatte eine Debatte über einen Vorschlag des Senats zum Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen stattgefunden, demzufolge jeglicher Schwangerschaftsabbruch – außer bei Gefahr für das Leben der Mutter – zu verbieten sei. Zugleich forderten die Senator:innen auch ein Verbot von empfängnisverhütenden Mitteln wie der Anti-Baby-Pille und der Spirale.⁴⁷

Für ein völliges Verbot des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch setzten sich – nicht unerwartet – vor allem Abgeordnete aus dem konservativ-nationalen und katholischen Lager ein.⁴⁸ Dazu zählte auch ein großer Teil der Abgeordneten des OKP, welcher in der Frage allerdings gespalten war als z.B. Pax, wenn auch mit einer klaren Tendenz zu einem restriktiven Vorgehen; gleiches gilt für die Vereinigte Volkspartei/Polnische Volkspartei (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe, ZSL/Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL). Befürworter:innen einer liberaleren Regelung finden sich vor allem in der PZPR sowie im linksliberalen Flügel der OKP.

45 Zielińska, Eleonora: Between Ideology, Politics, and Common Sense: The Discourse of Reproductive Rights in Poland, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): *Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life after Socialism*. Princeton 2000, S. 23–57, hier: S. 27.

46 Generell wurde wenig über die Frage diskutiert, unter welchen Indikationen oder Fristen ein Schwangerschaftsabbruch stattfinden dürfe, als vielmehr ganz grundsätzlich (und wenig zielführend) über die moralische Bewertung der Abtreibenden oder des Themas im Allgemeinen.

47 Zok, Michael: Wider die »angeborene und nationale Mission der Frau«? Gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Abtreibungen in Polen seit der Entstalinisierung, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* (ZfO) Vol. 68 (2/2019), S. 249–278, hier: S. 269.

48 Im Kontraktsejm gab es drei explizit religiös orientierte Parteien: Die Christlich-Soziale Union (Unia Chrześcijańsko-Społeczna, UChS), Pax und der Polnische Katholische Sozialverband (Polski Związek Katolicko-Społeczny, PZKS). Genese und Ausrichtung der Parteien unterscheiden sich allerdings sehr. Pax war ursprünglich vom NKWD mit dem Ziel gegründet worden, die polnischen Katholik:innen vom Vatikan zu entfremden. Die Partei war strikt katholisch und national ausgerichtet. Vgl. Davies, Norman: *God's Playground: A History of Poland*. Volume 2: 1795 to the Present. New York² 2005, S. 435. Die UChS ist wiederum eine ökumenische und eher sozialdemokratisch ausgerichtete Partei, die im Januar 1989 aus der Umwandlung der Christlich-Sozialen Vereinigung (ChSS) entstanden war. Der PZKS wurde 1981 gegründet und war Nachfolger des »Znak«-Kreises, der ab 1951 im Sejm vertreten war. Von 1981 bis 1991 verfügte die Gruppierung über fünf Abgeordnete und vertrat eine national-katholische Agenda.

In der Sejmdebatte zum Schwangerschaftsabbruch fällt auf, dass es sich hier um eine Stellvertreterdebatte handelte, da immer auch die Bewertung der Volksrepublik als Staat sowie der Übergang zum postsozialistischen Polen mitverhandelt wurden. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wurde zur ›Gretchenfrage‹ in Bezug auf die Bewertung des Sozialismus und seine geschlechterpolitischen Implikationen. Bereits im Kontraktsejm wandten sich alle Abgeordneten grundsätzlich gegen jegliche Form des ›Kommunismus‹; anders gesprochen wird anhand der geschlechterpolitischen Debatten an der Wende der 1980er zu den 1990er Jahren die Hegemonie des antikommunistischen Diskurses deutlich.⁴⁹ Für viele Abgeordnete bedeutete gerade die Möglichkeit zur Rückkehr zu einer vermeintlich natürlichen Geschlechterordnung das Ende des Kommunismus.⁵⁰ Ihrer Auffassung nach hatten weder Planwirtschaft noch Einparteienherrschaft das Kernproblem der Volksrepublik dargestellt, sondern vielmehr die materialistisch-atheistischen Grundüberzeugungen des Kommunismus, verkörpert durch die Aufhebung ›natürlicher‹ Geschlechterrollen. Dies beinhaltete im Umkehrschluss auch eine Ablehnung liberaler, ›materialistischer‹ Gesellschaftsmodelle und Konzepte. Gerade an der Debatte um das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen zeigt sich, dass einige Abgeordnete letztlich eine Rückkehr in die sogenannte Zweite Polnische Republik mit ihrer katholischen Hegemonie anstrebten.

Beginnen möchte ich mit dem Abgeordneten Kazimierz Czerwiński aus der SD. Diese (ehemalige) Blockpartei wird gemeinhin als zentristisch und liberal beschrieben, ist aber – wie sich zeigen wird – in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs gespalten und nicht unbedingt liberal. Czerwiński ist ein entschiedener Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen und möchte diese unverzüglich verbieten lassen. Er argumentiert zum einen mit der vermeintlich »wissenschaftlichen Tatsache«, dass der »Mord« an einem »ungeborenen Kind« gleichbedeutend mit dem an einem bereits geborenen Kind sei. Zum anderen betont er, dass der Entschluss zu einem Abbruch jeder Frau die grausamste Entscheidung abverlange, die doch aus ihrer Mutterschaft ihre Lebensfreude und ihren Wert ziehe.⁵¹ Ähnlich argumentiert Marian Szatybelko vom PZKS. Er betont, dass ein Schwangerschaftsabbruch Ehre und Würde (*honor i godność*) jeder Mutter zerstöre.⁵² Auch Ignacy Czeżyk (OKP) verknüpft die Frage des Schwangerschaftsabbruchs vor allem mit der Würde der Frau.⁵³ Marek Jurek (OKP/ZChN)⁵⁴ wiederum spricht davon, dass er Ärzt:in-

49 Vgl. dazu: Golinczak, Michalina: Communism as a General Crime: Applying Hegemony Analysis to Anti-Communist Discourse in Contemporary Poland, in: *Praktyka Teoretyczna* Vol. 21 (1/2019), S. 94–117.

50 Watson, Peggy: The Rise of Masculinism in Eastern Europa, in: *New Left Review* Vol. 198 (1/1993), S. 71–82, hier: S. 71f.

51 Poseł Kazimierz Czerwiński: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 55.

52 Poseł Marian Szatybelko: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 117.

53 Poseł Ignacy Czeżyk: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 117.

54 Ab September 1989 waren drei Sejm-Abgeordnete der OKP-Fraktion (Stefan Niesiołowski, Jan Łopuszański und Marek Jurek) Mitglieder der neu gegründeten Christlich-Nationalen Union (Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe, ZChN), die strikt nationalistisch und fundamentalkatholisch ausgerichtet war.

nen, die einen Abbruch durchführten, bestrafen wolle, da die betroffenen Frauen bereits »geistig und körperlich verstümmelt« (*okaleczonych fizycznie i psychicznie*) seien,⁵⁵ womit sie ihre Würde und – so scheint es fast – ihr vollwertiges Menschsein verloren hätten.

Diese (männlichen) Abgeordneten betonten alle, dass ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen auch Frauen, ihre Würde und ihren Wert schütze, indem sie davon ausgehen, dass »normale« Frauen sich niemals selbst für einen Abbruch entscheiden würden. Hier wird deutlich, dass für diese Abgeordneten die Mutterschaft einer Frau ihren Wert verleiht und ihre unverrückbare Identität darstellt. Das sozial Konstruierte – die Geschlechternorm – wird hier zu etwas »natürlich Gegebenem« und schränkt in der Folge das »Mögliche« ein.⁵⁶ Zugleich werden Frauen als schutzbedürftig und letztlich unmündig in Bezug auf eine Entscheidung über die Frage des Schwangerschaftsabbruchs dargestellt, d. h. sie werden zum »Objekt (staatlicher) bevölkerungspolitischer Regulierungen« gemacht.⁵⁷

Eine weitere Argumentationslinie der Befürworter:innen eines Verbots kommt bei Stanisława Krauz (OKP) hinzu. Auch sie hebt zunächst hervor, dass Schwangere aus ihrer Sicht nur einen Abbruch durchführen würden, weil sie von Ärzt:innen, dem Vater des Kindes oder der Gesellschaft unter Druck gesetzt würden. Mit dem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs hingegen gäbe man Frauen ihren wahren Wert, nämlich die Freude an der Mutterschaft zurück. Neben dem Schutz der Mutter führt sie allerdings noch ein anderes, oft aufzufindendes Argument an – den Schutz der polnischen Nation. Ihr – und vielen anderen – zufolge könne nur mit dem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs die seit der Taufe Mieszkos im Jahr 966 existierende polnisch-katholische Nation (*naród katolicki*) gerettet werden.⁵⁸ Ähnlich in der Argumentation – aber noch deutlich härter im Ton – ist Stanisław Strózik (OKP), der von 17 Mio. Ermordeten (sprich: abgetriebenen Föten) seit 1956 spricht⁵⁹ und dafür die Frauen verantwortlich macht, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen. Dies – so der Abgeordnete – sei ein Problem für die Landwirtschaft, der damit 17 Mio. Käufer:innen fehlten, und habe so damit die polnische Nation zerstört.⁶⁰ Auch der Abgeordnete Czesław Sobierajski (OKP) sieht im Recht auf Schwangerschaftsabbruch vor allem eine existenzielle Gefahr für die polnische Nation.⁶¹

55 Poseł Marek Jurek: 43 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 listopada 1990 r., S. 420f.

56 Villa: Geschlecht, S. 289.

57 Bargetz/Ludwig/Sauer: Einleitung, S. 18.

58 Poseł Stanisława Krauz: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 104f.

59 Die Zahl von 17 Mio. ist viel zu hoch angesetzt und würde ungefähr 500.000 Fälle jährlich bedeuten. Die Forscherin Agata Ignaciuk spricht hingegen von durchschnittlich 120.000 Schwangerschaftsabbrüchen jährlich zwischen 1956 und 1993. Ignaciuk, Agata: Innovation and Maladjustment. Contraceptive Technologies in State-Socialist Poland, 1950s–1970s, in: *Technology and Culture* Vol. 63 (1/2022), S. 182–208, hier: S. 182.

60 Poseł Stanisław Strózik: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 141.

61 Poseł Czesław Sobierajski: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 93.

Neben dem Schutz der Frauen und der Nation beruft sich die ›Verbotsfraktion‹ oft auf die Predigten katholischer Bischöfe und den Papst, die hier eindeutig seien, weshalb sich jede Diskussion erübrige. Stellvertretend hierfür Zdzisław Czarnobilski (PSL):

»Wir kennen die Position des Heiligen Vaters und der polnischen Bischöfe zum Schutz des gezeugten Lebens. Da wir wahrhaftig gläubig sind, können wir diese Position schließlich nicht missachten, und so können wir aus diesem Grund auch nicht anders als gegen den Beschluss stimmen. Dies wird eine Prüfung unseres Glaubens, unseres Zeugnisses vor Gott, unserer Weisheit und Weitsicht sein.«⁶²

In den meisten Reden aus diesem Lager wird implizit oder explizit auf die Positionierung der Kirche eingegangen bzw. betont, dass dieses Verbot im Sinne des polnischen Papstes erfolgen müsse. So sei die Entscheidung über das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen für Maria Sępniak (OKP) eine zwischen den Gesetzen Gottes und den Gesetzen Stalins. Wer gegen ein Verbot sei, behaupte damit, dass Gott unrecht habe.⁶³ Auch hier zeigt sich, wie die Frage des Schwangerschaftsabbruchs zum Lackmustest bezüglich der Bewertung der Volksrepublik wurde. Es bestand bei dieser Frage nur die Wahl zwischen einem ›kommunistischen‹ und einem unabhängigen, in dieser Argumentation katholisch-national orientierten Polen. Auch Jan Łopuszański (OKP/ZChN) betont unter Berufung auf eine Aussage des Papstes, dass sich bei diesem Thema zeige, wer für die Überbleibsel des totalitären Systems sei und wer für das katholische Polen.⁶⁴ Laut Stanisława Krauz (OKP) folge daraus die absolute Unvereinbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen und Katholizismus.⁶⁵

Allen hier genannten Argumenten ist gemein, dass Frauen vorrangig in ihrer Rolle als Mutter und vor dem Hintergrund der damit von ihnen erwarteten Funktion für die Gesellschaft bzw. für die Existenz der katholischen polnischen Nation gesehen werden. Diejenigen, die dem nicht entsprechen (wollen), stehen in dieser Argumentation außerhalb der Gesellschaft, werden als ›unter Druck gesetzt‹ dargestellt und gelten als dem alten totalitären System verhaftet. Zudem wird Frauen jedes Recht über den eigenen Körper und die Fähigkeit abgesprochen, über diesen zu entscheiden.⁶⁶ Dies wird symptomatisch bei Senator Walerian Piotrowski deutlich, der am 25. Januar 1991 den Gesetzentwurf des Senats zum Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen im Sejm vorstellte. Er betont, dass ab der Empfängnis ein von der Mutter unabhängiger Mensch entste-

62 Poseł Zdzisław Czarnobilski: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 41. »Znamy stanowisko Ojca Świętego i biskupów polskich w sprawie ochrony życia poczętego. O ile naprawdę jesteśmy wierzący, nie możemy przecież tego stanowiska zlekceważyć, a więc również i z tego powodu nie możemy inaczej głosować, jak tylko przeciw uchwale. Będzie to sprawdzian naszej wiary, naszego świadectwa wobec Boga, naszej mądrości i dalekowzroczności«

63 Poseł Maria Sępniak: 37 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 lipca 1990 r., S. 375.

64 Poseł Jan Łopuszański: 43 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 listopada 1990 r., S. 155.

65 Poseł Stanisława Krauz: 41 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 października 1990 r., S. 265.

66 Poseł Jan Łopuszański: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 101.

he, über den diese keinerlei Verfügungsgewalt und Rechte habe.⁶⁷ Die Argumentation, dass dieses Thema nichts mit Frauen zu tun habe, sondern lediglich mit dem ›Kinderschutz‹ findet sich in der Debatte immer wieder. Daran zeigt sich die machtpolitische Nutzbarmachung dieses Diskurses – etwa wenn Abgeordnete von sich behaupten, im Namen ›des (ungeborenen) Kindes‹ zu sprechen, dessen Interessen zu vertreten, und damit die schwangere Person selbst weitgehend aus dem Diskurs ausschließen. Michael Zok spricht in diesem Zusammenhang von einer »Biologisierung« der Debatte.⁶⁸

In der vorangegangenen Diskussion wurde ein Amalgam aus katholisch-nationalen Geschlechternarrativen sichtbar, die sich ebenfalls in die Tradition des *Matka Polka*-Mythos einordnen lassen. Frauen kommt eine bestimmte Rolle in der Gesellschaft zu, nämlich die der aufopferungsvollen und der polnischen Nation verpflichteten Mutter. Auch fällt auf, dass sich aus dem explizit katholischen Lager nur Männer äußern, was vor allem daran liegt, dass PZKS sowie Pax keine Frauen entsandten.⁶⁹ Lediglich die ökumenisch orientierte UChS entsandte mit Urszula Jarosz eine einzige Frau. Hieran wird sehr deutlich, dass vonseiten des politischen Katholizismus die Trennung von privater und öffentlicher Sphäre auch praktisch gelebt wurde. Gleichzeitig ließen diese Abgeordneten die Verantwortung von Vätern oder die Folgen eines Abtreibungsverbots für die Betroffenen oder die Gesellschaft unerwähnt; vielmehr ging es ausschließlich um die Aufgaben und Pflichten der Mutter. Umgekehrt lässt sich auf ein Männerbild schließen, dass diese auf die öffentliche Sphäre beschränkt. Wie wenig einige dieser Abgeordneten zudem von Frauen im Sejm hielten, wird an ihren Kommentaren, ›Witzen‹ und Verächtlichmachungen deutlich. Auffällig ist zudem, dass ein Bekenntnis zum katholischen (und abtreibungsfreien) Polen oft zum alles entscheidenden Bruch mit der Volksrepublik stilisiert wird. Fragen des politischen und ökonomischen Systems stellen bei vielen Abgeordneten ein sekundäres Problem dar.

Die genannten Abgeordneten sind mit ihren Geschlechternarrativen nicht allein. Bei weiteren Abgeordneten der OKP, SD und ZSL/PSL gab es ähnliche Einstellungen, wobei das Feld dort deutlich ambivalenter und fließender war. Dass sich die OKP im Laufe der Legislaturperiode in verschiedene politische Strömungen aufteilte, hing nicht zuletzt mit der Positionierung ihrer Abgeordneten in dieser Frage zusammen. Die Spannweite lag dabei zwischen Personen wie den bereits erwähnten Politiker:innen Stanisława Krauz oder Marek Jurek – wobei letzterer für Schwangerschaftsabbruch die gleiche Strafe wie für Mord für angemessen hielt⁷⁰ – und Barbara Labuda, die sich bereits im Rahmen der *Solidarność* für Frauenrechte eingesetzt hatte und auch als Rednerin für den parlamentarischen Frauenkreis eine liberale Haltung vertrat.⁷¹ Neben den bereits

67 Senator Walerian Piotrowski: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24 i 25 stycznia 1991 r., S. 157–163.

68 Zok: *Biological Substance*, S. 374f.

69 Archiwum Sejmu: Kluby i koła w Sejmie X kadencji. URL: <https://www.sejm.gov.pl/archiwum/kluby/kadencjx/kluby.htm> [Abgerufen: 20.06.2023].

70 Poseł Marek Jurek: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 178.

71 Poseł Barbara Labuda: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 108. Generell ist interessant, wer 1989 in der OKP zusammenkam und wohin die Wege der jeweiligen Abgeordneten führten. Landete Marek Jurek nach zahlreichen Zwischenstationen (Wy-

genannten Gegner:innen des Rechts auf Schwangerschaftsabbruchs in der OKP und deren Geschlechternarrativen diskutiere ich im Folgenden die ›Kompromissfraktion‹, wobei die Positionierung der einzelnen Abgeordneten nicht immer anhand klarer Grenzen erfolgte.

Beispielhaft für diese Gruppe steht Jacek Kuroń, einer der führenden Köpfe der Opposition in der Volksrepublik. In dieser Debatte betont Kuroń seine Ablehnung des ›Tötens‹ und spricht sich entschieden gegen Schwangerschaftsabbrüche aus. Jedoch bekräftigt er, dass es sich dabei um eine moralische Frage handele, die nicht einfach durch ein Verbot rechtlich zu regeln sei. Zudem hebt er hervor, dass die Frage des Schwangerschaftsabbruchs mit der des Ausbaus von Einrichtungen für Mütter mit kleinen Kindern sowie für Menschen mit Behinderungen zusammenhinge. Generell sprach Kuroń ausschließlich von Müttern und ihrer Verantwortung für Kind und Familie, nie von Vätern. Im Vergleich zur strikten Verbotsfraktion fällt allerdings auf, dass er das Thema weder mit dem Überleben der Nation verknüpft noch Frauen angreift, die einen Abbruch durchgeführt haben – zumindest nicht direkt.⁷² In eine ähnliche Richtung argumentiert Adam Michnik, der ebenfalls oppositioneller Akteur in der Volksrepublik gewesen war.⁷³

In der hier behandelten Sejmdebatte fordert Michnik in einem ersten Schritt einen Ausbau der sozialen Infrastruktur für Mütter, mithilfe derer sich Mütter seiner Ansicht nach nicht für eine Abtreibung entscheiden würden. In einem zweiten Schritt solle für Verhütungsmittel gesorgt und erst danach könne über eine gesetzliche Regelung diskutiert werden. Für ihn ist überdies wichtig, die katholische Kirche in dieser Debatte nicht zu instrumentalisieren. Die Abgeordneten hätten unabhängig von selbiger zu entscheiden.⁷⁴ Tendenziell vertritt Michnik in dieser Diskussion eine liberalere Haltung als beispielsweise Kuroń, was wohl nicht zuletzt daran lag, dass er sich als einer von wenigen Abgeordneten als Atheist bezeichnete. Ähnlich argumentierten auch Henryk

borcza Akcja Katolicka, WAK, sowie Prawo i Sprawiedliwość, PiS) bei Kukiz'15, so unterstützte Barbara Labuda 1995 Kwaśniewskis Präsidentschaftskandidatur und ist heute Unterstützerin der Partei Wiosna (Frühling). Ihr Sohn Wojciech Labuda war wiederum Bevollmächtigter des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki (PiS).

72 Poseł Jacek Kuroń: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 41.

73 So war Michnik wegen der Verbreitung des erwähnten offenen Briefs von Kuroń und Modzelewski 1965 erstmalig und – nach seiner Beteiligung an den sogenannten März-Ereignissen – 1968 endgültig der Universität verwiesen wurde. Sehr wahrscheinlich spielte dabei auch seine jüdische Herkunft eine Rolle, zumal 1968 vonseiten der PZPR eine antisemitische Kampagne gestartet worden war, die die Entlassung von rund 20.000 Jüdinnen und Juden und eine massive Auswanderungswelle nach Israel nach sich zog. Wie Kuroń gehörte Michnik 1976 zu den Gründer:innen des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter und war ab 1977 Redakteur unabhängiger Untergrundzeitschriften (z.B. *Krytyka*). Ab 1980 unterstützte er die *Solidarność* und wurde im Zug des Kriegsrechts 1981 interniert. 1989 war Michnik an den Verhandlungen des Runden Tisches beteiligt und zwischen 1989 und 1991 Abgeordneter für das Bürgerkomitee (Komitet Obywatelski, KO). Seit ihrer Gründung ist Michnik zudem (Chef)Redakteur der *Gazeta Wyborcza* und vertritt dort in der Tendenz einen (links)liberalen Kurs in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik.

74 Poseł Adam Michnik: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 146.

Wujec (OKP)⁷⁵ und Józefa Hennelowa (OKP)⁷⁶, die sich wie Michnik gegen eine Debatte »gut« gegen »böse« wandten, und sich Holocaustvergleichen o. Ä. vonseiten radikaler Abtreibungsgegner:innen verwehrten.⁷⁷ Schließlich ist die Position des Abgeordneten Jerzy Hopfer interessant, der als Vertreter der UChS eine vergleichsweise liberale Position vertritt. Er beruft sich dabei auf die Haltung der evangelischen Kirche in Polen, deren Mitglied er selbst ist. Zwar lehne diese Schwangerschaftsabbrüche ab, betone aber, dass diese vor allem durch den Zugang zu Verhütung und Aufklärung und nicht durch Gesetze zu verhindern seien.⁷⁸

Was sagen diese Positionen nun über die Geschlechternarrative der betreffenden Abgeordneten aus? Auch sie sprachen viel von Müttern und nie von Vätern, hoben die »weibliche Rolle« in der Familie sowie die primäre Verantwortung von Frauen für Kinder hervor. Nichtsdestoweniger betrachteten sie Frauen nicht ausschließlich in ihrer Funktion für Nation und Gesellschaft, sondern letztlich als Objekte. Tatsächlich geht es vielmehr um die Frage des Schwangerschaftsabbruchs selbst und seiner verschiedenen Ursachen, sowie um die Verantwortung des Staates für Mütter. Zudem kommen hier auch Polinnen zu Wort, die das Thema aus eigener Erfahrung kannten. Trotzdem bleiben die meisten dieser Abgeordneten in Vorstellungen einer prinzipiellen Aufteilung von privater und öffentlicher Sphäre anhand von Geschlechtergrenzen verhaftet. Bezüglich der Arbeits(ver)teilung impliziert dies eine reine Fokussierung von Männern auf Erwerbsarbeit. Für Frauen bietet sich entweder der Weg der Doppelbelastung oder einer ausschließlichen Ausrichtung auf Care-Arbeit. Indes ist zu betonen, dass sich beispielsweise der linksliberale Flügel der OKP der strukturellen Probleme im Bereich der Arbeit für Polinnen bewusst war und diese auch ansprach.

Das eher progressive Lager, das ich im Folgenden diskutieren möchte, bestand aus Befürworter:innen eines Rechts auf Schwangerschaftsabbruch, wobei der Übergang zu den eben genannten Abgeordneten fließend war; so war sich der gesellschaftsliberale Flügel der OKP bei diesem Thema oft mit der PZPR einig. Izabella Sierakowska (PZPR) etwa argumentiert sehr ähnlich wie Adam Michnik und betont die gesellschaftliche Verantwortung für das Thema Schwangerschaftsabbruch. Die Bevölkerung müsse Zugang zu Verhütung und sexueller Aufklärung erhalten; zudem würde es massiv an Unterstützung für alleinerziehende Mütter mangeln. Des Weiteren kritisiert sie die Doppelmoral der Abtreibungsgegner:innen, die sich lieber um die hohe Kindersterblichkeit in Polen kümmern sollten. Jegliches Verbot würde nur eine hohe Zahl illegaler Abtreibungen nach sich ziehen. Schließlich fordert Sierakowska die Abgeordneten dazu auf, die tatsächlich betroffenen Polinnen abstimmen zu lassen und nicht über ihre Köpfe hinweg

75 Poseł Henryk Wujec: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 161.

76 Poseł Józefa Hennelowa: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 119.

77 Vgl. z. B. Poseł Adam Michnik: 60. Sitzung Sejm, S. 176.

78 Poseł Jerzy Hopfer: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 137f.

zu entscheiden.⁷⁹ Konsequenterweise verlangt sie an anderer Stelle, dass im Idealfall nur Frauen im fruchtbaren Alter über die Frage abstimmen sollten.⁸⁰

Wiesława Ziółkowska (PZPR) hebt vor allem hervor, dass die Rate der Schwangerschaftsabbrüche in Ländern mit strikten Gesetzen höher sei als beispielsweise in den sehr liberalen Niederlanden. Für die Reduzierung der Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen sei der Zugang zu Verhütung und Aufklärung ausschlaggebend.⁸¹ Marianna Borawska (PZPR) setzt in der Debatte hingegen zu einer Fundamentalkritik an. Die kommunistische Ideologie werde durch eine neue, nämlich die katholische ersetzt. Sie kritisiert, dass hunderttausende Kinder in Armut lebten, Kinderheime heruntergekommen seien und es kaum Hilfe für alleinerziehende Mütter gäbe. Die Abgeordneten sollten sich zunächst um diese Probleme kümmern, bevor sie ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen vorschlugen. Schließlich hält sie den Befürworter:innen eines völligen Verbots vor, dass es nicht christlich sei, wenn man vergewaltigten und/oder sehr jungen Frauen eine Abtreibung verbiete oder Kinder in Armut leben lasse.⁸²

Die Abgeordnete Anna Dudkiewicz berichtet vom 10. Kongress der *Liga Kobiet Polskich* und spricht sich im Namen vieler Teilnehmerinnen sowie einer Gruppe weiblicher Abgeordneter gegen ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs aus. Sie argumentiert, dass dieses den Versuch darstelle, die Verantwortung für die langjährige Nachlässigkeit des Staates sowohl im Bereich der Erziehung als auch der Empfängnisverhütung auf Frauen abzuwälzen. Repressive Methoden könnten die Probleme nicht lösen. Zudem betont sie, dass ein Verbot zwei von Polen ratifizierten internationalen Rechtsnormen zuwider liefe – zum einen der Menschenrechtskonvention und zum anderen dem Übereinkommen über das Verbot jeglicher Form von Diskriminierung von Frauen. Dies beruhe auf der projizierten Annahme, dass ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs vor allem eine Zunahme illegaler Eingriffe mit all ihren gefährlichen Folgen bedeuten werde. Des Weiteren bekräftigt sie ihre Überzeugung, dass jegliche Lösung in Aufklärung und dem Zugang zu Methoden der Empfängnisverhütung zu suchen sei.⁸³

Maria Gomola (PZPR) schlägt schließlich noch einen anderen Ton an:

»Ich bedaure, dass in einem demokratischen Rechtsstaat die Freiheit und die Würde der Frau, ihr verfassungsgemäßes und unveräußerliches Recht, über ihr Schicksal und ihre Mutterschaft selbst zu entscheiden, angegriffen wird, während in einer wirklich demokratischen Gesellschaft die Frau dieses Recht höchstens mit dem Vater ihres Kindes teilt: In einer solchen Gesellschaft wird niemand den Frauen verbieten, Kinder zu

79 Poseł Izabella Sierakowska: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 105f.

80 Dies.: 41 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 października 1990 r., S. 264f.

81 Poseł Wiesława Ziółkowska: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 35.

82 Poseł Marianna Borawska: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 113.

83 Poseł Anna Dudkiewicz: 41 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 października 1990 r., S. 248.

gebären, sofern sie dies wollen, aber niemand hat die Macht, ihnen dies zu befehlen.«⁸⁴

Im Gegensatz zu den meisten ihrer Kolleg:innen hebt sie hervor, dass die Entscheidung über die Austragung des Fötus allein bei der Frau liege. Ähnlich argumentiert auch Anna Dynowska (SD/fraktionslos) – im völligen Gegensatz zu ihren Kollegen der SD. Sie betont, dass die Frage des Abbruchs eine rein individuelle sei. Die Abgeordnete ist zudem die Einzige, die die Frage aufwirft, warum nie über die Verantwortung der Väter gesprochen und das Thema allein auf Frauen abgewälzt werde.⁸⁵ Damit verweist sie auf eine Leerstelle bei den ›liberalen‹ Abgeordneten der PZPR, nämlich die Rolle des Vaters. Der Fokus liegt auf dem Aufbau einer sozialen Infrastruktur für Frauen bzw. Mütter, die Schwangerschaftsabbrüche im Idealfall verhindern sollte. Auch ist vom Schutz der Mütter vor Armut, von fehlenden Betreuungseinrichtungen usw. die Rede. Die Rolle des Vaters des Kindes findet auch in diesem Zusammenhang keine Erwähnung. Des Weiteren fällt in der Argumentation einiger PZPR-Abgeordneter ihr sehr paternalistischer Ton auf. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, die sich ausschließlich auf staatliche Schutz- und Fürsorgeeinrichtungen beziehen, stehen in der Tradition der (spät)sozialistischen Geschlechterpolitik und essentialistisch gedachter Geschlechterrollen. Frauen werden hier weiterhin als eigene und zu beschützende bzw. zu bevormundende Gruppe konstruiert, die nach wie vor ›natürlich‹ für die Kindererziehung und -betreuung verantwortlich gemacht wird. Welche Probleme dieser ›Sonderstatus‹ mit sich brachte, wurde in Bezug auf die Volksrepublik bereits untersucht. Welche Folgen sich daraus im Übergang zu einer neoliberal ausgerichteten Marktwirtschaft (gerade auch im sozioökonomischen Bereich) ergaben, wird noch zu diskutieren sein. Nichtsdestoweniger ist zu betonen, dass sich – basierend auf der Auswertung der Parlamentsdebatten – in der PZPR die meisten Befürworter:innen des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen bzw. eines Ansatzes finden, der Aufklärung und Verhütung den Vorzug vor einem Verbot gibt.

Aus der gesamten Debatte über das Recht auf Schwangerschaftsabbruch lässt sich keine Kausalkette zu einer Benachteiligung von Polinnen auf Erwerbsmärkten ableiten. Hingegen zeigt sich, dass ein beträchtlicher Teil der Abgeordneten Frauen primär oder ausschließlich als Care-Arbeiterinnen sah. Für viele hing an der Mutterschaft Identität und Wert der Frau. Auch liberaler eingestellte Abgeordnete teilten in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs diese Überzeugungen. Betrachten diese Abgeordneten Frauen zwar nicht ausschließlich in ihrer Rolle als Mütter, so machen sie Frauen doch primär für Care-Arbeit verantwortlich, die damit letztlich nur die Entscheidung zwischen dieser und einer Doppelbelastung aus Erwerbs- und Care-Arbeit treffen kann-

84 Posel Maria Gomola: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 169. »Ja z kolei ubolewam nad faktem, że w demokratycznym państwie prawa dokonuje się zamachu na wolność i godność kobiety, na jej konstytucyjne, niezbywalne prawo decydowania o własnym losie i macierzyństwie, podczas kiedy w każdym prawdziwie demokratycznym społeczeństwie kobieta dzieli to prawo co najwyżej z ojcem własnego dziecka. W takim społeczeństwie nikt nie zabroni rodić dzieci kobietom, które tego chcą, ale nikt nie jest władny tego im nakazać.«

85 Poseł Anna Dynowska: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 179.

ten.⁸⁶ Diese Art der Konstruktion ›natürlicher‹ Geschlechter(rollen) schuf also bereits einen ›Möglichkeitsraum‹, der eine massive Ungleichbehandlung der Geschlechter normalisierte, die sich dann auch in der Politik des Kontraktsejm sowie in den noch zu diskutierenden sozioökonomischen Daten niederschlug.⁸⁷

Diese Verknüpfung weiblicher Identität mit Mutterschaft und Care-Arbeit ist weder neu noch im Kontext dieser Debatte überraschend, zumal sich bereits im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik PZPR, katholische Kirche und Solidarność vehement dafür aussprachen. Neu ist allerdings die starke Kopplung der Frage nach dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch mit dem Thema ›Frauenarbeit‹. Hinzu kommt die bisher nicht in diesem Ausmaß zu beobachtende Moralisierung und Verhärtung der Diskussion. Dies könnte nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein, dass die neue postkommunistische Regierung versuchte, sich bei diesem Thema zu profilieren und darüber zu legitimieren.⁸⁸ Zugleich fällt auf, dass die polnische Gesellschaft in Fragen des Schwangerschaftsabbruchs (bis zum heutigen Tag) liberaler eingestellt ist als die Abgeordneten.⁸⁹ Zwar hielt die deutliche Mehrheit diesen für »eine Sünde«, gleichzeitig aber zeigen Umfragen für die Jahre 1988/89 bis 1992, dass eine gleichbleibend hohe Zustimmung von rund zwei Dritteln der Bevölkerung der Ansicht war, dass Schwangerschaftsabbrüche aus verschiedenen (auch sozialen) Gründen zulässig sein sollten.⁹⁰

Die Debatte um die Einführung eines Frauen- und Familienausschusses

Eine weitere Sejmdebatte, die viel über die Geschlechternarrative der Abgeordneten verrät, behandelt die Einführung eines Ausschusses, der sich mit Frauen und Familienfragen befassen sollte. Auch hier gibt es grundsätzlich drei Fraktionen, die sich anhand der Frage seiner Benennung und der ihm zu übertragenden Aufgaben unterscheiden lassen. Plädiert eine Fraktion dafür, dass dieser sich primär mit Themen der Gleichberechtigung von Frauen beschäftige, so fordert eine andere die Beschäftigung mit »Frauen und Familie«, wohingegen die letzte schließlich eine Beschränkung auf »die Familie« erwartet.

Für einen »Frauen- und Familienausschuss« (inhaltlich wie namentlich) setzt sich Maria Dmochowska (OKP) ein, eine langjährige oppositionelle Aktivistin und Kämpferin im Warschauer Aufstand.⁹¹ Die Aufgaben eines solchen Ausschusses sieht sie vor allem in der Verbesserung der Situation berufstätiger Frauen und ihrer Familien. Als Beispiel

86 Fuszara, Małgorzata: *Kobiety w Polsce na przełomie wieków: Nowy kontrakt płci?* Warszawa 2002, S. 260.

87 Vgl. dazu: Villa: *Geschlecht*, S. 289f.

88 Gal, Susan/Kligman, Gail: Conclusion, in: Dies. (Hg.): *Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life after Socialism*. Princeton 2000, S. 424–425, hier: S. 425.

89 Centrum Badań Opinii Społecznej: *Views on the regulation of abortion (2/2024)*, S. 1–4, hier: S. 4.

90 Zok: *Abtreibung*, S. 273.

91 Bei Maria Dmochowska handelt es sich um eine Person mit einer bewegten Geschichte. 1930 in Warschau geboren, kämpfte sie im Warschauer Aufstand und war Soldatin in der Heimatarmee (Armia Krajowa, AK). Sie war Mitorganisatorin der Solidarność in Łódź, Delegierte des ersten nationalen Delegiertenkongresses der Gewerkschaft und ab 1989 Mitglied im Kontraktsejm für den OKP. Zeitgleich saß ihr Bruder Jan Józef Lipski im Senat, von dem sie sich in politischen Fragen deutlich unterschied. Ab 1991 war Dmochowska Abgeordnete für die SD im ersten und zweiten Sejm. Schließlich arbeitete sie ab 2000 als Beraterin des Präsidenten des Instituts für Nationa-

nennt Dmochowska, dass dieser für die Anrechnung von Betreuungszeiten beim Bezug von Arbeitslosengeld sorgen solle. Zugleich distanziert sie sich explizit von »feministischen Schlagwörtern« (*feministyczne hasła*) und fordert die Einrichtung eines Ausschusses für »Frauen und Familie«. Ihrer Überzeugung nach ist eine »normale« Frau immer auch Mutter, und die Familie immer »natürlicher« Teil von »Frauenpolitik«.⁹² Ferner zeigt sich bei ihr eine völlige Diskreditierung des Begriffs »Feminismus«, die sich in den 1990er Jahren nicht nur in Polen, sondern in allen postkommunistischen Staaten beobachten lässt. Im polnischen Fall geht dies auch auf die Diffamierung des Begriffs als »bürgerlich« und »sozialismusfeindlich« zur Zeit des Staatssozialismus zurück.⁹³ Umso frappierender ist es, dass es Antifeminist:innen in den 1990er Jahren gelang, den Feminismus als »kommunistisch« zu brandmarken. In ihrer weiteren Argumentation wird Dmochowska noch fundamentaler und begründet ihre Positionierung gegen einen Frauenausschuss essentialistisch:

»es geht um die Familie, es geht um den Menschen, es geht um den Kranken, den kranken Menschen, den einsamen Menschen, den alten Menschen, und es geht nicht unbedingt um die Frau. Denn was ist wichtig für eine Frau? Für eine Frau ist wichtig, dass ihre Familie intakt und gesund in einer gemeinsamen Wohnung lebt, dass ihr Mann und sie, wenn sie will, eine ordentliche Arbeit haben, dass die Kinder in gute Schulen gehen und in einem gesunden Land leben und etwas zu essen haben. Das ist es, was eine Frau braucht. Es gibt nichts, was eine Frau so sehr braucht. Das sind also Themen, mit denen sich buchstäblich alle Ausschüsse im Sejm beschäftigen.«⁹⁴

Ähnlich wie ihre Kollegin argumentiert auch Dorota Kempka (PZPR), die in den späten 1980er Jahren Vizepräsidentin der *Liga Kobiet Polskich* war: »Im Leben einer Nation spielt die Familie die wichtigste Rolle, aber in dieser Familie spielt die Frau die wichtigste Rolle.«⁹⁵ Auch für sie ist die Rolle der Frau nicht von der Rolle der Mutter zu trennen. Dennoch bemängelt sie die fehlende Kinderbetreuung und die grassierende »Frauenarbeitslosigkeit« in Polen, deren Opfer vor allem alleinerziehende Frauen seien. Kempka kritisiert zudem den niedrigen Frauenanteil in Sejm (13 %) ⁹⁶ und Senat (7 %) sowie den Man-

les Gedenken und wurde 2006 zu dessen Vizepräsidentin ernannt. 2017 starb sie im Alter von 86 Jahren.

92 Poseł Maria Dmochowska: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r., S. 249f.

93 Fuszara: *New Gender Relations*, S. 282.

94 Poseł Maria Dmochowska: 51. Sitzung Sejm, S. 238f. »że jest sprawa rodziny, sprawa człowieka, sprawa chorego, chorej osoby ludzkiej, samotnej osoby ludzkiej, starej osoby ludzkiej, a niekoniecznie sprawa kobiety. Bo co jest dla kobiety ważne? Dla kobiety jest ważne, żeby jej rodzina, cała i zdrowa mieszkała we wspólnym mieszkaniu, żeby jej mąż i ona, jak będzie chciała, mieli odpowiednią pracę, żeby dzieci chodziły do dobrych szkół i żyły w zdrowym kraju i miały co do jeżenia. To jest potrzebne kobiecie. Nic własnego kobiecie tak bardzo nie jest potrzebne. Czyli są to sprawy, które są przedmiotem działania dosłownie wszystkich komisji w Sejmie.«

95 Poseł Dorota Kempka: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r., S. 244–246. »I prawda jest taka – w życiu narodu najważniejszą rolę odgrywa rodzina, ale w tejże rodzinie najważniejszą rolę odgrywa kobieta.«

96 Auch in der Volksrepublik war der Anteil von Frauen im Sejm nicht viel höher gewesen. Er schwankte zwischen 4,1 % im Jahr 1957 (eine Folge der Entstalinisierung) und 23 % im Jahr 1980, allerdings

gel an Frauen im Ministerrat, weshalb sie als Ergänzung des Ausschusses eine Ministerin für Familien- und Frauenangelegenheiten sowie die Einrichtung eines parlamentarischen Ausschusses für diese Bereiche fordert.⁹⁷ Einerseits postuliert Kempka also die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und versteht andererseits die Familie doch als reines Frauenthema. Auch die berufliche Rolle von Frauen ergibt sich bei ihr aus dem Zweck der Familienversorgung. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sie lediglich eine Ministerin für Familien- und Frauenangelegenheiten als Reaktion auf den niedrigen Anteil von Polinnen in der Politik fordert.

Beide Abgeordnete (Dmochowska wie Kempka) argumentieren hier mit spezifischen, Frauen als homogener Gruppe zugeschriebenen Interessen, die vor allem im Bereich der Care-Arbeit lägen. Damit reihen sie sich in eine Argumentationslinie ein, die sich seit den 1980er Jahren verstärkt hat und auf der Grundlage essentialistischer Geschlechternarrative eine jeweils »natürliche« Sphäre für Männer und Frauen behauptet.⁹⁸

Einen anderen Schwerpunkt setzt Anna Dynowska (SD/fraktionslos), die – wie bereits in der Abtreibungsdebatte – durch ihre liberale Haltung auffällt. Zwar merkt auch sie eingangs die Wichtigkeit der Familie an, doch betont sie anschließend die verschiedenen Rollen, Aufgaben und Möglichkeiten von und für Frauen. So setzt sie sich ebenfalls für den Einsatz eines Ausschusses für Frauen *und* Familien ein, meint damit aber etwas anderes als ihre Vorrednerin. Ein solcher Ausschuss solle sich mit Fragen der sozialen und beruflichen Situation von Frauen einerseits und andererseits grundsätzlich mit der Rechtslage von Frauen in der Ehe, ihrer Gesundheit und Bildung befassen. Bezüglich Familien sollten deren Lebensbedingungen diskutiert werden, wobei die Abgeordnete explizit betont, dass dabei verschiedene Familienmodelle und ihr Funktionieren in den Blick genommen werden sollten. Des Weiteren kritisiert sie die hohe Arbeitslosigkeit unter Frauen, verursacht insbesondere durch Entlassungswellen in Berufsfeldern, in denen selbige vorrangig tätig waren. Die Lösungsvorschläge der Regierung wie etwa öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sähen aber nur Stellen für Männer vor und benachteiligten Frauen damit eindeutig. Neben all dem solle sich der Ausschuss noch mit staatlichen Leistungen für Frauen befassen, insbesondere im Bereich von Mutterschaft und Kinderbetreuung, sowie in diesem Zusammenhang die Situation von Hausfrauen analysieren.⁹⁹ Im Vergleich zu ihren Vorrednerinnen vertritt Dynowska ein pluralistisches Frauen- und Familienbild und ist zudem die Einzige, die gesellschaftliche Rollenbilder und Geschlechternarrative in ihre Überlegungen miteinbezieht und als konstruiert und damit veränderbar beschreibt. In der Sejmdebatte nimmt sie so erneut eine Randposition ein.

Demgegenüber ist Jan Świtka (SD) in dieser Debatte der wohl deutlichste Vertreter einer strikten Trennung der Geschlechter sowie ihrer vermeintlichen sozialen Rollen und

ohne klaren Trend. Inter-Parliamentary Union: Women in Parliaments 1945–1995. Worldwide statistical survey. Geneva 1995, S. 208.

97 Poseł Dorota Kempka: 51. Sitzung Sejm, S. 244–246.

98 Vgl. dazu: Villa: Geschlecht, S. 289.

99 Poseł Anna Dynowska: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r., S. 226–228.

Aufgaben. Der Abgeordnete, der im Sejm der gleichen Fraktion wie Anna Dynowska angehörte, repräsentiert hier die dritte Gruppe, die der vorherigen diametral entgegengesetzt ist, indem er die Gründung eines Ausschusses unterstützt, den er »Familienausschuss« nennen möchte. Er begründet dies damit, dass Familien den wichtigsten Aspekt der Gesellschaft darstellten und die Frau als Kern der Familie automatisch mitgemeint sei. Überdies sei »eine moralisch gesunde Familie die Voraussetzung für die Gesundheit der Nation.«¹⁰⁰ Hier tritt wieder das *Matka Polka*-Motiv zu Tage; so spricht der Abgeordnete zwar von der Familie, meint aber primär die Frau als deren Kern, wenn er betont:

»Nur eine gut funktionierende Familie – die Schule einer reicheren Menschheit – ist in der Lage, das dauerhafte Erbe der Nation an kommende Generationen weiterzugeben, und zwar durch eine moralisch gesunde, patriotisch sensibilisierte, sozial und politisch reife, menschlich orientierte junge Generation von Polen, die sich ihrer Wurzeln, ihres nationalen Schicksals und ihres Ethos bewusst ist.«¹⁰¹

Daraus schließt er, dass der Staat alles für den Schutz und Erhalt der Familien, d. h. zur Verhinderung von Scheidungen tun müsse. In seinem Beitrag wird deutlich, dass er Polinnen lediglich im Zusammenhang ihrer vermeintlichen Aufgabe in der Familie und der damit verbundenen, reproduktiven und moralisch konservierenden Rolle für die Nation sieht.¹⁰² Aus seiner Sicht geht es im neu zu schaffenden Ausschuss nur darum, Frauen in ihrer Funktion innerhalb der Familie zu stärken:

»Neben der Familie ist das zweite Thema des Projekts die Frau, die ihr Kern, Gesicht und Charakter ist. Sie ist die Quelle der Aktivität der Familie, ihrer Wärme und all dessen, was man Familienglück nennt.«¹⁰³

Zugleich zeigt sich bei diesem Abgeordneten, wie er das Verhältnis einer Ehefrau zu ihrem Mann sieht:

»Schließlich ist die Frau eine praktische Begleiterin im Leben des (Beifall) oft unpraktischen Mannes, körperlich schwächer als er, aber geistig stärker, widerstandsfähig gegen die Schwierigkeiten des Lebens, konkret und praktisch denkend, nicht gleichgültig gegenüber dem Bösen, sparsam, der Familie ergeben, auf der Suche nach dem Guten und Schönen. Ansonsten ist sie klug wie ein Mann. (Beifall) (Heiterkeit im Saal) Sie hat die Fähigkeit, sich in andere hineinzusetzen. Sie ist eine gute Beraterin, die gute

100 Poseł Jan Świtka: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r. »Zdrowa moralnie rodzina warunkiem zdrowia narodu.«

101 Ebd., S. 228–231. »Tylko należyście funkcjonująca rodzina – będąca szkołą bogatszego człowieczeństwa – jest w stanie należyście przekazać przyszłym pokoleniom trwałe dziedzictwo narodu, przekazać go przez zdrowe moralnie, wyczułone patriotycznie, dojrzałe społecznie i politycznie, zorientowane na człowieka, młode pokolenie Polaków, świadome swoich korzeni, narodowego losu i etosu.«

102 Vgl. dazu: Bargetz/Ludwig/Sauer: Einleitung, S. 18.

103 Poseł Jan Świtka: 51. Sitzung Sejm, S. 228–231. »Drugim, obok rodziny, zagadnieniem projektu jest kobieta, która stanowi jej rdzeń, oblicze i charakter. Jest ona źródłem aktywności rodziny, jej ciepła i wszystkiego tego, co się rodzinnym szczęściem zwie.

Projekte vorschlägt. Verantwortungsbewusst, aufopferungsvoll und geduldig, möchte sie anderen helfen (Beifall), den Schwachen, den Bedürftigen.«¹⁰⁴

Mit seiner Aufteilung in die ›natürlichen‹ Sphären und Rollen von Frau und Mann steht der Abgeordnete geradezu sinnbildlich für die Normierung von Geschlecht anhand biologistischer Argumente.¹⁰⁵ Zudem zeigt sich hier, wie die Konstruktion von Frauen auch immer der (indirekten) Konstruktion von ›Männlichkeit‹ dient. Ebenso aufschlussreich ist, dass Świtka im Vergleich mit den anderen angeführten Abgeordneten sehr viel Applaus und Gelächter erntet; zumindest in Teilen des Parlaments scheinen seine Ausführungen auf Zustimmung gestoßen zu sein. Diese erhält er in der Namensfrage auch von Tadeusz Kowalczyk (OKP), der mit einer vermeintlichen Bevorzugung von Frauen argumentiert, da Männer aus seiner Sicht in Familienfragen diskriminiert würden. Ihre Rolle in der Familie, bei der Kindererziehung und die von ihnen geleistete materielle Unterstützung sollten stärker betont werden, weshalb der Ausschuss nur »Familienausschuss« heißen solle.¹⁰⁶ Mit dieser Forderung geht allerdings keinesfalls die Forderung nach einer größeren Rolle von Vätern in der Care-Arbeit o. Ä. einher; im Gegenteil fühlt sich der Abgeordnete schlichtweg diskriminiert, wenn der Ausschuss »Frauenausschuss« hieße.

Diese Sejmdebatten werfen ein Schlaglicht auf die vorherrschenden Geschlechternarrative und -konstrukte der Abgeordneten, die hier als Repräsentant:innen der Nation auftreten.¹⁰⁷ Es fällt auf, dass weite Teile des Sejms die Rolle der Frau innerhalb der Familie sehen und die Erwerbsarbeit von Frauen in ihren Augen, wenn überhaupt, nur sekundär ist. Zudem werden Polinnen – explizit und implizit – als schutzbedürftig dargestellt und essentialistisch zu einer einheitlichen Gruppe konstruiert.¹⁰⁸ Schließlich werden sie qua ihrer Rolle als *Matka Polka* wieder für die Bewahrung der polnischen Nation verantwortlich gemacht. Eine Ausnahme bilden lediglich vereinzelte Abgeordnete wie Anna Dynowska, indem sie die multiplen Rollen, Wünsche und Identitäten von Polinnen ansprechen. Die meisten der hier vorgebrachten Argumente sind keineswegs neu, sondern finden sich bereits sehr ähnlich in der späten Volksrepublik. Neu sind allerdings solche Wortbeiträge, die Frauen als ›natürlich‹ und ›biologisch‹ ungeeignet für (Erwerbs)Arbeit außerhalb der Familie erklären. In der sich hier vollziehenden (Re)Definition der Geschlechterrollen werden Frauen von einigen Abgeordneten ausschließlich auf ihre reproduktive Rolle reduziert, während Frauen ihre (in der Volksrepublik noch

104 Ebd. »Kobieta to przecież praktyczna towarzyszka życia (oklaski) jakże często niepraktycznego mężczyzna. Słabsza od niego fizycznie, ale mocniejsza psychicznie, odporna na trudy życia, myśląca konkretnie, praktycznie, nieobojętna na zło, oszczędna, oddana rodzinie, szukająca dobra i piękna. Jest inaczej mądra jak mężczyzna. (oklaski) (weselość na Sali) Posiada zdolność wczuwania się w innych. Jest dobrym doradcą, podsuwa dobre projekty. Odpowiedzialna, ofiarna i cierpliwa, chce pomagać innym (oklaski), słabym, potrzebującym.«

105 Bargetz/Ludwig/Sauer: Einleitung, S. 17f.

106 Poseł Tadeusz Kowalczyk: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r., S. 246.

107 Dies ist auch der Grund, weshalb ich Parlamentsdebatten und nicht etwa Zeitschriften analysiere.

108 Auffällig ist überdies, dass in dieser Debatte mehr Frauen zu Wort kommen als beispielsweise beim Thema Schwangerschaftsabbruch. Zu vermuten ist, dass Frauen von ihren Fraktionen für dieses ›Frauenthema‹ als Rednerinnen nominiert wurden. Im Vergleich zur Abtreibungsdebatte war es zudem vermutlich weniger ›politisch attraktiv‹.

als selbstverständlich vorausgesetzte) Fähigkeit zur Erwerbsarbeit abgesprochen wird. Männer bleiben hingegen weiterhin die Norm.¹⁰⁹

Ein Ausschuss wurde schließlich nicht eingerichtet, sondern lediglich das Amt einer Regierungsbevollmächtigten für »Frauen und Familien«, welches mit Anna Popowicz besetzt wurde (einer Juristin, die von 1980 bis 1991 Mitglied der Solidarność und ab 1992 des KLD, später der UW war) und im Folgenden noch Thema sein wird.¹¹⁰ Auch daran zeigt sich, dass Frauen zwar als einheitliche Gruppe konstruiert, ihre spezifischen Probleme im Sejm aber politisch und administrativ marginalisiert wurden.

Kinderbetreuung

Auch das Thema Kinderbetreuung hatte stets eine Geschlechterdimension. Grundsätzlich ist die diesbezügliche Debatte im Sejm nach der Positionierung zu privater (im Sinne unbezahlter Care-Arbeit durch Eltern, Familie usw.) und staatlicher Kinderbetreuung strukturiert. Weitere Themen, die in diesem Kontext diskutiert wurden, waren die Frage des Rentenalters für Frauen sowie die staatliche Unterstützung Alleinerziehender. Anhand der Beiträge der Abgeordneten zu den genannten Themen zeigt sich, dass eine Betreuung durch die Mutter für weite Teile des Parlaments insofern die Norm und zugleich den Idealzustand darstellte, als dies auch auf Befürworter:innen einer Stärkung staatlicher Betreuungseinrichtungen zutrifft.

Zunächst fällt auf, dass parteiübergreifend viele Redner:innen auf die katastrophale finanzielle Lage staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen hinweisen.¹¹¹ Hierbei geht es ihnen primär um die Auswirkungen auf Kinder zwischen drei und sechs Jahren, die nicht ausreichend auf die Schule vorbereitet würden. Hingegen werden die Konsequenzen für die i. d. R. betreuenden Frauen fast nie thematisiert. Sie kommen meist nur indirekt vor, etwa wenn Zofia Wilczyńska (PZPR) darauf hinweist (nachdem sie ebenfalls die Folgen für die Kinder betont hat), dass eine Einverdienerehe aus finanziellen Gründen damals nur selten möglich sei, weshalb der herrschende Mangel an Betreuungseinrichtungen ein beträchtliches Problem darstelle.¹¹² Lediglich Halina Suskiewicz (PZPR), die nicht zufällig Łódź als Abgeordnete vertrat, merkt an, dass dies die Stadt mit der höchsten Frauenerwerbstätigkeit in Polen sei, da hier Frauen wie Männer gleichberechtigt arbeiteten. Łódź habe deshalb einen besonderen Bedarf an Betreuungseinrichtungen, für die allerdings das Geld fehle.¹¹³ Einzig in dieser Rede werden Männer wie Frauen als auf

109 Vgl. dazu: Bargetz/Ludwig/Sauer: Einleitung, S. 17f.

110 Pełnomocnik Rządu ds. Kobiet i Rodziny Anna Popowicz: 55 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4 i 5 kwietnia 1991 r., S. 97–101.

111 Vgl. Poseł Aleksander Małachowski: 56 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 kwietnia 1991 r., S. 24f.; Poseł Zofia Wilczyńska: 56 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 kwietnia 1991 r., S. 61–63.; Poseł Wanda Sokołowska: 56 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 kwietnia 1991 r., S. 66f.; Poseł Janusz Maćkowiak: 56 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 kwietnia 1991 r., S. 56.

112 Poseł Zofia Wilczyńska: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24 i 25 stycznia 1991 r., S. 15f.

113 Poseł Halina Suskiewicz: 22 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23 i 24 lutego 1990 r., S. 126–128.

dem Arbeitsmarkt gleichberechtigt präsentiert, was wiederum als Argument für staatliche Betreuungseinrichtungen verstanden wird. Letztlich ist augenfällig, dass explizit nur die Betreuung von Kindern zwischen drei und sechs Jahren diskutiert wurde. Staatliche Betreuung für unter Dreijährige zu fordern oder auch nur zu denken, scheint völlig abwegig gewesen zu sein.

Im Gegensatz zu dieser ersten Gruppe hält Stanisław Jasiński (ZSL) Kinderbetreuungseinrichtungen generell für unnötig und fordert eine Rückkehr des Landes zum Agrarismus (*agraryzm*). Dies würde alle Betreuungsprobleme lösen, denn: »Die Agrarier sind der Meinung, dass der Mensch inmitten seiner Lieben aufwachsen und leben sollte. Kinderkrippen, Kindergärten und Pflegeheime sind dann überflüssig.«¹¹⁴ In eine ähnliche Richtung argumentiert Stanisław Cieśla (OKP), der Scheidungen erschweren (indem etwa Gerichte diese öfter ablehnen sollten) und Ehen fördern möchte. Er erklärt, dass jede Scheidung das Band zwischen den Eheleuten sowie zwischen Eltern und Kindern durchtrenne. Dies habe den Zerfall der Familie und damit auch der Nation zur Folge. Kurz gesagt, er ist gegen staatliche Kinderbetreuung.¹¹⁵ Bei ihm wie auch bei seinen Kolleg:innen fällt auf, dass scheinbar jede Ehe – und sei sie noch so zerrüttet – als für die Kinder vorteilhaft betrachtet wird. Es ist kein Zufall, dass mit dieser Haltung auch eine Verharmlosung von häuslicher Gewalt einhergeht. Zugleich lassen sich dazu nur schwer verlässliche Zahlen finden, was sowohl die Zahl von durch ihren Partner ermordeten Frauen betrifft (was umgekehrt oder etwa in homosexuellen Beziehungen bedeutend seltener vorkam), da die danach aufgeschlüsselten Daten entweder nicht vorhanden sind oder nicht veröffentlicht wurden,¹¹⁶ als auch die offiziellen Zahlen zu psychischer und physischer Gewalt gegen Partnerinnen. Schätzungen gehen davon aus, dass Mitte der 1990er Jahre eine von sechs Frauen in Polen von körperlicher Gewalt in der Partnerschaft betroffen war.¹¹⁷

Auch der Abgeordnete Zdzisław Drela (OKP) ist ein Gegner staatlicher Betreuung. Aus seiner Sicht sind die Massenmedien für die Zerstörung von Familien und die Ablehnung der »natürlichen« Erziehung von Kindern durch ihre Mütter verantwortlich. Die Massenmedien förderten einen Lebensstil, der von Brutalität und Abarten wie Sadismus und unnatürlichem Sex geprägt sei oder – in seinen Worten – »der Moderne«. Die Folgen seien aus Drelas Sicht beträchtlich:

»Die Praxis beweist hingegen, dass, wenn Eltern mit sich selbst beschäftigt, in die Vergnügungen des Lebens oder des Geschäfts vertieft sind und die Erziehung ihrer Kinder Dritten oder Einrichtungen überlassen, der Prozess der Bindung an die Mutter, an

114 Poseł Stanisław Jasiński: 34 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 5 i 6 lipca 1990 r., S. 178–181. »Agraryści uważają, że człowiek winien wzrastać i żyć w otoczeniu najbliższych. Niepotrzebne są wtedy żłobki, przedszkola, domy opieki społecznej.«

115 Poseł Stanisław Cieśla: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21 i 22 czerwca 1990 r., S. 230–233.

116 Grzyb, Magdalena et al.: Exploring the data on femicide across Europe, in: Shalva Weil/Consuelo Corradi/Marceline Naudi (Hg.): Femicide across Europe. Theory, research and prevention. Bristol 2018, S. 96–166, hier: S. 132f.

117 Women's Rights Center/Minnesota Advocates for Human Rights/International Women's Human Rights Clinic: Domestic Violence in Poland. Minneapolis 2002, S. 9f.

die Eltern, der in der Natur des Kindes programmiert ist, ausbleibt und die Bedingungen für die emotionale Entwicklung des Kindes nicht geschaffen werden. Das Kind kann daher psychopathische Züge entwickeln, mit allen Konsequenzen, die dies mit sich bringt, oder es kann in infantiler Sehnsucht nach der Liebe seiner Mutter leben und in Ermangelung selbiger engere Beziehungen zu Gleichaltrigen eingehen und sich schließlich von seinen gleichgültigen Eltern distanzieren.«¹¹⁸

Drela geht noch weiter und macht die fehlende Zärtlichkeit vieler (arbeitender) Mütter für den Anstieg von Gewalttaten in Polen verantwortlich, denn: »Wenn der Mensch sich weiterentwickelt, kann er nur noch in Anlehnung an niedere, ursprüngliche Gefühle leben und funktionieren. Dies ist der Ursprung der Psychopathie.«¹¹⁹

Diese drei Abgeordneten Jasiński, Cieśla und Drela lösen mit ihren Ideen praktischerweise ganz nebenbei auch die Probleme alleinerziehender Frauen, da diese in Zukunft verheiratet und im Familienverbund verbleiben würden. Frappierend ist der dezidiert »antimodernistische« und »antiliberale« Impetus der Abgeordneten. Der damaligen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Situation in Polen stellen sie eine Art katholisches Phantasma entgegen, dass in dieser Form nie existierte. Neben diesen simplen »Lösungen« für das Problem der Kinderbetreuung wurden auch noch andere Vorschläge geäußert, die sich vor allem der Verbesserung der Lage alleinerziehender Mütter widmen, während alleinerziehende Väter nur vereinzelt angesprochen werden.

Tatsächlich fordern einige Abgeordnete eine bessere finanzielle Versorgung Alleinerziehender, sei es wie bei Andrzej Borowski (ZSL/PSL) durch den Staat¹²⁰ oder wie im Falle Leszek Czerwińskis (PZPR) durch eine stärkere Heranziehung von Vätern bei Unterhaltsfragen. Der Abgeordnete kritisiert diesbezüglich, dass es sich eingebürgert habe, dass nur Frauen für den Unterhalt der Kinder verantwortlich gemacht würden, die dann wiederum überdurchschnittlich oft von Armut betroffen seien. Seines Erachtens liege dies daran, dass Mütter diesen zu selten einforderten – einige, weil sie nicht wollten, dass sich der Vater in die Erziehung einmische, viele aber auch, weil der gewährte Unterhalt ohnehin zu niedrig sei oder sie davon ausgehen müssten, vor Gericht gedemütigt zu werden.¹²¹ Exakt das Gegenteil möchte hingegen Maria Dmochowska (OKP) erreichen. Aus ihrer Sicht solle sich die Sozialpolitik an Ronald Reagan orientieren und

118 Poseł Zdzisław Drela: 37 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 lipca 1990 r., S. 366f. »Praktyka natomiast dowodzi, że tam, gdzie rodzice zajęci są sobą, pochłonięci uciechami życia, robieniem biznesu, a wychowanie dzieci przekazują osobom trzecim, lub instytucjom, nie dochodzi do urzeczywistnienia zaprogramowanego w naturze dziecka procesu przywiązania do matki, do rodziców, nie wytwarzają się więc warunki sprzyjające uczuciowemu rozwojowi dziecka. Mogą się zatem u niego pojawić rysy psychopatyczne, ze wszystkimi tego konsekwencjami, lub też żyć ono będzie w infantylnej tęsknocie za miłością matki, a z jej braku wejdzie w bliższe związki z podobnymi sobie rówieśnikami, oddalając się ostatecznie od oziębłych rodziców.«

119 Ebd., S. 30f. »Rozwijającemu się dalej człowiekowi pozostaje żyć i funkcjonować w oparciu wyłącznie o uczucia niższe, pierwotne. Taka jest geneza psychopatii.«

120 Poseł Andrzej Borowski: 17 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 27, 28 i 29 grudnia 1989 r., S. 130f.

121 Poseł Leszek Czerwiński: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 7 i 8 czerwca 1990 r., S. 69–71.

Ausgaben massiv kürzen, auch für Alleinerziehende, da es immer Menschen gebe, die das Leben nicht meisterten und ein überfürsorglicher Staat nur die Anzahl alleinerziehender Frauen (*samotne matki*) erhöhen würde.¹²² Auffällig ist in diesen Reden, dass lediglich bei Czerwiński Väter mitgedacht werden – allerdings nur als Unterhaltszahler. Eine stärkere (auch immaterielle) Beteiligung an der Kindererziehung ist ebenso wenig Thema wie die Tatsache, dass 17 % der Alleinerziehenden Männer waren.¹²³ Schließlich ist bemerkenswert, dass die Alleinerziehenden (Frauen) aus Sicht der Abgeordneten immer zumindest eine Mitschuld an ihrer Lage trügen. Die jeweiligen Ursachen dafür werden nicht diskutiert. Letztlich möchte ich auf eine Rede von Marianna Borawska (PZPR) eingehen, die als symptomatisch für den Themenkomplex gelten kann. Im Namen des parlamentarischen Frauenkreises sprechend hält sie die einzige Rede in dieser Debatte, in der alleinerziehende Väter vorkommen. Und gerade anhand der Rede einer Abgeordneten, die sich vielfach für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzt, offenbart sich, wie tief Geschlechternormen semantisch verankert sind. So betont sie: »Der Minister für Arbeit und Soziales hat die Tausenden von alleinstehenden Müttern [*samotnych matek*] und die 17 % alleinerziehender Väter [*ojców samotnie wychowujących swoje dzieci*] vergessen [...]«¹²⁴ Dieses sprachliche Muster findet sich immer wieder auch in anderen Debatten des Sejm. So fordert Aleksander Małachowski, die »Diskriminierung alleinstehender Frauen [*Dyskryminacja samotnych kobiet*]« zu beenden, und verlangt zugleich auch, »alleinerziehende Männer [*mężczyzn samotnie wychowujących dzieci*]« nicht zu vergessen.¹²⁵ Alleinerziehende Frauen stehen semantisch außerhalb der familiären Norm (sie sind *alleinstehend* bzw. einsam) – Väter hingegen nicht, sie sind lediglich *alleinerziehend*. Darin spiegelt sich bereits die Behauptung, dass alleinerziehende Frauen defizitär und »selbst Schuld« an ihrer Lage seien, da sie sich beispielweise vom Vater des Kindes getrennt hätten. Umgekehrt wird dies alleinerziehenden Vätern nicht vorgeworfen.

Neben den generellen Diskussionen um Fragen der Kinderbetreuung ist das Thema vor allem Teil von Debatten zur Alterssicherung, die damals ebenfalls reformiert wurde. Zahlreiche Abgeordnete fordern die Anrechnung von Betreuungszeiten bei der Rente von Müttern und wollen (allen) Frauen zudem den vorzeitigen Ruhestand ermöglichen. Der Abgeordnete Stanisław Cieśla (OKP) betont, dass (insbesondere berufstätige) Mütter am härtesten arbeiten würden und ihnen deshalb ein vorzeitiger Ruhestand zustehe. Mag der Abgeordnete bezüglich der Einschätzung der Arbeitsbelastung vermutlich richtig liegen, so geht er weder auf die Möglichkeit staatlicher Kinderbetreuung ein, noch kommen Väter dabei in irgendeiner Form vor.¹²⁶ Auch bei Kazimierz Ujazdowski (OKP) ist

122 Poseł Maria Dmochowska: 40 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 27, 28 i 29 września 1990 r., S. 23–25.

123 Die Angabe von 17 % taucht immer wieder in Reden auf und ihr wird auch nicht widersprochen, weshalb ich sie für verlässlich halte. Offizielle Zahlen habe ich hingegen nicht gefunden, was symptomatisch für die Situation ist. Poseł Marianna Borawska: 77 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 10 i 11 października 1991 r., S. 265–267.

124 Poseł Marianna Borawska: 60. Sitzung Sejm, S. 265–267.

125 Poseł Aleksander Małachowski: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 17 marca 1993 r., S. 154f.

126 Poseł Stanisław Cieśla: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 czerwca 1991 r., S. 132–134.

dies der Fall; so fordert er, dass Mütter anders behandelt bzw. Erziehungszeiten bei der Rente voll (und nicht wie geplant teilweise) angerechnet würden. Nur so könnten Frauen aus seiner Sicht die nötige Beitragszeit bis zur vollen Rente erhalten.¹²⁷ Allerdings ist – wie noch zu zeigen sein wird – das Kernproblem der niedrigen Renten von Polinnen vor allem in ihrem niedrigeren Gehalt, langer Arbeitslosigkeit usw. zu suchen, was hier aber nicht thematisiert wird.

Entlang der Linie ihrer konservativen Kollegen argumentiert auch Teresa Czarnek-Sojka (PZPR), die sich dafür bedankt, dass Männer Betreuungszeiten von Müttern anrechnen lassen wollten, da Frauen stets des Feminismus bezichtigt würden, wenn sie sich dafür einsetzen.¹²⁸ Schließlich spricht Anna Kwietniewska (PZPR) für den parlamentarischen Frauenkreis und folgt dabei ebenfalls der Überzeugung, dass Frauen nicht nur früher in Rente gehen, sondern Kinderbetreuungszeiten in voller Höhe angerechnet werden sollten. Auch sie macht deutlich, wie schwer es offenbar sei, sich als Frau für die Belange von Frauen einzusetzen. Mehrfach betont sie, dass es vielleicht besser wäre, wenn an ihrer Statt Männer diese Meinung im Sejm vertreten.¹²⁹

Die Debatte um Kinderbetreuung und die Anrechnung von Betreuungszeiten bei der Rente usw. verdeutlicht, dass Müttern von Abgeordneten aller politischer Lager die Aufgabe der Kindererziehung und der damit verbundenen Care-Arbeit zugesprochen wird. Fraktionsübergreifend stellt dies die Norm dar. Abgeordnete aus dem konservativen Lager begründen dies mit der Verantwortung von Müttern für die lediglich auf diese Weise zu gewährleistende psychische Gesundheit der Kinder. Nur so bzw. generell durch die Bewahrung der Familie mittels einer klaren Rollenverteilung sei die polnische Nation zu retten. Im postkommunistischen Lager – ergänzt um einige Liberale – wird vor allem mehr staatliche Unterstützung für Frauen gefordert: Zum einen durch mehr staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen, zum anderen durch Sozialleistungen (insbesondere für alleinerziehende Frauen) sowie die Anrechnung von Betreuungszeiten bei der Rente. Auch hier sind es lediglich Frauen, die für Care-Arbeit verantwortlich gemacht werden; Väter scheinen mit dem Thema Kinderbetreuung hingegen nichts zu tun zu haben. Wie dominant dieses Narrativ in Polen war (und nach wie vor ist) zeigt sich beispielsweise an der Debatte zum sogenannten Krippengesetz (*ustawa żłobkowa*), das 2011 vom Sejm verabschiedet wurde, um die institutionelle Kinderbetreuung für unter Dreijährige zu erleichtern.¹³⁰ In dieser Debatte wandten sich verschiedene konservative Verbände massiv gegen den Ausbau staatlicher Kinderbetreuung und schlugen – wenn denn unbedingt nötig – als Alternative die Betreuung durch Tanten, Großmütter oder andere Frauen in der Familie vor. Sie beriefen sich dabei auf das Argument, dass aus biologi-

127 Poseł Kazimierz Ujazdowski: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 czerwca 1991 r., S. 153f.

128 Poseł Teresa Czarnek-Sojka: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 czerwca 1991 r., S. 55–57.

129 Poseł Anna Kwietniewska: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 czerwca 1991 r., S. 73.

130 Dz.U. 2011 nr 45 poz. 235: Ustawa z dnia 4 lutego 2011 r. o opiece nad dziećmi w wieku do lat 3.

schen Gründen ausschließlich Frauen Kleinkinder erziehen könnten.¹³¹ Liberale Stimmen waren wie so oft in der Defensive und reagierten bloß auf diese ›Vorwürfe‹, ließen sich also letztlich auf diesen Diskurs ein.

In den Sejmdebatten fällt zudem auf, dass Erwerbsarbeit von Polinnen und die damit einhergehende Notwendigkeit von Kinderbetreuung nur im Rahmen der Unterstützung durch die eigene Familie diskutiert wird. Die (unabhängig) arbeitende Frau gibt es nicht als eigenständige Rolle und Identität, sondern sie existiert fast ausschließlich in Beziehung zur eigentlichen, sprich: mütterlichen Aufgabe der Frau. Dies spiegelte sich insofern in der polnischen Gesellschaft wider, als Frauen massiv angegriffen und als ›unechte‹ Frauen diffamiert wurden, wenn sie öffentlich die Mutterrolle ablehnten, indem sie beispielsweise verkündeten, auch ohne Kinder glücklich und zufrieden zu sein.¹³²

Diskursiv eng mit dieser Debatte verbunden sind die Themen Erwerbsarbeit bzw. Arbeitslosigkeit, die eine erhebliche Geschlechterdimension aufweisen. Im Folgenden werde ich diskutieren, ob und wie sich die geschlechterspezifischen Folgen der sozioökonomischen Krise ab Ende der 1980er Jahre in den Sejmdebatten niederschlugen.

Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit von Frauen in Zeiten der Wirtschaftskrise

Angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Lage in der Legislaturperiode von 1989 bis 1991 wird auffällig wenig über die sozioökonomische Situation von Frauen diskutiert. Auffällig deshalb, da sie – im Gegensatz zu Männern – in den Sejmdebatten ansonsten sehr häufig als Diskussionsgegenstand präsent waren. Wurden Themen der Care-Arbeit immer im Zusammenhang mit Geschlechternormen (in Bezug auf Frauen) diskutiert, so war dies beim Diskurs zur (Erwerbs)Arbeit nur selten der Fall. Dies zeigt, dass der Bereich der Erwerbsarbeit männlich konnotiert war und es insofern nicht nötig schien, die hegemoniale männliche Norm zu diskutieren, als sie bereits ›Normalität‹ war.¹³³ Hinzu kommt, dass neoklassische Überzeugungen, die sozioökonomische Unterschiede (Einkommen, Arbeitslosigkeit usw.) allein auf individuelle Faktoren wie Arbeitserfahrung zurückführen und strukturelle Aspekte wie Geschlecht negieren, im Zuge der ökonomischen Reformen in Polen leitend waren.¹³⁴ In der Sejmdebatte sind es letztlich fast ausschließlich Abgeordnete der PZPR, die überhaupt die spezifischen Krisenerfahrungen von Frauen aufgreifen. Beispielsweise fordert Anna Szymańska-Kwiatkowska (PZPR), die Belange erwerbstätiger Frauen stärker in den Fokus rücken, da diese den Großteil der Last der Wirtschaftskrise trügen. Viele würden zudem niedrig entlohnt und nicht befördert. Unter diesen Bedingungen sei es schwer, einen Haushalt zu führen, zu arbeiten und Kinder zu erziehen. Die Abgeordnete betont, dass Frauen und sie betreffende Themen mehr Einfluss auf die Politik haben sollten – nicht zuletzt, da die soziale und berufliche Stellung von Frauen ein Maßstab sowohl für den wirtschaftlichen Fortschritt

131 Hryciuk, Renata/Korolczuk, Elżbieta: Wstęp. Pożegnanie z Matką Polką?, in: Dies. (Hg.): Pożegnanie z Matką-Polką? Dyskursy, praktyki i reprezentacje macierzyństwa we współczesnej Polsce. Warsaw 2012, S. 8–20, hier: S. 17f.

132 Hryciuk/Korolczuk: Pożegnanie z Matką-Polką, S. 13f.

133 Vgl. dazu: Bargetz/Ludwig/Sauer: Einleitung, S. 18f.

134 Maier, Friederike: Feministische Ökonomie ist immer auch Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorien, in: *Feministische Studien* Vol. 31 (1/2013), S. 131–135, hier: S. 132.

als auch für den Demokratisierungsprozess in Polen sei. Szymańska-Kwiatkowska betont des Weiteren, dass sich die Lage der Frauen nicht per se verbessere, was sich auch in den letzten 40 Jahren gezeigt habe.¹³⁵ Jan Wnuk (PZPR) spricht in seiner Rede ebenfalls die spezifische Situation erwerbstätiger Frauen an. Anlass sind die Proteste tausender Textilarbeiter:innen in Łódź, die wenige Tage zuvor stattgefunden hatten. Wnuk betont, dass dieser Industriezweig überwiegend Frauen beschäftige, von niedrigen Löhnen geprägt und zudem überdurchschnittlich von der Wirtschaftskrise betroffen sei. Er fordert deshalb ein stärkeres Engagement der Regierung für diesen Zweig, der an sich viel weltmarktfähiger sei als andere Industrien.¹³⁶ Beide Abgeordnete heben somit die spezifischen Probleme von Frauen in der sogenannten Transformationskrise hervor, wobei Szymańska-Kwiatkowska die Erwerbstätigkeit von Frauen nicht zuletzt mit der von ihnen geleisteten Care-Arbeit begründet. Auch Danuta Grabowska (PZPR) fordert, dass nun vor allem mehr für junge Frauen mit Kindern getan werden müsse, um deren wirtschaftliche Existenz zu sichern – sei es auf beruflicher Ebene oder durch soziale Unterstützungsmaßnahmen, wie etwa eine zielgerichtetere Ausbildung oder eine Heranführung zu öffentlichen Arbeiten.¹³⁷

Einen anderen Schwerpunkt setzt Dorota Kempka (PZPR) in einer Interpellation:

»Ein moderner Staat, der sowohl die aktuellen Bedürfnisse der Nation erkennt als auch um seine Zukunft besorgt ist, sollte Mechanismen einführen, die die Möglichkeit der Wahl schaffen zwischen der beruflichen Aktivierung von Frauen und der normalen Entwicklung von Kleinkindern.«¹³⁸

Sie fordert deshalb eine laufend an die Inflation angepasste Erhöhung der Familienzulagen sowie regelmäßige Anpassungen der Vergütung für die Erziehungszeit.¹³⁹ Aus ihrer Sicht sollten also die Mütter von »Kleinkindern« (wenn möglich) nicht erwerbstätig sein.

Argumentierten diese Abgeordneten alle für einen Ausbau bzw. das Ende des Rückbaus von Sozialleistungen für Frauen und insbesondere Mütter, so vertritt Jerzy Koralewski (OKP) eine gänzlich andere Sicht. In Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit von Frauen schlägt er vor, den Druck auf Arbeitslose – und damit in der Mehrzahl Frauen – zu erhöhen, indem insbesondere Sanktionen ausgebaut werden sollten.¹⁴⁰ Auffällig ist an seiner Rede, dass seines Erachtens nicht nur die hohe Zahl arbeitsloser Pol:innen mit fehlendem Druck zu erklären sei, sondern gerade die höhere Zahl arbeitsloser Frauen,

135 Poseł Anna Szymańska-Kwiatkowska: 4 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniu 31 lipca, 1 i 2 sierpnia 1989 r., S. 112f.

136 Poseł Jan Wnuk: 61 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 maja 1991 r., S. 314–316.

137 Poseł Danuta Grabowska: 54 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21, 22 i 23 marca 1991 r., S. 214–216.

138 Poseł Dorota Kempka: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 10. »Nowoczesne państwo dostrzegające zarówno bieżące potrzeby narodu, jak i troszczące się o jego przyszłość powinno wprowadzić mechanizmy stwarzające możliwość wyboru między aktywizacją zawodową kobiet a normalnym rozwojem małych dzieci.«

139 Ebd.

140 Poseł Jerzy Koralewski: 54 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21, 22 i 23 marca 1991 r., S. 198–201.

die im Zweifelsfall weniger arbeitswillig seien als Männer. Wie in Abschnitt 4.3 zu zeigen sein wird, ist genau das Gegenteil der Fall.

Neben diesen wenigen Beiträgen, die die Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Frauen diskutieren, gibt es noch einige, die sich um deren Arbeitssicherheit sorgen, wobei erneut weniger Frauen als deren Kinder im Vordergrund stehen – etwa wenn Jan Sroczyński (PZPR) auf den Arbeitsschutz von Schwangeren eingeht. Diese sollten zwischen der sechsten und zwölften Schwangerschaftswoche nicht in »Umweltkatastrophengebieten« arbeiten, da diese Phasen der Schwangerschaft besonders kritisch seien und es in solchen Gebieten vermehrt zu Fehlbildungen oder spontanen Aborten komme.¹⁴¹ Alicja Bieńkowska (PZPR) befürchtet wiederum schlimme Folgen für die Kinder, wenn Arbeitsplätze von Frauen nicht besonders geschützt würden, sowie, dass sich ein Arbeitsplatzwechsel berufstätiger Frauen negativ auf bereits geborene Kinder auswirke.¹⁴² Erneut kommen Frauen nur in Bezug auf ihre Mutterrolle vor. So fordern die PZPR-Abgeordneten – ganz in der Tradition der 1980er Jahre in der Volksrepublik – vor allem Sozialleistungen für Mütter und nicht etwa Unterstützungsmaßnahmen für Frauen generell, die im Zuge der Transformationskrise von geschlechterspezifischen Benachteiligungen wie (höherer) Arbeitslosigkeit betroffen waren. Auch in Debatten, die vorgaben, über die Erwerbsarbeit von Frauen zu sprechen, ging es letztlich primär um Care-Arbeit. Die Rolle der Care-Arbeiterin ist auch hier die unhinterfragte Norm, sodass die Rolle der Frau als Erwerbsarbeiterin eine weitgehende Leerstelle bleibt.¹⁴³ In den untersuchten Debatten stellten auch Männer eine weitgehende Leerstelle dar. Aus diesem Grund analysiere ich im folgenden Abschnitt die Konstruktion von »Männern« und »Männlichkeiten« und stelle sie explizit der Konstruktion von »Frauen« und »Weiblichkeiten« gegenüber.

Rentner, Bürger, Päpste und Frauen – Geschlechterbilder in den Debatten des Sejm

Es gibt nur wenige Wortbeiträge, die sich explizit mit Männerbildern auseinandersetzen, ihre gesellschaftlichen Aufgaben, Identitäten oder Rollen diskutieren. Dies wird beispielweise daran deutlich, dass von den 148 Redebeiträgen im Korpus, in denen *mężczyzna* erwähnt wird, der Großteil das Rentenalter von Männern beschreibt (nicht diskutiert) oder darauf hinweist, wie viele Männer in den 1980er Jahren vom Regime verhaftet wurden. Anders gesprochen wird der Begriff vor allem für Aufzählungen und Statistiken verwendet und nicht, um (explizit) über Männer oder gar Männlichkeitskonzepte zu diskutieren – was zunächst nicht weiter überraschend ist, gelten sie doch als Norm.¹⁴⁴

141 Poseł Jan Sroczyński: 54 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21, 22 i 23 marca 1991 r., S. 330f.

142 Poseł Alicja Bieńkowska: 17 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 27, 28 i 29 grudnia 1989 r., S. 119.

143 Bezüglich der Rolle von Frauen und der Reproduktion finden sich noch viele weitere Leerstellen, die im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch diskutiert werden.

144 Kraft, Claudia: Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Die Rolle der Kategorie Geschlecht in den Demokratisierungsprozessen in Ost- und Westeuropa seit 1968, in: *L'homme* Vol. 20 (2/2009), S. 13–30, hier: S. 22. Gleiches gilt für andere staatssozialistische Staaten wie z. B. Ungarn, vgl. da-

Einer der wenigen Beiträge im Sejm, die explizit Eigenschaften oder Merkmale von Männern verhandeln, stammt vom Abgeordneten Zbigniew Drela (OKP), der sich immer wieder dafür einsetzt, dass der Zugang zu Erotikmagazinen eingeschränkt werde. Er begründet dies damit, dass diese Männer zwingen, sexuell zu reagieren: »Diese Geschlechtsmerkmale sind Schlüsselreize, sie sind Signale der biologischen Natur, die bei Männern instinktive sexuelle Reaktionen auslösen, die sexuelle Erregung hervorrufen.«¹⁴⁵

Diese im Rahmen einer parlamentarischen Fragestunde angebrachte Kritik seitens des Abgeordneten lässt tief blicken. In diesem Zitat und vor allem in Drelas gesamten Wortbeitrag werden Männer als von ihrer Natur gesteuert dargestellt, wohingegen Frauen dieses Problem nicht zu haben scheinen bzw. in seiner Argumentation nur als Objekte vorkommen, auf die Männer reagieren. Daraus lässt sich auf ein Geschlechterbild schließen, dass von biologistischen Überzeugungen geprägt ist und die Vorstellung von sozial und kulturell konstruierten Geschlechterrollen ablehnt. Dies zeigte sich bereits im Unterkapitel zum Thema Kinderbetreuung, als Drela dadurch auffiel, dass er bezahlt arbeitende Mütter für die zunehmende Gewalt in Polen verantwortlich machte.¹⁴⁶ Zusammenfassend sind die Geschlechternarrative des Abgeordneten schlichtweg als misogyn zu bezeichnen.

Diese Einschätzung trifft auch auf Tadeusz Kowalczyk (OKP) zu, der sich bereits über die Diskriminierung von Männern beim Sorgerecht beklagte und dies ebenfalls beim Thema des Rentenalters tut. Aus seiner Sicht sei es ungerecht, dass Männer nach 35 und Frauen nach 30 Arbeitsjahren in Rente gingen.¹⁴⁷ Mit dieser Position geht allerdings keinesfalls die Forderung nach Gleichberechtigung in allen Bereichen einher. Vielmehr ist der Abgeordnete beispielsweise ein entschiedener Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen, die er als Mord bezeichnet, und befürchtet, dass ihretwegen »die weiße Rasse« bald aussterben würde.¹⁴⁸ Auch lehnt er jede Sonderregelung für Frauen etwa im Rahmen von Care-Arbeit als kommunistisches Überbleibsel ab, das Männer benachteilige. Auf die vielen Gesetze, die viele Berufe nur für Männer reservieren, kommt er dabei nicht zu sprechen. Kowalczyk bleibt in seiner Argumentation äußerst partikularistisch.

Einen anderen Schwerpunkt setzt die Abgeordnete Barbara Czyż (ZSL). In einer Interpellation an den Finanzminister betont sie, dass polnische Männer im europäischen Vergleich die höchste Übersterblichkeit im erwerbstätigen Alter hätten; Ursache dafür seien Alkohol- und Tabakmissbrauch. Dagegen unternehme die aktuelle Regierung allerdings nichts bzw. verhindere diesen Kampf sogar. Dies müsse sich aus ihrer

zu: Zimmermann, Susan: Gender Regime and Gender Struggle in Hungarian State Socialism, in: *Aspasia* Vol. 4 (1/2010), S. 1–24.

145 Poseł Zbigniew Drela: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r., S. 105. »Znamiona te są kluczowymi bodźcami, są sygnałami natury biologicznej wyzwalającymi u mężczyzn instynktowe reakcje płciowe, wyzwalającymi rozbudzenie płciowe.«

146 Poseł Zbigniew Drela: 56 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 kwietnia 1991 r., S. 30f.

147 Poseł Tadeusz Kowalczyk: 73 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 12, 13 i 14 września 1991 r., S. 62–64.

148 Ders.: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r., S. 159–161.

Sicht ändern, indem mehr Geld in Präventivmaßnahmen investiert werde.¹⁴⁹ Mit ihrem Beitrag spricht die Abgeordnete einen wichtigen Punkt an, nämlich die Tatsache, dass zwischen 1970 und 1990 die Lebenserwartung von Männern in der Volksrepublik bei rund 66 Jahren verharrte, bei Frauen aber um 2,5 Jahre anstieg.¹⁵⁰ Als Einzige zeigt sie damit auf – auch wenn sie das so wohl nicht unterschreiben würde –, warum die vorherrschenden Geschlechternarrative und Rollenbilder auch für Männer Nachteile mit sich bringen (können), und warum ein Aufbrechen dieser Überzeugungen für alle von Vorteil wäre.¹⁵¹ Medizinisch-soziologische Studien weisen darauf hin, dass die erhöhte Sterblichkeit unter Männern nicht zuletzt mit bestimmten männlich konnotierten Verhaltensweisen zusammenhängt wie Gewalt, übermäßigem Alkohol- und Tabakkonsum, schlechter Ernährung (vor allem bei unverheirateten Männern) sowie fehlender Gesundheitsvorsorge.¹⁵²

Insgesamt fällt auf, dass in der gesamten Legislaturperiode nur sehr selten vom Vater (*ojciec*) eines Kindes die Rede war; sehr oft hingegen vom Papst als heiligem Vater (*Ojciec święty*). Die Identifikation mit der Rolle als Vater eines Kindes scheint zumindest in der Sejmdebatte kaum eine Rolle zu spielen. Männer kommen nur in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Rolle vor, sei es als ›Problemänner‹ (Alkoholiker), ›Heilige‹ (der Papst) oder in ihren verschiedenen Berufsgruppen. Dieses Fazit ändert sich auch nicht durch die – lediglich zwei – Redebeiträge, die (alle) Männer als triebgesteuert und zugleich diskriminiert beschreiben.

Vom 27. bis zum 29. Dezember 1989 diskutierte der Sejm über Änderungen in der Verfassung der Volksrepublik Polen bzw. zukünftig der Republik Polen. Dorota Kempka (PZPR) wollte im Zuge selbiger erreichen, dass bereits im ersten Absatz stünde: »Die Republik Polen [...] schützt in der Sorge um die Entwicklung der Nation die Familie, die Mutterschaft und die Erziehung ihrer jüngsten Bürger.«¹⁵³ Dies wurde vom zuständigen Gesetzgebungsausschuss abgelehnt, da Ehe, Mutterschaft und Familie bereits eigens in der Verfassung verankert seien.¹⁵⁴ Mutterschaft wird dort neben Familie und Kindererziehung als eigener Wert, als einer der drei Pfeiler (zum Schutze) der Nation genannt, was – wie sich aus der Debatte schlussfolgern lässt – auch unumstritten zu sein schien. Vergleicht man die kleine polnische Verfassung von 1992, die in vielen Teilen noch der

149 Poseł Barbara Czyż: 16 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 17, 18, 19 i 20 grudnia 1989 r., S. 11f.

150 World Bank: Life expectancy.

151 Diesbezüglich ist auch ein Vergleich mit Ungarn und Tschechien für den Zeitraum von 1990 bis 2021 aufschlussreich, der zunächst zeigt, dass Tschechen durchgängig ca. zwei Jahre länger lebten als Polen und Ungarn. Im Geschlechtervergleich geht der Unterschied bis 2004 (und 2016) zurück, bevor dieser (im Zuge des COVID-19-Pandemie) wieder steigt. Heute haben Frauen in Polen bei der Geburt eine Lebenserwartung von 79,7 Jahren, Männer von 71,7 Jahren. Damit fielen polnische Männer zwischen 1990 und 2021 auch im EU-Durchschnitt weiter zurück. Ebd.

152 Vgl. dazu: McKee, Martin/Shkolnikov, Vladimir: Understanding the toll of premature death among men in eastern Europe, in: *British Medical Journal (BMJ)* Vol. 323 (7320/2001), S. 1051–1055.

153 Poseł Dorota Kempka: 17 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 27, 28 i 29 grudnia 1989 r., S. 223. »Rzeczpospolita Polska. [...] W trosce o rozwój narodu otacza opieką rodzinę, macierzyństwo i wychowanie najmłodszych swoich obywateli.«

154 Poseł Hanna Suchocka: 17 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 27, 28 i 29 grudnia 1989 r., S. 272–275.

Verfassung der Volksrepublik entspricht¹⁵⁵, mit anderen europäischen Verfassungen, so fällt die besondere Hervorhebung von Mutterschaft auf. In vielen anderen Staaten wie etwa der ebenfalls postsozialistischen, aber areligiös geprägten Tschechischen Republik oder dem laizistischen Frankreich ist die Mutterschaft nicht als eigener Wert in der Verfassung aufgeführt. In anderen Ländern wie dem katholischen Spanien kommt sie deutlich später als Unterpunkt vor, ähnlich im deutschen Grundgesetz, wobei dort die Mutter und nicht die Mutterschaft zu schützen sei. Überdies fällt auf, dass in keiner der anderen Verfassungen eine Verbindung von Mutterschaft und der Entwicklung der Nation hergestellt wird; vielmehr zeigt sich hier erneut die Fortsetzung des *Matka Polka*-Narrativs. Auch ist Polen in diesem Punkt geradezu ein Paradebeispiel biopolitischer Normierung, indem Frauen zur »demographischen und ökonomischen Stärkung« der Nation primär Mütter zu sein hatten.¹⁵⁶ Diese biologistische Normierung von Frauen zeigt sich in den Debatten des Sejm an zahlreichen Beispielen; so etwa, wenn der Vizesejmmarschall Tadeusz Fischbach (PZPR) die im Sejm anwesenden Politikerinnen zum Weltfrauentag 1990 mit folgenden Worten begrüßt:

»Aber an diesem Arbeitstag ist es angebracht, sich vor dem schöneren Teil des polnischen Parlaments zu verneigen, vor unseren Damen, und – in Gedanken an sie – auch allen polnischen Frauen (Beifall) alles Gute zu wünschen. Sie sind, waren und werden immer der Kitt der Familie und der Nation sein. Liebe, gnädige Damen, wir wünschen Ihnen alles erdenkliche Gute für die Zukunft.«¹⁵⁷

Gerade in diesem parlamentarischen Kontext fällt auf, dass er die Abgeordneten weder als Politikerinnen anspricht noch für ihre Arbeit als solche im Sejm auszeichnet, sondern für ihre (allgemein vorausgesetzte) Care-Arbeit, ihr Aussehen und ihre Rolle bei der Bewahrung der Nation. Diese Marginalisierung und Banalisierung von Frauen war typisch für die öffentlichen und parlamentarischen Debatten.¹⁵⁸

Eine weiterer Wortbeitrag, der dieses Frauenbild reproduziert, stammt von Czesław Kiszczak, seines Zeichens Innenminister (31. Juli 1989 – 6. Juli 1990) und Mitglied des Zentralkomitees der PZPR. Er war vonseiten der Partei als Ministerpräsident vorgesehen gewesen, scheiterte aber am Seitenwechsel von ZSL und SD. Vor der entscheidenden Wahl hielt er am 2. August allerdings noch eine Bewerbungsrede, in der er seine Einschätzung

155 Faktisch handelte es sich weiterhin um die Verfassung von 1952 (inklusive der Änderungen von 1976), die in einigen entscheidenden Punkten wie der Gewaltenteilung allerdings geändert worden war.

156 Lorey: Macht, S. 59.

157 Wicemarszałek Tadeusz Fischbach: 23 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 8 i 9 marca 1990 r., S. 36. »Ale jest w tym naszym roboczym dniu miejsce, aby pokłonić się piękniejszej części polskiego parlamentu, naszym paniom, a z myślą o nich – wszystkim Polkom (oklaski) życzyć wszystkiego, co najlepsze. Są one, zawsze były i będą spoiwem rodziny i narodu. Szanowne, łaskawe Panie, składamy wam najserdeczniejsze życzenia z myślą o przyszłości.«

158 Krzyżanowska, Natalia: Denying the right to speak in public. Sexist and homophobic discourses in post-1989 Poland, in: Galasińska, Aleksandra/Galasiński, Dariusz (Hg.): The Post-Communist Condition. Public and private discourses of transformation. Amsterdam/Philadelphia 2010, S. 105–129, hier: S. 105f.

der aktuellen Lage sowie seine Pläne darlegte, die Notwendigkeit von Einsparungen und Reformen betonte, aber auch versprach:

»Die Regierung wird sich stets der dringenden Notwendigkeit bewusst sein, die alltäglichen Unannehmlichkeiten der Bürger, insbesondere der Frauen, Mütter und Ehefrauen sowie der älteren Menschen – der Arbeitsveteranen, Rentner und Pensionäre – zu lindern.«¹⁵⁹

Hier zeigt sich wieder, dass nur Frauen als eigene Gruppe genannt werden, und zwar als besonders schützenswerte Gruppe, während Männer lediglich als Teil anderer Gruppen vorkommen. Ferner fällt auf, dass neben Frauen generell Mütter und Ehefrauen einzeln aufgezählt werden; nicht etwa Arbeiterinnen.

Reproduzierten diese beiden (männlichen) Abgeordneten der PZPR die bereits in der Volksrepublik propagierten Geschlechternarrative, so finden sich vonseiten anderer Abgeordneter noch deutlich radikalere Ansichten über die vermeintlich natürlichen Rollen der Geschlechter. Die wohl patriarchalsten Geschlechternarrative vertraten im Kontraktsejm die Abgeordneten der ZChN. Neben den bereits mehrfach durch ihre fundamentalkatholische Positionierung aufgefallenen Abgeordneten Jan Łopuszański und Marek Jurek lässt auch der Dritte der selbsternannten »drei Musketiere« (*trzej muszkietierowie ZChN*) – Stefan Myszkiewicz-Niesiołowski – keinen Zweifel an seinem Rollenbild. In der Sejmdebatte um die Liquidierung des RSW (*Robotnicza Spółdzielnia Wydawnicza* »Prasa-Książka-Ruch«)¹⁶⁰ griff er die Befürworter:innen des Erhalts des RSW hart und persönlich an, insbesondere Izabella Sierakowska¹⁶¹, betont in Bezug auf letztere aber noch gönnerhaft: »Meiner Meinung nach verdient jeder Mut Anerkennung, vielleicht insbesondere dann, wenn er von einer Frau gezeigt wird.«¹⁶² Diese drei Abgeordneten machen keinen Hehl daraus, dass der Raum für Frauen aus ihrer biologistisch und mit der katholischen Lehre begründeten Sicht lediglich im Privaten – sprich: in der Familie – liege und sie nichts in der Politik zu suchen hätten.

Neben dem Extrembeispiel der ZChN finden sich viele weitere Beiträge, die als Kommentar, Bemerkung oder in einem Nebensatz ein bestimmtes Frauenbild konstruieren. Auch Politiker:innen wie die Abgeordnete des Bürgerkomitees Maria Dmochowska (OKP) reproduzieren dabei – teils ernsthaft, teils ironisch – gängige Klischees, etwa indem sie in einer Debatte zur Zukunft der Rente anmerkt, dass sie einen Fehler gemacht habe,

159 Minister spraw wewnętrznych Czesław Kiszczak: 4 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 31 lipca, 1 i 2 sierpnia 1989 r., S. 204–209. »Rząd będzie miał stale na uwadze pilną potrzebę złagodzenia codziennych niedogodności, jakie znoszą obywatele, zwłaszcza kobiety, matki i żony oraz ludzie w starszym wieku – weterani pracy, emeryci i renciści.«

160 Diese Arbeiterverlagsgesellschaft war ein von der PZPR gegründetes Zeitungs- und Verlagsmonopol, das auch zahlreiche Immobilien besaß und einen Großteil der Einnahmen der PZPR generierte.

161 Poseł Izabella Sierakowska: 24 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23 i 24 marca 1990 r., S. 65–68.

162 Poseł Stefan Myszkiewicz-Niesiołowski: 24 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23 i 24 marca 1990 r., S. 78f. »Moim zdaniem każda odwaga zasługuje na uznanie, może szczególnie kiedy ją prezentuje kobieta.«

und dies folgendermaßen kommentiert: »Ich entschuldige mich noch einmal bei Ihnen, es war alles meine Schuld, aber Sie wissen ja, dass Frauen manchmal ihre linke Hand mit der rechten verwechseln.«¹⁶³

Neben den genannten Abgeordneten, die letztlich allen Frauen ihre Gleichwertigkeit in der öffentlichen Sphäre absprechen, gibt es mit Anna Dynowska (SD/fraktionslos) auch eine Abgeordnete, die diesbezüglich ein ›positives‹ Frauenbild vertritt. Sie spricht im Zuge einer Debatte vom 9. und 10. Mai 1991 über die Ansetzung von Neuwahlen für den parlamentarischen Frauenkreis. Aus ihrer Sicht seien Frauen die pragmatischste Wähler:innengruppe und sollten endlich einen neuen, ihre Interessen vertretenden Sejm wählen. Dies sei angesichts der Gefahren für die junge Demokratie unabdingbar, die sowohl von der Abwertung des Sejm vonseiten des zunehmend autoritär agierenden Präsidenten (gemeint ist Lech Wałęsa) wie auch von der fundamentalistischen katholischen Kirche ausgehe. Hinzu kämen wirtschaftliche, soziale und politische Spannungen, die Frauen am stärksten zu spüren bekämen. Frauen würden viel rationaler agieren als Männer und durchaus bemerken, dass sie in ihren Grundrechten und Freiheiten bedroht seien.¹⁶⁴ Auch Dynowska sieht Polinnen als eine eigene Gruppe mit spezifischen – sozialen und politischen – Interessen, die auch politisch verändert werden können und sollten. Frauen sind bei ihr also eine soziale und keine von Natur aus festgesetzte Gruppe, was einen qualitativen Unterschied darstellt. Als eine der wenigen Parlamentarier:innen nimmt sie wahr, dass der Systemwechsel für Frauen keineswegs nur mit einem ›Mehr an Freiheit‹ einherging, sondern vielmehr ein ›conservative backlash‹ in geschlechterpolitischen Fragen stattfand.

Schließlich möchte ich noch auf das am 2. April 1991 eingerichtete Amt für Frauen- und Familienfragen sowie die Rede der Bevollmächtigten Anna Popowicz eingehen. Dieses Amt war ein reines Beratungs- und Initiativgremium; die Bevollmächtigte konnte Analysen erstellen, die Einhaltung internationaler Abkommen überprüfen und einfordern sowie Gesetzesvorschläge entwerfen oder sich an solchen beteiligen (die allerdings lediglich Vorschläge darstellten). Mit dem Amt ging keine Exekutivmacht einher. Des Weiteren sollte sich die Bevollmächtigte mit dem Thema der Gleichberechtigung von Frauen sowie mit Familien-, Kinder- und Jugendpolitik beschäftigen.¹⁶⁵ An diesem Amt verdeutlichen sich die bisher gewonnen Erkenntnisse: Erstens gehören aus Sicht der meisten Abgeordneten ›Frauenfragen‹ sowie Themen der Care-Arbeit zusammen. Zweitens hat die Bevollmächtigte kaum eigene Mittel zur Durchsetzung von Maßnahmen für die Gleichberechtigung der Geschlechter usw.; vielmehr handelt es sich um eine beratende Institution, ohne wirkliche politische Macht. Schließlich scheint bei diesem Thema unter den Abgeordneten völliges Desinteresse zu herrschen, weshalb Popowicz mitten in ihrem Bericht bezüglich der Lage von Frauen feststellt: »Ich sehe, dass vonseiten der

163 Poseł Maria Dmochowska: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 kwietnia 1990 r., S. 299. »Jeszcze raz Państwa przepraszam, wszystko wyniknęło z mojej winy, ale Państwo wiedzą, że kobiety czasem mylą rękę lewą z prawą.«

164 Poseł Anna Dynowska: 59 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9 i 10 maja 1991 r., S. 209–212.

165 Bevollmächtigte der Regierung für Frauen und Familie Anna Popowicz: 55. Sitzung Sejm, S. 97–101.

Hohen Kammer kein großes Interesse an diesem Amt besteht, daher gehe ich nach dieser kurzen Information zur Beantwortung der parlamentarischen Anfrage über.«¹⁶⁶

Die Einrichtung dieses Amtes, dass letztlich als Alibiinstitution gedacht war, zeigt die im Kontraktsejm vorherrschenden Geschlechternarrative exemplarisch auf und gibt zugleich einen ersten Ausblick auf Geschlechterpolitiken in dieser Legislaturperiode.

Aus den in diesem Abschnitt diskutieren Geschlechterbildern lassen sich drei allgemeine Erkenntnisse ziehen. Zum einen, dass Frauen als eigene Gruppe mit angeblich spezifischen Merkmalen und Rollenvorstellungen konstruiert werden, Männer hingegen nicht. Daran wird deutlich, dass männliche Rollenbilder nicht hinterfragt wurden und vor allem die Norm darstellten. Auffällig ist dies insbesondere im Vergleich zur ständigen Reproduktion weiblicher Identitäten und Rollenbilder, zumal diese diskursive Konstruktion weiblicher Normen als all das, was Männer nicht seien, zugleich konstitutiv für die Aufrechterhaltung des geltenden Männerbildes ist.¹⁶⁷ Zum anderen zeigt sich die im Großteil der Beiträge deutlich gewordene, scheinbar automatische Verknüpfung der Frauen- mit der Mutterrolle. Je nach politischer Ausrichtung ging damit eine Abwertung bzw. regelrechte Negierung einer politischen und öffentlichen Rolle für Polinnen oder eine Verknüpfung dieser Rolle mit ›Frauenthemen‹ wie Familie, Jugend und Kindern einher. Nur selten stellten plurale und selbstbestimmte Geschlechterrollen eine denkbare Option dar. An diesen Sejmdebatten zeigt sich deutlich, dass »Geschlechterwissen [...] die sozialen Rollen, Identitäten und Selbstverständnisse von Subjekten in modernen Gesellschaften [begründet und strukturiert],«¹⁶⁸ was sowohl für die Volksrepublik als auch für das postkommunistische Polen gilt. In diesem Bereich fallen starke Kontinuitäten auf, die auch bei einem anderen Akteur – der katholischen Kirche – zu beobachten sind.

Die katholische Kirche – im und außerhalb des Sejm

Viele Positionen der katholischen Kirche von 1980/81 in Bezug auf Geschlechterrollen bleiben auch zwischen 1989 und 1991 unverändert. So gelten weiterhin die Grundsätze der *Enzyklika Laborem Exercens*¹⁶⁹ und die damit einhergehende Forderung nach einer Aufrechterhaltung der ›natürlichen Geschlechterordnung‹ im Bereich der Arbeit und des Familienlebens, d. h. die Aufteilung in private, unbezahlte Care-Arbeit, die von Frauen zu erledigen sei, und im öffentlichen Raum stattfindende, bezahlte Erwerbsarbeit vonseiten der Männer. Jegliche Abweichung von dieser Rollenaufteilung ist zu begründen und darf die eigentliche Geschlechteridentität nicht gefährden. Die beiden weiteren So-

166 Ebd. »Rozumiem, że nie ma większego zainteresowania tym urzędem ze strony Wysokiej Izby, a więc po tej krótkiej informacji przystępuję do udzielenia odpowiedzi na interpelację poselską.«

167 Vgl. Bargetz/Ludwig/Sauer: Einleitung, S. 17f.

168 Kerner, Ina/Saar, Martin: Das Geschlechterwissen des Staates: Gouvernamentalität, Macht, Neoliberalismus, in: Brigitte Bargetz/Gundula Ludwig/Birgit Sauer (Hg.): Gouvernamentalität und Geschlecht: Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault. Frankfurt a. M. 2015, S. 117–138, hier: S. 124.

169 Johannes Paul II.: *Laborem Exercens*.

zialenzyklischen *Sollicitudo rei socialis*¹⁷⁰ (1987) und *Centesimus annus*¹⁷¹ (1991) ändern nichts an diesem Bild. Letztere betont erneut die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes von Frauen am Arbeitsplatz und übt Kritik daran, dass im Kapitalismus – wie schon im Sozialismus – die Güterproduktion zu wenig Rücksicht auf Geschlechterunterschiede nehme. Hinzu kommt die Forderung nach einer Ausrichtung der Sozialpolitik auf die Familie, insbesondere Kinder.¹⁷² Des Weiteren werden die vornehmlichen Rechte eines jeden Menschen explizit hervorgehoben, sprich: das Recht auf Leben und das Recht auf eine geeinte Familie.¹⁷³ Schließlich wird kritisiert, dass Ehe und Kinder nur als eine Option unter vielen gesehen würden und nicht als Grundlage von allem gälten, als »das Heiligtum des Lebens«.¹⁷⁴ Neu ist hier die mehrfache explizite Betonung innerhalb einer Sozialenzyklika, dass Schwangerschaftsabbrüche illegitim seien. Die Haltung bezüglich des Themas Verhütung bleibt wie bereits in der vorangegangenen Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* äußerst restriktiv. Dort wird vor Geburtenkontrolle gewarnt, die oft im Widerspruch zur kulturellen und religiösen Identität des betreffenden Landes stehe, während Kampagnen für Verhütungsmethoden häufig aus dem Ausland bezahlt würden.¹⁷⁵ Hier findet sich eine indirekte Kritik an der (neo)liberalen Durchdringung Ostmitteleuropas durch internationale Organisationen und NGOs, wobei zumindest implizit antisemitische Narrative – »internationalistische, globalistische Kräfte« – anklingen, die vonseiten der katholischen Kirche und vor allem von Kardinal Józef Glemp immer wieder prominent vertreten wurden.¹⁷⁶

Narrative wie die Trennung der Arbeit anhand von Geschlechtergrenzen, die Betonung der Familie und eine strikte Ablehnung des Schwangerschaftsabbruchs fanden sich bereits bei solchen Sejm-Abgeordneten, die sich auch im politischen Sinne als katholisch verstanden. Hatte die katholische Kirche 1980/81 eine große Machtfülle in der Volksrepublik erreicht, so nutzte sie diese nach 1989, um ihren politischen Einfluss auszubauen.¹⁷⁷ Dabei agierte die katholische Kirche in Polen vor allem als *institutional actor*, d. h. sie übte direkten Einfluss auf staatliche Organe wie Parlament, Präsident oder das Verfassungsgericht aus und weniger über gesellschaftliche Mobilisierung wie in anderen eu-

170 Johannes Paul II., Papst: *Sollicitudo rei socialis*. An die verehrten Mitbrüder im Bischofsamt, die Priester und Ordensleute, die Söhne und Töchter der Kirche und an alle Menschen guten Willens über die menschliche Arbeit zum neunzigsten Jahrestag der Enzyklika »*Rerum Novarum*«, hg. v. Libreria Editrice Vaticana, Vatikan 1987.

171 Johannes Paul II., Papst: *Centesimus annus*. An die verehrten Mitbrüder im Bischofsamt, die Priester und Ordensleute, die Söhne und Töchter der Kirche und an alle Menschen guten Willens über die menschliche Arbeit zum neunzigsten Jahrestag der Enzyklika »*Rerum Novarum*«, hg. v. Libreria Editrice Vaticana. Vatikan 1991.

172 Ebd., Absatz 49.

173 Ebd., Absatz 4 und 7.

174 Ebd., Absatz 39.

175 Johannes Paul II.: *Rei socialis*, Absatz 25.

176 Interview with the Primate of Poland, Cardinal Józef Glemp, on the Murder of Jews in Jedwabne, 15. Mai 2001, in: Antony Polonsky/Joanna B. Michlic (Hg.): *The Neighbors Respond: The Controversy over the Jedwabne Massacre in Poland*. Princeton 2004, S. 166–172.

177 Zuba, Krzysztof: Not So Much Societal: The Catholic Church in Poland as a Veto Player, in: *East European Politics and Societies and Cultures* Vol. 36 (4/2022), S. 1204–1223, hier: S. 1206.

ropäischen Staaten.¹⁷⁸ Nicht zuletzt über mit ihr verbundene Abgeordnete gelang es der Kirche damit, auch direkt auf politische Entscheidungen einzuwirken,¹⁷⁹ was sich am deutlichsten beim Thema Schwangerschaftsabbruch zeigt. Die Rolle der Kirche bei diesem Thema wird in Kapitel 5 noch ausführlicher zu diskutieren sein. Festzuhalten bleibt hier zunächst, dass sie bereits seit Mitte der 1970er Jahre massiv für ein Verbot lobbyiert hatte und vor allem auch Johannes Paul II. seit Beginn seines Pontifikats nicht müde wurde, das Thema öffentlich und gegenüber Politiker:innen anzusprechen.¹⁸⁰ Ende der 1980er Jahre verstärkte sich zudem der Druck auf Politiker:innen bedeutend, Abbrüche zu verbieten; er kam vonseiten der Kirche, des Papstes, aber auch von zahlreichen mit ihr verbundenen Laienorganisationen. Dabei konnte sich die katholische Kirche auf ihre engen Verbindungen zur »offen katholischen« Regierung unter Mazowiecki verlassen. Umgekehrt galt dies auch für Lech Wałęsa, der 1990 – kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten – seinen Einfluss nutzte und unter Beifall des Episkopats die Frauenabteilung der Solidarność auflöste. Der Grund lag in deren fortwährendem Widerstand gegen ein weitgehendes Verbot des Schwangerschaftsabbruchs.¹⁸¹ Dies bestätigt Małgorzata Fidelis zufolge auch die Einschätzung, dass die Solidarność männlich dominiert war und Frauen im Zweifelsfall zum Schweigen gebracht wurden.¹⁸²

Während sich der Einfluss der Kirche in Sejm und Gesellschaft weiter verstärkte, blieben ihre Inhalte und politischen Überzeugungen zwischen Anfang und Ende der 1980er Jahre weitgehend die gleichen. Der praktische Unterschied lag vor allem darin, dass es ihr nach 1989 möglich wurde, ihre bereits existierende Machtfülle unmittelbar politisch einzusetzen.¹⁸³

4.2 Zwischen Austeritätsprogrammen und der Rückkehr des Inverdienerhaushalts – geschlechterpolitische Auswirkungen der Politik des Kontraktsejm

Die ökonomischen Reformen von 1988 und vor allem der sogenannte Balcerowicz-Plan 1989/90 waren von der Überzeugung – oder zumindest der Behauptung – geleitet, »rein ökonomischen Rationalitäten« zu folgen und damit im übertragenen Sinne auch »geschlechterneutral« zu sein. Dass dies keinesfalls der Realität entsprach, sondern diese Behauptung vielmehr einen Normierungsaspekt bestimmter geschlechterpolitischer Vorstellungen darstellte, wird am Ende dieses Kapitels diskutiert, wo ich die Ideen und ideologischen Überzeugungen, die dem Reformprozess in Polen zu Grunde lagen,

178 Ebd., S. 1218f.

179 Ebd., S. 1207.

180 Zok: Abtreibung, S. 266f.

181 Glass, Christy/Fodor, Eva: From Public to Private Maternalism? Gender and Welfare in Poland and Hungary after 1989, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* Vol. 14 (3/2007), S. 323–350, hier: S. 329.

182 Interview mit Małgorzata Fidelis. Digital (23.9.2022), S. 8.

183 Mishtal, Joanna: How the Church Became the State: The Catholic Regime and Reproductive Rights in State Socialist Poland, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 133–149, hier: S. 133f.

vergleiche. In diesem Abschnitt werde ich zunächst die explizit geschlechterpolitischen Entscheidungen des Kontraktsejm analysieren, die zeigen, wie die Grenze zwischen ›normalem‹ und ›anormalem‹ Verhalten konstruiert wurde, woraufhin geklärt werden soll, was geschlechterpolitisch kodiert wurde.¹⁸⁴ Zum Einstieg soll es – wie zuvor – um das Thema Kinderbetreuung gehen.

In dem im Februar 1990 verabschiedeten Haushalt hatte der Sejm massive Einsparungen in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung beschlossen; insbesondere auf dem Land zog dies die Schließung tausender Schulen, Kindergärten und Kitas nach sich.¹⁸⁵ Während dort die Kinderbetreuung nicht selten zusammenbrach, funktionierte sie in größeren Städten weiterhin vergleichsweise gut. Neben den generellen Einsparungen war für diese Unterschiede vor allem das Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung verantwortlich, das Anfang 1991 in Kraft getreten war und Kinderkrippen, Kindergärten und andere Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in die Obhut der Gemeinden überführte.¹⁸⁶ An sich gilt die Autonomie der Gemeinden und Regionen, die im Zuge der EU-Erweiterung noch ausgebaut wurde, als Grundlage für den Erfolg der Systemtransformation in Polen.¹⁸⁷ Die PZPR-Abgeordnete Zofia Wilczyńska kritisiert allerdings, dass die Kommunen mit ihren Verantwortlichkeiten (wie der Kinderbetreuung) vielfach finanziell völlig überfordert gewesen seien. Ferner bemängelt sie – wenn auch sich dies empirisch nicht überprüfen lässt –, dass viele Kommunen nicht die Notwendigkeit gesehen hätten, in staatliche Kinderbetreuung zu investieren.¹⁸⁸ Am 11. Juli 1991 waren bereits 723 Kindergärten geschlossen worden, was 3 % aller polnischen Betreuungseinrichtungen entsprach. Bei weiteren 4 %, d. h. bei über 800 Kindergärten und Kitas, war zu diesem Zeitpunkt die Schließung vorgesehen.¹⁸⁹ Demzufolge war in größeren Teilen des Landes – vor allem in ländlichen Regionen – keine staatliche Kinderbetreuung mehr verfügbar, sodass sich vielerorts nur noch Personen mit deutlich überdurchschnittlichem Einkommen eine (privat bezahlte) Betreuung leisten konnten, wobei auch hier das Angebot eher sporadisch war.¹⁹⁰ Hieran wird erneut der intersektionale Charakter geschlechterpolitischer Entscheidungen deutlich, zumal von diesen Kürzungen überdurchschnittlich oft ärmere Frauen in der Peripherie betroffen waren.

Der generelle Rückzug des Staates aus der Kinderbetreuung war hingegen keine neue Entwicklung. Bereits im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik war der Anteil von Kindern in Betreuungseinrichtungen gesunken, insbesondere von Kleinkindern unter drei Jahren, die in Krippen untergebracht waren.¹⁹¹ Dieser Trend beschleunigte sich

184 Vgl. dazu: Lorey: Macht, S. 34f.

185 Porter-Szűcs: Poland, S. 333f.

186 Dz.U. 1990 nr 16 poz. 95. Ustawa z dnia 8 marca 1990 r. o samorządzie gminnym

187 Vgl. dazu: Garsztecki, Stefan: Polnische Selbstverwaltung – Traditionen und aktuelle Entwicklungen, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen. Bonn 2009, S. 205–218.

188 Poseł Zofia Wilczyńska: 52 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21, 22 i 23 lutego 1991 r., S. 164–167.

189 Poseł Piotr Kownacki: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 czerwca 1991 r., S. 268–270.

190 Heinen, Jacqueline/Wator, Monika: Child Care in Poland before, during, and after the Transition: Still a Woman's Business, in: *Social Politics* Vol. 13 (2/2006), S. 189–216, hier: S. 189.

191 Główny Urząd Statystyczny: Mały Rocznik Statystyczny 1990. Warszawa 1990, S. 110 u. 114.

nun: Existierten 1990 noch 25.873 Vorschuleinrichtungen für Kinder, so sank diese Zahl 1991 auf 24.236 ab (bei konstant bleibender Zahl der geborenen Kinder). Auch die Anzahl betreuter (vor allem jüngerer) Kinder nahm ab. Insbesondere auf dem Land lag die Quote niedrig, wo Ende 1991 nur knapp ein Drittel der drei- bis sechsjährigen Kinder eine Betreuungseinrichtung besuchten, während die Quote in den Städten mit rund 50 % betreuter Kinder in dieser Altersgruppe deutlich höher lag.¹⁹² Noch niedriger lag der Anteil von Betreuungsplätzen für Kinder unter zwei Jahren in Polen, wobei dies keineswegs primär mit dem Systemwechsel zusammenhing; vielmehr gab es bereits 1988 nur 4,5 Betreuungsplätze pro 100 Kinder in dieser Altersgruppe, mit sinkender Tendenz. Damit lag die Volksrepublik deutlich näher an der Bundesrepublik (mit einer Quote von zwei Plätzen pro 100 Kinder) als an der DDR. Zwar existieren für letztere nur Zahlen für alle Kinder bis einschließlich drei Jahren, doch ändert das nichts daran, wie unterschiedlich sich die Situation in dem benachbarten staatssozialistischen Land darstellte. Für alle Kinder in den ersten drei Lebensjahren lag das Angebot an Betreuungsplätzen in der DDR bei 80,2 auf 100 Kinder.¹⁹³ Dieser Unterschied ist enorm und zeigt, dass der Umfang staatlicher Kinderbetreuung keineswegs allein vom politischen System abhängig war. Vielmehr offenbaren sich die Auswirkungen des geschlechter-spezifischen Diskurses in Polen vor und insbesondere nach 1980, der primär Mütter für Care-Arbeit verantwortlich machte – auch zu Lasten von Erwerbsarbeit –,¹⁹⁴ was sich an den Einsparungen bei Kinderbetreuungsplätzen zeigte. Gleichzeitig wurde bis 1989 viel Geld in die private Kinderbetreuung durch Frauen investiert; so zahlte die Volksrepublik für das erste Kind 16 Wochen lang 100 % des vorherigen Gehalts als Mutterschutzmaßnahme, für jedes weitere Kind wurde der Zeitraum auf 18 Wochen verlängert. Auch die DDR, Ungarn und die Sowjetunion zahlten 100 % des vorherigen Lohns aus (in der Tschechoslowakei waren es 90 %) und dies teilweise noch über einen deutlich längeren Zeitraum. In der DDR und der Tschechoslowakei wurden 26, in Ungarn 24 Wochen ›Mutterschaftsurlaub‹ gezahlt, in der UdSSR wie in Polen 16 Wochen. Darüber hinaus war die Volksrepublik neben Rumänien das einzige Land, das einen bezahlten ›Mutterschutz‹ nicht von der Erwerbstätigkeit der Frau abhängig machte, sondern diesen jeder Frau gewährte.¹⁹⁵

Auch beim ›Erziehungsurlaub‹ (*urlop wychowawczy*) nahm die Volksrepublik eine Sonderstellung ein, da sie diesen im Anschluss an den Mutterschutz bereits ab dem ersten Kind für 24 Monate gewährte. Die UdSSR und die Tschechoslowakei gewährten beim ersten Kind lediglich zwölf Monate (Ungarn 18), wobei sie ab dem zweiten Kind ebenfalls 24 bzw. Ungarn in bestimmten Fällen sogar noch längeren Erziehungsurlaub gewährten. In der DDR hingegen gab es bis 1976 gar keinen Erziehungsurlaub und danach erst ab dem zweiten Kind, da das Ziel nach dem Ende des Mutterschutzes die direkte Rückkehr der Mutter in den Beruf war. 1986 wurde auch dort ein Erziehungsurlaub für das erste Kind

192 Dz.U. nr 16, S. 131f.

193 Matysiak, Anna/Steinmetz, Stephanie: Finding Their Way? Female Employment Patterns in West Germany, East Germany, and Poland, in: *European Sociological Review* Vol. 24 (3/2008), S. 331–345, hier: S. 334.

194 Vgl. dazu: Marody/Giza-Poleszcuk: Images.

195 Kondrat: Sytuacja demograficzna, S. 37.

eingeführt.¹⁹⁶ Deutliche Unterschiede gab es bei der Höhe des Betreuungsgeldes; während Ungarn und die DDR der Mutter 75 % ihres vorherigen Gehaltes auszahlten, lag die Quote in der UdSSR, der Volksrepublik und der Tschechoslowakei jeweils um die 20 %.¹⁹⁷

Zusammenfassend bedeutet dies, dass die Volksrepublik allen Frauen – und mit der Zustimmung der Mutter theoretisch auch Männern – ab dem ersten Kind Mutterschutz (auch nicht berufstätigen Frauen) und Erziehungsurlaub gewährte, und letzterer überdurchschnittlich lange gezahlt wurde. Zugleich waren die finanziellen Leistungen niedrig bemessen und vom Familieneinkommen (nicht von dem der Mutter) abhängig, womit faktisch massiv das Konzept des männlichen Hauptverdieners gefördert wurde. Den entgegengesetzten Pol im Hinblick auf Mutterschaftsleistungen stellte die DDR dar. Diese gewährte vor allem beim ersten Kind (zumindest bis 1986) nur eine kurze Auszeit; auch beim zweiten war der Betreuungsurlaub deutlich kürzer angesetzt als in der Volksrepublik. Indes waren die finanziellen Leistungen vergleichsweise hoch bemessen und ermöglichten der Frau weiterhin ein unabhängiges Einkommen, das im Gegensatz zur Volksrepublik nicht vom Familieneinkommen abhängig war. Der Fokus lag also auf der schnellen Rückkehr der Mutter in den Erwerbsmarkt. Zudem wurden Leistungen nur an erwerbstätige Frauen gezahlt, was ebenfalls die Arbeitsaufnahme forcierte.

Die Gleichsetzung von Frauen mit Müttern sowie die Priorisierung der von ihnen geleisteten unentgeltlichen Care-Arbeit in der Volksrepublik schlug sich also einerseits in einem geringen Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und andererseits in langen Zeiten privater Kinderbetreuung nieder. Dass die DDR und die Volksrepublik hier geradezu Antipode darstellen, zeigt, dass beide Staaten ihre Geschlechterpolitik auf unterschiedliche Ziele ausrichteten und sie auf diese Weise zum Instrument der Sozial- und Wirtschaftspolitik machten. Auch wird deutlich, dass die Entwicklungen in diesem Bereich innerhalb der Gruppe der sozialistischen Staaten insbesondere in den 1980er Jahren auseinandergingen.

In der Volksrepublik potenzierte sich ab 1989 das ›Betreuungsproblem‹, da nun auch für ältere Kinder immer weniger Betreuungsplätze vorhanden waren. Zudem hatte die Volksrepublik räumliche und soziale Unterschiede deutlich stärker ausgeglichen als dies mit dem ab 1989 einsetzenden Systemwechsel der Fall war. In einer Gesellschaft, in der Care-Arbeit weitgehend in der Verantwortung von Frauen verortet war, konnte dieser Rückgang von Kinderbetreuungseinrichtungen insofern nicht ohne geschlechterspezifische Konsequenz bleiben, als er sich zum dezidierten Nachteil von Müttern auswirkte.¹⁹⁸ Prekär war die Situation für alleinerziehende Personen – nach offiziellen Zahlen waren dies zu 83 % Frauen und zu 17 % Männer –, die 1991 durch eine Halbierung der Familienzulagen noch verschärft wurde. Viele Abgeordnete wie etwa Marianna Borawska, die im Namen des Parlamentarischen Frauenausschusses sprach, kritisierten die fatalen Folgen dieser Politik.¹⁹⁹ Tatsächlich gestaltete sich die Lage dieser Personengruppe durch die Kombination aus Kürzungen des Familienzuschusses und dem Rückbau von Kinderbetreuungseinrichtungen als äußerst schwierig. So waren überwiegend Frauen be-

196 Voigtländer: Sexismus, S. 61.

197 Kondrat: Sytuacja demograficzna, S. 39.

198 Matysiak/Steinmetz: Female Employment, S. 332.

199 Poseł Marianna Borawska: 77. Sitzung Sejm, S. 265–267.

troffen, die sich in einem Dilemma zwischen der Notwendigkeit eines Erwerbseinkommens und fehlenden bzw. teuren anderen Betreuungsmöglichkeiten wiederfanden.²⁰⁰ Diese Entwicklung stellte einen Rückschritt gegenüber der Situation in der Volksrepublik dar, die bei allen Problemen eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Care-Arbeit ermöglicht hatte.²⁰¹ Zudem spielte nun der ökonomische Status sowie der jeweilige Standort (Metropole vs. Peripherie) eine größere Rolle bei der Frage, welchen Platz Polinnen in der Transformationsgesellschaft einnehmen konnten. Hier brachte die Diskursverschiebung, die bereits in der Volksrepublik stattgefunden hatte, sozialpolitische Realitäten hervor, die »die gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit [...] als privat deklariert[en] und in die Sphäre von Frauen [schoben].«²⁰²

Ein weiterer Aspekt, der die Erwerbsarbeit von Frauen generell erschwerte, waren geschlechterspezifische Stellenausschreibungen, die noch bis Ende 1991 obligatorisch waren und an denen auch der Kontraktsejm zunächst nichts änderte.²⁰³ In der Folge waren 1991 und 1992 lediglich 23–34 % der Stellen auch oder ausschließlich für Frauen ausgeschrieben.²⁰⁴ Dieses Prinzip der geschlechterspezifischen Ausschreibungen, das noch aus der Volksrepublik stammte, war nach 1991 weiterhin erlaubt. Arbeitgeber:innen konnten das erwünschte Geschlecht für die ausgeschriebene Stelle angeben, was sie auch häufig taten – insbesondere internationale Firmen, die sich dies in ihren Heimatländern weder rechtlich noch in Bezug auf die öffentliche Meinung hätten leisten können.²⁰⁵ Dies betraf nicht nur Polen, sondern in ähnlicher Weise auch Ungarn und die Tschechoslowakei.²⁰⁶ Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass »osteuropäische Frauen« nicht nur gegenüber Männern, sondern auch im Vergleich zu »westeuropäischen Frauen« benachteiligt waren. War diese Maßnahme ursprünglich (zumindest offiziell) zur Förderung und zum Schutz der Arbeit von Frauen eingeführt worden, so wirkte sie unter den Umständen der sogenannten Transformationskrise zu deren Nachteil und reproduzierte weiterhin die Vergeschlechtlichung von Erwerbsarbeit. Die Tatsache, dass nur die Minderzahl der Stellen *auch* für Frauen ausgeschrieben war, verdeutlichte, dass »Männerarbeit« als Norm galt.²⁰⁷

Schließlich hatten viele der politischen Entscheidungen bezüglich der Privatisierung und der Frage, welche Firmen staatliche Subventionen erhalten sollten, eine geschlechterpolitische Tragweite. So wurde die stark feminisierte Textilindustrie im Transformationsprozess kaum durch den Staat unterstützt, woran auch der Protest und Streik zehntausender Arbeiter:innen im Mai 1991 in Łódź nichts änderten.²⁰⁸ Anders sah es in der

200 Fuszara: *New Gender Relations*, S. 260.

201 Perkowski: *Welfare*, S. 479.

202 Bargetz/Ludwig/Sauer: *Einleitung*, S. 16.

203 Siemieńska, Renata: *Gendered perceptions: Women in the labour market in Poland*, in: *Women's History Review* Vol. 5 (4/1996), S. 553–566, hier: S. 562.

204 U.S. Department of Commerce. Economics and Statistics Administration. Bureau of the Census: *Women in Poland*, in: *WID* Vol. 95/1, S. 1–8, hier: S. 6.

205 Siemieńska: *Gendered perceptions*, S. 562.

206 Einhorn: *Cinderella*, S. 134.

207 Vgl. dazu: Bargetz/Ludwig/Sauer: *Einleitung*, S. 16f.

208 Poseł Jan Wnuk: 61. *Sitzung Sejm*, S. 314–316.

Schwerindustrie aus, denn obwohl diese den bei der Privatisierung angewandten, vermeintlich rein ökonomischen Überlegungen zufolge nicht produktiver war, wurde sie stärker subventioniert.²⁰⁹ Das bedeutet nicht, dass es in der Schwerindustrie – wie etwa in Oberschlesien – nicht zu einer tiefen Krise gekommen war. Ihre Stellen verloren dort aber vornehmlich Frauen (eine Entscheidung vonseiten der noch *nicht* privatisierten Unternehmen), die in der Region zwischen 1990 und 1994 rund 76–77 % aller Entlassenen ausmachten. Hinzu kam, dass, als sich die Krise ab Mitte der 1990er Jahre weiter verschärfte, die Kohlekumpel massive finanzielle Unterstützung und Umschulungsprogramme erhielten. Ganz anders bei den 100.000 Personen, bei denen es sich überwiegend um Frauen handelte, die nach 1989 in Łódź entlassen worden waren und denen lediglich rund 5 % dessen angeboten wurde, was ihre (männlichen) Kollegen als Abfindung und Kompensationen bekommen hatten.²¹⁰ Auch damit wurde eine Tradition aus der Volksrepublik fortgesetzt, in der die Schwerindustrie (besonders die für den Export wichtige Kohle) lange gefördert, die Textilindustrie hingegen als zweitrangig behandelt wurde.²¹¹ Dieser Aspekt hatte eine starke Geschlechterdimension, verkörperte doch die Schwerindustrie paradigmatisch harte ›männliche‹, die Leichtindustrie hingen ›weibliche‹ Arbeit. Dies bedeutete allerdings auch, dass Männer, die in feminisierten Branchen arbeiteten, durch ihre vermeintlich ›weiblichen‹ Berufen benachteiligt wurden. Diese Bevorzugung männerdominierter Industrien war nicht zuletzt dem Einfluss der *Solidarność* zu ›verdanken‹, die sich vor allem für Arbeiter einsetzte – auch auf Kosten von Arbeiterinnen.²¹²

Wichtig ist schließlich, dass viele der geschlechterspezifischen Gesetze und Regelungen aus der PRL auch im Kontraktsejm beibehalten wurden. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass Frauen weiterhin fünf Jahre früher in den Ruhestand gehen konnten als Männer (und dies bis heute können). Wie im vorherigen Kapitel diskutiert wurde, lag dies nicht zuletzt daran, dass sie als Großmütter erneut für die Kinderbetreuung verantwortlich gemacht wurden, womit die Sonderstellung von Frauen zusätzlich gefestigt wurde. Das Beispiel der Rente veranschaulicht, wie geschlechterpolitische Entscheidungen zwar als Schutzmaßnahmen und Privilegien für Frauen präsentiert wurden, faktisch aber erneut ihrer Dienstbarmachung für die Familie dienten. Auch verstärkte sich damit die diskursive Verknüpfung von Frauen mit dem privaten Raum und Care-Arbeit, da mit dem früheren Renteneinstiegsalter die potenziell erwerbstätige Phase verkürzt wurde. Welche Auswirkungen dies in einem neoliberalen System hatte, das von einer tiefen wirtschaftlich-sozialen Krise und der damit einhergehenden Konkurrenz unter Arbeitnehmer:innen geprägt war, wird in Abschnitt 4.3 analysiert.²¹³

Die geschlechterspezifischen Regelungen im Bereich des Arbeitsschutzes aus der Zeit der Volksrepublik wurden in ähnlicher Form auch nach 1989/90 fortgesetzt. Der Arbeitsschutz wurde weiterhin in drei verschiedenen Rechtsakten behandelt, die viel

209 Grabowska, Magdalena: Bits of Freedom: Demystifying Women's Activism under State Socialism in Poland and Georgia, in: *Feminist Studies* Vol. 43 (1/2017), S. 141–169, hier: S. 166.

210 Fidelis: Women, S. 251.

211 Peters: Schocktherapie, S. 162.

212 Kemp-Welch: Cold War, S. 329.

213 Vgl. dazu: Kerner/Saar: Geschlechterwissen.

über die staatliche Wahrnehmung von Frauen und Geschlechterrollen aussagen. So waren Schwangere wie Kinder betreuende Frauen jeweils in einer Kategorie zusammengefasst und alle anderen Frauen in der dritten.²¹⁴ Es wurden also nicht nur schwangere Personen geschützt, sondern vielmehr waren Frauen nach wie vor als eigene Gruppe mit spezifischen (Schutz)Interessen konstruiert und wurden rechtlich anders behandelt. Diese Regelungen folgten dabei funktionalen Überlegungen mit dem Ziel der Dienstbarmachung von Frauen. Małgorzata Fidelis fasst die Geschlechterpolitik ab 1989 folgendermaßen zusammen:

»When communism collapsed in 1989, the new Solidarity-dominated government re-inforced the notion of natural differences between the sexes and their distinct roles in society. Once again, the powerful triadic identity of women as producers, mothers, and consumers was used against women.«²¹⁵

Zugleich betont Fidelis weiter, dass diese Entwicklungen nicht in einem Vakuum entstanden, sondern an sozialistische Zeiten anknüpften²¹⁶ – wenn auch offener als bisher formuliert wurde, was dies konkret bedeutete: »there is a reiteration of the requirement to subordinate the needs and interests of women to those of family, nation and country.«²¹⁷ Dieses Fazit trifft den Kern der Geschlechterpolitik im Wechsel der Systeme. Es scheint, als müsse die Geschlechterhierarchie in Umbruchszeiten besonders intensiv reproduziert werden, um sie weiterhin als Herrschaftsinstrument nutzbar zu machen. Auf allen Ebenen wurde der Platz von Frauen in der Transformationsgesellschaft verhandelt, was ihrer Unterordnung unter ›höhere Ziele‹ – Nation, Moral, Familie, Kinder – gleichkam. Allerdings geschah dies nun zunehmend auch anhand neuer sozialer und regionaler Differenzen; zu ›Geschlecht‹ kamen also noch andere Kategorien der Auf- und Abwertung hinzu. Diese schlugen sich insbesondere auf der sozioökonomischen Ebene nieder, die ich im Folgenden diskutieren werde.

4.3 Geschlecht als sozioökonomischer Platzanweiser im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft

Zeichnete der vorherige Abschnitt nach, wie sich die Geschlechternarrative in einer spezifischen Geschlechterpolitik niederschlugen, so werde ich im Folgenden analysieren, welche sozioökonomische Realität sie hervorbrachten.²¹⁸ Dies wird beispielsweise sichtbar, vergleicht man die Erwerbstätigkeit und Partizipationsrate²¹⁹ von Frauen und Män-

214 Kosztowna, Natalia: Kobieta w zakładzie pracy w Polsce Ludowej i po 1990 r. Analiza stanu prawnego, in: *Annales. Etyka w życiu gospodarczym/Annales. Ethics in Economic Life* Vol. 19 (2/2016), S. 93–108, hier: S. 94.

215 Fidelis: Women, S. 249.

216 Ebd.

217 Ingham/Ingham/Domanski: Labor Market, S. 21.

218 Foucault: Archäologie, S. 93.

219 Als Partizipationsrate wird das Verhältnis von Erwerbspersonen zum Arbeitskräftepotenzial bezeichnet.

uern zu Beginn des Übergangs von der Volksrepublik zum marktwirtschaftlich organisierten Polen (siehe Tab. 3).

Tabelle 3: Zahl der erwerbstätigen Frauen und Männer 1988 und 1992 (absolut) sowie Partizipationsrate.

Jahr	Männer			Frauen		
	Gesamt in Mio.	Erwerbstätige in Mio.	Partizipationsrate	Gesamt in Mio.	Erwerbstätige in Mio.	Partizipationsrate
1988	18,446	10,070	74,40 %	19,377	8,382	57 %
1992	18,673	9,209	70,12 %	19,690	7,751	54,01 %

Quelle: International Labour Organization: Labor force participation rate, male (% of male population ages 15+) (national estimate)/Labor force participation rate, female (% of female population ages 15+) (national estimate). [Abgerufen: 22.04.2024].

Es wird deutlich, dass die absolute Zahl erwerbstätiger Männer zwischen 1988 und 1992 um rund 860.000 Personen abnahm, die von Frauen hingegen »nur« um 630.000 Personen. Bei der Partizipationsrate ist eine parallele Entwicklung erkennbar. Hier ist bei Männern mit ca. 4,3 % ein stärkerer Rückgang als bei Frauen mit ca. 3 % zu verzeichnen; allerdings gehen sowohl die Partizipationsrate als auch die absoluten Zahlen von einem niedrigeren Niveau bei Frauen aus. Dies bedeutete für das Jahr 1992, dass 27,6 % aller Männer, aber ganze 46,2 % aller Frauen im erwerbstätigen Alter keiner bezahlten Arbeit nachgingen.²²⁰ Insofern erweist sich die Geschlechterdimension des Systemwechsels hier als geringfügig, bleiben doch die geschlechterspezifischen Veränderungen recht überschaubar. Bei einem dezidierten Blick auf die Erwerbstätigkeit von Müttern nach dem Ende des Mutterschutzes zeigen sich hingegen starke Verschiebungen, und das bereits vor dem Ende der Volksrepublik. Aus Kapitel 3 geht hervor, dass die Zahl der Frauen, die unmittelbar nach dem Mutterschutz wieder einer Erwerbsarbeit nachgingen, bis 1982 auf rund 8 % absank. Für 1988 ist hingegen ein sprunghafter Anstieg auf mehr als 83 % zu verzeichnen.²²¹ Die genaue Ursache dafür ist nicht im Detail erforscht, aber es ist davon auszugehen, dass die Aufweichung des Kündigungsschutzes ab 1988 für Frauen nach dem Ende des Mutterschutzes einen wichtigen Faktor darstellte.²²² Zum Ende der Volksrepublik belief sich der Mutterschutz nach der ersten Geburt auf 16 Wochen (18 bei jeder weiteren) sowie auf 26 Wochen bei einer Mehrlingsgeburt.²²³ An dieser Rege-

220 Janicka, Krystyna: Women and Men in the Socio-Occupational Structure: Similarities and Differences, in: *Polish Sociological Review* Vol. 109 (1/1995), S. 73–95, hier: S. 76.
221 Kurzynowski: Kariery kobiet, S. 196.
222 Kosztowna: Kobieta, S. 100.
223 Maraszek, Magdalena: Prawny aspekt przemian statusu polskich kobiet w dwudziestoleciu 1989–2009 na przykładzie zmian legislacyjnych w polskim prawie pracy, in: Monika Frąckowiak-Sochańska/Sabina Królikowska (Hg.): *Kobiety w polskiej transformacji 1989–2009. Podsumowania, interpretacje, prognozy*. Toruń 2010, S. 176, hier: S. 182.

lung wurde bis zum Beitritt Polens zur Europäischen Union 2004 nichts geändert; erst die Regierung unter der PiS änderte 2006 die gesetzlichen Bestimmungen.²²⁴

Grundsätzlich lassen sich deutliche Verschiebungen bei der Erwerbstätigkeit von Müttern vor und nach der ›Schocktherapie‹ feststellen. Die Ökonominen Chiara Monfardini und Elena Bardasi untersuchten im Auftrag der Europäischen Kommission, welchen Einfluss Kinder auf die Erwerbstätigkeit von Frauen unmittelbar vor bzw. nach der »Transition«²²⁵ in Polen hatten. Ihre Analyse offenbart, dass vor 1990 das Alter des jüngsten Kindes einen starken Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Müttern hatte. Diese lag bei etwas mehr als 40 %, wenn es ein Kleinkind unter zwei Jahren im Haushalt gab. Mit steigendem Alter des Kindes nahm die Erwerbstätigkeit der Frauen zu und lag bei Müttern von Kindern im Alter zwischen 12 und 17 Jahren bei mehr als 80 %; ähnlich wie bei kinderlosen Frauen. Nach dem Übergang zur Marktwirtschaft stieg die Erwerbsquote bei Müttern von Kleinkindern wiederum auf rund 50 % an, d. h. sie lag 10 % höher als zuvor, erreichte aber maximal nur rund 75 %, womit sie 5 Prozentpunkte niedriger lag als vor 1990. Die Spanne bei der Erwerbsquote von Müttern reduzierte sich also sichtlich;²²⁶ anders gesprochen nimmt der Einfluss des Kindesalters auf die Erwerbstätigkeit von Müttern nach der von Bardasi und Monfardini sogenannten Transition (unerwarteterweise) ab. Erklären lässt sich dies aus Sicht der Ökonominen mit der nach 1990 größeren Unsicherheit im Hinblick auf Arbeitsplätze von Müttern sowie der steigenden Notwendigkeit zweier Erwerbseinkommen.²²⁷ Viele Polinnen konnten sich auch mit Kleinkindern keine Abwesenheit auf dem Arbeitsmarkt mehr leisten. Umgekehrt gingen diejenigen, die es sich leisten konnten, auch mit älteren Kindern keiner Erwerbstätigkeit mehr nach. Diese Entwicklungen werden in Kapitel 5 dieser Arbeit für den gesamten Zeitraum bis 2004 im Detail aufgeschlüsselt. Im Grundsatz aber zeigt sich bereits, dass neben Geschlecht noch andere Faktoren wie Klasse als Platzanweiser in der Transformation an Bedeutung gewannen. Hierbei wird erneut offensichtlich, dass der ökonomische bereits vor dem politischen Systemwechsel begonnen hatte.

Zur Frage des Einflusses von Kindern auf die Erwerbstätigkeit von Vätern existieren für diesen Zeitraum keine Daten. Hieraus lässt sich die Annahme treffen, dass – und dies trifft keinesfalls nur auf Polen zu – Kinder keinen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Männern hatten bzw. sich ›natürlicherweise‹ nur negativ auf diejenige von Frauen auswirkten.²²⁸ Studien zur heutigen Situation zeigen, dass in jedem Mitgliedsland der

224 Urbaniuk, Weronika: Zmiany w urlopach dla rodziców w Polsce w latach 1989–2016, in: Joanna Szczepaniak-Sienniak/Adam Kubów (Hg.): Sytuacja rodzin i polityka rodzinna w Polsce po dekadzie członkostwa w Unii Europejskiej. Wrocław 2016, S. 192–205, hier: S. 197.

225 Die Ökonominen nutzen den Begriff »Transition«, den ich aufgrund seines teleologischen Charakters, der immer einen Wechsel von einem autoritären zu einem demokratischen System impliziert, vermeide.

226 Bardasi, Elena/Monfardini, Chiara: Women's Employment, Children and Transition an Empirical Analysis for Poland, in: *Economics of Transition* Vol. 17 (1/2009), S. 147–173, hier: S. 153f.

227 Ebd., S. 166.

228 An diesem Beispiel wird deutlich, wie sehr Datenerhebungen den Diskurs strukturieren. Gerade sozioökonomische Daten dienen als Grundlage politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Debatten, wohingegen die ihnen zugrunde liegenden Prämissen und Axiome kaum kritisch diskutiert werden.

Europäischen Union die Erwerbsquote von Männern nach der Geburt eines Kindes ansteigt, für Frauen im Großteil der Fälle (aber nicht immer) sinkt.²²⁹

Parallel zur sinkenden Partizipationsrate von Pol:innen zwischen 1988 und 1992 stieg ihre Arbeitslosigkeit. Obwohl sich vor dem Hintergrund der offiziell nicht existenten Arbeitslosigkeit in der Volksrepublik erst ab 1990 verlässliche Daten finden, zeigen Zahlen des GUS, dass bei den registrierten (kurzfristig) Arbeitslosen die Zahl der Frauen bereits 1989 mit 5.900 deutlich höher war als die der Männer mit 3.700. Vor allem aber werden mehr als 196.000 offene Stellen für Männer, doch lediglich rund 58.000 für Frauen aufgeführt (es herrscht also ein Verhältnis von 3,3 zu 1), was indirekt die deutlich höhere strukturelle Arbeitslosigkeit von Frauen zum Ende der Volksrepublik erahnen lässt.²³⁰ Nach der Implementierung des Balcerowicz-Plans 1990 waren allerdings zunächst mehr Männer als Frauen arbeitslos (siehe Tab. 4).

Tabelle 4: Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern zwischen 1990 und 1992.

Jahr	Männer-Arbeitslosigkeit		Frauen-Arbeitslosigkeit	
	in Mio.	in %	in Mio.	in %
1990	Juni: 0,296 Dezember: 0,552		Juni: 0,271 Dezember: 0,573	
1991	Juni: 0,754 Dezember: 1,023	11,8	Juni: 0,792 Dezember: 1,134	14,4
1992	Juni: 1,076 Dezember: 1,170	12,4	Juni: 1,220 Dezember: 1,338	15,1

Quelle: Relative Zahlen ab Dezember 1991: Ebd. Absolute Zahlen 1990/91: GUS: Rocznik statystyczny 1992, S. 157. Zahlen 1992: Główny Urząd Statystyczny: Mały Rocznik Statystyczny 1993. Warszawa 1993, S. 180.

Dies änderte sich erstmals und dauerhaft ab Juni 1990. Während die Arbeitslosigkeit generell rapide anstieg, war die Situation für Polinnen bedeutend schwieriger als für Polen. Bereits im Juni 1991 waren 11,8 % der Männer, aber 14,4 % der Frauen arbeitslos. 1992 wurde die Differenz mit 12,4 % zu 15,1 % noch größer. Stellten Polinnen im Juni 1990 noch 47,8 % aller Arbeitslosen, so stieg ihr Anteil im Dezember 1990 auf 51,1 % an. Von da an waren mit zunehmender Tendenz mehr Frauen als Männer arbeitslos. Im Juni 1991 stellten sie 52,6 %, Ende 1992 bereits 53,4 % aller Arbeitslosen. Im Dezember 1993 wurde mit 55,8 % ein vorläufiger Höhepunkt erreicht. Hinzu kam, dass es für Frauen Anfang der 1990er Jahre deutlich schwieriger war, nach einer Phase der Arbeitslosigkeit wieder Erwerbsarbeit zu finden, und dass sie unter den Langzeitarbeitslosen deutlich

229 Eurostat: Employment rate by sex, age groups, educational attainment level and household composition (%). URL: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfst_hheredy/default/table?lang=en [Abgerufen: 25.08.2023].

230 GUS: Rocznik statystyczny 1990, S. 138.

überrepräsentiert waren.²³¹ Besonders schwierig war die Situation in Städten wie Łódź. So betont Zdzisława Janowska, die dort Anfang der 1990er Jahre Stadträtin und Professorin an der Universität war, dass es in der Stadt schlichtweg keine Stellenangebote für Frauen gab.²³² Im Juni 1992 waren 27,1 % aller erwerbslosen Frauen seit über zwei Jahren ohne Arbeitsstelle, was fast doppelt so viel war wie bei Männern mit 14,4 %.²³³

Bemerkenswert sind diese Zahlen vor allem deshalb, da Frauen trotz ihres deutlich geringeren Anteils an der Erwerbsbevölkerung die Mehrheit der Arbeitslosen stellten. Wie in der Krise von 1980–82 – nur in deutlich stärkerem Ausmaß – wurden Frauen aus dem Arbeitsmarkt verdrängt bzw. nicht eingestellt. Dies geschah nun nicht mehr primär indirekt, wie etwa über den Ausbau von Mutterschutzmaßnahmen oder durch ›subtilen‹ Druck, sondern die betroffenen Frauen wurden nun oft schlichtweg entlassen.²³⁴

Ein Vergleich mit Tschechien (bzw. bis 1993 der Tschechoslowakei) zeigt, dass Frauen dort ebenfalls deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren als Männer; gleiches gilt für die sogenannten neuen Bundesländer in Deutschland.²³⁵ In Ungarn ist wiederum eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten, da Frauen dort seltener arbeitslos waren als Männer.²³⁶ Die niedrigere Quote in Ungarn lässt sich damit erklären, dass dort stärker als in Polen und Tschechien Arbeitsplätze in männerdominierten Bereichen wegfielen. Zugleich wanderten in Ungarn überdurchschnittlich viele Frauen in die sogenannte stille Reserve ab, sprich: obwohl sie im Erwerbsalter waren, suchten sie keine Arbeit und galten damit auch offiziell nicht als arbeitslos.²³⁷

Eine genauere Betrachtung der geschlechterspezifischen Arbeitslosigkeit lässt große Unterschiede innerhalb der Kategorie ›Frau‹ erkennen. Eine Aufschlüsselung der Zahl der Arbeitslosen nach ihrer Qualifikation zeigt, dass hoch- und niedrigqualifizierte Frauen ähnlich oft arbeitslos waren wie Männer, wobei absolut vor allem Personen mit Elementarbildung am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Bei der Erwerbsbevölkerung mit mittlerem Bildungsstand waren Frauen hingegen sehr viel öfter von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer,²³⁸ woraus sich schließen lässt, dass die Kategorie

231 Kramer, Mark: Polish Workers and the Post-Communist Transition, 1989–93, in: *Europe-Asia Studies* Vol. 47 (4/1995), S. 669–712, hier: S. 682.

232 Janowska: Transkript, S. 3f.

233 Leven, Bożena: Unemployment Among Polish Women, in: *Comparative Economic Studies* Vol. 35 (4/1993), S. 135–145, hier: S. 137.

234 Firlit-Fesnak, Grażyna: Auswirkungen von Systemtransformationen auf die soziale Situation der Frauen in Polen, in: *Osteuropa* Vol. 48 (1/1998), S. 46–56, hier: S. 48.

235 Für Tschechien: International Labour Organization: Unemployment, male/female (% of male/female labor force) (modeled ILO estimate) – Czechia. Aufbereitete Daten der Weltbank. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=CZ> [Abgerufen: 15.03.2023]. Für Ostdeutschland: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Tabelle 2.2.1. Nürnberg 2023.

236 International Labour Organization: Unemployment, male/female (% of male/female labor force) (modeled ILO estimate) – Hungary. Aufbereitete Daten der Weltbank: URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=HU> [Abgerufen: 16.10.2023].

237 Rudolph, Brigitte/Klement, Carmen: Arbeitsmarktpartizipation von Frauen im Transformationsprozess. Sozio-ökonomische Realität in den EU-Beitrittsländern Polen, Tschechien und Ungarn. Nürnberg 2006, S. 45.

238 GUS: Rocznik statystyczny 1992, S. 15. Sowie GUS: Rocznik statystyczny 1993, S. 181.

›Geschlecht‹ vor allem in der ›Mitte‹ als sozioökonomischer Platzanweiser in der Transformationsgesellschaft fungierte. Dies spiegelt sich auch in der Erwerbsbeteiligung wider. Diese allgemeinen Entwicklungen sind zum einen auf einen Geschlechterdiskurs zurückzuführen, der Frauen für Care- und Männer für Erwerbsarbeit verantwortlich macht; so verstärkte sich gerade zwischen 1989 und 1991 erheblich der Druck in Richtung einer ›traditionellen‹ Rollenverteilung. In Umfragen zu Beginn der 1990er Jahre gaben 22,1 % der Frauen, aber nur 2,8 % der Männer an, dass sie ihre Stelle aus familiären Gründen aufgeben hätten und nun arbeitslos seien.²³⁹ Der massive Rückbau der staatlichen Kinderbetreuung schlägt sich hier in einer höheren Arbeitslosigkeit von Frauen nieder, da diese weiterhin für Care-Arbeit verantwortlich gemacht wurden.²⁴⁰ Ein weiterer Aspekt findet sich in den staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, denen ebenfalls eine Geschlechterdimension innewohnte. Ergänzend sei hier auf eine Untersuchung der Ökonomin Bożena Leven verwiesen, derzufolge weit überdurchschnittlich viele Frauen in der Industrie, aber auch im Handel entlassen wurden; Männer hingegen vergleichsweise selten.²⁴¹ Sie betont überdies, dass die entlassenen Frauen einen deutlich höheren Bildungsgrad als ihre Kollegen aufwiesen,²⁴² was sich m. E. nicht anders als mit einer geschlechterspezifischen Diskriminierung erklären lässt.

Generell spielte ab 1989/90 der Bildungsgrad sowohl bei der Beschäftigungsquote als auch in Bezug auf das Gehalt eine zunehmende Rolle. Dabei treten Errungenschaften der Volksrepublik zu Tage, der es nicht nur gelungen war, das generelle Bildungsniveau stark anzuheben, sondern insbesondere Frauen Bildungschancen zu eröffnen, die sich (für einige von ihnen) nun auszahlten. In dieser Hinsicht kann die sowjetisch inspirierte Modernisierung in der Volksrepublik (die dabei in Teilen auf Ideen aus der Zwischenkriegszeit zurückgriff) als Erfolg gelten. Vor allem bei den Hochschulabschlüssen hatten Frauen im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik die Männer überholt – 1988 um ca. 29 %, 1989 sogar um mehr als ein Drittel. Anfang der 1990er Jahre stieg die Zahl der Hochschulabsolvent:innen insgesamt an, aber die Quote der neu ausgebildeten Akademikerinnen lag weiterhin um rund 30 Prozentpunkte höher als die der Akademiker. Hier zeigt sich ebenfalls eine generelle Tendenz – in diesem Fall zu mehr höheren Abschlüssen –, doch blieb die Geschlechterrelation trotz des Systemwechsels weitgehend konstant. Dies gilt auch für alle anderen Bildungsstufen, wobei der Anteil der Personen mit Elementarbildung generell zurückging (siehe Tab. 5).

239 Siemieńska: *Perceptions*, S. 559.

240 Ebd., S. 563.

241 Leven: *Unemployment*, S. 139.

242 Ebd., S. 141.

Tabelle 5: Bildungsabschlüsse von Frauen und Männern zwischen 1988 und 1992.

		Hochschulabschluss	Sekundärab- schluss	Berufsausbil- dung	Elementarbil- dung
1988	Männer	7,65 %	21,50 %	46,94 %	23,90 %
	Frauen	9,87 %	42,13 %	24,08 %	23,92 %
1989	Männer	7,27 %	21,04 %	47,58 %	24,11 %
	Frauen	9,89 %	42,27 %	24,58 %	23,26 %
1990	Männer	7,80 %	24,32 %	48,00 %	19,88 %
	Frauen	10,33 %	45,64 %	24,11 %	19,92 %
1992	Männer	10,41 %	26,32 %	47,68 %	15,59 %
	Frauen	13,45 %	48,63 %	22,21 %	15,72 %

Quelle: Grajek, Michał: Gender Pay Gap in Poland, in: *Economics of Planning* Vol. 36 (1/2003), S. 23–44, hier: S. 27.

Betrachtet man hingegen die Zahl der Promotionen, Habilitationen und Professuren, so zeigt sich, dass der Frauenanteil mit den höheren Karrierestufen abnahm. Sowohl in den 1980er Jahren als auch zwischen 1990 und 1992 kamen auf eine Doktorandin zwischen 3 und 3,5 Doktoranden. Bei den Habilitationen kamen im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik 4,7 Männer auf eine Frau, wobei sich hier die Quote bis 1992 auf 3,3 zu 1 annäherte. Bei den neu berufenen Professor:innen sank der Geschlechterunterschied ebenfalls, wenngleich auch von einem noch höheren Niveau ausgehend. Lag die Quote in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bei 5,9 zu 1, so sank sie bis 1992 auf 4,2 ab.²⁴³ Aus diesen Daten lassen sich zunächst zwei Schlüsse ziehen: Zum einen, dass die erste Phase des ökonomischen Transformationsprozesses zwischen 1988 und 1992 keinen systematischen Wandel in der Geschlechterverteilung bei den Bildungsabschlüssen zur Folge hatte; zum anderen, dass Frauen im gesamten Zeitraum im Durchschnitt deutlich besser ausgebildet, zugleich aber bei den Promotionen, Habilitationen und der Anzahl der Berufungen stark marginalisiert waren.²⁴⁴

Auch das um fünf Jahre höhere Renteneintrittsalter für Männer spielte im Hinblick auf die höhere Arbeitslosigkeit von Frauen eine Rolle; denn sobald selbige diese Altersgrenze erreicht hatten, wurden sie aufgefordert, in Rente zu gehen, wodurch wiederum viele Frauen in Armut abrutschten. Zudem verhinderte diese Regelung gerade bei sehr gut qualifizierten Frauen, dass sie Führungspositionen bekleiden konnten, da sie schlichtweg fünf Jahre früher gehen mussten. Anders gesprochen mag das frühere Renteneintrittsalter für einige ein Privileg gewesen sein, für andere hingegen bedeutete es angesichts keineswegs diskriminierungsfreier Einstellungspraxis und niedriger Renten,

243 GUS: Rocznik statystyczny 1993, S. 186f.

244 Mittlerweile stellen Frauen in Polen mit 53 % die Mehrheit der Promovierenden und 28 % der Professor:innen. Folglich erhöht sich ihre Zahl, bei immer noch sinkendem Frauenanteil, je höher die Position ist. Popiński, Krzysztof: Feminization of Higher Education in Poland in 1918–2018, in: *Studia Historiae Oeconomicae* Vol. 37 (1/2019), S. 116–146, hier: S. 136 u. 138.

dass sie Arbeiterinnen zweiter Klasse waren.²⁴⁵ Hinzu kommt, dass von Rentnerinnen erwartet wurde, die staatliche Betreuungslücke für ihre Enkel zu füllen.²⁴⁶

Ein vor allem für die westlichen Wojewodschaften nicht zu unterschätzender Aspekt war, dass mit dem Zusammenbruch der DDR fast alle Pol:innen (vor allem Frauen) dort ihre Stellen verloren, da sie mit der tiefen Wirtschaftskrise und hohen Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR nicht mehr benötigt und meist als erste entlassen wurden. Insgesamt handelte es sich 1989 noch um rund 6.000–7.000 Personen, die aus den strukturschwachen Regionen in Westpolen in die DDR gekommen waren.²⁴⁷

Schließlich ist ein grundlegendes Problem zu betonen, das zum Nachteil arbeitender Frauen wirkte, indem sie noch immer als »das Besondere«, d. h. »von der Norm Abweichende« behandelt wurden. Hierin liegt eine weitere Kontinuität, die über den Systemwechsel hinaus reicht – nicht zuletzt, da dieser Umstand keineswegs eine Besonderheit des polnischen Staatssozialismus darstellte. Dies bedeutet neben den bereits diskutierten Geschlechternarrativen vor allem vermeintlich positive Diskriminierungen. Die fast ununterbrochene Fortführung spätsozialistischer Geschlechterpolitik verstärkte die Abwertung erwerbstätiger Frauen im Vergleich zu Männern. Unter den Bedingungen des neoliberalen Transformationsprozesses wirkte sich dies zum erheblichen Nachteil von Frauen aus, zumal es für Unternehmen beispielsweise weniger attraktiv war, Frauen einzustellen, es zugleich aber keinerlei Schutz vor geschlechterspezifischer Diskriminierung gab.²⁴⁸ Trotz dieser geschlechterpolitisch bedingten Probleme gab es innerhalb der Unternehmen auch schlicht massive Vorurteile, die erklären, warum diese im Durchschnitt deutlich schlechter ausgebildete Männer gegenüber Frauen bevorzugten. Für die Soziologin Maria Strykowska liegt in dieser Einstellungspraxis zu Beginn der 1990er Jahre auch die Ursache einer geschlechterspezifischen Arbeitsmarktsegregation:

»In explaining the causes for occupational segregation of women, the issue of influence in this process of the negative type which employers have about female employees is rarely raised. Despite declarations formally guaranteeing equality of civil rights for both sexes, actual employment policy [...] is formed by uncritical generalizations about specific limiting family situations which are true only for some women, but applied to all women who are looking for work. Although the selection of employees by employers is an essential element in gender-biased occupational segregation, the intensity of this phenomenon depends on existing legal regulations and the situation on the labor market. For example, in periods of restrictive economic policies or recession, in practice signifying a growth in unemployment and competition – with which we have been dealing in Poland since the start of the nineties – it is above all women who are laid-off or demoted. The result of these practices is the possible increase of gender-occupational segregation.«²⁴⁹

245 Siemieńska: Perceptions, S. 562.

246 Heinen/Wator: Child care, S. 203.

247 Röhr, Rita: Die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in der DDR 1960–1990. Die vertraglichen Grundlagen und ihre Umsetzung, in: *Archiv für Sozialgeschichte* Vol. 42 (2002), S. 211–236, hier: S. 233.

248 Siemieńska, Renata: Gendered perceptions, S. 562.

249 Janicka: Women and Men, S. 74f.

Umgekehrt erwartete die Gesellschaft von Männern, Hauptverdiener in der Familie zu sein und sich mit aller Kraft und Zeit auf die Erwerbsarbeit zu konzentrieren.²⁵⁰ Diese Erwartung hatte wiederum eine Fokussierung auf bestimmte – männlich konnotierte – Berufe zur Folge. Tatsächlich zeigen sich in der geschlechterspezifischen Erwerbsbeteiligung zwischen 1988 und 1992 Veränderungen, die den Entwicklungen der Krise von 1980/81 nicht unähnlich sind, etwa indem erneut der Anteil von in der Industrie beschäftigten Frauen abnahm; nun von 38 auf 34 %.²⁵¹ Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft ging eine sich weiter verstärkende Tendenz zur geschlechterspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes einher, was zur Folge hatte, dass die Feminisierung bestimmter Berufsgruppen, die i. d. R. mit weniger Aufstiegschancen und einem niedrigeren Gehalt verbunden waren, voranschritt.²⁵² Da Frauen vor allem in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Erziehung arbeiteten – Bereiche, die stark vom Staat abhängig waren –, traf sie die Austeritätspolitik, die spätestens mit der Implementierung des Balcerowicz-Plans am 1. Januar 1990 maßgeblich wurde, am härtesten.²⁵³ Hier zeigt sich deutlich, wie die Kombination aus einer konservativen Wende in der Geschlechterpolitik und der Einführung der Marktwirtschaft zumindest kurzfristig zum Nachteil (der Mehrheit) arbeitender Frauen wirkte. Ein weiterer Aspekt des geschlechterspezifischen Transformationsprozesses ist die Entwicklung des (unbereinigten) Gender Pay Gaps. Berechnungen von Elizabeth Brainerd für das Jahr 1989 zeigen, dass polnische Arbeitnehmerinnen etwa 68 % des Lohnes verdienten, den ihre Kollegen erhielten. In der Tschechoslowakei lag die Quote Brainerds Berechnungen zufolge bei 71 % und in Ungarn bei 73 %.²⁵⁴ Michał Grajek kommt für Polen auf der Grundlage von auf Haushaltsbefragungen basierenden Daten auf etwas andere Zahlen (siehe Abb. 4).

Auch wenn sich die Zahlen der beiden Forscher:innen voneinander unterscheiden, wird doch deutlich, dass Frauen in der sich dem Ende neigenden Volksrepublik deutlich weniger verdienten als Männer. Innerhalb der Gruppe der Frauen waren die Gehaltsunterschiede hingegen gering.²⁵⁵ Zugleich zeigt sich, dass die größten Verschiebungen zwischen 1988 und 1989 – also noch in der Volksrepublik (möglicherweise ausgelöst von den 1987/88 durchgeführten ökonomischen Reformen) – stattfanden, wohingegen zwischen 1989 und 1992 die Differenz zu Männern fast unverändert blieb. Auch das verdeutlicht erneut, dass nicht erst das Ende der Volksrepublik, sondern bereits die späten 1980er Jahre den ökonomischen Systemwechsel eingeleitet hatten, was sich auch auf geschlechterspezifische Gehaltsunterschiede auswirkte.

250 Łobodzińska, Barbara: Family, Women, and Employment in Poland and Other Central-Eastern Countries: Ideology of Equality and Reality of Discrimination, in: *The Polish Review* Vol. 17 (4/1997), S. 447–469, hier: S. 457.

251 Grajek: Pay Gap, S. 39.

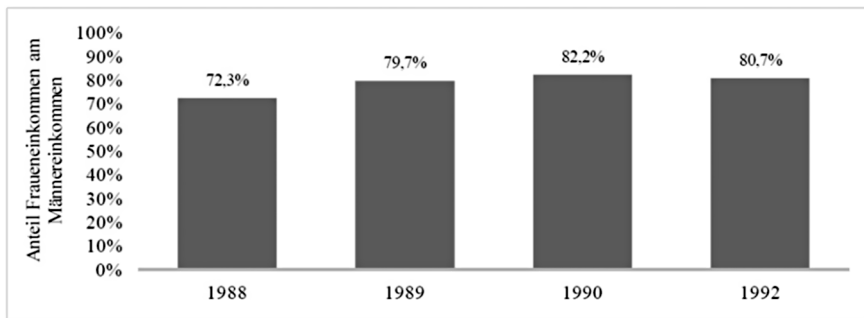
252 Janicka: Women and Men, S. 78.

253 Anna Żarnowska/Andrzej Szwarz (Hg.): *Równe prawa i nierówne szanse*. Warszawa 2000, S. 48; Firlit-Fesnak, Grażyna: Auswirkungen von Systemtransformationen auf die soziale Situation der Frauen in Polen, in: *Osteuropa* Vol. 48 (1/1998), S. 46–56, hier: S. 48.

254 Brainerd: Women in transition, S. 141f.

255 Peters: Schocktherapie, S. 234f.

Abbildung 4: Einkommen von Frauen relativ zu Männern 1988–1992.



Quelle: Grajek: Pay Gap, S. 28.

Im nächsten Abschnitt dieser Untersuchung werden die geschlechterspezifischen Implikationen des Neoliberalismus ausführlich diskutiert. Bereits vorweggenommen sei, dass sich diesbezügliche Gehaltsunterscheide auch im postkommunistischen Polen nur über geschlechterbasierte Diskriminierung erklären lassen. Selbst wenn nur der sogenannte bereinigte Gender Pay Gap betrachtet wird, d. h. Faktoren wie Ausbildung, Berufserfahrung usw. außen vor gelassen werden, zeigt sich, dass Frauen auch 1992 in Bezug auf ihr Gehalt stark benachteiligt wurden.²⁵⁶ Als zusätzlichen, ausschlaggebenden Faktor führt die Soziologin Krystyna Janicka für den Beginn der 1990er Jahre den Einfluss von Geschlecht auf die intergenerationelle soziale Mobilität an. Ihren Untersuchungen zufolge herrschte unter Männern eine vergleichsweise starke soziale Mobilität, während es vor allem für Frauen aus sozial benachteiligten Familien schwer war, in sozioökonomischer Hinsicht aufzusteigen.²⁵⁷ Hier offenbart sich die intersektionale Dimension von Geschlechterungleichheit, die bereits bei der Erwerbstätigkeit von Frauen in der Zwischenkriegszeit zu beobachten war, wo lediglich Frauen »aus besserem Hause« in gut bezahlten Berufen arbeiteten.

Schließlich möchte ich einen Blick auf die Entwicklung der Präferenzen von Polinnen während des Übergangs von der Volksrepublik zum postsozialistischen Polen werfen. Im Rahmen einer repräsentativen Studie des GUS wurden berufstätige Frauen zwischen 18 und 59 Jahren zu ihren Lebensentwürfen im Hinblick auf Erwerbs- und Care-Arbeit befragt; die erste Befragung fand 1987 und die zweite 1991 statt. Dabei erwies sich, dass in beiden Zeiträumen jeweils den gleichen Lebensmodellen der Vorzug gegeben wurde, etwa indem die Option »Erwerbsarbeit mit Unterbrechungen für die Kindererziehung und Familie« die meiste Zustimmung fand, d. h. Care-Arbeit als wichtigste und Erwerbsarbeit als zweitwichtigste Aufgabe wahrgenommen wurde. Platz zwei (unter Universitätsabsolventinnen Platz eins) belegt die Option, Care- und Erwerbsarbeit gleich zu gewichten und erstere gleichberechtigt zwischen den Eltern aufzuteilen. Gegen Erwerbsarbeit von Frauen sprechen sich hingegen nur Frauen ohne oder mit primärer Bildung aus, während es für einen Fokus auf Erwerbsarbeit – auch zu Lasten der Familie – über alle

²⁵⁶ Janicka: *Women and Men*, S. 84f.

²⁵⁷ Ebd., S. 77.

Gruppen hinweg nur rund 1 % Zustimmung gibt.²⁵⁸ Von besonderem Interesse ist diese Befragung, da sie 1987 und 1991 stattfand und damit einen Präferenzvergleich für beide Systeme (wenn auch jeweils zu deren Ende bzw. Anfang) ermöglicht. Es zeigt sich, dass sich trotz der ökonomischen Krise und des Systemwechsels nur wenig an den grundlegenden Überzeugungen der Polinnen veränderte. Die tatsächliche Verteilung von Care-Arbeit für den Gesamtzeitraum ab 1989 wird im fünften Kapitel diskutiert.

Exkurs: Geschlechterblindheit im Neoliberalismus?

Mehr als einmal kamen im Zuge meines Volkswirtschaftsstudiums seitens der Studierenden die Fragen auf, warum Care-Arbeit überwiegend von Frauen verrichtet werde, weshalb der Gender Pay Gap in Deutschland so hoch sei und die Führungsetagen großer Unternehmen weiterhin von Männern dominiert würden. Jedes Mal lauteten die Antworten mehr oder weniger gleich, indem mit den ›Präferenzen‹ der Individuen sowie einer produktiven Aufteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit argumentiert wurde. Anders gesprochen würden Frauen eher zu Care-Arbeit neigen als Männer, davon abgesehen sei es ihre individuelle Entscheidung, lieber ›zu Hause zu bleiben‹.²⁵⁹ Zugleich wurde behauptet, es gebe keinen Gehaltsunterschied, wenn man Faktoren wie Erfahrung, Bildung, Position usw. herausrechnen würde.

Hinter dieser Argumentation stecken zwei grundlegende Annahmen. Die Erste ist der vielfach diskutierte *Homo oeconomicus*, bei dem es sich um ein fiktives Wirtschaftssubjekt handelt, das feststehende Präferenzen hat und rational handelt, d. h. aus allen Alternativen immer die für sich selbst beste wählt. Gehaltsunterschiede, die Verteilung von Care-Arbeit usw. sind diesem Verständnis nach also (ausschließlich) eine Folge individueller Entscheidungen der Protagonist:innen; Geschlecht kommt in der (neo)klassischen Ökonomie weder (explizit) als Analysekategorie noch als empirisches Phänomen vor.²⁶⁰ Zugleich spielt Geschlecht eine Rolle, so ist der *Homo oeconomicus* inhärent männlich konnotiert: Er ist rational, Nutzen maximierend und wird explizit abgegrenzt von vermeintlich ›weiblichen‹ Attributen wie ›sozialem‹ und ›altruistischem‹ Handeln. Männliche Eigenschaften seien also ›ökonomisch‹, während weibliche als

258 Łobodzińska, Barbara: Women's Employment or Return to »Family Values« in Central-Eastern Europe, in: *Journal of Comparative Family Studies* Vol. 27 (3/1996), S. 519–544, hier: S. 532f.

259 Meines Erachtens liegt in dieser Argumentation ein logischer Widerspruch. Einerseits wird behauptet, dass jedes Individuum rein ›eigennutzorientiert‹ entscheiden würde und es keine strukturell bedingten Aspekte der Entscheidungsfindung (beispielsweise bei der Berufswahl) gäbe. Zugleich wird Frauen eine ›Neigung zur Care-Arbeit‹ zugeschrieben, d. h. es kommen doch strukturelle Aspekte hinzu. Die Erklärung ist letztlich ein tief verankerter Essentialismus, der Geschlecht als rein biologisch bestimmte Kategorie betrachtet, die sich dann psychologisch und sozial manifestiert. Anders gesprochen fußt diese Überzeugung ontologisch auf einer naturrechtlichen Begründung, die davon ausgeht, dass Geschlecht (und damit in dieser Argumentation Geschlechterrollen) jeder sozialen Ordnung vorausgeht.

260 Maier: Feministische Ökonomie, S. 132f.

»unökonomisch« gelten.²⁶¹ Die zweite (implizite) Annahme der (klassischen) Ökonomie ist die »natürlicher« Geschlechterrollen.²⁶²

Die Behauptung von der »Nichtexistenz von Geschlecht« in der Ökonomie geht einher mit einer Abwertung von Care-Arbeit als insofern unökonomisch, als diese schlichtweg als selbstverständlich (von Frauen geleistet) vorausgesetzt wird und nicht in die gesamtwirtschaftliche Betrachtung einfließt, d. h. sie zählt nicht als Wertschöpfung.²⁶³ Dies hat vielerlei Implikationen. Im Kontext des Systemwechsels in Polen oder generell bei Restrukturierungsmaßnahmen vonseiten des IWF, der Weltbank usw. bedeutete dies faktisch, dass reproduktive Arbeit – vor allem die von Frauen geleistete – als endlose Ressource angesehen wurde. Damit wurde männlich konnotierte Erwerbsarbeit klar priorisiert,²⁶⁴ was sich beispielsweise daran beobachten lässt, dass ökonomische Indizes zur Bewertung des Standes der Transformation Geschlechteraspekte nicht berücksichtigten.²⁶⁵ Demgegenüber konnten Historiker:innen zeigen, dass gerade die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung konstitutiv für die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaftsordnung seit dem 19. Jahrhundert war und ist.²⁶⁶ So ist unbezahlte Care-Arbeit von Frauen in einem neoliberalen System wie in Polen nach 1989 nicht nur angelegt, sondern auch unabdingbar.²⁶⁷ Gerade die 1990er Jahre in Polen zeigten eines ganz deutlich: »Economic and political restructuring are not only recasting the boundaries of public and private but are also redefining forms of masculinity and femininity.«²⁶⁸ Diese (Neu)Verhandlung von Geschlechternormen und -politiken unter den Bedingungen des neoliberal angelegten Systemwechsels werden im Folgenden diskutiert.

261 Bauhardt, Christine/Çağlar, Gülay: Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, in: Dies. (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden 2010, S. 7–17, hier: S. 12.

262 Maier: Feministische Ökonomie, S. 133f.

263 Kerner/Saar: Geschlechterwissen, S. 129.

264 Bauhardt/Çağlar: Kritik, S. 10f.

265 Ther: Neue Ordnung, S. 122.

266 Villa: Geschlecht, S. 287.

267 Ebd., S. 292.

268 Gal/Kligman: Conclusion, S. 425.

5. Neues System, neue Geschlechterordnung? Paradoxien der Emanzipation im Neoliberalismus (1991–2004)

Die letzte Legislaturperiode der Volksrepublik war zugleich die erste des postsozialistischen Polens. Im Sejm setzte sich die starke Zersplitterung des Parteiensystems, die zwischen 1989 und 1991 begonnen hatte, bis 2004 fort. Weiterhin existierten (vereinfacht gesagt) auf der einen Seite Parteien, die aus der Solidarność hervorgegangen waren und deren Spektrum von rechtsextrem bis linksliberal bzw. sozialdemokratisch reichte. Auf der anderen Seite standen sozialistisch bzw. sozialdemokratisch orientierte Gruppen, die aus der PZPR hervorgegangen waren, sowie andere ehemalige Blockparteien wie die PSL. Auch hier reichte das politische Spektrum von (rechts)konservativ oder agrarisch bis hin zu sozialistischen Überzeugungen. Nach jeder Legislaturperiode kam es zu einem Machtwechsel, im Zuge dessen das jeweils andere Lager an die Macht zurückkehrte. Nach den Wahlen 1993 bildete das Bündnis der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD), das vor allem aus der PZPR hervorgegangen war, zusammen mit der agrarisch orientierten PSL eine Regierung. Zum Wahlerfolg der SLD hatten einerseits die katastrophale Wirtschaftslage, andererseits die Sorge vor der Allmacht der katholischen Kirche beigetragen, die sich vor allem in den ersten Jahren nach der Staatsgründung zu einer Art Staat im Staat entwickelt hatte.¹ 1997 gelang es den rechtskonservativen politischen Nachfolgern der Solidarność, sich in der Wahlaktion Solidarność (Akcja Wyborcza Solidarność, AWS)² zusammenzuschließen und die Wahl zu gewinnen. Sie bildete zusammen mit der liberalen Freiheitsunion (Unia Wolności, UW) eine Koalition. Jedoch zerfiel die AWS noch vor dem Ende der Legislaturperiode allmählich an inneren Konflikten, beispielsweise an der Frage des EU- und NATO-Beitritts. Bereits im Jahr 2000 war die UW aus der Regierung ausgeschieden, die damit im Sejm keine eigene Mehrheit mehr hatte. Aus der AWS gingen neue Parteien wie die liberalkonservative Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) und die Partei Recht und Gerechtigkeit (Pra-

1 Borodziej: Geschichte Polens, S. 392f.

2 Die AWS bestand aus insgesamt 40 bis 50 sehr heterogenen Gruppierungen aus dem Post-Solidarność-Lager. Ihre Ausrichtung reichte von liberal bis christlich-konservativ und in Teilen nationalistisch.

wo i Sprawiedliwość, PiS) hervor.³ Zwischen 2001 und 2005 regierte wiederum die SLD zusammen mit der PSL und der Arbeitsunion (Unia Pracy), wobei auch hier die politische Schlussbilanz in den Augen vieler Wähler:innen katastrophal ausfiel, da die Regierung von Leszek Miller vor allem durch Korruptionsaffären auf sich aufmerksam machte.⁴ Es ist augenfällig, dass keine der Regierungen wiedergewählt wurde. Zudem zeichnete sich die Republik Polen durch eine niedrige Wahlbeteiligung aus, die zwischen 1991 und 2005 zwischen 40 % und knapp 55 % schwankte.⁵ Die polnische Parlamentswahl im Oktober 2023 war auch deshalb etwas Besonderes, da sich die Wahlbeteiligung massiv auf fast 75 % erhöhte und damit alle bisherigen Wahlen seit 1989 weit übertraf.

Trotz der häufigen Machtwechsel änderten die verschiedenen Regierungen nur wenig an der grundsätzlichen Ausrichtung der Politik. Außenpolitisch bewegte sich Polen in Richtung NATO (Beitritt 1999) sowie Europäischer Union (Beitritt 2004). Innenpolitisch gelang es trotz einiger Schwierigkeiten, demokratische Institutionen zu etablieren und 1997 eine neue Verfassung zu verabschieden.⁶ Wirtschaftspolitisch setzten alle Regierungen auf marktwirtschaftliche Reformen, Privatisierungen und fiskalpolitische Rigidität. Die Folgen dieser Politik, insbesondere die ›Schocktherapie‹ Balcerowicz, werden bis heute kontrovers diskutiert. Einerseits wuchs die polnische Wirtschaft nach zwei Rezessionsjahren ab 1992 wieder, und bis zum Ende des Jahres 1996 gelang es, die Wirtschaftsleistung von 1989 zu übertreffen. Bis zum Beitritt des Landes zur Europäischen Union 2004 hatte sich das BIP mehr als verdoppelt.⁷ Mit diesen Zahlen war Polen in Ostmitteleuropa die ökonomische Avantgarde und wuchs deutlich schneller als Ungarn oder die Tschechische Republik. Deshalb ist Philipp Ther zuzustimmen, wenn er sagt: »Im Aufschwung Polens liegt, gemessen an den Ausgangsbedingungen, die positive Überraschung der neunziger Jahre.«⁸ Andererseits genoss das Land auch einen entscheidenden Vorteil gegenüber seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn: einen deutlich umfangreicheren Schuldenerlass. Der Grund hierfür war wohl die größere strategische Bedeutung Polens.⁹

Die 1990er und frühen 2000er Jahre waren von einer tiefen sozioökonomischen Krise geprägt. Trotz massiver Auswanderung und Frühverrentungsprogrammen stieg die Arbeitslosigkeit Anfang der 2000er Jahre auf über 20 %, bevor sie nach dem Beitritt zur Europäischen Union langsam zu sinken begann.¹⁰ Die regionalen Unterschiede waren dabei enorm. Herrschte in Städten wie Warschau bald ein Mangel an Arbeitskräften, so waren manche ländliche Regionen, vor allem im Nord- und Südosten Polens, von Massenarbeitslosigkeit geprägt. Insbesondere junge Menschen und solche ohne höhere Bil-

3 Borodziej: Geschichte Polens, S. 395f.

4 Ebd., S. 396f.

5 Porter-Szűcs: Poland, S. 354.

6 Borodziej: Geschichte Polens, S. 396f.

7 World Bank: GDP, PPP (current international \$) in Poland. URL: <https://datatopics.worldbank.org/world-development-indicators/> [Abgerufen: 17.06.2024].

8 Ther: Neue Ordnung, S. 118.

9 Ebd., S. 120f.

10 Główny Urząd Statystyczny: Stopa bezrobocia rejestrowanego w latach 1990–2023. URL: <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/rynek-pracy/bezrobocie-rejestrowane/stopa-bezrobocia-rejestrowanego-w-latach-1990-2023,4,1.html?pdf=1> [Abgerufen: 07.02.2024].

dung sowie Frauen waren davon betroffen.¹¹ Eine Folge dieser Entwicklung war eine drückende Armut. Der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb des absoluten Existenzminimums¹² lebte, stieg 2005 auf ein Maximum von 13 % an. Die Landbevölkerung war, verursacht durch die niedrigen Einkommen der Landwirt:innen, besonderes arm. Außerdem waren viele Arbeitslose sowie Kinder bzw. kinderreiche Familien von sozialer Deprivation betroffen.¹³ Schließlich wuchs im Zuge einer zunehmenden Differenzierung der Einkommen die Ungleichheit stark, insbesondere zu Beginn der 1990er Jahre.¹⁴ Dies schlug sich vor allem im Bildungs- und Gesundheitssystem nieder. Der Zugang zu Bildungseinrichtungen hing immer öfter vom Einkommen ab, zumal Privatschulen wie Pilze aus dem Boden schossen, während an den staatlichen Schulen gespart wurde. Gleiches gilt in noch stärkerem Ausmaß für das Gesundheitssystem, das bis heute von einer Zweiteilung in vielfach unterbesetzte staatliche und besser ausgestattete private Einrichtungen geprägt ist. Daten der OECD für 2007 zeigen, dass vor allem im niedrigsten Einkommensquintil über 10 % der Pol:innen notwendige ärztliche Leistungen aus finanziellen Gründen nicht in Anspruch nehmen konnten. In Ungarn traf dies nur auf 5 % und in Tschechien auf nicht einmal 2 % der Bevölkerung zu.¹⁵

Włodzimierz Borodziej spricht für die erste postsozialistische Phase bis 2004 davon, dass rund 25 % der Bevölkerung – vor allem gut ausgebildete Stadtbewohner:innen – vom Systemwechsel (sozioökonomisch) profitiert hätten. Die Hälfte der Bevölkerung, vor allem auf dem Land oder in Kleinstädten sowie ohne höhere Bildung, gehöre hingegen tendenziell zu den Verlierer:innen.¹⁶ Unabhängig von der Bewertung der Reformen und ihrer Folgen ist festzuhalten, dass die Architekt:innen der sogenannten Schocktherapie ganz bewusst auf eine breite gesellschaftliche Debatte über die zukünftige Gestaltung des Staates verzichteten.¹⁷ Insofern ist Philipp Ther zuzustimmen, wenn er feststellt: »Die neoliberalen Reformen im östlichen Europa beruhten auf einem Defizit an Demokratie.«¹⁸ Die Folge war eine Entfremdung der Bevölkerung vom politischen System. Vor allem habe es, so die Politikwissenschaftlerin Christiane Frantz, vonseiten der Politik weder eine verbalisierte noch eine reale Alternative zu dieser Art des Reformprozesses gegeben.¹⁹

Die im Sejm verhandelten Geschlechterrollen lassen sich nur vor dem Hintergrund der ökonomischen und politischen Krise interpretieren, zu deren Lösung vermeintlich

-
- 11 Szyłko-Skoczny, Małgorzata: Arbeitsmarktlage und Arbeitsmarktpolitik, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen. Bonn 2009, S. 294–308, hier: S. 298f.
 - 12 Gemeint ist damit, ob ein Mensch genügend Geld zur Verfügung hat, um selbst sein biologisches Überleben zu sichern.
 - 13 Piotrowska, Maria: Die soziale Lage, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen. Bonn 2009, S. 282–293, hier: S. 288f.
 - 14 Vgl. Bukowski, Paweł/Novokmet, Filip: Between Communism and Capitalism: Long-Term Inequality in Poland, 1892–2015, in: *Journal of Economic Growth* Vol. 26 (2/2021), S. 187–239.
 - 15 OECD: Gesundheit auf einen Blick 2009. OECD-Indikatoren. Berlin/Paris 2010, S. 142f.
 - 16 Borodziej: Geschichte Polens, S. 402.
 - 17 Vgl. dazu: Klein: Shock Doctrine.
 - 18 Ther: Neue Ordnung, S. 93.
 - 19 Frantz, Christiane: EU-Integration als Transformationsrahmen? Politische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union. Opladen 2000, S. 201.

alternativlose radikal marktwirtschaftliche Reformen implementiert wurden.²⁰ So lässt sich kaum übersehen, dass die ökonomische und sozialpolitische Verfasstheit des neuen Staates nicht die primäre politische Konfliktlinie war, über die im Sejm diskutiert wurde. Dies zeigt sich insbesondere an der Verhandlung geschlechterpolitischer Themen. So wurde beispielsweise über die Frage diskutiert, ob eine alleinerziehende Mutter eine ›normale‹ Familie bilden könne oder ob ein Kind ausreiche, damit von einer ›normalen‹ Familie die Rede sein könne. Zwar ging es dabei oft auch um soziale Themen, die Armut Alleinerziehender oder von Familien, doch wurden diese ›Phänomene‹ meist ›kulturell‹ diskutiert und nicht sozialpolitisch. Mit anderen Worten wurden Familien mit nur einer Erziehungsperson als moralisches Problem behandelt, das es zu lösen gelte, und nicht als sozialpolitisches; es wurde mehr darüber diskutiert, wie Scheidungen juristisch zu vermeiden seien, als darüber, was die Betroffenen wollten und benötigten.²¹ Diese Strukturierung der Debatte anhand moralischer oder kultureller Argumente zeigte sich am deutlichsten in der Diskussion um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Dieses Thema wurde vonseiten politischer Parteien häufig genutzt, um von sozioökonomischen Problemen abzulenken.²² Hier wird am Beispiel des Geschlechterdiskurses deutlich, was David Ost bereits als generelles Phänomen (und Problem) des postsozialistischen Polens formulierte: »emerging class conflicts became articulated not as conflicts over interests but as conflicts about identity.«²³ Schließlich geht die Konstruktion und Konsolidierung von Macht (insbesondere im Zuge der Etablierung neuer Herrschaftssysteme) nicht selten mit einer verstärkten Kontrolle im Bereich der Geschlechterpolitik einher.²⁴ Dies war auch in Polen nach dem Ende des Staatssozialismus der Fall.

5.1 Zwischen Retraditionalisierung und Gleichberechtigung – Geschlechterdebatten im Sejm bis zum Beitritt Polens zur Europäischen Union

Die erste Legislaturperiode des ›neuen‹ Staates begann am 27. Oktober 1991, endete allerdings frühzeitig, sodass bereits am 19. September 1993 erneut gewählt wurde. Sie war geschlechterpolitisch stark von der Debatte um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch geprägt, dass am 7. Januar 1993 erheblich eingeschränkt wurde.²⁵ Der Sejm (sowie der Senat) diskutierte dieses Thema nicht nur in der ersten, sondern in jeder Legislaturperiode zwischen Juni 1989 und 2004 intensiv, weshalb ich die Analyse erneut mit diesen Debatten beginne.

20 Ther: Neue Ordnung, S. 16.

21 Vgl. dazu beispielsweise auch die Debatte vom 7. November 1992. 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 5, 6 i 7 listopada 1992 r.

22 Zielińska: Reproductive Rights, S. 24.

23 Ost, David: The Defeat of Solidarity: Anger and Politics in Postcommunist Europe. Ithaca 2005, S. 179.

24 Scott: Gender, S. 47.

25 Dz.U. 1993 nr 17 poz. 78: Ustawa z dnia 7 stycznia 1993 r. o planowaniu rodziny, ochronie płodu ludzkiego i warunkach dopuszczalności przerywania ciąży.

Grundsätzlich ist das folgende Kapitel dabei wie das vorherige angelegt. So werde ich einerseits Themen sitzungsübergreifend analysieren, um anhand dessen Aussagen über die dominanten Geschlechternarrative im Sejm zu treffen. Andererseits greife ich erneut bestimmte Parlamentssitzungen heraus, die diesbezüglich besonders aufschlussreich sind. Ziel dieses Unterkapitels ist es, Verschiebungen und Kontinuitäten in der parlamentarischen Verhandlung von Geschlechterrollen zu benennen und zu untersuchen, wie diese von verschiedenen Akteuren genutzt wurden, um die eigenen Positionen zu stärken.²⁶ Anschließend werde ich untersuchen, ob sich die im Sejm sichtbare Vergeschlechtlichung von Arbeit auch geschlechterpolitisch und sozioökonomisch manifestierte.

Das Abtreibungsverbot als Signifikant des Systemwechsels

Zwischen 1991 und 2004 wurde das Thema des Schwangerschaftsabbruchs von Hunderten von Abgeordneten in Tausenden von Reden aufgegriffen. Bei ihrer Lektüre fällt schnell auf, dass sich im Vergleich zur Legislaturperiode von 1989 bis 1991 in einem Punkt nur wenig geändert hat. Weiterhin ist die Debatte von persönlichen Angriffen, Fundamentalkritik und vielen faktisch falschen Behauptungen geprägt. Diese und viele weitere Kontinuitäten ziehen sich durch alle diesbezüglichen Diskussionen bis 2004 (und vermutlich bis heute). Das Thema ist und bleibt über die lange Zeit der Transformation hinweg ideologisch und emotional extrem aufgeladen.

In der ersten Legislaturperiode des postsozialistischen Polens gab es zwei Sitzungen des Sejms, die explizit das Thema Schwangerschaftsabbruch verhandelten: zum einen die 21. Sitzung vom 22. bis zum 25. Juli 1992²⁷ und zum anderen die 33. Sitzung derselben Legislaturperiode, die am 30. Dezember 1992 sowie am 7. Januar 1993 stattfand.²⁸ Beide behandelten verschiedene Gesetzentwürfe der Regierung Hanna Suchockas, die vom 11. Juli 1992 bis zum 25. Oktober 1993 regierte und aus sieben Parteien gebildet worden war.²⁹ In der Sitzung vom 7. Januar wurde zudem das Gesetz verabschiedet, welches Schwangerschaftsabbrüche nur noch erlaubt, wenn erhebliche gesundheitliche Risiken für die Mutter bestehen, die Schwangerschaft Ergebnis einer kriminellen Handlung (Vergewaltigung oder Inzest) ist oder eine sogenannte embryopathische Indikation besteht, d. h. der Fötus eine schwere Erkrankung oder Entwicklungsstörung aufwies.³⁰ In der zweiten Legislaturperiode³¹ wurde das Thema vor allem in fünf Sitzungen verhandelt. Zunächst (und am ausführlichsten) in der 21. Sitzung vom 26. bis zum 28. Mai 1994,³² als Nächstes

26 Scott: Gender, S. 49.

27 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.

28 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.

29 Diese waren: Unia Wolności (UW), Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe (ZChN), Kongres Liberalno-Demokratyczny (KLD), Polskie Stronnictwo Ludowe – Porozumienie Ludowe (PSL-PL), Partia Chrześcijańskich Demokratów (PChD), Polska Partia Przyjaciół Piwa (PPPP) und Stronnictwo Ludowo-Chrześcijańskie (SLCh). Mehr Informationen zu den Parteien im Anhang.

30 Dz.U. 1993 nr 17 poz. 78.

31 Mittlerweile regierte eine Koalition aus SLD und PSL.

32 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.

am 31. August sowie am 1. und 2. September 1994 in der 28. Sitzung des Sejm.³³ In beiden Sitzungen wurden die Auswirkungen der Verschärfung von 1993 diskutiert. In der 87. Sitzung vom 28./29. und 30. August 1996³⁴ wurde schließlich von der SLD-PSL-Regierung eine Gesetzesnovelle verabschiedet, die zusätzlich zu den bestehenden wieder eine soziale Indikation für Schwangerschaftsabbrüche einführte.³⁵ Diese musste allerdings in der 91. Sitzung vom 23. bis zum 25. Oktober³⁶ desselben Jahres erneut diskutiert werden, da sie vom Senat abgelehnt worden war (bevor sie endgültig verabschiedet wurde). Die 110. Sitzung des polnischen Parlaments vom 24. bis zum 26. Juni 1997³⁷ diskutierte wiederum ein Urteil des Verfassungsgerichts vom 28. Mai 1997, das eben dieses Gesetz für teilweise verfassungswidrig erklärt hatte. Begründet wurde dies damit, dass sich der Artikel zum verfassungsrechtlich garantierten Schutz des menschlichen Lebens auch auf die pränatale Phase erstreckte und nicht durch ein Gesetz eingeschränkt werden dürfe.³⁸

In der dritten Legislaturperiode zwischen 1997 und 2001 (Regierung aus AWS und UW) wurde in drei Sitzungen über den Schwangerschaftsabbruch diskutiert. Am 2./3. und 4. Dezember 1998³⁹ wurde ausführlich über die Folgen der Rechtslage debattiert, ebenso in den Sitzungen vom 12./13. und 14. April 2000⁴⁰ sowie vom 17. und 18. Januar 2001.⁴¹ In der vierten und letzten hier zu untersuchenden Legislaturperiode (bis 2004) gab es weniger Debatten zum Thema Schwangerschaftsabbruch. Nur in der 67. Sitzung, die vom 20. bis zum 23. sowie 29. und 30. Januar 2004⁴² dauerte, sowie in der 69. Sitzung vom 2. bis 5. März 2004⁴³ wurde ausführlicher über das Thema diskutiert.

Allein an der Anzahl der Redebeiträge, dem Hin und Her zwischen einer liberaleren und einer strikteren Regelung zeigt sich, wie aufgeladen das Thema war. Grundsätzlich fällt auf, dass es weiterhin drei grundlegende politische Richtungen gab: ein (partiübergreifendes) Lager, das Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich verbieten (oder weitestgehend einschränken) wollte; ein weiteres, das sich für die Erlaubnis unter strikten Bedingungen (keine soziale Indikation) aussprach, und schließlich ein letztes, das auch eine soziale Indikation ermöglichen wollte.

Vor allem die erste Gruppe argumentiert erneut damit, durch das Verbot des Schwangerschaftsabbruches vor allem Frauen schützen zu wollen. Kazimierz Pękała (ZChN) behauptet beispielsweise, dass jeder Schwangerschaftsabbruch »die Verstümmelung der Frau: somatisch und psychisch« bedeute.⁴⁴ Das Argument vom »Schutz der

33 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 31 sierpnia oraz 1 i 2 września 1994 r.

34 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r.

35 Dz.U. 1996 nr 139 poz. 646: Ustawa z dnia 30 sierpnia 1996 r. o zmianie ustawy o planowaniu rodziny, ochronie płodu ludzkiego i warunkach dopuszczalności przerywania ciąży oraz o zmianie niektórych innych ustaw.

36 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r.

37 110 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24, 25 i czerwca 1997 r.

38 Trybunał Konstytucyjny: 28 maja 1997, K 26/96, Orzecznictwo.

39 37 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3 i 4 grudnia 1998 r.

40 75 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 12, 13 i 14 kwietnia 2000 r.

41 98 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 stycznia 2001 r.

42 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23, 29 i 30 stycznia 2004 r.

43 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r.

44 Poseł Kazimierz Pękała: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 242f.

Mutter« (seltener: Frau) durch ein völliges oder zumindest weitestgehendes Verbot des Schwangerschaftsabbruchs findet sich über den gesamten Untersuchungszeitraum von 1991 bis 2004 in verschiedenen Schattierungen; sei es, wenn der Abgeordnete Franciszek Jerzy Stefaniuk (PSL) sich über die »neurotischen Zustände« der Frauen sorgt, falls diesen der Schwangerschaftsabbruch erlaubt würde,⁴⁵ sei es, wenn der Abgeordnete Zbigniew Szymański (AWS) betont, dass der Schutz und die Gesundheit des Kindes identisch mit dem der Mutter sei,⁴⁶ oder Marian Piłka (PiS) behauptet, jede Frau leide nach einer Abtreibung unter einem »Post-Abortion-Syndrom«.⁴⁷ Dieses zwingt sie unter anderem dazu, später für die Legalisierung von Abtreibungen zu kämpfen. Er begründet diese Behauptung damit, dass Frauen mit diesem Syndrom nur mit ihrer Schuld leben könnten, indem sie andere ebenfalls dazu brächten, abzutreiben.⁴⁸ Ireneusz Niewiarowski möchte Schwangerschaftsabbrüche verbieten, da diese den »Organismus der Mutter« zu sehr schädigen würden.⁴⁹ Zudem wird immer wieder betont, dass mit dem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs den Frauen ihre Würde wiedergegeben werde.⁵⁰ Dieses Argument findet sich in jeder Legislaturperiode.⁵¹ Schließlich betont Barbara Frączek (AWS):

»Das Recht zu entscheiden, ob sie ihr Kind zur Welt bringen oder töten will, erniedrigt die Frau. Die Tötung eines gezeugten Kindes ist Gewalt nicht nur gegen das Kind, sondern auch gegen die Mutter. Die fatalen Folgen für die physische und psychische Gesundheit der Frau sind offensichtlich. Diese Frauen bleiben für den Rest ihres Lebens seelisch verkrüppelt, und das ist sehr oft ihre größte Strafe. Schließlich ist es nicht wahr, dass eine Frau ihr Kind töten möchte.«⁵²

-
- 45 Poseł Franciszek Jerzy Stefaniuk: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 229f.
- 46 Poseł Zbigniew Szymański: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 91.
- 47 Wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge existiert dieses Syndrom nicht. Vgl. dazu: Dadlez, Eva/Andrews, William: Post-Abortion Syndrome: Creating an Affliction, in: *Bioethics* Vol. 24 (9/2009), S. 445–452. Das Argument, dass ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs Frauen schütze, wurde bereits seit 1956 in Polen vor allem von katholischen Kreisen immer wieder vorgebracht. Vgl. Zok: Abtreibung.
- 48 Poseł Marian Piłka: 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23 i 29 i 30 stycznia 2004 r., S. 79.
- 49 Poseł Ireneusz Niewiarowski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 201.
- 50 Poseł Kazimierz Kapera: 73 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 15, 16 i 17 marca 2000 r., S. 295f.
- 51 Vgl. z. B. Poseł Piotr Polmański: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 237f.
- 52 Poseł Barbara Frączek: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 55. »Prawo do decyzji: urodzić czy zabić własne dziecko, upokarza kobietę. Zabicie dziecka poczętego jest przemocą nie tylko wobec dziecka, lecz również wobec matki. Fatalne skutki dla zdrowia fizycznego i psychicznego kobiety są oczywiste. Kobiety te do końca życia pozostają kalekami psychicznymi, i to właśnie bardzo często jest dla nich największą karą. Przecież to nieprawda, że kobiecie zależy na tym, by zabić swoje dziecko.«

Frauen sind in dieser Argumentation schutzbedürftig und unmündig. Frauen, die einen Abbruch durchgeführt haben, werden zudem pathologisiert und als außerhalb der Norm konstruiert.⁵³ Die (männlichen) Abgeordneten scheinen allerdings in der Lage zu sein, diese Frauen vor ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit zu retten und ihnen ihre Würde zurückzugeben. Dennoch gibt es auch einige Frauen wie Zofia Krasicka-Domka von der Liga Polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin, LPR), die davon überzeugt sind, dass die Verschärfung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch vor allem dem Schutz und der Würde der Frauen diene.⁵⁴ Die Abtreibungsgegner:innen kehren hier also das Argument der Befürworter:innen – Selbstbestimmung über den eigenen Körper schützt Frauen – schlichtweg um.⁵⁵

Aufgrund dieser Verknüpfung von Mutterschaft und Würde sprechen sich einige Abgeordnete im Zuge dieser Debatte auch gegen Verhütung aus. So greift besagte Zofia Krasicka-Domka immer wieder die vonseiten der SLD/UP-PSL-Regierung bestellte Gleichstellungsbeauftragte an, da diese »in völlig unverantwortlicher Weise« die Subventionierung von Verhütungsmitteln fordere.⁵⁶ Auch der Abgeordnete Witold Tomczak (AWS) betont, dass Empfängnisverhütung gegen die »Natur der Frau« sei und diese außerdem vor den Gefahren der Verhütung geschützt werden müsse.⁵⁷ Diese Position vertritt auch die Abgeordnete Halina Konopka (ZChN), die sich dafür ausspricht, dass Frauen schlicht sexuelle Zurückhaltung üben sollten. Generell fällt diese Abgeordnete durch besonders radikale Forderungen auf. Aus ihrer Sicht sind zahlreiche »Spontanaborte« eigentlich Schwangerschaftsabbrüche, die verhindert werden müssten. Dem Phänomen »illegaler Abtreibungen« möchte sie durch den stärkeren Einsatz der Polizei beheben (sie vergleicht dies mit dem Kampf gegen Drogenlabore). Diese solle »die Mörder« und die »Todeskammern« suchen.⁵⁸ Es bleibt in dieser Argumentation unent-rinnbares »Schicksal« jeder Frau, Mutter zu werden. Zugleich fällt auf, dass Mutterschaft nicht nur von jeder Frau verlangt wird, sondern jede Schwangerschaft mit der Pflicht einhergeht, sich im Zweifelsfall »aufzuopfern«. So betont die Abgeordnete Anna Sobecka (AWS) den absoluten Schutz des »Kindes« bzw. dessen Höherwertigkeit gegenüber der Mutter. Sie möchte deshalb beispielsweise pränatale Untersuchungen verbieten (auch solche zum Wohle der Mutter), wenn diese eine Gefahr für das »Kind« werden könnten. Sie begründet dies damit, dass Leben und Gesundheit der Frau nicht wichtiger seien als die des »Kindes«.⁵⁹ In eine ähnliche Richtung argumentiert auch Antoni Stryjewski

53 Vgl. Foucault: Archäologie, S. 46f.

54 Poseł Zofia Krasicka-Domka: 42 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25, 26, 27 i 28 lutego 2003 r., S. 200f.

55 Zok, Michael: Körperpolitik, (staatstragender) Katholizismus und (De-)Säkularisierung im 20. Jahrhundert. Auseinandersetzungen um Reproduktionsrechte in Irland und Polen, in: *Body Politics* Vol. 7 (11/2019), S. 123–158, hier: S. 146.

56 Poseł Zofia Krasicka-Domka: 42. Sitzung Sejm, S. 200.

57 Poseł Witold Tomczak: 37 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3 i 4 grudnia 1998 r., S. 86f.

58 Poseł Halina Nowina Konopka: 98 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 stycznia 2001 r., S. 215f.

59 Poseł Anna Sobecka: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20 i 21 maja 1999 r., S. 71f.

(LPR), der jeglichen Schwangerschaftsabbruch verbieten möchte. Dies gilt aus seiner Sicht auch dann, wenn das ›Kind‹ durch eine Vergewaltigung entstanden sei oder eine Gefahr für das Leben der Mutter darstelle.⁶⁰ Anna Knysok (PChD), die in der ersten Legislaturperiode von 1991 bis 1993 Vorsitzende des Außerordentlichen Ausschusses zur Prüfung des Gesetzentwurfs über den rechtlichen Schutz des gezeugten Kindes (Komisja Nadzwyczajna do rozpatrzenia projektu ustawy o ochronie prawnej dziecka poczętego) war, geht sogar noch einen Schritt weiter. Sie fordert ein völliges Verbot des Schwangerschaftsabbruchs, auch nach einer Vergewaltigung:

»Eine Vergewaltigung ist ein Schock und ein Leid für die Frau, sie verdient besondere Fürsorge, und ein zweiter Schock, der durch die Zerstörung des in ihr gezeugten Lebens verursacht wird, darf nicht ausgelöst werden.«⁶¹

Anders gesprochen werden in dieser Argumentation Frauen mit der Empfängnis vom Subjekt zum Objekt, um das sich der Staat oder, wie einige Abgeordnete argumentieren, der Ehemann kümmert.⁶²

Piotr Krutul (PSL-PL) findet, dass jedes ›ungeborene Kind‹ ebenso dem Vater wie der Mutter gehöre. Daraus schließt er, dass diesem sowohl jeder Schwangerschaftsabbruch wie auch Verhütung das Recht auf Vaterschaft nehme.⁶³ Auch Janusz Korwin-Mikke (UPR) fordert (wenig überraschend), dass die Erlaubnis eines Schwangerschaftsabbruchs vom Vater abhängig gemacht werden solle.⁶⁴ In dieser Argumentation geht nicht erst mit der Empfängnis, sondern bereits mit der Ehe das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung verloren. Dies ist umso mehr der Fall, da viele Abgeordnete ähnlich wie Piotr Krutul jegliche Form von (künstlicher) Verhütung ablehnen und damit ganz auf Linie mit der katholischen Kirche liegen.⁶⁵ Frauen werden vonseiten der ›Volksvertreter:innen‹ im biopolitischen Sinne zu Müttern und Ehefrauen gemacht, die der »demografischen und ökonomischen Stärkung des Staates« dienen.⁶⁶

Eine weitere bereits bekannte Argumentationslinie ist die Verantwortlichmachung der Mütter für die Zukunft der Nation – (erneut) in demografischer, aber ebenso in erzieherischer und moralischer Hinsicht.⁶⁷ Stefan Pastuszewski (ChD) betont: »Der gesetzliche Schutz des gezeugten Kindes kann unsere ungünstige demografische Situation verbessern.« Er betont weiter, dass durch ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs

60 Poseł Antoni Stanisław Stryjewski: 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23 i 29 i 30 stycznia 2004 r., S. 80.

61 Poseł Anna Knysok: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 202–204. »Gwałt jest wstrząsem i krzywdą dla kobiety, należy jej się szczególna troska i nie można wywoływać drugiego wstrząsu spowodowanego zniszczeniem poczętego w niej życia.«

62 Vgl. Villa: Geschlecht.

63 Poseł Piotr Krutul: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 241f.

64 Poseł Janusz Korwin-Mikke: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 207.

65 Zielińska: Reproductive Rights, S. 49f.

66 Lorey: Macht, S. 49.

67 Zielińska: Reproductive Rights, S. 24.

oder eine Reduzierung um mindestens das Sechsfache das demografische Problem gelöst werden könne. Nur dann habe Polen eine Zukunft, denn »nur ein Volk von 60 Millionen ist in der Lage, dem zunehmenden Druck aus Ost und West zu widerstehen.«⁶⁸ Dem schließt sich Czesław Sobierajski (Porozumienie Centrum, PC) an und verkündet, dass mit der Frage über den Schwangerschaftsabbruch auch darüber entschieden werde, ob die Demokratie weiterbestehe, ob Polen sich retten könne.⁶⁹ Kaum ein Vergleich scheint in dieser Debatte zu groß. So ist sich Andrzej Gąsienica-Makowski (Bezpartyjny Blok Wspierania Reform, BBWR) sicher:

»Dies ist eine weitere Lektion in Sachen Patriotismus, denn schließlich sind diese kleinsten Polen, die unter dem Herzen ihrer Mütter leben, zukünftige Väter, zukünftige Mütter, Ehefrauen, vielleicht auch zukünftige Abgeordnete und Minister, Wissenschaftler, Bauern oder Arbeiter. Können wir sie heute, in einer freien Republik, verteidigen? So viele von uns wurden im Laufe dieses Jahrhunderts vernichtet, verteidigen wir also heute Polen in ihnen. In wenigen Tagen werden die Gräber von Katyń geöffnet. Mögen die unschuldigen Polen, die dort hingerichtet wurden, die Opfer der Vernichtungslager, die Verteidiger der Westerplatte, Warschau, die Soldaten von Monte Cassino und anderer Fronten uns anspornen, das Polentum zu verteidigen, indem wir die lebendige kleine Zukunft der Nation verteidigen.«⁷⁰

Und Jacek Soska (PSL) betont:

»Sowohl Hitler als auch Stalin und Ceausescu waren die größten Verbrecher, aber diese drei Männer hatten eines gemeinsam – sie waren gegen das Töten. Diese Völkermörder, Ceausescu, Hitler und Stalin, führten Gesetze gegen Abtreibung und gegen das Töten ein.«⁷¹

Diese Bezugnahme auf die Geschichte der polnischen Nation als Begründung für ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs findet sich in zahlreichen Reden der strikten »An-

68 Poseł Stefan Pastuszewski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 236f. »[...] prawna ochrona dziecka poczętego może poprawić naszą niekorzystną sytuację demograficzną.« und »[...] tylko naród 60-milionowy jest w stanie przeciwstawić się wzrastającym naciskom ze Wschodu i Zachodu.«

69 Poseł Czesław Sobierajski: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 50.

70 Poseł Andrzej Gąsienica-Makowski: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r., S. 121f. »[...] to jest kolejna lekcja naszego patriotyzmu, bo przecież ci najmniejsi Polacy, żyjący pod sercem matki, to przyszli ojcowie, przyszłe matki, żony, może również przyszli posłowie i ministrowie, naukowcy, rolnicy czy robotnicy. Czy dziś w wolnej Rzeczypospolitej potrafimy ich obronić? Tylu nas na przestrzeni tego wieku unicestwiono, obrońmy więc dziś w nich Polskę. Za kilka dni otwarte zostaną groby Katynia. Niech ci niewinni, tam straceni Polacy, ofiary obozów zagłady, obrońcy Westerplatte, Warszawy, żołnierze Monte Cassino i innych frontów zapalą nas do obrony polskości przez obronę żyjącej maleńkiej przyszłości narodu.«

71 Poseł Jacek Soska: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 62f. »Zarówno Hitler, Stalin, jak i Ceausescu byli największymi zbrodniarzami, ale tych trzech ludzi łączyło jedno – byli przeciwko zabijaniu. Ci ludobójcy, Ceausescu, Hitler i Stalin, wprowadzili ustawy przeciwko aborcji i przeciwko zabijaniu.«

tiabtreibungsfraktion«. Zudem wird vielfach suggeriert, dass alle, die sich in dieser Frage anders positionierten, antipolnisch seien oder die Nation sogar vernichten wollten. So behauptet beispielsweise Janusz Korwin-Mikke (UPR), »die Linke« würde »von jemandem« dafür bezahlt, die Nation und das Land zu zerstören, und setze sich deshalb für den Schwangerschaftsabbruch ein.⁷² Der Abgeordnete Władysław Medwid erinnert schließlich an der Warschauer Aufstand und betont, dass es im Vergleich dazu heute keine Gründe geben könne, abzutreiben. Vielmehr hebt er die Heldinnen von damals als Vorbild hervor, die unter völliger Selbstaufgabe im Kugelhagel der deutschen Scharfschützen mit ihren Kleinen im Arm »gekuschelt« (tuliły) hätten.⁷³ Das weibliche Idealbild ist hier eine Mutter, die Kinder für die Nation bekommt, schützt und aufzieht, auch unter völliger Selbstaufgabe. Häufig ist diese »nationale« Begründung mit einer religiösen verknüpft. Tadeusz Wójcik (PL) hat dabei vor allem die Meinung des Papstes im Blick:

»Wir dürfen auch den Heiligen Vater nicht enttäuschen. Johannes Paul II., die größte Autorität der Welt, wird unserer Diskussion zuhören, er wird darauf warten, dass wir eine weise Entscheidung treffen.«⁷⁴

Und der Abgeordnete Tadeusz Gąsienica-Łuszczek (Konfederacja Polski Niepodległej, KPN) droht, dass jeden die Strafe Gottes treffen werde, der »Kinder« töte, wobei es keine Rolle spiele, ob diese beispielsweise durch Vergewaltigung entstanden seien. Er ruft alle »Brüder und Schwestern« im katholisch-polnischen Heimatland auf, gegen Abtreibungen zu kämpfen.⁷⁵ Stanisław Kowolik (BBWR) fordert schließlich alle Abgeordneten dazu auf, »vernünftig zu sein« und die »linksliberale Dampfwalze« (*lewicowo-liberalny walec*) – gemeint sind UW und SLD – aufzuhalten, die »Stück für Stück die Grundlagen des Polentums, d. h. das System der christlichen Werte und unserer nationalen Tradition [zerstöre]«. ⁷⁶ Sein Parteifreund Bernard Szweda betont sogar, dass die Geschichte zeige, dass Gott alle Völker, die es wagten, ihm nicht zu gehorchen, bestrafe. Wenn Polen diesen Weg gehe, werde es wie »der Westen« zu einer »Zivilisation des Todes« (diese Formulierung stammt ursprünglich von Johannes Paul II.), d. h. zu einer reinen Konsumgesellschaft, und werde seine Unabhängigkeit wieder verlieren.⁷⁷ Schließlich möchte auch

72 Poseł Janusz Korwin-Mikke: 38 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 lutego oraz 3 i 4 marca 1993 r., S. 209.

73 Poseł Władysław Medwid: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r., S. 98–100.

74 Poseł Tadeusz Wójcik: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 37f. »Nie możemy zawieść także Ojca świętego. Jan Paweł II, największy autorytet świata, będzie się przysłuchiwał naszej dyskusji, będzie czekał na podjęcie mądrej decyzji.«

75 Poseł Tadeusz Gąsienica-Łuszczek: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r., S. 111.

76 Poseł Stanisław Kowolik: 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r., S. 113f. »[...] kawałek po kawałku fundamenty polskości, a więc system wartości chrześcijańskich i naszą narodową tradycję«

77 Poseł Bernard Szweda: 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r., S. 24f.

die deutsche Minderheit, vertreten von Joachim Czernek, in dieser Frage nicht zurückstehen:

»Wenn sich die Nobelpreisträgerin Mutter Teresa von Kalkutta zu diesem Thema äußert und einen Appell an die Polen richtet, die ungeborenen Kinder zu verteidigen, und wenn schließlich der Heilige Vater Johannes Paul II., eine unbestreitbare moralische Autorität nicht nur für Katholiken, sondern auch für Angehörige anderer Religionen und Nichtgläubige, mehrmals einen Appell an seine Landsleute richtet, dann sollten wir ernsthaft darüber nachdenken, bevor wir die Hand heben und für die Wiedereinführung des Gesetzes stimmen.«⁷⁸

Diese Begründungen für ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs haben letztlich wenig mit der Frage des Lebensrechts eines Fötus oder mit der jeweiligen Mutter zu tun. Vielmehr werden hier absolute Dogmen und Überzeugungen vorgetragen. Die katholisch-polnische Nation benötigt in dieser Argumentation Kinder, um zu überleben (demografisch wie moralisch). Für diese Kinder sind die Polinnen zuständig, deren Körper zum Schutze und zur Gesundheit der Nation von dieser in Beschlag genommen werden. Dies geschieht, indem die Mutterschaft zur absoluten Norm wird, einer Norm, die diszipliniert und reguliert.⁷⁹ Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass zunehmend auch Verhütung und pränatale Untersuchungen mit Schwangerschaftsabbrüchen in Verbindung gebracht oder gar gleichgesetzt und damit aus der »Normalität« ausgeschlossen werden.⁸⁰ Joan Scott betont: »Demographic crises [...] have spawned pronatalist policies that insist on the exclusive importance of women's maternal and reproductive functions.«⁸¹ Letztlich führten diese pronatalistischen Diskurse kaum zu einer höheren Geburtenrate, behandelten sie doch letztlich nicht die »realen Probleme« von Personen mit Kinderwunsch.⁸²

Eine weitere Argumentationslinie, die eng mit der vorangegangenen verbunden ist, setzt die Abkehr vom Recht auf Schwangerschaftsabbruch mit der Abkehr von der Volksrepublik gleich. Jan Świtka (SD) betont: »Der Mord an ungeborenen Kindern ist ein Überbleibsel, ein Überbleibsel der bolschewistisch-kommunistischen Ideologie des atheistischen Materialismus des Realkommunismus, die der Westen unkritisch übernommen hat.«⁸³ Wie in diesem Zitat deutlich wird, setzen einige Abgeordnete »den Westen« in die

78 Poseł Joachim Czernek: 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r., S. 22f. »[...] jeżeli w tej sprawie zabiera głos laureatka nagrody Nobla matka Teresa z Kalkuty, kierując apel do Polaków, aby bronić nie narodzonych dzieci, jeżeli wreszcie parokrotnie do swoich rodaków kieruje apel Ojciec Święty Jan Paweł II, niekwestionowany autorytet moralny, nie tylko dla katolików, ale również członków innych wyznań oraz niewierzących, to powinniśmy się poważnie zastanowić przed podniesieniem ręki i głosowaniem nad ponownym uchwaleniem ustawy.«

79 Taylor, Dianna: Normativity and Normalization, in: *Foucault Studies* Vol. 7 (2009), S. 45–63, hier: S. 51f.

80 Zielińska: Reproductive Rights, S. 34.

81 Scott: Gender, S. 49.

82 Hryciuk/Korolczuk: Matką Polką, S. 13.

83 Poseł Jan Świtka: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 41f. »Zabójstwo dzieci nie narodzonych to resztko, to pozostałość po bolsze-

ser Frage mit der ›bolschewistischen Ideologie‹ gleich, da beide vom atheistischen Materialismus geprägt seien. Insbesondere Vertreter:innen der LPR wie Stanisław Papież sind zudem überzeugt, dass feministische Ideen eine Kluft zwischen Mutter und Kind erschaffen würden und die »Widerspiegelung des marxistischen Klassenkampfes« seien. Diesem Irrtum sei auch das liberale Paradigma aufgesessen.⁸⁴ Piotr Polmański (UD) behauptet schließlich, der Kommunismus habe in Westeuropa zunehmend Wurzeln geschlagen, was sich im liberalen Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen zeige.⁸⁵ Erst wenn sich Europa (mit polnischer Hilfe) davon befreie, befreie es sich vom Kommunismus.⁸⁶ Dieses Argument ist in dieser Form neu. Für viele Abgeordnete kann anscheinend erst mit dem völligen Verbot des Schwangerschaftsabbruchs auch der Kommunismus enden.⁸⁷ Eine ähnliche Argumentation, die den Kommunismus mit der Frage der Abtreibung verband, gab es auch im Zuge der deutschen ›Wiedervereinigung‹.⁸⁸ Hier zeigt sich, wie vermeintlich traditionelle Geschlechternormen genutzt wurden, um ein neues Regime, d. h. den neuen postsozialistischen Staat zu legitimieren.⁸⁹ Zugleich diene das Thema in Polen (in einem nahezu postkolonialen Duktus) der Abgrenzung von ›westlichen Hegemonialmächten‹, die angeblich die polnische Identität zerstören wollten.⁹⁰

In der gesamten Debatte, in der die Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen zur unhinterfragbaren Norm erklärt wird, wird die Dienstbarmachung des weiblichen Körpers für die Nation zur Normalität.⁹¹ Hier zeigt sich einerseits eine Kontinuität zum spätsozialistischen Geschlechterdiskurs, in dem die PZPR ebenfalls versucht hatte, sich in Zeiten der Krise über die Einschreibung und Konstruktion vermeintlich traditioneller Geschlechterrollen zu legitimieren. Andererseits war *diese* Bedeutung der Frage des Schwangerschaftsabbruchs neu, der vor allem vonseiten kirchlicher und oppositioneller Kreise zum Signifikat des Systemwechsels erhoben wurde. Dies zeigt sich nicht nur an den Sejmdebatten, sondern gilt auch für den ›Antiabtreibungsdiskurs‹ in der konservativ-klerikalen bis rechten Presse.⁹²

Neu ist an der Argumentation der (strikten) Abtreibungsgegner:innen zudem, dass die Familie (*rodzina*) als Bezugspunkt immer wichtiger wird. Kaum eine der Reden nach

wicko-komunistycznej ideologii ateistycznego materializmu realnego komunizmu, którą bezkrytycznie przyjął Zachód.«

84 Poseł Stanisław Papież: 53 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 2003 r., S. 102.

85 Diese Aussage entbehrt nicht einer gewissen Ironie, ist die UD doch eine dezidiert prowestliche Partei.

86 Poseł Piotr Polmański: 21. Sitzung Sejm, S. 237f.

87 Zielińska: Reproductive Rights, S. 27.

88 Vgl. Maleck-Lewy, Eva/Ferree, Myra Marx: Talking about Women and Wombs: The Discourse of Abortion and Reproductive Rights in the G.D.R. during and after the *Wende*, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life after Socialism. Princeton 2000, S. 92–117.

89 Scott: Gender, S. 49.

90 Seiler: Weiblichkeit, S. 69.

91 Vgl. dazu: Taylor: Normalization, S. 52.

92 Vgl. Koralewska, Inga/Zielińska, Katarzyna: ›Defending the Unborn‹, ›protecting Women‹ and ›preserving Culture and Nation‹: Anti-Abortion Discourse in the Polish Right-Wing Press, in: *Culture, Health & Sexuality* Vol. 24 (5/2021), S. 1–15.

1997 und vor allem nach 2001 verzichtet darauf, die Wichtigkeit einer ›gesunden‹ polnischen Familie zu betonen, d. h. einer Familie mit einer Mutter, die vor allem Mutter ist und möglichst viele Kinder hat. Hier zeigt sich eine Diskursverschiebung. Auch wenn übergeordnete Institutionen wie die Nation wichtig bleiben, wird in der Abtreibungsdebatte häufiger mit der familiären, sprich: privaten, Ebene argumentiert. Die ›traditionelle‹ Familie soll von politischen Maßnahmen unterstützt und die ihr vermeintlich inhärente Geschlechterordnung gestärkt werden. Nicht mehr ›Vater Staat‹, sondern die patriarchale Kleinfamilie wird hier zum Bezugspunkt. Bezüglich der damit einhergehenden Geschlechterrollen ändert dies indes nur wenig, sollen Frauen doch nun statt der Nation der Familie dienen. Diese Diskursverschiebung war eine Reaktion auf die politische Unabhängigkeit des Landes und die Zurückdrängung des romantischen Diskurses in Polen.⁹³ Zudem spielte – wie ich in Kapitel 5.2. argumentieren werde – die neoliberale Politik der 1990er Jahre dabei eine Rolle, war doch der reale Erfahrungshorizont der Menschen ein zunehmend individualistischer; die ›Familiarisierung‹ war somit ein Aspekt der Privatisierung.⁹⁴

Anders stellt sich die Situation im ›liberalen‹ Lager dar, mit dem bis 1994 vor allem die Unia Demokratyczna (UD) und nach 1994 die Unia Wolności (UW) gemeint sind. Vereinzelt können auch Vertreter:innen der PSL sowie (oft) der SLD und ihrer zahlreichen Abspaltungen zu diesem Lager gezählt werden. Symptomatisch für diese Gruppe ist die fast durchgängige Befürwortung eines Rechts auf Schwangerschaftsabbruch auf Grundlage kriminologischer, embryonaler und medizinischer Indikation. In der Frage der sozialen Indikation sowie in den Begründungen für die jeweilige Position zeigt sich hingegen, dass im ›liberalen‹ Lager die Positionierung zum Schwangerschaftsabbruch deutlich fluid oder gespaltener ist als bei den Parteien der politischen Rechten.⁹⁵ Eine Argumentationslinie betont, dass Schwangerschaftsabbruch negativ zu sehen sei, aber nicht strafbewehrt sein solle. Ein Vertreter dieser Position ist Andrzej Wielowieyski (UD), der argumentiert, dass Mütter nicht gezwungen werden könnten, ihre Kinder ab der Empfängnis zu lieben. Zudem sei es »moralisch und pädagogisch falsch«, Ärzte oder Mütter zu bestrafen, zumal dies letzten Endes keine Abbrüche verhindere. Er ist es auch, der im Zuge der Debatte um das berühmt gewordene Gesetz von 1993 im Namen der UD festhält:

»Denn die Angst der Schwangeren vor ihrem Kind, die es zu neutralisieren gilt, kann nicht durch die Androhung von Strafen beseitigt werden: Wir müssen die ungeborenen Kinder so weit wie möglich schützen und die Achtung des Lebens fördern, aber es ist nicht möglich, in einem so schmerzhaften Fall einer ungewollten Schwangerschaft rechtlich-polizeiliche Erziehungsmethoden anzuwenden.«⁹⁶

93 Jabłkowska/Saryusz-Wolska: Mutter Polin, S. 356f.

94 Seiler: Weiblichkeit, S. 303.

95 Zok: Biological Substance, S. 372.

96 Poseł Andrzej Wielowieyski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 26f. »Lęku bowiem kobiet ciężarnych przed swoim dzieckiem, lęku, który trzeba neutralizować, nie da się usunąć groźbą kary. Musimy chronić, na ile się da, nie narodzone dzieci i krzewić szacunek dla życia, ale nie można w tak bolesnej sprawie nie chciejnie ciąży stosować prawno-policyjnych metod wychowywania.«

Auch Józefa Hannelowa (UD) setzte sich mit einer ähnlichen Begründung für die Straffreiheit ein. Bestrafung verhindere keine Abbrüche, sodass vielmehr über Wege diskutiert werden müsse, wie »schlechte Mütter« (*złe matki*) zur Mutterschaft motiviert werden könnten.⁹⁷ Dieser Position ist zu eigen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche pädagogisch lösen möchte. Es wird den betreffenden Frauen also nicht zugetraut, selbst zu entscheiden. Zugleich wird das Thema auch von diesen Abgeordneten mit vermeintlich übergeordneten Entitäten wie der Nation begründet. So hängt für Wielowieyski an der Frage, ob Frauen von der Mutterschaft überzeugt werden könnten, das Schicksal der polnischen Nation.⁹⁸ Gerade dieser Abgeordnete, der zwischen 1991 und 2001 dem Sejm angehörte (und noch 2009 mit Mitte 80 für den Senat kandidierte), vertrat immer wieder denjenigen Flügel innerhalb der UD, der Abbrüche äußerst kritisch sah, aber nicht völlig verbieten wollte. Dabei war die durchgängige Linie, dass es um der polnischen Nation willen nötig sei, Frauen von der Richtigkeit der Mutterschaft zu überzeugen.⁹⁹ Ihre Dienstbarmachung für den neuen Staat erfolgt also nicht auf juristischem, sondern moralischem Wege.

Im Unterschied dazu betonen Abgeordnete wie Marek Balicki (UD) die freie Entscheidung jeder Frau über den Abbruch. Balicki unterstreicht, dass er zwar prinzipiell gegen Schwangerschaftsabbrüche sei, es sich dabei aber nicht um eine allgemeinverbindlich zu beantwortende moralische Frage handle. In seiner Argumentation nimmt er auf die fast zeitgleiche Diskussion über die Frage des Schwangerschaftsabbruchs in der Bundesrepublik Bezug und schließt sich der Meinung Rita Süßmuths (CDU)¹⁰⁰ an, die betont:

»Niemand kann einer Frau das Recht nehmen, selbst zu entscheiden, ob sie sich in einer Ausnahmesituation befindet. [...] Wenn wir der Frau helfen wollen, müssen wir ihr durch umfangreiche soziale Hilfen den Ausstieg aus dem Schwangerschaftskonflikt ermöglichen.«¹⁰¹

97 Poseł Józefa Hannelowa: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 229f.

98 Poseł Andrzej Wielowieyski: 74. Sitzung Sejm, S. 182f.

99 Vgl. zum Beispiel: Poseł Andrzej Wielowieyski: 6 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 grudnia 1997 r., S. 9f.

100 Süßmuth war zu dieser Zeit Präsidentin des deutschen Bundestages. In der Debatte um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch hatte sie für eine »Kompromisslösung« geworben. Ihre Forderung, dass die letzte Entscheidung bei der Frau liege, war auf massiven Widerstand innerhalb der CDU und bei Helmut Kohl gestoßen. Zugleich warfen ihr auch Befürworter:innen einer liberaleren Regelung vor, halbherzig zu agieren. Im deutsch-polnischen Kontext ist Süßmuth zudem (positiv) damit aufgefallen, dass sie bereits Anfang 1990 dafür plädierte, beide deutsche Staaten sollten noch vor der »Wiedervereinigung« die polnische Westgrenze anerkennen. Auch hiermit stieß sie auf massiven Widerspruch innerhalb ihrer Partei.

101 Poseł Marek Balicki: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 258. »Nikt nie może odebrać kobiecie prawa do decydowania, czy znajduje się ona w sytuacji wyjątkowej. [...] Jeśli chcemy pomóc kobiecie, musimy umożliwić jej wyjście z konfliktu związanego z ciążą poprzez szeroką pomoc socjalną.«

Auch Iwona Śledzińska-Katarasińska argumentiert, dass es sich bei diesem Thema um eine Gewissensentscheidung der jeweils betroffenen Person handle. Allein Sexualkundeunterricht und der Zugang zu Verhütungsmitteln könnten die Zahl der Abbrüche senken. Gegensätzliche Maßnahmen erhöhten lediglich die Zahl illegaler Abbrüche.¹⁰² Die Abgeordnete, die von 1991 bis 2023 im Sejm saß (ROAD, UD, UW, PO), war und blieb zusammen mit Balicki¹⁰³ (bis 1997 im Sejm) Wortführerin des progressiven Flügels ihrer Partei(en) in Fragen des Schwangerschaftsabbruchs.¹⁰⁴ Schließlich gab es auch innerhalb der PSL vereinzelt Vertreter:innen einer ›liberalen‹ Lösung. So betont Mikołaj Kozakiewicz, dass nur Sexualerziehung¹⁰⁵ und Verhütung eine mögliche Lösung des Problems darstellten. Zudem argumentiert der Abgeordnete, dass ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs keinerlei Auswirkungen auf wohlhabende, sondern lediglich auf arme Frauen habe. Erstere könnten – wie Erfahrungen aus Westeuropa zeigten – jederzeit ins Ausland reisen, um abzutreiben. Er stellt zudem infrage, ob das Leben eines Kindes mit der Empfängnis beginne. Schließlich rechnet er mit denjenigen ab, die Abtreibung als stalinistisch oder kommunistisch bezeichnen, und betont (zu Recht), dass eines der strengsten und unmenschlichsten Gesetze gegen Schwangerschaftsabbrüche unter Ceaușescu in Rumänien gegolten habe.¹⁰⁶

Der Position dieser Abgeordneten ist zu eigen, dass sie die individuelle Entscheidungsfreiheit der Frau betonten. Zudem spielt für sie die moralische Bewertung nicht die entscheidende Rolle, vielmehr wird nach einer praktikablen Lösung gesucht. Diese Argumentationslinie wird von einigen Abgeordneten aus diesem Lager bis 2004 fortgesetzt, etwa bei den (verschiedenen) Debatten um die Wiedereinführung der sozialen Indikation durch Jerzy Wierchowicz¹⁰⁷ und Iwona Śledzińska-Katarasińska oder bis 1997 von Marek Balicki. Letzterer tritt zudem unermüdlich dafür ein, dass es bei diesem Thema nur um den Fötus und die Frau gehe und nicht um die Nation, die Familie oder die Kirche. Er wendet sich damit vor allem auch gegen seine eigenen Parteifreund:innen (namentlich Andrzej Wielowieyski), die sich hier anders positionieren.¹⁰⁸ Schließlich ist aus dem liberalen Lager noch Barbara Labuda (UD/UW) als eine der entschiedensten Befürworterinnen eines Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen zu nennen, die sich als eine von Wenigen immer weigerte, diese zu verurteilen. Kontinuierlich und schonungslos

102 Poseł Iwona Śledzińska-Katarasińska: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 53.

103 Balicki war zunächst Abgeordneter für ROAD, dann für die UD und die UW. Nach seinem dortigen Austritt 1997 trat er ab 2001 für die SLD an. Bekanntheit erlangte er nicht zuletzt durch seine (erfolgslose) Kandidatur für das Amt des Oberbürgermeisters von Warschau im Jahr 2002. Zudem war er ab Juli 2004 polnischer Gesundheitsminister.

104 Vgl. auch: Poseł Iwona Śledzińska-Katarasińska: 75 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 12, 13 i 14 kwietnia 2000 r., S. 222–224.

105 Er forderte in diesem Zusammenhang, auch die spezifischen Probleme sexueller Minderheiten wie etwa homosexueller Menschen einzubeziehen.

106 Poseł Mikołaj Kozakiewicz: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 46–48.

107 Poseł Jerzy Wierchowicz: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r., S. 118f.

108 Poseł Marek Balicki: 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r., S. 134–136.

verwies sie auf die Folgen eines Verbots. So sprach sie 1994 im Namen der Parlamentarischen Frauengruppe sowie von 200 Abgeordneten zunächst die aktuelle Situation nach dem Gesetz von 1993 an. Sie betont, dass selbst wenn ein Abbruch rechtlich möglich sei, dieser oft illegal für viel Geld durchgeführt würde. Der Grund sei, dass Ärzt:innen sich weigerten, den Eingriff durchzuführen oder von der örtlichen Kirchengemeinde oder der Krankenhausleitung unter Druck gesetzt würden. Dieser Zustand demütige Frauen und führe zu hohen Risiken für deren Gesundheit. Dies gelte insbesondere im Falle einer kriminologischen Indikation, da sich Staatsanwält:innen nach einer Vergewaltigung teilweise weigerten, eine Bescheinigung für einen Abbruch auszustellen, oder das Verfahren dauere zu lange. Aus diesen Gründen plädiert sie für die Wiedereinführung einer sozialen Indikation und begründet den diesbezüglichen Gesetzentwurf abschließend mit folgenden Worten:

»Das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und seine Kriminalisierung sind Instrumente der Macht über die menschliche Sexualität. Ich weiß nicht, ob und warum der polnische Staat sowohl eine solche Macht als auch ein solches Instrument braucht. Ich weiß auch nicht, warum der polnische Staat der Richter über die Dramen der Frauen sein und über ihr Gewissen wachen sollte. Frauen sollten aus sozialen Gründen, aufgrund schwieriger Lebensumstände, das Recht auf Abtreibung haben, und gleichzeitig sollten wir alles tun, damit gerade die Schwierigkeiten des Lebens die Frauen nicht dazu zwingen, dieses Recht auszuüben. Aber wir können ihnen dieses Recht nicht verweigern. Allerdings sollten wir alles dafür tun, dass sie nicht gezwungen werden, es auszuüben. Die Gesetze über die Zulässigkeit des Schwangerschaftsabbruchs wurden schließlich nicht um des Vergnügens willen erfunden. Sie wurden eingeführt, um Frauen als letzten Ausweg vor Behinderung und Tod zu schützen, und zwar unter Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit.«¹⁰⁹

Wie Balicki wendet sie sich dabei immer wieder gegen die Entscheidung über das Recht auf Schwangerschaftsabbruch anhand religiöser oder nationaler Kriterien.¹¹⁰ Zudem spricht sie im Zusammenhang mit dem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs von einem »Instrument der Macht«. An ihrer gesamten Sprache und Argumentation wird deutlich, dass sie in den 1970er Jahren in Frankreich studiert hat (Literatur, Soziologie und Politikwissenschaften) und dort mit poststrukturalistischen Ideen in Berührung

109 Poseł Barbara Labuda: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 135–140. »Zakaz aborcji i jej karalność to instrumenty sprawowania władzy nad ludzką seksualnością. Nie wiem, czy i po co państwu polskiemu potrzebna jest i taka władza, i taki instrument. Nie wiem też, dlaczego państwo polskie ma być sędzią dramatów kobiet i stać na straży ich sumień. Kobiety powinny mieć prawo do aborcji z przyczyn społecznych, z powodu ciężkich warunków życiowych, a my jednocześnie powinniśmy robić wszystko, żeby właśnie trudności życiowe nie zmuszały kobiet do korzystania z tego prawa. Natomiast takiego prawa nie możemy im odmówić. Róbmy jednak wszystko, żeby nie były one zmuszane do korzystania z niego. Przecież ustaw o dopuszczalności przerywania ciąży nikt nie wymyślił dla uciechy. Wprowadza się je po to, żeby uchronić kobiety przed kalectwem i śmiercią, jako ostateczność, licząc się z realiami życia.«

110 Ebd., S. 192–194.

kam. Für ihre Argumentation und ihren Einsatz gegen ein Verbot wurde sie nicht zuletzt von ihren männlichen Parteifreunden immer wieder hart angegangen.¹¹¹

Eine weitere Argumentationslinie wird von Jacek Kurczewski (Kongres Liberalno-Demokratyczny, KLD) im Zuge der Debatte um die Verabschiedung des Gesetzes über das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs vom 30. Dezember 1992 im Namen seiner Parlamentsfraktion vertreten. Er fordert, dass Verhütungsmaßnahmen und Aufklärung ausgebaut, auf Strafen und Verbote aber verzichtet werde. Die KLD-Fraktion werde den vorliegenden Gesetzentwurf folglich ablehnen. Begründet wird diese Position damit, dass das Gesetz die Gleichberechtigung der Bürger:innen unabhängig vom Geschlecht nicht gewährleiste. So würden nur den Frauen zusätzliche Belastungen und Gefahren auferlegt, obwohl immer Frauen und Männer für die Empfängnis verantwortlich seien.¹¹² Es geht hier also nicht um den Schwangerschaftsabbruch an sich, sondern um die Frage, ob sein Verbot zu einer Ungleichbehandlung führe. In dieser Argumentation sind beide Verursacher:innen für das Ergebnis gleichermaßen verantwortlich. Dies widerspricht essentialistischen Geschlechterrollen, die Frauen »natürlich« für Schwangerschaft und Kinder verantwortlich machen und Männer i. d. R. außen vor lassen. Die Argumentationsweise ist in dieser Form etwas genuin Neues.

Zusammenfassend lässt sich das liberale Lager vor allem in zwei Strömungen unterteilen. Die erste ist die konservativere, die Schwangerschaftsabbrüche für prinzipiell falsch hält, aber unter bestimmten Umständen zulassen und straffrei halten möchte. Ähnlich wie auf der politischen Rechten wird dabei häufig das Argument vorgebracht, dass es um der polnischen Nation willen nötig sei, Frauen von der Mutterschaft zu überzeugen. Ebenso sollen Polinnen, die sich »falsch« entscheiden, zum »richtigen« Entschluss gebracht werden. Schwangerschaftsabbrüche stehen also auch hier außerhalb der Norm und Mutterschaft bleibt für Frauen primäre Identität und Normalität. Man könnte sagen, dass Ausnahmen deshalb möglich sind, da diese Abgeordneten sich eher von verantwortungsethischen Überlegungen leiten lassen, als sich allein einem Dogma verpflichtet zu fühlen.

Der progressive Flügel der Liberalen verweist hingegen auf das Alleinentscheidungsrecht jeder einzelnen Frau und wendet sich zudem gegen deren Dienstbarmachung für Nation oder Kirche. Die Abgeordneten argumentieren im wörtlichen Sinne liberal, betonen sie doch das Entscheidungsrecht des Individuums und dessen moralische Verantwortlichkeit als höchste Norm. Diese Positionierung wird auch sprachlich deutlich. Die Rede ist hier (meist) von Frauen und Föten (*plód*) und nicht von Müttern und ihren ungeborenen Kindern (*nienarodzone dzieci*). Zudem zeigt sich bei allen liberalen Abgeordneten, dass sie im Gegensatz zur politischen Rechten vor allem dann über Schwangerschaftsabbrüche diskutieren, wenn es um diesbezügliche Gesetze geht. Dies hat zur Folge, dass diese Parlamentarier:innen insbesondere in der Legislaturperiode von 2001 bis 2005 kaum noch vorkommen. Auffällig ist schließlich, dass sich im liberalen Lager vor allem Frauen (mit den genannten Ausnahmen) gegen ein Verbot von Schwangerschafts-

111 Zok: *Biological Substance*, S. 372.

112 Poseł Jacek Kurczewski: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 28f.

abbrüchen einsetzen und dafür von ihren Parteifreunden teilweise heftig angefeindet werden.¹¹³

Schließlich bleibt noch das linke Lager, das vor allem von den Nachfolgeparteien der PZPR und ihren Abspaltungen, aber auch von Neugründungen wie der SdRP dominiert wird. Dieses ist in der Frage der Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen grundsätzlich ebenso wie das liberale Lager in zwei Flügel gespalten. Der eine zeichnet sich dadurch aus, dass hier explizit die Frau in den Mittelpunkt der Debatte gerückt wird. So betont Tadeusz Iwiński 1992 im Namen der Sozialdemokraten der SdRP:

»Die Gleichstellung im Bereich des Privatlebens bedeutet, dass sowohl Männern als auch Frauen die Wahlfreiheit und das Recht auf Selbstbestimmung in Bezug auf die Fortpflanzung zugestanden wird. [...] Diese Wahlmöglichkeit sollte Teil eines umfassenden familienpolitischen Rahmens sein, der Sexualerziehung, Informationen über die Verhütung von Schwangerschaften und den freien Zugang dazu, Sozialleistungen und Dienstleistungen für Kinder und Familien sowie die Möglichkeit eines freiwilligen Schwangerschaftsabbruchs einschließt.«¹¹⁴

Auch Danuta Waniek (SLD) besteht auf der alleinigen Entscheidungsmacht der jeweiligen Frau. Ansonsten gebe es illegale Abtreibungen und in der Folge »viele Tote«. Schließlich hebt die Abgeordnete hervor, dass die Frage, ab wann von einem Kind die Rede sein könne, auch in katholischen Kreisen nicht eindeutig beantwortet werden könne, sondern eine individuelle moralische Frage sei. Der daraufhin registrierte Zwischenruf »Ketzer« (*heretycy*) zeigt, dass keineswegs alle Parlamentarier:innen diese Meinung teilten.¹¹⁵ Die Abgeordnete, die zwischen 1991 und 2001 im Sejm saß, fiel dadurch auf, dass sie die Gegner:innen eines Rechts auf Schwangerschaftsabbruch immer wieder scharf angriff. So verglich sie beispielsweise die Befürworter:innen eines Gesetzesentwurfs, der Schwangerschaftsabbrüche auch nach Vergewaltigungen verbieten wollte, mit der spanischen Inquisition, die alles ihren Dogmen untergeordnet hätte.¹¹⁶ Auch Jerzy Wiatr, der in der Debatte um die Wiedereinführung einer sozialen Indikation am 27. Mai 1994 die Position der SLD darlegt, betont das Recht der jeweiligen Frau, selbst zu entscheiden, mit folgenden Worten:

113 Zok, Michael: »To Maintain the Biological Substance of the Polish Nation«: Reproductive Rights as an Area of Conflict in Poland, in: *Hungarian Historical Review* Vol. 10 (2/2021), S. 357–381, hier: S. 372.

114 Poseł Tadeusz Iwiński: 20 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 lipca 1992 r., S. 64. »Równość w sferze życia prywatnego zakłada przyznanie zarówno mężczyznom, jak i kobietom, swobody wyboru oraz prawa do samookreślenia, jeśli chodzi o prokreację. [...] Są przekonani [wnioskodawcy], iż dla kobiet swobodny wybór macierzyństwa, a w konsekwencji chcianego i akceptowanego dziecka, stanowi zdobycz naszych demokratycznych społeczeństw. Ten wybór powinien wpisywać się w ramy globalnej polityki rodzinnej, obejmującej edukację seksualną, informację na temat sposobów zapobiegania ciąży i swobodnego do niej dostępu, zapomóg społecznych oraz świadczeń na rzecz dziecka i rodziny, jak również możliwość uciekania się do dobrowolnego przerwania ciąży.«

115 Poseł Danuta Waniek: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 235.

116 Ebd., S. 25f.

»Es geht um die Würde, um die Freiheit der Frau. Es geht darum, dass eine Frau nicht wie ein Objekt behandelt wird. Es geht darum, dass es auf die Frage des Abgeordneten Kamiński – wer soll über schwierige Umstände entscheiden? – eine klare und einfache Antwort gibt: die Frau selbst. Natürlich nicht das Gericht, [...] nicht irgendein anderes Gremium. Ja, die Frau selbst, denn das ist das Recht der Entscheidungsfreiheit.«¹¹⁷

Jerzy Szteliga (SdRP) schließt sich dieser Position an. Jede andere Regelung sei undemokratisch und diskriminierend. Er betont zudem, dass Polen Probleme mit dem EU-Ratifizierungsprozess bekommen könne, wenn der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu restriktiv sei.¹¹⁸ Auch bei einem weiteren Befürworter des »ungehinderten und uneingeschränkten« Rechts der Frau, über eine Schwangerschaft zu entscheiden, Władysław Adamski, spielt Europa eine zentrale Rolle. Mit einem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs mache sich Polen »auf den Weg in den Iran und nicht nach Europa«.¹¹⁹ Diese »europäische Argumentation« wiederholt sich häufig und bringt wieder eine übergeordnete Institution ins Spiel, anstatt über das Thema an sich zu diskutieren. Wurde von der rechten Seite ein Verbot im Interesse der Nation bzw. aufgrund religiöser Normen gefordert, wird hier die Liberalisierung um der Zugehörigkeit zur Europäischen Union willen angemahnt, die ansonsten gefährdet sein könnte.¹²⁰ Das Thema Schwangerschaftsabbruch wird somit zum Signifikanten eines »modernen«, europäischen und »liberalen« Polens. Ähnlich argumentieren liberale Feministinnen wie die Juristin Eleonora Zielińska,¹²¹ die sowohl Sejm und Senat als auch das polnische Verfassungsgericht dafür kritisiert, dass sie die diesbezüglichen Rechte der Frau kaum beachtet hätten. Sie impliziert, dass sich an dieser Frage auch zeige, ob Polen eine liberale Demokratie geworden sei.¹²² Ihre zudem geäußerte Hoffnung auf eine Verbesserung der reproduktiven Situation von Frauen nach dem EU-Beitritt des Landes teilte Zielińska mit weiten Teilen der polnischen Frauenrechtsbewegung.¹²³

Im Sejm stellte diese Gruppe von Parlamentarier:innen ähnlich wie der progressive Flügel der Liberalen ganz grundsätzlich die Entscheidungsfreiheit der Frau bzw. des

117 Poseł Jerzy Wiatr: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 185f. »Tu idzie o godność, o wolność kobiety. Tu idzie o to, by kobieta nie była traktowana jak przedmiot. Tu idzie o to, by na pytanie, które zadał pan poseł Kamiński – kto ma decydować o trudnych warunkach? – padała jasna i prosta odpowiedź: sama kobieta. Oczywiście, nie sąd, nie komitet blokowy, nie żadne inne ciało. Tak – sama kobieta, bo to jest prawo wolności wyboru.«

118 Poseł Jerzy Szteliga: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 184.

119 Poseł Władysław Adamski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 179f.

120 Zielińska: *Reproductive Rights*, S. 28.

121 Von 2004 bis 2005 und erneut zwischen 2011 und 2015 wurde sie selbst Verfassungsrichterin.

122 Zielińska, Eleonora: *Sytuacja kobiet w Polsce w świetle zmian legislacyjnych okresu transformacji*, in: Małgorzata Fuszara (Hg.): *Kobiety w Polsce na przełomie wieków. Nowy kontrakt płci?* Warszawa 2002, S. 84–102, hier: S. 96f.

123 Klatte, Luisa: *Lost between the Waves*, in: Anna Artwińska/Janine Schulze-Fellmann (Hg.): *Gender Studies im Dialog. Transnationale und transdisziplinäre Perspektiven*. Bielefeld 2022, S. 99–120, hier: S. 113.

Individuums in den Mittelpunkt. Neben diesem Flügel existiert noch ein zweiter. Dieser begründete das Recht auf Schwangerschaftsabbruch vor allem damit, dass ein Verbot schlimmere Folgen hätte als die Zulassung oder unwirksam sei. So spricht sich Andrzej Piotrowski in der Debatte um die erneute Einführung einer sozialen Indikation vom Frühjahr 1994 im Namen der SLD-Fraktion für deren Zulassung aus. Er argumentiert dafür aus der Perspektive eines Arztes und betont zunächst, dass jeder Schwangerschaftsabbruch »schrecklich« sei. Zugleich habe er festgestellt, dass kein Gesetz eine Frau, die sich für einen Abbruch entschieden hat, jemals von einem solchen abbringen könne, weshalb ein solches wenig sinnvoll sei.¹²⁴ Andrzej Lipski (Polska Partia Socjalistyczna, PPS) argumentiert hingegen mit dem Wohl des Kindes. Aus seiner Sicht müssten Schwangerschaftsabbrüche vor allem aus dem Grund erlaubt werden, dass ansonsten ungewollte Kinder geboren würden, die unter schlechten psychischen und physischen Bedingungen leben müssten. Entscheiden könne über den Abbruch nur die Mutter:

»Die Frau muss das Recht haben, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, denn machen wir uns nichts vor, meine Herren, es ist die Frau, die die Hauptlast der Kindererziehung trägt, und sie weiß auch am besten, ob sie in der Lage sein wird, ihrem Kind die Bedingungen für ein anständiges Leben und eine anständige Erziehung zu bieten.«¹²⁵

Auch Izabela Jaruga-Nowacka spricht sich im Namen der Unia Pracy (UP) für einen Gesetzesentwurf zur Zulassung der sozialen Indikation mit der Begründung aus, dass er illegale Abtreibungen und damit Tote verhindere. Es habe sich gezeigt, dass die bestehende Regelung Schwangerschaftsabbrüche nicht abgeschafft, sondern vor allem arme Frauen in Not und Illegalität getrieben habe;¹²⁶ ähnlich argumentiert Krystyna Sienkiewicz (UP).¹²⁷ Für Maria Walczyńska-Rechmal (SLD) ist eine Zulassung des Schwangerschaftsabbruchs vor allem nötig, um das Leben bereits geborener Kinder zu schützen. Sie hebt damit auf regelmäßige Berichte von Kindstötungen ab.¹²⁸ Einen etwas anderen Schwerpunkt setzt Izabella Sierakowska (SLD). Sie betont ebenfalls, dass nur die Frau das Recht habe, über ihr Kind zu entscheiden, und niemand sonst. Aus ihrer Sicht könnte darüber hinaus allein mehr Geld für Mütter und Kinderkrippen, bessere

124 Poseł Andrzej Piotrowski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 170f.

125 Poseł Andrzej Lipski: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 178f.: »Kobieta musi mieć prawo do decydowania o swoim losie, bo nie oszukujemy się, drodzy panowie, ale to właśnie na kobiecie spoczywa główny ciężar wychowywania dzieci i ona też wie najlepiej, czy będzie w stanie czy też nie zapewnić dziecku warunki do godnego życia i godnego wychowania.«

126 Poseł Izabela Jaruga-Nowacka: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r., S. 174f. Vgl. auch: Poseł Izabela Jaruga-Nowacka: 74 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 lutego i 1 marca 1996 r., S. 277–279.

127 Poseł Krystyna Sienkiewicz: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r., S. 106f.

128 Poseł Maria Walczyńska-Rechmal: 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r., S. 25f.

Sexualaufklärung und der bessere Zugang zu Verhütungsmitteln die Zahl der Abbrüche senken. Die Abgeordnete argumentiert hier vor allem mit dem Wohl des Kindes:

»Die psychischen Schäden, die der Abbruch einer Schwangerschaft bei einer Frau verursacht, sind kaum zu überschätzen. Noch schwieriger ist es jedoch, zu beurteilen, ob sie nicht größer sind, wenn sie gezwungen ist, ein Kind zur Welt zu bringen, obwohl sie weiß, dass sie ein verkrüppeltes, schwer krankes Kind zur Welt bringen wird, dass die Schwangerschaft sich negativ auf ihre Gesundheit auswirken wird. Es ist sehr schwierig zu sagen, ob eine Frau mehr unter dem Abbruch ihrer Schwangerschaft leidet oder unter der fehlenden Perspektive, ein weiteres Kind aufzuziehen und zu ernähren.«¹²⁹

Im Laufe der 1990er Jahre wird Sierakowska immer mehr zur Kritikerin der generellen Bevormundung von Frauen bzw. des hinter dem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs stehenden Frauenbildes. »Das Gesetz soll eine Frau wie eine entmündigte Person behandeln und ihr das Recht absprechen, verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.«¹³⁰ In ihrer Rede vom 23. Oktober 1996 betont sie:

»Niemand hat das Recht, gerade an Frauen höhere Anforderungen zu stellen als an andere Mitglieder unserer Gesellschaft. Und niemand hat das Recht, ihnen Selbstaufopferung und Heldentum aufzuzwingen.«¹³¹

Die Abgeordnete, die zwischen 1989 und 2005 ununterbrochen im Sejm saß, wurde zu einer der prominentesten Fürsprecher:innen des linken Lagers für ein Recht auf Schwangerschaftsabbrüche. Stand bei ihr zu Beginn der 1990er Jahre das Wohl des Kindes im Zentrum, so betont sie später immer mehr die Rechte der betroffenen Frauen.

Auffällig ist im linken Lager, dass nach der Regierungsübernahme durch SLD-UP und PSL 2001 nur noch selten über Schwangerschaftsabbrüche gesprochen wurde. So betont beispielsweise Joanna Senyszyn (SLD-UP), dass die diesbezüglichen Gesetze nicht nur restriktiv seien, sondern auch kaum eingehalten würden. Sie geht von 100.000 bis 200.000 illegalen Abbrüchen im Jahr aus und fordert deshalb eine Liberalisierung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch.¹³² Tatsächlich kam es entgegen anderslautenden

129 Poseł Izabella Sierakowska: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r., S. 189–192. »Trudno przecenić spustoszenia, jakie w psychice kobiety powoduje usunięcie ciąży. Jeszcze trudniej jednak ocenić, czy nie są one większe, gdy jest ona zmuszona do porodu mimo pewności, że urodzi dziecko kalekie, ciężko chore, że ciąża wpłynie negatywnie na jej stan zdrowia. Trudniej powiedzieć, czy kobieta bardziej cierpi z powodu usunięcia ciąży, czy też z powodu braku perspektyw na wychowanie i wyżywienie kolejnego dziecka.«

130 Dies. 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 51–53. »Prawo ma traktować kobietę jako osobę ubezwłasnowolnioną, odmawiając jej prawa do odpowiedzialnych decyzji.«

131 Dies. 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r., S. 15f. »Nikt nie ma prawa stawiać właśnie kobietom wyższych wymagań niż innym członkom naszego społeczeństwa. I nikt nie ma prawa wymuszać na nich samopoświęcenia i heroizmu.«

132 Poseł Joanna Senyszyn: 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23 i 29 i 30 stycznia 2004 r., S. 67–69.

Versprechen im Wahlkampf in dieser Legislaturperiode nicht dazu. Welche Rolle die katholische Kirche dabei spielte, wird am Ende dieses Abschnitts Thema sein.

Schließlich sei noch erwähnt, dass es auch im linken Lager radikale Abtreibungsgegner:innen gab. Dies trifft beispielsweise auf Ryszard Bartosz zu, der erst für die PZPR und dann für die SdRP (später SLD) ab 1991 im ersten gänzlich frei gewählten Sejm saß. Er begründet seine Position damit, dass Polen ein dichtbesiedeltes Land sein müsse und es Verrat sei, »wenn Polen polnische Kinder töteten«. Damit würde die Politik des Feindes¹³³ nun von Polen umgesetzt.¹³⁴ Diese Position unterscheidet sich argumentativ nicht von den radikalsten Abgeordneten aus dem rechten Lager. Bartosz vertritt hier einen (kleiner werdenden) Flügel innerhalb der Nachfolgeparteien der PZPR, der weiterhin im Nationalismus der 1980er Jahre verhaftet ist, wie er insbesondere mit der Machtübernahme Jaruzelskis zum Tragen kam.¹³⁵

Insgesamt ist der linken Seite des Parlaments zu eigen, dass sie fast völlig auf religiöse Argumente verzichtet. Auch die Nation kommt selten als Bezugsgröße vor, dafür allerdings die EU, die viele Abgeordnete als Begründung für eine liberalere Handhabung des Schwangerschaftsabbruchs anführen. Grundsätzlich teilen sich die Abgeordneten in zwei Lager. Das eine argumentiert ähnlich wie der progressive Flügel der Liberalen mit der Selbstbestimmung der Frau. Das andere sieht in der Zulassung eines Rechts auf Schwangerschaftsabbruch das kleinere Übel, um Not (vor allem bei bereits geborenen Kindern) zu verhindern und illegale Abtreibungen einzudämmen. Generell fällt auf, dass sich die Linke recht schnell in einen (links)liberalen Diskurs einschreibt und nur wenige Überbleibsel der in Geschlechterfragen zunehmend konservativen Argumentation (z. B. die Indienstellung von Frauen für die Nation) der PZPR der 1980er Jahre zu finden sind. Zugleich schreckt die Linke vor tatsächlichen politischen Maßnahmen zurück.

Der gesamte Diskurs über das Recht auf Schwangerschaftsabbruch zeigte erneut auf, dass die Rolle des Vaters eine Leerstelle bleibt (wenn auch mit Ausnahmen). Zudem bleiben Frauen für die Abgeordneten der Rechten in Fragen der Reproduktion eher Objekt als Subjekt. Mutterschaft bleibt die Norm und Frauen, die diese nicht erfüllen, werden als »anormal« stigmatisiert. Auch im liberalen und linken Lager gibt es eine »paternalistische Fraktion«, die Frauen wahlweise vor »der falschen« Entscheidung schützen möchte oder die Zulassung des Schwangerschaftsabbruchs als das kleinere Übel sieht. Allerdings werden hier aus »verantwortungsethischen« Überlegungen Ausnahmen von der Regel als legitim erachtet. Zugleich sind Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen, in der Pflicht, ihre Abweichung von der Norm zu rechtfertigen. Daneben gibt es eine zweite Gruppe im linken und liberalen Lager, die nicht mit moralischen Begründungen argumentiert, sondern die betroffene Frau unabhängig entscheiden lassen möchte. Dieses Lager scheint zugleich die größten Veränderungen durchzumachen. Es wird zunehmend mit Frauenrechten, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung argumentiert und weniger mit der »natürlichen« Rolle der Mutter usw. Wenig überraschend

133 Er spielt damit auf die Besatzungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands an.

134 Poseł Ryszard Bartosz: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r., S. 60f.

135 Zaremba: Herrschaftslegitimation, S. 406f.

kommen diese Schlagworte aus dem (links)liberalen Lager,¹³⁶ das hier Begriffe aus dem internationalen Diskurs adaptiert und sich diese zu eigen macht. Damit gelingt es einigen Abgeordneten erstmals, aus einem im wörtlichen Sinne reaktionären Diskurs herauszukommen. Dies sind die ersten (und einzigen) Redner:innen, die umgekehrt eine Begründung für das existierende Verbot einfordern bzw. dessen aktuelle Rechtfertigung ablehnen. Was dabei allerdings bis 2004 nicht erfolgt, ist ein Rückgriff auf genuin polnisch-feministische (i. d. R. sozialistische oder sozialdemokratische) Traditionen und Argumentationsmuster – hier zeigen sich deutliche Parallelen zum generellen (postsozialistischen) feministischen Diskurs in Polen.¹³⁷ Lagerübergreifend fällt zudem eine zunehmende Verhärtung und Moralisierung des Diskurses auf.

Schließlich zeigt gerade der Vergleich mit anderen postsozialistischen Staaten wie Ungarn oder Litauen, wie virulent das Thema in Polen war. So gab es zwar auch in diesen Staaten den Versuch, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen einzuschränken. Faktisch erfolgte dies allerdings nur in Polen in diesem Ausmaß.¹³⁸ Gründe für die Ausnahmestellung Polens waren der Einfluss der katholischen Kirche sowie die starke Verquickung des Themas mit dem nationalpolnischen Diskurs. Wo dies nicht (in solchem Ausmaß) der Fall war, wie in Tschechien, gelang es der Kirche und religiösen Gruppen nicht, mit diesbezüglichen Forderungen durchzudringen.¹³⁹

Kinderbetreuung und Mutterschutz

Ein weiteres Thema, dessen Diskussion in den Sejmdebatten von einer zunehmenden Härte geprägt war, ist das Thema der Kinderbetreuung.

Wie sich bereits zwischen 1989 und 1991 andeutete, zog sich der polnische Staat in den 1990er Jahren zunehmend aus der Kinderbetreuung zurück. Irena Nowacka (SdRP), die für eine flächendeckende staatliche Kinderbetreuung eintrat, beklagte, dass bis 1992 fast 50 % aller Krippen und Kindergärten aufgelöst worden seien.¹⁴⁰ Zugleich werde den erwerbstätigen Müttern nichts als Austausch für das fehlende Betreuungsangebot angeboten.¹⁴¹ Auch der Abgeordnete Krzysztof Baszczyński (SLD) berichtet aus seiner Heimatstadt Łódź, dass, Stand Ende 1993, nur noch 49 % aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren in einen Kindergarten gingen. Er kritisiert, dass dies auf eine systematische Kürzung der Ausgaben für Kinderbetreuung zurückzuführen sei. Die verbliebenen Kindergärten hätten die Eltern zudem viel Geld gekostet, zu viel für viele. Der Abgeordnete merkt noch sarkastisch an, dass diese Kinder nun eben von ihren arbeitslos gewordenen

136 Aus meiner Sicht gibt es gute Argumente, ab Mitte der 1990er Jahre neben den explizit liberalen Parteien auch weite Teile der SLD zu dieser Gruppe zu zählen.

137 Mrozik: *Gender Studies*, S. 91f.

138 Zielińska: *Reproductive Rights*, S. 24.

139 Wolchik, Sharon L.: *Reproductive Policies in the Czech and Slovak Republics*, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): *Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life after Socialism*. Princeton 2000, S. 58–90, hier: S. 86.

140 Poseł Irena Nowacka: 38 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 lutego oraz 3 i 4 marca 1993 r., S. 205.

141 Dies.: 13 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 kwietnia 1992 r., S. 132.

Müttern betreut würden.¹⁴² Auch in der PSL gibt es Stimmen, wie die von Ireneusz Skubis (PSL), die das Fehlen von Kinderkrippen und Kindergärten als erhebliches Problem betrachten.¹⁴³ Die Begründung, warum fehlende Betreuungseinrichtungen schlecht seien, unterscheidet sich allerdings zwischen den Abgeordneten. Während einige wie die bereits Genannten die Probleme für die Erwerbstätigkeit von Frauen betonen, argumentieren andere wie Zofia Wilczyńska (SLD), dass dieser Zustand vor allem schlecht für die Bildung der Kinder sei.¹⁴⁴ Bei den Abgeordneten, die sich für eine Stärkung staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen einsetzen, fällt i. d. R. Folgendes auf: Nur wenige Beiträge beziehen sich explizit auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Frage, welche Konsequenzen fehlende Betreuungseinrichtungen für diese hätten. Zudem findet keine Diskussion über die Rolle von Männern in der Kinderbetreuung statt. Das Thema wird weiterhin ausschließlich mit Frauen assoziiert. Dies zeigt sich symptomatisch bei der Bevollmächtigten der Regierung für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Izabela Jaruga-Nowacka, die in einer Rede vom 29. Oktober 2003 betont, dass es keinen Zweifel gebe, dass Männer und Frauen grundsätzlich unterschiedlich seien. Deshalb sei es notwendig, dass mehr Frauen im Sejm säßen, die bestimmte (Frauen)Themen aufgriffen, wie die Betreuung von Kindern in Kindergärten.¹⁴⁵

Diese diskursive Verknüpfung von Frauen mit der Kindererziehung ist bei denjenigen Abgeordneten umso stärker ausgeprägt, die den Rückgang staatlicher Betreuungseinrichtungen begrüßen. So stellt zwar auch Stanisław Kracik (UD) fest, dass das Kindergartennetz ausdünne, doch sei dies an sich nichts Schlechtes: »Ich sehe nichts Falsches daran, Herr Kalbarczyk, dass eine junge Mutter ihr Kind allein erzieht. Ich denke, dass ihr nichts Besseres passieren kann.«¹⁴⁶ Auch Urszula Wachowska (AWS) betont, dass die meisten Frauen zu Hause bleiben und ihre Kinder erziehen wollten. Dafür müsse der Staat die Bedingungen schaffen.¹⁴⁷ Neben dieser Argumentation, die behauptet, das »Zuhausebleiben« diene vor allem auch dem Wohle der Mutter, wird das Wohl des Kindes angeführt. Andrzej Gąsienica-Makowski (BBWR) führt zunächst aus, dass die Familie in Polen eine Mehrgenerationenfamilie sei, in der die Mutter die wichtigste Rolle einnehme. Sie sei wichtig für Bräuche, Erziehung und Geschichte, und die Wirtschaft müsse sich daran ausrichten.¹⁴⁸ Er stellt damit alle Frauen in die mariologische (und oft genug martyrologische) *Matka Polka*-Tradition. Diese Argumentationslinie existiert über den

142 Poseł Krzysztof Baszczyński: 3 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 listopada 1993 r., S. 97f.

143 Poseł Ireneusz Skubis: 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r., S. 335f.

144 Poseł Zofia Wilczyńska: 22 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 10 i 11 czerwca 1994 r., S. 50f.

145 Pełnomocnik Rządu do Spraw Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn Izabela Jaruga-Nowacka: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 października 2003 r., S. 150f.

146 Poseł Stanisław Kracik: 22 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 10 i 11 czerwca 1994 r., S. 55. »Nie widzę, panie pośle Kalbarczyk, niczego zdołnego w tym, że młoda matka sama wychowuje swoje dziecko. Myślę, że nic lepszego jej spotkać nie może.«

147 Poseł Urszula Wachowska: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r., S. 137.

148 Poseł Andrzej Gąsienica-Makowski: 34 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 października 1994 r., S. 77f.

gesamten Untersuchungszeitraum. So betont Krzysztof Oksiuta (PO) 2001, wie froh er sei, dass es immer weniger Kindergärten gebe. Es gehe bei der Kinderbetreuung nicht in erster Linie um Arbeitsrechte (für Frauen), sondern um das Wohl des Kindes. Insbesondere in der ersten Lebensphase könne nur die Mutter dem Kind geben, was es benötige.¹⁴⁹ Mit seinem Verweis auf Arbeitsrechte möchte er sich wohl unter anderem von der Volksrepublik distanzieren. Auch Jan Chmielewski (AWS) fragt den Berichterstatter der Regierung nach dessen Ausführungen zur Lage der Familie: »Kennен Sie die psychologischen und pädagogischen Erkenntnisse über den unschätzbaren Wert eines ruhigen Aufenthalts im Haushalt einer Mutter, die sich direkt um ihr Kind kümmert?«¹⁵⁰ Urszula Wachowska (AWS) argumentiert, dass es weniger »Pathologien« gebe, wenn die Mutter zu Hause bleibe, zudem sei eine Erziehung durch die Mutter generell die beste und billigste Form.¹⁵¹ An anderer Stelle geht die Abgeordnete noch weiter und beklagt, dass Familien, in denen die Kinder von einer Mutter zu Hause erzogen werden, diskriminiert würden, da sie nicht so viel Geld hätten wie Familien, in denen die Frau arbeiten gehe. Deshalb müsse sich diese oft zwischen einer »guten Erziehung zu Hause« und einem auskömmlichen Einkommen entscheiden. Die Folgen der Missachtung dieses »Naturgesetzes« (der Erziehung durch die Mutter) seien aus Sicht der Abgeordneten dramatisch. So führe der Mangel an Zärtlichkeit durch die Mutter »zum Zusammenbruch der Familien, zur Zunahme der Zahl der Sozialwaisen, zur Notwendigkeit, Kinderheime zu unterhalten, zur Zunahme der Jugendkriminalität und schließlich dazu, dass die Kinder keine Vorbilder haben, an denen sie die Tugenden des Familienlebens lernen können, weil es kein wirkliches Zuhause gibt.«¹⁵² Kurz gesagt stehe und falle das Wohl der Menschheit mit der Frage, ob Kinder primär von ihren Müttern betreut werden.

Die Debatte ähnelt nicht zufällig derjenigen über die Frage der Zulassung des Schwangerschaftsabbruchs, zumal beide anhand von »Kindern« und Erziehung die Zukunft der polnischen Nation verhandeln. So führen auch hier zahlreiche Abgeordnete neben dem Wohl des Kindes die Familie und vor allem die Nation als Argument an. Ewa Mańkowska (AWS) fordert etwa, dass die Mutter ihre Kinder »über Jahre« betreuen solle, da dies für die Kinder und die Familie von Vorteil sei,¹⁵³ während Zofia Krasicka-Domka (AWS) betont, dass Frauen, die sich um ihre Kinder kümmerten, stärker unterstützt werden müssten. Dies sei wichtig für den Staat, da Kinder keine Privatsache, sondern Volksvermögen (*bogactwo narodowe*) seien.¹⁵⁴ Der Abgeordnete Roman Giedroń (ZChN)

149 Poseł Krzysztof Oksiuta: 8 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14, 17 i 28 grudnia 2001 r., S. 64f.

150 Poseł Jan Chmielewski: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 listopada 1999 r., S. 212. »Czy znana jest panu wiedza psychologiczna i pedagogiczna o tym, jak bezcenną wartością jest spokojny pobyt w domu matki sprawującej bezpośrednią opiekę nad dzieckiem?«

151 Poseł Urszula Wachowska: 73 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 15, 16 i 17 marca 2000 r., S. 300f.

152 Dies.: 105 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 27, 28 i 29 marca 2001 r., S. 9–12.

153 Poseł Ewa Mańkowska: 36 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25 i 26 listopada 1998 r., S. 38f.

154 Poseł Zofia Krasicka-Domka: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22 i 23 września 1998 r., S. 72f.

möchte die Kinderbetreuung durch die Mutter stärker unterstützen und deshalb Arbeitsschutzmaßnahmen für Frauen ausbauen. Zudem fordert er die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs, damit die Frau länger ihren »Pflichten als Mutter« nachgehen könne. Dies würde vor allem der Geburtenrate und damit der Wirtschaft sowie der Nation zugutekommen.¹⁵⁵ Marian Piłka (PiS) wirft schließlich allen, die nicht einsähen, dass ein Kind mindestens drei Jahre bei seiner Mutter bleiben müsse, vor, antinational, landesfeindlich und »degeneriert« (*zdegenerowany*) zu sein. Schon die Römer und Griechen seien wegen fehlenden Nachwuchses untergegangen, und dies drohe nun auch Polen.¹⁵⁶ Dieses Statement ist ein gutes Beispiel, wie gerade »Geschichtswissen« genutzt wird, um vermeintliche »Normalitäten« in Fragen der Geschlechterrollen zu begründen, die so historisch nie existierten.¹⁵⁷

Trotz des genannten Beitrags fällt auf, dass das Thema der öffentlichen Kinderbetreuung insgesamt wenig diskutiert wurde, bedenkt man den katastrophalen Zustand, in dem sich das System in den 1990er Jahren befand. Auch im Vergleich mit der Legislaturperiode von 1989 bis 1991 und der Volksrepublik spielt es eine geringere Rolle. Insbesondere der linke Teil des Parlaments widmet diesem Thema deutlich weniger Aufmerksamkeit als zuvor. Ein Grund dafür könnte die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes sein. Alle Regierungen sparten – wie ich noch zeigen werde – in diesem Bereich Geld ein und es ist zu vermuten, dass das Thema auch deshalb nur selten auf der politischen Agenda stand. Ein weiterer Grund könnte der massive öffentliche Druck zu Beginn der 1990er Jahre sein, alles, was wie staatliche Kinderbetreuung kommunistisch konnotiert war, abzulehnen. Die SLD konnte also gerade in dieser Frage bis zu einem gewissen Grad beweisen, dass sie sich »entkommunisiert« hatte und der neue Staat auch ihr Staat war.

Die Ausgestaltung der privaten (häuslichen) Betreuung war ebenfalls Thema im Sejm, beispielsweise anhand der Frage, wer Erziehungsgeld bekommt. Einige der Abgeordneten, wie Maria Dmochowska (UD), begrüßten, dass nach einer Gesetzesänderung 1993 Erziehungsgeld nun auch für Väter ausgezahlt werden konnte.¹⁵⁸ Ihr Parteikollege Jan Lityński (UD) hob als Berichterstatter des Ausschusses für Sozialpolitik ebenfalls positiv hervor, dass ab 1993 neben dem Erziehungsgeld auch Betreuungsgeld (für die Pflege eines kranken Kindes) an den Vater gehen könne und nicht, wie bisher, nur mit Zustimmung der Mutter. Der Abgeordnete begründet diese Streichung damit, dass das Gesetz zuvor Männer wie Frauen diskriminiert habe.¹⁵⁹ Jolanta Banach (SLD) beklagt in ihrer Rede vom 26. Oktober 1995 hingegen, dass es nach wie vor Probleme gebe. So begrüßt sie zwar die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indem nun

155 Poseł Roman Giedroń: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 9 listopada 1998 r., S. 149f.

156 Poseł Marian Piłka: 57 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16, 17, 18 i 19 września 2003 r., S. 62–64.

157 Scott: Gender, S. 43.

158 Poseł Maria Dmochowska: 42 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 15, 16, 17, 28 i 29 kwietnia 1993 r., S. 29f.

159 Poseł Jan Lityński: 42 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25 i 26 października 1993 r., S. 25–27.

Vater und Mutter den Erziehungsurlaub gleichberechtigt in Anspruch nehmen könnten, kritisiert aber, dass noch immer eine Ungleichbehandlung bestehe, da Frauen mit Kindern unter vier Jahren weiterhin weder nachts arbeiten noch Überstunden machen dürften, Väter hingegen schon, außer sie seien alleinerziehend. Sie fordert deshalb, alle Leistungen und Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer anzugleichen. Nur dann sei die Aufteilung der Verantwortlichkeiten in der Familie frei von Diskriminierung.¹⁶⁰ Sie verknüpft hier somit als eine von wenigen Abgeordneten Fragen der Care- und der Erwerbsarbeit.

In der Debatte zeigt sich, dass viele Abgeordnete zwar die Gleichstellung beim Erziehungsgeld begrüßen, aber auch deutlich machen, dass es für die Mutter gedacht sei.¹⁶¹ Beispielsweise hebt Urszula Wachowska (AWS) positiv hervor, dass Männer das Erziehungsgeld theoretisch in Anspruch nehmen können, geht allerdings davon aus, dass nur Frauen dies praktisch auch tun. Interessant ist zudem ihre Begründung für eine in diesem Zuge geforderte Erhöhung des Erziehungsgeldes, die dazu führe, dass »100.000 durch Frauen besetzte Arbeitsplätze frei werden« – Arbeitsplätze, die nun von Männern eingenommen werden könnten.¹⁶² Auch sie verknüpft also Fragen der Care- und der Erwerbsarbeit und plädiert für eine stärkere Aufteilung der Arbeit anhand von »Geschlechtergrenzen«.

Schließlich wurde im Rahmen der Debatten über den sogenannten Mutterschutz bzw. »Mutterschaftsurlaub« ausgiebig über das Thema Kinderbetreuung und Erziehung diskutiert, vor allem zwischen 1997 und 2001. Hintergrund war eine Diskussion über die Frage, ob der obligatorische »Mutterschaftsurlaub« sechs Monate dauern sollte und ob es Vätern mit Einverständnis der Mutter erlaubt sein sollte, drei davon in Anspruch zu nehmen. Bisher hatte dieser beim ersten Kind 16 und beim zweiten 18 Wochen betragen und war ausschließlich der Mutter vorbehalten gewesen.

Jacek Szczot (ZChN) argumentiert, dass sechs Monate für die Mutter obligatorisch sein sollten. Er begründet dies damit, dass die Mutter dann mehr Zeit mit dem Kind habe, ohne näher darauf einzugehen, warum dies für die Mutter oder das Kind vorteilhaft sei. Dies scheint aus seiner Perspektive völlig offensichtlich zu sein. Zudem betont er, dass Ängste vor einer beruflichen Benachteiligung von Frauen aufgrund des Mutterschutzes unbegründet seien, da dieser ein Recht auf Rückkehr an den Arbeitsplatz beinhalte. Ferner könnten Frauen die sechs Monate für eine Weiterbildung nutzen.¹⁶³ An anderer Stelle schlägt er sogar vor, dass die sechs Monate von den Frauen als »Freizeit« genutzt werden könnten,¹⁶⁴ und offenbart damit unfreiwillig sein Unwissen in Fragen der Kinderbetreuung. Ewa Sikorska-Trela (AWS) betont hingegen, dass um des Wohls des Kindes und der Mutter willen der Mutterschutz so lange wie nur möglich dauern

160 Poseł Jolanta Banach: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25, 26 i 28 października 1995 r., S. 182f.

161 Poseł Zofia Krasicka-Domka: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20 i 21 maja 1999 r., S. 37.

162 Poseł Urszula Wachowska: 105. Sitzung Sejm, S. 9–12.

163 Poseł Jacek Szczot: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r., S. 126.

164 Ders.: 97 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 stycznia 2001 r., S. 180.

sollte,¹⁶⁵ und Marek Jurek (PiS) argumentiert (mit gewohnt scharfer Rhetorik), dass ein Ende des Stillens nach drei Monaten zu schweren Schäden führe und wider Gott und die Natur sei.¹⁶⁶ Urszula Wachowska (AWS) kritisiert schließlich diejenigen SLD-Abgeordneten scharf, die nur die Mutter im Blick hätten:

»Es handelt sich um eine Symbiose, und angesichts dieser egoistischen Sichtweise der Feministinnen ist es notwendig, darüber nachzudenken, welchen Nutzen das Kind aus dem Urlaub, der Mutterschaftsurlaub genannt wird, hat, das Kind, das eine Mutter hat, und die sich in dieser ersten Zeit persönlich und besonders sorgfältig um das Kind kümmern sollte. [...] Deshalb ist es unerlässlich, dass die polnischen Frauen über die Mutterschaft unterrichtet werden und dass sie wissen, was ihre Pflichten sind.«¹⁶⁷

Für Tadeusz Bernard Lewandowski (AWS) läuft eine Aufteilung des Mutterschutzes zwischen dieser und dem Vater dem »Recht des Kindes auf mütterliche Fürsorge« zuwider.¹⁶⁸ Schließlich argumentiert Tadeusz Cymański (PiS) mit dem persönlichen Glück jedes Einzelnen und betont, der größte Schatz im Leben eines jeden Menschen sei die »Bindung des Menschen an seine Mutter«.¹⁶⁹ Diese werde durch einen verkürzten Mutterschaftsurlaub zerstört.¹⁷⁰ Diese Begründungen ergänzen solche, in denen das übergeordnete Wohl betont wird. So ist Waldemar Mieczysław Sikora ebenfalls für einen sechsmonatigen Mutterschaftsurlaub, der aus seiner Sicht für das Funktionieren der Familie und der Nation notwendig sei, nicht zuletzt angesichts der demografischen Krise. Er betont:

»Die direkte, fast ununterbrochene Anwesenheit der Mutter bei ihrem Kind in dieser frühesten Entwicklungsphase ist ein äußerst wichtiger Umstand, der die richtige geistige und körperliche Entwicklung des Kindes beeinflusst. Sie wird sich in der Zukunft auszahlen, indem sie psychologischen Traumata und tiefgreifenden negativen Erfahrungen vorbeugt, deren Auswirkungen, die oft so schmerzhaft sind, erst Jahre später,

165 Poseł Ewa Sikorska-Trela: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 listopada 1999 r., S. 121.

166 Poseł Marek Jurek: 26 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dniach 17, 18 i 19 lipca 2002 r., S. 31f.

167 Poseł Urszula Wachowska: 97 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 stycznia 2001 r., S. 181. »Jest to symbioza i trzeba koniecznie w świetle tego egoistycznego patrzenia pań feministek zastanowić się nad tym, jakie korzyści z urlopu, który nazywa się macierzyński, ma dziecko, dziecko, które ma matkę, i która powinna się nim w tym najmłodszym okresie najtroskliwiej osobiście opiekować. [...] Dlatego trzeba koniecznie nauczyć polskie kobiety macierzyństwa i tego, żeby wiedziały, jakie obowiązki.«

168 Poseł Tadeusz Bernard Lewandowski: 112 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4 i 5 lipca 2001 r., S. 130f.

169 Das obsessive Verhältnis vieler männlicher Abgeordneter zu ihrer eigenen Mutter wäre Thema für ein eigenes Buch.

170 Poseł Tadeusz Cymański: 8 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14, 17 i 18 grudnia 2001 r., S. 319f.

im Jugend- und jungen Erwachsenenalter, zu beobachten sind. Eine Mutter sollte so lange wie möglich bei ihrem Kind sein.«¹⁷¹

Auch Andrzej Wojtyła (SKL) hebt den demografischen Aspekt hervor und führt eine »geopolitische Komponente« des Mutterschutzes an (es geht ihm um die Größe der polnischen Bevölkerung).¹⁷² Zofia Krasicka-Domka (LPR) tut es ihm gleich und scheint ebenfalls davon überzeugt, dass ein verlängerter Mutterschutz das »Demografieproblem« nachhaltig lösen werde,¹⁷³ gleiches gilt für Marian Piłka (PiS).¹⁷⁴

Andere Abgeordnete argumentieren stärker mit dem Wohl der Mutter. So hebt Anna Sobecka hervor, dass ein längerer Mutterschutz auch für die Mutter wichtig sei, ihr »Sicherheit« gebe und zu einer höheren Arbeitseffizienz in der Wirtschaft führe. Letzteres begründet sie folgendermaßen: »Ein Kind ohne mütterliche Betreuung zu lassen, schränkt die volle Verfügbarkeit der Mutter ein, da ihre Gedanken bei dem Kleinen bleiben, was sich natürlich auf ihre Arbeitseffizienz auswirkt.«¹⁷⁵ Eine ambivalente Position vertritt Elżbieta Radziszewska (UW). Sie ist zwar einerseits der Ansicht, dass ein verlängerter Mutterschutz Vorteile für Mutter und Kind habe, betont aber andererseits, dass er ein Risiko von Benachteiligungen am Arbeitsplatz nach sich ziehe. Sie plädiert deshalb dafür, einen Ausschuss zu dem Thema zu gründen, um herauszufinden, welche Variante den »Nutzen auf nationaler Ebene« am meisten erhöhe.¹⁷⁶

Erneut kommt der Kindsvater (mit wenigen Ausnahmen) nicht vor. Lediglich Teresa Liszcz (AWS), eine vehemente Gegnerin der Möglichkeit zur Aufteilung des Mutterschaftsurlaubs, betont, dass, »bei allem Respekt vor der Vaterschaft und der Rolle des Vaters in der Familie«, sich die Mutter »in der ersten Lebensphase« um das Kind kümmern solle.¹⁷⁷ Hier bestätigt sich, was sich Joan Scotts zufolge im Geschlechterdiskurs oft zeigt: »these normative statements depend on the refusal [...] of alternative possibilities.«¹⁷⁸

171 Poseł Waldemar Mieczysław Sikora: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r., S. 91–93. »Otóż bezpośrednia, nieomal ciągła obecność matki przy dziecku w tym najwcześniejszym okresie rozwoju jest niezwykle istotną okolicznością wpływającą na prawidłowy jego rozwój psychiczny i fizyczny. Będzie procentować ona w przyszłości brakiem urazów psychicznych i głębokich negatywnych przeżyć, których skutki, często tak bolesne, obserwujemy po latach, w wieku dojrzwania i młodości. Matka powinna być ze swoim dzieckiem jak najdłużej.«

172 Poseł Andrzej Wojtyła: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r., S. 110f.

173 Poseł Zofia Krasicka-Domka: 7 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4 i 5 grudnia 2001 r., S. 183f.

174 Poseł Marian Piłka: 8 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14, 17 i 18 grudnia 2001 r., S. 320.

175 Poseł Anna Sobecka: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r., S. 95f. »Pozostawienie dziecka bez opieki matki zakłóca jej pełną dyspozycyjność, gdyż myślami pozostaje ona przy swoim maleństwie, co w sposób oczywisty odbija się na efektywności pracy.«

176 Poseł Elżbieta Radziszewska: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r., S. 93f.

177 Poseł Teresa Liszcz: 102 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 lutego oraz 1, 2 i 8 marca 2001 r., S. 80f.

178 Scott: Gender, S. 43.

Andere Abgeordnete sind gegen eine Verlängerung oder für die Möglichkeit einer Aufteilung des Mutterschutzes. Adam Stanisław Szejnfeld (UW) begründet dies mit den Kosten einer Ausweitung des Mutterschutzes, der in Polen im internationalen Vergleich bereits sehr lang sei. Das Geld solle besser anders verwendet werden. Ferner befürchtet er, dass es so für Frauen noch schwieriger werde, einen Arbeitsplatz zu finden. Er stellt zudem infrage, ob eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs tatsächlich die von vielen konstatierte demografische Wende bringe.¹⁷⁹ Und er ist es auch, der im Namen seiner Partei den Antrag stellt, dass neben 16 obligatorischen Wochen für die Mutter die restlichen fakultativ sein sollten und auch der Vater diese in Anspruch nehmen können sollte.¹⁸⁰ Seine Parteifreundin Barbara Imiolczyk betont ebenfalls, dass alles andere Diskriminierung und Ungleichbehandlung sei.¹⁸¹ Dieser Vorschlag sowie die Argumentation wird auch von Stanisław Brzózka im Namen der PSL unterstützt.¹⁸² Aufschlussreich ist, dass die Abgeordneten in diesem Kontext nicht für mehr staatliche Kinderbetreuung plädieren, sondern letztlich für eine *double burden* aus Care- und Erwerbsarbeit.

Auch Krystyna Cencek (SLD) spricht sich für einen sechsmonatigen Mutterschaftsurlaub aus, möchte aber ebenfalls drei Monate davon fakultativ ansetzen, aus Sorge um die Arbeitsmarktchancen von Frauen.¹⁸³ Diese Sorge scheint durchaus berechtigt, wurden doch Frauen nach dem Ende des Mutterschutzes nicht selten arbeitslos.¹⁸⁴ Zugleich betont sie, dass für die Kinder sechs Monate am vorteilhaftesten seien.¹⁸⁵ Ähnlich argumentiert Renata Szynalska (SLD), die sich zwar für die Möglichkeit zur Aufteilung des Mutterschutzes ausspricht, zugleich aber betont, dass »jede Mutter in den ersten Lebensmonaten so lange wie möglich bei ihrem Kind sein möchte.«¹⁸⁶ Diese beiden Abgeordneten stehen für ein großes Lager innerhalb der Linken, das i. d. R. für eine Ausweitung der Sozialleistungen für Frauen und insbesondere Mütter plädiert. Dieses Lager sieht die Kindererziehung als »natürliche« weibliche Aufgabe, die vom Staat unterstützt werden müsse, und wendet sich oft gegen ein männliches »Eindringen« in diese Sphäre. Dieses essentialistische Geschlechterbild steht dabei durchaus in der Tradition volksrepublikanischer Geschlechterpolitik, d. h. einer Förderung von Frauen anhand ihrer vermeintlich »natürlichen« Rollen und Bedürfnisse, und geht mit einer gewissen Entmündigung von Frauen einher.

Anders argumentiert Maria Gajecka-Bożek (SLD) mit ihrer Frage, ob der Mutterschutz (nach einer Erholungsphase im Anschluss an die Geburt) Pflicht oder Privileg sei.

179 Poseł Adam Stanisław Szejnfeld: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 9 listopada 1998 r., S. 152f.

180 Ders: 93 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 6, 7 i 8 grudnia 2000 r., S. 52.

181 Poseł Barbara Imiolczyk: 111 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20, 21 i 22 czerwca 2001 r., S. 165.

182 Poseł Stanisław Brzózka: 111 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20, 21 i 22 czerwca 2001 r., S. 165f.

183 Poseł Krystyna Cencek: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 9 listopada 1998 r., S. 150f.

184 Kowalski: Feminismus, S. 306.

185 Poseł Krystyna Cencek: 33. Sitzung Sejm, S. 150f.

186 Poseł Renata Szynalska: 57 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16, 17, 18 i 19 września 2003 r., S. 64f.

Im letzteren Fall könne die Frau selbst entscheiden, ob sie dies wolle. Damit ist Gajecka-Bożek eine der wenigen Abgeordneten (auch innerhalb ihrer Partei), die die Entscheidung der Frau in den Mittelpunkt rückt. Darüber hinaus kritisiert sie die Behauptung, mehr Mutterschutz führe zu mehr Kindern. Aus ihrer Sicht würde eine sechsmonatige Zwangspause genau das Gegenteil bewirken.¹⁸⁷ Ähnlich wie sie argumentiert Jan Lityński (UW), der für die Möglichkeit einer Aufteilung des Mutterschutzes zwischen Vater und Mutter ist, sobald sich die Mutter von der Geburt erholt habe. Er begründet dies damit, dass eine Elternschaft gleiche Rechte und Pflichten für alle Elternteile bedeute. Ein Modell, das Frauen für die Kindererziehung und Männer für die Erwerbsarbeit verantwortlich mache, sei überholt.¹⁸⁸

Nur wenige Abgeordnete aus dem linken und liberalen Lager plädieren für eine selbstbestimmte Wahl und Aufteilung von Arbeitsbereichen unabhängig vom Geschlecht. Begründet wird dies, wie auch im rechten Lager, mit dem Schutz des Kindes und der Mutter. Hierbei wird zusätzlich betont, wie wichtig die Einhaltung der »natürlichen« Rollen für die demografische, moralische und vor allem nationale Zukunft Polens sei. Aber auch von der linksliberalen Seite des Parlaments werden mehrheitlich »natürliche« Geschlechterrollen reproduziert. Zwar werden hier Frauen weniger zum Objekt stilisiert, das lediglich der »Nation« dient, doch bleibt die Mutterschaft weithin ihre erste Identität. Letztlich gelten Frauen in dieser Argumentationslinie nach wie vor als eigene und schützenswerte Gruppe. Umgekehrt kommen Männer nur selten vor und wenn, dann wird ihnen generell die Fähigkeit abgesprochen, Kinder (bis zu einem gewissen Alter) adäquat betreuen zu können. Schließlich zeigt sich an den Debatten über Kinderbetreuung zwischen 1991 und 2004 vor allem die Persistenz der beschriebenen Narrative und des inhärent paternalistischen Diskurses. Auffällig ist, wie viel über Erziehungsgeld und Mutterschutz und wie wenig über staatliche Betreuungseinrichtungen diskutiert wird. Dieses Thema rückt im Vergleich zum vorherigen Jahrzehnt eindeutig in den Hintergrund. Die Ursachen dieser diskursiven Privatisierung der Kinderbetreuung sind einerseits im »conservative backlash«¹⁸⁹ der 1980er Jahren in Geschlechterfragen zu suchen und andererseits im Systemwechsel begründet. Die »häusliche«, d. h. »weibliche« Care-Arbeit wurden also zu einem ideologischen Kulminationspunkt der ideellen Abwendung vom Kommunismus stilisiert, wobei andere Faktoren wie die Rolle der Kirche und finanzielle Zwänge ebenfalls eine Rolle spielten und noch zu diskutieren sein werden.

Erwerbsarbeit und Geschlecht

Über das Verhältnis zwischen Geschlecht und Erwerbsarbeit wurde von 1991 bis 2004 anhand ganz unterschiedlicher Themen diskutiert. Eine der grundsätzlichen Fragen war

187 Poseł Maria Gajecka-Bożek: 97 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 stycznia 2001 r., S. 178f.

188 Poseł Jan Lityński: 102 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 lutego oraz 1, 2 i 8 marca 2001 r., S. 82.

189 Zok: Poland, S. 37.

dabei, ob alle Geschlechter¹⁹⁰ gleichen Zugang zu jeder Arbeit haben sollten. Zu Beginn der 1990er Jahre wurde diese Frage in der Regel mit »nein« beantwortet. So forderte Danuta Waniek (SLD) 1992 zwar, dass die Liste der für Frauen verbotenen Berufe überarbeitet werden müsse, indem sie dies mit der hohen Frauenarbeitslosigkeit begründete. Von einer grundsätzlichen Infragestellung der Verbote ist bei ihr allerdings keine Rede.¹⁹¹ Ebenso wenig beim Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik, Michał Boni (KLD), der nur betont, dass die Liste der für Frauen verbotenen Berufe revidiert und der Marktwirtschaft angepasst werde. Geschlechterspezifischen Stellenausschreibungen möchte er aufgrund des »Protests internationaler Institutionen« ein Ende setzen.¹⁹² Bezüglich der Frage, ob bestimmte Berufe nur für Männer geeignet seien (umgekehrt findet dazu keine Diskussion statt), verändert sich über den Untersuchungszeitraum hinweg im linken und liberalen Lager die Debatte. So betont Izabela Jaruga-Nowacka als Bevollmächtigte der Regierung für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2004: »Der Arbeitgeber sollte den Arbeitnehmer lediglich darauf hinweisen, dass diese Art der Beschäftigung, diese Art von Arbeit negative Auswirkungen haben kann, wenn die Frau oder der Mann Zeugungspläne hat«,¹⁹³ und Danuta Polak (SLD-UD) beklagt, dass es noch immer Männer- und Frauenberufe gebe und sich diese Aufteilung zu langsam auflöse.¹⁹⁴

Auf der anderen Seite des Parlaments ändert sich allerdings nur wenig in den Auffassungen von der grundsätzlichen Rollenaufteilung. Antoni Stanisław Stryjewski (LPR) reagiert auf die Forderung von Jaruga-Nowacka mit dem Vorwurf, dies sei »gegen die Ordnung Gottes im Schöpfungswerk« und »der Natur« und sie werde sich dafür eines Tages vor Gott verantworten müssen.¹⁹⁵

Neben der Frage der Berufsverbote wird immer wieder über die Rolle und Bedeutung arbeitender Frauen in der polnischen Wirtschaft diskutiert. Maria Dmochowska (UD) beklagt diesbezüglich, dass, wenn im Sejm von Erwerbsarbeit die Rede sei, immer nur vom hohen Produktionspotenzial der Männer gesprochen werde, nie von dem der Frauen. Zugleich distanziert sie sich von Feministinnen, welche die »Überlegenheit der Frauen gegenüber den Männern« betonten. Sie hingegen sei für Gleichberechtigung.¹⁹⁶ Ganz anders Czesław Pogoda (Socjaldemokracja Polska, SDPL), der als selbsternannter

190 Wobei in der parlamentarischen Diskussion lediglich über Männer und Frauen gesprochen wird.

191 Poseł Danuta Waniek: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18 i 19 grudnia 1992 r., S. 117.

192 Sekretarz Stanu w Ministerstwie Pracy i Polityki Socjalnej Michał Boni: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18 i 19 grudnia 1992 r., S. 118–120.

193 Sekretarz Stanu w Kancelarii Prezesa Rady Ministrów, Pełnomocnik Rządu do Spraw Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn Izabela Jaruga-Nowacka: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r., S. 493. »Pracodawca powinien po prostu uprzedzać pracownika, że ten typ zatrudnienia, ten rodzaj wykonywanej pracy może przynieść negatywne skutki, jeżeli kobieta lub mężczyzna mają plany prokreacyjne.«

194 Poseł Danuta Polak: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r., S. 461f.

195 Poseł Antoni Stanisław Stryjewski: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r., S. 486.

196 Poseł Maria Dmochowska: 57 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24 i 25 sierpnia 1995 r., S. 30f.

Vertreter der Arbeitgeber:innen spricht und bezüglich der Arbeit von Frauen betont: »Ich weiß, dass Frauen in Kleinstädten in vielen Fällen nicht arbeiten wollen. Sie werden für 6 Monate angestellt, nach 6 Monaten kommen sie und sagen: Chef, ich will nicht arbeiten.« Der Abgeordnete führt dies darauf zurück, dass sie sich um Haushalt, Kinder und den Ehemann kümmern und zu wenig verdienen, als dass sich Erwerbsarbeit lohne.¹⁹⁷ Erneut fällt auf, dass ausschließlich über die Erwerbsarbeit von Frauen diskutiert wird, während die Erwerbsarbeit von Männern unabänderliche Normalität zu sein scheint. Dies ändert sich erst im Zuge von Debatten über Gesetze zur Gleichberechtigung der Geschlechter, die in diesem Kapitel noch analysiert werden. Zudem verknüpfen viele Abgeordnete »weibliche« Erwerbsarbeit mit »weiblichen Rollen«. So betont der Abgeordnete Bolesław Machnio (PSL) bezüglich der Pflege in einem Krankenhaus:

»Die Krankenschwestern verrichteten diese Tätigkeit mit großer Zufriedenheit, fast mit einem Lächeln auf den Lippen, nicht für Geld, sondern mit viel Herzblut bei der Arbeit. Die so geleistete Arbeit ermöglichte es, die Kranken nicht vom Personal zu trennen – im Gegenteil, es entstand ein Band der innigen Freundschaft zwischen den Krankenschwestern und den Kranken.«¹⁹⁸

An solchen Einstellungen gibt es jedoch auch Kritik. So spricht Krystyna Herman (SLD) ebenfalls über die Situation von Frauen im Gesundheitswesen, kritisiert aber, dass vor allem Krankenschwestern noch immer schlecht bezahlt würden.¹⁹⁹ Auch Izabella Sierakowska (SDPR) betont deren schwierige Situation, um die sich die Regierung kaum kümmere.²⁰⁰ Zugleich kritisiert sie die Doppelstandards der Regierung bezüglich männlich und weiblich geprägter Wirtschaftsbereiche:

»Bergleute, Rüstungsarbeiter, Eisenbahner protestieren mehrere Stunden lang und erreichen praktisch alles: Abfindungen, Lohnerhöhungen [...]. Auf der anderen Seite werden Krankenschwestern, die drei Jahre lang protestieren und einen Mindestlohn verdienen, mit Arroganz, Respektlosigkeit und Unfähigkeit konfrontiert. Hoher Sejm! Die Schlussfolgerung ist einfach: Die Regierung hat Angst vor starken, von Männern dominierten Branchen. Die Regierung kämpft gegen Frauen.«²⁰¹

197 Poseł Czesław Pogoda: 89 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25, 26 i 27 września 1996 r., S. 284f.

198 Poseł Bolesław Machnio: 80 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 29, 30 i 31 maja 1996 r., S. 96f. »Panie pielęgniarki czynność tę wykonywały z ogromnym zadowoleniem, niemal z uśmiechem na ustach, nie za pieniądze, ale wkładając w swoją pracę bardzo dużo serca. Tak wykonywana praca pozwalała nie oddzielać chorego od obsługi – wprost przeciwnie, między pielęgniarkami a osobami chorymi zawiązywała się więc nieodłącznej przyjaźni.«

199 Poseł Krystyna Herman: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 czerwca 1999 r., S. 65f.

200 Poseł Izabella Sierakowska: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 czerwca 1999 r., S. 81.

201 Dies. 93 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 6, 7, i 8 grudnia 2000 r., S. 262. »Górnicy, pracownicy przemysłu obronnego, kolejarze protestują kilkanaście godzin i osiągają praktycznie wszystko: odprawy, podwyżki [...]. Natomiast kobiety pielęgniarki, protestujące trzy lata, zarabiające minimalnie, spotykają się z arogancją, lekceważeniem, niemożnością. Wysoki Sejmie!

Aus ihrer Sicht nehme die Regierung feminisierte Branchen generell nicht so ernst wie die männlich dominierte Industrie. Sie fragt lakonisch: »Haben die Proteste der Arbeiterinnen eine Chance, mit den Protesten der männlichen Beschäftigten gleichgestellt zu werden?«²⁰² Auch Jacek Kasprzyk (PPS) kritisiert in diesem Kontext, dass Frauen in keiner Branche die gleichen Privilegien wie Arbeiter in der Schwerindustrie hätten,²⁰³ und Stanisław Łyżwiński (Samoobrona) betont, dass aufgrund der Umstrukturierungen in den Bergwerken vor allem Frauen, insbesondere die Ehefrauen von Bergleuten, ihre Arbeit verloren hätten.²⁰⁴ Die Ungleichbehandlung feminisierter Branchen wurde also von Teilen der Abgeordneten erkannt und problematisiert. Dies änderte allerdings – wie ich anhand der vom Sejm in den 1990er und frühen 2000er Jahren implementierten Geschlechterpolitik noch zeigen werde – kaum etwas an der Praxis. Ähnliche Phänomene zeigen sich bis heute in Polen sowie in anderen europäischen Ländern.²⁰⁵

Eine weitere Debatte, anhand derer die Erwerbstätigkeit von Frauen verhandelt wurde, ist diejenige um die Frage der Sonntagsarbeit. Witold Tomczak (AWS) spricht sich gegen die sonntägliche Öffnung der Geschäfte aus, da dort vor allem Frauen arbeiteten, die sonntags bei ihren Familien sein sollten.²⁰⁶ Auch Jacek Szczot kritisiert, dass Frauen, die gezwungen würden, sonntags zu arbeiten, in ihrer Wahlfreiheit für eine sogenannte familienzentrierte Lebensweise benachteiligt würden.²⁰⁷ Beiden geht es dabei explizit um Frauen. Der Staatssekretär in der Staatskanzlei des Präsidenten der Republik Polen, Ryszard Kalisz, widerspricht hingegen den Befürworter:innen eines Ladenschlusses am Sonntag, indem er süffisant anmerkt, dass alle Frauen, die er kenne, gerne sonntags einkaufen gingen.²⁰⁸ Hier zeigt sich exemplarisch, wie sozial- und wirtschaftspolitische Themen geschlechterpolitisch verhandelt werden.

Auch die Frage eines geschlechterspezifischen Renteneintrittsalters stand immer wieder auf der Agenda des Sejms. In diesen Debatten wurde stets auch die geschlechterspezifische Verteilung von Arbeit mitverhandelt. In der ersten Legislaturperiode (1991–1993) wurde vor allem ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs diskutiert, welches das Hochschulgesetz, das eine Pensionierung von Wissenschaftlerinnen mit 60 Jahren verlangte, als zu strikt beurteilte. Herbert Szafraniec (LD) begrüßt dieses Urteil, da es

Wniosek jest prosty: Rząd boi się silnych branży opanowanych przez mężczyzn. Rząd walczy z kobietami.«

202 Ebd., S. 262f. »Czy protesty pracowników–kobiet mają szansę na równe traktowanie z protestami pracowników– mężczyzn.«

203 Poseł Jacek Kasprzyk: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 czerwca 1999 r., S. 106.

204 Poseł Stanisław Łyżwiński: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r., S. 483f.

205 Die politische und finanzielle Aufmerksamkeit, die beispielsweise den letzten noch verbleibenden Braunkohlearbeiter:innen (und Konzernen) in Deutschland zuteil wird, steht in krassem Kontrast zu der von Erzieher:innen in Kitas, deren Zahl etwa um den Faktor 40 höher ist.

206 Poseł Witold Tomczak: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 listopada 1999 r., S. 244f.

207 Poseł Jacek Szczot: 105 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 27, 28 i 29 marca 2001 r., S. 76.

208 Sekretarz Stanu w Kancelarii Prezydenta RP Ryszard Kalisz: 65 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1, 2 i 3 grudnia 1999 r., S. 117.

zu mehr Gerechtigkeit für Frauen mit Kindern führe.²⁰⁹ Ebenso Teresa Liszcz (PC), die betont, dass die Verfassung die Gleichheit der Geschlechter garantiere und zudem nicht nachgewiesen sei, dass Frauen die Fähigkeit zu dieser Arbeit früher als Männer verlören, sodass es sich um eine geschlechterspezifische Diskriminierung handele. Ein niedrigeres Rentenalter für Frauen sei aber grundsätzlich gerechtfertigt, da diese für die Kinderbetreuung verantwortlich seien. Darüber hinaus heirateten Ehefrauen jünger als ihre Ehemänner und es sei wichtig, dass beide gleichzeitig in den Ruhestand träten; sie begründet dies allerdings nicht.²¹⁰ Das unterschiedliche Renteneintrittsalter bleibt bis 2004 ein Randthema und wird meist verteidigt. So sorgt sich der Abgeordnete Mieczysław Kasprzak (SLD) darum, dass bei einem späteren Renteneintritt von Frauen diese die Betreuung der Enkel nicht mehr übernehmen könnten.²¹¹ Damit spricht er ein Thema an, das in den Debatten nur wenig diskutiert wird: die Verantwortlichmachung der Großmütter für die Erziehung der Enkel. Es war (und ist) unhinterfragte Norm, dass Frauen früher in Rente gehen, um sich um die Enkel zu kümmern. Dies erklärt zumindest teilweise die Tatsache, dass über das unterschiedliche Renteneintrittsalter kaum diskutiert wurde. Studien zu dem Thema im europäischen Vergleich kommen zu dem Ergebnis, dass konservativere Familienwerte mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für eine Kinderbetreuung durch Großmütter einhergehen. Innerhalb der EU ist der Anteil von Kindern, die primär von den Großeltern (meist Großmüttern) betreut werden, in Griechenland, Italien, Ungarn, Österreich und Polen größten. Dies sind zugleich die Länder, in denen ein Zusammenleben der Generationen am verbreitetsten ist. Am niedrigsten sind die Werte in den skandinavischen Ländern und in Teilen Frankreichs.²¹² Betrachtet man lediglich den Anteil der Großeltern, die sich (theoretisch) noch im erwerbsfähigen Alter befinden (hier definiert als 50 bis 69 Jahre alt) und sich täglich um ein Enkelkind kümmern, liegt Polen (Zahlen für 2009) mit 33,5 % für Großmütter vorn – vor Griechenland und Irland. In Tschechien (16 %) und Ungarn (20,1 %) liegen die Quoten deutlich niedriger. Diese Norm ist ebenfalls ein wichtiger (wenn nicht der entscheidende) Grund für das niedrigere Rentenalter von Frauen in Polen. Zu diesem Schluss kommen auch Christy Glass und Éva Fodor, die die Vergeschlechtlichung der Sozialpolitik in Ungarn und Polen nach 1989 untersuchten.²¹³ Die Norm bleibt dabei oft unhinterfragt oder wird als ›sinnvoll‹ oder ›selbstverständlich‹ verteidigt. Meine Interviewpartnerin Zuzanna Kamińska²¹⁴, eine aus Polen emigrierte Frau, die seit einigen Jahren in Deutschland lebt und arbeitet und in beiden Ländern Erfahrungen mit der Kinderbetreuung gemacht hat, betont:

209 Poseł Herbert Szafraniec: 7 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 i 31 stycznia oraz 1 lutego 1992 r., S. 129.

210 Poseł Teresa Liszcz: 7 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 i 31 stycznia oraz 1 lutego 1992 r., S. 128.

211 Poseł Mieczysław Kasprzak: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r., S. 475f.

212 Jappens, Maaïke/Van Bavel, Jan: Regional family norms and child care by grandparents in Europe, in: *Demographic Research* Vol. 27 (4/2012), S. 85–120, hier: S. 112f.

213 Glass/Fodor: Poland and Hungary, S. 342.

214 Pseudonym.

»Natürlich ist die Oma-und-Opa-Institution in Polen sehr weit entwickelt. Wenn eine Frau [das Kind] früher bekommt, als es normal ist, nimmt die Oma sofort die Frührente in Anspruch und beschäftigt sich mit dem Kind. Sie macht das, weil sie will, dass die junge Mutter arbeiten kann.«²¹⁵

Für sie ist dies ein positiver Aspekt der Kinderbetreuung in Polen, »der hier [in Deutschland] überhaupt nicht funktioniert.«²¹⁶ Im Weiteren präzisiert sie:

»In Berlin ist es vielleicht so, dass die Großmutter vielleicht das Kind aus der Schule oder aus dem Kindergarten abholt. Aber in Polen ist es anders. Ich spreche von der Oma-Institution, weil es schon ähnlich einem Beruf ist, wenn man sich acht oder neun Stunden am Tag mit dem Kind beschäftigt. Das ist natürlich unglaublich viel Arbeit. Aber das funktioniert in Polen bis heute ziemlich gut.«²¹⁷

Zuzanna Kamińska bestätigt mit ihrer Aussage die Norm der Kinderbetreuung durch die Großmutter, auch um den Preis der Frühverrentung, und hebt sie explizit als Vorteil der polnischen Gesellschaft hervor. Spricht sie zunächst von »Oma und Opa«, so ist es im Folgenden nur noch die Oma; ebenso bei meiner Interviewpartnerin Alicja Nowak.²¹⁸ Auch Zdzisława Janowska spricht dieses Thema an, als sie vom Rückbau der Kinderbetreuungseinrichtungen in Łódź berichtet. Ein Argument im Stadtrat, dem sie zu Beginn der 1990er Jahre angehörte, sei gewesen, dass dann eben die Großmutter das Kind betreuen oder aus der Kita abholen solle, wenn diese nur noch eine Grundversorgung anbot.²¹⁹

Explizit diskutiert werden die geschlechterspezifischen Rollenverteilungen und Narrative im polnischen Sejm beim Thema Arbeit schließlich in den Debatten zur Frage, ob ein Gesetz zur Verhinderung von Diskriminierung und zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt eingeführt werden solle. Dies fand vor allem in den Sitzungen vom 18. Juni 1997 und vom 4. März 1999 seinen Niederschlag. In Letzterer betont der Abgeordnete Antoni Szymański (ZChN), dass er für die völlige Gleichberechtigung der Geschlechter sei, beharrt zugleich aber auf vermeintlich »natürlichen« Geschlechterrollen. Ferner kritisiert er weitergehende gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung, da es keine Diskriminierung von Frauen mehr gebe und eine solche Behauptung demagogisch sei. Zudem werde mit der Gleichstellungsforderung im Bereich der Arbeit der Wert einer Frau als Mutter und Ehefrau negiert.²²⁰ Dem schließt sich auch sein Kollege Jan Wyrowiński (UD) an, der beklagt, dass der Sejm über Gleichberechtigung statt über wichtige Themen wie Korruption diskutiere.²²¹ Eugeniusz Januła (UP) ist wiederum ge-

215 Kamińska: Transkript, S. 4.

216 Ebd.

217 Ebd.

218 Interview mit Alicja Nowak. Digital (10.5.2023), S. 3f. Bei ihrem Namen handelt es sich um ein Pseudonym.

219 Janowska: Transkript, S. 8f.

220 Poseł Antoni Szymański: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3 i 4 marca 1999 r., S. 179–181.

221 Poseł Jan Wyrowiński: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8 i 9 listopada 1995 r., S. 125.

gen das Gesetz zur Gleichstellung, da dadurch Frauen bevorzugt würden; darüber hinaus sei es »natürlich«, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt »eher auf Position zwei seien«, da sie »natürlich für die Kinder verantwortlich« und deshalb nicht immer verfügbar seien. Schließlich argumentiert der Abgeordnete, dass die Bildung der Frauen für Führungspositionen oft nicht ausreiche.²²²

Jan Chmielewski (AWS) kritisiert das geplante Gleichstellungsgesetz hingegen – vorzüglich im Namen der Frauen – mit folgenden Worten:

»Was hat eine Ehefrau und Mutter davon, wenn sie eine Erwerbsarbeit außerhalb des Hauses aufnimmt, und was verliert das Familienleben dadurch? [...] Ich glaube, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht bedeuten kann – wie bereits erwähnt wurde – Männer (im Falle von Frauen) zu imitieren und umgekehrt, denn dies würde zu einer Verarmung ihrer selbst und der Gesellschaft durch die Deformation oder den Verlust von Werten führen, die sowohl für Frauen als auch für Männer einzigartig sind.«²²³

Seine Parteifreundin Zdzisława Kobylińska (AWS) betont ebenfalls die unterschiedlichen Aufgaben der Geschlechter:

»Die Frau und der Mann haben zwei sozial und kulturell unterschiedliche Funktionen zu erfüllen, was nicht bedeutet, dass eines der beiden Geschlechter diskriminiert wird. Dass es schwierig ist, sich eine Frau als Bergarbeiterin oder Traktoristin vorzustellen, was wir in unserem Land schon durchgemacht haben, und dass wir eher Mitleid mit ihr haben sollten, wenn sie eine solche Arbeit verrichten würde, ist keine Diskriminierung der Frau, sondern Respekt vor ihr, Respekt. Und es wäre bedauerlich, wenn ein solches Verständnis von kulturellen, sozialen oder elementaren biologischen Rollen verzerrt würde.«²²⁴

Sie argumentiert »as if these normative positions were the product of social consensus rather than of conflict.«²²⁵ Und auch der Bevollmächtigte der Regierung für Familienan-

222 Poseł Eugeniusz Januła: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r., S. 123f.

223 Poseł Jan Chmielewski: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 182f. »Co zyskuje żona i matka, podejmując pracę zawodową poza domem, a co z tego powodu traci życie rodzinne? [...] Uważam, że równy status kobiety i mężczyzny nie może oznaczać – była już o tym mowa – w przypadku kobiet naśladownia mężczyzny i odwrotnie, gdyż prowadziłoby to do zubożenia ich samych oraz społeczeństwa poprzez deformację bądź utratę unikalnych, wyjątkowych zarówno w przypadku kobiety, jak i mężczyzny wartości.«

224 Poseł Zdzisława Kobylińska: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 173f. »Kobieta i mężczyzna bowiem mają społecznie i kulturowo do spełnienia dwie różne funkcje, co nie oznacza bynajmniej, że któraś z płci jest dyskryminowana. To, że trudno sobie wyobrazić kobietę jako górniką czy traktorystę, co już zresztą w naszym kraju przerabialiśmy, i że należałoby jej raczej współczuć, gdyby miała taką pracę wykonywać, nie jest przecież dyskryminowaniem kobiety, jest raczej respektem dla niej, szacunkiem. I niedobrze by się stało, aby takie rozumienie ról kulturowych, społecznych czy też wynikających z elementarnych racji biologicznych zostało wykoślawione [...]«

225 Scott: Gender, S. 43.

gelegenheiten, Kazimierz Kapera, sorgt sich darum, dass ein Gesetz zur Gleichberechtigung »die Unterschiede zwischen den sozialen Rollen von Männern und Frauen« verwische und damit insbesondere junge Menschen in ihrer Identität verwirre.²²⁶ Zudem betont er:

»Männer und Frauen reagieren unterschiedlich, was mit physiologischen Unterschieden zusammenhängt. Der Unterschied in der Sensibilität, der Emotionalität und sogar der natürlichen Veranlagung für die Entwicklung bestimmter Fähigkeiten bedeutet, dass wir objektiv über verschiedene Veranlagungen sprechen können, bestimmte Berufe auszuüben. Die künstliche feministische Ideologie, die auf falschen anthropologischen Prämissen beruht, oder die Ideologie der sogenannten politischen Korrektheit versucht, die traditionelle, von der europäischen Kultur bestätigte Wahrheit zu negieren, dass es typisch weibliche und typisch männliche Berufe gibt. Frauen sind in Ersterem, Männer in Letzterem besser. Die künstliche Einführung von Frauen in Männerberufe wie den Bergbau, die Metallurgie und das Bauwesen ist wahrscheinlich ein Missverständnis der physischen und geistigen Struktur des weiblichen Organismus und bedroht ihr Leben und ihre Gesundheit.«²²⁷

Jacek Szczot betont schließlich, dass Gleichberechtigung aufgrund »der biologischen Fähigkeiten von Frauen und eines Männern« nicht möglich sei,²²⁸ und Krystyna Grabicka (LPR) kritisiert unter Beifall:

»Wir brauchen kein Amt für die Gleichstellung von Mann und Frau. Für die einen ist es Gott und für die anderen die Natur, die uns so geschaffen hat, dass es eine solche Gleichheit nicht gab, nicht gibt und nie geben kann.«²²⁹

226 Sekretarz Stanu w Kancelarii Prezesa Rady Ministrów Pełnomocnik Rządu do Spraw Rodziny Kazimierz Kapera: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 171–173.

227 Poseł Kazimierz Kapera: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r., S. 123f. »Kobiety i mężczyźni reagują inaczej, co jest związane z fizjologiczną odmiennością. Różnica wrażliwości, emocjonalności, a nawet naturalnych predyspozycji do rozwoju pewnych zdolności powoduje, że w sposób obiektywny możemy mówić o odmienności predyspozycji do wykonywania poszczególnych zawodów. Sztuczna, oparta na fałszywych przesłankach antropologicznych ideologia feministyczna czy ideologia tzw. politycznej poprawności usiłuje zanegować potwierdzoną przez kulturę europejską tradycyjną prawdę, że istnieją zawody typowo kobiece i typowo męskie. W pierwszych po prostu lepsze są kobiety, w drugich lepsi są mężczyźni. Sztuczne wprowadzanie, na siłę, kobiet do zawodów męskich, takich jak górnictwo, hutnictwo, budownictwo, jest chyba nieporozumieniem w stosunku do fizycznej i psychicznej konstrukcji organizmu kobiet oraz zagraża ich życiu i zdrowiu.«

228 Poseł Jacek Szczot: 107 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24, 25 i 26 kwietnia 2001 r., S. 88f.

229 Poseł Krystyna Grabicka: 27 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 lipca 2002 r., S. 219f. »Nie jest nam potrzebny żaden urząd do spraw równouprawnienia mężczyzn i kobiet. Dla niektórych Pan Bóg, a dla innych natura stworzyli nas tak, że takiego równouprawnienia nie było, nie ma i nigdy być nie może.«

Die Abgeordnete Halina Nowina Konopka (ZChN) hebt schließlich hervor, dass eine Ungleichbehandlung gerechtfertigt sei. Ein Gleichstellungsgesetz spiele lediglich die Geschlechter gegeneinander aus. Außerdem betont sie: »Nun, Arbeitgeber suchen oft nach Männern, weil sie für sie nützlicher sind. Sollen wir das Recht der Arbeitgeber einschränken, die für sie richtigen Mitarbeiter auszuwählen?«²³⁰ Zudem zerstöre eine Gleichsetzung der Geschlechter letztlich die Psyche von Männern und Frauen.²³¹ Wie immer in diesen Debatten wird zuletzt noch der Vorwurf des Kommunismus erhoben. So betont Elżbieta Kruk (PiS), die Befürworter:innen der völligen Gleichstellung würden lügen wie das »Propagandalächeln der Traktorfahrerin Hela«.²³²

Die Argumente gegen die Einführung eines Gleichstellungs- bzw. Antidiskriminierungsgesetzes änderten sich zwischen 1991 und 2004 nur wenig. Über den gesamten Zeitraum werden dafür »natürliche« Geschlechterrollen und Aufgaben angeführt. Es zeigt sich in der Argumentation der Abgeordneten, dass »gender is a constitutive element of social relationships based on perceived differences between the sexes.«²³³

Anders sieht es bei den Befürworter:innen eines Gleichstellungsgesetzes aus, indem sie sich teilweise von der Idee »natürlicher« Aufgaben und Rollen in Abhängigkeit vom Geschlecht lösen. So setzt sich die Abgeordnete Teresa Jasztal (Ruch Ludzi Pracy, RLP) für das Gesetz zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein und kritisiert Debattenbeiträge, die die Darstellung einer arbeitenden Frau in einem Schulbuch als Bedrohung sehen würden. Sie betont, dass es sich bei diesem Gesetz nicht wie behauptet um eine radikalfeministische Forderung handele, sondern lediglich um den europäischen Standard.²³⁴ Ähnlich argumentiert Anna Bańkowska (SdRP), die – nachdem sie sich zunächst vom Feminismus distanziert hat – betont, dass insbesondere die eklatanten Gehaltsunterschiede sowie die deutlich höhere Arbeitslosigkeit von Frauen das Problem verdeutlichten.²³⁵ Auch Iwona Śledzińska-Katarasińska (UW) hebt die Relevanz des Gesetzes hervor, wenngleich sie mit dieser Position in ihrer Partei nur eine Minderheitsmeinung vertritt. Die ungleiche Entlohnung sowie die deutlich höhere Arbeitslosigkeit unter Frauen seien Tatsachen – umso mehr, wenn man den höheren Bildungsstand von Frauen einbeziehe.²³⁶ Die Abgeordnete, die bereits in früheren Debatten als Befürworterin einer Antidiskriminierungsgesetzgebung aufgefallen war, setzte sich immer wieder für ein Ende arbeitsmarktspezifischer Benachteiligungen von Frauen ein. Diese zeigten

230 Poseł Halina Nowina Konopka: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 187.

231 Dies.: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r., S. 232.

232 Poseł Elżbieta Kruk: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r., S. 221–223. Traktoristinnen waren *das* Symbol der sozialistischen Arbeiterin in der Volksrepublik, welches vor allem im ersten Jahrzehnt des sozialistischen Staates oft auf Propagandaplakaten gezeigt wurde.

233 Scott: Gender, S. 42.

234 Poseł Teresa Jasztal: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 188–190.

235 Poseł Anna Bańkowska: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 181f.

236 Poseł Iwona Śledzińska-Katarasińska: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 169f.

sich daran, dass sie als Erste entlassen würden und für die gleiche Stelle bis zu 40 % weniger bezahlt bekämen als ihre Kollegen. Die Abgeordnete geht allerdings noch weiter und spricht über die Auswirkungen der Tatsache, dass Frauen für die Kinderbetreuung verantwortlich gemacht würden, auf deren Erwerbstätigkeit. Es sei in Zukunft nötig, auch Männer in die Diskussion über Gleichberechtigung einzubeziehen und für die Erziehung der Kinder (mit)verantwortlich zu machen. Gesetze seien das eine, es müsse aber auch ein grundlegendes Nachdenken über Geschlechterrollen stattfinden. Dies komme schließlich ebenso den Männern zugute, die beispielsweise bei Scheidungen benachteiligt würden, zumal ihnen fast nie das Sorgerecht für die Kinder zugesprochen werde.²³⁷ Die Rede der Abgeordneten ist in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert, spricht sie doch über die Bedeutung von Geschlechternarrativen für die Gleichberechtigung im Erwerbsmarkt und die Notwendigkeit, auch Männerrollen zu überdenken. Neben ihr sprachen (nur wenige) weitere Abgeordnete wie Teresa Jasztal (SLD) diese Themen an. Auch sie sieht in den existierenden Rollenbildern das eigentliche Problem der Diskriminierung und spricht sich für diesbezügliche Sensibilisierung und Aufklärung aus. So müssten sich Schulbücher ändern und vor allem müsse man aufhören, beispielsweise Jungen von frühester Kindheit an zu verbieten, mit Puppen zu spielen. Schließlich merkt sie hoffungsvoll an, dass sich dann vielleicht auch Männer dazu in der Lage fühlen würden, sich um kleine Kinder zu kümmern.²³⁸ Sie geht hier also von sozial konstruierten Geschlechterrollen aus und negiert »biologistische« Begründungen. An anderer Stelle fasst sie die aus ihrer Sicht grundlegenden Probleme nochmals wie folgt zusammen:

»Besonders charakteristische Ausprägungen der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt manifestieren sich auf drei Arten. Die erste ist die berufliche Segregation, die darin besteht, dass sich die Tätigkeiten von Frauen auf mehrere Beschäftigungsbereiche konzentrieren: Dienstleistungen, Bildung, Gesundheitswesen. Vielleicht ist das der Grund für die relativ niedrigen Löhne in diesem Haushaltsbereich. Die zweite ist die Diskriminierung von Frauen bei der Erwerbsarbeit, die durch die Forschung bestätigt ist und sich in den unterschiedlichen Löhnen für die Arbeit in gleichwertigen Positionen niederschlägt. Sie reicht, basierend auf verschiedenen Studien, von 10 bis 40 %, natürlich zugunsten von Männern. Der dritte Grund ist, dass Frauen zwei Vollzeitstellen haben, zu Hause und am Arbeitsplatz. Die alleinige Belastung von Frauen mit häuslichen Pflichten, ungeachtet ihrer beruflichen Tätigkeit, schränkt sie ein, gleichberechtigt mit Männern zu konkurrieren.«²³⁹

237 Dies.: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r., S. 114–118.

238 Poseł Teresa Jasztal: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r., S. 118–120.

239 Ebd., »Obszarach zatrudnienia: usługach, edukacji, służbie zdrowia. Może w tym trzeba właśnie szukać przyczyn relatywnie niskich płac w tej sferze budżetowej. Druga to dyskryminacja kobiet w zatrudnieniu potwierdzona badaniami, polegająca na różnicy w płacach za pracę na równorzędnych stanowiskach. Sięga ona, na podstawie różnych badań, od 10 do 40 %, oczywiście na korzyść mężczyzn. Trzecia to praca kobiet na dwóch etatach w domu i w zakładzie pracy. Obciążenie wyłącznie kobiet obowiązkami domowymi, mimo pracy zawodowej, ogranicza ich konkutowanie z mężczyznami na równych zasadach.«

Machen diese Abgeordneten die in der Gesellschaft vorherrschenden Geschlechternarrative für die Diskriminierung von Frauen verantwortlich, so sieht Izabela Jaruga-Nowacka (UP) sie vor allem in der Volksrepublik und dem anschließenden Systemwechsel begründet. Erstere habe üppige Sozialleistungen gezahlt, die die Frauen nur unterstützt hätten, wenn sie sich um Kinder, Haushalt und Familie kümmerten. Diese würden nun unter den Bedingungen der Marktwirtschaft zum Nachteil von Frauen wirken, was sich vor allem an der höheren Arbeitslosigkeit von Frauen zeige.²⁴⁰ Hinzu komme, dass noch immer Berufsverbote für Frauen bestünden, um deren Reproduktionsfähigkeit zu schützen. Zugleich sei völlig unklar, warum nicht auch Männer vor Unfruchtbarkeit geschützt werden müssten. Sei diese – so ihre ironische Bemerkung – dem Staat so unwichtig? Schließlich beklagt sie, dass alle weiblich konnotierten Berufe – selbst wenn sie viel Können und Bildung erforderten – schlechter bezahlt würden. Ihre Vorschläge lauten, dass es bei den Berufen völlige Gleichstellung geben sollte, Väter stärker in die Kinderbetreuung einbezogen werden müssten und die Arbeit von Frauen nicht mehr als unnötiger Luxus behandelt werden solle.²⁴¹ Die Abgeordnete Genowefa Wiśniowska (Samoobrona) führt dieselben Argumente an wie ihre Vorrednerin und betont ebenfalls die massive Diskriminierung von Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt, die sich insbesondere in der höheren Arbeitslosigkeit sowie den niedrigen Löhnen manifestiere. Sie sieht allerdings den Systemwechsel als ursächlich dafür an und betont, dass dessen Last zu einem großen Teil von Frauen getragen werde.²⁴² Der Abgeordnete Andrzej Urbańczyk (SLD) spricht schließlich in Richtung derjenigen, die behaupten, es gäbe keine Diskriminierung:

»Nimmt man die gesamte menschliche Arbeit als hundert, so werden 70 % der menschlichen Arbeit auf der Welt von Frauen geleistet. Nimmt man andererseits alle menschlichen Einkünfte als hundert, so entfallen 25 % auf Frauen. Und wenn man das Eigentum auf hundert setzt, dann machen Frauen 1 % des Eigentums aus. Und Sie glauben, das sei kein Problem? (Stimme aus dem Saal: »Lüge«).«²⁴³

Der Zwischenruf »Lüge«, der von einem oder einer namentlich nicht bekannten Abgeordneten des Sejm kam, zeigt, wie so oft, wie aggressiv die Reaktionen auf Diskriminierungsthemen waren. Wichtig ist, dass Abgeordnete aus dem linken und liberalen Lager, die eine Neuverhandlung von Geschlechterrollen auch im Bereich der Care-Arbeit fordern, weiterhin selbst in ihren eigenen Parteien nicht die Mehrheitsmeinung repräsentieren. Vielmehr bedeutet Gleichberechtigung für viele der Abgeordneten nach wie vor,

240 Vgl. dazu auch: Przybylska: Transkript, S. 6f.

241 Poseł Izabela Jaruga-Nowacka: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r., S. 122f.

242 Poseł Genowefa Wiśniowska: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r., S. 225f.

243 Poseł Andrzej Urbańczyk: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r., S. 138. »Otóż gdyby całość ludzkiej pracy przyjąć za sto, to 70 % ludzkiej pracy na całym globie wykonują kobiety. Natomiast gdyby przyjąć za sto całość zarobków ludzi, to kobiety biorą 25 %. A jeżeli przyjmujemy własność za sto, to kobiety mają 1 % własności. I sądzicie, że nic ma problemu? (Głos z sali: Kłamstwo.)«

dass Frauen ihren ›biologischen Pflichten‹ nachkommen und Karriere machen können. So ist sich Aleksander Małachowski (UP) sicher, dass »viele in der Lage sind, diese Dinge zu verknüpfen«. ²⁴⁴ Diese Propagierung einer *double burden* ist typisch für weite Teile des (links)liberalen Lagers und auch meine Interviewpartnerin Karolina Przybylska hebt positiv hervor, dass es aus psychologischen und soziologischen Gründen nur Frauen gelinge, alles gleichzeitig zu tun, d. h., sich um den Haushalt zu kümmern, zu arbeiten usw., kurz: ein »Multi-Tasking-Leben« (*takie wielozadaniowe życie*) zu führen. ²⁴⁵

Neu ist an der Debatte zum Antidiskriminierungsgesetz, dass explizit über Rollenverteilungen gesprochen und Care-Arbeit einbezogen wird. Zudem werden dabei erstmals auch Männer in den Blick genommen, insbesondere in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums. Als Beispiel dient eine Rede von Jolanta Banach, für die Gleichberechtigung auch bedeutet, dass Männer ihre Kinder betreuen (dürfen). ²⁴⁶ Diese Position wurde zu Beginn der 1990er Jahre noch nicht vertreten. Außerdem wurde erst ab Mitte der 1990er Jahre darüber diskutiert, was Gleichberechtigung, wie sie in der polnischen Verfassung festgelegt war, überhaupt bedeutete. Im linken und liberalen Lager fällt in der Legislaturperiode von 2001 bis 2005 noch auf, dass immer häufiger der Beitritt Polens zur EU als Begründung für Gesetze gegen Diskriminierung angeführt wird. So betont etwa die Abgeordnete Małgorzata Winiarczyk-Kossakowska (SLD-UP), dass der Vertrag von Amsterdam im Jahr 1997 die Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen zur Priorität erklärt habe. Sie beklagt, dass andere EU-Beitrittskandidaten wie Tschechien und Litauen solche Gesetze bereits implementiert oder wie die Slowakei und Estland zumindest verabschiedet hätten. In Polen müsse insbesondere dringend eine Stelle zur Überwachung der Gleichstellung eingerichtet werden, da daran auch EU-Mittel für Gleichstellungsprogramme geknüpft seien. Sie kritisiert zudem, dass über dieses Thema bereits 1997 diskutiert worden sei und sich Polen wie immer erst im letzten Moment zu einer Entscheidung durchringe. ²⁴⁷ Die Abgeordneten nutzten hier den proeuropäischen Diskurs aus, um sich als fortschrittlich zu präsentieren, ähnlich wie unter umgekehrten Vorzeichen die politische Rechte. ²⁴⁸

Geschlechterbilder

Kamen Männer vor 1991 im Geschlechterdiskurs praktisch nicht (explizit) vor, so änderte sich dies in den 1990er Jahren marginal. Das zeigt sich zum einen an den (wenigen) bereits diskutierten Reden, die auch eine Einbeziehung von Männern in Care-Arbeit und damit einhergehend eine Veränderung der Männerrollen forderten. Zum anderen verweisen nun einige Abgeordnete auf die Forderungen sogenannter Väterverbände. Antoni Szymański (ZChN) berichtet beispielsweise vom Internationalen Kongresses »für die

244 Poseł Aleksander Małachowski: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 stycznia 2003 r., S. 83f.

245 Przybylska: Transkript, S. 6.

246 Poseł Jolanta Banach: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r., S. 444–447.

247 Poseł Małgorzata Winiarczyk-Kossakowska: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r., S. 218–220.

248 Keinz: Polens Andere, S. 246.

Würde der Vaterschaft«, der vom 5. bis 7. November 1999 in Warschau stattfand. In seiner Rede wird die Rolle des Vaters zunächst ähnlich wie die der Mutter beschreiben. Szymański spricht von »eine[r] verantwortungsvolle[n], liebevolle[n] und fürsorgliche[n] [...] Vaterschaft«, die zudem als »die größte Berufung im Leben« zu betrachten sei. Schließlich betont der Abgeordnete: »Du kannst stolz auf deine Vaterschaft sein«, und er hebt hervor, dass

»die Familie das Zentrum des gesellschaftlichen Lebens ist und dass die Vaterschaft, wie die Mutterschaft, die Grundlage der Familie ist. Die Grundlagen wahrer Männlichkeit sind Liebe und Verantwortung für sich selbst und andere, die auch Voraussetzung für den Erfolg in der Ehe und damit für das Glück im Leben eines Mannes sind.«

Würde der Abgeordnete nicht eine christlich-nationale Partei vertreten, könnte man annehmen, er sei für eine Angleichung von Vater- und Mutterrollen. Das ist allerdings keineswegs der Fall. Worauf er mit seinen Ausführungen abzielt, ist vielmehr die »Wiederherstellung der Autorität des Vaters« und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (von Männern), da diese »die Autorität des Vaters stark beeinträchtigt«. ²⁴⁹ Schließlich sei der Vater aufgrund seiner »natürlichen« Eigenschaften »für die Autorität«, die Mutter »für die Liebe« zuständig. ²⁵⁰ Adam Łoziński (PC) betont, »die Liebe der Mutter« und die »Autorität des Vaters« seien als Vorbild für die Kinder unabdingbar. ²⁵¹ Diese Autorität scheine in den 1990er Jahren aber abhandengekommen zu sein. Auffällig ist in den genannten Reden, wie in fast allen aus dem rechten Spektrum, dass Männer den Entwicklungen der Gesellschaft immer ausgeliefert zu sein scheinen und nie für diese verantwortlich gemacht werden können. Vielmehr sind es »die Feministinnen«, »die Gesellschaft«, »die EU« oder »der Kommunismus«, die für schuldig befunden werden. Zudem zeigt sich, dass sich fast jede Rede auf eine religiöse Begründung »traditioneller« Männerrollen stützt. Schließlich sind es dieselben Parteien und Männer, die sich als Väter diskriminiert fühlen, die ständig betonen, aus »natürlichen« Gründen könne sich nur eine Mutter um Kinder kümmern. Alicja Murynowicz (SdRP) kritisiert genau das, wenn sie betont, dass es die AWS-UW-Regierung sei, die durch ihre Maßnahmen die Vaterschaft in der Familie immer weiter marginalisiere. ²⁵²

Wie in einigen Reden zum Thema Kinderbetreuung bereits deutlich wurde, finden sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre aber auch Abgeordnete, die in ihren Reden ganz grundsätzlich die Geschlechterordnung infrage stellen. So kritisiert Piotr Ikoniwicz (PPS):

»Die heutige dominante Rolle des Mannes in der Gesellschaft ist ein Relikt aus der Steinzeit [...]. Ich möchte Ihnen sagen, dass Blondinenwitze, Witze über Frauen am

249 Poseł Antoni Szymański: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 12 i 16 listopada 1999 r., S. 156f.

250 Poseł Adam Łoziński: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22 i 23 września 1998 r., S. 63.

251 Ders.: 5 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11 i 12 grudnia 1997 r., S. 55f.

252 Poseł Alicja Murynowicz: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22 i 23 września 1998 r., S. 51–54.

Steuer Teil einer Ideologie sind, die den Vorrang einer Gruppe der polnischen Gesellschaft über eine andere verteidigen soll. Frauen werden als Minderheit behandelt, obwohl sie keine Minderheit sind. [...] Die Frauen, die man im Fernsehen sieht und die den Durchbruch schaffen, mussten sich mit den männlichen Spielregeln abfinden. Ihre Ehemänner kümmerten sich nicht für sie um die Kinder.«²⁵³

Mirosława Kałna (SLD-UP) geht noch einen Schritt weiter und spricht über die Folgen dieser vorherrschenden Geschlechternarrative. So gebe es noch immer viele Verhaltensnormen, die die Gewalt von Männern gegenüber ihren Frauen rechtfertigten. Diese zeigten sich beispielsweise an Sprichwörtern wie »Wenn der Mann seine Frau nicht schlägt, verrottet ihre Leber« oder »Schlagen heißt lieben«. Dies werde von Abgeordneten reproduziert, die beispielsweise die Unauflöslichkeit der Ehe – auch bei häuslicher Gewalt – betonten,²⁵⁴ was ebenfalls ein interessanter Untersuchungsgegenstand wäre, aber hier nicht im Detail behandelt wird. Grundsätzlich ist die Debatte ähnlich strukturiert wie die um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. So wird von den Gegner:innen eines »liberalen« Scheidungsrechts verlangt, dass Frauen »Opferbereitschaft« zum Wohle der Kinder und der Nation zeigten (deren Grundlage die »vollständige« Familie sei); von Männern wird nichts explizit gefordert.²⁵⁵ Auch Teresa Jasztal (SLD) sieht das Problem der Gewalt in den vorherrschenden Normen begründet:

»Die Tatsache, dass die meisten Gesellschaften das Private als Domäne der Frauen und die Öffentlichkeit als Domäne der Männer betrachten, führte dazu, dass häusliche Gewalt erst in den 1990er Jahren wahrgenommen und als ernstes soziales Problem sowie als Verletzung der Menschenrechte angesehen wurde. Die Quelle häuslicher Gewalt ist die Ungleichstellung von Frauen und Männern, die in allen patriarchalen Gesellschaften verwurzelt ist.«²⁵⁶

Diese Reflexionen über die Ursachen häuslicher Gewalt sind etwas genuin Neues. Hier wird erstmals die Geschlechterhierarchie bzw. die patriarchale Gesellschaft an sich als ursächlich benannt. Allerdings finden sich diese Beiträge ausschließlich im linken und liberalen Spektrum. Auf der anderen Seite des Parlaments wird gerade diese patriarchale

253 Poseł Piotr Ikonowicz: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 178f. »Dzisiejsza dominująca rola mężczyzn w społeczeństwie to jest relikw z epoki kamienia łupanego [...]. Chciałbym państwu powiedzieć, że dowcipy o blondynkach, dowcipy o kobietach za kierownicą są częścią ideologii, która ma bronić prymatu jednej grupy polskiego społeczeństwa nad drugą. Kobiety są traktowane jak mniejszość, chociaż przecież nie są mniejszością. [...] Kobiety, które się pokazuje w telewizji, którym udało się przebić, musiały zaakceptować męskie reguły gry. Mąż ich nie wyręczał w opiece nad dziećmi.«

254 Poseł Mirosława Kałna: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r., S. 467–469. »Gdy mąż żony nie bije, to jej wątroba gnije« und »Bije, to znaczy, kocha.«

255 Vgl. dazu: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 5, 6 i 7 listopada 1992 r.

256 Poseł Teresa Jasztal: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r., S. 163–166. »Uznawanie przez większość społeczeństw sfery prywatnej za domenę kobiet, a sfery publicznej za domenę mężczyzn sprawiło, że dopiero w latach dziewięćdziesiątych dostrzeżono przemoc w rodzinie i uznano za poważny problem społeczny, a także łamanie praw człowieka. Źródłem przemocy w rodzinie jest zakorzeniony we wszystkich społecznościach patriarchalnych nierówny status kobiet i mężczyzn.«

Geschlechterordnung als positiv für Frauen dargestellt. Häufigstes Argument dabei ist, dass Frauen doch viel höher geachtet seien als Männer. Der stellvertretende Sejmmarschall Franciszek Jerzy Stefaniuk (PSL) betont beispielsweise, dass es ihm schwerfalle, für Gleichberechtigung zu sein, da er Frauen immer höher geschätzt habe,²⁵⁷ und Zbigniew Szymański (AWS) betont:

»In der polnischen Tradition ist eine Frau ein Gegenstand (poln. *jest obiektem*) des besonderen Respekts für einen Mann. Sie wird vor dem Mann vorbeigelassen und auf die Hand geküsst. Kardinal Wyszyński schrieb in seinen Tagebüchern, dass sie derartigen Respekt verdiene, dass ein Mann immer aufstehen solle, wenn eine Frau vorbeigehe.«²⁵⁸

Schließlich zitiert Andrzej Fedorowicz (LPR) Kardinal Wyszyński mit den Worten: »Primas Wyszyński pflegte zu sagen: Wenn eine Frau eintritt, stehen Sie auf, denn eine Mutter tritt ein.«²⁵⁹ Ähnlich Maciej Giertych (LPR):

»Ich würde sogar noch weiter gehen und sagen, dass es bei uns Tradition ist, den Frauen besonderen Respekt zu zollen und sie mit besonderer Rücksicht zu behandeln. Wir glauben, dass Frauen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Funktion als Mütter und Ehefrauen einen besonderen Schutz und eine besondere Fürsorge seitens der Männer verdienen.«²⁶⁰

Frauen werden hier auch wörtlich zum Objekt von Männern; einem Objekt, dem Fürsorge und Respekt entgegengebracht werden solle. Begründet wird dies mit der »gesellschaftlichen Funktion« als Mutter und Ehefrau. Zudem ist auffällig, wie Frauen hier zur Projektionsfläche männlicher Weiblichkeitsvorstellungen werden, die notwendig erscheinen, um Männlichkeit aufrechtzuerhalten. Diese entsteht erst durch die männliche Aufgabe, »die Mutter« zu schützen und zu ehren. Fällt eine Frau aus dieser Idealisierung heraus, scheint es legitim, sie abzuwerten, wie zahlreiche sexistische Kommentare in den Sejmdebatten vermuten lassen. Ich möchte diese Bemerkungen, Witze oder persönlichen Angriffe hier nicht wiederholen. Festzuhalten ist, dass sie aus jedem politischen Lager kommen und oft der Verächtlichmachung des Redebeitrags einer Abgeordneten dienen. Die Mehrheit dieser Kommentare kommt von männlichen

257 Wicemarszałek Franciszek Jerzy Stefaniuk: 43 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 20, 21 i 23 stycznia 1999 r., S. 203.

258 Poseł Zbigniew Szymański: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r., S. 138. »W polskiej tradycji kobieta jest obiektem szczególnego szacunku mężczyzny. Jest przepuszczana przodem, całowana w rękę. Prymas Wyszyński w swoich pamiętnikach zapisał, że jest godna szacunku tak, że mężczyzna w każdym przypadku powinien wstawać, kiedy kobieta przechodzi.«

259 Poseł Andrzej Fedorowicz: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 października 2002 r., S. 17f.

260 Poseł Maciej Giertych: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 stycznia 2003 r., S. 83. »Powiedz więcej: zachowała się u nas tradycja specjalnego szacunku dla kobiet i traktowania ich ze szczególnymi względami. Uważamy, że kobiety z racji funkcji społecznych, jakie pełnią w roli matek i żon, zasługują na szczególną ochronę i troskę ze strony mężczyzn.«

Abgeordneten, aber gerade bei den Debatten über Kinderbetreuung und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch beleidigen auch viele weibliche Abgeordnete ihre Kolleginnen sexistisch.

Diskursive Leerstellen

Neben dem weitgehenden Fehlen eines Männerdiskurses gibt es weitere ›Nicht-Themen‹, die Schlussfolgerungen über den Geschlechterdiskurs im Sejm zulassen. So fällt auf, dass ständig über Mutterschaft oder Mütter gesprochen wird, diesbezügliche medizinische, sexuelle oder psychologische Aspekte aber nicht Teil des Diskurses waren, ebenso wenig wie die Geburt. Es scheint, als dürfe diese Profanität nicht den ›heiligen‹ Geburtsprozess beschmutzen. Dazu passt, dass auch die Mutter als individuelle Person nicht vorkommt. Weder wird über die körperlichen und psychischen Folgen sowie Risiken einer Schwangerschaft gesprochen noch über andere potenzielle Probleme wie postnatale Depressionen, die 10 bis 20 % der Gebärenden betreffen.²⁶¹ Hinzu kommt, dass (weibliche) Kinderlosigkeit ausschließlich als Problem thematisiert wird und freiwillige Kinderlosigkeit scheinbar nicht existiert. Wie tabuisiert alle negativen Aspekte von Mutterschaft sind, zeigte sich 2015 (bzw. 2016) auch in Deutschland (und anderen Ländern), als das Buch ›Regretting Motherhood: Wenn Mütter bereuen‹²⁶² der Soziologin Orna Donath massive Diskussionen und heftige Kritik auslöste. Die Autorin hatte Frauen befragt, die ihre Entscheidung, Mutter zu werden, bereuten. Dabei gaben alle Befragten an, dass sie ihre Kinder zwar liebten, aber die von der Öffentlichkeit zugeschriebene Mutterrolle als unangenehm oder inadäquat wahrnahmen und sich in Rollenerwartungen gefangen fühlten.

Ähnliches zeigt sich beim Thema der häuslichen Gewalt. So wie ›Mutterschaft‹ nur als abstraktes, romantisch verbrämtes Phantasma diskutiert wird, verhält es sich auch beim Themenkomplex ›Familie‹. Deshalb bleiben ›negative Aspekte‹ wie Gewalt vor allem auf der rechten Seite des Parlaments ein Tabu, das nur vereinzelt von einigen Abgeordneten aus dem linken und liberalen Spektrum ab Mitte der 1990er Jahre aufgegriffen wurde. Dieses ›Nicht-wissen-Wollen‹ zeigt sich bei weiteren Themen, etwa wenn in der Debatte über die Folgen des weitgehenden Verbots des Schwangerschaftsabbruchs 2001 von zahlreichen Abgeordneten behauptet wird, die Zahl der Abbrüche in Polen sei im Jahr 1999 auf 151 Fälle gesunken, was der offiziellen Zahl entsprach (einer davon aufgrund von Vergewaltigung).²⁶³ Völlig unabhängig von der Positionierung in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs zeigen diese Zahlen jedoch nur, dass sich die Regierung hier einer Diskussion der Realität verweigerte, die von einer Vielzahl illegaler Abbrüche geprägt war.²⁶⁴ Auch beim Themenkomplex Sexualität zeigt sich diese Verweigerung. So betont

261 Vgl. dazu: Gröhe, Friederun: Nehmt es weg von mir. Depressionen nach der Geburt eines Kindes. Göttingen 2003.

262 Donath, Orna: Regretting Motherhood: Wenn Mütter bereuen. München 2016.

263 Poseł Sprawozdawca Antoni Szymański: 98 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 17 i 18 stycznia 2001 r., S. 209–211.

264 Zielińska: Reproductive Rights, S. 42f.

Witold Tomczak (AWS), dass er nicht nur für ein völliges Verbot des Schwangerschaftsabbruchs sei, sondern auch gegen Verhütung und Sexualaufklärung. Erstere sei »anstößig und beunruhigend« und reduziere den Sexualakt auf die Ebene des Konsums; letztere spreche über »sexuelle Freiheit« statt über »Aufopferung, Liebe, Selbstlosigkeit«. ²⁶⁵ Damit ist das Thema für ihn beendet und bedarf keiner weiteren Erörterung. Mit anderen Worten ignoriert diese Argumentation, die weitgehend der katholischen Lehre entspricht, schlichtweg die Lebensrealitäten. Die Debatten zeigen, dass die imaginierten Idealbilder von »Familie«, »Mutterschaft« oder »Ehe« als Normen konstruiert werden und zugleich zu Leerstellen im Diskurs über Geschlecht und Sexualität etc. führen. Vor allem ideale (romantisch konnotierte) Idealbilder werden im Geschlechterdiskurs verhandelt und konstruiert.

Aufschlussreich in Bezug auf diese Themen ist schließlich die reaktive Argumentation auf der linken Seite des Parlaments. Vor allem die politische Linke griff bei den diskutierten Themen fast ausschließlich Argumentationslinien der politischen Rechten auf. ²⁶⁶ Deutlich wird dies beim Thema Schwangerschaftsabbruch, zu dem fast alle Redner:innen, die gegen ein völliges Verbot waren, ausführlich erklärten, wie »schlimm« sie Abbrüche »ungeborenen Lebens« persönlich fänden. ²⁶⁷ Durchgängig rechtfertigten sie sich dafür, Schwangerschaftsabbrüche überhaupt erlauben zu wollen. Aber auch bei den Themen Kindererziehung, der gleichberechtigten Erwerbsarbeit oder bei Fragen des Eherechts verteidigten Abgeordnete aus dem linken und liberalen Spektrum lediglich den Status quo oder ließen sich auf Diskurse der politischen Rechten ein. Mit dem Ende des Staatssozialismus scheint auch das (vorläufige) Ende linker (und linksliberaler) Antworten auf die Grundfragen der Gesellschaft eingeläutet worden zu sein. Als Alternative schälte sich gerade in geschlechterpolitischen Fragen zunehmend ein (neo)liberaler Feminismus heraus, der im Zuge der Europäisierung Polens auch im »linken« Lager Anklang fand und zum neuen Bezugspunkt wurde. Damit einher ging eine weitere Leerstelle, der soziale Bereich. So wurde zwar generell über Armut diskutiert und geschlechterspezifische Aspekte kamen beispielsweise anhand des Themas alleinerziehender Frauen zur Sprache, allerdings nur sehr selten. Meist dominierten moralische und kulturelle Fragen die Debatte. Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut von Frauen wurden nur von wenigen Abgeordneten beleuchtet und blieben Randthemen; ebenso intersektionale Aspekte von Ungleichbehandlung und Diskriminierung. So wurde etwa nicht über die Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit junger Frauen gesprochen oder über die völlige finanzielle Abhängigkeit mitarbeitender Bäuerinnen. Die Liste ließe sich fortsetzen. ²⁶⁸

Dafür können verschiedene Gründe vermutet werden. Einerseits nutzten liberale und linke Parteien andere Themen, um sich als fortschrittlich und demokratisch zu präsentieren, vor allem den Pro-EU-Diskurs. ²⁶⁹ Andererseits führte der virulente An-

265 Poseł Witold Tomczak: 37. Sitzung Sejm, S. 86f.

266 Zok: Biological Substance, S. 377.

267 Zielińska: Reproductive Rights, S. 27.

268 Zu einer grundsätzlichen Kritik daran vgl. Fraser, Nancy: Feminism, Capitalism, and the Cunning of History: An Introduction, in: *Cahiers Du Genre*, Vol. 50 (1/2012), S. 165–192.

269 Keinz: Polens Andere, S. 246.

tikommunismus in Polen nach 1989 dazu, dass es auch vonseiten linker Parteien zu einer Distanzierung von auch nur im Entferntesten als sozialistisch anmutenden Ideen kam.²⁷⁰ Schließlich waren weite Teile der Führungsriege der polnischen Kommunist:innen in Geschlechterfragen seit Langem mehr am ›Klassenfeind‹ im Westen orientiert als an den selbstproklamierten Prinzipien der sozialistischen Emanzipation. Diese Einstellung setzte sich auch in den Nachfolgeparteien der PZPR durch und wurde seit den 1980er Jahren durch die aufkommenden neoliberalen Überzeugungen gestärkt.²⁷¹ Trotzdem sind SLD und UP die einzigen Parteien, die in ihren Wahlprogrammen der 1990er Jahre überhaupt über Frauen und von geschlechterspezifischer Diskriminierung sprachen.²⁷²

Schließlich bleiben alle von der binären Norm abweichenden geschlechtlichen Identitäten eine Leerstelle, die im Polnischen auch sprachlich ständig reproduziert wird. Zudem fällt die Heteronormativität des Diskurses auf, in dem wie selbstverständlich jede Familie und Ehe eine zwischen Mann und Frau ist. So wird Homosexualität nur selten thematisiert und wenn, dann meist als ›Schreckgespenst‹ seitens der politischen Rechten, die damit gegen den EU-Beitritt Polens agitiert.

Katholische Kirche

»Was heute in Polen auffällt, ist das Wiederauftauchen von zwei Sprachen, nur dass die marxistische Sprache durch die katholische ersetzt wurde. [...] Denn, seien wir ehrlich, die Menschen in Polen haben begonnen, sich vor Priestern zu fürchten, was kein gutes Zeichen ist.«²⁷³

Dieses Zitat des polnischen Literaturnobelpreisträgers Czesław Miłosz aus dem Mai 1991 scheint drastisch, beschreibt aber treffend das Unbehagen vieler Menschen über den enormen Machtzuwachs der katholischen Kirche zu Beginn der 1990er Jahre.²⁷⁴ Ich möchte hier nur kurz über die katholische Kirche sprechen, änderte sich doch an der offiziellen Lehre des Episkopats bezüglich Geschlechterrollen nach 1991 nur wenig; nicht zuletzt, da der Papst derselbe blieb. Ebenso wenig änderte sich an der Tatsache, dass in praktisch allen Debatten, die sich mit Geschlechterrollen auseinandersetzten, religiöse Argumente omnipräsent waren. Dies traf keineswegs nur auf rechte oder konservative Parteien zu; vielmehr wurde auch vonseiten der SLD regelmäßig beispielsweise mit dem Papst argumentiert.²⁷⁵ Auffällig ist, dass nach dem weitgehenden Verbot des Schwangerschaftsabbruchs versucht wurde, den Einfluss der katholischen Kirche auf andere

270 Vgl. Golinczak: Communism.

271 Vgl. Peters: Schocktherapie.

272 Fuszara: New Gender Relations, S. 278.

273 Miłosz, Czesław, in: *Kultura* Vol. 7/8 (1991), S. 3–11. »Co uderza w Polsce dzisiejszej, to ponowne pojawienie się dwóch języków, tyle że miejsce marksistowskiego zajął język katolicki. [...] Bo, powiedzmy sobie szczerze, ludzie w Polsce zaczęli się księży bać, co nie jest dobrym znakiem.«

274 Zielińska: Reproductive Rights, S. 28.

275 Es ist dabei erstaunlich, wie es der Kirchenführung immer wieder gelang, sich so auszudrücken, dass verschiedene Personen völlig unterschiedliche Intentionen in eine Aussage hineinlesen konnten.

Gesellschaftsbereiche auszudehnen – sei es beim Thema Religionsunterricht, der nach Ansicht vieler Abgeordneter ausgebaut werden sollte,²⁷⁶ oder beim religiös begründeten Versuch, die Möglichkeit zur Scheidung einzuschränken.²⁷⁷ Zudem begann die Kirche selbst (vor allem bei den Wahlen 1991 und 1993), aktiv bestimmte Kandidat:innen und Parteien zu unterstützen und trat dabei mitunter äußerst aggressiv auf.²⁷⁸ Dominant blieb dabei das Thema des Schwangerschaftsabbruchs, wobei die katholische Kirche mit Unterstützung des Papstes immer wieder gegen eine Liberalisierung und für ein völliges Verbot warb.²⁷⁹ Am extremsten war 1996 ihre Kampagne gegen jegliche Liberalisierung (und für eine Verschärfung) des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen. So betonte Kardinal Glemp in diesem Zuge, dass es für Abgeordnete, die für einen Zugang zu Abbrüchen stimmten, »keinen Platz am Altar geben könne«. Andere hohe Würdenträger sprachen selbigen Abgeordneten ab, für Polen sprechen zu können, oder verglichen den Widerstand der Kirche mit dem polnischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg.²⁸⁰

Hinzu kamen die Forderung nach einem eingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln und deren kontinuierlicher Verurteilung.²⁸¹ Damit hatte die Kirche durchaus Erfolg, lag doch die Nutzung von (künstlichen) Verhütungsmethoden in Polen noch Mitte der 1990er Jahre sehr niedrig. So gaben über 40 % der Menschen an, noch nie Verhütungsmittel genutzt zu haben, und eine ähnlich hohe Zahl gab religiöse Überzeugungen als Grund an,²⁸² ganz im Gegensatz beispielsweise zur Tschechischen Republik, wo die Nutzung verschiedener Verhütungsmethoden in den 1990er Jahren stark anstieg und normalisiert wurde.²⁸³

Krzysztof Zuba betont, dass die katholische Kirche in den späteren 1990er und 2000er Jahren vor allem als »quasi-institutional veto player« aufgetreten sei, d. h. sie versuchte, jede Änderung bei ihr wichtigen Themen zu blockieren. Zuba nennt als Beispiel die Themen Schwangerschaftsabbruch und das zwischen Polen und dem Vatikan ausgehandelte Konkordat. So habe die SLD nach ihrem erneuten Regierungsantritt 2001 das Thema Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs schlichtweg nicht mehr aufgegriffen. Zwar habe die katholische Kirche diesbezüglich keinen direkten Druck ausgeübt, aber die SLD habe befürchtet, dass sie gegen das EU-Referendum mobilisieren würde, falls das Thema Schwangerschaftsabbruch wieder aufgegriffen werde. Die Regierung habe sich also in vorausseilendem Gehorsam geübt.²⁸⁴ Auch Zdzisława Janowska, damals stellvertretende Vorsitzende der parlamentarischen Frauengruppe, beklagt, dass der von ihr mitverfasste Gesetzesentwurf über die Gleichstellung von

276 Vgl. dazu: 13 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 kwietnia 1992 r.

277 Vgl. dazu: 29. Sitzung Sejm.

278 Eberts, Mirella W.: The Roman Catholic Church and democracy in Poland, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 50 (5/1998), S. 817–842, hier: S. 821.

279 Ebd., S. 824f.

280 Zielińska: Reproductive Rights, S. 37.

281 Eberts: Catholic Church, S. 825f.

282 Zielińska: Reproductive Rights, S. 49.

283 Wolchik: Reproductive Policies, S. 68f.

284 Zuba: Catholic Church, S. 1211.

Frauen und Männern nicht verabschiedet worden sei, da ihre Kolleg:innen von der SLD Angst vor der katholischen Kirche gehabt hätten.²⁸⁵

Ein weiteres Beispiel ist das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 28. Mai 1997, durch das die 1996 verabschiedete Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs für verfassungswidrig erklärt wurde. Es ist zumindest auffällig, dass dies genau einen Tag vor dem Besuch Johannes Pauls II. in Polen geschah.²⁸⁶ Direkter war der Einfluss beim Konkordat. Dieses war nach seiner Aushandlung 1993 bereits vom Vatikan unterschrieben, aufgrund der ablehnenden Haltung der neuen Regierung aus SLD und PSL von polnischer Seite zunächst aber nicht verabschiedet worden. Deshalb trat es erst 1998 nach dem erneuten Machtwechsel in Kraft. Es sicherte der katholischen Kirche eine privilegierte Behandlung seitens des Staates zu und garantierte ihr nicht nur steuerliche Privilegien und von staatlichem Einfluss unabhängigen Religionsunterricht, sondern beispielsweise auch die Anerkennung kirchlicher als Zivilehen. Letzteres erforderte sogar eine Anpassung der polnischen Verfassung an die Übereinkunft des Konkordats.²⁸⁷ Ursprünglich hatte die SLD in ihrem Wahlkampf versprochen, das Konkordat neu zu verhandeln. Nach der Regierungsbildung 1993 war davon allerdings keine Rede mehr. Der Grund waren nach (nicht zu überprüfenden) Aussagen der damaligen Regierung der massive Druck vonseiten des Vatikans auf die polnische Regierung und die Weigerung des Papstes, sich mit dem polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski zu treffen, sollte erneut über das Konkordat verhandelt werden.²⁸⁸ Eine solche öffentliche Zurückweisung durch den polnischen Papst hätte unweigerlich Probleme für die SLD-geführte Regierung bedeutet.

Letztlich entsprach der neue Staat trotz des starken katholischen Einflusses nur bedingt den Vorstellungen der kirchlichen Hierarchie, die teilweise auf eine Art Wiederherstellung der Demokratie nach der Blaupause der Zwischenkriegszeit gehofft hatte, d. h. auf einen Staat, in dem (für viele) ›Pole‹ gleichbedeutend mit ›Katholik‹ gewesen war.²⁸⁹ Die Erkenntnis, dass das Polen der 1990er Jahre ein anderes war, führte bei Teilen des Klerus zu einem generellen Antagonismus zu Demokratie und ›der Moderne‹.²⁹⁰ Dies zeigte sich symptomatisch in antisemitischen Ausfällen, wie etwa bei Henryk Jankowski, einem (berühmt berüchtigten) Priester aus Gdańsk, der den Nationalsozialismus, den Kommunismus, den Liberalismus und ›die Juden‹ als größte Plagen Polens bezeichnet hatte.²⁹¹ Zwar war der katholische Klerus in Polen keineswegs ein Monolith, aber die Zahl der Anhänger:innen eines antimodernistischen Weges war (und ist) groß. Eine liberale Strömung, die auch in Geschlechterfragen progressive Positionen vertreten würde, findet sich kaum bzw. wurde (und wird) nur von einzelnen Personen getragen.²⁹² Vonseiten katholischer Frauenverbände wurde derweil Maria zum Vorbild der polnischen Frau

285 Janowska: Transkript, S. 6.

286 Zielińska: *Reproductive Rights*, S. 33.

287 Eberts: *Catholic Church*, S. 833f.

288 Zuba: *Catholic Church*, S. 1209f.

289 Eberts: *Catholic Church*, S. 837.

290 Gowin, Jarosław: *Kościół po komunizmie*. Kraków 1995, S. 73.

291 Ebd., S. 837.

292 Staśkiewicz: *Katholische Frauenbewegung*, S. 419. Vgl. dazu auch: Skowronek, Katarzyna: *Discursive construction of post-communism in pastoral letters of the Polish Episcopate's Conference*

stilisiert, deren Aufgabe es sei, die Nation gegen die »Versuchungen der Moderne« zu verteidigen.²⁹³

In der Kirche zeigen sich die gleichen Muster wie bei der politischen Rechten im Sejm. Der religiös verbrämte »Nationaldiskurs« fungierte weiterhin als »Schlüsselnarrativ« der Gegenwartsinterpretation.²⁹⁴ Mit ihren Überzeugungen übte die Kirche (neben ihrem direkten politischen Wirken) enormen Einfluss auf den Geschlechterdiskurs in der ersten Dekade des postkommunistischen Polens aus.²⁹⁵ Wie (und ob) sich die klerikale und parlamentarische Debatte in der Gesetzgebung des Sejm niederschlug, werde ich im Folgenden untersuchen.

5.2 Geschlechterpolitik zwischen *Acquis communautaire*, konservativer Wende und Austeritätspolitik

Geschlechterpolitisch fällt zunächst auf, dass sich im Vergleich zur Volksrepublik in vielen Bereichen nur wenig veränderte. So dauerte es beispielsweise bezüglich der für Frauen verbotenen Berufe bis zum 10. September 1996, bis eine vom Ministerrat verabschiedete Verordnung die bisherige gesetzliche Regelung aus dem Jahr 1979 anpasste, wobei die grundlegenden Bestimmungen beibehalten und lediglich spezifiziert wurden. Im Gesetz stand weiterhin, dass es generell verboten ist, Frauen in Berufen zu beschäftigen, die besonders »schwer« oder »gesundheitsschädlich« seien. Die Angaben sind teilweise sehr detailliert; so durften Frauen z. B. nur in Bereichen beschäftigt sein, in denen bei regelmäßiger Arbeit nicht mehr als 12 kg gehoben oder getragen werden müssen und der Energieaufwand ihrer Arbeit durfte maximal 5000 kJ pro Schicht betragen. Hinzu kamen Bestimmungen zum maximalen Lärmpegel oder Schwingungen sowie zur Arbeit unter Tage. Diese war für Frauen weiterhin verboten, außer wenn sie »gelegentlich« erfolgte oder im Rahmen von Führungspositionen, die keinen regelmäßigen Aufenthalt unter Tage und keine körperliche Arbeit erforderten. Weitere Ausnahmen waren die Arbeit unter Tage im Rahmen eines Studiums/einer Ausbildung oder im Rahmen eines Gesundheitsberufs (Versorgung bei Notfällen).²⁹⁶

Es ist offensichtlich, dass sich der parlamentarische Diskurs, der von der grundsätzlichen Schutzbedürftigkeit der Frau ausging, im Arbeitsrecht manifestierte. Zudem waren weiterhin nur für Frauen potenziell fruchtbarkeitsschädigende Berufe verboten. Auch hier schlugen sich die Gleichsetzung von Frau und Mutter sowie die normative »Pflicht« zur Mutterschaft, die sich sowohl in den Parlamentsdebatten zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs als auch in der Diskussion zur Erwerbsarbeit von Frauen zeigte, rechtlich nieder. Zugleich spiegelt sich hier die weitgehende Leerstelle in Bezug

1990–2005, in: Aleksandra Galasińska / Dariusz Galasiński (Hg.): *The Post-Communist Condition. Public and private discourses of transformation*. Amsterdam/Philadelphia 2010, S. 131–150.

293 Staśkiewicz: *Katholische Frauenbewegung*, S. 245.

294 Seiler: *Weiblichkeit*, S. 45.

295 Graff, Agnieszka: *Warum Frauen in Polen »Nicht stören«*, in: *Jahrbuch Polen* Vol. 17 (2006), S. 33–44, hier: S. 40.

296 Dz.U. 1996 nr 114 poz. 545: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 10 września 1996 r. w sprawie wykazu prac wzbronionych kobietom.

auf Vaterschaft im Allgemeinen und ihre biologischen Voraussetzungen im Speziellen in den Reden der Abgeordneten wider. So wenig wie im Parlament die potenzielle (Un)Fruchtbarkeit von Männern thematisiert wurde, so wenig spielte sie in der Gesetzgebung eine Rolle. Diesbezüglich sei ergänzt, dass Polen in Fragen des Arbeitsrechts einmal mehr Ähnlichkeiten zur Bundesrepublik aufwies. Auch dort wurde erst 1992 das generelle Nachtarbeitsverbot für Frauen aufgehoben, das seit 1891 (!)²⁹⁷ in Kraft gewesen war.²⁹⁸

In Polen gab es darüber hinaus explizite Regelungen für schwangere oder stillende Frauen. Diese waren in allen Bereichen strenger, was körperliche Anstrengung oder den Umgang mit gefährlichen Stoffen betraf, als die generellen Regelungen. Schwangeren oder stillenden Frauen war es zudem verboten, in Berufen zu arbeiten, die psychische Schäden nach sich ziehen könnten, wie »Aufräumen nach Unfällen« oder »das Schlachten von Tieren«.²⁹⁹ Hier zeigt sich, wie detailliert der Gesetzgeber zu wissen schien, was Schwangeren psychisch schade und was nicht. Im novellierten Arbeitsschutzgesetz vom 24. August 2001 heißt es in Art. 13 § 3 schließlich ganz pauschal: »Es verstößt nicht gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, Maßnahmen anzuwenden, die die rechtliche Situation von Arbeitnehmerinnen auf der Grundlage des Mutterschutzes differenzieren.«³⁰⁰ Hier schlägt sich das Motiv der schutzbedürftigen Mutter, das dem Geschlechterdiskurs inhärent ist, direkt im Gesetzestext nieder. Dieser rechtfertigt letztlich sehr allgemein mögliche Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern – und nicht etwa spezifische Erholungszeiten nach einer Geburt –, solange sie mit dem »Mutterschutz« begründet werden. Darauf basierten auch verpflichtende jahrelange »Auszeiten«, wie sie von zahlreichen Abgeordneten im Sejm für Mütter gefordert wurden.

Schließlich kam es am 30. Juli 2002 – nach dem Regierungswechsel Ende 2001 zu einer SLD-geführten Regierung – zu einer erneuten Gesetzesänderung, die generelle Berufsverbote für Frauen aufhob. Es blieben lediglich Bestimmungen, die den Schutz schwangerer Frauen sowie ihre Erholung nach der Geburt sicherstellen sollten.³⁰¹ Hier spiegelt sich erneut eine Diskursverschiebung wider, betonten doch (links)liberale Abgeordnete vor allem nach 2001, dass geschlechterspezifische Berufsverbote diskriminierend seien. Mit dieser Anpassung sind in Polen erstmals in der Geschichte der Arbeitsgesetzgebung die Geschlechter im Grundsatz gleichgestellt. Allerdings erfolgte die Än-

297 Viele dieser Arbeitsschutzgesetze hatten ursprünglich durchaus das Ziel einer generellen Stärkung des Arbeitsschutzes. Ähnlich wie beispielsweise beim Achtstundentag wurde erwartet, dass damit Nachtarbeit generell zunehmend zurückgefahren würde, auch für Männer. Dies hat sich allerdings i. d. R. nicht bewahrheitet.

298 Dies geschah nur aufgrund einer Klage von Rosemarie Ewers, der Inhaberin einer Brotfabrik, und der Vizevorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ursula Engelen-Kefer, durch ein Grundsatzurteil des EuGH aus dem Jahr 1991. BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 28. Januar 1992 – 1 BvR 1025/84 –, Rn. 1–72.

299 Dz.U. 1996 nr 114 poz. 545.

300 Dz.U. 2001 nr 128 poz. 1405: Ustawa z dnia 24 sierpnia 2001 r. o zmianie ustawy – Kodeks pracy oraz o zmianie niektórych innych ustaw.

301 Dz.U. 2002 nr 127 poz. 1092: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 30 lipca 2002 r. zmieniające rozporządzenie w sprawie wykazu prac wzbronionych kobietom.

derung vor allem im Zuge der Anpassung polnischen Rechts an den *Acquis communautaire* der Europäischen Union; diese ist in der gesamten Debatte ständig präsent. Die Abgeordneten nutzen ihre Positionierung im Geschlechterdiskurs also erneut vor allem dafür, sich als proeuropäisch zu präsentieren.

Auch im Bereich der privaten Kinderbetreuung gab es zwischen 1991 und 2004 einige grundlegende Änderungen, die sich auf die geschlechterspezifische Aufteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit niederschlugen. Ein Gesetz vom 28. April 1992 ordnete die Bestimmungen für den Bezug und die Höhe des Erziehungsgeldes neu. Dieses lag fortan bei ca. 15 bis 25 % (die noch immer grassierende Inflation macht eine genaue Bestimmung unmöglich) des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes.³⁰² Am 28. Mai 1996 wurde eine überarbeitete Fassung des Gesetzes verabschiedet. Der Erziehungsurlaub betrug nun bis zu drei Jahre. Erziehungsgeld konnte für 24 Monate bezogen werden bzw. für 36 von Personen, die mehr als Kind bekommen hatten. Die Höhe des Erziehungsgeldes betrug nun 179,90 PLN³⁰³ bzw. 286,10 PLN für Alleinerziehende, was weiterhin ca. 20 % des Durchschnittsverdienstes bedeutete.³⁰⁴ Zudem konnte die beziehende Person in diesen drei Jahren nicht gekündigt werden.³⁰⁵ An diesen Zahlen zeigt sich zunächst, dass weiterhin ein vergleichsweise langer Erziehungsurlaub mit niedrigen Leistungen gewährt wurde. Während Ersteres durchaus den Forderungen des Sejm in den Debatten zum Thema Kinderbetreuung entspricht, zeigt sich an den niedrigen Leistungen erneut, dass die beständige Forderung nach stärkerer finanzieller Unterstützung von Familien, wie sie vor allem von der rechten Seite des Parlaments vorgetragen wurde, nur Teil der diskursiven, nicht aber der sozialen Realität war.

Fodor et al. haben die Familienpolitik in Ungarn, Polen und Rumänien in den 1990er Jahren untersucht und kamen zu dem Schluss, dass in Polen die striktesten und paternalistischsten Regelungen gegolten hätten. Paternalistisch, da Sozialarbeiter:innen den Betreuenden (i. d. R. Müttern) Familienleistungen streichen und diese durch vorgegebene Sachleistungen ersetzen konnten. Zudem zeige sich für Polen, dass fast ausschließlich Mütter die Leistung in Anspruch nahmen. Strikt seien die Zugangsbedingungen deshalb gewesen, weil die betreuende Person vor dem Bezug bereits einer Erwerbsarbeit nachgegangen sein musste.³⁰⁶ Gerade anhand der Tatsache, dass Sozialarbeiter:innen Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzen konnten (zur ›Lenkung‹ der Mutter), werden die Auswirkungen eines parlamentarischen Diskurses sichtbar, der ganz spezifische Vorstellungen von ›richtiger‹ Mutterschaft propagierte.³⁰⁷ Die in Polen besonders starke Verknüpfung von Care-Arbeit mit Frauen zeigt sich überdies an der geringen Quote

302 Główny Urząd Statystyczny: Average monthly gross wage and salary in national economy 1950–2021. URL: <https://stat.gov.pl/en/topics/labour-market/working-employed-wages-and-salaries-cost-of-labour/average-monthly-gross-wage-and-salary-in-national-economy-1950-2021,2,1.html> [Abgerufen: 22.03.2024].

303 Zum Januar 1995 war der Złoty im Verhältnis von 1 zu 10.000 neu bewertet worden.

304 GUS: Gross wage.

305 Dz.U. 1996 nr 60 poz. 277: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 28 maja 1996 r. w sprawie urlopów i zasiłków wychowawczych.

306 Fodor, Éva et al.: Family policies and gender in Hungary, Poland, and Romania, in: *Communist and Post-Communist Studies* Vol. 35 (4/2002), S. 470–490, hier: S. 484f.

307 Vgl. dazu: Poseł Andrzej Gąsienica-Makowski: 34. Sitzung Sejm.

von Männern im Erziehungsurlaub, die selbst im Vergleich mit Rumänien und Ungarn niedrig war.³⁰⁸ Zwar konnten seit 1996 auch Väter Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen bzw. Erziehungsgeld beziehen, doch rechnete die Regierung, wie bereits anhand verschiedener Reden deutlich wurde, nicht damit, dass Väter dies überhaupt in Betracht ziehen würden, sodass ausschließlich über die Folgen für Mütter diskutiert wurde.³⁰⁹ Dies zeigt sich auch eindrücklich daran, dass noch zu Beginn der 2000er Jahre keine Statistiken zur Betreuung durch Väter existierten.³¹⁰ Schließlich wurde der Zugang zum Erziehungsgeld faktisch immer strikter, sodass die Quote derjenigen, die es in Anspruch nehmen konnten, von 65 % Anfang der 1990er Jahre auf 40 % im Jahr 1994 sank und dort stagnierte.³¹¹ Angesichts der geringen Höhe der Leistungen und der Tatsache, dass nicht einmal die Hälfte der Eltern Zugang dazu hatte, war das Erziehungsgeld spätestens ab 1992 kein Ersatz mehr für ein Erwerbseinkommen. Die Kombination aus langer Bezugsdauer und niedriger Leistung führte dazu, dass entweder beide Elternteile arbeiteten oder nur der Vater des Kindes.³¹²

In dieser Situation spiegelten sich einerseits die parlamentarischen Debatten wider, in denen die ›Pflicht der Mutter‹ zu einer möglichst langen persönlichen Betreuung ihres Kindes betont wurde. Zugleich sind die niedrigen Leistungen als Konsequenz dieser vermeintlich natürlichen Arbeitsteilung zu verstehen, in welcher der Vater für die finanzielle Versorgung der Familie aufkommt, während die Mutter unbezahlter Care-Arbeit nachgeht.³¹³ Allerdings zeigt sich auch, dass die Sejmdebatten oft an Idealvorstellungen orientiert waren und dass die Tatsache, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum für viele Familien zwei Erwerbseinkommen notwendig waren, vielfach ignoriert wurde. Letztlich offenbarte sich gerade bei den Befürworter:innen einer Aufteilung von Care- und Erwerbsarbeit eine Leerstelle, hatten ihre traditionalistischen Idealbilder doch wenig mit der sozioökonomischen Situation der 1990er Jahre zu tun.

Auch bezüglich des ›Mutterschutzes‹ gab es in den 1990er und frühen 2000er Jahren einige Gesetzesänderungen. Ein Gesetz vom 5. Oktober 1993 legte fest, dass vom 4. Schwangerschafts- bis zum 6. Lebensmonat des Kindes Hilfeleistungen für die schwangere Frau bezahlt werden sollten. Diese betrugen 28 % des Durchschnittslohns plus einmalig 15 % für die Entbindung und einmalig 28 % für die Kinderausstattung. Nur im Falle des Todes der Gebärenden konnte das Geld an eine andere Person gehen, die ihr

308 Fodor et al.: Family policies, S. 485.

309 Vgl. beispielsweise: Poseł Urszula Wachowska: 105. Sitzung Sejm.

310 Saxonberg, Steven/Szelewa, Dorota: The Continuing Legacy of the Communist Legacy? The development of family policies in Poland and the Czech Republic, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* Vol. 14 (3/2007), S. 351–379, hier: S. 364f.

311 Ebd.

312 Dabei gab es beträchtliche strukturelle Unterschiede innerhalb der Gesellschaft bezüglich der Frage, ob beide Elternteile arbeiteten oder nicht. Wovon diese abhingen und was dies bedeutete, wird noch Thema in Abschnitt 5.3 sein.

313 Am deutlichsten zeigte sich dies im Debattenbeitrag von Urszula Wachowska, als diese betonte, dass durch eine Erhöhung des Kindergeldes 100.000 Arbeitsplätze von Frauen frei würden, die dann Männer besetzen könnten. Poseł Urszula Wachowska: 105. Sitzung Sejm, S. 9–12.

Kind großziehen sollte.³¹⁴ Die ›Nicht-Erwähnung‹ des Vaters in diesem Gesetz spiegelt zum einen seine Abwesenheit im Geschlechterdiskurs des Sejm wider, zum anderen zeigt sich, dass selbst im Falle des Todes der Mutter der Vater keineswegs automatisch als beste ›Ersatzoption‹ gesehen wurde; vielmehr hatten die Gesetzgeber wohl andere (weibliche) ›Ersatzmütter‹ im Sinn. Hier schlägt sich meines Erachtens die Vorstellung nieder, Männer wären generell (biologisch) nicht dazu in der Lage, Kleinkinder zu betreuen.³¹⁵ Dies zeigt sich auch daran, dass im Gesetz explizit vom Kind der Mutter gesprochen wird, der Vater allerdings kommt wie in den diesbezüglichen Sejmdebatten nicht vor. Bereits am 29. März 1994 wurde dieses Gesetz vonseiten der nun SLD-geführten Regierung wieder geändert, was vor allem eine Kürzung des Leistungsumfangs bedeutete. Diese wurden nun vom 8. Schwangerschaftsmonat bis zum 2. Lebensmonat des Kindes gewährt und an Bedürftigkeit geknüpft.³¹⁶ Fodor et al. kritisieren dies, da dadurch vor allem arbeitende Mütter aus der Mittelschicht von ihren Ehemännern abhängig geworden seien, weil sie nun keine (eigenen) Leistungen mehr erhielten.³¹⁷ Daran änderte sich im gesamten Untersuchungszeitraum nichts Grundsätzliches, was auch der Tatsache geschuldet ist, dass stattdessen Leistungen über das Erziehungsgeld sowie Familienleistungen erfolgten. Diese wurden allerdings nur an bedürftige Familien gezahlt, denen weniger als 50 % des Durchschnittsverdienstes zur Verfügung standen.³¹⁸ Von diesen Gesetzen, zu Höhe und Bezugsbedingungen von Geldleistungen während des Mutterschutzes ist die bereits anhand der Sejmdebatten analysierte Frage nach der Länge des Mutterschutzes separat zu betrachten. Vor allem die Regierung aus AWS und UW regelte den ›Mutterschaftsurlaub‹ neu. Dieser wurde durch ein Gesetz vom 19. November 1999 auf 26 obligatorische Wochen verlängert (bei mehr als einem Kind waren es 39 Wochen). Erst danach begann der Erziehungsurlaub.³¹⁹ Der Vater des Kindes oder eine andere Person aus dem engen Familienumfeld konnte das gezahlte Mutterschaftsgeld nur erhalten, wenn die Mutter verstarb oder das Kind aufgab (*porzucenie*). Die Höhe der gezahlten Leistung lag bei 100 % der Bemessungsgrundlage (d. h. des vorherigen Verdienstes der Mutter).³²⁰

Hier manifestieren sich die Geschlechternarrative der Sejmagbeordneten auch rechtlich, da sich gerade diejenigen von ihnen durchsetzen, die die gesamte Zeit für die Mutter obligatorisch machen wollten. Daran zeigt sich, dass es nicht allein um den ›Mutterschutz‹ ging, sondern auch um die Überzeugung, dass die Erziehung möglichst

314 Dz.U. 1993 nr 97 poz. 441: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 5 października 1993 r. w sprawie określenia zakresu i form oraz trybu udzielania kobietom w ciąży oraz wychowującym dziecko pomocy w zakresie opieki socjalnej i prawnej.

315 Vgl. dazu: Poseł Waldemar Mieczysław Sikora: 19. Sitzung Sejm und besonders eindrücklich: Poseł Teresa Liszcz: 102. Sitzung Sejm.

316 Dz.U. 1994 nr 44 poz. 172: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 29 marca 1994 r. zmieniające rozporządzenie w sprawie określenia zakresu i form oraz trybu udzielania kobietom w ciąży oraz wychowującym dziecko pomocy w zakresie opieki socjalnej i prawnej.

317 Fodor et al.: Family policies, S. 485.

318 Dz.U. 1995 nr 4 poz. 17: Ustawa z dnia 1 grudnia 1994 r. o zasiłkach rodzinnych i pielęgnacyjnych.

319 Dz.U. 1999 nr 99 poz. 1152: Ustawa z dnia 19 listopada 1999 r. o zmianie ustawy – Kodeks pracy.

320 Dz.U. 1999 nr 60 poz. 636: Ustawa z dnia 25 czerwca 1999 r. o świadczeniach pieniężnych z ubezpieczenia społecznego w razie choroby i macierzyństwa.

lange durch die Mutter erfolgen sollte.³²¹ Diese Politik förderte die Aufteilung von Care-Arbeit und Erwerbsarbeit anhand von Geschlechtergrenzen massiv.³²² Jedoch wurde dieses Gesetz auf Initiative des Senats kurze Zeit später wieder geändert sodass nur noch 16 Wochen obligatorisch waren. Zudem konnten die letzten beiden Wochen auf Antrag auch von einer anderen betreuenden Person in Anspruch genommen werden. In diesem Kontext ist auch vom Vater und dessen Betreuung die Rede.³²³ Dies ändert allerdings nichts daran, dass bis 2004 eine Politik verfolgt wurde, die eine Betreuung durch die Mutter forcierte. Dennoch ist die diesbezügliche Geschlechterpolitik eher als marktorientiert denn als konservativ (im Sinne von familienfördernd) zu bezeichnen. Trotz aller religiöser und familienzentrierter Rhetorik im Sejm blieb Polen bis 2004 das Land in Ostmitteleuropa, das am wenigsten finanzielle Unterstützung – beispielsweise durch ein Erziehungsgeld – für die Betreuung von Kindern leistete.³²⁴ Der Vergleich mit der Tschechischen Republik zeigt, dass dort deutlich höhere Leistungen für einen deutlich größeren Anteil an Eltern gezahlt wurden. Diese wurden zunächst sogar noch ausgebaut, bevor sie im Zuge der einschneidenden Wirtschaftskrise 1997 wieder (etwas) eingeschränkt wurden.³²⁵ Es zeigt sich somit (nicht zum ersten Mal), dass im Sejm oft rein ideologisch argumentiert wurde, ohne dass sich dies in der konkreten Geschlechterpolitik niederschlug.

Im Kontext von Mutterschafts- und Erziehungsurlaub ist schließlich eine Studie von Trine Rogg Korsvik und Marta Warat aus dem Jahr 2016 interessant. Die Forscherinnen untersuchten den öffentlichen Diskurs in Polen und Norwegen in Hinblick auf die Frage, welche Argumente für die Einführung von ›Vätermonaten‹ bei der Kinderbetreuung in beiden Ländern diskutiert wurden. In Norwegen war mit den ›Vätermonaten‹ die Hoffnung verbunden, die Selbstwahrnehmung von Männern zu ändern und dadurch positive gesellschaftliche Aspekte herbeizuführen, wie etwa weniger sexualisierte Gewalt. In Polen hingegen wurde von den Vätern nicht primär erwartet, zu ›besseren‹ Männern zu werden, sondern zu ›besseren‹ Vätern durch eine nähere Beziehung zum Kind, um so die (klassische) Vaterrolle zu stärken. In beiden Ländern wurde in der Debatte die Hoffnung geäußert, dadurch mehr Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Ein spezifisch polnisches Argument ist schließlich das demografische, da gerade von konservativer Seite mit der Einführung von ›Vätermonaten‹ die Hoffnung verbunden wurde, damit die Geburtenrate zu erhöhen und die ›polnische Nation zu retten‹. Das Ziel war allerdings explizit nicht Geschlechtergleichheit.³²⁶ Auch hier manifestiert sich, dass der

321 Auch viele Internetportale o. Ä., die Daten zu den Themen Mutterschutz und Elternzeit bereitstellen, unterscheiden bis heute nicht zwischen beiden, wobei ein fundamentaler Unterschied besteht.

322 Rogg Korsvik, Trine/Warat, Marta: Framing Leave for Fathers in Norway and Poland: Just a Matter of Gender Equality?, in: *NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research* Vol. 24 (2/2016), S. 110–125, hier: S. 110.

323 Dz.U. 2001 r. nr 99 poz. 1075: Ustawa z dnia 24 sierpnia 2001 r. o zmianie ustawy – Kodeks pracy oraz ustawy o świadczeniach pieniężnych z ubezpieczenia społecznego w razie choroby i macierzyństwa.

324 Saxonberg/Szelewa: *Continuing Legacy*, S. 364f.

325 Wolchik: *Reproductive Policies*, S. 76.

326 Korsvik/Warat: *Fathers*, S. 120f.

polnische Geschlechterdiskurs bereits seit der Teilungszeit immer mit dem nationalen Diskurs verbunden ist. In dem Moment, in dem auch über Väter im Kontext der Kinderbetreuung diskutiert wird, werden diese Teil des Diskurses. Der Unterschied ist allerdings der, dass bei Vätern von ›Hoffnung‹ (auf eine Beteiligung bei der Kinderbetreuung) und bei Müttern von ›Pflicht‹ die Rede ist.

Neben den privaten gab es in Polen auch nach 1990 weiterhin staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen. Mit einem Anteil von 5,3 % an Kindern unter drei Jahren, die diese besuchten, lag Polen 2004 beim Beitritt zur Europäischen Union auf dem letzten Platz.³²⁷ Dies setzte sich bei den Kindern zwischen drei und fünf Jahren fort, wo die Quote mit 37,1 % ebenfalls am niedrigsten war.³²⁸ Ein Vergleich mit Tschechien zeigt, dass dort die Quote für unter Dreijährige mit 9,1 % ebenfalls niedrig war (wenn auch höher als in Polen), bei den Kindergartenkindern ab drei Jahren allerdings auf 87,6 % anstieg.³²⁹ Deutlich höher lag die Quote in der ehemaligen DDR. Zwar sank auch dort der Anteil der betreuten Kinder, lag aber noch immer bei 36,1 % für unter Dreijährige (in Westdeutschland war die Quote 5,2 %) und bei den Drei- bis Sechsjährigen bei deutlich über 80 % für Gesamtdeutschland.³³⁰ Die Gründe für die niedrige Quote in Polen sind aus Sicht der Forschung, dass eine Betreuung durch die Mutter als ›besser‹ betrachtet wurde und zudem billiger war.³³¹ Auf der Grundlage meiner Analyse der Sejmdebatten und der beteiligten Akteure kann ich diesem Forschungsergebnis nur zustimmen. Vor allem die Mischung aus ›konservativen‹ Geschlechternarrativen, sichtbar in der kaum existenten Diskussion über Betreuungseinrichtungen, und fiskalpolitischen Überlegungen, war es, die einen Ausbau staatlicher Betreuungseinrichtungen verhinderte.³³² Der Geschlechterdiskurs und die fehlende Infrastruktur zur Kinderbetreuung führten in Polen dazu, dass weiterhin die Mutter für Care-Arbeit verantwortlich war.³³³ Die daraus folgende *double burden* erlaubte es Frauen nicht, gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt zu partizipieren.³³⁴ Keck und Saraceno kommen in ihrem Vergleich der Auswirkungen von Geschlechterpolitik auf Care- und Erwerbsarbeit in der Europäischen Union zu dem Schluss:

327 Jappens/Van Bavel: Child care, S. 92.

328 Zwar stieg sie nach 2004 langsam wieder an, lag bei einem europaweiten Vergleich 2016 aber abgeschlagen auf dem letzten Platz. Polen war das einzige Land in der Europäischen Union, in dem weniger als 50 % der Kinder zwischen drei und sechs Jahren eine Betreuungseinrichtung besuchten. In der Mehrheit der Länder lag die Quote hingegen über dem Ziel der EU von 90 %.

329 Saxonberg/Szelewa: Continuing Legacy, S. 357.

330 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: OECD Early Childhood Policy Review 2002–2004. Hintergrundbericht Deutschland. Berlin 2004, S. 62.

331 Saxonberg/Szelewa: Continuing Legacy, S. 358.

332 Wachowksa bestätigt dies, wenn sie betont, dass die Betreuung durch die Mutter die »günstigste und beste« sei. Poseł Urszula Wachowka: 73. Sitzung Sejm.

333 Korsvik/Warat: Fathers, S. 113.

334 Saxonberg/Szelewa: Continuing Legacy, S. 354.

»Poland has one of the shortest effective leaves, but also one of the lowest levels of childcare and elderly care coverage through services. It also offers no incentives for a gender rebalancing of childcare.«³³⁵

2002 wurde schließlich (letztlich auf Druck der EU) ein Gesetz verabschiedet, das die Ernennung eines bzw. einer Bevollmächtigten für Gleichstellung gesetzlich verankerte. Dieses Amt sollte dazu dienen, Diskriminierungen aufgrund von ›Rasse‹, ethnischer Herkunft, Religion, Alter, Weltanschauung und sexueller Orientierung (und Geschlecht als separater Kategorie) zu bekämpfen und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Bezeichnenderweise kommt eine soziale Diskriminierung hier nicht vor.³³⁶ Zwar war es auch vor 2002 nicht mehr erlaubt gewesen, eine Stelle beispielsweise nur für Frauen auszuschreiben, faktisch waren geschlechterspezifische Stellenbesetzungen aber – wie ich noch zeigen werde – weiterhin an der Tagesordnung. Allerdings wurde an der Sejmdebatte zum Thema Gleichstellung deutlich, dass die Frage nach den Ursachen geschlechterspezifischer Diskriminierungen keinesfalls einheitlich beantwortet wurde. Während vor allem Abgeordnete aus dem linken und liberalen Lager diese anhand der (diskriminierenden) Zuschreibung bestimmter stereotyper Eigenschaften und Fähigkeiten als gegeben sahen³³⁷, war für andere (aus dem konservativen, aber auch aus dem liberalen sowie linken Lager) klar, dass die Ungleichbehandlung biologisch und aufgrund der ›natürlichen‹ Rollenverteilung begründet (und legitimiert) sei.³³⁸ Dass diese Fragen bis heute in Polen (und keineswegs nur dort) diskutiert werden, zeigt die Persistenz dieser Narrative. Hinzu kommt, dass es in Polen weiterhin sehr einfach war, Arbeitsschutzregelungen zu umgehen; dies betraf auch schwangere Frauen oder Mütter.³³⁹ Zudem scheiterte 2005 ein Gesetz zur Gleichstellung auch im vierten Anlauf und somit endgültig.³⁴⁰ Die vielfache Rede von der ›Würde der Frau‹ oder die Debattenbeiträge über die Verlängerung des ›Mutterschutzes‹ usw. die betonten, dass die bestehenden Gesetze jede Frau und vor allem jede Mutter vor Diskriminierung schützten (bzw. behaupteten, es gäbe eine solche nicht), spiegelten sich daher nicht in den Realitäten des polnischen Arbeitsmarktes wider.

Es ist auffällig, wie weit der Sejmdiskurs und die geschlechterpolitische Realität im Polen der 1990er und frühen 2000er Jahre letztlich auseinanderlagen. Gerade die betont familienfreundliche Rhetorik der politischen Rechten schlug sich nicht in umfassenden finanziellen Leistungen für Mütter oder Familien nieder, obgleich diese immer

335 Keck, Wolfgang/Saraceno, Chiara: Towards an integrated approach for the analysis of gender equity in policies supporting paid work and care responsibilities, in: *Demographic Research* Vol. 25 (11/2001), S. 371–406, hier: S. 395.

336 Dz.U. 2002 nr 96 poz. 849: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 25 czerwca 2002 r. w sprawie Pełnomocnika Rządu do Spraw Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn.

337 Poseł Elżbieta Łukacijewska: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 stycznia 2003 r., S. 80.

338 Poseł Elżbieta Kruk: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r., S. 449–452.

339 Saxonberg/Szelewa: *Continuing Legacy*, S. 369.

340 Saryusz-Wolska, Magdalena: Jak politycy mówią, S. 36.

wieder gefordert und versprochen wurden. Vielmehr wurde hier auf vermeintliche Erfolge wie den Rückgang von (legalen) Schwangerschaftsabbrüchen oder die (kurzzeitige) Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs verwiesen. Faktisch betrieben die polnischen Regierungen jedoch eine äußerst (neo)liberale Familienpolitik, die von geringen Leistungen geprägt war und deren Folgen im nächsten Abschnitt noch zu diskutieren sein werden. Es ist kein Zufall, dass vor dem Hintergrund der ökonomischen und fiskalpolitischen Krise der 1990er Jahre sowie des dominanten neoliberalen Diskurses Maßnahmen wie die Einschränkung des Schwangerschaftsabbruchs umgesetzt wurden, die den Staat (monetär) nichts kosteten. Das dadurch entstandene Modell wird in der Sozialforschung als »familism by default« bezeichnet, d. h. eine Kombination aus einem minimalen staatlichen Betreuungsangebot und geringer staatlicher Unterstützung für die private Kinderbetreuung.³⁴¹ Letztlich handelt es sich also um ein Modell, das Kinderbetreuung als rein private Angelegenheit behandelt. Zwischen 2004 und 2009 konnten innerhalb der Europäischen Union neben Polen auch Länder wie Griechenland und Italien (und einige Jahre zuvor auch Deutschland) zu dieser Kategorie gezählt werden.³⁴²

Diese Diskrepanz zwischen Rhetorik und Politik war lagerübergreifend. So verhielt sich das linke und linksliberale Lager in geschlechterpolitischen Fragen reaktiv. Vonseiten der SLD und ihrer Ableger kamen kaum Vorschläge für eine progressive Familienpolitik oder eine Lösung des Problems der *double burden*. Geschlechterpolitisch vertraten sie grundsätzlich eine neoliberale Politik, die an ähnliche Trends in anderen Ländern anknüpfte, wie *New Labour* im Vereinigten Königreich unter Tony Blair, die Demokraten unter Bill Clinton oder in abgeschwächter Form die SPD unter Gerhard Schröder. Damit ist gemeint, dass geschlechterpolitisch vor allem die individuelle Diskriminierung betrachtet und beendet werden sollte, die strukturelle Ebene aber kaum eine Rolle spielte.³⁴³ Frauen in Polen sollten die Möglichkeit zur uneingeschränkten beruflichen Selbstverwirklichung erhalten – *biznesmenka* (Geschäftsfrau) sein –, gleichzeitig aber blieb das »Betreuungsproblem« ungelöst bzw. wurde in die individuelle Verantwortlichkeit verschoben. Dazu passt die Forderung nach dem Ende jeglicher geschlechterspezifischen Berufsverbote vonseiten der SLD oder einem kurzen obligatorischen Mutterschaftsurlaub. Zeitgleich wurden sozialpolitische Forderungen wie die nach einem Ausbau staatlicher Kinderbetreuung oder einem (geschlechterunabhängigen) Erziehungsgeld nicht umgesetzt. Es fand eine diskursive Aufwertung der *double burden* statt, die sich auch sozial manifestierte. Damit entstand im Neoliberalismus der 1990er und 2000er Jahre ein

341 Daneben existieren drei weitere Kategorien: *Supported familism* beispielsweise in Tschechien, Ungarn und Deutschland, die wenig staatliche Betreuung anbieten, aber dafür lange (und finanziell stark geförderte) Elternzeiten; *service defamilisation* in Spanien und den Niederlanden, d. h. ein großes Betreuungsangebot und eine kurze Elternzeit, sowie *optional defamilisation* in den skandinavischen Ländern, die lange Elternzeiten und ein großes Betreuungsangebot vorweisen.

342 Floridi, Ginevra: Daily grandchild care and grandparents' employment: A comparison of four European childcare policy regimes, in: *Ageing and Society* Vol. 42 (2/2022), S. 448–479, hier: S. 459.

343 Immerhin investierten Länder wie die Bundesrepublik ab Ende der 1990er Jahre deutlich mehr in Kinderbetreuung als Polen. Dies wurde allerdings überwiegend mit dem Arbeitskräftemangel begründet.

neu akzentuiertes *Matka Polka*-Ideal.³⁴⁴ Dieses wurde im Zuge des Systemwechsels ›privatisiert‹, d. h., es stand nun weniger die politische Funktion (im Sinne der Bewahrung der polnischen Nation) im Vordergrund als die möglichst perfekte Erfüllung aller Alltagsaufgaben in Beruf und Familie³⁴⁵ – ein Ideal, das sich perfekt in die neoliberale Optimierung aller Lebensbereiche einfügte und von vielen Frauen auch übernommen wurde.³⁴⁶

Allerdings konnte der Begriff *Matka Polka* in den 1990er Jahren nun auch in abwerten-der Weise gegen Frauen verwendet werden, beispielsweise für eine (allzu) religiöse Frau oder eine Mutter mit ›zu vielen‹ Kindern.³⁴⁷ Gerade liberale Feministinnen verwendeten ihn eher negativ, verkörperte er aus ihrer Sicht doch eine in der »öffentlichen Sphäre‹ ›passive‹ polnische Frau.«³⁴⁸ Die genannten Veränderungen vollzogen sich vor dem Hintergrund des fortschreitenden Transformationsprozesses der 1990er Jahre. Im Bereich der Erwerbsarbeit herrschte nun ein Mehr an individuellen Entfaltungsmöglichkeiten (und Risiken). Zugleich wurde die Care-Arbeit weitgehend in den privaten Verantwortungsbereich verschoben, d. h. der Spielraum – vor allem für erwerbstätige Frauen – wurde kleiner.

Auch in anderen Bereichen bleibt das Fazit ambivalent. So wurde mit dem Systemwechsel einerseits die Selbstbestimmung über den weiblichen Körper in Bezug auf die Reproduktion stark eingeschränkt, andererseits erhielten Pol:innen im Laufe der 1990er Jahre erstmals in größerem Umfang Zugang zu Verhütungsmitteln. Schließlich ist als Endpunkt dieser Untersuchung der Beitritt zur Europäischen Union nicht zu unterschätzen. Neben vielen anderen Veränderungen stand Pol:innen nach 2004 nunmehr prinzipiell der Weg offen, ihr Land (vergleichsweise leicht) zu verlassen – sei es dauerhaft oder temporär, beispielsweise für einen Schwangerschaftsabbruch.³⁴⁹ Zudem war nun ein größerer Vergleichsmaßstab vorhanden. So betont Zdzisława Janowska, wie unglaublich sie gewesen sei, als sie in Skandinavien Politikerinnen gesehen habe, die das Parlament leiteten und deren Mann als ihre Begleitperson fungierte. Dies habe ihre Perspektive noch einmal stark verändert.³⁵⁰

5.3 Frauen als Verliererinnen des Transformationsprozesses? Geschlecht als sozioökonomischer Platzanweiser im ›Postsozialismus‹

Für die vergleichende Analyse der sozioökonomischen Situation polnischer Frauen und Männer im ersten Jahrzehnt der sogenannten Dritten Polnischen Republik gibt es ab den frühen 1990er Jahren eine Fülle von Daten, sei es vonseiten der polnischen Statistikbehörde GUS (Główny Urząd Statystyczny) oder von internationalen Organisationen wie

344 Vgl. Stolarek, Joanna: *Matka Polka* – Das Frauenbild in Polen. URL: <https://forumdialog.eu/2018/05/04/matka-polka-das-frauenbild-in-polen/> [Abgerufen: 03.04.2023].

345 Jabłkowska/Saryusz-Wolska: Mutter Polin, S. 376.

346 Seiler: Weiblichkeit, S. 267.

347 Mishtal, Joanna: *The politics of morality: The church, the state, and reproductive rights in post-socialist Poland*. Athens (US) 2015, S. 177f.

348 Kowalski: *Feminismus*, S. 311f.

349 Schätzungen zufolge handelt es sich um mehrere zehntausend Fälle jährlich.

350 Janowska: *Transkript*, S. 9f.

der International Labour Organization (ILO) oder der Weltbank. Hinzu kommen Daten, die von Eurostat im Auftrag der Europäischen Union seit 1995 im Zuge des Beitrittsprozesses erhoben wurden. Ich werde im Folgenden – wo dies möglich ist – auf nach einer einheitlichen Methode erhobene Daten der ILO, von Eurostat und der Weltbank zurückgreifen, um damit eine Vergleichbarkeit der Situation in Polen mit anderen Staaten zu gewährleisten. Hierfür eignen sich insbesondere die Zahlen der ILO, da Polen dort bereits seit 1919 Mitglied ist, deren Standards in der Volksrepublik implementiert waren und sich diese Organisation stets um eine Vereinheitlichung der Daten bemühte. Hinzu kommen Statistiken vonseiten des GUS, die Vergleiche zwischen Geschlechtern, Altersgruppen usw. innerhalb Polens erlauben und in den 1990er Jahren i. d. R. ebenfalls nach internationalen Standards erhoben wurden.

Generell ist dabei jeder Datensatz als Quelle zu behandeln, d. h. nicht einfach als vermeintlich objektives Faktum zu interpretieren. Im Kontext dieser Studie bedeutet dies vor allem die Frage nach der Art der Datenerhebung sowie danach, warum welche Daten (nicht) erfasst wurden. Dies zeigt sich beispielsweise an Erhebungen zur Frage, ob häusliche Gewalt gegen Frauen als akzeptabel angesehen wird. Während die Weltbank solche Daten für sogenannte Entwicklungsländer erhebt, fehlen sie für europäische Staaten, da diese scheinbar bereits »zivilisiert« bzw. nach einem zum Maßstab erklärten »westlichen Idealmodell« entwickelt sind. Bezüglich Geschlechterfragen lag bei diesem Vorgehen die Annahme zugrunde – die insbesondere in der »neoliberalen Hochphase« der 1990er Jahre verbreitet war –, dass die »westlichen« Staaten die meisten Probleme in Bezug auf Geschlechtergleichheit bereits gelöst hätten. Aufschlussreich für den Untersuchungszeitraum ist die Tatsache, dass dieses Narrativ gerade in Polen deutliche Parallelen zur Behauptung der PZPR aufweist, die »Geschlechterfrage gelöst zu haben«. Zudem stellte gerade das Thema der häuslichen Gewalt im Geschlechterdiskurs des Sejm eine weitgehende Leerstelle dar.

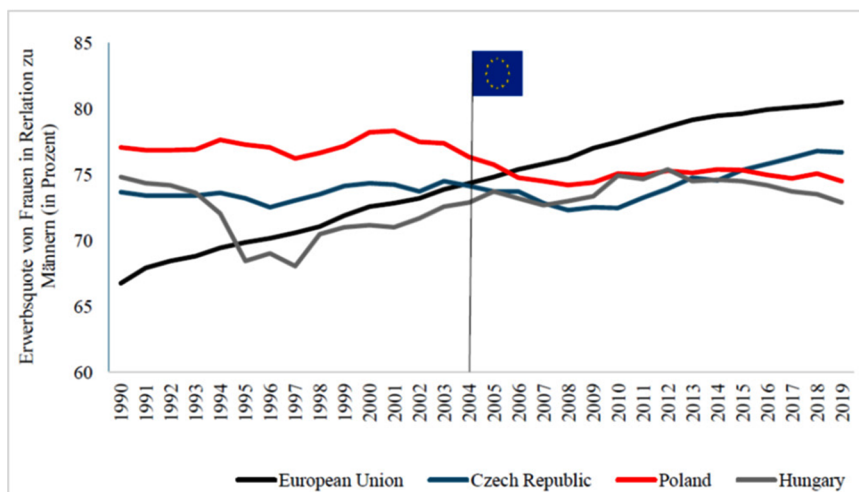
Generell finden sich gerade für die ostmitteleuropäischen Staaten nur wenige Daten zu geschlechterspezifischen Fragen für die 1990er Jahre. Dies ändert sich erst, als der Beitritt zu Europäischen Union im Jahr 2004 näher rückt und Geschlechterfragen auch international mehr in den Fokus rücken.³⁵¹ Ferner suggerieren viele dieser Zahlen ein bestimmtes Narrativ oder legen eine Kausalität nahe, die bei genauer Betrachtung nicht gegeben ist, weshalb sie immer kritisch analysiert und interpretiert werden müssen. Wie bei der Analyse des Diskurses dürfen nicht allein die erhobenen Daten die Erzählung bestimmen; vielmehr müssen auch die nicht erhobenen Daten berücksichtigt werden.

Im Folgenden werde ich zunächst Statistiken zu Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, aufgeschlüsselt nach Bildung, Alter, Geschlecht sowie Stadt/Land, analysieren. Hinzu kommen die Fragen, wer in welchen Sektoren arbeitet und ob sich hier Verschiebungen ergeben, sowie die Entwicklung des Gender Pay Gap. Diese Daten geben einen ersten Hinweis darauf, wie und ob sich die diskursive Vergeschlechtlichung von Arbeit im Sejm in der ersten Dekade des postsozialistischen Staates sozioökonomisch, d. h. »realgeschichtlich«, niederschlug.

351 Dies ist nicht zuletzt dem Arbeitskräftemangel in vielen Staaten »des Westens« geschuldet und hat oft wenig mit Emanzipation als ideellem Wert zu tun.

Ich möchte zu Beginn das Verhältnis von erwerbstätigen Frauen zu erwerbstätigen Männern zwischen 1990 und 2019³⁵² betrachten (siehe Abb. 5). Dabei bietet es sich an, drei ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten miteinander sowie mit dem europäischen Durchschnitt zu vergleichen, um die Situation in Polen besser einordnen zu können.

Abbildung 5: Erwerbsquote von Frauen im Verhältnis zur Erwerbsquote von Männern in Prozent (modellerte ILO-Schätzung).



Quelle: World Bank: World Development Indicators database. Ratio of female to male labor force participation rate (%) (modeled ILO estimate). Poland, Hungary, Czechia, European Union (average). Based on data obtained from International Labour Organization, ILOSTAT. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SL.TLF.CACT.FM.ZS?end=2019&locations=PL-HU-CZ-EU&start=1990&view=c> hart [Abgerufen: 23.10.2023].

Jedoch möchte ich mit dieser Statistik Männer nicht zum Maßstab für Frauen machen. Vielmehr soll sie etwas anderes verdeutlichen: Noch 1990 waren Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen Vorreiter bei der Einbeziehung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt; selbst in Anbetracht aller bereits diskutierten Probleme. Bereits eine vorsichtige Interpretation der Daten lässt den Schluss zu, dass in dieser Hinsicht alle drei Staaten weit über dem Durchschnitt der Europäischen Union lagen und damit einen durchaus beachtlichen Modernisierungserfolg des Staatssozialismus repräsentierten.³⁵³ Wurden Frauen bereits ab Mitte der 1970er Jahre zunehmend als Care-Arbeiterinnen konstruiert, so blieb doch ihre (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit bis zum Ende der Volksrepublik die Norm. Zugleich wird deutlich, dass Polen und Tschechien zwischen 1990 und 2004

352 Auch wenn der Endpunkt dieser Arbeit das Jahr 2004 ist, habe ich, wo dies sinnvoll erschien, die Daten bis 2019 oder länger weitergeführt.

353 Peters: Schocktherapie, S. 47.

keine ›Fortschritte‹ und Ungarn ›Rückschritte‹ zu verzeichnen hatten. Damit fielen sie gegenüber dem Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft (ab November 1993 der Europäischen Union) zurück, wo der Anteil arbeitender Frauen im Verhältnis zu Männern um ca. 8 % angestiegen war. Ist Geschlechtergleichheit das Ziel – und das ist sie laut den Regeln der Europäischen Union³⁵⁴ –, so wurden diese Staaten diesbezüglich von Vorreitern zu Nachzüglern der Modernisierung; ein Eindruck, der sich noch verstärkt, betrachtet man die Statistik bis Ende 2018. Anders ausgedrückt führte der geschlechterspezifische Transformationsprozess in Polen und Ostmitteleuropa zu einer relativen Zurücksetzung von Frauen gegenüber Männern.³⁵⁵ Auch wenn hier keine einfachen Kausalzusammenhänge bestehen, so ist doch davon auszugehen, dass sich der konservative Geschlechterdiskurs im Sejm zunächst geschlechterpolitisch manifestierte und sich schließlich negativ auf die Erwerbstätigkeit von Frauen auswirkte. Dafür spricht auch, dass der Sejm nicht über die sinkende Erwerbsquote von Frauen diskutierte, vielmehr scheint es, als sei die Erwerbstätigkeit von Frauen kein Ziel der Abgeordneten gewesen (wenn auch mit Ausnahmen). Im Gegenteil herrschte bei vielen Politiker:innen die Überzeugung, dass gerade bei Müttern die Erwerbsquote tendenziell zu hoch gewesen sei. Eine ähnliche Argumentationslinie findet sich auch in der Tschechischen Republik.³⁵⁶

Aufschlussreich ist diesbezüglich auch die weitere Aufschlüsselung der Daten nach Stadt/Land, nach Sektoren sowie nach Alter, um eine stärker intersektionale Perspektive zu gewinnen.³⁵⁷ Für das Jahr 2004 zeigt sich beispielsweise, dass sich die Erwerbsquote von Frauen zwischen ländlichen und urbanen Räumen nicht oder nur marginal unterschied. Männer auf dem Land weisen hingegen eine um 4 bis 5 % höhere Erwerbstätigkeit auf.³⁵⁸ Das ist damit zu erklären, dass oftmals nur der Bauer, nicht aber die Bäuerin erwerbstätig gemeldet war, d. h. die Frau letztlich eine unbezahlt (und vielfach unversichert) mitarbeitende Person war.³⁵⁹ Polinnen auf dem Land waren generell stärker benachteiligt, nicht zuletzt, da sie ökonomisch oftmals völlig von ihrem Ehemann abhängig waren. Allerdings fehlt es immer noch an Studien und Daten zu diesem Problemfeld.³⁶⁰

Bei einer Betrachtung der Kategorie Alter finden sich nur wenige Überraschungen. Im Alter zwischen 35 und 54 Jahren ist der Unterschied der Erwerbsquote zwischen Polin-

354 Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags in der Europäischen Union am 1. Mai 1999 wurde ›Gender Mainstreaming‹ in der EU rechtlich verbindlich für alle Mitgliedsstaaten festgeschrieben. Die Gleichstellung der Geschlechter sollte fortan auf allen gesellschaftlichen Ebenen und von allen Beteiligten umgesetzt werden.

355 Eine Entwicklung, die Małgorzata Fuszara bereits 1993 beklagt hatte. Vgl. Fuszara, Małgorzata: *Prace Kobiet*, in: *Pelny Głos* Vol. 1 (1993), S. 83–91.

356 Wolchik: *Reproductive Policies*, S. 71.

357 Diese findet sich bis zum heutigen Tag noch zu selten in der Forschung zum Systemwechsel in Polen, obwohl diese Lücke bereits lange bekannt ist. Vgl. Charkiewicz, Ewa: *Czy Matka Polka może być uboga?*, in: *Recykling Idei* Vol. 11 (2008), S. 62–68.

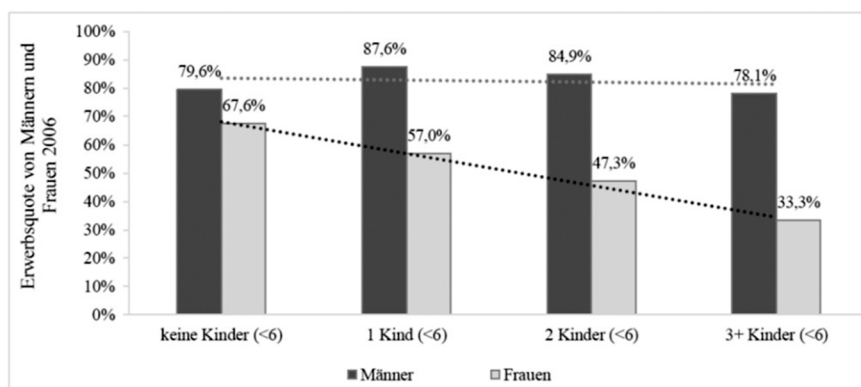
358 Główny Urząd Statystyczny: *Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2005*. Warszawa 2005, S. 230.

359 Reading: *Polish Women*, S. 45.

360 Ebd., S. 47.

nen und Polen am geringsten, d. h. nach dem ›Ende der Kinderbetreuungsphase‹ (noch 2004 war bei den meisten Pol:innen die Familienplanung vor dem 30. Lebensjahr abgeschlossen) und bevor das unterschiedliche Rentenalter (Frauen: 59, Männer: 64) relevant wurde. Dass die Erwerbsquote bei Frauen bis 35 so niedrig lag, zeigt erneut, dass sich die ihnen im parlamentarischen Diskurs zugeschriebene Verantwortung für Care-Arbeit auch realiter niederschlug.³⁶¹ Dies zeigt auch Abbildung 6, die verdeutlicht, dass sich die Erwerbsquoten von Männern und Frauen in Haushalten ohne Kinder unter sechs Jahren um ungefähr 12 % unterschieden.³⁶²

Abbildung 6: Erwerbsquote in Abhängigkeit vom Geschlecht und der Kinderzahl im Jahr 2006 in Polen.



Quelle: International Labour Organization: Prime-age employment-to-population ratio by sex, household type and presence of children (%) – Labour Force Sample Survey. Czechia, Hungary, Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AG_E_JOB_NB_A [Abgerufen: 13.11.2023].

Während die Erwerbsquote bei Männern in Haushalten mit einem Kind von knapp 80 % auf fast 88 % anstieg, Männer also ihrer normativen Pflicht als ›Ernährer‹ nachkamen, sank sie bei Frauen um mehr als 10 % auf 57 %. Dieser Trend setzt sich mit der Anzahl der Kinder fort, sodass die Erwerbsquote von Polinnen bei drei oder mehr Kindern nur noch 33,3 % gegenüber 78,1 % bei den Männern betrug, d. h. es bestand ein Unterschied von ca. 45 %. Die Differenz stieg also mit der Anzahl nicht schulpflichtiger Kinder, was erneut auf die (diskursive und geschlechterpolitische) Verantwortlichmachung von Frauen für Care-Arbeit zurückzuführen ist. Dafür spricht auch, dass bei einer sozialwissenschaftlichen Befragung aus dem Jahr 2004 jeweils über 95 % der befragten Frauen mit

361 Fuszara: New Gender Relations, S. 266.

362 Die ILO untersucht hier allerdings die sogenannte *prime-age population*, d. h. die Bevölkerung im Alter von 25 bis 54 Jahren. Dies schränkt zwar nicht die Aussagekraft des Geschlechtervergleichs ein, erlaubt aber keinen direkten Vergleich mit Erwerbsquoten, die beispielsweise die Bevölkerung ab 15 Jahren einbeziehen.

Kindern angaben, dass sie beispielsweise »für die Körperpflege«, »Arztbesuche«, »Kindergeburtstage«, »Pflege bei Krankheit« usw. verantwortlich seien; die jeweiligen Partner,³⁶³ die ebenfalls befragt worden waren, stimmten diesen Aussagen jeweils zu über 90 % zu.³⁶⁴ Ebenso deutlich spiegeln sich diese Geschlechterkonstrukte bei Alleinerziehenden wider. So steigt bei alleinerziehenden Vätern die Erwerbsquote gegenüber anderen Männern, wenn ein Kind unter sechs Jahren im Haushalt lebt, bei Frauen sinkt sie hingegen stark. Auch hier wird die Konstruktion vermeintlicher Männer- und Frauenrollen im Bereich der (Care-)Arbeit deutlich. Interessant wäre diesbezüglich, wer die Kinder der Alleinerziehenden tatsächlich betreut. Meine Vermutung ist, dass alleinerziehende Väter deutlich weniger Zeit für die Kinderbetreuung aufwenden als alleinerziehende Mütter und vielfach andere Frauen diese übernehmen. Jedoch sind alleinerziehende Männer nicht nur eine diskursive Leerstelle in den Debatten des Sejm, sondern fehlen auch in den Daten weitgehend.

Vergleicht man die Zahlen in Polen mit denen aus der Tschechischen Republik und aus Ungarn, so zeigt sich, dass zumindest an der Moldau die Unterschiede noch deutlich größer waren. Hier lag die Erwerbsquote von Frauen mit einem Kind lediglich bei rund 32 % und sank ab dem zweiten auf 16 %, gegenüber 93 % bzw. 94 % bei den Männern – ein Unterschied von über 75 %. Ähnlich sah es in Ungarn aus, mit dem Unterschied, dass hier ab dem zweiten Kind auch die Erwerbsquote von Männern sank. Dieser Vergleich verdeutlicht, dass keineswegs alle sogenannten Transformationsstaaten gleichermaßen vom Rückgang der Erwerbstätigkeit von Müttern betroffen waren und in Polen (ähnlich wie in der ehemaligen DDR) die Erwerbstätigkeit von Müttern weiterhin keine so große Ausnahme war, wie es die Sejmdebatten vielfach suggerierten.³⁶⁵ Der Geschlechterdiskurs im polnischen Parlament schlug sich sozial nieder, allerdings weniger als in anderen postsozialistischen Staaten. Gerade im Vergleich mit der (weitgehend atheistischen) Tschechischen Republik zeigt dies, dass religiöse Begründungen gegen eine Frauenerwerbstätigkeit in den Lebensrealitäten der 1990er Jahre möglicherweise nur ein Faktor unter vielen waren und letztlich eine begrenzte Rolle spielten.

Dass die Verteilung von Care-Arbeit einen Einfluss auf den Umfang von Erwerbsarbeit hat, zeigt sich noch bei einer weiteren Kenngröße: dem Anteil der Beschäftigten in Teilzeit. Lag dieser 1997 für Frauen in Polen noch bei 19,7 %, so stieg er bis 2004 auf 30,6 % an. Bei den Männern hingegen lag der Anteil 1997 bei 10 % und stieg bis zum EU-Beitritt 2004 auf 17 % an, zudem lag deren Quote konstant unter derjenigen der Frauen.³⁶⁶ Auch hier ist die unterschiedliche Verteilung von Care-Arbeit als eine Ursache zu vermuten. Grundsätzlich zeigt sich, dass die diskursive Aufwertung weiblicher Care-Arbeit

363 Es wurden ausschließlich heterosexuelle Paare befragt.

364 Duch-Krzystoszek, Danuta/Titkow, Anna: Niejednoznaczny status pracy domowej kobiet, in: Joanna Piotrowska / Agnieszka Grzybek (Hg.): *Kobiety dla Polski. Polska dla Kobiet. 20 lat transformacji 1989–2009*. Raport. Warszawa 2009, S. 35–62, hier: S. 45.

365 ILO: Presence of children.

366 International Labour Organization: Incidence of part-time employment by sex – Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 01.11.2023].

und die teilweise Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsmarkt zwei Seiten derselben Medaille darstellten.³⁶⁷

Schließlich stellt sich die Frage, in welchen (Arbeitsmarkt)Sektoren Pol:innen beim Beitritt zur Europäischen Union 2004 arbeiteten, d. h. ob weiterhin eine geschlechter-spezifische Arbeitsmarktsegregation bestand bzw. wie sich diese im Zuge des Transformationsprozesses veränderte. Ich möchte die Zahlen für drei Bereiche vergleichen, da sie einerseits symptomatisch für die Geschlechtersegregation stehen und andererseits hier verlässliche und weitgehend vergleichbare Daten für den gesamten Untersuchungszeitraum vorliegen. Die Bereiche sind Industrie, Bildung und Erziehung sowie Gesundheit und Soziales. In der ersten Kategorie stieg der Männeranteil von 63,5 % im Jahr 1983 auf 68 % im Jahr 2004 an. Dies lag vor allem daran, dass in der Krise der 1990er Jahre – wie bereits zwischen 1980 und 1982 beobachtet – der Anteil aller Industriearbeiter:innen sank, der von Frauen aber bedeutend schneller als der von Männern, was vor allem auf den Zusammenbruch der Textilindustrie zurückzuführen ist. In den beiden anderen Sektoren zeigen sich ebenfalls Verschiebungen. Im Bereich Bildung und Erziehung stieg der Frauenanteil von rund 73,8 % im Jahr 1983 auf 76,6 % im Jahr 2004. Der Bereich Gesundheit und Soziales ist der am stärksten ›feminisierte‹ Sektor; hier sind die Verschiebungen von 76,9 % im Jahr 1983 zu 81,6 % im Jahr 2004 ebenso deutlich.³⁶⁸

Aus diesen Daten lassen sich zwei Schlüsse ziehen. Zum einen ging die ›Feminisierung‹ bestimmter Branchen, die ›weiblich‹ konnotiert waren und sind, d. h. im weitesten Sinne mit Care-Arbeit assoziiert wurden, nicht zurück, sondern intensivierte sich in der langen Zeit der Transformation. An dieser Stelle sei an den Redebeitrag von Bolesław Machnio (PSL) erinnert, der 1996 betonte, dass Krankenschwestern »nicht des Geldes wegen« arbeiteten, sondern aus »Herzblut«.³⁶⁹ Auch die ›Maskulinisierung‹ von Branchen wie der (Schwer)Industrie schritt tendenziell voran, was erneut den parlamentarischen Geschlechterdiskurs widerspiegelt, der in ›Männerberufen‹ eine Bedrohung für »Leben und Gesundheit« der Frau sah.³⁷⁰ Interessant ist, dass über einen Zeitraum von 34 Jahren, in dem ein Systemwandel und damit einhergehend eine völlige Umgestaltung der Wirtschaft stattfanden, die Tendenz zu geschlechterspezifischen Berufen (und ihre Konnotation als männlich bzw. weiblich) bestehen bleibt. Dies bedeutet nicht, dass keine neuen Sektoren hinzukamen, es also keine Verschiebungen gab. So wuchs etwa der ebenfalls stark feminisierte Tourismussektor im Zuge der Transformation stark.³⁷¹ Dies ändert allerdings nichts am Befund, dass die sektorale Geschlechtersegregation die Persistenz von Geschlechternormen anzeigt und Geschlecht weiterhin als Platzanweiser in der Transformationsgesellschaft fungierte. Dabei war der Platz von Frauen in der nun marktwirtschaftlich organisierten Arbeitswelt strukturell gefährdeter als der von Männern. Dies zeigt nicht zuletzt eine Analyse der geschlechterspezifischen Verteilung von Arbeitslosigkeit, die nach 1990 im Zuge der sogenannten Schocktherapie zu einem

367 Seiler: Weiblichkeit, S. 63.

368 Daten für 1983: ILO: Women, S. 140f. Daten für 2004: Eigene Berechnung nach GUS: Rocznik Statystyczny 2005, S. 241f.

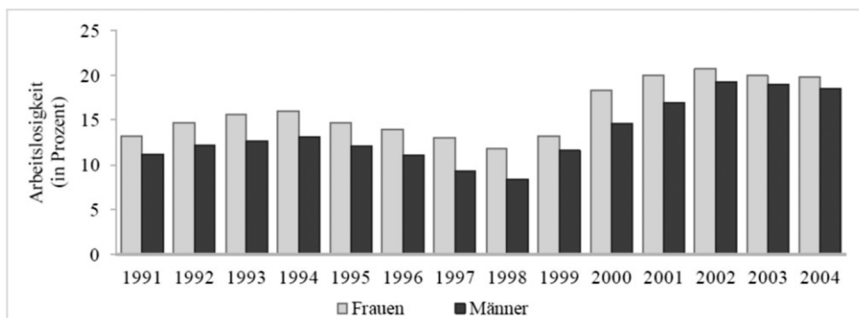
369 Poseł Bolesław Machnio: 80. Sitzung Sejm, S. 96f.

370 Vgl. beispielsweise Poseł Kazimierz Kapera: 62. Sitzung Sejm, S. 123f.

371 GUS: Rocznik Statystyczny 2005, S. 141.

Massenphänomen wurde. Dabei wird deutlich, dass Männer in der ersten Dekade des postsozialistischen Polens seltener von Arbeitslosigkeit betroffen waren als Frauen (siehe Abb. 7).

Abbildung 7: Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern in Prozent für die Jahre 1991–2004 in Polen.³⁷⁷



Quelle: International Labour Organization: Unemployment, male/female (% of male/female labor force) (modeled ILO estimate) – Poland. Aufbereitete Daten der Weltbank. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=CZ> [Abgerufen: 15.03.2023].

Am größten waren die Unterschiede ab Mitte der 1990er Jahre bis Anfang der 2000er Jahre, bevor sich die Lücke bis 2004 merklich verkleinerte; bei insgesamt höherem Niveau. Diese konstant höhere Arbeitslosenquote von Frauen ist insofern bemerkenswert, als zugleich ein deutlich höherer Anteil von Polinnen bereits in der sogenannten stillen Reserve³⁷² war, als dies bei Polen der Fall war, d. h. es also aus verschiedenen Gründen bereits aufgegeben hatte, überhaupt nach Arbeit zu suchen (was die Bedingung ist, als arbeitslos gezählt zu werden). Anders ausgedrückt wäre die Arbeitslosigkeit unter Frauen im Verhältnis zu Männern noch deutlich höher, wenn alle potenziell erwerbswilligen Personen gezählt worden wären. Die OECD geht für Polen (allerdings für das Jahr 2020) davon aus, dass für diese Feminisierung der ›stillen Reserve‹ vor allem kulturelle Gründe sowie fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten verantwortlich waren.³⁷³ Dieses Problem wurde als solches weder in den Sejmdebatten adressiert, noch wurden zu seiner Lösung politische Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das Thema Frauenarbeitslosigkeit war weitgehend eine diskursive Leerstelle, die Polinnen im ersten Jahrzehnt des postsozialistischen Polens ganz real zu spüren bekamen. Zugleich machte der parlamentarische Geschlechterdiskurs Frauen zu Arbeitskräften zweiter Wahl,³⁷⁴ gleiches galt in

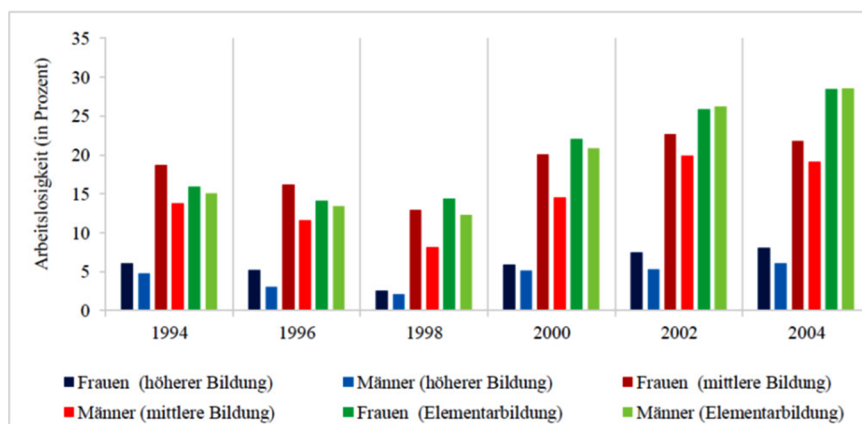
372 Als ›Stille Reserve‹ werden Personen bezeichnet, die grundsätzliche bereit wären, Arbeit aufzunehmen, sich aber nicht arbeitslos melden, da sie beispielsweise keine Chance sehen, eine Stelle zu finden oder sich um die Betreuung von Kindern kümmern (müssen).

373 OECD: Drivers of economic inactivity in Polish regions. OECD Reviews on Local Job Creation. URL: <https://doi.org/10.1787/483a6a25-en> [Abgerufen: 01.11.2023], S. 117f.

374 Eugenisz Januła findet dies auch völlig natürlich, da Frauen seines Erachtens für Kinder verantwortlich und damit nicht so flexibel seien. Poseł Eugeniusz Januła: 109. Sitzung Sejm, S. 123f.

der Wahrnehmung vieler Unternehmen.³⁷⁵ Dies führte dazu, dass Frauen besonders in Krisenzeiten tendenziell als Erste entlassen und als Letzte eingestellt wurden, und resultierte darin, dass Frauen deutlich länger arbeitslos waren als Männer.³⁷⁶ Dabei zeigen sich erneut Parallelen zu 1980/81, die unter den Bedingungen eines staatssozialistischen Systems allerdings keine offene Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden individuellen und gesellschaftlichen Kosten nach sich zog. Schließlich sei diesbezüglich noch angemerkt, dass die bevorzugte Entlassung von Frauen keineswegs nur auf Widerspruch stieß. So befürworteten noch 2004 rund 42 % aller Männer und zumindest 35 % der (verheirateten) Frauen eine Bevorzugung von Männern auf dem Arbeitsmarkt in Krisenzeiten, womit Polen unter den europäischen Staaten vor Griechenland auf dem vorletzten Platz lag (an der Spitze lag Schweden mit durchschnittlich nur 5 % Zustimmung).³⁷⁷

Abbildung 8: Arbeitslosigkeit nach Bildungsgrad und Geschlecht (1994–2004) in Polen.



Quelle: International Labour Organization: Unemployment rate by sex and rural/urban areas (%) – Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 02.11.2023].

Neben den genannten war die Arbeitslosigkeit im ersten Jahrzehnt des marktwirtschaftlichen Polens noch von anderen Faktoren bestimmt, insbesondere vom Bildungsgrad. Es lohnt sich deshalb die Arbeitslosenquote in Abhängigkeit von Geschlecht und Bildungsgrad genauer zu betrachten, um eine erweiterte, stärker intersektionale Perspektive zu gewinnen und zudem die ›Gruppe der Frauen‹ nicht als monolithische Kategorie zu analysieren (siehe Abb. 8).

Betrachten wir zunächst die Arbeitslosigkeit unter Menschen mit sogenannter höherer Bildung, d. h. mit einem abgeschlossenen Studium. Hier zeigt sich, dass Män-

375 Dies betonte auch Karolina Przybylska, die zu Beginn und erneut Ende der 1990er Jahre als Beraterin im Arbeitsministerium einen tiefen Einblick in die Thematik hatte: Przybylska: Transkript, S. 6f. Vgl. dazu auch: Zok: Poland.

376 Główny Urząd Statystyczny: Rocznik Statystyczny Pracy. Warszawa 2017, S. 360.

377 Duch-Krzyszczek/Titkow: Niejednoznaczny status pracy, S. 39.

ner konstant seltener von Arbeitslosigkeit betroffen waren als Frauen. In ökonomischen Hochphasen (wie 1998) nähern sich die Zahlen an, während die Unterschiede in Schwächephasen (wie 2002) größer werden, d. h. auch gut ausgebildete Frauen werden in Krisenzeiten³⁷⁸ bevorzugt entlassen, sind realiter nachgeordnete Angestellte. Gleichwohl sind Polinnen mit Hochschulabschluss konstant von einer geringeren Arbeitslosigkeit betroffen als alle anderen Frauen und Männer mit geringerer Bildung. Etwas anders gestaltet sich der Befund für Personen mit Elementarbildung, definiert als Absolvierung der staatlicherseits obligatorischen Schulpflicht. Auch hier sind bis ins Jahr 2000 Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, wobei die Unterschiede ebenfalls von der ökonomischen Lage abhängen. Nach 2002 sind in dieser Gruppe Polen allerdings leicht stärker betroffen als Polinnen. Generell weist die Studie für Polinnen eine konstant hohe Arbeitslosigkeit auf. Die größten Geschlechterunterschiede finden sich in der mittleren Gruppe, d. h. bei Personen mit einer weiterführenden schulischen oder beruflichen (Aus)Bildung, aber ohne Studium. Hier liegt die Quote der Frauen nach 1990 konstant höher als die der Männer. Ausfällig ist außerdem, dass Frauen in dieser Gruppe bis 1998 die höchste Arbeitslosigkeit überhaupt aufwiesen – noch höher als bei Personen mit Elementarbildung –, d. h. relativ am stärksten benachteiligt wurden. Insgesamt ist festzuhalten, dass arbeitslose Frauen deutlich besser (aus)gebildet waren als Männer.³⁷⁹ Dazu passt die vielfache Abwertung von ›Frauenarbeit‹ in den parlamentarischen Debatten. Auch meine Interviewpartnerin Karolina Przybylska sah vor allem in diesem Punkt eine Diskriminierung von Frauen. Sie betont: »Wir mussten dreimal so hart und dreimal so gut arbeiten. Um gleichberechtigt zu sein, mussten wir dreimal besser sein.«³⁸⁰ Diese Aussage wird durch eine weitere Statistik der ILO bestätigt, die Daten dazu erhob, ob Arbeitnehmer:innen Stellen besetzten, die zu ihrer Qualifikation passten oder ob sie für ihren Beruf über- bzw. unterqualifiziert waren. Dabei erwies sich, dass 2004 in Polen knapp 500.000 Männer und fast 760.000 Frauen für ihre Arbeit überqualifiziert waren (und das, obwohl es deutlich mehr erwerbstätige Männer als Frauen gab). Umgekehrt waren mehr als 1 Million Männer, aber nur gut 800.000 Frauen für ihren Beruf unterqualifiziert.³⁸¹ Wurden Männer bereits im Geschlechterdiskurs als bessere ›Arbeiter‹ konstruiert, so zeigt sich diese Bevorzugung von Polen gegenüber Polinnen auch auf dem Arbeitsmarkt, wo offenbar häufig eher ein unterqualifizierter Mann als eine qualifizierte

378 Schwächephase bedeutet in diesem Kontext nicht zwangsläufig einen Rückgang des BIP, vielmehr kam es gerade in den Jahren vor dem EU-Beitritt 2004 zu einer ›Anpassungskrise‹. So verboten die Wettbewerbsbedingungen der EU beispielsweise eine dauerhafte Förderung defizitärer Sektoren oder Unternehmen durch den Staat, was in Polen im Zuge der Implementierung dieser Regeln bereits vor 2004 zu zahlreichen Insolvenzen geführt hatte.

379 Fuszara: *New Gender Relations*, S. 269.

380 »Musiałyśmy trzy razy więcej pracować i trzy razy lepsze. Żeby być równym. Trzeba było być trzy razy lepszym.« Przybylska: *Transkript*, S. 9.

381 International Labour Organization: *Employment by sex, status in employment and ›educational mismatch‹, statistical approach (thousands) based on LFS – EU Labour Force Survey. Poland, Hungary, Czech Republic*. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEM_P_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].

Frau eingestellt wurde.³⁸² Vergleicht man diese Zahlen mit Ungarn und der Tschechischen Republik, so wird deutlich, dass es sich um ein polnischen Phänomen handelt. An der Donau war das Geschlechterverhältnis ausgeglichen und an der Moldau sogar umgekehrt – so stellten Tschechinnen die Mehrzahl der Unter- und Tschechen der Überqualifizierten.³⁸³

Die Statistik lässt folgende Schlüsse zu: Frauen waren in allen Gruppen und über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg benachteiligt, jedoch auf unterschiedliche Weise. Relativ zu Männern traf die Diagnose vor allem auf Frauen mit mittlerer Bildung zu, absolut genauso auf die Gruppe mit Elementarbildung. Überdies zeigt sich allerdings, dass neben Frauen auch schlecht ausgebildete Männer stark von der sogenannten ›Transformationskrise‹ betroffen waren. Die Marktwirtschaft wirkte sich also tendenziell zum Vorteil akademisch ausgebildeter und zum Nachteil anderer Pol:innen aus. Ein weiterer Erklärungsfaktor für die Arbeitslosigkeit war das Alter. Insgesamt war die Gruppe der unter 24-Jährigen am stärksten, die der über 55-Jährigen am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen, wobei junge Frauen und solche mittleren Alters deutlich stärker in der Gruppe der Arbeitslosen vertreten waren als Männer. Erst ab 55 Jahren ändert sich dieses Verhältnis, was vor allem am niedrigeren Renteneintrittsalter der Frauen (59 Jahre) liegt, die ab diesem Alter auch nicht mehr arbeitslos werden konnten. Trotzdem ist bemerkenswert, dass über den gesamten Zeitraum hinweg (1992–2004) jüngere Polinnen gegenüber Polen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren als ältere.³⁸⁴ Dass dies vor allem Personen im gebärfähigen Alter betrifft, lässt vermuten, dass Arbeitgeber:innen hier schlichtweg nach Geschlecht diskriminierten, um das ›Risiko‹ einer Schwangerschaft zu vermeiden. Dafür spricht auch eine Studie aus dem Jahr 2000, die untersuchte, welche Fragen Bewerber:innen bei Vorstellungsgesprächen gestellt wurden. Sie zeigt, dass knapp 27 % der Männer, aber 54 % der Frauen gefragt wurden, ob sie Kinder hätten. Noch deutlicher zeigt sich der Unterschied bei den Kinderplänen. Kein einziger Mann, aber 12,3 % der Frauen wurden nach ihren diesbezüglichen Plänen gefragt; ähnlich sah die Verteilung im Übrigen bei der Frage nach Heiratsplänen aus.³⁸⁵ Die sozialen Folgen der Behauptung vieler Sejmaggeordneten, Frauen würden nicht diskriminiert bzw. ›höher geachtet als Männer‹, welche letztlich ein Gleichstellungsgesetz verhinderte, spiegeln sich in solchen Praktiken wider.

Als letzter Faktor bietet sich erneut der Vergleich zwischen Stadt und Land an. Hier zeigt sich, dass die Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten nach 2005³⁸⁶ generell etwas höher lag als in urbanen Räumen. Dabei waren die Unterschiede bei den Männern eher

382 Auch bei den Abgeordneten des Sejm zeigt sich dieses Muster. So gab es dort kaum Politikerinnen ohne Hochschulabschluss. Anders bei den Politikern, wo eine solche Karriere scheinbar auch ohne selbigen möglich war. Fuszara: *New Gender Relations*, S. 260.

383 ILO: *Educational mismatch*.

384 International Labour Organization: *Labor force participation by sex and age (population ages 15+)*. – Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 02.11.2023].

385 Lisowska, Ewa/Sawicka, Janina: *Kobiety i gospodarka*, in: Joanna Piotrowska /Agnieszka Grzybek (Hg.): *Kobiety dla Polski. Polska dla Kobiet. 20 lat transformacji 1989–2009*. Raport. Warszawa 2009, S. 7–23, hier: S. 15.

386 Für den Zeitraum vor 2005 sind keine vergleichbaren Daten verfügbar.

gering, bei den Frauen hingegen deutlicher ausgeprägt. So lag das Stadt-Land-Gefälle bei Ersteren 2005 bei 0,5 %, bei Letzteren hingegen bei 2,7 %.³⁸⁷ Weitere Daten ließen sich anführen, anhand derer sich die Benachteiligung von Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt zeigt, beispielsweise ihren sichtlich höheren Anteil bei den Unterbeschäftigten, d. h. bei Personen, die gerne mehr arbeiten würden.³⁸⁸ Letztlich weisen diese Statistiken alle in dieselbe Richtung: In der Tendenz waren jüngere Menschen auf dem Land ohne Hochschulabschluss von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung betroffen. Geschlecht wirkte hier in allen Kategorien als »Multiplikator«, d. h., während sich z. B. der Bildungsgrad absolut am stärksten auf die Arbeitslosigkeit auswirkte, waren Frauen innerhalb der Gruppe konstant stärker davon betroffen als Männer. Zugleich hatte eine gut ausgebildete Frau in einer urbanen Region deutlich bessere Chancen, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, als ein Mann mit Elementarbildung in der Provinz. Damit möchte ich verdeutlichen, dass Geschlecht in der gesamten Zeit der Transformation als Platzanweiser fungierte, aber zugleich nur ein – wenn auch wichtiger – Erklärungsfaktor unter anderen war und es somit weder die weibliche noch die männliche Geschichte der langen Transformation geben kann.

Wurden bisher vor allem Daten analysiert, die stark in Richtung einer Benachteiligung von Frauen auf dem polnischen Arbeitsmarkt weisen, gibt es einen Faktor, der vor allem Ökonom:innen zu der Ansicht verleitet, dass Frauen, verglichen mit Männern, vom Systemwechsel in Polen und Ostmitteleuropa profitiert hätten: den Gender Pay Gap.³⁸⁹ Elizabeth Brainerd und Michał Grajek kommen zu dem Schluss, dass Frauen aufgrund ihrer höheren Bildung durch den Übergang zur Marktwirtschaft bessergestellt wurden. Beide begründen dies mit dem in Polen – im Vergleich mit anderen europäischen und außereuropäischen Staaten – niedrigen Gender Pay Gap.³⁹⁰ Tatsächlich ist der (unbereinigte) Gender Pay Gap in Polen auch im internationalen Vergleich niedrig (siehe Abb. 9).

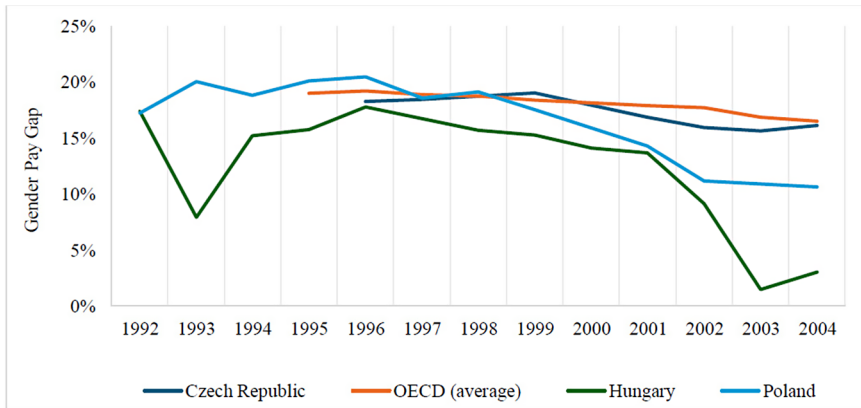
387 ILO: Participation Rural/Urban.

388 International Labour Organization: Time-related underemployment rate by sex and age (%) based on LFS – EU Labour Force Survey. Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].

389 Die Diskussion darüber, ob ein Gender Pay Gap tatsächlich existiert, die vor allem von Ökonom:innen geführt wird, soll hier nicht noch einmal aufgegriffen werden. Ich orientiere mich vielmehr an der Definition der ILO, die ihn als Unterschied zwischen dem Monatsgehalt von Frauen und Männern definiert. International Labour Organization: Understanding the gender pay gap. URL: https://www.ilo.org/actemp/publications/WCMS_735949/lang--en/index.htm [Abgerufen: 09.11.2023].

390 Vgl. Grajek: Pay Gap.

Abbildung 9: Gender Pay Gap in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und im Durchschnitt der OECD.



Quelle: OECD: Gender wage gap of Employees in Percentage, 1991–2004. URL: <https://data.oecd.org/earnwage/gender-wage-gap.htm> [Abgerufen: 03.11.2023].

Nimmt man diese Daten als Grundlage, so zeigt sich eine Verringerung des Gender Pay Gaps in Polen um fast 7 % zwischen 1992 und 2004. Das ist deutlich mehr als in Tschechien (Daten ab 1996), mit rund 1 %, und mehr als im Durchschnitt aller OECD-Staaten, mit ca. 2,5 % (Daten ab 1995). Nur in Ungarn ist der Rückgang stärker und die Quote zum Zeitpunkt des Beitritts der Staaten zur Europäischen Union 2004 noch deutlich geringer. Der Übergang vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft ging in Polen also tatsächlich mit einem Rückgang geschlechterspezifischer Gehaltsunterschiede einher. Zugleich profitierten beispielsweise tschechische Frauen nur in einem sehr geringen Maße (und weit unterdurchschnittlich) von einem Rückgang des Pay Gaps, was darauf schließen lässt, dass die Einführung der Marktwirtschaft diesbezüglich nicht per se nivellierend wirkte.

Die Daten lassen zunächst erneut den Schluss zu, dass Bildung in den 1990er Jahren zunehmend bestimmte, wie »wertvoll« Menschen auf dem Arbeitsmarkt waren. Frauen waren in Polen im Schnitt besser gebildet als Männer und profitierten davon³⁹¹ – allerdings deutlich weniger, als dies ihr Bildungsvorsprung eigentlich verlangt hätte.³⁹² Ein weiterer Faktor, den die bereits genannten ökonomischen Studien bei ihrer Analyse außen vor lassen, ist die Frage, wie sich die Beschäftigung in Polen in den 1990er Jahren entwickelte, d. h. bei welchen Gruppen von Männern und Frauen sie stieg bzw. sank. Dabei zeigt sich, dass die Geschlechterunterschiede bei der Partizipationsrate in der Gruppe mit hohem und in der Gruppe mit niedrigem Einkommen am geringsten waren und in der »oberen Mittelschicht« im Durchschnitt lagen. Vor allem in der sogenannten unteren

391 Grajek, Michał: Gender Pay Gap in Poland, in: *Economics of Planning* Vol. 36 (1/2003), S. 23–44, hier: S. 40.

392 Mysíková, Martina: Gender Wage Gap in the Czech Republic and Central European Countries, in: *Prague Economic Papers* Vol. 21 (3/2012), S. 328–346, hier: S. 342.

Mittelschicht waren die Unterschiede hingegen enorm. Hier betrug die Partizipationsrate von Frauen 1990 nur 35,6 % gegenüber 78,3 % bei den Männern. Etwas anders stellt sich die Situation dar, betrachtet man die Veränderungen der Partizipationsrate zwischen 1990 und 2004. Hier zeigt sich, dass sich die Geschlechterunterschiede nur marginal zugunsten von Frauen veränderten, mit einer Ausnahme in der Gruppe mit hohem Einkommen. Während hier der Anteil bei den Männern von 72,7 % auf 66,4 % stark sank, wuchs er bei Frauen von 49,4 % auf 51,1 %; d. h., der Unterschied sank von 23,3 % auf 15,3 %.³⁹³ Dies bedeutet, dass vor allem die einkommensstärkste Gruppe der Frauen gegenüber den Männern deutlich stärker partizipierte und damit vom neuen System profitierte, was wiederum erklärt, woher ein großer Teil des Rückgangs beim Gender Pay Gap herrührt, nämlich vom relativen Erfolg einkommensstarker Frauen. Diese Verschränkungen aus sozialen und geschlechterspezifischen Auf- und Abwertungsprozessen, die sich auch bei der Frage der Arbeitslosigkeit zeigten, finden sich allerdings weder im parlamentarischen Diskurs wieder, noch wurden sie geschlechterpolitisch thematisiert. Gleichzeitig spielten sie eine herausragende Rolle. Dies ist ein erneuter Hinweis darauf, dass die Parlamentarier:innen – insbesondere in geschlechterpolitischen Fragen – primär dogmatische Überzeugungen verhandelten, die oft nur weniger mit der tatsächlichen Lage der Menschen in der existierenden Marktwirtschaft des postsozialistischen Polens zu tun hatte. Offenbar war es sowohl auf der politischen Diskursebene wie auch geschlechterpolitisch dienlicher, sich über ideelle oder moralische Argumente und Maßnahmen abzugrenzen als über soziale.

Auch die ILO hat sich ausführlich mit dem Gender Pay Gap beschäftigt, untersucht allerdings die Gruppe der Frauen nur in ihrer Gesamtheit. Sie geht von sechs Faktoren aus, die einen geschlechterspezifischen Gehaltsunterschied begründen: 1. die Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen, 2. Unterschiede bei der Arbeitszeit, die auf einen höheren Anteil von Frauen bei den Teilzeitbeschäftigten zurückgeht (vor allem Care-Arbeit), 3. ›Auszeiten‹ (ebenfalls vor allem wegen Care-Arbeit), 4. Bildung, 5. feminisierte Arbeitsbereiche (kulturell begründet) und schließlich 6. einen unerklärten Anteil (der hauptsächlich Diskriminierung beinhaltet).³⁹⁴ Auf Polen bezogen wirkten sich die Punkte 1 bis 3 und 5 bis 6 zuungunsten von Frauen aus, Punkt 4 (Bildung) hingegen zu ihren Gunsten.

Bezüglich der Geschlechtergleichheit im ersten Jahrzehnt des marktwirtschaftlichen Polens machte die Gesellschaft in einigen Bereichen insgesamt (langsame) Fortschritte. So sank beispielsweise der Männeranteil bei den neu berufenen Professor:innen von 6 zu 1 Ende der 1980er Jahre (vgl. Kapitel 4.3) auf 3,8 zu 1 im Jahr 2004 (was zweifelsohne noch immer ein großer Unterschied ist) und bei den Promotionen von 3 zu 1 auf 2 zu 1. Wie beständig patriarchale Muster allerdings gerade in wissenschaftlichen Institutionen blieben, zeigt der Anteil von Frauen in der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Polska Akademia Nauk, PAN), der noch 2004 weniger als 2 % betrug (541 Männer und 10

393 World Bank: Labor force participation rate by sex and income group (modeled ILO estimate) % of population ages 15+. Poland. URL: <https://genderdata.worldbank.org/topics/employment-and-time-use/> [Abgerufen: 07.11.2023].

394 ILO: Gender pay gap, S. 5.

Frauen).³⁹⁵ Ferner argumentiert Renata Siemieńska, dass in den 1990er Jahren zwar zunehmend Platz für Frauen an den Universitäten entstanden sei, dies aus ihrer Sicht aber vor allem darauf zurückzuführen ist, dass Männer aus der Wissenschaft in besser bezahlte Berufe in der Privatwirtschaft wechselten, sodass damit insgesamt kein ›Mehr‹ an Gleichberechtigung entstand.³⁹⁶ Allerdings ging auch in der privaten Wirtschaft der Anteil an Männern in der Geschäftsführung und im höherem Management bis auf 64,7 % im Jahr 2004 zurück; eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in Ungarn und Tschechien.³⁹⁷ Zugleich blieb ihr Anteil in den höchsten Gremien wie Aufsichtsräten erdrückend hoch.³⁹⁸ Frauen konnten also in Polen bis 2004 verstärkt in besser bezahlte Bereich vordringen, aber oft nicht in die höchsten. Hier manifestierte sich ein Geschlechterdiskurs, der Frauen über den gesamten Zeitraum nur als komplementäre (zweitrangige) Erwerbstätige betrachtete und zugleich von einer Negation geschlechterspezifischer Diskriminierungen geprägt war. Karolina Przybylska, die Anfang der 1980er Jahre ihr juristisches Studium beendet hatte und daraufhin begann, sich auf Arbeits- und Sozialrecht zu fokussieren, betonte mir gegenüber ihre diesbezüglichen Beobachtungen: »Ein Mann war Chef und [ein Mann war] stellvertretender Chef.«³⁹⁹

Demgegenüber war der Anteil von Frauen bei den Angestellten mit niedrigem Einkommen weit überdurchschnittlich. So waren 2004 rund 54,1 % aller Angestellten in der untersten Gehaltsgruppe Frauen,⁴⁰⁰ obwohl diese im gleichen Jahr nur rund 45 % aller insgesamt Beschäftigten stellten.⁴⁰¹ Sie waren damit in dieser Kategorie um rund 20 % überrepräsentiert und das bei im Durchschnitt besserer Qualifikation; anders ausgedrückt – sie wurden benachteiligt. Hier zeigt sich grundsätzlich eine Kontinuität zur Volksrepublik, wenn auch nach dem Systemwechsel insgesamt mehr Frauen in höheren Positionen zu finden waren und zugleich mehr von ihnen in Armut abrutschten.⁴⁰²

395 GUS: Rocznik Statystyczny 2005, S. 423f.

396 Siemieńska, Renata: Kobiety w (męskim) zawodzie naukowa, in: Joanna Piotrowska /Agnieszka Grzybek (Hg.): Kobiety dla Polski. Polska dla Kobiet. 20 lat transformacji 1989–2009. Raport. Warszawa 2009, S. 303–318, hier: S. 309.

397 International Labour Organization: SDG indicator 5.5.2 – Proportion of women in senior and middle management positions (%) based on LFS – EU Labour Force Survey. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].

398 Gąciarz, Barbara: Women in the Workplace in Poland. From Egalitarian Economic Necessity to Elite Freedom of Choice and the Pervading Inequality in Status, in: *International Journal of Sociology* Vol. 41 (3/2001), S. 68–94, hier: S. 85.

399 Przybylska: Transkript, S. 9.

400 International Labour Organization: Female share of low pay earners (%) – Annual. Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 08.11.2023].

401 International Labour Organization: Employment by sex and age (thousands) – annual. Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 08.11.2023].

402 Vgl. dazu: Krakowińska, Ewa: Społeczne skutki transformacji gospodarki – polska bieda, in: Mirosław Dusza / Kazimierz Ryć (Hg.): Czynniki wzrostu gospodarczego w Polsce 2006. Warszawa 2007, S. 199–232.

Auffällig ist, dass sich viele Daten zum Anteil von Frauen im höheren Management, in der Politik usw. finden, aber kaum zu sozial benachteiligten Frauen usw. Menschen generell. Diese Feststellung spiegelt sich auch im Rahmen des UN-Programms ›Agenda 2030‹ mit seinen 17 Zielen für eine global nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), wo sich unter Punkt 5 Geschlechteraspekte finden. Dort wird das Ziel formuliert: »achieve gender equality and empower all women and girls.«⁴⁰³ Viele wichtige Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit finden sich hier, nicht zuletzt das Thema Care-Arbeit. Was sich allerdings nicht findet, sind Daten zur (relativen) Armut oder sozialen Deprivation von Menschen. Die Folge ist, dass die ILO, die Daten für viele der sogenannten SDG-Indikatoren zur Verfügung stellt, nur zwei erhebt, die Geschlechtergleichheit und soziale Hierarchie in der Gesellschaft zusammen denken und ›messen‹, nämlich der Anteil von Frauen an allen »Managementpositionen« sowie an allen »höheren Managementpositionen«. Viele weitere finden sich abseits der SGD-Indikatoren, beispielsweise der Anteil der Frauen an allen »Unternehmer:innen«. Bezüglich sozial benachteiligter Frauen findet sich hingegen lediglich die bereits diskutierte Statistik der ILO zum Anteil von Frauen in der untersten Einkommensgruppe in Polen. Angesichts tausender Datensätze in der Datenbank, die Arbeitsmarktbeteiligung und Arbeitslosigkeit nach Aspekten wie Alter, Geschlecht, Bildung, Stadt/Land usw. aufschlüsseln, fällt diese (soziale) Lücke umso stärker auf; ebenso die Tatsache, dass sich Aspekte wie soziale Herkunft, die einen erheblichen Einfluss auf Bildungserfolg, Einkommen etc. haben, nicht in den Statistiken finden. Kurz gesagt manifestierte sich hier eine neoliberale Vorstellung von Gleichberechtigung, die diese über die Beteiligung von Frauen an ›der Elite‹ definierte.⁴⁰⁴

Aufschlussreich ist zudem, dass die ILO zwar den Anteil von Frauen an allen Care-Arbeiter:innen erhob (allerdings liegen bis 2004 mit der Ausnahme der Slowakei keine Zahlen für Ostmitteleuropa vor), jedoch nur der bezahlten, was bedeutet, dass unbezahlte Care-Arbeit nicht erhoben wurde. Dennoch ist ein Blick auf unbezahlte Care- und Hausarbeit in Polen unabdingbar, um die Vergeschlechtlichung von Arbeit zu fassen. Daten dazu finden sich in der »Gender-Datenbank« der Weltbank sowie in einigen Forschungsarbeiten, die sich dieses Themas annehmen. Die Statistik bei Ersterer gibt an, wie viel Tageszeit prozentual für unbezahlte Haus- und Care-Arbeit⁴⁰⁵ aufgewandt wurde. Für Polen liegen Zahlen für das Jahr 2004 vor, die zeigen, dass Frauen knapp 20 % ihrer Zeit dafür aufgewendet haben gegenüber 10 % bei den Männern. Absolut bedeutet dies, dass 4,45 Stunden bzw. knapp 2,5 Stunden täglich für unbezahlte Arbeit aufgebracht wurden, wobei die Zahlen konservativ geschätzt sind, d. h., der Geschlechterunterschied in der Tendenz deutlich höher lag. Dafür spricht auch, dass 20 % der Männer angaben, ›nie‹ in

403 Vgl. United Nations (UN): SDG Indicators. Global indicator framework for the Sustainable Development Goals and targets of the 2030 Agenda for Sustainable Development. URL: <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list/> [Abgerufen: 09.11.2023].

404 Zu einer Kritik daran vgl. Fraser, Nancy: *Fortunes of feminism: From state-managed capitalism to neoliberal crisis*. New York 2013.

405 Zu den Haus- und Betreuungsarbeiten gehören u. a. Essenszubereitung, Geschirrspülen, Reinigung und Instandhaltung der Wohnung, Wäschewaschen, Bügeln, Gartenarbeit, Betreuung von Haustieren, Einkaufen, Installation, Wartung und Reparatur von persönlichen und Haushaltsgegenständen, Kinderbetreuung und Pflege von kranken, älteren oder behinderten Haushaltsmitgliedern.

irgendeiner Form im Haushalt zu helfen und über ein Drittel dies nur am Wochenende tat.⁴⁰⁶ Ähnliche Zahlen liegen z. B. für Litauen vor. Für Ungarn⁴⁰⁷ hingegen gibt es nur für die Jahre 2000 und 2010 eine Erhebung, die zeigt, dass dort der Anteil der Frauen an der Hausarbeit – entgegen dem Trend in allen anderen europäischen Staaten, für die Zahlen vorliegen – deutlich stieg. Schlusslicht im europäischen Kontext ist Italien, wo Frauen mit 21,9 % ihrer Tageszeit gegenüber 7,3 % bei den Männern das Dreifache an Zeit aufwandten.⁴⁰⁸ Spitzenreiter bei der Verteilung unbezahlter Arbeit ist hingegen Schweden, wo bereits 2001 das Verhältnis bei 17,7 % zu 12,7 % lag, d. h. bei ca. 1,4, und anschließend weiter sank.⁴⁰⁹ Vorsichtig interpretiert zeigen die Zahlen, dass Polinnen 2004 noch immer mindestens zwei Drittel aller unbezahlten Arbeit leisteten, wobei davon auszugehen ist, dass der Anteil bei Care-Arbeiten im engeren Sinne noch deutlich höher lag, gaben doch Männer vor allem an, »zu reparieren« o. Ä. Hier schlägt sich die binäre Vorstellung von Arbeit im politischen Geschlechterdiskurs sozial nieder. Zugleich findet sich kein Hinweis darauf, dass Polen hier eine Sonderrolle in Europa generell oder Ostmitteleuropa einnimmt. Interessant wäre ein Vergleich zur Situation in der polnischen Volksrepublik. Bereits diskutierte Zahlen zeigen, dass Polinnen 1976 fast siebenmal so viel Zeit für unbezahlte Arbeit aufwandten als Polen. Leider sind die Zahlen nur bedingt vergleichbar, da sie unterschiedliche Tätigkeiten beinhalten und anders erhoben wurden. Vorsichtig interpretiert würde ich davon ausgehen, dass sich die Verteilung der Care-Arbeit in der langen Zeit der Transformation (allmählich) in Richtung einer paritätischeren Aufteilung zwischen den Geschlechtern verschob und Polen damit dem europäischen Trend folgte. Es bleibt aber auch festzuhalten, dass die Norm, nach der letztlich die Frau die Verantwortung im Haushalt trage, weiterhin dominant war.⁴¹⁰ Spannend, aber im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten, wäre eine Untersuchung zu den Auswirkungen der sogenannten »Care-Chains«, d. h. der Verlagerung der Care-Arbeit an Migrant:innen (meist Frauen) aus ärmeren Ländern. Während beispielsweise Pol:innen bereits in den 1990er Jahren und verstärkt nach dem Schengen-Beitritt 2007 in Westeuropa

406 Duch-Krzyszczek/Titkow: *Kobiet*, S. 43. Die Zahlen für »nie« reichen hier von 3 % in Schweden bis 56 % in Portugal.

407 Für die Tschechische Republik liegen keine Zahlen vor.

408 Zahlen für 2003.

409 World Bank: Proportion of time spent on unpaid domestic and care work (% of 24 hour day). URL: <https://genderdata.worldbank.org/indicators/sg-tim-uwrk/?gender=gender-gap&year=2004> [Abgerufen: 07.11.2023].

410 Duch, Danuta: O władzy w rodzinie. Prace w domu a równość związku, in: Małgorzata Fuszara (Hg.): *Kobiety w Polsce na przełomie wieków. Nowy kontrakt płci?* Warszawa 2002, S. 125–146, hier: S. 143.

(vor allem Deutschland)⁴¹¹ die Lücken der privaten Pflege schlossen⁴¹², füllten wiederum Ukrainer:innen diese in Polen.⁴¹³

Schließlich möchte ich noch einige Worte zum Thema Armut ergänzen. Die sogenannte Transformationskrise in Polen ging mit einer enormen relativen⁴¹⁴ und absoluten Armut einher. Während erstere zu Beginn der 2000er Jahre auf knapp 24 % anstieg,⁴¹⁵ waren in der ersten Dekade des neuen Staats auch viele Menschen von absoluter Armut betroffen. Beispielsweise stieg die Zahl der Obdachlosen (die es in der PRL so nicht gab) in den 1990er Jahren auf bis zu 300.000 Menschen an,⁴¹⁶ womit sich die Situation deutlich dramatischer als in Ungarn oder Tschechien darstellte.⁴¹⁷ Armutsbetroffen waren dabei weit überdurchschnittlich Frauen.⁴¹⁸

Die Interpretation dieser Zahlen und der geschlechterspezifischen Auswirkungen des Systemwechsels ist keineswegs banal. Wie sehr sie vom eigenen wissenschaftlichen Ansatz und damit letztlich den eigenen (epistemologischen und politischen) Überzeugungen abhängig ist, zeigt sich bereits an der vorhandenen Forschung. So kommen Historiker:innen wie Philipp Ther⁴¹⁹ und Małgorzata Fidelis⁴²⁰ zu einer kritischen Bewertung der Folgen des Transformationsprozesses für Frauen⁴²¹; ebenso einschlägige kulturwissenschaftliche, soziologische, anthropologische oder literaturwissenschaftliche Arbeiten.⁴²² Ökonom:innen gelangen hingegen eher zu einer positiven Interpretation des Systemwechsels, nicht zuletzt, da sie die Verteilung von (Care-)Arbeit zwischen den Geschlechtern i. d. R. als individuelle Präferenz und nicht als strukturell bedingte Ungleichbehandlung interpretieren.⁴²³ Aus meiner Perspektive ist letztere Position nicht haltbar, da sie wissenschaftliche Erkenntnisse (sei es aus der Psychologie, den Geistes- oder Naturwissenschaften) zugunsten eines ideologisch bedingten Forschungsdogmatismus ignoriert. Dies kritisieren auch feministische Ökonom:innen wie

411 Auch eine beträchtliche Zahl deutscher Care-Arbeiter:innen, vor allem Krankenpfleger:innen, arbeitet wiederum in der Schweiz.

412 Vor allem in der sogenannten ›Live-in‹-Pflege, d. h. der 24-Stunden-Betreuung (was meist bedeutet, am Arbeitsplatz zu wohnen) pflegebedürftiger Menschen zu i. d. R. vergleichsweise prekären Bedingungen.

413 Vgl. dazu: Lutz, Helma/Pallenga-Möllenbeck, Ewa: Care, gender and migration: Towards a theory of transnational domestic work migration in Europe, in: *Journal of Contemporary European Studies* Vol. 19 (3/2011), S. 349–364.

414 Hier definiert als weniger als 60 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens.

415 Ther: *Neue Ordnung*, S. 281.

416 Ebd., S. 243.

417 Ebd., S. 280.

418 Vgl. dazu vor allem die Arbeiten von Izabella Desperak: Desperak, Izabela: *Płeć zmiany. Zjawisko transformacji w Polsce z perspektywy gender*. Wydanie drugie zmienione i poprawione. Łódź 2018.

419 Ther: *Neue Ordnung*, S. 85.

420 Fidelis: *Women*, S. 249.

421 Wobei die meisten Historiker:innen, beispielsweise Borodziej, dieses Thema schlichtweg übergehen.

422 Vgl. Seiler: *Weiblichkeit*; Keinz: *Polens Andere*; Mrozik: *Akuszerki transformacji*.

423 Vgl. Brainerd: *Women in transition*.

Friederike Maier, die als Expertin für Arbeitsmarktpolitik und geschlechterspezifische Faktoren in der Ökonomie für die OECD und die EU arbeitete.⁴²⁴

Aus den diskutierten Daten lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen: Zum einen zeigen sich in den sozioökonomischen Daten große Kontinuitäten ausgehend vom staatssozialistischen Polen, insbesondere in den Bereichen Care-Arbeit, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und der Feminisierung bestimmter (mit Care-Arbeit assoziierter) Sektoren. Zum anderen führte der Systemwechsel neben der Kategorie Geschlecht weitere Faktoren der Ungleichheit ein oder verstärkte sie, die im parlamentarischen Diskurs keine Erwähnung finden. Diese waren neben Bildung, Peripherie/Metropole und Alter vor allem soziale Kategorien. Mit anderen Worten war der sogenannte Transformationsprozess mit emanzipatorischen Tendenzen verbunden. Frauen konnten nun stärker in höchste Positionen vorrücken und (nach 2004) theoretisch ohne Einschränkungen in jedem Bereich arbeiten. Frauen mit höherer Bildung und einem hohen Einkommen war es zudem teils möglich, die oftmals marginale staatliche Kinderbetreuung durch eine private zu ersetzen. Trotz alledem blieben sie relativ benachteiligt, und gerade bei Themen wie dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch verloren sie einige ihrer früheren Rechte. Umso stärker wirkte sich der Systemwechsel allerdings auf sozial benachteiligte Menschen aus. Betraf dieser zunächst alle Menschen in dieser Gruppe, so wirkte Geschlecht hier umso stärker als Platzanweiser. Frauen ohne Hochschulbildung waren überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und damit einhergehender Armut betroffen. Da sie sich keine private Kinderbetreuung leisten konnten, tangierte sie der Rückbau staatlicher Betreuungseinrichtungen umso stärker. Gleiches gilt für Schwangerschaftsabbrüche; einerseits, weil Verhütung oftmals eine Frage des Geldes war und ist,⁴²⁵ andererseits, weil eine wohlhabende Person deutlich leichter eine Reise nach Deutschland oder Tschechien finanzieren konnte, um dort einen Abbruch vornehmen zu lassen. Schließlich waren vor allem alleinerziehende und/oder armutsbetroffene Frauen häufig – und entgegen allen Beteuerungen der Antiabtreibungsfraktion – sich selbst überlassen. Diskurs und Realität lagen hier weit auseinander. Eleonora Zielińska kommt diesbezüglich zu dem Fazit:

»It is this increasing number of poor women who have been most adversely affected by the inability to obtain a legal abortion for social reasons. And while the law may have forced women to give birth, it did not create effective mechanisms to ensure that government agencies would fulfill their financial obligations and that mothers faced with difficult living conditions could manage to rear their children.«⁴²⁶

Letztlich bleibt das Fazit zur Frage, ob Frauen Verlierer:innen des Transformationsprozesses waren, ambivalent. Aus meiner Perspektive hat der neoliberale Modernisierungsdiskurs sein Emanzipationsversprechen nicht gehalten (ebenso wenig wie der sozialistische). Gleichwohl bot er die Möglichkeit vom Staat völlig unabhängiger Feminismen (von liberalen bis kommunistischen Überzeugungen), die die Grundlage dafür stellten, dass

424 Maier: Feministische Ökonomie.

425 Zielińska: Reproductive Rights, S. 46.

426 Ebd., S. 52.

es im Jahr 2024 eine äußerst starke feministische Bewegung in Polen gibt, die nicht zuletzt dazu beigetragen hat, die Regierungszeit der PiS im Oktober 2023 zu beenden. So waren es Polinnen, deren Wahlbeteiligung überdurchschnittlich gestiegen war und die ihre Stimme deutlich häufiger als Männer der Opposition gaben.⁴²⁷ Zudem gibt es Grund zur Annahme, dass das weitgehende Verbot des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch ein entscheidender Punkt dafür war, dass die PiS die Wahl verlor – eine Interpretation, die auch von Teilen der Partei selbst, etwa von Mateusz Morawiecki geteilt wird.⁴²⁸

Schließen möchte ich dieses Kapitel mit der subjektiven Wahrnehmung von Diskriminierung seitens der von mir befragten Polinnen. Dabei zeigt sich ein aufschlussreiches Muster. So betont beispielsweise Zuzanna Kamińska auf die Frage, ob ihr Geschlecht in ihrem Erwerbsleben je eine Rolle gespielt habe:

»In vielen Museen war die Mehrheit der Arbeitnehmer Frauen. Aber die besten Positionen hatten fast nur Männer. Das war total klar. Aber den großen Unterschied sehe ich auch heute in Deutschland überhaupt nicht. [...] Das war so und das ist so. Ich sehe keine großen Unterschiede, wenn es um die Verteilung der Positionen in Großinstitutionen geht.«⁴²⁹

Zugleich berichtet sie von »Mobbing«, übergriffigen Professoren oder Gehaltsunterschieden, von denen sie erfuhr. Solche Dinge hätten sich aber »dank des Muts der Frauen« geändert.⁴³⁰ Schließlich unterstreicht sie, dass Frauen aufgrund fehlender Kinderbetreuung usw. die ersten Opfer des »wildem Kapitalismus« der 1990er Jahre gewesen seien, ist aber zugleich stolz auf das Erreichte und kritisiert Menschen in Ostdeutschland, die noch immer von Sozialtransfers abhängig sind.⁴³¹ Was sich bei ihr zeigt, ist ein liberaler Feminismus, der die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen sieht, aber nicht strukturell, sondern als individuelles Problem interpretiert.

Ähnlich sieht es Alicja Nowak, die negiert, je selbst von strukturellen Diskriminierungen betroffen gewesen zu sein, und als Gegenargument anführt, dass sie sogar einmal mehr als ihre Kollegen verdient habe. Direkt im Anschluss berichtet sie aber davon, wie sie in einem anderen Unternehmen weniger als ihre Kollegen verdient habe. Die Schuld dafür sieht sie allerdings bei sich selbst, da sie nicht für sich eingestanden sei, sondern sich selbst diskriminiert habe (*autodyskryminacja*). Als Problem führt sie an, dass Frauen nach der Geburt eines Kindes zu kämpfen hätten, relativiert dies aber mit der Vermutung, dass dies »für alle Frauen« und »überall« der Fall sei.⁴³² Anders ausgedrückt ist diese Situation aus ihrer Sicht »natürlich«.

427 Ptak, Alicja: Poland's election exit poll in charts. URL: <https://notesfrompoland.com/2023/10/16/polands-election-exit-poll-in-charts/> [Abgerufen: 27.11.2023].

428 Bill, Stanley: A backlash against the backlash: Poland's failed conservative revolution. URL: <https://notesfrompoland.com/2023/11/26/a-backlash-against-the-backlash-polands-failed-conservative-revolution/> [Abgerufen: 27.11.2023].

429 Kamińska: Transkript, S. 2f.

430 Ebd., S. 6f.

431 Ebd., S. 8f.

432 Nowak: Transkript, S. 3.

Befragungen des CBOS aus den Jahren 1993 und 2000 zeigen allerdings, dass eine (größer werdende) Mehrheit der Befragten (Männer wie Frauen) der Meinung ist, dass Frauen auch strukturell schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten; sei es generell beim Finden eines Berufs oder bezüglich der Karrierechancen,⁴³³ wobei dies nicht alle zu stören scheint. So waren im Jahr 2000 zwar 60 % der Frauen (und nur 41 % der Männer) der Ansicht, es solle mehr Frauen in der Regierung geben; zugleich vertraten aber 28 % der Frauen (38 % der Männer) die Meinung, Frauen seien ausreichend oder gar überrepräsentiert (5 % der Frauen und 11 % der Männer). Waren hier die Zustimmungswerte noch recht hoch, so waren hingegen nur noch 52 % der Frauen und 32 % der Männer der Ansicht, es solle mehr Frauen in den Führungspositionen von Unternehmen geben.⁴³⁴ Es zeigt sich also, dass sich Frauen wie Männer der Benachteiligung Ersterer im Arbeitsmarkt bewusst waren, dass aber nur eine knappe Mehrheit der Frauen und eine Minderheit der Männer praktische Konsequenzen verlangte. Darüber hinaus wird deutlich, dass Polinnen in bedeutend stärkerem Ausmaß Gleichberechtigung wünschten als Polen. Vor allem aber fand bei Frauen in den 1990er Jahren ein viel stärkerer Einstellungswandel statt als bei Männern.⁴³⁵

Aus meiner Sicht zeigt sich sowohl in der CBOS-Umfrage als auch in den Interviews die bereits angesprochene Umdeutung des *Matka Polka*-Mythos im Zuge des Systemwechsels. So werden zwar vielfach Diskriminierungen und Benachteiligungen gesehen, im selben Atemzug aber bagatellisiert, indem sie als etwas dargestellt werden, dass ausgehalten, durchgestanden, ertragen werden muss. Die Ansprüche von Frauen an sich selbst (und an andere) sind hoch. Hier vermischt sich meines Erachtens das klassische Ideal der sich aufopfernden Frau mit dem neoliberalen Zwang zur Selbstverwirklichung bzw. -optimierung. Auf die Frage, was sich ihrer Meinung nach für Frauen in Polen nach dem Systemwechsel verändert hat, erwidert meine Interviewpartnerin Paulina Kowalczyk:

»Es wird von Frauen viel mehr erwartet [...], dieses ›Matka Polka‹, das war schon immer sehr präsent. Ich glaube, die neuen unbegrenzten Möglichkeiten führten dazu, dass die Frauen endlich mal loslegen wollten, endlich mal beruflich weiterkommen wollten, sich realisieren wollten. Gleichzeitig aber war der Wandel nicht stark genug, um aus den alten Mustern herauszukommen. Was ich beobachte: die Frauen arbeiten das Doppelte, sie haben relativ wenig Unterstützung von ihren Partnern, aber auch vom Staat her, Kindergarten oder so, in Bezug auf die leidige Hausarbeit, aber gleichzeitig auch hohe Anforderungen an dieses ›Sich-realisisieren‹, beruflich [zu] realisieren. Dann sollten die tatsächlich auch noch alle perfekt Yoga machen und [es] sich leisten können, einmal im Monat ein teures Wellnesshotel zu bezahlen, damit sie [...] perfekt entspannt aussehen [...]. Ich nehme die Frauen in Polen [als] sehr gestresst wahr, mit einer mindestens doppelten Belastung.«⁴³⁶

433 Fuszara, Małgorzata: Zmiany w świadomości kobiet w polsce w latach dwięćdziesiątych, in: Małgorzata Fuszara (Hg.): *Kobiety w Polsce na przełomie wieków. Nowy kontrakt płci?* Warszawa 2002, S. 13–38, hier: S. 15f.

434 Ebd., S. 21.

435 Ebd., S. 22.

436 Kowalczyk: Transkript, S. 6.

Während ich diese Einschätzung teile, möchte ich die verschiedenen individuellen Erfahrungen von Polinnen keinesfalls bewerten. Vielmehr möchte ich hervorheben, dass auch hinter diesen individuellen Erfahrungen, hinter der Aufteilung von (Care-)Arbeit innerhalb von Familien wie auch der Gesamtgesellschaft normative Muster, politische Entscheidungen und sozioökonomische Interessen stehen – und eben keine ›Naturgesetze‹. Insofern ist die polnische Gesellschaft auch nach 1989 eine patriarchale. Zugleich scheint es Frauen oft schneller gelungen zu sein, sich den Herausforderungen und Logiken des neuen Systems anzupassen (gleiches gilt wohl auch für Frauen in Ostdeutschland).

War bis 2004 nur wenig feministische Kritik am Transformationsprozess zu vernehmen, so hat sich das in den vergangenen zwanzig Jahren zunehmend geändert. Der Diskurs löst sich langsam, aber stetig aus den Debatten der 1990er Jahre; auch in geschlechterpolitischer Hinsicht werden neue Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts postuliert. Neue Perspektiven – vor allem aus der queeren Community, von Migrant:innen aus der Ukraine, die besonders von prekären Arbeitsbedingungen betroffen sind – bereichern diesen politischen Diskurs.

6. Fazit

Rückblick

1945 hatte Polen – wie die anderen sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas – Geschlechtergleichheit versprochen und im Bereich der Erwerbsarbeit auch grundsätzlich etabliert. Obwohl bereits 1956 einige der diesbezüglichen Errungenschaften wieder revidiert worden waren, war die Volksrepublik doch eine der Vorreiterinnen im Hinblick auf die Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt und blieb es – verglichen mit den Staaten des ›Westens‹ – auch bis 1989. Zugleich wurde insbesondere ab den 1970er Jahren die Rolle von Frauen als Mütter und damit als Care-Arbeiterinnen immer stärker hervorgehoben.

Dieses Buch geht zunächst der Frage nach, wie sich Geschlechterrollen vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ab dem Ende der 1970er Jahre veränderten – insbesondere angesichts des Erstarkens der katholischen Kirche infolge der Ernennung Karol Wojtyłas zum Papst 1978 und dem Entstehen der Oppositionsbewegung rund um die Solidarność-Gewerkschaft. In Kapitel 3 stand neben den genannten Akteuren vor allem die PZPR im Zentrum der Untersuchung, bestimmte sie doch bis 1989 die Politik der Volksrepublik. Deutlich wurde dabei, dass sich die Partei zunehmend dem nationalpatriotischen Diskurs der Kirche und in Teilen der Solidarność annäherte, in welchem die mütterliche Rolle von Frauen über alle anderen Rollenbilder gehoben wurde, auch zuungunsten von Erwerbsarbeit. Auf diese Weise versuchte die Partei, ihre Macht inmitten verschiedener Krisen neu zu legitimieren und zu erhalten. Zugleich sorgte sich die PZPR um die sinkende Geburtenrate; darüber hinaus waren Teile des Zentralkomitees der Überzeugung, dass die Krise der Volksrepublik auch in der vermeintlich ›unnatürlichen‹ Geschlechterordnung des Staatssozialismus begründet sei.

Auf den Wandel der von der PZPR propagierten Geschlechterrollen folgte eine geschlechterpolitische Wende. So beschleunigte die Partei den bereits in den 1970er Jahren angedeuteten Ausbau von als Mutterschutzmaßnahmen präsentierten Berufsverboten für Frauen in ›fruchtbarkeitsschädigenden‹ Bereichen. Hinzu kam eine massive Erweiterung des Erziehungsgeldes bei gleichzeitigem Rückbau staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen. All das schlug sich in einer sinkenden Erwerbstätigkeit von Frauen nieder, wenn auch zunächst nur leicht. Vor dem Hintergrund des infolge der

Wirtschaftskrise entstandenen Überangebots von Arbeitskräften war diese Entwicklung durchaus gewollt, zumal eine ›Überführung‹ von Frauen in den ›Erziehungsurlaub‹ den Arbeitsmarkt um mehrere hunderttausend Personen »entlastete«. Im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik konsolidierte sich so die Aufteilung zwischen weiblich konnotierter Care- und männlich assoziierter Erwerbsarbeit. Desgleichen kam es innerhalb des Arbeitsmarkts zu einer verstärkten Vergeschlechtlichung von Arbeit, indem Frauen zunehmend in vermeintlichen Frauenberufen wie im Sozial- und Gesundheitssektor tätig waren, die ebenfalls mit Care-Arbeit assoziiert und schlechter bezahlt wurden.

Es war dieses Zusammenspiel aus tiefer ökonomischer Krise und konservativer Wende im geschlechterpolitischen Bereich, das sich schließlich auf sozialer Ebene zum Nachteil erwerbstätiger Frauen auswirkte. So war ab 1980 nicht nur die Volksrepublik, sondern auch die Idee der sozialistischen Emanzipation der Geschlechter im Niedergang begriffen. Nichtsdestoweniger blieb die Erwerbstätigkeit von Frauen (ohne Kleinkinder) bis 1989 eher die Regel als die Ausnahme, wohingegen sich unter der neuen, von der Solidarność dominierten Regierung die Einteilung der Geschlechter in ›natürliche Sphären‹ verschärfte. Dies bedeutete – wie in Kapitel 4 gezeigt wurde – eine primäre Identifikation von Frauen mit (der Sorge um) Familie und Kinder(n), was mit der Pflicht der Frau begründet wurde, für das höhere Wohl der polnischen Nation Kinder zu gebären und zu erziehen. Dies schlug sich – auf massiven Druck der katholischen Kirche und mit ihr verbundener Abgeordneter – in einer zunehmenden Infragestellung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch nieder, widersprach dieser Eingriff doch in jeder Hinsicht dem nationalkatholischen Diskurs.

Geschlechterpolitisch bedeutete dieser *conservative backlash* zunächst eine massive Demontage staatlicher Kinderbetreuung. Schwangerschaftsabbrüche hingegen blieben zwischen 1989 und 1991 weiterhin grundsätzlich erlaubt, da sich die Parteien nicht über das Ausmaß der Verschärfung einigen konnten. Nichtsdestoweniger führte die gänzliche Verlagerung der Verantwortung für Kinderbetreuung auf Frauen in Kombination mit dem Rückbau staatlicher Betreuungseinrichtungen und der primären Entlassung von Frauen in der Wirtschaftskrise dazu, dass ihre Erwerbstätigkeit überdurchschnittlich abnahm, während die Arbeitslosigkeit von Frauen proportional dazu überdurchschnittlich stieg.

Was sich zwischen 1989 und 1991 anbahnte, kam ab 1991 zum Durchbruch. Die Verhandlung der vermeintlich kommunistischen Geschlechterordnung wurde zu der Projektionsfläche, anhand der der Systemwechsel verhandelt wurde. Insbesondere das Thema Schwangerschaftsabbruch wurde seitens der politischen Rechten zum Synonym für Kommunismus und die gescheiterte Volksrepublik stilisiert; ähnliches gilt für die Themen Kinderbetreuung, Erwerbsarbeit von Frauen oder Geschlechterrollen. In allen Bereichen forderte die rechte Seite des Sejm – um das Wohl der polnischen Nation willen – eine Rückkehr zu einer vermeintlich ›natürlichen‹ Geschlechterordnung. Dies zog eine dualistische Aufteilung in eine private Sphäre der Care-Arbeit für Frauen und eine öffentliche Sphäre der Erwerbsarbeit für Männer nach sich. Liberale und linke Parteien vertraten zwar prinzipiell die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Bereich der Erwerbsarbeit, doch auch unter selbigen waren viel Abgeordnete der Überzeugung, dass Frauen ›natürlich‹ für die Kinderbetreuung verantwortlich seien bzw. zumindest lange Auszeiten für die Kinderbetreuung nehmen sollten.

Geschlechterpolitisch war der Zeitraum zwischen 1991 und 2004 zweigeteilt. Bereits in den ersten Jahren waren das (praktisch) weitgehende Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen sowie eine drastische Reduzierung der staatlichen Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen umgesetzt worden. Hatte es solche für Kinder unter drei Jahren auch vorher bereits nur marginal gegeben, so sank nun selbst das Betreuungsangebot für Kinder ab drei Jahren stark. Zugleich existierte weiterhin ein verhältnismäßig langer ›Erziehungsurlaub‹ von drei Jahren, der finanziell allerdings niedrig bemessen war und fast ausschließlich von Frauen in Anspruch genommen wurde. Ferner blieben geschlechterspezifische Berufsverbote bis 2002 in Kraft. An diesem Datum lässt sich insofern die Zweiteilung des ersten Jahrzehnts des postsozialistischen Polen ablesen, als ab 2001 im Zuge des EU-Beitrittsprozesses Gesetze zur Gleichstellung der Geschlechter implementiert wurden.

Große Auswirkungen auf die sozioökonomische Lage hatte schließlich die Tatsache, dass sämtliche polnischen Regierungen nach 1991 vor allem männerdominierte Branchen wie die Schwerindustrie stützten, während andere, wie etwa die Leicht- bzw. Textilindustrie, ihrem Schicksal überlassen wurden. Ähnliche Auswirkungen hatte die strikte Austeritätspolitik der 1990er Jahre, die den frauendominierten öffentlichen Dienst – vor allem die Bereiche Gesundheit, Erziehung und Soziales – überdurchschnittlich stark traf. Ferner ist festzuhalten, dass sich die Propagierung einer ›familienfreundlichen‹ Politik vonseiten der politischen Rechten nicht in einem Ausbau sozialer Maßnahmen für ebendiese niederschlug; vielmehr blieb die diesbezügliche Politik äußerst neoliberal.

Diese politischen Entscheidungen wie auch der Systemwechsel an sich wirkten sich grundsätzlich vor allem zum Nachteil von Menschen ohne höhere Bildung sowie der ländlichen Bevölkerung aus, von weiteren regionalen und sozialen Faktoren abgesehen. Geschlecht wirkte hier als Multiplikator, d. h. Frauen waren öfter arbeitslos als Männer, ihre Erwerbsquote sank stärker und sie waren überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Speziell junge Frauen waren von Diskriminierungen betroffen, was mit der Demontage staatlicher Kinderbetreuung bei gleichzeitiger Verantwortlichmachung von Frauen für (die gesamte) Care-Arbeit zusammenhing. Hinzu kam der Zusammenbruch der Leichtindustrie, in der primär Frauen beschäftigt waren. Demgegenüber profitierten gut ausgebildete Frauen vor allem in den Großstädten aus sozioökonomischer Perspektive vom Systemwechsel, was sich in einem sinkenden Gender Pay Gap und der verstärkten Repräsentation von Frauen in der Führungsebene von Unternehmen niederschlug.

Kontinuitäten und Unterschiede

Die Kernthese dieses Buches lautet, dass die Vergeschlechtlichung von Arbeit in der langen Zeit der Transformation zwischen 1980 und 2004 in Polen von großen und systemübergreifenden Kontinuitäten geprägt war, die dazu führten, dass Geschlecht in beiden politischen Systemen als ›Platzanweiser‹ fungierte. Dies konnte ich bestätigen; so ist der gesamte Untersuchungszeitraum von einem Geschlechterdiskurs geprägt, der in national-katholischen Vorstellungen verhaftet blieb. Sinnbildlich hierfür steht die (systemunabhängige) Verantwortlichmachung von Frauen für die demografische und moralische Zukunft der polnischen Nation. Zugleich bleibt die Rolle von Männern generell (und

Vätern im speziellen) systemübergreifend eine Leerstelle, galt doch ihre Erwerbsarbeit als Norm, die nicht verhandelt werden musste. Als Leerstelle sind auch alle Aspekte von ›Weiblichkeit‹ zu verstehen, die nicht in das Idealbild einer ›heiligen‹, sich aufopfernden und ›unbeschnittenen‹ Mutter passen – egal ob Sexualität, Verhütung oder die Geburt als physiologischer Akt an sich. Ebenso waren Themen, die einem idealen Familienbild entgegenstehen – wie etwa häusliche Gewalt – ein Tabu. Schließlich ist mit dem konstanten Einfluss der katholischen Kirche auf die politischen Entscheidungsträger:innen in Geschlechter-, aber nicht unbedingt in ökonomischen Fragen eine weitere Kontinuität festzuhalten.

Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg wurden diese so konstruierten Geschlechterrollen in eine Geschlechterpolitik übersetzt, die die ›natürliche‹ Trennung der Geschlechterrollen in weiblich konnotierte Care- und männlich besetzte Erwerbsarbeit forcierte – beispielsweise durch die Vernachlässigung feminisierter Branchen. Am deutlichsten zeigen sich die Kontinuitäten bei der Frage staatlich organisierter Betreuung von Kleinkindern (unter drei Jahren): 1980 wie 2004 lag diese nämlich bei ungefähr 5 %, nur dass Polen damit zu Beginn der hier untersuchten Periode zumindest im Vergleich mit dem ›Westen‹ (nicht aber mit anderen staatssozialistischen Ländern) Vorreiter war, zum EU-Beitritt hingegen Schlusslicht.

Das Resultat dieser Geschlechterpolitik war, dass Frauen im gesamten Untersuchungszeitraum stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren als Männer, der Geschlechterunterschied im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit wieder anstieg und die Feminisierung bestimmter Branchen sich vertiefte. Eine weitere Kontinuität zeigt sich im Zuwachs geschlechterspezifischer Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit vor allem in ökonomisch schwierigen Phasen, da Frauen in Krisenzeiten stets als erste entlassen wurden.

Zeigen sich bei der politischen Rechten und innerhalb der katholischen Kirche zwischen 1980 und 2004 sehr wenige Unterschiede in ihren geschlechterpolitischen Vorstellungen, so lässt sich bei Teilen der Liberalen und Linken doch eine Verschiebung feststellen. Die Parteien der politischen Linken, die vor allem aus der PPZR hervorgegangen waren, verabschiedeten sich zunehmend von den patriarchalen Vorstellungen der Parteikader aus den 1980er Jahren. Zusammen mit Teilen der Liberalen schrieben sie sich in einen neoliberalen Diskurs ein, der einen gleichen Zugang zu Arbeit für Frauen forderte und sich gegen jegliche geschlechterspezifischen Berufsverbote aussprach. Ab 1997 und insbesondere nach 2001 gab es aus diesem Lager auch Abgeordnete, die ›natürliche‹ Geschlechterrollen generell als Konstrukt in Frage stellten. Hier wurde vor allem mit Polens Beitritt zur Europäischen Union argumentiert, die nun – als Gegenspielerin des Kommunismus – zum Sinnbild einer progressiven Geschlechterpolitik wurde. Neu war, dass erstmals vereinzelt Männerrollen thematisiert wurden. Jedoch darf dieser Umstand nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses linksliberale Lager lange Zeit weitgehend reaktiv blieb, d. h. sich am nationalkatholischen Diskurs abarbeitete und damit konstant in einer rechtfertigenden Position verharrte. Insofern entwickelten sich zwar neue Diskursstränge, doch blieb das nationalkatholische Motiv nach wie vor hegemonial.

Auch sei auf einige grundlegende Veränderungen in der Geschlechterpolitik zwischen 1980 und 2004 hingewiesen; an erster Stelle etwa auf das fast völlige Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen (1993), das – aller Rhetorik zum Trotz – bis zum Ende der

Volksrepublik so nicht auf der Agenda gestanden hatte. Hinzu kommt die Entscheidung über den Rückbau der staatlichen Kinderbetreuung im Zuge der Austeritätspolitik ab 1990. Demgegenüber wurden Gesetze, die einer völligen Gleichstellung der Geschlechter im Bereich der Arbeit entgegenstanden – etwa indem sie Berufsverbote für Frauen festlegten –, erst auf Druck der Europäischen Union im Rahmen der Beitrittsverhandlungen geändert, nicht aber im Zuge des Systemwechsels.

Schließlich sind die größten Verschiebungen auf sozioökonomischer Ebene zu beobachten. Zwar blieb Geschlecht auch im postsozialistischen Polen ›Platzanweiser‹, doch wirkten darüber hinaus neue Faktoren der sozialen Auf- und Abwertung wie Bildung, Alter und große Unterschiede zwischen Stadt und Land. In diesem Zusammenhang wurde Geschlecht – beispielsweise beim Thema der Arbeitslosigkeit – zum Multiplikator.

Im Untersuchungszeitraum zeigt sich zudem eine ähnliche Entwicklung, wie sie Małgorzata Fidelis bereits für die Nachkriegszeit in der Volksrepublik nachwies: »gender politics could serve as a bridge between the traditional segment of society and the new state seeking legitimacy in a hostile environment.«¹ In diesem Sinne sind Verhandlungen von Geschlecht bzw. Geschlechterrollen immer auch Verhandlungen von Macht.² An dieser Stelle möchte ich an David Ost anknüpfen, der in seiner Analyse des postsozialistischen Europa betont, dass »class conflicts became articulated not as conflicts over interests but as conflicts about identity«, worin er insbesondere in Bezug auf Polen die Ursprünge des Illiberalismus sieht.³ Osts Erkenntnisse möchte ich hier um zweierlei Gedanken ergänzen: Zum einen, dass die ›Geschlechterfrage‹ den Kulminationspunkt dieser »conflicts about identity« darstellt(e) und dabei kaum vom nationalkatholischen Diskurs zu trennen ist. Zum anderen, dass Konflikte über Identität und Klasse eng miteinander verbunden sind und gerade im Geschlechterdiskurs zwei Seiten derselben Medaille darstellen.

Letztlich zeigt die vorliegende Untersuchung, dass es nötig ist, Transformationen als systemübergreifenden Prozess mit Vor- und Nachspiel zu betrachten, der nicht so sehr an konkreten Datumsgrenzen, als vielmehr an Diskursverschiebungen, politischen Entscheidungen oder sozioökonomischen Veränderungen festzumachen ist. Gerade die Vergeschlechtlichung von Arbeit nach 1989 lässt sich nicht ohne die volksrepublikanische Vorgeschichte erklären. Gleiches gilt für die Sejmdebatten in Polen, die ein generelles Wissen von der Geschichte und Kultur des Landes erfordern, rekurren sie doch permanent auf historische Begebenheiten und einen davon geprägten, spezifischen religiös-kulturellen Unterbau.

Grenzen und Chancen des Forschungsansatzes

Eine umfassende Analyse des gesamtgesellschaftlichen Geschlechterdiskurses zwischen 1980 und 2004 – so relevant er für diese Studie gewesen wäre – hätte den Rahmen dieser Arbeit gesprengt; vielmehr habe ich mich bewusst auf die politische Entscheidungsebene

1 Fidelis: Women, S. 34.

2 Vgl. dazu: Lorey: Macht.

3 Ost: Solidarity, S. 179.

konzentriert. Überdies gibt es bereits Analysen, die die Medienebene oder feministische Gruppierungen abdecken. Auch wäre eine tiefere Untersuchung der Frage, welche politischen Fraktionen innerhalb der PZPR bzw. des Zentralkomitees welche Agenda verfolgten, interessant gewesen, da dies einen genaueren Einblick in die Motivation der Entscheidungsträger:innen ermöglicht hätte; gleiches gilt für interne Debatten innerhalb der politischen Parteien nach 1989. Dem stand nicht zuletzt die Schließung der Archive im Zuge der COVID-19-Pandemie im Wege. Davon abgesehen sind parteiinterne Dokumente oft nicht zugänglich bzw. schlichtweg nicht mehr vorhanden. Die betrifft auch die Perspektive der Betroffenen, die hier nur teilweise aufschien, aber nicht explizit Thema war. Diesbezüglich wären vor allem die Erfahrungen von sozial marginalisierten Gruppen wie Landwirt:innen oder Industriearbeiter:innen eine tiefergehende Untersuchung wert, zumal es hierzu bislang noch keine bis wenig Forschung gibt.

In dieser Studie habe ich Geschlechterrollen, Geschlechterpolitiken und die sozio-ökonomische Situation in Abhängigkeit von Geschlecht untersucht. Dabei sind immer wieder Fragen nach dem Verhältnis der drei Untersuchungsebenen aufgetreten. Meine Forschung stellt diesbezüglich einen neuen Ansatz dar, existiert doch bislang weder eine geschlechtergeschichtliche Untersuchung der langen Zeit der Transformation in Polen, noch ist mir Forschung bekannt, die die drei genannten Untersuchungsebenen zusammenführt. Gerade diese Kombination aus wirtschafts- und sozialgeschichtlichen mit geschlechtergeschichtlichen Ansätzen verspricht einen erheblichen Mehrwert, auch wenn sie eine interdisziplinäre Herausforderung bleibt. So konnte ich in dieser Studie zeigen, dass eine geschlechtergeschichtliche Perspektive eine neue Sicht auf die lange Zeit der Transformation insgesamt eröffnet, indem sie beispielsweise das Narrativ einer Liberalisierung nach dem Ende des Staatssozialismus in Frage stellt. Hier liegt meines Erachtens ein Ansatzpunkt für weitere historische Forschungen, die den sogenannten Transformationsprozess system- und länderübergreifend untersuchen.

Letzte Gedanken

Eine erweiterte Perspektive auf ›Transformationsprozesse‹ ist aus meiner Sicht nicht zuletzt deshalb nötig, da politische Entwicklungen wie der aktuelle ›Rechtsruck‹ in Europa, den USA, aber auch in Südamerika eng mit diesen verbunden sind: Sei es in Polen oder in Ostdeutschland, wo das erste Jahrzehnt des Postsozialismus von tiefen wirtschaftlich-sozialen Einschnitten geprägt war; sei es in Pennsylvania in den USA oder im Nordosten Frankreichs. Hier verspricht die Untersuchung der Verknüpfung von immateriellen mit materiellen Aspekten der Auf- und Abwertung einen Erkenntnismehrwert, etwa um zu erörtern, warum Rechtspopulist:innen zwar dort stark sind,⁴ wo die Arbeitslosigkeit hoch und die Einkommen niedrig sind, zugleich aber auch in saturierten, bürgerlich ge-

4 Dies stellt allerdings nur einen Erklärungsansatz dar. Andere Aspekte sind für das Erstarken rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Gruppierungen mindestens genauso bedeutend.

prägten Regionen Zuspruch finden, in denen die Menschen wohl mehr den Verlust ihrer diskursiven Vormachtstellung als unmittelbare soziale Not fürchten.⁵

In diesem Kontext ist ein Rekurs zu Karl Polanyis Buch *The Great Transformation* lohnenswert.⁶ Zwar untersuchte der Wirtschaftshistoriker die industrielle Revolution am Beispiel Englands im 19. und 20. Jahrhundert, doch lassen sich seine Erkenntnisse auch auf die Welt des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts anwenden. Seine Kritik an liberalen Philosoph:innen und Ökonom:innen, die jeglichen staatlichen Eingriff in Transformationen – seien es postsozialistische, solche schwerindustriell geprägter Regionen oder ökologisch motivierte – als eine Art Sakrileg abtun, trifft auch auf Polen in der langen Zeit der Transformation zu:

»Fired by an emotional faith in spontaneity, the common-sense attitude toward change was discarded in favor of a mystical readiness to accept the social consequences of economic improvement, whatever they might be. The elementary truths of political science and statecraft were first discredited then forgotten.«⁷

Es ist gerade diese Behauptung von ökonomischer Rationalität, die vorgeblich objektiv richtig und nur der Wahrheit verpflichtet sei, die in neoliberalen Reformprozessen nach den 1980er Jahren erst in Süd- und Nordamerika, dann in Ost- und Ostmitteleuropa und schließlich auch in West- und Südeuropa zur Anwendung kam.⁸ Diese Ansätze gehen in vielem über das hinaus, was »klassisch« liberale Ökonom:innen oder Ordoliberaler wie Walter Eucken oder der Urvater der liberalen Wirtschaftstheorie, Adam Smith, gefordert hatten, deren Theorien in moralphilosophische oder religiöse Überzeugungen eingebettet waren und alle das machtpolitische Primat des Staates bzw. des Souveräns betonten. Der Neoliberalismus im Sinne Hayeks ist etwas genuin Neues, indem er Gesellschaft und Staat der ökonomischen Logik unterwirft. Dieser »ökonomische Imperialismus« führt zu der Behauptung, dass sich jegliche private oder politische Entscheidung, ja der Mensch an sich lediglich am Eigeninteresse bzw. der eigenen Nutzenmaximierung ausrichte. Dieser quasi-religiöse Glaube an den Egoismus als einzige Triebfeder des Menschen, der mit einer völligen Negierung von Politik im eigentlichen Sinne einhergeht, ist auch im Transformationsprozess in Polen zu beobachten. Die Behauptung, die Verfasstheit des neuen marktwirtschaftlichen Staates sei nicht zu beeinflussen bzw. alternativlos, untergrub von Beginn an den »Demokratisierungsprozess«. Daraus folgte, dass in der lan-

5 Der Soziologe Andreas Reckwitz spricht davon, dass neben der »Unterklasse« auch die sogenannte »alte Mittelklasse« von einem kulturellen Abwertungsprozess betroffen sei. Werte dieser Klasse wie »Fleiß«, »Status« und »Disziplin« seien in der seit den 1970er Jahren zu einem Ende gelangt Moderne vorherrschend gewesen, seien mittlerweile (in der Postmoderne) aber nicht mehr hegemonial. Wichtiger seien nun »Authentizität«, »Anerkennung« oder »Selbstverwirklichung« Vgl. dazu: Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin 2019. Auch wenn ich Reckwitz' Analyse in ihrer Gesamtheit nicht teile, da ich der Auffassung bin, dass er sozioökonomische Fragen gegenüber kulturellen unterschätzt, so teile ich seine These vom Verlust der diskursiven Vormachtstellung »klassischer« Werte als ein Erklärungsmuster für illiberale Einstellungen.

6 Polanyi, Karl: *The Great Transformation: The Political and Economic Origin of Our Time*. Boston 1957.

7 Ebd., S. 35.

8 Vgl. dazu: Ther: *Neue Ordnung*.

gen Zeit der Transformation in Polen ökonomische und soziale Fragen – wie etwa die grassierende Arbeitslosigkeit – nicht auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene verhandelt wurden, da die sozioökonomischen Reformen angeblich einer ›objektiven Rationalität‹ bzw. ›den wahren Gesetzen des Marktes‹ folgten.⁹ Vielmehr wurde die diesbezügliche Debatte auf eine kulturelle Ebene verschoben. In Ostdeutschland ist das Pendant dazu meines Erachtens der nationalistische und rassistische Diskurs der frühen 1990er Jahre, der 1993 im sogenannten Asylkompromiss gipfelte. Dort wurde weder kritisch über die eher verdorrten denn ›blühenden Landschaften‹ gesprochen, noch über politische Fehler, die teilweise zu einem völligen Zusammenbruch der sozialen Ordnung geführt hatten. Stattdessen wurde eine vermeintliche ›Gefahr durch Ausländer‹ beschrieben – mit dem Ergebnis, dass beispielsweise 1991 in Frankfurt (Oder) polnische PKWs oder Reisebusse mit Steinen angegriffen wurden und sich ›Bürgerwehren‹ bildeten, die den ›Wirtschaftsflüchtlingen‹ und ›Billiglöhnern‹ aus dem Osten trotzen wollten.¹⁰ In seiner Interpretation der Entwicklungen in den 1920er Jahren kommt der erwähnte Karl Polanyi zu dem Schluss:

»Fascism [...] was rooted in a market society that refused to function [...]. In the Europe of the 1920s two such tendencies – counterrevolution and nationalist revisionism – figured prominently and overlay the more comprehensive but fainter pattern of fascism. Though both counterrevolution and revisionism were obviously limited to their specific objectives, they were easily confounded with fascism.«¹¹

Ohne die Parallelen überstrapazieren zu wollen, ist doch auffällig, wie sehr auch heute von Rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen antisemitische, rassistische oder antifeministische Ideen als Lösung für die Folgen des Neoliberalismus präsentiert werden. Gerade der Kampf gegen Geschlechtergleichheit und Emanzipation wird dabei weltweit immer häufiger zum Proxy, der konservative und rechtsextreme Positionen verbindet. Er ist (zusammen mit Nationalismen) die konservative Antwort auf die Unsicherheiten, die der Neoliberalismus der 1990er Jahre in Polen und anderswo mit sich brachte. Bezüglich Polen ist allerdings wichtig zu betonen, dass die Ablehnung einer (völligen) Emanzipation der Frau bereits der PZPR bzw. WRON im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik als Verbindungsstrang zu konservativ-katholischen Kreisen der Gesellschaft diente. Hinzu kam, dass auch der Neoliberalismus keinesfalls Emanzipation für alle bedeutete. Vielmehr wurden Care-Arbeiten in Polen weiterhin primär von Frauen erledigt – sei es im unbezahlten Bereich, oder indem Frauen zu bezahlter Care-Arbeit migrierten, vor allem nach Deutschland. Zwar profitierten mit Blick auf die Erwerbsarbeit vor allem gut ausgebildete Frauen auch vom Neoliberalismus, doch gab es andere, die zumindest bis 2004 weniger Chancen hatten als zuvor, beispielsweise weil sie von jahrelanger Arbeitslosigkeit und Armut betroffen waren.

9 Vgl. dazu: Kerner/Saar: Geschlechterwissen, S. 122.

10 Lausberg, Michael: Kein Verkauf an Polen. Antipolnischer Rassismus in Ostdeutschland, in: *Migazin vom 06.07.2015*, URL: <https://www.migazin.de/2015/07/06/antipolnischer-rassismus-in-ostdeutschland/> (abgerufen: 10.06.2024).

11 Polanyi: The Great Transformation, S. 248.

Diese Arbeit hat gezeigt, dass ökonomische und politische Liberalisierungen – sei es 1956, 1980/81 oder nach 1989 nicht zwangsläufig mit einer progressiven Geschlechterpolitik einhergehen, sondern vielmehr genau das Gegenteil der Fall ist. Insofern ist Geschlecht kein ›Nebenthema‹, sondern vielmehr ein Kernelement zum Verständnis politischer, ökonomischer und sozialer Prozesse in der langen Zeit der Transformation (1980–2004) in Polen.

Schließlich scheint es, als sei Polen zwar teilweise personell (ich denke dabei vor allem an Tusk und Kaczyński) noch immer mit den Nachwirkungen dieser Umbruchszeit beschäftigt, doch verlieren zugleich lange einflussreiche Institutionen (vor allem die katholische Kirche) seit einiger Zeit rapide an Einfluss. Gleiches gilt für heteronormative oder vermeintlich traditionelle Geschlechternormen. Hierbei zeigt sich, dass es gerade die direkte politische Einflussnahme der katholischen Kirche, die Propagierung sogenannter LGBT-ideologiefreier Zonen (*strefa wolna od ideologii LGBT*) oder das faktische Abtreibungsverbot waren, die 2023 bisher unpolitische Teile der Bevölkerung an die Wahlurnen oder zu Demonstrationen bewegten. Kurzum, die nationalkatholischen Kreise scheinen den Bogen überspannt und sich insbesondere in den Augen jüngerer Menschen völlig desavouiert zu haben. In diesem Zusammenhang lohnt ein Blick auf Länder wie Spanien oder Irland, deren Geschlechterdiskurse ebenfalls von einer Hegemonie katholischer Dogmen geprägt waren, bevor sie relativ schnell und konsequent in die entgegengesetzte Richtung kippten, wobei inzwischen auch hier eine Gegenbewegung zu beobachten ist. Insofern wird es spannend sein, zu sehen, wie sich Polen diesbezüglich im kommenden Jahrzehnt entwickeln und ob es vielleicht wieder zu einem Vorreiter in geschlechterpolitischen Fragen wird – wie als es 1918 das Frauenwahlrecht bereits drei Jahre früher als in Schweden einführte – oder etwa im Zuge der arbeitsrechtlichen Gleichstellung der Geschlechter in der frühen Volksrepublik. Zwar fungiert Geschlecht immer noch als sozioökonomischer ›Platzanweiser‹ in Polen, aber es scheint, als würden vor allem Polinnen dies immer weniger akzeptieren wollen. Ob sich daraus ein tatsächlicher Politikwechsel ergibt, hängt nicht zuletzt davon ab, inwiefern es gelingen wird, den Geschlechterdiskurs (und viele andere) aus den historischen Metaerzählungen herauszulösen. Mit anderen Worten: So spannend Geschichte auch sein mag, die Taufe Mieszkos im Jahre 966 sollte für die Frage, ob Polen 1058 Jahre später Schwangerschaftsabbrüche erlaubt oder ob Frauen in Fragen der Erwerbsarbeit gleichberechtigt sind, irrelevant sein.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Archiwum Akt Nowych (AAN, Archiv Neuer Akten), Warschau

Polska Zjednoczona Partia Robotnicza. Komitet Centralny w Warszawie:

Wydział Organizacji Społecznych, Sportu i Turystyki: Działalność wojewódzkich Rad Kobiet dotycząca aktywności zawodowej i społeczno-politycznej kobiet. Uchwała, referat, apel, notaki, oceny, zalecenia, informacje, wnioski, wycinki prasowe 1977–1978, 1980, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.1/XL43.

Dies.: VII Krajowy Zjazd LK. Informacje, notatki, tekst wystąpień 1979, 1981, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.1/XL45.

Dies.: Obchody Dnia Matki. Spotkanie matek z kierownictwem Partii. Program, wykazy, notatki. 1980, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.1/XL82.

Dies.: Posiedzenia Rady ds. Rodziny, Materiały na obrady. Protokoły, informacje, wnioski, postulaty, propozycje, koncepcja, opracowania, korespondencja. 1979/80, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.1/XL97.

Dies.: Działalność Zarządu Głównego LK. Przygotowania do VIII Zjazdu, posiedzenia plenarne, współpraca międzynarodowa. Materiały na posiedzenia. Uchwały, sprawozdania, notatki, statut, informacje, propozycje, korespondencja. 1979–1981, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.3/XLI19.

Dies.: Działalność Rady ds. Rodziny. Informacje i opracowania Min. Pracy, Płac i Spraw Socjalnych nadesłane do Wydziału. 1980/81, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.1/XLI21.

Wydział Społeczno-Zawodowy. LKP 1982, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.1/XLI99.

Wydział Społeczno-Zawodowy: Dekada ONZ (UN). 1975–1985, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4.3/XLII139.

Wydział Społeczno-Prawny. Sekretariat. 1982, AAN: Sig. 2/1354/O/2.4/LII53.

Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów:

Konferencja Naukowa »Rodzina i polityka społeczna na rzecz rodziny w PRL« – informacje. 1981, AAN: Sig. 2/1938/O/1/1/82.

Stała Komisja do spraw Polityki Społecznej na Rzecz Rodzin – notatki z materiałami z posiedzeń. 1985, AAN: Sig. 2/1938/O/1/1/45.

Herder-Institut, Marburg

Michnik, Adam: Wasz prezydent, nasz premier (Gazeta Wyborcza vom 3. Juli 1989), in: Herder-Institut (Hg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Umbruch in Polen 1988–1989«, bearb. von Michael Zok.

Protokół porozumienia zawartego przez Komisję Rządową i Międzyparlamentowy Komitet Strajkowy w Gdańsku, in: Herder-Institut (Hg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Sowjetische Hegemonie in Ostmitteleuropa (1922–1991)« bearb. von Guido Hausmann, Dimitri Tolkatsch, Jos Stübner.

Szczepański, Jan: Po referendum (Rzeczpospolita vom 3.12.1987), in: Herder-Institut (Hg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Volksrepublik Polen«, bearb. von Ingo Eser.

Ustawa z dnia 7 kwietnia 1989 o zmianie Konstytucji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, in: Herder-Institut (Hg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Umbruch in Polen 1988–1989«, bearb. von Michael Zok.

Verfassung Polens 1952, in: Herder-Institut (Hg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul »Sowjetische Hegemonie in Ostmitteleuropa (1922–1991)« bearb. von Guido Hausmann, Dimitri Tolkatsch, Jos Stübner.

Archiwum – Sejm Rzeczypospolitej Polskiej (Archiv des Sejms der Polnischen Republik)

Sprawozdania stenograficzne z posiedzeń Sejmu RP 1989–2004 (Stenografische Berichte über die Sitzungen des polnischen Parlaments 1989–2004)

13 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 kwietnia 1992 r.

21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.

29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 5, 6 i 7 listopada 1992 r.

33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.

21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.

28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 31 sierpnia oraz 1 i 2 września 1994 r.

87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r.

91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r.

110 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24, 25 i czerwca 1997 r.

37 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3 i 4 grudnia 1998 r.

75 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 12, 13 i 14 kwietnia 2000 r.

98 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 stycznia 2001 r.

67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23, 29 i 30 stycznia 2004 r.

- 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r.
- Posel Adamski, Wladyslaw: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.
- Posel Balicki, Marek: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Ders.: 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r.
- Posel Banach, Jolanta: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25, 26 i 28 pazdziernika 1995 r.
- Posel Banowska, Anna: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r.
- Posel Baszczyński, Krzysztof: 3 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 listopada 1993 r.
- Posel Bienkowska, Alicja: 17 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 27, 28 i 29 grudnia 1989 r.
- Posel Borawska, Marianna: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Dies.: 77 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 10 i 11 pazdziernika 1991 r.
- Posel Borowski, Andrzej: 17 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 27, 28 i 29 grudnia 1989 r.
- Posel Brzozka, Stanislaw: 111 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20, 21 i 22 czerwca 2001 r.
- Posel Cencek, Krystyna: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 9 listopada 1998 r.
- Posel Chmielewski, Jan: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r.
- Ders.: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 listopada 1999 r.
- Posel Cieśla, Stanislaw: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21 i 22 czerwca 1990 r.
- Ders.: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 czerwca 1991 r.
- Posel Cymański, Tadeusz: 8 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14, 17 i 18 grudnia 2001 r.
- Posel Czarnik-Sojka, Teresa: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 czerwca 1991 r.
- Posel Czarnobilski, Zdzislaw: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Czernek, Joachim: 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 pazdziernika 1996 r.
- Posel Czerwiński, Kazimierz: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Czerwiński, Leszek: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 7 i 8 czerwca 1990 r.

- Posel Czeżyk, Ignacy: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Czyż, Barbara: 16 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 17, 18, 19 i 20 grudnia 1989 r.
- Posel Bartosz, Ryszard: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Posel Dmochowska, Maria: 42 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 15, 16, 17, 28 i 29 kwietnia 1993 r.
- Dies.: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 kwietnia 1990 r.
- Dies.: 40 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 27, 28 i 29 września 1990 r.
- Dies.: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r.
- Dies.: 57 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24 i 25 sierpnia 1995 r.
- Posel Drela, Zbigniew: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r.
- Ders.: 56 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 kwietnia 1991 r.
- Posel Drela, Zdzisław: 37 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 lipca 1990 r.
- Posel Dudkiewicz, Anna: 41 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 października 1990 r.
- Posel Dynowska, Anna: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r.
- Dies.: 59 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9 i 10 maja 1991 r.
- Dies.: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Fedorowicz, Andrzej: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 października 2002 r.
- Posel Frączek, Barbara: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Posel Gajecka-Bożek, Maria: 97 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 stycznia 2001 r.
- Posel Gąsienica-Łuszczek, Tadeusz: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r.
- Posel Gąsienica-Makowski, Andrzej: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r.
- Ders.: 34 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 października 1994 r.
- Posel Giedroń, Roman: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 9 listopada 1998 r.
- Posel Giertych, Maciej: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 stycznia 2003 r.
- Posel Gomola, Maria: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.

- Posel Grabicka, Krystyna: 27 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dniach 23, 24 i 25 lipca 2002 r.
- Posel Grabowska, Danuta: 54 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21, 22 i 23 marca 1991 r.
- Posel Hennelowa, Józefa: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Dies.: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Posel Herman, Krystyna: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 czerwca 1999 r.
- Posel Hopfer, Jerzy: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Ikonowicz, Piotr: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r.
- Posel Imiolczyk, Barbara: 111 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20, 21 i 22 czerwca 2001 r.
- Posel Iwiński, Tadeusz: 20 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 lipca 1992 r.
- Posel Januła, Eugeniusz: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r.
- Posel Jaruga-Nowacka, Izabela: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.
- Dies.: 74 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 lutego i 1 marca 1996 r.
- Dies.: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r.
- Posel Jasiński, Stanisław: 34 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 5 i 6 lipca 1990 r.
- Posel Jaształ, Teresa: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r.
- Dies.: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r.
- Dies.: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r.
- Posel Jurek, Marek: 26 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dniach 17, 18 i 19 lipca 2002 r.
- Ders.: 43 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 listopada 1990 r.
- Ders.: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Kapera, Kazimierz: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r.
- Ders.: 73 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 15, 16 i 17 marca 2000 r.
- Posel Kasprzak, Mieczysław: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r.
- Posel Kasprzyk, Jacek: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 czerwca 1999 r.

- Posel Kątna, Mirosława: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r.
- Posel Kempka, Dorota: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Dies.: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r.
- Dies.: 17 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 27, 28 i 29 grudnia 1989 r.
- Posel Knysok, Anna: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Posel Kobylińska, Zdzisława: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r.
- Posel Konopka, Halina Nowina: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r.
- Dies.: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r.
- Dies.: 98 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 stycznia 2001 r.
- Posel Koralewski, Jerzy: 54 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21, 22 i 23 marca 1991 r.
- Posel Korwin-Mikke, Janusz: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Ders.: 38 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 lutego oraz 3 i 4 marca 1993 r.
- Posel Kowalczyk, Tadeusz: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r.
- Ders.: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Ders.: 73 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 12, 13 i 14 września 1991 r.
- Posel Kownacki, Piotr: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 czerwca 1991 r.
- Posel Kowolik, Stanisław: 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r.
- Posel Kozakiewicz, Mikołaj: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Posel Kracik, Stanisław: 22 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 10 i 11 czerwca 1994 r.
- Posel Krasicka-Domka, Zofia: 7 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4 i 5 grudnia 2001 r.
- Dies.: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22 i 23 września 1998 r.
- Dies.: 42 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25, 26, 27 i 28 lutego 2003 r.
- Dies.: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20 i 21 maja 1999 r.
- Posel Krauz, Stanisława: 41 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 października 1990 r.
- Ders.: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Kruk, Elżbieta: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r.

- Dies.: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r.
- Posel Krutul, Piotr: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Posel Kurczewski, Jacek: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Posel Kuroń, Jacek: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Kwietniewska, Anna: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 czerwca 1991 r.
- Posel Labuda, Barbara: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.
- Dies.: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Lewandowski, Tadeusz Bernard: 112 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4 i 5 lipca 2001 r.
- Posel Lipski, Andrzej: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.
- Posel Liszcz, Teresa: 7 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 i 31 stycznia oraz 1 lutego 1992 r.
- Dies.: 102 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 lutego oraz 1, 2 i 8 marca 2001 r.
- Lityński, Jan: 42 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25 i 26 października 1993 r.
- Ders.: 102 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 lutego oraz 1, 2 i 8 marca 2001 r.
- Posel Łopuszański, Jan: 43 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 listopada 1990 r.
- Posel Łoziński, Adam: 5 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11 i 12 grudnia 1997 r.
- Ders.: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22 i 23 września 1998 r.
- Posel Łukacijewska, Elżbieta: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 stycznia 2003 r.
- Posel Łyżwiński, Stanisław: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r.
- Posel Machnio, Bolesław: 80 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 29, 30 i 31 maja 1996 r.
- Posel Maćkowiec, Janusz: 56 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 kwietnia 1991 r.
- Posel Małachowski, Aleksander: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 17 marca 1993 r.
- Ders.: 39 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8, 9 i 10 stycznia 2003 r.
- Ders.: 56 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 kwietnia 1991 r.
- Posel Mańkowska, Ewa: 36 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25 i 26 listopada 1998 r.

- Posel Medwid, Władysław: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r.
- Minister spraw wewnętrznych Czesław Kiszczak: 4 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 31 lipca, 1 i 2 sierpnia 1989 r.
- Posel Michnik, Adam: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Murynowicz, Alicja: 29 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22 i 23 września 1998 r.
- Posel Myszkiewicz-Niesiołowski, Stefan: 24 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23 i 24 marca 1990 r.
- Posel Niewiarowski, Ireneusz: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Posel Nowacka, Irena: 13 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 kwietnia 1992 r.
- Dies.: 38 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 lutego oraz 3 i 4 marca 1993 r.
- Posel Oksiuta, Krzysztof: 8 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14, 17 i 28 grudnia 2001 r.
- Posel Papież, Stanisław: 53 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 2003 r.
- Posel Pastuszewski, Stefan: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Pełnomocnik Rządu ds. Kobiet i *Rodziny* Anna Popowicz: 55 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4 i 5 kwietnia 1991 r.
- Pełnomocnik Rządu do Spraw Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn Izabela Jaruga-Nowacka: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 października 2003 r.
- Posel Pękała, Kazimierz: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Posel Piłka, Marian: 8 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14, 17 i 18 grudnia 2001 r.
- Ders.: 57 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16, 17, 18 i 19 września 2003 r.
- Posel Piotrowski, Andrzej: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.
- Piotrowski, Walerian (Senator): 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24 i 25 stycznia 1991 r.
- Posel Pogoda, Czesław: 89 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 25, 26 i 27 września 1996 r.
- Posel Polak, Danuta: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r.
- Posel Polmański, Piotr: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Posel Radziszewska, Elżbieta: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r.

- Sekretarz Stanu w Ministerstwie Pracy i Polityki Socjalnej Michał Boni: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18 i 19 grudnia 1992 r.
- Sekretarz Stanu w Kancelarii Prezesa Rady Ministrów Pełnomocnik Rządu do Spraw Rodziny Kazimierz Kapera: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r.
- Sekretarz Stanu w Kancelarii Prezydenta RP Ryszard Kalisz: 65 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1, 2 i 3 grudnia 1999 r.
- Sekretarz Stanu w Kancelarii Prezesa Rady Ministrów Pełnomocnik Rządu do Spraw Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn Izabela Jaruga-Nowacka: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r.
- Posel Senyszyn, Joanna: 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23 i 29 i 30 stycznia 2004 r.
- Posel Sienkiewicz, Krystyna: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r.
- Posel Sikora, Waldemar Mieczysław: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r.
- Posel Sikorska-Trela, Ewa: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 listopada 1999 r.
- Posel Sierakowska, Izabella: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Dies.: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Dies.: 41 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 października 1990 r.
- Dies.: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18 i 19 czerwca 1999 r.
- Dies.: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Dies.: 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r.
- Dies.: 93 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 6, 7, i 8 grudnia 2000 r.
- Dies.: 24 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23 i 24 marca 1990 r.
- Posel Skubis, Ireneusz: 87 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28, 29 i 30 sierpnia 1996 r.
- Posel Sobecka, Anna: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r.
- Dies.: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19, 20 i 21 maja 1999 r.
- Posel Sobierajski, Czesław: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Ders.: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Sokołowska, Wanda: 56 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 19 i 20 kwietnia 1991 r.
- Posel Soska, Jacek: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Posel Sroczyński, Jan: 54 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21, 22 i 23 marca 1991 r.

- Posel Stefaniuk, Franciszek Jerzy: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.
- Posel Stępnia, Maria: 37 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 lipca 1990 r.
- Posel Strózik, Stanisław: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Stryjewski, Antoni Stanisław: 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23 i 29 i 30 stycznia 2004 r.
- Ders.: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4, i 5 marca 2004 r.
- Posel Suchocka, Hanna: 17 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 27, 28 i 29 grudnia 1989 r.
- Posel Suskiewicz, Halina: 22 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23 i 24 lutego 1990
- Posel Szafraniec, Herbert: 7 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 i 31 stycznia oraz 1 lutego 1992 r.
- Posel Szatybelko, Marian: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Szczot, Jacek: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r.
- Ders.: 97 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 stycznia 2001 r.
- Ders.: 105 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 27, 28 i 29 marca 2001 r.
- Ders.: 107 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24, 25 i 26 kwietnia 2001 r.
- Posel Szejnfeld, Adam Stanisław: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 4, 5, 6 i 9 listopada 1998 r.
- Ders.: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 listopada 1999 r.
- Ders.: 93 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 6, 7 i 8 grudnia 2000 r.
- Posel Szteliga, Jerzy: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.
- Posel Szweda, Bernard: 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r.
- Posel Szymańska-Kwiatkowska, Anna: 4 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 31 lipca, 1 i 2 sierpnia 1989 r.
- Posel Szymański, Antoni: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3 i 4 marca 1999 r.
- Ders.: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 12 i 16 listopada 1999 r.
- Posel Szymański, Zbigniew: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Ders.: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r.
- Posel Śledzińska-Katarasińska, Iwona: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Dies.: 45 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 1999 r.

- Dies.: 75 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 12, 13 i 14 kwietnia 2000 r.
- Dies.: 109 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 czerwca 1997 r.
- Posel Sprawozdawca Szymański, Antoni: 98 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 stycznia 2001 r.
- Posel Szynalska, Renata: 57 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16, 17, 18 i 19 września 2003 r.
- Posel Świtka, Jan: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Ders.: 51 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 14 i 15 lutego 1991 r.
- Posel Tomczak, Witold: 37 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3 i 4 grudnia 1998 r.
- Ders.: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17, 18, 19 i 20 listopada 1999 r.
- Posel Ujazdowski, Kazimierz: 63 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 czerwca 1991 r.
- Posel Urbańczyk, Andrzej: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r.
- Posel Wachowska, Urszula: 62 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 3, 4 i 5 listopada 1999 r.
- Dies.: 73 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 15, 16 i 17 marca 2000 r.
- Dies.: 97 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 10 i 11 stycznia 2001 r.
- Dies.: 105 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 27, 28 i 29 marca 2001 r.
- Posel Walczyńska-Rechmal, Maria: 91 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 października 1996 r.
- Posel Waniek, Danuta: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 22, 23, 24 i 25 lipca 1992 r.
- Posel Wiatr, Jerzy: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.
- Wicemarszałek Franciszek Jerzy Stefaniuk: 43 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21 i 23 stycznia 1999 r.
- Wicemarszałek Tadeusz Fischbach: 23 posiedzenie Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w dniach 8 i 9 marca 1990 r.
- Posel Wielowieyski, Andrzej: 6 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 17 i 18 grudnia 1997 r.
- Ders.: 21 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 26, 27 i 28 maja 1994 r.
- Posel Wierchowicz, Jerzy: 28 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 1 i 2 września 1994 r.
- Posel Wilczyńska, Zofia: 22 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 9, 10 i 11 czerwca 1994 r.
- Dies.: 52 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 21, 22 i 23 lutego 1991 r.
- Dies.: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 24 i 25 stycznia 1991 r.
- Dies.: 56 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18, 19 i 20 kwietnia 1991 r.

- Posel Winiarczyk-Kossakowska, Małgorzata: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r.
- Posel Wiśniowska, Genowefa: 50 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 11, 12 i 13 czerwca 2003 r.
- Posel Wnuk, Jan: 61 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 maja 1991 r.
- Posel Wojtyła, Andrzej: 19 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 28 i 29 maja 1998 r.
- Dies.: 32 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 18 i 19 grudnia 1992 r.
- Posel Wójcik, Tadeusz: 33 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 30 grudnia 1992 r. oraz 7 stycznia 1993 r.
- Posel Wujec, Henryk: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Ders.: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.
- Posel Wyrowiński, Jan: 64 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 8 i 9 listopada 1995 r.
- Dies.: 69 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 2, 3, 4 i 5 marca 2004 r.
- Ders.: 67 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 20, 21, 22, 23 i 29 i 30 stycznia 2004 r.
- Posel Ziółkowska, Wiesława: 60 posiedzenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 16 i 17 maja 1991 r.

Wykaz ustaw uchwalonych (i uchwał podjętych) przez Sejm

(Liste der vom Sejm verabschiedeten bzw. angenommene Entschliefungen und Gesetze)

- Dz.U. 1918 nr 18 poz. 46: Ustawa z dnia 6 grudnia 1918 o ordynacji wyborczej do Sejmu Ustawodawczego.
- Dz.U. 1924 nr 65 poz. 636: Ustawa z dnia 2 lipca 1924 r. w przedmiocie pracy młodocianych i kobiet.
- Dz.U. 1935 nr 78 poz. 484: Rozporządzenie Ministra Opieki Społecznej z dnia 3 października 1935 r. w porozumieniu z Ministrami: Przemysłu i Handlu, Spraw Wewnętrznych, Spraw Wojskowych, Skarbu, Rolnictwa i Reform Rolnych, Komunikacji oraz Poczty i Telegrafów o robotach wzbronionych młodocianym i kobietom.
- Dz.U. 1951 nr 12 poz. 96: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 28 lutego 1951 r. o pracach wzbronionych kobietom.
- Dz.U. 1952 nr 33 poz. 232: Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uchwalona przez Sejm Ustawodawczy w dniu 22 lipca 1952 r.
- Dz.U. 1975 nr 43 poz. 219: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 29 listopada 1975 r. w sprawie bezpłatnych urlopów dla matek pracujących, opiekujących się małymi dziećmi.
- Dz.U. 1976 nr 7 poz. 36: Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uchwalona przez Sejm Ustawodawczy w dniu 10 lutego 1976 r.

- Dz.U. 1976 nr 7 poz. 36: Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uchwalona przez Sejm Ustawodawczy w dniu 10 lutego 1976 r.
- Dz.U. 1979 nr 4 poz. 18: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 19 stycznia 1979 r. w sprawie wykazu prac wzbronionych kobietom.
- Dz.U. 1981 nr 19 poz. 96: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 17 lipca 1981 r. zmieniające rozporządzenie w sprawie zasad obliczania zasiłków z ubezpieczenia społecznego oraz pokrywania wydatków na te zasiłki.
- Dz.U. 1981 nr 19 poz. 97: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 17 lipca 1981 r. w sprawie urlopów wychowawczych.
- Dz.U. 1982 nr 38 poz. 254: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 2 grudnia 1982 r. w sprawie zmiany nazwy stowarzyszenia wyższej użyteczności »Liga Kobiet« na »Liga Kobiet Polskich« oraz nadania statutu temu stowarzyszeniu.
- Dz.U. 1990 nr 16 poz. 95. Ustawa z dnia 8 marca 1990 r. o samorządzie gminnym.
- Dz.U. 1993 nr 17 poz. 78: Ustawa z dnia 7 stycznia 1993 r. o planowaniu rodziny, ochronie płodu ludzkiego i warunkach dopuszczalności przerywania ciąży.
- Dz.U. 1993 nr 97 poz. 441: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 5 października 1993 r. w sprawie określenia zakresu i form oraz trybu udzielania kobietom w ciąży oraz wychowującym dziecko pomocy w zakresie opieki socjalnej i prawnej.
- Dz.U. 1994 nr 44 poz. 172: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 29 marca 1994 r. zmieniające rozporządzenie w sprawie określenia zakresu i form oraz trybu udzielania kobietom w ciąży oraz wychowującym dziecko pomocy w zakresie opieki socjalnej i prawnej.
- Dz.U. 1995 nr 4 poz. 17: Ustawa z dnia 1 grudnia 1994 r. o zasiłkach rodzinnych i pielęgnacyjnych.
- Dz.U. 1996 nr 114 poz. 545: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 10 września 1996 r. w sprawie wykazu prac wzbronionych kobietom.
- Dz.U. 1996 nr 139 poz. 646: Ustawa z dnia 30 sierpnia 1996 r. o zmianie ustawy o planowaniu rodziny, ochronie płodu ludzkiego i warunkach dopuszczalności przerywania ciąży oraz o zmianie niektórych innych ustaw.
- Dz.U. 1996 nr 60 poz. 277: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 28 maja 1996 r. w sprawie urlopów i zasiłków wychowawczych.
- Dz.U. z 1999 nr 60 poz. 636: Ustawa z dnia 25 czerwca 1999 r. o świadczeniach pieniężnych z ubezpieczenia społecznego w razie choroby i macierzyństwa.
- Dz.U. z 1999 nr 99 poz. 1152: Ustawa z dnia 19 listopada 1999 r. o zmianie ustawy – Kodeks pracy.
- Dz.U. z 2001 r. nr 99 poz. 1075: Ustaw z dnia 24 sierpnia 2001 r. o zmianie ustawy – Kodeks pracy oraz ustawy o świadczeniach pieniężnych z ubezpieczenia społecznego w razie choroby i macierzyństwa.
- Dz.U. z 2001 nr 128 poz. 1405: Ustawa z dnia 24 sierpnia 2001 r. o zmianie ustawy – Kodeks pracy oraz o zmianie niektórych innych ustaw.
- Dz.U. 2002 nr 96 poz. 849: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 25 czerwca 2002 r. w sprawie Pełnomocnika Rządu do Spraw Równego Statusu Kobiet i Mężczyzn.
- Dz.U. 2002 nr 127 poz. 1092: Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 30 lipca 2002 r. zmieniające rozporządzenie w sprawie wykazu prac wzbronionych kobietom.

Dz.U. 2011 nr 45 poz. 235: Ustawa z dnia 4 lutego 2011 r. o opiece nad dziećmi w wieku do lat 3.

Ungeordnet:

Kluby i koła w Sejmie X kadencji. URL: <https://www.sejm.gov.pl/archiwum/kluby/kadencja/kluby.htm> [Abgerufen: 20.06.2023].

M.P. 1971 nr 23 poz. 151: Uchwała nr 68 Rady Ministrów z dnia 2 kwietnia 1971 r. w sprawie zwiększenia zatrudnienia kobiet w niepełnym wymiarze czasu pracy.

Trybunał Konstytucyjny: Orzecznictwo z dnia 28 maja 1997, K 26/96.

Uchwała nr 25 Rady Ministrów z dnia 18 stycznia 1957 r. w sprawie zasad zwalniania, przeszkalania i zatrudniania pracowników w związku z reorganizacją administracji. Monitor Polski 1957/6 poz. 37.

Główny Urząd Statystyczny (GUS, Hauptstatistikamt)

Average monthly gross wage and salary in national economy 1950–2021. URL: <https://stat.gov.pl/en/topics/labour-market/working-employed-wages-and-salaries-cost-of-labour/average-monthly-gross-wage-and-salary-in-national-economy-1950-2021,2,1.html> [Abgerufen: 22.03.2024].

Mały Rocznik Statystyczny 1990. Warszawa 1990.

Mały Rocznik Statystyczny 1992. Warszawa 1992.

Mały Rocznik Statystyczny 1993. Warszawa 1993.

Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2005. Warszawa 2005.

Rocznik Statystyczny Pracy. Warszawa 2017.

Polska 1918–2018. Historia Polski w liczbach. Warszawa 2018.

Stopa bezrobocia rejestrowanego w latach 1990–2023. URL: <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/rynek-pracy/bezrobocie-rejestrowane/stopa-bezrobocia-rejestrowane-go-w-latach-1990-2023,4,1.html?pdf=1> [Abgerufen: 07.02.2024].

International Labour Organisation (ILO)

Nations Research and Training Institute for the Advancement of Women: Women in Economic Activity: A global statistical survey (1950–2000). Santo Domingo 1985.

Employment by sex and age (thousands) – annual. Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].

Employment by sex, status in employment and »educational mismatch«, statistical approach (thousands) based on LFS – EU Labour Force Survey. Poland, Hungary, Czech Republic. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].

Female share of low pay earners (%) – Annual. Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].

- Incidence of part-time employment by sex – Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 01.11.2023].
- Labor force participation by sex and age (population ages 15+). – Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 02.11.2023].
- Labor force participation rate, male (% of male population ages 15+) (national estimate)/ Labor force participation rate, female (% of female population ages 15+) (national estimate). Digital [Abgerufen: 02.11.2023].
- Labor force participation rate, male (% of male population ages 15+) (national estimate)/ Labor force participation rate, female (% of female population ages 15+) (national estimate). [Abgerufen: 22.04.2024].
- Prime-age employment-to-population ratio by sex, household type and presence of children (%) – Labour Force Sample Survey. Czechia, Hungary, Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 13.11.2023].
- SDG indicator 5.5.2 – Proportion of women in senior and middle management positions (%) based on LFS – EU Labour Force Survey. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].
- Time-related underemployment rate by sex and age (%) based on LFS – EU Labour Force Survey. Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 03.11.2023].
- Unemployment rate by sex and rural/urban areas (%) – Poland. URL: https://www.ilo.org/shinyapps/bulkexplorer45/?lang=en&id=EMP_TEMP_SEX_AGE_JOB_NB_A [Abgerufen: 02.11.2023].
- Unemployment, male/female (% of male/female labor force) (modeled ILO estimate) – Czechia. Aufbereitete Daten der Weltbank. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=CZ> [Abgerufen: 15.03.2023].
- Unemployment, male/female (% of male/female labor force) (modeled ILO estimate) – Hungary. Aufbereitete Daten der Weltbank. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=HU> [Abgerufen: 16.10.2023].
- Unemployment, male/female (% of male/female labor force) (modeled ILO estimate) – Poland. Aufbereitete Daten der Weltbank. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=CZ> [Abgerufen: 15.03.2023].
- Understanding the gender pay gap. URL: https://www.ilo.org/actemp/publications/WCMS_735949/lang--en/index.htm [Abgerufen: 09.11.2023].

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

- Drivers of economic inactivity in Polish regions. OECD Reviews on Local Job Creation. URL: <https://doi.org/10.1787/483a6a25-en> [Abgerufen: 01.11.2023].
- Gender wage gap of Employees in Percentage, 1991–2004. URL: <https://data.oecd.org/earnwage/gender-wage-gap.htm> [Abgerufen: 03.11.2023].
- Gesundheit auf einen Blick 2009. OECD-Indikatoren. Berlin/Paris 2010.

Weltbank/World Bank

GDP, PPP (current international \$) in Poland. URL: <https://datatopics.worldbank.org/world-development-indicators/> [Abgerufen: 17.06.2024].

Labor force participation rate by sex and income group (modeled ILO estimate) % of population ages 15+. Poland. URL: <https://genderdata.worldbank.org/topics/employment-and-time-use/> [Abgerufen: 07.11.2023].

Life expectancy at birth, female (years) and Life expectancy at birth, male (years). URL: [https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.FE.IN?end=2021&locations=PL&start=1960&view=chart\(Female\)](https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.FE.IN?end=2021&locations=PL&start=1960&view=chart(Female)) [https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.MA.IN?end=2021&locations=PL&start=1960&view=chart\(male\)](https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.MA.IN?end=2021&locations=PL&start=1960&view=chart(male)) [Abgerufen: 03.11.2023].

Proportion of time spent on unpaid domestic and care work (% of 24 hour day). URL: <https://genderdata.worldbank.org/indicators/sg-tim-uwrk/?gender=gender-gap&year=2004> [Abgerufen: 07.11.2023].

World Development Indicators database. Ratio of female to male labor force participation rate (%) (modeled ILO estimate). Poland, Hungary, Czechia, European Union (average). Based on data obtained from International Labour Organization, ILO-STAT. URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SL.TLF.CACT.FM.ZS?end=2019&locations=PL-HU-CZ-EU&start=1990&view=chart> [Abgerufen: 23.10.2023].

Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS, Zentrum für öffentliche Meinungsforschung)

Centrum Badania Opinii Społecznej: Polacy o Wojciechu Jaruzelskim Warszawa, NR 92/2014.

Centrum Badania Opinii Społecznej: Views on the regulation of abortion (2/2024) S. 1–4.

Interviews

Selbst durchgeführte:

Transkript des Interviews mit Malgorzata Fidelis. Digital (23.9.2022).

Transkript des Interviews mit Zdzisława Janowska. Łódź (5.11.2022).

Transkript des Interviews mit Zuzanna Kamińska (Pseudonym). Berlin (6.1.2023).

Transkript des Interviews mit Alicja Nowak (Pseudonym). Digital (10.5.2023).

Transkript des Interviews mit Karolina Przybylska (Pseudonym). Frankfurt (Oder) (20.6.2023).

Transkript des Interviews mit Paulina Kowalczyk (Pseudonym). Frankfurt (Oder) (7.12.2023).

Transkript des Interviews mit Hanka Grubińska. Digital (23.2.2024).

Veröffentlichte:

Wyszowski, Krzysztof: Spruć i przerobić. Interview mit Elżbieta Potrykus, in: *Tygodnik Solidarność* Nr. 9 vom 29.5.1981.

Interview with the Primate of Poland, Cardinal Józef Glemp, on the Murder of Jews in Jedwabne, 15. Mai 2001, in: Antony Polonsky/Joanna B. Michlic (Hg.): *The Neighbors Respond: The Controversy over the Jedwabne Massacre in Poland*. Princeton 2004 166–172.

Katholische Kirche

Enzykliken:

Johannes Paul II., Papst: *Laborem Exercens*. An die verehrten Mitbrüder im Bischofsamt, die Priester und Ordensleute, die Söhne und Töchter der Kirche und an alle Menschen guten Willens über die menschliche Arbeit zum neunzigsten Jahrestag der Enzyklika »*Rerum Novarum*«, hg. v. Libreria Editrice Vaticana, Vatikan 1981.

Ders.: *Sollicitudo rei socialis*. An die verehrten Mitbrüder im Bischofsamt, die Priester und Ordensleute, die Söhne und Töchter der Kirche und an alle Menschen guten Willens über die menschliche Arbeit zum neunzigsten Jahrestag der Enzyklika »*Rerum Novarum*«, hg. v. Libreria Editrice Vaticana, Vatikan 1987.

Ders.: *Centesimus annus*. An die verehrten Mitbrüder im Bischofsamt, die Priester und Ordensleute, die Söhne und Töchter der Kirche und an alle Menschen guten Willens über die menschliche Arbeit zum neunzigsten Jahrestag der Enzyklika »*Rerum Novarum*«, hg. v. Libreria Editrice Vaticana. Vatikan 1991.

Predigten:

Wyszyński, Kardinal Stefan: Predigt von Kardinal Stefan Wyszyński im Kloster Jasna Góra, 26.8.1980, in: Hermann Volle/Wolfgang Wagner (Hg.): *Krise in Polen. Vom Sommer 80 zum Winter 81*. Bonn 1982, S. 131–134.

Andere Quellen

Bundesagentur für Arbeit: *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf*. Tabelle 2.2.1. Nürnberg 2023.
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Unbezahlte Sorgearbeit. Gender Care Gap – ein Indikator für die Gleichstellung*. URL: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-> [Abgerufen: 14.03.2023].

Dass.: *OECD Early Childhood Policy Review 2002–2004*. Hintergrundbericht Deutschland. Berlin 2004.

BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 28. Januar 1992 – 1 BvR 1025/84 –, Rn. 1–72.

Document No. 40: CIA Alert Memorandum, »Poland«, 3. April 1981, in: Andrzej Paczkowski/Malcolm Byrne (Hg.): *From Solidarity to Martial Law. The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History*. Budapest/New York 2007, S. 245.

Eurostat: *Employment rate by sex, age groups, educational attainment level and household composition (%)*. URL: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfst_heredy/default/table?lang=en [Abgerufen: 25.08.2023].

Gerste, Margrit: *Endlich: Vergewaltigung in der Ehe gilt künftig als Verbrechen*, in: *Die Zeit* vom 16. Mai (91/1997).

Grabski, Władysław: *Rocznik Statystyczny Królestwa Polskiego* R. 2, 1914. Warschau 1915.

- Inter-Parliamentary Union: Women in Parliaments 1945–1995. Worldwide statistical survey. Geneva 1995.
- Konsortium Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland: Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006.
- L'Observatoire des inégalités: La parité ne progresse plus au Sénat et à l'Assemblée nationale. URL: <https://inegalites.fr/paritefemmeshommespolitique> [Abgerufen: 22.04.2024].
- Łątkowska, Mirosława/Borowski, Adam: Biogramy: Anna Walentynowicz. URL: <https://encyclol.pl/es/encyklopedia/biogramy/19299,WalentynowiczAnna.html?search=81053> [Abgerufen: 16.06.2024].
- Miłosz, Czesław, in: *Kultura*, Vol. 7/8 (1991) S. 3–11.
- OSZE: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Schlussakte. Helsinki 1975.
- Statistisches Bundesamt: Statistischer Bericht – Statistik des Hochschulpersonals. URL: <https://www.gesis.org/cews/daten-und-informationen/statistiken/thematische-suche/detailanzeige/article/frauenanteile-an-habilitationen-berufungen-professuren-und-c4-w3-professuren> [Abgerufen: 21.05.2024].
- Union in Deutschland: Familie – Freiheit – Zukunft standen im Mittelpunkt (30/1981), S. 11.
- United Nations (UN): SDG Indicators. Global indicator framework for the Sustainable Development Goals and targets of the 2030 Agenda for Sustainable Development. URL: <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list/> [Abgerufen: 09.11.2023].
- U.S. Department of Commerce. Economics and Statistics Administration. Bureau of the Census: Women in Poland, in: *WID*, Vol. 95/1, S. 1–8.
- Women's Rights Center/Minnesota Advocates for Human Rights/International Women's Human Rights Clinic: Domestic Violence in Poland. Minneapolis 2002.
- Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen: Bd. 15. Berlin 1873, S. 723.
- Dass: Bd. 29 (9/10). Berlin 1887, S. 664.

Literatur

- Adamiak, Elżbieta: Feministische Theologie in Polen? Ein beinahe unmögliches Thema, in: Angela Berlis et al. (Hg.): *Frauenkirchen: Vernetzung und Reflexion im europäischen Kontext*. Mainz 1995, S. 106–112.
- Addati, Laura et al.: *Care work and care jobs. For the future of decent work*, hg. vom International Labour Office. Geneva 2018.
- Alexander, Manfred: *Eine kleine Geschichte Polens*. Leipzig 2003.
- Alexijewitsch, Swetlana: *Der Krieg hat kein weibliches Gesicht*. München³ 2015.

- Allmendinger, Jutta/Leuze, Kathrin/Blanck, Jonna M.: 50 Jahre Geschlechtergerechtigkeit und Arbeitsmarkt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Vol. 58 (24,25/2008), S. 18–25.
- Appleby, Joyce Oldham/Hunt, Lynn/Jacob, Margarete C.: *Telling the Truth about History*. New York/London 1994.
- Baberowski, Jörg: *Der rote Terror: Die Geschichte des Stalinismus*. München 2003.
- Balzer, Brigitte: *Die preußische Polenpolitik 1894–1908 und die Haltung der deutschen konservativen Parteien (unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Posen)*. Frankfurt a. M. u. a. 1990.
- Barburska, Olga: Participation of Women in Holding Political Power in Poland Considering Experience of the EU Member States, in: *Yearbook of Polish European Studies*, Vol. 7 (1/2003), S. 101–113.
- Bardasi, Elena/Monfardini, Chiara: Women's Employment, Children and Transition an Empirical Analysis for Poland, in: *Economics of Transition*, Vol. 17 (1/2009), S. 147–173.
- Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit: Gouvernamentalität und Geschlecht: Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault – eine Einleitung, in: Dies. (Hg.): *Gouvernamentalität und Geschlecht: Politische Theorie im Anschluss and Michel Foucault*. Frankfurt a. M. 2015, S. 7–30.
- Bauhardt, Christine/Çağlar, Gülay: Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, in: Dies. (Hg.): *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. Wiesbaden 2010, S. 7–17.
- Bebel, August: *Die Frau und der Sozialismus*. Zürich-Hottingen 1879.
- Berend, Ivan Tibor: *From the Soviet Bloc to the European Union: the Economic and Social Transformation of Central and Eastern Europe Since 1973*. Cambridge 2011.
- Bianka Pietrow-Ennker/Rudolf Jaworski (Hg.): *Women in Polish Society*. New York 1992.
- Bill, Stanley: A backlash against the backlash: Poland's failed conservative revolution. Notes from Poland (NfP). URL: <https://notesfrompoland.com/2023/11/26/a-b-backlash-against-the-backlash-polands-failed-conservative-revolution/> [Abgerufen: 27.11.2023].
- Blobaum, Robert E.: The »Woman Question« in Russian Poland, 1900–1914, in: *Journal of Social History*, Vol. 35 (4/2002), S. 799–824.
- Bogucka, Maria: *Women in Early Modern Polish Society against the European Background*. Aldershot 2004.
- Borodziej, Włodzimierz: *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*. Warschau 2016.
- Bota, Alice: *Die Frauen von Belarus. Von Revolution, Mut und dem Drang nach Freiheit*. Berlin 2021.
- Brainerd, Elizabeth: Women in transition: Changes in gender wage differentials in Eastern Europe and the former Soviet Union, in: *Industrial & labor relations review*, Vol. 54 (1/2000), S. 138–162.
- Brunnbauer, Ulf et al.: *In den Stürmen der Transformation. Zwei Werften zwischen Sozialismus und EU*. Berlin 2022.
- Brzozowska, Zuzanna: Female Education and Fertility Under State Socialism in Central and Eastern Europe, in: *Population*, Vol. 70 (4/2015), S. 689–726.
- Bukowska, Ewa: *Łączność, sabotaż, dywersja: Kobiety w Armii Krajowej*. London 1985.

- Bukowski, Paweł/Novokmet, Filip: Between Communism and Capitalism: Long-Term Inequality in Poland, 1892–2015, in: *Journal of Economic Growth*, Vol. 26 (2/2021), S. 187–239.
- Charkiewicz, Ewa: Czy Matka Polka może być uboga?, in: *Recykling Idei*, Vol. 11 (2008), S. 62–68.
- Clements, Barbara Evans: *Bolshevik Feminist: The Life of Aleksandra Kollontai*. Bloomington 1979.
- Costas, Ilse: Die Öffnung der Universitäten für Frauen – Ein internationaler Vergleich für die Zeit vor 1914, in: *Leviathan*, Vol. 23 (4/1995), S. 496–516.
- Czyżewski, Marek/Dunin, Kinga/Piotrowski, Andrzej: Cudze problemy. O ważności tego, co nieważne. Analiza dyskursu publicznego w Polsce, Warszawa 1991.
- Dadej, Iwona: *Beruf und Berufung transnational. Deutsche und polnische Akademikerinnen in der Zwischenkriegszeit*. Osnabrück 2019.
- Dadlez, Eva/Andrews, William: Post-Abortion Syndrome: Creating an Affliction, in: *Bioethics*, Vol. 24 (9/2009), S. 445–452.
- Davies, Norman: *God's Playground: A History of Poland. Volume 2: 1795 to the Present*. New York² 2005.
- Ders.: *Im Herzen Europas: Geschichte Polens*. München⁵ 2020.
- Desperak, Izabela: *Płeć zmiany. Zjawisko transformacji w Polsce z perspektywy gender*. Wydanie drugie zmienione i poprawione. Łódź 2018.
- Dittmar Dahlmann/Albert S. Kotowski/Zbigniew Karpus (Hg.): Schimanski, Kuzorra und andere: Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen der Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg. Essen 2005.
- Dobrowolska, Anna/Urbanik-Kopeć, Alicja: Awanturniczki. Ludowa historia pracy seksualnej w XIX i XX wieku, in: Przemysław Wielgosz (Hg.): *Ludowa Historia Kobiet*. Warszawa 2023, S. 79–98.
- Donath, Orna: *Regretting Motherhood: Wenn Mütter bereuen*. München 2016.
- Drude Dahlerup/Monique Leyenaar (Hg.): *Breaking Male Dominance in Old Democracies*. Oxford 2013.
- Duch, Danuta: O władzy w rodzinie. Prace w domu a równość związku, in: Małgorzata Fuszara (Hg.): *Kobiety w Polsce na przełomie wieków. Nowy kontrakt płci?* Warszawa 2002, S. 125–146.
- Duch-Krzystoszek, Danuta/Titkow, Anna: Niejednoznaczny status pracy domowej kobiet, in: Joanna Piotrowska/Agnieszka Grzybek (Hg.): *Kobiety dla Polski. Polski dla Kobiet. 20 lat transformacji 1989–2009. Raport*. Warszawa 2009, S. 35–62.
- Dylan, Huw/Gioe, David V./Goodman, Michael: *The CIA and the Pursuit of Security. History, Documents and Contexts*. Edinburgh 2020.
- Eberts, Mirella W.: The Roman Catholic Church and democracy in Poland, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 50 (5/1998), S. 817–842.
- Einhorn, Barbara: *Cinderella Goes to Market: Citizenship, Gender and Women's Movements in East Central Europe*. London/New York 1993.
- Eisler, Jerzy: »The Polish Months«. Communist-ruled Poland in Crisis. Warszawa 2019.
- Engels, Friedrich: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats: Im Anschluss an Lewis H. Morgan's Forschungen*. Hottingen-Zürich 1884.

- Fidelis, Małgorzata: Equality through Protection: The Politics of Women's Employment in Postwar Poland, 1945–1956, in: *Slavic Review*, Vol. 63 (2/2004), S. 301–324.
- Dies.: Are You a Modern Girl? Consumer Culture and Young Women in 1960s Poland, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 171–184.
- Dies.: *Women, Communism, and Industrialization in Postwar Poland*. Cambridge 2010.
- Dies. et al. (Hg.): *Kobiety w Polsce, 1945–1989: Nowoczesność – równouprawnienie – komunizm*. Kraków 2020.
- Fieseler, Beate: Rotarmistinnen im Zweiten Weltkrieg. Motivationen, Einsatzbereich und Erfahrungen von Frauen an der Front, in: Klaus Latzel/Franka Maubach/Silke Satjukow (Hg.): *Soldatinnen. Gewalt und Geschlecht im Krieg vom Mittelalter bis heute*. Paderborn 2011, S. 301–329.
- Firlit-Fesnak, Grażyna: Auswirkungen von Systemtransformationen auf die soziale Situation der Frauen in Polen, in: *Osteuropa*, Vol. 48 (1/1998), S. 46–56.
- Floridi, Ginevra: Daily grandchild care and grandparents' employment: A comparison of four European childcare policy regimes, in: *Ageing and Society*, Vol. 42 (2/2022), S. 448–479.
- Fodor, Éva: Smiling Women and Fighting Men: The Gender of the Communist Subject in State Socialist Hungary, in: *Gender and Society*, Vol. 16 (2/2002), S. 240–263.
- Dies. et al.: Family policies and gender in Hungary, Poland, and Romania, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Vol. 35 (4/2002), S. 470–490.
- Foucault, Michel: *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt a. M. 1974.
- Ders.: *Dispositive der Macht*. Berlin 1978.
- Ders.: *Archäologie des Wissens*. Frankfurt a. M. 1981.
- Ders.: *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt a. M. 1987.
- Frantz, Christiane: EU-Integration als Transformationsrahmen? Politische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union. Opladen 2000.
- Fraser, Nancy: Feminism, Capitalism, and the Cunning of History: An Introduction, in: *Cahiers Du Genre*, Vol. 50 (1/2012), S. 165–192.
- Dies.: *Fortunes of feminism: From state-managed capitalism to neoliberal crisis*. New York 2013.
- Dies.: Contradictions of capital and care, in: *New Left Review*, Vol. 100 (7/2016), S. 99–117.
- Friskze, Andrzej: Das Zeitalter der Solidarność 1980–1989, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): *Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*. Bonn 2009, S. 107–119.
- Fuchs, Gesine/Hoecker, Beate: *Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten vor den Europawahlen*. Bonn 2004.
- Fukuyama, Francis: The End of History?, in: *The National Interest*, Vol. 16 (1989), S. 3–18.
- Funk, Nanette: A very tangled knot: Official state socialist women's organisations, women's agency and feminism in Eastern Europe state socialism, in: *European Journal of Women's Studies*, Vol. 21 (4/2014), S. 344–360.

- Fuszara, Małgorzata: New Gender Relations in Poland in the 1990s, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): *Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life After Socialism*. Princeton 2000, S. 259–285.
- Dies.: *Kobiety w Polsce na przełomie wieków: Nowy kontrakt płci?* Warszawa 2002.
- Dies.: Zmiany w świadomości kobiet w Polsce w latach dwudziestych, in: Małgorzata Fuszara (Hg.): *Kobiety w Polsce na przełomie wieków. Nowy kontrakt płci?* Warszawa 2002, S. 13–38.
- Gąciarz, Barbara: Women in the Workplace in Poland From Egalitarian Economic Necessity to Elite Freedom of Choice and the Pervading Inequality in Status, in: *International Journal of Sociology*, Vol. 41 (3/2001), S. 68–94.
- Gal, Susan/Kligman, Gail: Conclusion, in: Dies. (Hg.): *Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life after Socialism*. Princeton 2000, S. 424–425.
- Garsztecki, Stefan: Polnische Selbstverwaltung – Traditionen und aktuelle Entwicklungen, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): *Länderbericht Polen*. Bonn 2009, S. 205–218.
- Ghodsee, Kristen: *The Red Riviera Gender, Tourism, and Postsocialism on the Black Sea*. Durham 2005.
- Dies.: Rethinking State Socialist Mass Women's Organizations: The Committee of the Bulgarian Women's Movement and the United Nations Decade for Women, 1975–1985, in: *Journal of Women's History*, Vol. 24 (4/2012), S. 49–73.
- Dies.: Warum Frauen im Sozialismus besseren Sex haben. Und andere Argumente für ökonomische Unabhängigkeit von Frauen. Berlin³ 2021.
- Giza-Poleszczuk, Anna/Marody, Mirosława/Rychard, Andrzej: *Strategie i system. Polacy w obliczu zmiany społecznej*. Warszawa 2000.
- Glass, Christy/Fodor, Eva: From Public to Private Maternalism? Gender and Welfare in Poland and Hungary after 1989, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, Vol. 14 (3/2007), S. 323–350.
- Golinczak, Michalina: Communism as a General Crime: Applying Hegemony Analysis to Anti-Communist Discourse in Contemporary Poland, in: *Praktyka Teoretyczna*, Vol. 21 (1/2019), S. 94–117.
- Gowin, Jarosław: *Kościół po komunizmie*. Kraków 1995.
- Grabowska, Magdalena: Bringing the Second World In: Conservative Revolution(s), Socialist Legacies, and Transnational Silences in the Trajectories of Polish Feminism, in: *Signs: Journal of Women in Culture & Society*, Vol. 37 (2/2012), S. 385–411.
- Dies.: Bits of Freedom: Demystifying Women's Activism under State Socialism in Poland and Georgia, in: *Feminist Studies*, Vol. 43 (1/2017), S. 141–169.
- Graff, Agnieszka: *Świat bez kobiet: Płeć w polskim życiu publicznym*. Warszawa 2001.
- Dies.: Graff, Agnieszka: Warum Frauen in Polen »Nicht stören«, in: *Jahrbuch Polen*, Vol. 17 (2006), S. 33–44.
- Grajek, Michał: Gender Pay Gap in Poland, in: *Economics of Planning*, Vol. 36 (1/2003), S. 23–44.
- Gröhe, Friederun: *Nehmt es weg von mir. Depressionen nach der Geburt eines Kindes*. Göttingen 2003.

- Grzyb, Magdalena et al.: Exploring the data on femicide across Europe, in: Shalva Weill/ Consuelo Corradi/Marceline Naudi (Hg.): *Femicide across Europe. Theory, research and prevention*. Bristol 2018, S. 96–166.
- Hallama, Peter: Introduction. Men and Masculinities under Socialism. Toward a Social and Cultural History, in: *Aspasia*, Vol. 15 (1/2021), S. 1–20.
- Hartmann, Karl: Die dritte Papst-Reise nach Polen. Einleitung, in: *Osteuropa*, Vol. 37 (12/1987), S. 661–663.
- Heinen, Jacqueline Heinen/Wator, Monika: Child Care in Poland before, during, and after the Transition: Still a Women's Business, in: *Social Politics*, Vol. 13 (2/2006), S. 189–216.
- Herbert, Ulrich: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. Bonn 2003.
- Hey, Patrizia: Die sowjetische Polenpolitik Anfang der 1980er Jahre und die Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen: Tatsächliche sowjetische Bedrohung oder erfolgreicher Bluff? Berlin 2010.
- Hryciuk, Renata/Korolczuk, Elżbieta: Wstęp. Pożegnanie z Matką Polką?, in: Dies. (Hg.). *Pożegnanie z Matką-Polką? Dyskursy, praktyki i reprezentacje macierzyństwa we współczesnej Polsce*. Warsaw 2012, S. 8–20.
- Hüchter, Dietlind: Traktoristinnen, Rockstars und der polnische James Dean. Die Performativität popkultureller Geschlechterbilder in der Volksrepublik Polen, in: *L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*, Vol. 29 (1/2018), S. 87–106.
- Hut, Bohdan: Das ukrainisch-polnische Verhältnis, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Vol. 8 (9/2007), S. 31–38.
- Ignaciuk, Agata: Innovation and Maladjustment. Contraceptive Technologies in State-Socialist Poland, 1950s–1970s, in: *Technology and Culture*, Vol. 63 (1/2022), S. 182–208.
- Ingham, Mike/Ingham, Hilary/Domański, Henryk: *Women on the Polish Labor Market*. New York 2001.
- Jabłkowska, Joanna/Saryusz-Wolska, Magdalena: KKK (Kinder, Küche, Kirche) und Mutter Polin. An- und abwesend. Weiblichkeitsmodelle in der deutschen und polnischen Kultur, in: Hans Henning Hahn/Robert Traba (Hg.): *Deutsch-Polnische Erinnerungsorte*. Bd. 3 Parallelen. Paderborn u. a. 2012, S. 337–359.
- Jagielska, Anna: *Weiblichkeitsdiskurs in Vatikanischen Verlautbarungen (1880–2015)*. Hamburg 2019.
- Jajeński-Quast, Dagmara: »Proletarische Internationalität« ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben, in: Christian Müller/Patrice Poutrus (Hg.): *Ankunft – Alltag – Ausreise Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*. Köln 2005, S. 267–294.
- Dies.: *Stahlgiganten in der sozialistischen Transformation: Nowa Huta in Krakau, EKO in Eisenhüttenstadt und Kuncice in Ostrava*. Wiesbaden 2010.
- Janicka, Krystyna: Women and Men in the Socio-Occupational Structure: Similarities and Differences, in: *Polish Sociological Review*, Vol. 109 (1/1995), S. 73–95.
- Jappens, Maaike/Van Bavel, Jan: Regional family norms and child care by grandparents in Europe, in: *Demographic Research*, Vol. 27 (4/2012), S. 85–120.

- Jarska, Natalia: Gender and Labour in Post-War Communist Poland: Female Unemployment 1945–1970, in: *Acta Poloniae Historica*, Vol. 110 (2014), S. 49–85.
- Dies.: Kobiety z marmuru. Robotnice w Polsce w latach 1945–1960. Warszawa 2015.
- Jarska, Natalia: Krótki kurs historii »kobiet«. Kobiety w języku partii komunistycznej w Polsce 1945–1989, in: *Polska 1944/45-1989: Studia i materiały*, Vol. 15 (2017), S. 241–259.
- Dies.: Female Breadwinners in State Socialism: The Value of Women's Work for Wages in Post-Stalinist Poland, in: *Contemporary European History*, Vol. 28 (4/2019), S. 469–483.
- Dies.: Men as Husbands and Fathers in Postwar Poland (1956–1975): Towards New Masculine Identities?, in: *Men and Masculinities*, Vol. 24 (4/2021), S. 630–651.
- Dies./Perkowski, Piotr: Droga do władzy? Kobiety w PZPR 1948–1989, in: *Pamięć i Sprawiedliwość*, Vol. 27 (1/2016), S. 231–246.
- Jasiński, Łukasz: Die Wege zum Runden Tisch in Polen und der DDR 1989, in: Piotr Filipkowski/Paulina Gulińska-Jurgiel (Hg.): *Historisierung der Transformations: Multiple Zugänge*. Berlin 2021, S. 101–132.
- Jaworski, Rudolf: »Kilka refleksji nad dziejami Wielkopolanek w XIX i na początku XX wieku«, in: Anna Żarnowska/Andrzej Szwarc (Hg.): *Kobieta i społeczeństwo na ziemiach polskich w XIX wieku. Zbiór studiów*. Warszawa 1995, S. 21–28.
- Kaelble, Hartmut: Historischer Vergleich, in: *Docupedia-Zeitgeschichte* vom 22.04.2024. DOI: <https://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok-2760>.
- Kaliński, Janusz: *Historia gospodarcza XIX i XX w.* Warszawa 2008.
- Ders.: Kryzys gospodarczy w latach 1979–1982 zwiastunem upadku PRL, in: *Optimum: Studia ekonomiczne*, Vol. 101 (1/2021), S. 3–23.
- Kamiński, Łukasz: Kobiety w Solidarności Walczącej na tle struktury płci ruchu »Solidarność«, in: Natalia Jarska/Jan Olszek (Hg.): *Płeć Buntu*. Warszawa 2014, S. 309–319.
- Kaps, Klemens: *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa: Galizien zwischen überregionaler Verflechtung und imperialer Politik (1772–1914)*. Wien 2015.
- Keck, Wolfgang/Saraceno, Chiara: Towards an integrated approach for the analysis of gender equity in policies supporting paid work and care responsibilities, in: *Demographic Research*, Vol. 25 (11/2001), S. 371–406.
- Keinz, Anika: *Polens Andere. Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in Polen nach 1989*. Bielefeld 2015.
- Keller, Reiner: *Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden³ 2011.
- Kemp-Welch, Anthony: *Poland Under Communism: A Cold War History*. Cambridge/New York 2016.
- Kenney, Padraic: The Gender of Resistance in Communist Poland, in: *American Historical Review*, Vol. 104 (2/1999), S. 399–425.
- Kerner, Ina/Saar, Martin: Das Geschlechterwissen des Staates: Gouvernementalität, Macht, Neoliberalismus, in: Brigitte Bargetz/Gundula Ludwig/Birgit Sauer (Hg.): *Gouvernementalität und Geschlecht: Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault*. Frankfurt a. M. 2015, S. 117–138.
- Klatte, Luisa: Lost between the Waves, in: Anna Artwińska/Janine Schulze-Fellmann (Hg.): *Gender Studies im Dialog. Transnationale und transdisziplinäre Perspektiven*. Bielefeld 2022, S. 99–120.
- Klein, Naomi: *The Shock Doctrine. The Rise of Disaster Capitalism*. New York 2007.

- Kochanowski, Jerzy: Jenseits der Planwirtschaft der Schwarzmarkt in Polen 1944–1989. Göttingen 2013.
- Kocka, Jürgen: Geschichte wozu? in: Wolfgang Hardtwig (Hg.): Über das Studium der Geschichte. München 1990, S. 427–443.
- Kogelfranz, Siegfried/Lorenz-Meyer, Lorenz/Rybak, Andrzej: Interview mit Wojciech Jaruzelski vom 11.05.1992, in: *Der Spiegel*, Vol. 46 (20/1992).
- Kollontai, Aleksandra: Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung. 14 Vorlesungen. Frankfurt a. M. 1977.
- Kondrat, Władysław: Sytuacja demograficzna w europejskich krajach socjalistycznych. Warszawa 1989.
- Koralewska, Inga/Zielińska, Katarzyna: »Defending the Unborn«, »protecting Women« and »preserving Culture and Nation«: Anti-Abortion Discourse in the Polish Right-Wing Press, in: *Culture, Health & Sexuality*, Vol. 24 (5/2021), S. 1–15.
- Koryś, Piotr/Tymiński, Maciej: Occupational structure in the Polish territories at the turn of the 20th (1895–1900) century, in: *Working Papers: Faculty of Economic Sciences, University of Warsaw*, Vol. 157 (9/2015), S. 1–40.
- Kosztowna, Natalia: Kobieta w zakładzie pracy w Polsce Ludowej i po 1990 r. Analiza stanu prawnego, in: *Annales. Etyka w życiu gospodarczym/Annales. Ethics in Economic Life*, Vol. 19 (2/2016), S. 93–108.
- Kowski, Katharina Kinga: Feminismus als Denkstil. Zur Frauen- und Geschlechterforschung im Polen der Transformationszeit. Wiesbaden 2024.
- Kozłowski, Tomasz/Olaszek, Jan: Internowani w stanie wojennym: Dane statystyczne, in: *Pamięć i Sprawiedliwość*, Vol. 16 (2/2010), S. 507–510.
- Kraft, Claudia: Das Eherecht in der Zweiten Polnischen Republik (1918–1939) und das gescheiterte Ideal gleichberechtigter Staatsbürgerschaft, in: Johanna Gehmacher/Elizabeth Harvey/Sophia Kemlein (Hg.): Zwischen Kriegen: Nationen, Nationalismen und Geschlechterverhältnisse in Mittel- und Osteuropa 1918–1939. Osnabrück 2004, S. 63–82.
- Dies.: Paradoxien der Emanzipation. Regime, Opposition und Geschlechterordnungen im Staatssozialismus seit den späten 1960er-Jahren, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Vol. 3 (3/2006), S. 381–400.
- Dies.: Geschlechterbeziehungen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg: Soziale Praxis und Konstruktionen von Geschlechterbildern. München 2008.
- Dies.: Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Die Rolle der Kategorie Geschlecht in den Demokratisierungsprozessen in Ost- und Westeuropa seit 1968, in: *L'Homme*, Vol. 20 (2/2009), S. 13–30.
- Krakowińska, Ewa: Społeczne skutki transformacji gospodarki – polska bieda, in: Mirosław Dusza/Kazimierz Ryć (Hg.): Czynniki wzrostu gospodarczego w Polsce 2006. Warszawa 2007, S. 199–232.
- Kramer, Mark: Polish Workers and the Post-Communist Transition, 1989–93, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 47 (4/1995), S. 669–712.
- Křížková, Alena/Vohlídalová, Martha: The Labour Market and Work-Life Balance in the Czech Republic in Historical Perspective, in: Hana Hašková/Zuzana Uhde (Hg.): Women and Social Citizenship in Czech Society: Continuity and Change. Praha 2009, S. 35–72.

- Krzysztof, Zuba: Not So Much Societal: The Catholic Church in Poland as a Veto Player, in: *East European Politics and Societies and Cultures*, Vol. 36 (4/2022), S. 1204–1223.
- Krzyżanowska, Natalia: Denying the right to speak in public. Sexist and homophobic discourses in post-1989 Poland, in: Aleksandra Galasińska/Dariusz Galasiński (Hg.): *The Post-Communist Condition. Public and private discourses of transformation*. Amsterdam/Philadelphia 2010, S. 105–129.
- Kuciel-Frydryszak, Joanna: *Chłopki. Opowieść o naszych babkach*. Warszawa 2023.
- Kurzynowski, Adam: Przemiany wzorców karier kobiet w latach 1950–1989, in: Anna Żarnowska/Andrzej Szwarz (Hg.): *Kobieta i praca. Wiek XIX i XX*, Bd. 6. Warszawa 2000, S. 189–216.
- LaCapra, Dominick: *History and Criticism*. Ithaca 1985.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien 1991.
- Lausberg, Michael: Kein Verkauf an Polen. Antipolnischer Rassismus in Ostdeutschland, in: *Migazin vom 06.07.2015*. URL: [https://www.migazin.de/2015/07/06/antipolnische-r-rassismus-in-ostdeutschland/\[Abgerufen: 05.07.2024\]](https://www.migazin.de/2015/07/06/antipolnische-r-rassismus-in-ostdeutschland/[Abgerufen: 05.07.2024]).
- Leven, Bożena: Unemployment Among Polish Women, in: *Comparative Economic Studies*, Vol. 35 (4/1993), S. 135–145.
- Libman, Alexander: Krise oder Blüte? Sozialwissenschaftliche Osteuropaforschung, Vol. 70 (1,2/2020), S. 179–191.
- Lišková, Kateřina/Holubec, Stanislav: Women between the public and private spheres, in: Włodzimierz Borodziej/Stanišlav Holubec/Joachim von Puttkamer (Hg.): *The Routledge History Handbook of Central and Eastern Europe in the Twentieth Century*. London 2020, S. 183–234.
- Lisowska, Ewa/Sawicka, Janina: Kobiety i gospodarka, in: Joanna Piotrowska/Agnieszka Grzybek (Hg.): *Kobiety dla Polski. Polski dla Kobiety. 20 lat transformacji 1989–2009*. Raport. Warszawa 2009, S. 7–23.
- Łobodzińska, Barbara: Women's Employment or Return to »Family Values« in Central-Eastern Europe, in: *Journal of Comparative Family Studies*, Vol. 27 (3/1996), S. 519–544.
- Dies.: Family, Women, and Employment in Poland and Other Central-Eastern Countries: Ideology of Equality and Reality of Discrimination, in: *The Polish Review*, Vol. 17 (4/1997), S. 447–469.
- Lorey, Isabell: »Das Gefüge der Macht«, in: Brigitte Bargetz/Gundula Ludwig/Birgit Sauer (Hg.): *Gouvernementalität und Geschlecht: Politische Theorie im Anschluss and Michel Foucault*. Frankfurt a. M. 2015, S. 31–61.
- Lutz, Helma/Pallenga-Möllenbeck, Ewa: Care, gender and migration: Towards a theory of transnational domestic work migration in Europe, in: *Journal of Contemporary European Studies*, Vol. 19 (3/2011), S. 349–364.
- Maier, Friederike: The labour market for women and employment perspectives in the aftermath of German unification, in: *Cambridge Journal of Economics*, Vol. 17 (3/1993), S. 267–280.
- Dies.: Feministische Ökonomie ist immer auch Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorien, in: *Feministische Studien*, Vol. 31 (1/2013), S. 131–135.
- Maleck-Lewy, Eva/Ferree, Myra Marx: Talking about Women and Wombs: The Discourse of Abortion and Reproductive Rights in the G.D.R. during and after the *Wende*, in:

- Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): *Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life after Socialism*. Princeton 2000, S. 92–117.
- Malinowska, Ewa: Świadomość feministyczna kobiecej awangardy ruchu społecznego »Solidarność« – początek drogi do I Kongresu Kobiet w Polsce, in: *Przegląd Socjologiczny*, Vol. 59 (3/2010), S. 9–32.
- Maraszek, Magdalena: Prawny aspekt przemian statusu polskich kobiet w dwudziestolecu 1989–2009 na przykładzie zmian legislacyjnych w polskim prawie pracy, in: Monika Frąckowiak-Sochańska/Sabina Królikowska (Hg.): *Kobiety w polskiej transformacji 1989–2009. Podsumowania, interpretacje, prognozy*. Toruń 2010.
- Marcus, Isabel: Wife Beating: Ideology and Practice Under State Socialism in Hungary, Poland, and Romania, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 115–132.
- Marody, Mira/Giza-Poleszcuk, Anna: Changing Images of Identity in Poland. From the Self-Sacrificing to the Self-Investing Woman?, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): *Reproducing gender: Politics, publics, and everyday life after socialism*. Princeton 2000, S. 151–175.
- Matysiak, Anna/Steinmetz, Stephanie: Finding Their Way? Female Employment Patterns in West Germany, East Germany, and Poland, in: *European Sociological Review*, Vol. 24 (3/2008), S. 331–345.
- McKee, Martin/Shkolnikov, Vladimir: Understanding the toll of premature death among men in eastern Europe, in: *British Medical Journal (BMJ)*, Vol. 323 (7320/2001), S. 1051–1055.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jörg: *Von der Diktatur zur Demokratie: Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*. Opladen/Wiesbaden 1999.
- Miera, Frauke: Migration aus Polen. Zwischen nationaler Migrationspolitik und transnationalen sozialen Lebensräumen, in: Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald (Hg.): *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Wiesbaden 1997, S. 232–254.
- Miroiu, Mihaela: Communism was a State Patriarchy, not State Feminism, in: *Aspasia*, Vol. 1 (1/2007), S. 197–201.
- Mishtal, Joanna: How the Church Became the State: the Catholic Regime and Reproductive Rights in State Socialist Poland, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 133–149.
- Dies.: *The politics of morality: The church, the state, and reproductive rights in post-socialist Poland*. Athens (US) 2015.
- Modzelewski, Karol: *Gesellschaftspsychologie einer Revolution. Die Solidarność als Massenbewegung, ihre Niederlage während des Kriegsrechts, und wie ihr Mythos als Deckmantel für die Transformationsprozesse in Polen genutzt wurde*. Wien/Köln/Weimar 2014.
- Moeller, Robert: *Protecting Motherhood: Women and the Family in the Politics of Post-war West Germany*. Berkeley 1993.
- Morawska, Ewa: Labor Migrations of Poles in the Atlantic World Economy, 1880–1914, in: *Comparative Studies in Society and History*, Vol. 31 (2/1989), S. 237–272.

- Mrozik, Agnieszka: Gender Studies in Polen. Ein unvollendetes Projekt, in: Anna Artwińska/Janine Schulze-Fellmann (Hg.): *Gender Studies im Dialog. Transnationale und transdisziplinäre Perspektiven*. Bielefeld 2002, S. 83–99.
- Dies.: *Akuszerki transformacji. Kobiety, literatura i władza w Polsce 1989 roku*. Łódź 2012.
- Muszczyńska, Agnieszka: Nieodkryte karty z życia Jadwigi Szczawińskiej, in: *Biografistyka Pedagogiczna*, Vol. 2 (1/2017), S. 83–97.
- Mysíková, Martina: Gender Wage Gap in the Czech Republic and Central European Countries, in: *Prague Economic Papers*, Vol. 21 (3/2012), S. 328–346.
- Nagelschmidt, Ilse: Realitäten vor und nach 1989. Hoffnungen, Depressionen, Visionen und die Mühen der Ebenen, in: Anna Artwińska/Janine Schulze-Fellmann (Hg.): *Gender Studies im Dialog. Transnationale und transdisziplinäre Perspektiven*. Bielefeld 2022, S. 31–46.
- Neumaier, Christopher: *Hausfrau, Berufstätige, Mutter? Frauen im geteilten Deutschland*. Berlin 2022.
- Nietyska, Maria: Ramy prawne zarobkowania kobiet w Królestwie Polskim w XIX i na początku XX w. na tle porównawczym, in: Anna Żarnowska/Andrzej Szwarc (Hg.): *Kobieta i praca. Wiek XIX i XX*, Bd. 6. Warszawa 2000, S. 15–28.
- Nowak, Basia A.: Where Do You Think I Learned How to Style My Own Hair? Gender and Everyday Lives of Women Activists in Poland's League of Women, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 45–58.
- Oldenburg, Fred: Die DDR und die polnische Krise, in: *Osteuropa*, Vol. 32 (12/1982), S. 1004–1011.
- Ost, David: *The Defeat of Solidarity: Anger and Politics in Postcommunist Europe*. Ithaca 2005.
- Painter, David S.: Oil and Geopolitics: The Oil Crises of the 1970s and the Cold War, in: *Historical Social Research*, Vol. 39 (4/2014), S. 186–208.
- Penn, Shana: *Solidarity's Secret the Women Who Defeated Communism in Poland*. Ann Arbor 2008.
- Dies./Massino, Jill: Introduction, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): *Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe*. New York 2009, S. 1–10.
- Perkowski, Piotr: Wedded to Welfare? Working Mothers and the Welfare State in Communist Poland, in: *Slavic Review*, Vol. 76 (2/2017), S. 455–480.
- Peters, Florian: Streitgeschichte, die nicht vergeht. 40 Jahre Solidarność, in: *Zeitgeschichte-online*. URL: <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/streitgeschichte-die-nicht-vergeht> [Abgerufen: 28.09.2023].
- Ders.: Polens spät- und postsozialistische Transformation als Abschied von der industriellen Moderne, in: Paulina Gulińska-Jurgiel/Piotr Filipkowski/Igor Kąkolewski (Hg.): *Historisierung der Transformation*. Berlin 2021, S. 43–72.
- Ders.: *Von Solidarność zur Schocktherapie. Wie der Kapitalismus nach Polen kam*. Berlin 2023.
- Piotrowska, Maria: Die soziale Lage, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): *Länderbericht Polen*. Bonn 2009, S. 282–293.

- Piotrowska-Marchewa, Monika: Nauczycielki ludowe. Uwarunkowania pracy kobiet w publicznej oświacie powszechnej Polski międzywojennej, in: *Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych* (RDSG), Vol. 81 (2020), S. 343–359.
- Dies.: Nauczycielki ludowe (1850–1939), in: Przemysław Wielgosz (Hg.): *Ludowa Historia Kobiet*. Warszawa 2023, S. 97–110.
- Polanyi, Karl: *The Great Transformation: The Political and Economic Origin of Our Time*. Boston 1957.
- Popiński, Krzysztof: Feminization of Higher Education in Poland in 1918–2018, in: *Studia Historiae Oeconomicae*, Vol. 37 (1/2019), S. 116–146.
- Porter-Szűcs, Brian: *Beyond Martyrdom: Poland in the Modern World*. Chichester 2014.
- Przeperski, Michał: Eine apolitische Gemeinschaft? Polen vor dem Juni 1989, in: Piotr Filipkowski/Paulina Gulińska-Jurgiel (Hg.): *Historisierung der Transformation*. Leverkusen 2021, S. 19–42.
- Ders.: *Dziki Wschód. Transformacja po polsku 1986–1993*. Kraków 2024.
- Ptak, Alicja: Poland's election exit poll in charts. URL: [https://notesfrom poland.com/2023/10/16/polands-election-exit-poll-in-charts/](https://notesfrompoland.com/2023/10/16/polands-election-exit-poll-in-charts/) [Abgerufen: 27.11.2023].
- Pysz, Piotr: Ordnungspolitische Umwandlungen in der Wirtschaft Polens 1990–2007, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): *Länderbericht Polen. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*. Bonn 2009, S. 237–257.
- Quaisser, Wolfgang: Zahlungsbilanzprobleme und Verschuldung Polens (Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Nr. 170). München 1994.
- Reading, Anna: *Polish Women, Solidarity and Feminism*. Houndmills/London 1992.
- Reagan, Ronald: *Address to the Nation About Christmas and the Situation in Poland*. Washington, D.C. 1981.
- Reckwitz, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten*. Berlin 2019.
- Rogg Korsvik, Trine/Warat, Marta: Framing Leave for Fathers in Norway and Poland: Just a Matter of Gender Equality?, in: *NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research*, Vol. 24 (2/2016), S. 110–125.
- Röhr, Rita: Die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in der DDR 1960–1990. Die vertraglichen Grundlagen und ihre Umsetzung, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Vol. 42 (2002), S. 211–236.
- Ruchniewicz, Krzysztof: *Die Neue Ostpolitik. Die Bonner Republik und der Ostblock 1949–1990*. Stuttgart 2012.
- Rudolph, Brigitte/Klement, Carmen: Arbeitsmarktpartizipation von Frauen im Transformationsprozess. Sozio-ökonomische Realität in den EU-Beitrittsländern Polen, Tschechien und Ungarn. Nürnberg 2006.
- Saryusz-Wolska, Magdalena: Jak politycy mówią o równouprawnieniu płci? Debata nad projektem ustawy o równym statusie kobiet i mężczyzn, in: *Kultura i Społeczeństwo*, Vol. 52 (3/2008), S. 35–52.
- Saxonberg, Steven/Szelewa, Dorota: The Continuing Legacy of the Communist Legacy? The development of family policies in Poland and the Czech Republic, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, Vol. 14 (3/2007), S. 351–379.
- Schier, Peter/Cremerius, Ruth/Fischer, Doris: *Studentenprotest und Repression in China, April-Juni 1989: Chronologie, Dokumente, Analyse*. Hamburg 1993.

- Schwarzmaier, Sophie: Transnationale Expertenkulturen und Geschlechterordnungen. Józefa Joteyko zwischen Belgien und Polen 1908–1928. Göttingen 2025.
- Scott, Joan Wallach: Gender and the Politics of History. New York 1988.
- Seiler, Nina: Privatisierte Weiblichkeit: Genealogien und Einbettungsstrategien feministischer Kritik im postsozialistischen Polen. Bielefeld 2018.
- Siemienińska, Renata: Women's Political Participation and the 1980 Crisis in Poland, in: *International Political Science Review*, Vol. 6 (3/1985), S. 332–346.
- Dies.: Gendered perceptions: women in the labour market in Poland, in: *Women's History Review*, Vol. 5 (4/1996), S. 553–566.
- Dies.: Kobiety w (męskim) zawodzie naukowca, in: Joanna Piotrowska/Agnieszka Grzybek (Hg.): Kobiety dla Polski. Polski dla Kobiety. 20 lat transformacji 1989–2009. Raport. Warszawa 2009, S. 303–318.
- Skowronek, Katarzyna: Discursive construction of post-communism in pastoral letters of the Polish Episcopate's Conference 1990–2005, in: Aleksandra Galasińska/Dariusz Galasiński (Hg.): The Post-Communist Condition. Public and private discourses of transformation. Amsterdam/Philadelphia 2010, S. 131–150.
- Sokolov, Maksim/Weichsel, Volker: Die allzu gelenkte Demokratie, in: *Osteuropa*, Vol. 54 (1/2004), S. 5–7.
- Sowa, Jan: Inna Rzeczpospolita jest możliwa! Widma przeszłości, wizje przyszłości. Warszawa 2015.
- Staśkiewicz, Joanna: Katholische Frauenbewegung in Polen – eine (Un-)Möglichkeit?, in: *Gender – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, Vol. 4 (3/2012), S. 41–57.
- Dies.: Katholische Frauenbewegung in Polen? Zum Wandel der Geschlechterverhältnisse in der katholischen Kirche in Polen nach 1989. Bielefeld 2018.
- Stegmann, Natali: »Je mehr Bildung, desto polnischer«. Die Nationalisierung polnischer Frauen in der Provinz Posen, in: Ute Grau (Hg.): Frauen und Nation. Tübingen 1996, S. 165–177.
- Dies.: Die Töchter der geschlagenen Helden: »Frauenfrage«, Feminismus und Frauenbewegung in Polen 1863–1919. Tübingen 1999.
- Dies.: Die Aufwertung der Familie in der Volksrepublik Polen der siebziger Jahre, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Vol. 53 (4/2005), S. 526–544.
- Dies.: Marie Curie: Eine Naturwissenschaftlerin im Dickicht historischer Möglichkeiten, in: Bea Lundt/Bärbel Völkel (Hg.): Outfit und Coming-out. Geschlechterwelten zwischen Mode, Labor und Strich. Berlin/Hamburg/Münster 2007, S. 37–74.
- Stiglitz, Joseph: Wither Reform? Ten Years of Transition, Keynote at the Annual Bank Conference on Development Economies 1999. Washington 2000.
- Stola, Dariusz: Das kommunistische Polen als Auswanderungsland, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe*, Vol. 2 (3/2005), S. 345–365.
- Stolarek, Joanna: Matka Polka – Das Frauenbild in Polen. URL: <https://forumdialog.eu/2018/05/04/matka-polka-das-frauenbild-in-polen/> [Abgerufen: 03.04.2023].
- Sutherland, Margaret: »Donna Britannica« – University Women Teachers in Great Britain, in: *The Journal of Educational Thought (JET)*, Vol. 17 (2/1983), S. 133–144.
- Świdlicki, Andrew: Mechanisms of repression in Poland during martial law, in: *The Polish Review*, Vol. 29 (1,2/1984), S. 97–126.

- Szalai, Julia: Some Aspects of the Changing Situation of Women in Hungary, in: *Signs*, Vol. 17 (1/1991), S. 152–170.
- Szczepański, Jan: *Reformy, Rewolucje, Transformacje*. Warszawa 1999.
- Szczerbiak, Aleks: *Politicising the Communist Past. The Politics of Truth Revelation in Post-Communist Poland*. London 2018.
- Szudarek, Agnieszka: Kwestia narodowa i kwestia kobieca: Zadania Wielkopolanek w obliczu zaostrzenia polityki germanizacyjnej w 1908 r. w opinii warszawskich czasopism dla kobiet, in: Małgorzata Dajnowicz/Adam Miodowski (Hg.): *Polityka i politycy w prasie XX i XXI wieku. Polityka w prasie kobiecej*. Białystok 2019, S. 15–32.
- Szylo-Skoczny, Małgorzata: Arbeitsmarktlage und Arbeitsmarktpolitik, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): *Länderbericht Polen*. Bonn 2009, S. 294–308.
- Taylor, Dianna: Normativity and Normalization, in: *Foucault Studies*, Vol. 7 (2009), S. 45–63.
- Terteka, Tomasz: Propozycje pomocy socjalnej dla bezrobotnych w programach opozycji demokratycznej w latach 1979 – 1989 roku, in: *Białostockie Teki Historyczne*, Vol. 6 (2008), S. 217–227.
- Ther, Philipp: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent: Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Berlin³ 2015.
- Trembicka, Krystyna/Bachrynowski, Szymon: Dokumenty i źródła. 21 postulatów Międzyzakładowego Komitetu Strajkowego w Gdańsku, in: *Myśl Polityczna/Political Thought*, Vol. 3 (4/2020), S. 115–134.
- Urbanik-Kopeć, Alicja: »Wzięta w kilku słówkach rzech o pokojówkach«. Służące domowe na ziemiach polskich w drugiej połowie XIX wieku, in: Przemysław Wielgosz (Hg.): *Ludowa Historia Kobiet*. Warszawa 2023, S. 48–58.
- Urbanik, Weronika: Zmiany w urlopach dla rodziców w Polsce w latach 1989–2016, in: Joanna Szczepaniak-Sienniak/Adam Kubów (Hg.): *Sytuacja rodzin i polityka rodzinna w Polsce po dekadzie członkostwa w Unii Europejskiej*. Wrocław 2016, S. 192–205.
- Villa, Paula-Irene: Körper, Geschlecht und Sexualität, in: Jörn Lamla et al. (Hg.): *Handbuch der Soziologie*. Konstanz/München 2014, S. 283–315.
- Voigtländer, Henrike: *Sexismus im Betrieb. Geschlecht und Herrschaft in der DDR-Industrie*. Berlin 2023.
- Wacker, Marie-Theres: Zum Stand der christlich-feministischen Exegese. Frauen ins Zentrum stellen, in: *Herder Korrespondenz*, Vol. 70 (1/2016), S. 22–25.
- Wagener, Hans-Jürgen: Transformation als historisches Phänomen, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Vol. 38 (2/1997), S. 179–191.
- Walczevska, Sławomira: *Damen, Ritter und Feministinnen. Zum Frauenrechtsdiskurs in Polen*. Wiesbaden 2015.
- Watson, Peggy: The Rise of Masculinism in Eastern Europe, in: *New Left Review*, Vol. 198 (1/1993), S. 71–82.
- Dies.: Eastern Europe's Silent Revolution: Gender, in: *Sociology*, Vol. 27 (3/1993), S. 471–487.
- Weber, Isabella: *How China escaped shock therapy the market reform debate*. Abingdon Oxon 2021.

- Wejbert-Wąsiewicz, Ewelina: Aborcja między ideologią a doświadczeniem indywidualnym. Łódź 2011.
- White, Hayden: Postmodernism and Textual Anxieties, in: Bo Stråth (Hg.): The postmodern challenge: Perspectives East and West. Amsterdam 1999, S. 27–46.
- Wilczyńska, Elwira: Rolniczki w XIX i na początku XX wieku, in: Przemysław Wielgosz (Hg.): Ludowa Historia Kobiet. Warszawa 2023, S. 31–47.
- Wolchik, Sharon L.: Reproductive Policies in the Czech and Slovak Republics, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life after Socialism. Princeton 2000, S. 58–90.
- Wolff, Larry: Inventing Eastern Europe: The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment. Stanford 2010.
- Yıldız, Safiye: Interkulturelle Erziehung und Pädagogik. Subjektivierung und Macht in den Ordnungen des nationalen Diskurses. Wiesbaden 2009.
- Zaremba, Marcin: Im nationalen Gewand. Strategien kommunistischer Herrschaftslegitimation in Polen 1944–1980. Osnabrück 2011.
- Żarnowska, Anna: Praca zarobkowa kobiet i ich aspiracje zawodowe w środowisku robotniczym i inteligenckim na przełomie XIX i XX wieku, in: Anna Żarnowska/Andrzej Szwarc (Hg.): Kobieta i praca. Wiek XIX i XX, Bd. 6. Warszawa 2000, S. 29–52.
- Dies. (Hg.): Kobieta i praca. Wiek XIX i XX, Bd. 6. Warszawa 2000.
- Dies. Równe prawa i nierówne szanse. Warszawa 2000.
- Dies.: Workers, Women, and Social Change in Poland, 1870–1939. Aldershot/Burlington 2004.
- Dies./Kaczyńska, Elżbieta: Market Related Work and Household Work. Proletarian Women in Poland in the 19th Century, in: Erik Aerts/Paul Klep (Hg.): Women in the Labour Force. Comparative Studies on Labour Market and Organisation of Work since the 18th Century. Leuven 1990, S. 80–89.
- Zielińska, Eleonora: Between Ideology, Politics, and Common Sense: The Discourse of Reproductive Rights in Poland, in: Susan Gal/Gail Kligman (Hg.): Reproducing Gender. Politics, Publics, and Everyday Life after Socialism. Princeton 2000, S. 23–57.
- Dies.: Sytuacja kobiet w Polsce w świetle zmian legislacyjnych okresu transformacji, in: Małgorzata Fuszara (Hg.): Kobiety w Polsce na przełomie wieków. Nowy kontrakt płci? Warszawa 2002, S. 84–102.
- Zimmermann, Susan: Gender Regime and Gender Struggle in Hungarian State Socialism, in: *Aspasia*, Vol. 4 (1/2010), S. 1–24.
- Zok, Michael: Körperpolitik, (staatstragender) Katholizismus und (De-)Säkularisierung im 20. Jahrhundert. Auseinandersetzungen um Reproduktionsrechte in Irland und Polen, in: *Body Politics*, Vol. 7 (11/2019), S. 123–158.
- Ders.: Wider die »angeborene und nationale Mission der Frau«? Gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Abtreibungen in Polen seit der Entstalinisierung, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* (ZFO), Vol. 68 (2/2019), S. 249–278.
- Ders.: »To Maintain the Biological Substance of the Polish Nation«: Reproductive Rights as an Area of Conflict in Poland, in: *Hungarian Historical Review*, Vol. 10 (2/2021), S. 357–381.
- Ders.: Gendered social policies in (post-)communist countries: The case of Poland, in: *Macedonian Journal of Social Policy*, Vol. 15 (18/2022), S. 37–54.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Anteil der Frauen, die direkt nach dem Ende des Mutterschutzes wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen.	105
Abbildung 2:	Erwerbsquote von Frauen mit Kind(ern) unter dem 24. Lebensjahr nach Bildungsgrad im Jahr 1978.	107
Abbildung 3:	Anteil erwerbstätiger Frauen nach Sektoren.	108
Abbildung 4:	Einkommen von Frauen relativ zu Männern 1988–1992.	174
Abbildung 5:	Erwerbsquote von Frauen im Verhältnis zur Erwerbsquote von Männern in Prozent (modellierter ILO-Schätzung).	239
Abbildung 6:	Erwerbsquote in Abhängigkeit vom Geschlecht und der Kinderzahl im Jahr 2006 in Polen.	241
Abbildung 7:	Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern in Prozent für die Jahre 1991–2004 in Polen.	244
Abbildung 8:	Arbeitslosigkeit nach Bildungsgrad und Geschlecht (1994–2004) in Polen.	245
Abbildung 9:	Gender Pay Gap in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und im Durchschnitt der OECD.	249

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Zahl der erwerbstätigen Frauen und Männer zwischen 1980 und 1982 (absolut) sowie Partizipationsrate.	104
Tabelle 2:	Verteilung von erwerbstätigen Frauen und Männern nach Einkommensgruppen.	109
Tabelle 3:	Zahl der erwerbstätigen Frauen und Männer 1988 und 1992 (absolut) sowie Partizipationsrate.	166
Tabelle 4:	Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern zwischen 1990 und 1992.	168
Tabelle 5:	Bildungsabschlüsse von Frauen und Männern zwischen 1988 und 1992.	171
Clubs, Zirkel und Parteien im polnischen Sejm (Kluby i koła): Stand zum Ende der jeweiligen Legislaturperiode auf Grundlage der offiziellen Angaben des Sejm		305

Anhang

Clubs, Zirkel und Parteien im polnischen Sejm (Kluby i koła): Stand zum Ende der jeweiligen Legislaturperiode auf Grundlage der offiziellen Angaben des Sejm

X. Legislaturperiode (1989–1991)	I. Legislaturperiode (1991–1993)	II. Legislaturperiode (1993–1997)	III. Legislaturperiode (1997–2001)	IV. Legislaturperiode (2001–2005)
Obywatelski Klub Parlamentarny (OKP): 105 (161) Abgeordnete	Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) 59 Abgeordnete	Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) 168 Abgeordnete	Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) 162 Abgeordnete	Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) 148 Abgeordnete
Parlamentarny Klub Lewicy Demokratycznej (PZPR/PKLD): 102 (173) Abgeordnete	Unia Demokratyczna (UD) 57 Abgeordnete	Polskiego Stronnictwa Ludowego (PSL)	Akcji Wyborczej Solidarność (AWS) 134 Abgeordnete	Platforma Obywatelska (PO) 56 Abgeordnete
Klub Poselski Polskiego Stronnictwa Ludowego (ZSL/PSL): 69 (76) Abgeordnete	Polskiego Stronnictwa Ludowego (PSL)	Unii Wolności (UW) 65 Abgeordnete	Unii Wolności (UW) 47 Abgeordnete	Prawo i Sprawiedliwość (PiS) 45 Abgeordnete
Unia Demokratyczna (KP-UD): 49 (–) Abgeordnete	Polski Program Liberalny (PPL) 48 Abgeordnete	Unia Pracy (UP) 33 Abgeordnete	Polskiego Stronnictwa Ludowego (PSL) 26 Abgeordnete	Polskiego Stronnictwa Ludowego (PSL) 40 Abgeordnete

X. Legislaturperiode (1989–1991)	I. Legislaturperiode (1991–1993)	II. Legislaturperiode (1993–1997)	III. Legislaturperiode (1997–2001)	IV. Legislaturperiode (2001–2005)
Poselski Klub Pracy (PKP): 39 (–) Abgeordnete	Konfederacji Polski Niepodle- głej (KPN) 47 Abgeordnete	Akcji Wyborczej Solidarność (AWS) 15 Abgeordnete	Prawo i Sprawie- dliwość (PiS) 18 Abgeordnete	Socjaldemo- kracji Polskiej (SDPL) 32 Abgeordnete
Stronnictwa De- mokratycznego (SD): 21 (27) Abgeord- nete	Zjednoczenia Chrześcijańsko- Narodowego (ZChN) 42 Abgeordnete	Koło Konserwatywno- Ludowe (KKL) 8 Abgeordnete	Stronnictwa Konserwatywno- Ludowego (SKL) 18 Abgeordnete	Samoobrona Rzeczypospoli- tej Polskiej (Samoobrona) 31 Abgeordnete
Stowarzyszenie »Pax« (PAX): 10 (10) Abgeordnete	Konwencja Polska (KP) 28 Abgeordnete	Bezpartyjnego Bloku Wspiera- nia Reform (BBWR) 7 Abgeordnete	Porozumienia Polskiego (PP) 5 Abgeordnete	Liga Polskich Rodzin (LPR) 19 Abgeordnete
Unii Chrześcijań- sko-Społecznej (UChS): 8 (8) Abgeordnete	NSZZ »Solidar- ność« (NSZZ-S) 26 Abgeordnete	Koło Poselskie Konfederacji Pol- ski Niepodległej (KP KPN) 5 Abgeordnete	Koło Parlamen- tarne Alternatywa 4 Abgeordnete	Unia Pracy (UP) 11 Abgeordnete
Parlamentarny Klub Chrześci- jańsko-Ludowy (PKChL): 8 (8) Abgeordnete	Porozumienia Centrum (PC) 23 Abgeordnete	Koło Parlamen- tarne Porozumienie Prawicy – Soli- darni w Wybo- rach (PPP) 4 Abgeordnete	Ruchu Odbudo- wy Polski 3 Abgeordnete	Stronnictwa Gospodarczego (SG) 11 Abgeordnete
Klub Niezależ- nych Posłów (KNP): 7 (–) Ab- geordente	Porozumienie Ludowe (PL) 18 Abgeordnete	Mniejszości Niemieckiej (MN) 4 Abgeordnete	Posłowie niezrzeszeni 43 Abgeordnete	»Dom Ojczysty« (D_OJCZYSTY) 11 Abgeordnete
Klub Posłów Wojskowych (KPW): 7 (–) Abgeordnete	»Ruch dla Rze- czypospolitej« (RdR) 16 Abgeordnete	Polskiej Partii Socjalistycznej (PPS) 3 Abgeordnete		Konserwatywno- Ludowe (KL) 5 Abgeordnete
Parlamentarny Klub »Solidar- ność Pracy« (Sol.Pr): 5 (–) Abgeordnete	Mniejszości Niemieckiej (MN) 7 Abgeordnete	Nowa Demokra- cja Koło Poselskie (NDKP) 3 Abgeordnete		Ruchu Kato- licko-Narodo- wego (RKN) 4 Abgeordnete

X. Legislaturperiode	I. Legislaturperiode	II. Legislaturperiode	III. Legislaturperiode	IV. Legislaturperiode
(1989–1991)	(1991–1993)	(1993–1997)	(1997–2001)	(2001–2005)
Polskiego Związku Ka- tolicko-Spółecz- nego (PZKS): 4 (–) Abgeordnete	»Chrześcijańska Demokracja« (ChD) 6 Abgeordnete	Posłowie niezrzeszeni 17 Abgeordnete		Porozumienia Polskiego (PP) 3 Abgeordnete
Parlamentarny Klub Ekologiczny (PKEkol): 3 (–) Abgeordnete	Unia Pracy (UP) 6 Abgeordnete			Ruchu Odbu- dowy Polski (ROP) 3 Abgeordnete
Posłowie niezrzeszeni: 20 (–) Abgeord- nete	Unii Polityki Realnej (UPR) 4 Abgeordnete			Ruch Patrioty- czny (RP) 3 Abgeordnete
	Akcji Polskiej (AP) 3 Abgeordnete			Posłowie niezrzeszeni 39 Abgeordnete
	Partii Emerytów i Rencistów »Nadzieja" (NADZIEJA) 3 Abgeordnete			
	Posłowie niezrzeszeni 18 Abgeordnete			

